

Kommunistische Rundschau

Herausgegeben von

Ernst Däumig, Curt Geyer, Walter Stoecker

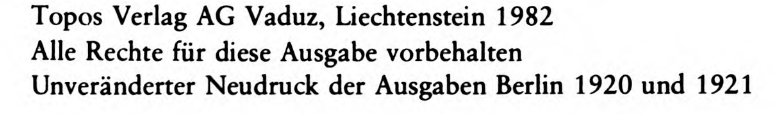
CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Kommunistische Rundschau. – Unveränd. Neudr. – Vaduz, Liechtenstein : Topos Verlag

Jg. 1. 1920. – Unveränd. Neudr. d. Ausg. Berlin, 1920. – 1982.
Enth.: Jg. 1, Nr. 1–6 (1920). – Ursprüngl. mehr nicht erschienen. – Enth. ausserdem: Die Schmiede : Wochenschr. für Funktionäre. – Unveränd. Neudr. d. Ausg. Berlin, 1921. – 1921, Nr. 1. – Ursprüngl. mehr nicht erschienen
ISBN 3-289-00273-X

NE: Enth. Werk



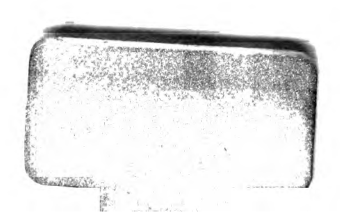


Topos Verlag AG Vaduz, Liechtenstein 1982

Unveränderter Neudruck der Ausgaben Berlin 1920 und 1921

Printed in Germany


VETVS & NOVVM TESTAMENTVM
DEI SVB NVMINE VIGET
PRINCETON
UNIVERSITY
LIBRARY



Kommunistische Rundschau

Die Schmiede

Kommunistische Rundschau

Hrsg. Ernst Däumig, Curt Geyer, Walter Stoecker

Jahrgang 1. Nr. 1–6
Berlin, 1920

[Fortsetzung:]

Die Schmiede

Wochenschrift für Funktionäre

Nummer 1
Berlin, 1921

Topos Verlag · Vaduz

Kommunistische Rundschau

Jahrgang 1, 1920

Inhaltsverzeichnis

Die Seitenzahlen beziehen sich auf die Neupaginierung in [ ]

Die Schmiede

Jahrgang 1, 1921

Inhaltsverzeichnis

Kommunistische Rundschau

Herausgegeben von

Ernst Däumig, Curt Geyer, Walter Stoecker

Nummer 1 — 1. Jahrgang

Inhalt:

Preis 1 Mark

A. Hoffmann's Verlag, G. m. b. H., Berlin O 27, Blumenstr. 22 I
Postscheckkonto: Berlin 1893 — Fernsprecher: Amt Alexander 2270



Kommunistische Rundschau

Nummer 1 | Berlin, 1. Oktober 1920 | 1. Jahrgang

Unser Ziel.

Von Walter Stoecker.

Seit langem hatten wir die Absicht, als geistiges Zentrum für den linken Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eine eigene Zeitschrift herauszugeben. Die Notwendigkeit eines geistigen Orientierungspunktes für unsere linksstehenden Genossen bestand schon lange in unserer keineswegs von einheitlichen Tendenzen getragenen Partei. Gerade weil der größte Teil der Presse in den Händen der rechtsstehenden Genossen war, wurde eine eigene Zeitschrift immer mehr ein dringendes Bedürfnis. Wir dürfen es heute sagen, daß unser neues Schiff, die „Kommunistische Rundschau" schon seit vielen Monaten im Bau war. Manche Schwierigkeiten verhinderten den Stapellauf. Jetzt läuft es gleich nicht nur auf eine „bewegte See", sondern auf stürmisches Meer mit hochgehenden Wogen; toben doch die Richtungskämpfe in unserer Partei erregter und schärfer denn je, ist doch die Unabhängige Sozialdemokratie in ihre entscheidende Krise eingetreten. In dieser Situation gilt, wenn auch in ganz anderer Bedeutung, auch für uns das Wort, das einst Karl Marx im ersten Heft der Deutsch-französischen Jahrbücher brauchte: „Selbstverständigung der Zeit über ihre Kämpfe und Wünsche." Unsere Genossen im Reich, wie alle revolutionären Proletarier, brauchen unbedingt einen klaren und festen Wegweiser in den Wirren der sozialen und politischen Kämpfe nationaler und internationaler Art, eine Zeitschrift, die alle politischen und insbesondere alle parteipolitischen Fragen theoretischer oder taktischer Natur von klar revolutionär marxistischer Auffassung aus erörtert und behandelt. In dieser kritischen Stunde mehr denn je!

Wie steht es in unserer Partei? Nach dem bekannten Wort von Lassalle müssen wir klar aussprechen, was ist. Unsere Partei war und ist krank. Den Gesundungsprozeß mit allen Kräften fördern zu helfen, ist die Hauptaufgabe unserer neuen „Kommunistischen Rundschau". Unsere Partei ist eine revolutionäre Partei, das wird niemand bestreiten. Aber durch ihre verschiedenartige Zusammensetzung ist sie immer nur mit den Massen gegangen, wenn diese in Bewegung kamen, anstatt ihnen führend und wegweisend voranzugehen. Schon bei der Gründung der U. S. P. in Gotha zeigte sie ihre Schwächen. Pazifisten, gute Demokraten und wahrhaft revolutionäre Elemente, alles vereint in einer Partei. Daher auch der nichtssagende Name „Unabhängige Sozialdemokratische Partei". Die Wahl dieses Namens ist typisch: wie man sich nicht entschließen konnte, mit der alten Benennung „Sozialdemokratie" zu brechen und schon durch den Namen auch nach außen hin kundzutun, daß man gegenüber den alten Vorkriegstraditionen etwas völlig Neues schaffen und aufbauen wollte, so wurde gleich in die neue Partei viel zu viel des alten Überlieferten, Traditionellen mit übernommen. Und hieran krankt die Partei heute noch. Von der Geburtsstunde der U. S. P. D. an hat die revo-

lutionäre Linke den Kampf gegen die pazifistischen, reformistischen und opportunistischen Elementen aufgenommen. Mit dem Erfolge, daß die Partei immer mehr nach links getrieben wurde, auch nach der Absplitterung der Spartakusgenossen im Januar 1919. *Aber dieser Radikalisierungsprozeß ging viel zu langsam* und zu schleppend vor sich. Eben weil die rechtsstehenden und opportunistischen Elemente und insbesondere ihr geistiger Führer *Hilferding*, sich bei fast allen diesen Fragen der Vorwärtsentwicklung hemmend und lähmend in den Weg stellten. Täuschen wir uns nicht, ein großer Teil der Partei, insbesondere ein großer Teil der Führer, ging nicht freiwillig, nicht aus eigener Erkenntnis und eigenem revolutionärem Willen mit nach links, sondern folgte nur widerstrebend dem vorwärtsdrängenden Willen der Massen.

Die rechtsstehenden Führer der Partei glauben noch viel zu sehr, daß die Arbeiterbewegung im wesentlichen auch heute noch in dem alten Gleise der Vorkriegszeit weiter fahren könne. Sie sehen nicht, daß der imperialistische Weltkrieg und die ihm folgenden revolutionären Erschütterungen die ganzen sozialen und ökonomischen Verhältnisse in fast allen kapitalistischen Staaten so auf den Kopf gestellt haben, alles so aufgewirbelt haben, daß wir in eine ganz neue Epoche des Klassenkampfes eingetreten sind, in der neue Bahnen beschritten werden müssen und eine völlig neue Taktik erforderlich ist. Diese rechtsstehenden Elemente sehen nicht, daß wir *in die Epoche des entscheidendsten Machtkampfes mit der Bourgeoisie, daß wir in die Epoche des internationalen Bürgerkrieges eingetreten sind.* Sie glauben, trotz all der bitteren Erfahrungen, die insbesondere das russische, deutsche und ungarische revolutionäre Proletariat hinter sich hat, immer noch an eine verhältnismäßig friedliche Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus und erkennen nicht und wollen nicht sehen, daß die kommenden Jahre und Jahrzehnte in der ganzen Welt erfüllt sein werden mit hartem Ringen zwischen Bourgeoisie und Porletariat, mit den nationalen und internationalen Bürgerkriegen zwischen Weltkapital und Weltproletariat, mit der Epoche der revolutionären Diktatur der Proletarier aller Länder. Jetzt wird das Wort von Karl Marx wahr, das er in seinem so weit vorausschauenden Geiste einst den Arbeitern zurief: „*Ihr müßt zehn, zwanzig, fünfzig Jahre lang Bürgerkriege und Völkerkämpfe führen, um euch selbst und die ganzen Verhältnisse zu ändern.*“ Karl Marx. der kühne, alles bezwingende, ungestüm vorwärtsdrängende Revolutionär mit heißem Blute und so klarem Kopfe, würde sich im Grabe herumdrehen, wenn er sehen und hören könnte, was nicht nur die Cunow und David, nein, auch die Kautsky, Hilferding und Crispien aus seinem revolutionären Marxismus gemacht haben.

Wir haben uns zwar in Leipzig ein kommunistisches Aktionsprogramm gegeben. Unsere Partei hat sich dort programmatisch auf den Boden der proletarischen Diktatur gestellt, aber was ist in der *Praxis* aus unserem Programm geworden? Man sehe sich nur das einzige wissenschaftliche Organ unserer Partei an, den „*Sozialist*“, wie in ihm der revolutionäre Marxismus direkt geschändet wurde. Was hat der „Sozialist“ und was haben die größten Blätter unserer Partei, die „*Freiheit*“ und die „*Leipziger Volkszeitung*“, getan, um unser Leipziger Programm in den Massen wirklich geistig zu verankern? Was haben sie

getan, um die Forderung der revolutionären Diktatur des Proletariats mit allen den Fragen ökonomischer, politischer, kultureller, militärischer Natur geistig zu vertiefen und zu klären? Wo war die Behandlung und Untersuchung all der mit der revolutionären Diktatur im einzelnen zusammenhängenden Fragen? Wo war die notwendige eingehende Besprechung über Wesen und Methoden revolutionärer Massenaktionen zur Eroberung der proletarischen Diktatur? Nichts von alledem haben wir gesehen, aus dem einfachen Grunde, weil die meisten hierfür in Frage kommenden Genossen geistig in einer anderen Welt leben, weil fast alle diese Genossen die proletarische Diktatur als einen nebelweiten „Zustand" ansehen, über den man sich heute noch keine Sorgen macht, weil sie an eine verhältnismäßig friedliche Entwicklung glauben und im übrigen noch immer der illusionären Ansicht sind, auch die Diktatur werde sich auf ziemlich demokratischen Wegen ohne allzu strenge Gewaltanwendung vorwiegend friedlich durchführen lassen. Das ist dieser elende Geist der Passivität und der Reste pazifistischer Illusionen, die noch immer selbst auch in den Köpfen sonst radikaler Genossen spuken. Mit diesem, den revolutionären Vorwärtsdrang der deutschen Arbeiterklasse so hemmenden und lähmenden Geiste, der immer nur die Schwierigkeiten und Hindernisse sieht, gilt es, gründlich aufzuräumen und die Verfälschung der revolutionären Methoden des Marxismus in den Kautskyschen ökonomischen Fatalismus, von dem auch die meisten unserer rechtsstehenden Führer angekränkelt sind, mit aller Schärfe als solchen zu kennzeichnen. Gerade in einer Epoche wie der jetzigen, wo wir doch ziemlich sicher in Bälde vor schweren entscheidenden Auseinandersetzungen mit der Bourgeoisie stehen, *gilt es, den Marxschen revolutionären Offensivgeist wieder in den vorwärtsdrängenden deutschen Proletariermassen zu pflegen und schonungslos die schwächliche Passivität des rechten Flügels zu bekämpfen.*

Was den linken vom rechten Flügel trennt, ist die Auffassung über die proletarische Diktatur. Nicht nur darüber, ob diese überhaupt zu erstreben sei, sondern auch über deren Wesen und den ihr eigenen Notwendigkeiten. Wie viel gute Pazifisten und im Grunde konterrevolutionäre Elemente haben wir noch in unseren Reihen. Welch unglaubliche spieß- und kleinbürgerliche Verwirrung herrscht z. B. in den Köpfen der rechten Führer über *die Frage der Gewaltanwendung und des Terrors.* Hierfür typisch sind die Reden von Crispien über die Gewalt. Wie ängstlich bemüht er sich, immer um diese Frage herumzugehen. Sagte er doch kürzlich in einer Rede mit starker Beklemmung: „Gewiß, wir werden die Gewalt nicht vermeiden können", um aber schon wenige Minuten darauf ein Hoheslied der Menschlichkeit zu singen. Wem fallen bei derartigen Reden Crispiens nicht die wahrhaft revolutionären Worte von Friedrich Engels aus seinem Anti-Dühring ein: „*Daß die Gewalt aber noch eine andere Rolle (als die einer Teufelsmacht) in der Geschichte spielt, eine revolutionäre Rolle, daß sie, in Marx' Worten, die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht, daß sie das Werkzeug ist, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbene, politische Formen zerbricht* — davon kein Wort

bei Herrn Dühring (Crispien!). *Nur unter Seufzen und Stöhnen gibt er die Möglichkeit zu, daß zum Sturz der Ausbeutungswirtschaft vielleicht Gewalt nötig sein werde — leider!* Denn jede Gewaltanwendung demoralisiere den, der sie anwendet. Und *das angesichts des hohen moralischen und geistigen Aufschwungs, der die Folge jeder siegreichen Revolution war!* Und *diese matte, saft- und kraftlose Predigerdenkweise macht den Anspruch, sich der revolutionärsten Partei aufzudrängen, die die Geschichte kennt?*" (S. 193, dritte deutsche Auflage, Schluß des 4. Kapitels des 2. Abschnitts.) Wörtlich treffen diese Bemerkungen Crispien und seine Freunde.

Demgegenüber ist es unsere Pflicht, in der vielleicht nur kurzen Zeit, die uns noch bleibt vor den entscheidenden Machtkämpfen, einerseits den proletarischen Massen mit aller Eindeutigkeit und Klarheit die Parole der revolutionären Diktatur mit allen Mitteln unter schonungsloser Überwindung aller Widerstände zuzurufen, und andererseits in der revolutionären Vorhut unserer Reihen völlige geistige Klarheit über die theoretischen und taktischen Fragen der proletarischen Diktatur zu schaffen, *den revolutionären Teil der deutschen Arbeiterklasse in jeder Weise geistig und organisatorisch auf die kommenden Kämpfe einzustellen und vorzubereiten.*

Hierbei gilt es die Lehre sowohl der bürgerlichen, als auch insbesondere die Lehren der proletarischen Revolutionen, wie der russischen von 1905 und 1917, wie auch vor allem die Lehren der jetzt fast dreijährigen proletarischen Diktatur in Rußland, für uns zu ziehen. Kein Mensch denkt daran, russische Methoden mechanisch an anderen Ländern anzuwenden, aber es ist klar, daß aus der russischen Diktaturerfahrung eine ganze Reihe von allgemein gültigen Lehren zu folgern sind.

Diese Lehren hat in klarer marxistischer Weise die 3. Kommunistische Internationale auf ihren beiden Kongressen gezogen, während die alte 2. Internationale wie ein alter Greis mühsam hinter den revolutionären Ereignissen herhinkt und weiter das für uns längst verklungene Lied von der Demokratie singt. Wir bekennen uns laut und deutlich zur 3. Kommunistischen Internationale, weil ihre Grundsätze die unseren, weil ihre Methoden die unseren, kurz, weil sie Geist von unserem Geiste ist, weil wir der festen Überzeugung sind, daß sie die Internationale ist, die auch das deutsche Proletariat in seinen Kämpfen gebraucht. Ihre Lehren und Thesen den deutschen revolutionären Arbeitern nahezubringen und unsere Partei zu einem starken und zu allen Konsequenzen entschlossenen Gliede der 3. Internationale zu machen, halten wir für eine unserer dringendsten Aufgaben.

Der Kampf um die Internationale hat die Gegensätze in unserer Partei in aller Schärfe zum Ausdruck gebracht. Jetzt, wo wir zum ersten Male gezwungen wurden, restlos alle Folgerungen aus unserem Bekenntnis zur revolutionären Diktatur zu ziehen, da zeigt sich, wie hohl und schwach es in weiten Kreisen unserer Partei aussieht. Eine der wichtigsten Lehren der bisherigen Revolutionen ist die, daß wir *eine klare und reine Massenpartei* für die uns bevorstehenden Kämpfe gebrauchen, daß wir deshalb rücksichtslos alle den Vorwärtsdrang unserer Partei hemmenden Elemente ausscheiden müssen. Mit den halben und dreiviertel

Parolen muß es ein Ende haben. Das deutsche Proletariat braucht in der kommenden Auseinandersetzung eine führende Massenpartei, die ihm klare und eindeutige Parolen zuruft und zu der es unbedingtes Vertrauen hat. So schwer es manchem fallen mag, so notwendig ist die klare Trennung der Geister. Die größte Gefahr für unsere Partei nicht nur, sondern auch für die deutsche Revolution, wäre es, von neuem den Versuch einer Überbrückung, einer Verkleisterung der offenbar überaus krassen verschiedenen Auffassungen zu unternehmen. Es ist im Gegenteil jetzt unsere Pflicht, die vorhandenen Gegensätze mit aller Schärfe herauszuarbeiten, um eine völlige Klärung herbeizuführen. Es muß uns unter allen Umständen gelingen, eine vollständige geistige Umstellung der Partei in den Fragen der Diktatur und deren Mittel, wie Bürgerkrieg, Gewalt, Terror usw. herbeizuführen und die Ausscheidung der pazifistisch opportunistischen Elemente durchzusetzen. Wer nicht für uns ist, wer nicht entschlossen ist, mit aller Energie mit uns für die Eroberung der proletarischen Diktatur zu kämpfen und diese Diktatur mit allen Mitteln durchzuführen, der ist gegen uns, der soll seine eigenen Wege ziehen. Es geht unmöglich so weiter, daß in der führend sein sollenden Partei andauernd von den verschiedenartigsten Elementen hin und her gezogen wird. Bitter notwendig dagegen ist eine Vereinigung mit den marxistischen Elementen, die sich im Januar 1919 leider von uns abgesplittert haben. Die durch den Krieg und die Revolution hervorgerufene Parteientwicklung in der deutschen revolutionären Arbeiterschaft ist noch nicht zum Abschluß gelangt. Sie muß und wird eine Vereinigung der marxistisch revolutionären Elemente bringen, da wir uns nicht weiter den Luxus verschiedener sich gegeneinander bekämpfender Parteien leisten können. Von der Kommunistischen Partei trennt uns so gut wie nichts, nachdem sie so energisch alle syndikalistischen Teile von sich abgeschüttelt und auch manche schwere taktische Fehler überwunden hat. Die vielen gegenseitigen oft kleinlichen Angriffe und Bekämpfungen sind aus erklärlichem Parteiegoismus nur zu verständlich, aber sie werden ein Ende nehmen, wenn die Voraussetzungen zur Vereinigung bei uns gegeben sind. Das deutsche Proletariat braucht eine völlig einheitliche, geschlossene und straff organisierte, vorwärtsführende, große, revolutionäre Massenpartei.

Es war eine der Ursachen des schleppenden Ganges der deutschen Revolution, daß sie bisher keine energisch vorwärtsdrängende, wirklich revolutionäre Massenpartei besaß. Die kommenden Kämpfe werden diese Partei zeitigen, und deshalb ist die Entscheidung über die ganzen gegenwärtigen Fragen des Kampfes in unserer Partei nicht zuletzt auch eine Entscheidung über den Sieg der deutschen Revolution. Die revolutionäre Arbeiterklasse Deutschlands hat in den vor uns liegenden Kämpfen der Weltrevolution so riesige und gewaltige Aufgaben vor sich, daß die unheilvolle Zersplitterung der revolutionären Elemente sobald als möglich aufhören muß.

In all diesen Kämpfen soll unsere neue Zeitschrift den arbeitenden Massen ein geistiger Führer sein. Auch die politischen Tagesfragen werden in ihr selbstverständlich ein lebhaftes Echo finden Alle unsere linksstehenden Genossen werden darin ausführlich zu Wort kommen. Insbesondere soll auch die revolutionäre,

marxistische Literatur immer eingehend besprochen werden. Viele unserer Spießer werden ja die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und zetern über den Frevel, daß wir es wagen, unser Organ: „Kommunistische Rundschau" zu nennen. „Welch ein Parteiverrat", hören wir sie rufen! Kleinliche Geister! Wir sind Anhänger der Kommunistischen Internationale. Sowie unsere Partei den Anschluß vollzogen hat, wird sie ohnehin den Namen „Kommunistische Partei" führen. Unseren vom Kommunistenschreck befallenen Kleingeistern aber müssen wir in Erinnerung rufen, daß Karl Marx und Friedrich Engels lange Jahre hindurch nur den Namen „Kommunisten" anwandten, daß das erste internationale Dokument unserer Bewegung den Namen führt: „Kommunistisches Manifest", und daß Marx und Engels auch später von der Bezeichnung: „Sozialdemokratische Partei" keineswegs erbaut waren. Schrieb doch Friedrich Engels noch 1894, kurz vor seinem Tode in dem Vorwort zu seiner Sammlung „Internationales aus dem Volksstaat": „Man wird bemerken, daß in allen diesen Aufsätzen ich mich durchweg nicht einen Sozialdemokraten nenne, sondern einen Kommunisten." Dann schildert er, daß man damals in Frankreich und Deutschland unter „Sozialdemokraten" nichtmarxistische Elemente verstand. „Für Marx und mich war es daher rein unmöglich, zur Bezeichnung unseres speziellen Standpunktes einen Ausdruck von solcher Dehnbarkeit wie „Sozialdemokrat" zu wählen. Heute ist das anders, und so mag das Wort passieren, so unpassend es bleibt für eine Partei, deren ökonomisches Programm nicht bloß allgemein sozialistisch, sondern direkt kommunistisch, und deren politisches letztes Endziel die Überwindung des ganzen Staates, also auch der Demokratie ist." Dies sagte Engels schon 1894 von der alten Sozialdemokratischen Partei; weit mehr gilt es heute, wo wir auch offen programmatisch den Boden der Demokratie verlassen haben. Der Name „Kommunistische Partei" ist heute tatsächlich viel treffender und richtiger als die unklare Benennung: U. S. P. D.

Möge unsere „Komunistische Rundschau" bald den Weg zu allen revolutionären Proletariern finden. Sie will ein Organ sein der kämpfenden Armee der Arbeiterklasse, sie will mit führend sein auf dem Vormarsch zur deutschen sozialen Revolution, auf dem Wege zur Weltrevolution.



Der Moskauer Kongreß.

Von Ernst Däumig.

Vom 21. Juli bis zum 7. August 1920 tagte in Moskau der II. Kongreß der III. Kommunistischen Internationale. Er fand statt im Prunksaale des ehemaligen Zarenschlosses, im weltberühmten Kreml. Wo einst die blasierten und degenerierten Sprossen des Geschlechtes der Romanow, wo einst in goldstrotzenden Uniformen einherstolzierende Hofschranzen, wo einst elegante Generäle und Garde-

offiziere, wo einst die Damen der Hofgesellschaft mit ihren Pariser Toiletten, ihren Perlenkolliers und diamantenen Diademen ihr Wesen trieben, da fand sich diesmal zusammen die Vertreterschaft der revolutionären Vortruppen des Proletariats aus drei Erdteilen; nur Australien und Afrika waren nicht vertreten. Aber vielleicht schon auf dem nächsten Kongreß werden auch diese an den Verhandlungen teilnehmen, denn der Geist der III., der Kommunistischen Internationale, gleicht heute einem Flugfeuer, das den ganzen Erdball umkreist.

Der Ort, an dem der Kongreß stattfand, zeugt von der Wahrheit des Wortes: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!“ Der Moskauer Kreml, das Herz und die Zwingburg des alten zaristischen Rußlands, war jahrhundertelang der Brennpunkt der brutalsten Reaktion. Seine Paläste und pomphaft ausgestatteten Kirchen sind vom Schweiß und Blut des russischen Volkes erbaut worden. Die Geschlechter, die darin lebten und herrschten, glaubten, daß ihre Macht von ewiger Dauer sein werde. Von Jahrhundert zu Jahrhundert dehnte sich die zaristische Gewaltherrschaft immer weiter über Osteuropa und über Zentralasien aus. Drohend blickte der zaristische Doppeladler über die deutschen und österreichischen Grenzen; besorgt hörte der Engländer seine Flügel rauschen an den Einfallstoren Indiens. Aber es war ein Koloß auf tönernen Füßen. Denn als die Zeit erfüllet war, als das durch viele Generationen hindurch geknutete russische Volk sich erhob, da brach die zaristische Herrlichkeit in sich zusammen und dank der Energie der zielklarsten Träger der russischen Revolution begrub sie unter ihren Trümmern auch das kapitalistische System, riß sie den russischen Adel und die russische Bourgeoisie mit in den Abgrund. Und so kam es, daß jetzt an der Stätte, an der die Schmarotzer des Zarismus ihre Prunkfeste feierten, die Wortführer des revolutionären Proletariats der Welt den Feldzugsplan entwerfen konnten, der die Proletarier aller Länder in geschlossener Kampffront zum letzten Ansturm gegen das Weltkapital führen soll.

Der brave und korrekte Parteiphilister, der den pedantischen Geschäftsgang deutscher Partei- und Gewerkschaftskongresse gewohnt ist, hatte sicher an den äußeren Formen des Moskauer Kongresses manches auszusetzen. Aber die Tropenhitze der Moskauer Julitage spottete jeder zeremonösen Kleiderordnung, wie die revolutionäre Atmosphäre und die revolutionären Aufgaben des Kongresses den starren Geschäftsordnungsparagraphen nicht die Bedeutung zumaßen, die sie nur zu oft auf westeuropäischen Arbeitertagungen haben. In Genf, wo fast zu gleicher Zeit die Bankrotteure der II. Internationale den Versuch machten, einen Leichnam zu galvanisieren, mag es korrekter zugegangen sein. Aber heute nach vier Wochen wird von den Genfer Beschlüssen kein Wort mehr gesprochen, während der Kampfruf, der von Moskau ausging, in allen Ländern widerhallt — in der bürgerlichen Gesellschaft eine durch Spott und Verleumdung nur allzu schlecht bemäntelte innere Angst hervorgerufen hat und beim klassenbewußten Proletariat zu einer Klärung der Geister und zur Schließung der Reihen Anlaß gibt.

* * *

1½ Jahre war die Kommunistische Internale alt, als sie zum zweiten Male zu einer Tagung zusammentrat. Im März 1919 ließ die Kommunistische Partei Rußlands die Aufforderung zur Gründung einer neuen, einer revolutionären Internationale ergehen. Dem Rufe folgten zunächst nur kleine Parteien und Gruppen. Die großen Parteien Westeuropas (und Amerikas rümpften damals verächtlich die Nase über diesen, wie sie sagten, sektenhaften Versuch, das internationale Proletariat zusammenzufassen. Aber die soziale Revolution, die als Folge des Weltkrieges durch alle Länder hindurchgeht, brachte sehr bald eine Wandlung der Anschauungen über die III. Internationale hervor. In den Augusttagen des Jahres 1914 begann der Todeskampf der II. Internationale, in der der Reformsozialismus ausschlaggebend war. In der Weltrevolution, die den Weltkrieg ablöste, zeigte sich — in dem einen Lande klarer, in dem anderen weniger deutlich —, daß dieser Reformsozialismus seiner Natur treu geblieben ist. In den Kriegsjahren war er Helfershelfer des mörderischen Imperialismus, in der Nachkriegszeit wurde er zum Lakaien des Kapitalismus, der nach den von ihm verschuldeten Erschütterungen überall wieder festen Fuß fassen will. Aber bei den Proletariern der ganzen Welt, auch bei denen, die niemals ein Wort der marxistischen Lehre vernommen haben, ist der Glaube an die ewige Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus geschwunden. Davon zeugen die in unaufhörlicher Folge auftretenden Lohn- und Machtkämpfe des Proletariats in den einzelnen Ländern, davon zeugt der offene Bürgerkrieg, der auf den exponiertesten Kriegsschauplätzen der Weltrevolution ausgefochten wird. Das klassenbewußte Proletariat aber erkennt in immer größerem Umfange, daß die reformsozialistischen Parteien im jetzt entbrannten Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit jenseits der Barrikaden stehen. Sie sahen im Laufe des hinter uns liegenden Jahres, daß die internationale Vereinigung der Proletarier, die II. Internationale, einem wracken Schiff gleicht, das seine Passagiere in die Tiefe zu senken droht. Unter dem Druck von unten sahen sich die Bureaukraten der einzelnen Parteien gezwungen, den Pakt mit der II. Internationale zu kündigen. Stürmisch kam von unten auf der Ruf: Anschluß an die III. Internale! Widerwillig und zögernd kamen die Parteileitungen diesem Rufe nach, und so waren beim II. Kongreß in Moskau nicht nur vertreten die Parteien und Gruppen, die an der Gründung beteiligt waren, auch die Parteien des Westens hatten ihre Vertreter entsandt, um über den Eintritt in die III. Internationale zu verhandeln. Aber sie kamen zum größten Teil belastet mit den Parteitraditionen und mit dem ganzen Parteistolz, den der durch Kautsky geschulte westeuropäische Sozialist dem „tatarischen" Sozialismus entgegenbringt.

* * *

Nach den Schilderungen, die die offenen und verkappten Gegner des Anschlusses an die III. Internationale geben, sieht es so aus, als ob in Moskau fünf oder sechs verbissene und machthungrige Diktatoren säßen, die Tag und Nacht auf weiter nichts sinnen, als wie sie die Autonomie, das Selbstbestimmungsrecht, das freie Denken und den freien Willen der großen westeuropäischen Parteien knebeln und in spanische Stiefel zwängen können. Die ehrsamen Partei-

mitglieder, die brav ihre Beiträge bezahlen und in ihren Zahlabenden und Vereinsversammlungen grausige Schilderungen von der Diktatur Moskaus hören, glauben natürlich den altbewährten Führern, die zum Teil sogar noch den Glorienschein des Radikalismus tragen, und können daher nur schwer begreifen, daß der Anschluß an eine revolutionäre Internationale etwas mehr ist als ein Brüderschaftstrinken in der Stammkneipe. Diese braven Mitglieder merken nicht, daß der Anschluß an Moskau gleichkommt der Verurteilung einer Politik der Führer, die so beweglich über das Diktat von Moskau lamentieren; sie merken nicht, daß der Kampf gegen Moskau bei vielen Führern gleichbedeutend ist mit dem Kampf um das politische Renommee und — die materielle Position.

Es ist richtig, in Moskau hatte man vor Parteiehre und Parteitradition sehr wenig Respekt. Die Kernfrage, die allen in Moskau beschlossenen Thesen Leitsätzen und Bedingungen zugrunde liegt, die Kernfrage, die die Verhandlungen beherrschte, war: Wie muß die theoretische Grundlage und das organisatorische Prinzip beschaffen sein, um das revolutionäre Proletariat der Welt zu einer großen, geschlossenen und kampffähigen Armee zusammenzufassen? Vor allem zeigt das Beispiel der II. Internationale, wie eine neue, eine revolutionäre, eine kommunistische Internationale *nicht* sein darf. Die theoretische Grundlage der II. Internationale war die Demokratie. Das Prinzip der Demokratie, das den politischen Kampf des Proletariats in der Hauptsache zu einem Kampf um Parlamentsmandate werden ließ, und das im parteipolitischen Leben das Gesetz von der Autonomie der Partei zum Dogma machte. Sie schwärmten alle für die Demokratie, diese Parteien, die sich in der II. Internationale zusammenfanden, sie beglückwünschten sich bei jedem Mitglieder- und Mandatszuwachs, sie waren alle von ihrer eigenen Vortrefflichkeit überzeugt. Auf den Kongressen der Internationale paradierte die Gelehrsamkeit der ganzen sozialistischen Welt. Resolutionen wurden gefaßt, die wie eine Fanfare klangen und sich dann, als es darauf ankam, als eine klägliche Schamade erwiesen. Aber es waren demokratische, es waren autonome Parteien, die der II. Internationale angehörten. Unter den blutigen Geißelhieben des Weltkrieges, unter den Folgen der Revolution erkannten die Proletarier, die im Vordertreffen des revolutionären Kampfes standen, daß das demokratische Prinzip als Grundlage der proletarischen Politik abgetan sei. Das Prinzip der Diktatur des Proletariats trat aus dem theoretischen Nebel unter das scharfe Licht der aktuellen Tagesnotwendigkeit. Die Weltgeschichte zwang diese Erkenntnis zuerst dem russischen, dann auch dem mitteleuropäischen, vor allem dem deutschen Proletariat auf. Vom Beginn der deutschen Revolution an über den Märzparteitag in Berlin bis zum Leipziger Parteitag ging in der Deutschen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei das Ringen zwischen den demokratischen Tendenzen und denen der Diktatur des Proletariats. Im Leipziger Aktionsprogramm wurde die Partei endlich prinzipiell und formell auf die Diktatur des Proletariats festgelegt.

Bei den Vorkämpfern der Weltrevolution war diese Erkenntnis schon seit dem Jahre 1917 festgewurzelt und hat in einem fast dreijährigen Bürgerkriege gegen das Weltkapital ihre Daseinsnotwendigkeit bewiesen. Und da nun einmal die Russen durch die Weltgeschichte an die führende Stelle der revolutionären

Kerntruppe des Weltproletariats gestellt worden sind, so kann doch nur blinder Parteiegoismus und kurzsichtiger Bureaukratendünkel ihnen das Recht streitig machen, als Sachverständige in bezug auf Theorie und Praxis der proletarischen Diktatur aufzutreten, wobei — es ist schlimm, daß man das gegenüber dem klugen, deutschen Sozialisten immer wieder betonen muß — die Russen selbst am besten wissen, daß die Diktatur des Proletariats sowohl bei Eroberung der politischen Macht wie auch später bei dem Kampf um ihre Erhaltung und den sozialistischen Aufbau je nach der ökonomischen und sozialen Struktur des einzelnen Landes verschiedene Formen annehmen wird. Aber es kann gar kein Zweifel bestehen, daß für den Kampf um die politische Macht und für die Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats große, allgemeine Erfahrungstatsachen vorliegen, die für alle Länder Anwendung finden. Diese Erfahrungstatsachen dem kämpfenden Proletariat zunutze zu machen, muß eine der Hauptaufgaben einer revolutionären Internationale sein. Diese Aufgabe zu lösen, hat der Moskauer Kongreß sich redlich bemüht.

* * *

Der russische Steppenwind hat kräftig hineingeblasen in den Nebel der demokratischen Ideologie, der in das noch unausgebaute Gebäude der kommunistischen Internationale einzudringen drohte. Nicht nur die offenen Bekenner der alleinseligmachenden Demokratie, auch die Leute, die trotz eines Lippenbekenntnisses zur Diktatur des Proletariats ihr geruhsames Parteidasein nicht durch die ungestüm auftretende Revolution gestört sehen möchten, sind von dem Moskauer Kongreß recht unzart zerzaust worden. Aber wer eine wirklich revolutionäre Internationale haben will, wer das Proletariat seines Landes und der ganzen Welt der auf Tod und Leben kämpfenden Weltreaktion erfolgversprechend entgegenstellen will, der muß auch eine Internationale in Kauf nehmen, die in der gegebenen historischen Situation allen alten, demokratischen, opportunistischen, sozialpazifistischen und reformistischen Mucken gründlich das Lebenslicht ausbläst, mag dabei auch manch alt ersessener Gelehrtenruhm und manch gespreizte Führereitelkeit in die Brüche gehen.

Aber wo bleibt die Autonomie, wo bleibt das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder, so zetern die, denen die Moskauer Sprache zu hart erscheint. Es waren autonome Parteien, die von 1889 bis zum August 1914 das bunte Sammelsurium darstellten, das sich II. Internationale nannte. Sie waren autonom, gaben sich ihre eigenen Gesetze, sie schufen sich ihre eigene Bureaukratie und — sie pfiffen auf die internationalen Beschlüsse, als es darauf ankam, zu zeigen, daß es eine internationale Kampffront des Proletariats gebe. Unzählige Massengräber, in denen 12 Millionen Männer und Jünglinge modern, zeugen davon, was angerichtet wird, wenn die einzelnen Glieder der Kampffront des Weltproletariats autonom sind, d. h. wenn sie tun können, was ihnen beliebt. Darum hat sich die kommunistische Internationale mit vollem Recht das Ziel gesteckt, eine einzige kommunistische Partei zu schaffen, die in der ganzen Welt theoretisch gleich fundiert und organisatorisch nach gleichen Grundsätzen aufgebaut ist. Darum stellt der Moskauer Kongreß der Autonomie, der Dezentralisation

der Parteien das Prinzip der Zentralisation gegenüber. Und die Kommunistische russische Partei kann die Richtigkeit und Notwendigkeit des Zentralisationsprinzips mit genügend viel Erfahrungsbeispielen beweisen. Anderseits zeigt aber gerade der bisherige Verlauf der deutschen Revolution, wie sehr uns die theoretische Klarheit und die organisatorische Geschlossenheit im Kampfe noch gefehlt hat.

Wenn jetzt in der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie der Kampf um den Anschluß an die kommunistische Internationale tobt, so handelt es sich wahrlich nicht um die Autonomie und die Ehre der Partei, nicht um das brutale Diktat einer blindwütigen Moskauer Clique, sondern es handelt sich darum, ob das klassenbewußte deutsche Proletariat sich für den unausweichbaren Kampf mit Kapital und Gegenrevolution endlich freimachen will von verwirrenden Ideologien und organisatorischer Zerfahrenheit, oder ob nach dem Motto: Stille, stille, kein Geräusch gemacht! weiter dahingewurstelt werden und das deutsche Proletariat unter dem doppelten Druck des heimischen und ausländischen Kapitals und unter der Fuchtel der triumphierenden Gegenrevolution durch Generationen hindurch ein Helotendasein führen soll.

Deutsche Proletarier! Euer Platz ist in der vordersten Kampfreihe des Weltproletariats! Wollt Ihr diesen Platz ausfüllen, müßt Ihr Schulter an Schulter stehen mit denen, die gleichen Geistes und gleichen Willens sind.

Die Kommunistische Internationale zeigt Euch den Weg, geht nach Moskau!

Der Kern des Konflikts.

Von H. Werner-Essen.

> „Von der Diktatur des Proletariats muß nicht einfach wie von einer landläufigen eingepaukten Formel gesprochen werden, sondern sie muß so propagiert werden, daß ihre Notwendigkeit jedem einfachen Arbeiter, Arbeiterin, Soldaten und Bauern verständlich wird aus den Tatsachen des täglichen Lebens, die von unserer Presse systematisch beobachtet und Tag für Tag ausgenutzt werden müssen."

In diesem scheinbar simplen Satz, und gemessen an der in der U. S. P. D. bisher geübten Praxis, scheint etwas ganz Selbstverständliches ausgesprochen zu werden, und die Reden der Crispien und Dittmann u. a., auch jetzt noch trotz ihrer antibolschewistischen Propaganda, scheinen das nur zu bestätigen. Aber durch die Frage der Internationale vor die Notwendigkeit gestellt, uns klar entscheiden zu müssen, gezwungen, das innere Gefüge, die taktischen und organisatorischen Möglichkeiten, den geistigen Gehalt unserer Partei, den hinter uns liegenden Weg und die vor uns liegenden Aufgaben zu prüfen, da offenbart sich — wenigstens denen, die sehen wollen und wohl auch denen, die den Kopf in den Sand stecken, die wohl klar sehen, aber nicht den Mut zur Konsequenz aufzubringen vermögen — mit aller Deutlichkeit, daß in der Tat in der U. S. P. D.

von der „Diktatur des Proletariats" wie von einer „landläufigen eingepaukten Formel" gesprochen worden ist. Es war „Mode" geworden, von der „Diktatur des Proletariats" zu reden — weil es die gepeinigten Proletariermassen „bei der Stange" hielt, immer von neuem wieder ihre Hoffnung weckte und ihr Sehnen nach Befreiung befriedigte —, so wie die Moskauer nicht mit Unrecht aus denselben Gründen sagen, daß es „Mode" geworden sei, den Anschluß an die dritte Internationale zu suchen, beherrscht und getrieben von alter, eingefahrener Praxis, die lediglich einer traditionellen Sitte nachkommt, einer proletarischen Überlieferung Genüge tut und wobei sich nicht wenige der angenehmen Gedankenlosigkeit hingegeben haben mochten, in „bewährten" Bahnen weitertrotten zu können. Wohl nur wenigen wird von Anfang an zum Bewußtsein gekommen sein, daß mit einem Anschluß an die „Dritte" doch wohl etwas mehr verbunden sein wird als platonische Beteuerungen der Solidarität! Daß sich die Führer der Anschlußgegner aber durchaus darüber im klaren waren, was von ihnen bei einem Anschluß gefordert werden könnte, das zeigt jetzt die Selbstdemaskierung, die jeder einzelne von ihnen vornimmt. Und das ist zunächst einmal das große Verdienst der „Bedingungen", daß sie kein Versteckspielen zulassen, daß nicht mehr mit schwammigen Phrasen „Radikalismus" vorgetäuscht werden kann, daß vor allem die „Führer" „Farbe bekennen" müssen:

Moskau, der Vorposten der Weltrevolution, das Zentrum des gewaltigsten Ringens, zu dem bisher das Proletariat gezwungen war; ein Ringen, in dem nicht nur mit Begriffen gespielt werden konnte, sondern die Tatsachen zu eiserner Konsequenz zwangen, dieses Moskau fordert nun auch von denen, die eine Kampfgemeinschaft mit ihm eingehen wollen, die Nutzbarmachung dieser Erfahrungen und die Einstellung des inneren und äußeren Gefüges der Partei auf diese Erfahrungen, damit die Kampfgemeinschaft nicht nur eine platonische, sondern eine praktische werde. Damit verlangt kein Mensch, am allerwenigsten die scharfblickenden Moskauer Führer, eine sklavische Kopierung des Werdegangs der russischen Revolution auf Deutschland. Das wissen auch die Crispien und Dittmann und alle anderen, die aus sehr durchsichtigen Zwecken das Gegenteil behaupten. Sie sehen jetzt, daß die Partei — die in berauschendem Dusel und revolutionären Formeln, aber höchst schleimiger Inkonsequenz einen hohen Grad von Anpassungsfähigkeit entwickelte, nicht an die Notwendigkeiten des geschichtlichen Geschehens, sondern an das ohne Zweifel vorhandene Bedürfnis nach „Ruhe", das wohl verständlich, aber in immer größere Zerrüttung, immer tiefer in den Abgrund führt —, die große Arbeitermassen in ihren Reihen sammelte, nun vor die Notwendigkeit gestellt ist, sich in der schwammigen, unklaren Gallertform mit einem harten, stählernen Block zu vereinigen. Die „Rechte" und auch die „Linke", sie beide wissen, daß sich solche Elemente nicht vereinigen lassen: harte Wirklichkeit dort — „landläufige, eingepaukte Formeln" hier; darin liegt der Kern des Konflikts. Aber während jene ihm in „bewährter Praxis" mutig auszuweichen suchen, hält es die Linke für die dringendste Notwendigkeit, ihn zu lösen! Und das deutsche revolutionäre Proletariat kann es nur begrüßen, daß der Konflikt jetzt und unter den gegebenen Umständen offenbar wurde. Über kurz oder lang mußte er zutage treten, und das hätte auch unter Umständen geschehen können, die dem Proletariat außerordentliche Opfer, und zwar nicht nur solche an unserer „Ehre", sondern viel realere gekostet hätte. Die Probleme liegen offen, jetzt wäre Vertuschen gleichbedeutend mit Verderben; jetzt heißt es handeln, austragen, um Klarheit zu schaffen. Die Spuren, die aus den 90er Jahren zu einem 4. August führten, schrecken — vergessen wir sie nicht!

Wir können fürwahr den russischen Genossen dankbar sein — ohne blindlings zu ihren 21 Punkten Ja und Amen zu sagen —, daß sie sie gestellt haben und damit die

in unseren Reihen herrschenden verhängnisvollen Illusionen zerrissen und die „revolutionäre" Maske gelüftet haben. Wie viele kleinbürgerliche Lächerlichkeit noch in der U. S. P. D. herrscht, die notwendigerweise bei jeder revolutionären Aktion versagen muß und uns vieles Allzuunbefriedigende in der Partei und ihrem Tun seit November 1918 verstehen läßt, das zeigt jetzt mit erschreckender Deutlichkeit unsere Presse. Von den Reden und Artikeln der Crispien und Dittmann, Henke, Ledebour und Zietz angefangen bis herab zu den selbständigen Äußerungen der kleinsten Parteiblätter, offenbart sich mit krassester Aufdringlichkeit, wie notwendig es endlich war, daß unsere Partei gezwungen wurde, zur Klärung und über ihre Ursprungstendenzen des kleinbürgerlichen Pazifismus hinauszukommen. Die Debatte, die in der Partei über den Anschluß geführt wird, ist der sprechendste Beweis dafür, wie unbedingt berechtigt der § 1 und die übrigen ähnlichen der Bedingungen sind.

Wir dürfen nicht vergessen, daß es pazifistische und nicht revolutionäre Tendenzen waren, die unsere Partei geboren haben. Trotzdem aber aus dem Krieg die Revolution entstand, hat sich die U.S.P.D. nur scheinbar, äußerlich, in ihrem Programm, nicht aber in ihrem Wesen gewandelt. Die alte traditionelle „sozialdemokratische" Denkweise sitzt noch gar zu fest, besonders in den Kreisen der Führer in fast allen Graden, und gerät in immer schärferen Widerspruch mit dem ehernen Gang des geschichtlichen Geschehens. Es ist nichts besonders Erstaunliches, daß sich viele Genossen an den liebgewordenen Namen klammern. Er verkörpert ihre Wesensart, ihr pazifistisches, im Grunde antirevolutionäres Denken; das sich allerdings hinter revolutionären, bei manchen mit großem Pathos vorgetragenen Phrasen versteckt. Nur getrieben von der durch ihre Lebensbedingungen zum Handeln gezwungene Masse, setzte sich die Partei in Bewegung, selbstverständlich immer mit dem Leitstern „Diktatur des Proletariats", jedoch immer mit Gedanken: „aber nur mit demokratischen Mitteln". Das war die „große Initiative" von der bisher unsere Partei beherrscht war, und nur dem jämmerlichen Dilettantismus der links von uns Stehenden — die alle Ursache haben, sich ebenfalls die „Bedingungen" und alle grundsätzlichen Thesen und Beschlüsse genau anzusehen und Moskau nicht nur nachzuplappern, sondern auch von ihrem Geist und ihrem konsequenten Handeln zu lernen — hat es die U. S. P. D. zu verdanken, daß sie bis jetzt noch die Massenpartei geblieben ist.

Das also ist nötig und das Grundproblem des Anschlusses: daß von der Diktatur des Proletariats nicht nur wie von einer „landläufigen eingepaukten Formel" gesprochen wird! Bisher war sie nur ein Mittel zur Agitation, weil die „Demokratie" durch die Tatsachen gar zu sehr in Mißkredit geraten ist. Die hungernde, frierende, in immer größeres Elend versinkende Masse und der praktische Anschauungsunterricht in der „freiesten Demokratie", den sie durch das Regime des Heine und Noske empfangen hat; die absolute Machtlosigkeit der mit regierenden „Sozialisten" durchsetzten Staatsgewalt gegenüber der vollständigen Zerrüttung auf der einen, der wahnsinnigen Profitmacherei, der aufreizenden Verschwendung und der frech und ungeniert betriebenen Organisierung der Reaktion auf der anderen Seite, zwang dazu, endlich zu begreifen, daß trotz aller „demokratischen" Auslegungsversuche die Marx' und Engelsschen Theorien von der Diktatur des Proletariats etwas anderes seien als die Eroberung der politischen Macht durch den Stimmzettel. Daß in Leipzig unser Aktionsprogramm einstimmig angenommen wurde, ist der Ausdruck der einmütigen theoretischen Anerkennung dieser Tatsachen, — aber auch nicht mehr! Denn zahlreichen, besonders in den „oberen Regionen" unserer Partei vorhandenen pazifistischen Gemütern ist der Gedanke, daß die Diktatur auch einmal verwirklicht werden muß, schreckhaft bis zum Entsetzen, und die, wie sich nun besonders in der gegenwärtigen Debatte zeigt, pazifistisch-demokratischen Illusionen von der „Mehrheits"herrschaft, der Preß„freiheit", der Verneinung der

Gewalt usw., mit denen man in „friedlichen" Vorkriegszeiten so billig den Beifall jeder Volksversammlung eroberte, wirken noch heute sehr lebendig nach und drohen jetzt, wo uns die harte Wirklichkeit der entscheidenden Kämpfe immer näher auf den Pelz rückt, zu einem furchtbaren Verhängnis zu werden.

Allerdings, den bisherigen Führern des revolutionären Proletariats alle Schuld für das Stocken der Revolution, für die Rückschläge und Niederlagen aufbürden zu wollen, wäre Unsinn. Denn daß auch die Revolution ein dialektischer, ein sich in Widersprüchen und nur nach und nach zu höherer Einsicht führender Prozeß ist, ist schon zum Gemeinplatz geworden. Was Marx und Engels von der proletarischen Revolution voraussagten, sehen wir sich erfüllen, daß die proletarische Revolution eine Kette von sich steigernden, mit zeitweiligen Siegen und Niederlagen abwechselnder Kämpfe ist, bis schließlich das siegreiche Proletariat so stark ist, daß ihm die Macht nicht mehr entwunden werden kann. Aber alle diese Erkenntnisse schließen die weitere Erkenntnis nicht aus, daß die Bedeutung der Etappen vermindert, die Größe der zeitweiligen Niederlagen gesteigert werden, weil die in unserem Aktionsprogramm ausgesprochenen Grundsätze für die Führung der Partei — und wir haben dabei nicht nur die oberste Zentrale, sondern vor allem die Presse — noch immer nur Papierbekenntnisse, „landläufige eingepaukte Formeln" sind.

In der jetzt tobenden Debatte werden die schärfsten Beweise für die Notwendigkeit der gestellten Bedingungen geliefert, für die Notwendigkeit, daß endlich alle unklaren, zweideutigen und schwankenden Elemente abgestoßen werden: Trotz der Erfahrung über die unselige Rolle, die die bürgerliche Preßfreiheit bei der Zermürbung der proletarischen Macht in den ersten Revolutionswochen gespielt hat, trotz der Erfahrungen in dieser Beziehung auch aus den Märztagen 1920, trotz der riesenhaften Opfer, die auch der weiße Schrecken schon in Deutschland gefordert hat, debattiert man zur Klärung der Anschlußfrage an die Internationale jetzt noch im Stadium des latenten Bürgerkrieges — dessen offener Ausbruch nur noch von dem ominösen „Funken ins Pulverfaß" abhängig ist —, über die Methoden und Notwendigkeiten der proletarischen Diktatur; ereifert sich in größter Entrüstung dagegen, daß die „Preßfreiheit" nicht gewährleistet werden soll und daß ausgesprochen werden soll, daß die Bourgeoisie mit ihrem Riesenverteidigungsapparat nicht nur mit gekreuzten Armen niedergezwungen und niedergehalten werden kann, sondern daß dazu auch schärfste Gewalt notwendig sein wird; und daß ferner das Proletariat sich nicht immer in der Defensive halten kann, sondern schließlich auch kühn und mutig zur Offensive wird übergehen müssen; das heißt nichts anderes, als daß es sich nicht wie bisher unter schwankender und zögernder Führung immer nur von den Ereignissen treiben lassen kann, sondern die Dinge meistern muß. Ja, das sind alles schreckhafte Gedanken, und der, der sie ausspricht, hat „kein Herz im Leibe", wie Ledebour, der „große" Führer der Berliner Kämpfe, auf der Reichskonferenz unter dem Beifall seiner Gleichgesinnten zum Besten gab.

Diese Erfahrungen geben uns die Bestätigung dessen, was Radek in seiner Schrift „Proletarische Diktatur und Terrorismus" schreibt: Es genügt nicht, daß die Arbeitermassen ihren Führern das Bekenntnis zur Diktatur abpressen, sondern es gilt, „an den Weichenstellen des proletarischen Eisenbahnsystems Vertreter des revolutionären Proletariats zu haben, deren Auge ruhig die Tatsachen wahrnimmt und deren Hand nicht zittert. Eine Rätediktatur mit Führern, die nicht endgültig innerlich mit dem kapitalistischen System gebrochen haben, die nicht bereit sind, alles das zu tun, was die harte Notwendigkeit erfordert, eine solche Diktatur kann nur eine Scheindiktatur, das heißt eine sichere Niederlage sein".

Die beliebte Phrase, mit der noch immer billige Erfolge bei allen Gedankenlosen erzielt werden, ist, daß man alles, was die Folge und die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur sein wird, notwendigerweise wird tun müssen, aber daß man das nicht erörtern, nicht vorbereiten und nicht zum „System" erheben dürfe usw. Daran ist ja nicht zu zweifeln, daß der Selbsterhaltungstrieb das Proletariat schließlich dazu zwingen wird — wenn es ungeheure Opfer gebracht hat. Die revolutionären Kämpfe der Vergangenheit und der Gegenwart haben aber bis jetzt noch immer gezeigt, daß die revolutionäre Klasse die größeren Opfer zu buchen hat, weil sie unklar und unbestimmt, gutmütig von Natur aus, nicht mit der brutalen Herzlosigkeit der zum Untergang verurteilten Klassen gerechnet haben. Nichts mehr wird ausgesprochen und verlangt, als vollständige Klarheit über alle Konsequenzen und Bedingungen der als Notwendigkeit anerkannten Diktatur. Nicht aus „Herzlosigkeit", nicht aus Blutgier, sondern zu dem Zweck, das Opfer zu sparen, den Kampf abzukürzen, und wozu die Voraussetzung ist, daß allen wankenden und schwankenden demokratisch-pazifistischen Elementen die Möglichkeit verrammelt wird, hinter revolutionären Phrasen ihren Pazifismus, ihr bewußtes oder unbewußtes Bestreben, sich von den Geschehnissen treiben zu lassen — wofür das kämpfende Proletariat die Kosten tragen muß — zu verstecken, und so letzten Endes, trotz ihres Pazifismus, zur Vermehrung der Opfer beitragen!

Nicht mehr und nicht weniger verlangen die Bedingungen, als die bewußte Anwendung der Erfahrungen aus der russischen und deutschen Revolution der Gegenwart, die nur eine Bestätigung der geschichtlichen Erfahrungen aus allen Bürgerkriegen und revolutionären Umwälzungen der Vergangenheit sind, und die bewußte Einstellung des deutschen Proletariats und unserer Partei — das seine Führerin sein will — auf die Notwendigkeiten des Kampfes, den das Proletariat zu führen hat, wenn es nicht untergehen will, und den es nur in der Gemeinschaft einer starken Internationale führen kann. Die Vorbedingung zu alledem dann aber ist die Lösung der grassierenden Halbheiten und Zweideutigkeiten in unserer Partei, denen allein wir die schwere Krise verdanken, in die uns die Anschlußfrage an die Internationale bringen konnte.

Proletarische Neutralität in der Revolution?

Von Anna Geyer.

Mit allen Mitteln ist das internationale Kapital bestrebt, Rußland durch fortwährende militärische Angriffe am Aufbau einer sozialistischen Wirtschaftsweise zu verhindern. Den Judenitsch, Denikin, Koltschack folgte General Wrangel und die Republik Polen, die als Vasallen des einigen Weltkapitals gegen Rußland zu Felde ziehen mußten. Besonders auf den Kampf der polnischen Heere setzte die Regierung der kapitalistischen Länder große Hoffnungen. Im Laufe des Juni und Juli dieses Jahres rückte die Wahrscheinlichkeit immer näher, daß Rußland nach der Niederringung von Judenitsch, Denikin, Koltschak auch die Abschüttelung seiner polnischen Gegner gelingen würde.

Vom 5. bis 16. Juli fand in Spaa eine Konferenz der kapitalistischen Regierungen Europas statt. Nur wenig wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt von dem, was dort ver-

handelt wurde. Aus dem Wenigen aber geht hervor, daß auf der Konferenz von Spaa die Veränderung des Verhältnisses zwischen den Regierungen der Entente und derjenigen Deutschlands ihren politischen Ausdruck gefunden hat. Nur der Form nach standen sich dort in Spaa zwei Mächte gegenüber, die sich noch vor kurzem auf das erbittertste bekämpft haben. In der Tat überbrückte bereits eine neue Gemeinsamkeit ihrer Interessen die noch vorhandenen Differenzen. Diese Gemeinsamkeit der Interessen ist zunächst gegeben bei der Ausbeutung des deutschen Proletariats, an dessen Arbeitsleistungen die Kapitalisten Deutschlands ebenso wie die der Entente verdienen wollen. Darüber hinaus aber besteht eine Interessengemeinschaft an der Niederhaltung der Revolution. In der Erkenntnis, daß sich das Zentrum der Weltrevolution immer mehr nach Deutschland verschiebt, suchten die Regierungen der Entente die gegenrevolutionären Kampfmöglichkeiten der deutschen Regierung zu stärken. Sie ließen ihr ein über Erwarten großes konterrevolutionäres Heer.

Wenn weiter in den Berichten über die Konferenz in Spaa gesagt wurde, daß man auch über die russisch-polnische Frage gesprochen habe, so liegt wohl das Wesentliche dieser Verhandlungen in dem, was man vorsichtig verschweigt. Nicht durch Worte, nicht durch Berichte, sondern durch Taten zeigt man dem Proletariat, daß die kapitalistischen Regierungen Abmachungen untereinander getroffen haben, um ihren Kampf einheitlich zu führen gegen das revolutionäre Proletariat, und vor allem gegen seine vorgerückteste Machtposition im Osten Europas.

Am 16. Juli war die Konferenz in Spaa beendet. Am 20. Juli erfolgte die Erklärung der deutschen Regierung, daß sie sich in dem Kampf zwischen Polen und Rußland neutral verhalten werde. Fast gleichzeitig kamen die ersten Meldungen, daß die Entente Truppen und Munition durch Deutschland transportierte.

Die in Spaa versammelten Vertreter des Weltkapitals haben eingesehen, daß die Position der deutschen Regierung gegenüber der deutschen Arbeiterklasse so wenig sicher ist, daß die deutsche Regierung nicht wagen kann, offen Polen zu unterstützen. Die Neutralitätserklärung der deutschen Regierung ist ein Bekenntnis ihrer Schwäche gegenüber der deutschen Arbeiterklasse, und zugleich ein Bekenntnis der Schwäche des Weltkapitals, das mindestens im gegenwärtigen Augenblick den offenen Konflikt zwischen dem deutschen Proletariat und der deutschen Bourgeosie fürchtet.

Die deutsche Arbeiterklasse beantwortete zunächst die Neutralitätserklärung der deutschen Regierung folgerichtig mit der Drohung, daß sie ihre Machtmittel anwenden werde, sobald die deutsche Regierung ihre zugesicherte Neutralität brechen werde. Gewiß nicht aus Begeisterung für eine neutrale Haltung gegenüber dem kämpfenden Proletariat Rußlands wurde diese Erklärung abgegeben, oder aus Gleichgültigkeit gegenüber dem Ringen an der Ostgrenze Deutschlands, sondern weil die realen Machtmittel der deutschen Arbeiterklasse im gegenwärtigen Stadium keine energischere Unterstützung der kämpfenden Genossen zulassen.

In den Wochen, die der Neutralitätserklärung der deutschen Regierung folgten, die zunächst nur eine Form war, durch die Drohung des Proletariats indessen eine Realität für die Regierungen der Entente wurde, ließ sich die Entente keinen eklatanten Neutralitätsbruch zuschulden kommen. Ihre schlaue Taktik, nicht offen und brutal die deutsche Neutralität zu brechen, sondern sie gleichsam zu durchlöchern durch fortgesetzte kleinere Truppen- und Kriegsmaterialsendungen bewährte sich gegenüber dem deutschen Proletariat, das ja allein als Wächter über die deutsche Neutralität in Betracht kam. Die Unterstützung Polens besonders durch Frankreich vollzog sich, soweit dazu die deutsche Neutralität gebrochen wurde, unter dem Schutze des Versailler Vertrags. Seine Bestimmungen wurden gedreht und gewendet von der französischen Regierung im trauten

Verein mit derjenigen Deutschlands. Unter seinem Schutze kamen Waggons und Schiffe voll Munition, kamen Poloniazüge durch Deutschland.

Dieser Düpierungsversuch gegenüber der deutschen Arbeiterschaft gelang. Sie ist zum großen Teil noch heute befangen in pazifistischen Gedankengängen, die ihre Berechtigung haben mochten in der historischen Epoche der imperialistischen Kriege, die aber heute überholt sind, wo wir in die Epoche der offenen Kämpfe zwischen Kapital und Proletariat eingetreten sind. In dieser Epoche bedeutet jedes Ausweichen vor notwendigen Kämpfen in seiner Wirkung eine Unterstützung der Gegenrevolution. In dieser Epoche bedeutet es auf jeden revolutionären Kampf, auf die Erfüllung der selbstverständlichsten Solidaritätspflicht verzichten, wenn der Versailler Vertrag in den Köpfen des deutschen Proletariats als unantastbar dasteht.

Dort, wo diese Vorstellung nicht die revolutionäre Tatkraft der Arbeiter lähmte, wie bei den Erfurter Eisenbahnern, haben wir beschämt zu konstatieren, daß sie für ihre selbstverständliche Pflichterfüllung von dem deutschen Proletariat von seiner Kontrollkommission desavouiert wurden. Aus Unklarheit hat die deutsche Arbeiterschaft einige ihrer besten Kämpfer auf dem Altar der Gegenrevolution geopfert. Schmunzelnd können die Gegenrevolutionäre der ganzen Welt konstatieren, daß sie die Vorstellung von der Heiligkeit des Versailler Vertrags als eine ihrer schärfsten Waffen gegen das deutsche Proletariat ins Treffen führen können.

Zwischen der drohenden Haltung der deutschen Arbeiterschaft zur Zeit der Neutralitätserklärung der deutschen Regierung und heute liegt ein Teilsieg der Bourgeoisie, der errungen wurde durch ihre geschickte Politik. Diese Epoche ist kein Ruhmesblatt in der Geschichte der revolutionären Kämpfe des deutschen Proletariats. Ein Sieg, den der Gegner erringt nicht infolge seiner realen Übermacht, sondern auf Grund der Unklarheit des Proletariats, gereicht dem Besiegten gewiß nicht zur Ehre.

Die Ursache dieser Niederlage liegt nicht zuletzt darin, daß sich das deutsche Proletariat bis heute noch nicht zusammengefunden hat in einer starken, einflußreichen, politisch-klaren Partei. Jetzt ist die deutsche Arbeiterklasse dabei, sich diese Partei zu schaffen und damit die Voraussetzung seiner zukünftigen Kämpfe zu bessern. Noch ist dieses Blatt der Geschichte nicht umgewendet. Allwöchentlich fahren Poloniazüge durch Deutschland, und auf Schiffen wird Kriegsmaterial nach Polen transportiert. Noch kann die deutsche Arbeiterklasse beweisen, daß die Erfahrungen der letzten Wochen ihre Erkenntnis geklärt haben. Sie kann der anfänglichen Lauheit ihrer Haltung eine Zeit der Taten folgen lassen, die geeignet ist, die Scharte, die sich das deutsche Proletariat unzweifelhaft in den letzten Wochen holte, wieder auszuwetzen.

Grundsätzliche Steuerpolitik.

Von Curt Geyer.

Durch die Wirkungen des Krieges sind die objektiven wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen worden, die die soziale Revolution zu einer unumgänglichen Notwendigkeit für das Proletariat machen, zugleich aber auch die ideologischen Voraussetzungen der sozialen Revolution bei der Arbeiterklasse. Die Periode des Waffenstillstandes zwischen den Klassen ist vorüber, die Periode der Entscheidungskämpfe hat begonnen. Diese Wandlung der Kampfverhältnisse erfordert völlige Wandlung der Kampfmethoden des Proletariats. War vor dem Kriege der Kampf der Arbeiterschaft vornehmlich auf die Verbesserung der Stellung des Proletariats gegenüber dem Bürgertum eingestellt, muß er sich jetzt

auf die Eroberung der Macht richten. Vor dem Kriege konnte in der Erwartung, daß noch lange Frist verstreichen könne bis zu den entscheidenden Machtkämpfen, versucht werden, durch gesetzgeberische Arbeit im Parlament Resultate zu erzielen, die nach langfristiger Wirksamkeit eine Verbesserung der physischen und moralischen Lage des Proletariats bedeuteten. Die Maschinerie der Demokratie konnte in der Periode der Sammlung der Arbeiterklasse ausgenutzt werden zur Verbesserung der Kampfbedingungen. In der Periode der Entscheidungskämpfe, in die wir eingetreten sind, sind die Grenzen der Ausnutzbarkeit der Maschinerie der Demokratie für die Verbesserung der Kampfbedingungen des Proletariats im großen und ganzen erreicht. Das Hauptgewicht ist daher nicht mehr auf die Benutzung der parlamentarischen Gesetzgebungsmaschine zu legen, sondern auf revolutionäre Aktivität, und die Betätigung im Parlament muß auf die Forderung der revolutionären Aktivität eingestellt werden.

Ein Schulbeispiel für die Notwendigkeit der Umstellung der Taktik der Partei im Parlament im revolutionären Sinne bietet die Steuerpolitik. Die Steuerpolitik war vor dem Kriege der Punkt, an dem die vornehmlich auf Verbesserung der Kampfbedingungen, auf die Hebung der materiellen Lage des Proletariats gerichtete Politik der alten Sozialdemokratie am reinsten zum Ausdruck kam. Es schien vor dem Kriege klar, daß durch eine positive Steuerpolitik eine Verbesserung der Lage der Arbeiter zu erzielen war, wenn es gelang, durch das parlamentarische Votum der Partei eine für das Proletariat günstige Verteilung der Steuerlasten zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse zu erreichen. Es erschien zu sinnfällig, daß es einen mit Händen greifbaren Vorteil für die Arbeiterklasse bedeutet, wenn sie — um ein Beispiel anzuführen — nicht die volle Steuerlast für die Heeresvermehrung zu tragen hatte, sondern wenn durch die Zustimmung der Partei zum Wehrbeitrag ein erheblicher Teil dieser Neubelastung auf die Schultern der Besitzenden abgewälzt wurde. Aber schon zu diesem Zeitpunkte begannen innerhalb der alten Sozialdemokratie Auseinandersetzungen darüber, ob diese Steuerpolitik richtig sei. Die Debatten um den Verwendungszweck der Steuern zeigten schon damals, daß ein Teil der Partei der Ansicht war, daß die Periode des Waffenstillstandes zwischen den Klassen zu Ende gehe und die Periode der revolutionären Aktivität anhebe, in der alles getan werden müsse, um die Befestigung opportunistischer Gedankengänge in der Ideologie der Arbeiterklasse zu verhindern und ihre volle Aufmerksamkeit auf die Eroberung der politischen Macht zu richten.

Damals hatten die Befürworter der Zustimmung zum Wehrbeitrag das namentlich bei der Arbeiterschaft schwerwiegende Argument für sich, daß sie mit ihrer Haltung einen augenblicklichen Vorteil für die Arbeiterschaft, die Verhütung neuer indirekter Steuern erzielt hatten. Die Staatswirtschaft machte damals noch einen nach heutigen Begriffen kleinen Teil der gesamten Volkswirtschaft aus. Die Steuerbeträge, die damals in Frage kamen, bewegten sich in solchen Ausmaßen, daß sie die Entfaltungsmöglichkeit des kapitalistischen Systems nicht einschneidend beeinflußten. Die volkswirtschaftliche Möglichkeit, die Steuerlast auf den Mehrwert zu legen, ohne die Grundlage der Existenz des kapitalistischen Systems anzugreifen, war damals theoretisch noch gegeben. Damit aber bestand die Möglichkeit, durch eine positive Steuerpolitik materielle Augenblicksvorteile für die Arbeiterschaft zu erreichen. Darüber, was eine solche positive Steuerpolitik damals für die revolutionäre Aufklärung der Arbeiterschaft an Hemmungen bedeutete, braucht hier nicht gesprochen zu werden.

Durch die Kriegswirkungen aber hat sich das Verhältnis der Staatswirtschaft zur Volkswirtschaft grundlegend geändert. Die Staatswirtschaft macht heute den wesentlichsten Teil der gesamten Volkswirtschaft aus, so daß heute eine jede steuerpolitische Maßnahme zugleich eine wesentliche wirtschaftspolitische Maßnahme bedeutet. Die Maßnahmen der Steuerpolitik sind heute entscheidend für die Gestaltung des sozialen Verhältnisses der Klassen zueinander. Sie regulieren heute

in entscheidendem Maße das Verteilungsverhältnis zwischen den Klassen. Die Erfordernisse der Staatswirtschaft sind durch den Krieg so gesteigert worden, daß im Rahmen des kapitalistischen Systems nicht mehr die Möglichkeit besteht, sie durch Steuern aus dem Mehrwert zu decken. Die Versuche, im Rahmen des kapitalistischen Systems und des bürgerlichen Staates eine Steuerpolitik nach den Grundsätzen sozialistischer Steuertheorie zu betreiben, würden zu einer Aufhebung der Akkumulationsmöglichkeit für das Kapital führen und damit die Grundlage des kapitalistischen Systems erschüttern. Es ist darum heute klar, daß die Verwirklichung einer sozialistischen Steuerpolitik, die vor dem Kriege im Rahmen des bürgerlichen Staates theoretisch volkswirtschaftlich noch möglich erschien, wenn man von den sozialen Kräfteverhältnissen abstrahierte, nur in einem proletarischen Staatswesen nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat möglich ist. Deshalb wurden im Aktionsprogramm von Leipzig die Aufgaben der sozialistischen Steuerpolitik nicht für die Zeit *vor* der Eroberung der politischen Macht formuliert, sondern für die Zeit der Diktatur des Proletariats.

Der Steuerpolitik des bürgerlichen Staates ist die Grenze gezogen durch die Akkumulationsmöglichkeit des Kapitals. Um die ins Gigantische gesteigerten Erfordernisse der Staatswirtschaft decken zu können, ist es notwendig, daß der bürgerliche Staat die Steuern auf den Arbeitslohn gewaltig anspannt. Volkswirtschaftlich bedeutet das, daß der Staat durch seine Steuerpolitik die Kaufkraft der Massen zu schwächen sucht. Soll das kapitalistische System aufrechterhalten werden, so ist es notwendig, daß die Güterverteilung zwischen den Klassen in solchem Verhältnis erfolgt, daß die Möglichkeit einer Akkumulation des Kapitals bestehen bleibt. Diese Möglichkeit besteht nur, wenn die Kaufkraft der Massen systematisch und in großem Stile herabgesetzt wird. Das Unternehmertum versucht dies Ziel direkt zu erreichen, indem es die Löhne abbaut und die Arbeitszeit verlängert. Der Staat wirkt in der gleichen Richtung durch seine Steuerpolitik. Es ist der Sinn der Steuerpolitik des bürgerlichen Staates, *daß sie die Existenzmöglichkeit des kapitalistischen Systems aufrechterhalten will um den Preis der Verelendung der Arbeiterklasse.*

Nun aber scheint heute die Grenze der Verelendung der Arbeiterklasse erreicht. Diese Grenze wird nicht bestimmt durch physische Faktoren, sondern durch das soziale Kräfteverhältnis, durch den Kampfwillen der Arbeiterklasse, durch das Maß sozialistischer Einsicht und revolutionärer Energie, das ihr innewohnt.

Den Wirkungen der Steuerpolitik des bürgerlichen Staates setzt die Arbeiterschaft den sozialen Kampf entgegen. Die Periode der Streiks, die jetzt eingesetzt hat, ist die Folge davon. Andererseits sind die Kapitalisten gezwungen, um der Behauptung der Existenzmöglichkeit des kapitalistischen Systems willen die Überwälzung der Steuer vom Arbeitslohn auf den Mehrwert zu verhindern. Das Resultat dieser sozialen Kämpfe ist, von Augenblickserscheinungen abgesehen, jener für die Staatswirtschaft wie für die kapitalistische Volkswirtschaft verhängnisvolle Zirkel: Anspannung der Steuer — Lohnkämpfe — Preissteigerung — Wachsen des Staatsbedarfs — neue Anspannung der Steuern — verbunden mit endloser Schulden- und Papiergeldwirtschaft, die diesen Prozeß beschleunigt. Bei den Kämpfen aber um die Überwälzung der Steuer und damit um die Verteilung ist das Unternehmertum entschieden im Vorteil, da es in der Lage ist, das Preisniveau zu bestimmen.

Unter solchen Umständen verschwinden die Unterschiede in der Bewertung der verschiedenen Steuerarten durch eine wirklich sozialistische Politik. *Jede Steuer, gleichviel ob direkt oder indirekt, wirkt heute als eine Schwächung der Kaufkraft der Massen, wie eine wirtschaftspolitische Maßnahme, die bestimmt ist, die Existenz des kapitalistischen Systems um den Preis der Verelendung des Proletariats aufrechtzuerhalten.* Die Ersetzung einer indirekten Steuer durch eine direkte bedeutet heute im Rahmen des bürgerlichen

Staates keine dauernde Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse. Kein dauernder positiver Vorteil kann durch irgendeine steuerpolitische Maßnahme im Rahmen des bürgerlichen Staates für die Arbeiterklasse erreicht werden. Angesichts dieser Tatsache ist eine Einstellung der parlamentarischen Steuerpolitik unter dem Gesichtspunkt der Erreichung materieller Vorteile für die Arbeiterschaft völlig unfruchtbar. Einzig entscheidend für die parlamentarische Steuerpolitik der Partei kann heute nur die Entscheidung nach dem Verwendungszweck der Steuer sein, um die Ausdrucksweise früherer Steuerdiskussionen zu gebrauchen.

Heute positive Steuerpolitik im Parlament treiben, bedeutet nicht nur, der Erhaltung des Machtinstruments des bürgerlichen Staates gegen die Arbeiterklasse um den Preis der Verelendung der Arbeiterklasse zustimmen, sondern bedeutet, kapitalistische Wirtschaftspolitik zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems treiben.

Aus dieser Erkenntnis heraus müssen die Grenzen der parlamentarischen Steuerpolitik der Partei bestimmt werden. Eine scharfe Scheidelinie ist zu ziehen gegen die rechtssozialistische Steuerpolitik, die nicht nur bestimmt werden darf durch die leere Formel: Ablehnung aller indirekten Steuern, sondern aus der grundsätzlich revolutionären Stellungnahme dem bürgerlichen Staat wie dem kapitalistischen Wirtschaftssystem gegenüber. Nicht minder scharf aber muß diese Grenzlinie auch gezogen werden gegen alle opportunistischen Gedankengänge in unseren eigenen Reihen, gegen den Glauben, daß bei Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems irgendeine Steuerpolitik gefunden werden könnte, die der Arbeiterklasse materielle Vorteile, günstigere Lebensbedingungen schaffen könnte.

Nicht Verbesserungsarbeit an der Steuergesetzgebung des bürgerlichen Staates ist die Aufgabe der Partei im Parlament — denn die bürgerliche Steuergesetzgebung ist nicht verbesserungsfähig für die Arbeiterklasse —, sondern Ausnutzung der parlamentarischen Debatten über die Steuergesetzgebung, um Kritik zu üben an der heutigen Staatswirtschaft, am kapitalistischen System überhaupt, um an dem Zustand der Staatswirtschaft und an der Hand der Kritik der bürgerlichen Steuerpolitik der Arbeiterklasse die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit der sozialen Revolution aufzuzeigen, sie zu gewinnen für die revolutionären Kampfmethoden. Die parlamentarische Taktik der Partei in den Fragen der Steuergesetzgebung muß der Arbeiterschaft klar machen, daß die bürgerlichen Parteien das kapitalistische System aufrechterhalten wollen, um den Preis der Verelendung der Arbeiterklasse, sie muß aber vor allem auch eingestellt sein auf den Kampf gegen die rechtssozialistische Steuerpolitik, die einer Unterstützung des Kapitalismus im Kampf gegen die Arbeiterklasse gleichkommt. Von solchen Gesichtspunkten aus muß die Taktik der Partei im Plenum und in den Kommissionen bestimmt werden. Welche Maßnahmen im einzelnen dazu nötig sind, inwieweit Anträge zu stellen sind, die entweder auf eine Entlarvung des Gegners oder auf Obstruktion abzielen, das ist eine Frage der Praxis. Für die allgemeine Stellungnahme gegenüber der Steuergesetzgebung in der heutigen ökonomischen und politischen Situation folgt darauf: Ablehnung aller Steuern, gleichviel ob es sich um direkte oder indirekte Steuern handelt, gleichviel ob sie mehr oder weniger progressiv nach oben gestaffelt sind.

Eine solche grundsätzliche Stellungnahme gegenüber der Steuergesetzgebung des bürgerlichen Staates ist bisher von der Partei nicht eingenommen worden. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung hat die Voraussetzung für eine solche grundsätzliche Stellungnahme geschaffen, aber die Ideologie der Parteiführer hat mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten. Gerade an den Fragen der Steuerpolitik — wo allerdings auch die Versuchung am stärksten ist — zeigt sich die Zurückgebliebenheit der opportunistischen Ideologie. Noch immer spukt der Gedanke in den Köpfen mancher Parlamentarier der Partei, daß sich durch die Steuerpolitik positive Vorteile für die Arbeiterklasse verwirklichen ließen. Diese Überbleibsel aus der Vorkriegszeit

sind — um ein Beispiel anzuführen — im Laufe der Wirksamkeit der Partei in der Nationalversammlung bei der Stellungnahme zum Reichsnotopfer hervorgetreten. Das Reichsnotopfer in seiner endgültigen Gestalt ist nichts anderes als eine Einkommensteuer, die für die Staatswirtschaft und Volkswirtschaft, und damit für das Proletariat dieselben Wirkungen haben muß, wie jede andere Steuerart auch. Von einer grundsätzlichen Stellungnahme zur bürgerlichen Steuerpolitik aus mußte sich die Ablehnung dieser Steuer ohne weiteres ergeben. Trotzdem fanden sich in der Fraktion der Nationalversammlung kaum drei oder vier Genossen für die Ablehnung des Reichsnotopfers. Diese Steuer erschien durch ihre Aufmachung als eine reine Besitzsteuer. Daß auch sie überwälzt werden würde, schien nicht ohne weiteres klar. Um dies zu erkennen, wäre eine klare Einsicht in die ökonomischen und sozialen Zusammenhänge der heutigen Situation bei der ganzen Fraktion erforderlich gewesen. Aus spezifisch-opportunistischen Gedankengängen heraus hat damals die Fraktion der Nationalversammlung dem Reichsnotopfer zugestimmt.

Diese Überbleibsel opportunistischer Gedankengänge aus der Vorkriegszeit müssen verschwinden. An ihre Stelle muß die Erkenntnis treten, daß die Ausnutzbarkeit der Maschinerie der Demokratie zur Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse ihre Grenze erreicht hat. Die Taktik der Partei der bürgerlichen Steuergesetzgebung gegenüber muß von grundsätzlichen revolutionären Erwägungen bestimmt werden. Absage an allen Opportunismus, Absage an den Gedanken, daß auf dem Wege der Steuerpolitik materielle Vorteile für die Arbeiterklasse erzielt werden könnten, Absage an alle positive Steuerpolitik, Ausnutzung der Steuerdebatten, um den Massen die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit der Revolution zu zeigen und ihren Willen zur Revolution zu wecken — das sind die Schlußfolgerungen, die sich für die Taktik unserer Partei im Parlament gegenüber der bürgerlichen Steuerpolitik aus dem grundsätzlichen Bekenntnis zur sozialen Revolution ergeben.

Die Sozialisierung — eine Machtfrage!

Von Wilhelm Koenen.

Sozialisierung heißt die Produktion und die Güterverteilung den privaten Kapitalisten entreißen, heißt alle Produktionsmittel in den Allgemeinbesitz der menschlichen Gesellschaft überführen und so der Ausbeutung des arbeitenden Menschen durch den besitzenden ein Ende machen. Sozialisierung bedeutet, den bestimmenden Einfluß auf die Regelung der gesamten Produktion und Verteilung den arbeitenden und konsumierenden Menschen sichern und durch diesen Einfluß die planmäßige Bedarfswirtschaft unter zentraler Leitung herbeiführen.

Sozialisierung ist also durchaus ein Unternehmen von längerer Dauer, das eine ganze Reihe gesellschaftlich umwälzender Handlungen in sich birgt. Die Streitfrage wird immer nur sein, durch wen und wie diese aktiven Handlungen durchgeführt werden sollen.

Können Sozialisierungsmaßnahmen überhaupt durch einen demokratischen Staat, durch ein Parlament, durch Stadtverwaltungen, durch arbeitsgemeinschaftliche Syndikate, von Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, durch Genossenschaften oder schließlich durch Gemeinwirtschaftskörper durchgeführt werden? Nein, denn sie alle bewegen sich auf dem Rechts- und Machtboden des bürgerlich-kapitalistischen Staates, der seine ganze Kraft um seiner selbst willen darauf verwenden muß, die Profitwirtschaft des Kapitals zu stützen, wenn er nicht seine eigenen Grundlagen und Stützen zerbrechen will. Seinen kapitalistischen Tendenzen müssen sich alle die genannten Institutionen einer vermeintlichen Sozialisierung

unbedingt unterwerfen. Sie können selbst in dem demokratischsten Staate nicht heraus aus dem Kreislauf des Kapitals, dem sie tributpflichtig bleiben, sei es durch Bankkredite oder Warenlieferungen, sei es durch Steuern und Abgaben oder Ablieferung der Überschüsse an die Staatskasse, sei es, daß die angeblichen Sozialisierungsinstitutionen dem bürgerlichen Staat soziale Schwierigkeiten und Lasten abnehmen und so seine Existenz sichern und festigen. Ein sogenannter Sozialisierungsversuch ist innerhalb eines bürgerlich-kapitalistischen Gemeinwesens stets nur eine Täuschung des Proletariats mit direkt reaktionärer Wirkung.

Die wirkliche Sozialisierung setzt die Existenz eines Gemeinwesens voraus, in welchem es keinerlei kapitalistische Profite mehr gibt, also den proletarischen Staat oder die klassenlose Gesellschaft. Das ergibt auch die Einzelbetrachtung des Sozialisierungsproblems auf Schritt und Tritt.

Will man die Ausbeutungsstätten, die Produktionsmittel in gesellschaftlichen Allgemeinbesitz überführen, so bedarf es voraus dazu der Schaffung eines sozialistischen Gemeinwesens. Soll den Kapitalisten die Produktion und Verteilung entwunden werden, so ist zu fragen, für wen soll das geschehen? Für den jetzigen Staat, das echt kapitalistische Gemeinwesen? Natürlich nicht, denn die Enteignung hat gegenüber den Kapitalisten nur einen Sinn, wenn sie für den proletarischen Staat vollzogen wird. Andernfalls bleibt ja alles sozusagen in der Familie. Innerhalb dieser Familie des Kapitals gar noch gegen bare Entschädigung enteignen zu wollen, ist gleich ein doppeltes Komödienspiel, das sich zur Groteske steigert, wenn man dem Proletariat glauben machen will, daß durch die Steuern der einen Kapitalistengruppe die Enteignungssumme für die andere aufgebracht werden solle. Diese Manöver haben nur insoweit mit Sozialisierung etwas zu tun, als sie dieses Wort schmählich mißbrauchen. Für den Sozialismus enteignen kann nur der proletarische Staat, der damit die Ausbeutung der Arbeitenden durch die Besitzenden endgültig beseitigt.

Wie und durch wen wird für die Sozialisierung den arbeitenden und konsumierenden Menschen der bestimmende Einfluß auf die Regelung der gesamten Produktion und Güterverteilung gesichert? Die schönste Demokratie und das republikanischste Parlament kann diesen bestimmenden Einfluß der Hauptbeteiligten nicht herbeiführen, denn wenn der Kapitalist nicht mehr allein und unumschränkt bestimmen kann, so wird er nicht nur die Produktion zerrütten, sabotieren und ruinieren, sondern sofort den erbittertsten Kampf aufnehmen, um sein Profitrecht auch gegen die edle Demokratie und die schöne Republik durchzusetzen, und sei es selbst auf die Gefahr, dabei der schwärzesten Reaktion zu verfallen. Denn Eingriffe in die kapitalistische Produktionsregelung und Kalkulation sind Angriffe auf den Profit, den einzigen Regulator, den die kapitalistische Wirtschaft überhaupt kennt. Der kapitalistische Profit wird der alleinherrschende und alles bestimmende Einfluß sein und bleiben, solange es trotz sozialisierender Flickversuche eine bürgerliche Gesellschaftsordnung und ihren demokratischen Staat gibt. Es ist schon Rebellion, auch nur eine Kontrolle der Produktion zu fordern.

Bestimmenden Einfluß werden die besitzlosen, arbeitenden und konsumierenden Menschen erst ausüben können, wenn sie sich den proletarischen Staat erobert und gesichert haben.

Und die planmäßige Bedarfswirtschaft? Gibt es vor der sozialen Revolution überhaupt eine entfernte Möglichkeit für ihre Anbahnung? Im Gegenteil! Nicht genug, daß der schüchterne Versuch, eine Planwirtschaft mit Kapitalisten zu organisieren, scheitern mußte, jetzt wird mit aller Macht noch jeder Rest einer kümmerlichen Bedarfsbefriedigung, wie sie der Krieg uns bescherte, vollends zerschlagen. Der Bedarf des Volkes darf nicht gedeckt sein, seine Befriedigung muß ungeregelt sein, dann blüht der Preiswucher, dann steigt der Profit! Erst wenn ökonomisch vollste Anarchie und nackteste Profitwirtschaft herrscht, hat der heutige bürgerliche Staat als kapitalistischer

Sachwalter seinen Zweck erfüllt. **Planmäßige Bedarfswirtschaft heißt Kampf gegen die bürgerliche Demokratie, die staatliche Beschützerin der Wirtschaftsanarchie.**

So ist also nicht eine einzige Seite des Sozialisierungsproblems irgendwie praktisch in Angriff zu nehmen, ohne die vorherige Eroberung der politischen Macht, ohne die Aufrichtung des proletarischen Staates, der proletarischen Diktatur. Aber in Deutschland wird, wie in einigen anderen hochindustriellen Ländern, das propagandistische und aktive Ringen um die Sozialisierung den Machtkampf als solchen bedeuten. Während in weniger industriell entwickelten Ländern, wie etwa Rußland und Italien, die proletarische Macht an sich erstrebt werden kann, um durch politische Mittel noch erst einige Vorfragen kultureller und sozialer Art rascher im Sinne der Arbeiterklasse zu lösen, werden die großindustriellen Länder durch die Aufrichtung der proletarischen Diktatur *mitten im Kampf sofort das Zentralproblem der Sozialisierung bewältigen müssen.* Ihre Wirtschaft ist sowohl kapitalistisch wie organisatorisch und technisch bereits überreif für den Sozialismus, und so werden wir mit der Eroberung der politischen Macht unmittelbar die Herrschaft über die Produktionsmittel und deren Verwaltung übernehmen müssen. Dann erst beginnt der wirkliche Kampf um die Sozialisierung, wobei dem sich mit allen Mitteln der kapitalistischen Gemeinheit verzweifelt wehrenden Gegner auch jeder ökonomische Einfluß restlos entrissen werden muß. Irgendwelche Konzessionen, wie Entschädigung oder Teilsozialisierung, kann es dann nicht mehr geben. Jeder Rest ökonomischer Macht, der den Kapitalisten gelassen würde, müßte von ihnen instinktiv und selbstwirkend dazu benutzt werden, unsere Sozialisierungsmaßnahmen zu durchkreuzen, zu schädigen oder zu kompromittieren. Jeder kapitalistische Besitz muß durch den entscheidenden Machtkampf des Proletariats unverzüglich aufgehoben werden, um dann auf allen Wirtschaftsgebieten, je nach dem technischen und ökonomischen Entwicklungsstand, *mit den verschiedenartigsten Maßnahmen* im Sinne der Sozialisierung vorzugehen, damit alles, sobald als angängig auf den Stand der völligen Sozialisierung gebracht wird. *Das erst wird dann die Zeit des Übergangs sein,* in der wir mit den politischen Machtmitteln des proletarischen Staates die Bourgeoisie niederhalten.müssen, um durch unsere ökonomischen und sozialistischen Maßnahmen die Klassengegensätze zu überwinden und zur klassenlosen kommunistischen Gemeinschaft zu kommen.

Bis dahin muß uns die Sozialisierung ein Mittel praktischer Propaganda für den Entscheidungskampf sein. Täglich müssen wir erneut und auf allen Gebieten den Beweis erbringen, daß sie technisch und ökonomisch möglich ist, daß das kapitalistische Getriebe, die tolle Profitwirtschaft überreif ist, daß nur noch die Machtergreifung des Proletariats notwendig ist, um wirklich und endlich zum Sozialismus zu kommen. Für die praktische Erörterung der sozialistischen Möglichkeiten in den verschiedensten Industriezweigen bieten die Betriebsräte die geeignete und wünschenswerte Organisation. Die Losung des Tageskampfes ist zunächst die Arbeiterkontrolle über die Produktion, deren Desorganisation und Zerfall jedem arbeitenden Menschen durch die tollen Blüten der Spekulation, das Wucherer- und Schieberwesen, den Rohstoff- und Kohlenmangel, die maßlose Teuerung, die verheerenden Valutaschwankungen und die degenerierende Arbeitslosennot täglich so schroff vor Augen tritt, daß die *Forderung der regelnden Kontrolle sich gebieterisch aufdrängt.* Es gilt jetzt, über die Produktionskontrolle hinaus die Arbeiter fähig zu machen zur Bewältigung größerer ökonomischer Aufgaben, im ständigen Ringen und Kleinkampf die Erfahrensten „zur Produktionsleitung im Sozialismus emporsteigen zu lassen, damit sie zusammen mit den Spezialisten die Pläne der sozialistischen Wirtschaft entwerfen und durchführen können", wenn der politische Machtkampf für das Proletariat entschieden ist.

Die Gewerkschaften, die Betriebsräte und die III. Internationale.

Von Rich. Müller.

1. Die Gewerkschaftsbewegung.

Der Abschluß des Weltkrieges und seine Folgewirkungen brachten den Gewerkschaften aller Länder einen riesigen Zustrom neuer Mitglieder. Im Vergleich zu anderen Ländern marschieren die deutschen freien Gewerkschaften zahlenmäßig an der Spitze; weit über fünf Millionen neuer Mitglieder können sie heute registrieren. Wären die Mitgliederzahlen der Organisationen des Proletariats auch der Ausdruck ihrer Stärke und Kraft im proletarischen Befreiungskampfe, dann müßte der deutsche Kapitalismus zerschmettert am Boden liegen.

Vor Ausbruch des Weltkrieges blickte das internationale Proletariat mit Bewunderung auf die große deutsche Sozialdemokratie und auf die mächtigen Gewerkschaften Deutschlands. Sie galten als das „Juwel der Organisationen des klassenbewußten Proletariats". In der politischen und gewerkschaftlichen Internationale wog die deutsche Meinung am schwersten und war bestimmend für die politische und taktische Orientierung.

Während des Weltkrieges zeigten sich die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften als stärkste Stütze der verbrecherischen deutschen imperialistischen Kriegspolitik und Kriegsmethoden. Das „Juwel der Organisationen des klassenbewußten Proletariats" erwies sich als Talmi, als völlig unfähig, einer wahrhaft revolutionären Arbeiterpolitik zu dienen.

Schonungslose Selbstkritik tut der deutschen Arbeiterklasse bitter not. Das deutsche Proletariat war mit schuld an den Kriegsverbrechen seiner politischen und gewerkschaftlichen Führer. Es stimmte begeistert zu, wenn diese auf internationalen Kongressen den imperialistischen Kriegshetzern den Kampf ansagten, es schwieg, ja, es stimmte zum Teil abermals begeistert zu, als seine Führer bei Ausbruch des Weltkrieges mit den Todfeinden der Arbeiterklasse den Burgfrieden schlossen.

Die bitteren Lehren des Weltkrieges, der offenkundige Verrat eines Teils seiner politischen Führer und fast aller gewerkschaftlichen Führer haben noch nicht genügt, dem deutschen Proletariat die Erkenntnis beizubringen, daß es sich befreien muß von einer Führung, die seine Klasseninteressen verrät.

Wohl zeigt sich in der politischen Arbeiterbewegung unter der Wucht der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ein Klärungsprozeß, der mit kühnem Sturmlauf alle kleinbürgerlich-liberalen scheinsozialistischen Ideologien zerstörend, die Masse des Proletariats dem revolutionären Sozialismus zuführt; aber in den Gewerkschaften herrscht noch in weitem Maße der konterrevolutionäre Geist der Arbeitsgemeinschaft, jener Geist des Burgfriedens, der Klassenharmonie, der jede revolutionäre Entwicklung lähmt und den Lauf der sozialen Revolution aufzuhalten sucht, um die kapitalistische Barbarei zu verewigen.

8½ Millionen Gewerkschaftler, Arbeiter und Betriebsräte, Angestellte und Beamte, die während des Krieges unsagbare Leiden getragen haben, die nach der Novemberrevolution im schärfsten Kampfe mit der Bourgeoisie des eigenen Landes und ihrer Henkersknechte gestanden, die unter dem gegenwärtigen Zusammenbruch der kapitalistischen Produktion, im Zeichen der Produktionssabotage der Unternehmer der Verelendung entgegengehen, denen die Lasten des Weltkrieges auferlegt werden und denen die zum Himmel stinkende Korruption des gegenwärtigen Staatsapparates täglich zum Bewußtsein kommt, sollen sich nicht frei machen können von einer konterrevolutionären Führung, einer Führung, die ihre Politik gemeinsam mit den ärgsten Scharfmachern ver-

einbart und die bei revolutionären Klassenkämpfen als „Vertrauens"männer der kapitalistischen Regierung zur „Beilegung" der Kämpfe in Tätigkeit tritt? — Sie werden sich freimachen von dieser Führung, sie werden auch die Gewerkschaften zu einem machtvollen Werkzeug des revolutionären Klassenkampfes umformen und zu einem kräftigen Glied der revolutionären Internationale gestalten!

Soll die deutsche Gewerkschaftsbewegung befreit werden von ihrer konterrevolutionären Politik und Führung, dann muß ihr Fundament aufgewühlt, gereinigt und neu befestigt werden. Das Fundament der Arbeiterbewegung ist der wissenschaftliche Sozialismus, der Marxismus, die Erkenntnis der ökonomischen und politischen Triebkräfte des gesellschaftlichen Lebens. Die Gewerkschaften wahrten lange Zeit ihre „politische Neutralität", die sich längst als widerliche Heuchelei der Führer erwiesen hat, welche unter der Maske der Neutralität ihre scheinsozialistische, konterrevolutionäre Politik betrieben und mit dem Millionengewicht der Gewerkschaften die Politik der politischen Arbeiterparteien zu beherrschen suchten. Keine Gewerkschaft kann ihre Tätigkeit entfalten, ohne politisch zu wirken. Die alte Gewerkschaftspolitik ist antisozialistisch, konterrevolutionär. Die revolutionären Klassenkämpfe der Gegenwart und Zukunft, die getragen werden von den politischen Parteien des revolutionären Proletariats, den Arbeitern und den Betriebsräten, werden immer wieder auf das Gewicht der gewerkschaftlichen Organisationen stoßen, die diesen Kampf hemmen, solange sie nicht selbst ein Teil dieses revolutionären Kampfes geworden sind. Diese Kämpfe sind politisch, müssen von einheitlich politischer Erkenntnis, der Erkenntnis des revolutionären Sozialismus getragen sein. Wollen wir die Gewerkschaften zum mithandelnden Glied dieser Kämpfe machen, muß der revolutionäre Sozialismus ihr Fundament sein.

Es wäre töricht und verfehlt, wollte man aus den Gewerkschaften, den Massenorganisationen des Proletariats, die vorgeschrittensten und revolutionärsten Elemente herausnehmen und sie besonderen Organisationen, in Arbeiterunionen oder Betriebsorganisationen sammeln. Damit erleichtert und sichert man der Gewerkschaftsbureaukratie ihr konterrevolutionäres Treiben und trägt dazu bei, daß die Gewerkschaften als Bremsklotz der revolutionären Klassenkämpfe wirken. Die Parole: „Zerschlagt die Gewerkschaften!" entspringt einer vollständigen Verkennung der historischen Bedingtheit der Klassenbewegung des Proletariats und bleibt in ihrer Auswirkung konterrevolutionär. Soweit Arbeiter dieser Parole Folge geleistet haben, müssen sie wieder zurückkehren und in den Gewerkschaften als revolutionäre Kräfte wirken.

Die Entwicklung der Gewerkschaften und die Tätigkeit der Gewerkschaftsbureaukratie während des Krieges und in der Zeit der Revolution gibt den Anhängern der Arbeiterunionen und Betriebsorganisationen Argumente für ihre Agitation. Aber es sind Scheinargumente, die sofort in nichts zerfließen, wenn wir die historische Entwicklung der Gewerkschaften, und vor allem den bisherigen Kampf der Opposition gegen die alte Gewerkschaftsbureaukratie beleuchten. Auf die historische Entwicklung der Gewerkschaften will ich im Rahmen dieser Arbeit nicht eingehen, sondern mich nur auf die Tätigkeit der Opposition innerhalb der Gewerkschaften während des Krieges und in der Revolution beschränken. Und da zeigt uns schon eine oberflächliche Betrachtung, warum der Opposition bis heute nur geringe Erfolge beschieden waren.

Der Kampf gegen die alte Gewerkschaftsbureaukratie und deren konterrevolutionären Politik wurde nicht mit der nötigen grundsätzlichen und prinzipiellen Klarheit geführt. Das war eine Folge der verschwommenen und unklaren Politik, die sowohl die U. S. P. D. wie auch die K. P. D. unmittelbar nach der Revolution und zum Teil bis zum heutigen Tage geführt hat. Die Erfahrungen, die das deutsche Proletariat in den Kämpfen und Niederlagen der Revolution wie auch der Weltrevolution im allgemeinen gemacht hat, schufen erst die Klarheit

der politischen Auffassung, der wir jetzt entgegengehen. Je klarer und entschiedener die Grundsätze und Methoden des politischen Kampfes herausgearbeitet und aufgezeichnet und Allgemeingut breiter Schichten des Proletariats werden, um so wirkungsvoller lassen sie sich auch in den Gewerkschaften vertreten und durchsetzen und führen auch da zum Erfolg.

Dieser Erfolg wird um so sicherer sein, wenn die revolutionären Sozialisten, in den Gewerkschaften planmäßig organisatorisch straff zusammengefaßt, auf der ganzen Linie, in allen Gewerkschaften vorstoßen. Auch das hat bisher gefehlt. Jede Gewerkschaft hatte bisher ihre besondere Opposition, die mit der Opposition der anderen Gewerkschaft keine Fühlung hatte. Der alten Gewerkschaftsbureaukratie war es ein Leichtes, die zersplitterte, innerlich unklare Opposition niederzudrücken. So ergab sich der heutige Zustand, daß es einer kleinen Anzahl von Führern möglich ist, sich gegen den Willen der ungeheuren Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder an der Macht zu behaupten.

Ein Wendepunkt in der Entwicklung und Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung bedeuten die Beschlüsse des II. Kongresses der III. Internationale. Sie schaffen jene grundsätzliche und prinzipielle Klarheit der politischen Auffassung, die zum Fundament der gesamten revolutionären Arbeiterbewegung werden muß. Sie schaffen aber weiter den Rahmen und die Formen des organisatorischen, einheitlichen und geschlossenen Zusammenwirkens aller revolutionären Kräfte innerhalb der Gewerkschaften. Und weiter schaffen sie auch Klarheit über das Wirken der Betriebsräte und über ihr Verhalten zu der Gewerkschaft und zur Partei. Die III. Internationale bleibt mit ihren Beschlüssen nicht vor den Grenzen der Nation stehen, sondern zeigt den Weg, der zu einer wahrhaften revolutionären Internationale der Gewerkschaften führt, zu einer I n t e r n a t i o n a l e d e r T a t. Sie brandmarkt die Amsterdamer Internationale der Gewerkschaften als Bestandteil der bankrotten II. Internationale und fordert die Gewerkschaften aller Länder auf, den Anschluß an die III. Internationale zu vollziehen.

Der Aufruf der III. Internationale an die Gewerkschaftsmitglieder aller Länder wird nicht ungehört verhallen. Auch die deutschen Gewerkschaftsmitglieder müssen sich klar werden, daß es nicht nur gilt, den Kampf aufzunehmen gegen die deutschen Legiene, sondern gegen die Legiene aller Länder, die sich in der Amsterdamer Internationale zusammengefunden haben, und die jetzt versuchen, unter Hinweis auf die 27 Millionen angeschlossener Mitglieder und mit phrasengeschwollenen Aufrufen und Proklamationen über ihre Kriegsverbrechen hinwegzutäuschen.

Das Proletariat darf sich nicht wieder täuschen lassen durch schöne Reden und Proklamationen seiner Führer, nicht durch Mitgliederzahlen, es muß sich bewußt sein, daß allein der sozialrevolutionäre Geist und der Wille zur Tat, wie er aus den Thesen der III. Internationale leuchtet, die Gewähr für den endgültigen Sieg der Arbeiterklasse bietet. G e w e r k s c h a f t s m i t g l i e d e r! S t e l l t E u c h a u f d e n B o d e n d e r B e s c h l ü s s e d e r III. I n t e r n a t i o n a l e u n d s c h l i e ß t E u c h **innerhalb der Gewerkschaft** o r g a n i s a t o r i s c h f e s t z u s a m m e n, d a n n w i r d E u e r W i l l e z u r T a t w e r d e n!

Der Zentralismus.

Von G. S i n o w j e w.

Die Fragen der Wechselbeziehungen zwischen Partei und Klasse, der Diktatur der Partei und der Diktatur der Klasse, der Wechselbeziehungen zwischen Masse und Führern — diese Fragen spielen gegenwärtig die größte Rolle in den Debatten der Kommunisten einiger Länder.

Wie merkwürdig das auch ist, einige Gruppen, die sich für Nachfolger von M a r x, dieses überzeugtesten der Anhänger und Prediger des proletarischen Zentralismus, halten,

zweifeln an der Notwendigkeit einer zentralisierten kommunistischen Partei, bisweilen aber auch an der Notwendigkeit der kommunistischen Partei überhaupt.

Wir bedürfen der kommunistischen Partei, wie die Lungen der Luft, die Hungrigen des Brotes. Ohne sie ist die Arbeiterklasse wie ohne Steuer und Segel. Ohne sie sind wir unfähig der Bourgeoisie und ihren Agenten weder ideell noch organisatorisch Widerstand zu leisten. Wir bedürfen aber nicht einfach einer kommunistischen Partei, wir brauchen eine **streng zentralisierte** kommunistische Partei, mit **eiserner** Disziplin, mit **militärischer** Organisation. Ja, mit militärischer! Das hat die Erfahrung der Kommunistischen Partei Rußlands bewiesen — jener Partei, die bisher als einzige die Macht in ihrem Lande in Händen hält. Diese Partei entstand im Lauf von 20 Jahren durch natürliche Auswahl der besten Proletarier, die ihre Grundlage bilden. Das Statut dieser Partei proklamiert das Prinzip des „demokratischen Zentralismus". Diese Partei hat unter den verschiedensten Verhältnissen eisernen Zentralismus verwirklicht: unter den schwierigsten Bedingungen der zaristischen Reaktion sowie in den Jahren des Bürgerkrieges. Die Kommunistische Partei Rußlands zählt gegenwärtig etwa 600 000 Mitglieder. Die Gewerkschaften in Rußland zählen 4½ Millionen Mitglieder. Die Zahl der Personen, die ihr Wahlrecht zu den Wahlen in die Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten in Rußland verwirklicht, beträgt auch etwa 80 Millionen. Die Zahl der Bewohner des gegenwärtigen Territoriums von Sowjetrußland beträgt etwa 120 Millionen. Das sind die Hauptziffern.

Unsere Gegner, die russischen Scheidemann und Gompers, unsere Menschewiki und Sozialrevolutionäre, beschuldigen unsere Partei die ganze Zeit dessen, daß sie in Rußland die Diktatur der Partei und nicht die Diktatur des „werktätigen Volkes" errichtet hätte. Jeder klassenbewußte Proletarier in Rußland weiß aber, daß sich die Sowjetmacht in Rußland ohne die eiserne Diktatur der kommunistischen Partei nicht drei Jahre, ja nicht einmal drei Wochen aufrechterhalten hätte. *Jeder klassenbewußte Arbeiter muß verstehen, daß die Diktatur der Arbeiterklasse nicht anders verwirklicht werden kann, als durch die Diktatur ihrer Vorhut*, d. h. durch die kommunistische Partei. Als die Arbeiterklasse sich gegen eine Unmenge von Feinden zu wehren hatte, als sie einen Kampf gegen unzählige feindliche Kräfte zu bestehen hatte, als die ganze Welt ihr Krieg erklärte, leitete die Kommunistische Partei Rußlands ihren Kampf, war die Kommunistische Partei Rußlands ihr Generalstab. Als von der Partei Tausende und Abertausende von Personen mobil gemacht und an die Fronten geschickt werden mußten, als die Arbeiter alltäglich ihr Leben opfern mußten, als die Arbeiterregierung alle 24 Stunden Entscheidungen zu treffen hatte, von denen jede die wichtigsten Folgen haben konnte, da bedurfte es einer zentralisierten Partei mit innerer militärischer Disziplin, der Sache grenzenlos ergeben, mit absolutem Vertrauen der Parteimitglieder zu dem bevollmächtigten Zentrum, mit gegenseitigen kameradschaftlichen proletarischen Banden verknüpft. *Nur so konnten wir siegen, nur unter solchen Verhältnissen konnte die Partei heute Tausende von Mitgliedern an die eine Front werfen, sie morgen an eine andere Front versetzen, übermorgen die besten Kräfte für den Transport ausscheiden, um nach einiger Zeit wieder Tausende ihrer Mitglieder in die produzierenden Gebiete zu entsenden, um Nahrungsmittel für die hungernde Zentren zu verschaffen* usw. Man kann nicht gegen unzählige Feinde kämpfen ohne seinen mächtigen Generalstab zu haben, ohne seine strengste eiserne Disziplin zu haben, ohne eine solche Organisation zu schaffen, die voll und ganz aus einem Zentrum geleitet wird.

Nicht für einen föderativen Typus der Organisation, nicht für die „Autonomie" der örtlichen Gruppen sollen die Kommunisten jener Länder jetzt sorgen, denen der gesamte Kampf um die Macht noch bevorsteht. Sie sollen für die Bildung einer einheitlichen, streng zentralisierten, aus einem Stück gegossenen Partei mit eiserner Disziplin Sorge tragen, einer Partei, die auf den Grundlagen, von abgeschlossenem proletarischen Zentralismus aufgebaut ist. *Ohne dem kann man nicht siegen, ohne dem ist der Untergang der Revolution unvermeidlich.*

Und man soll nicht denken, daß die Rolle der kommunistischen Partei *nach* der Eroberung der Macht in irgendwelchem Maße geringer wird. Im Gegenteil, dasselbe Beispiel der proletarischen Revolution in Rußland hat bewiesen, daß die Rolle der kommunistischen Partei auch nach der Eroberung der Macht eine gigantische ist und *mit*

jedem Tage bedeutender wird. Alle Fragen des wirtschaftlichen Aufbaues, der militärischen Organisation, der Volksbildung, der Verpflegungspolitik u. a. — alle diese Fragen, von denen das Geschick der proletarischen Revolution völlig abhängig ist, werden in Rußland **vor allen Dingen und meistens in den Rahmen der Parteiorganisationen** entschieden. Und da in diesen Parteiorganisationen alles versammelt ist, was es an Bestem in der Arbeiterklasse Rußlands gibt, alles, was es Abgehärtetes und im Kampf Erfahrenes gibt, so ist die Kontrolle der Partei über die Sowjetorgane, über die Gewerkschaften die einzige solide Garantie, daß nicht zünftige, nicht Gruppeninteressen durchgeführt werden, sondern die Interessen des gesamten Proletariats.

Die Anhänger des revolutionären Syndikalismus, die J. W. W. und einige Genossen von der K. A. P. D. entwerfen sehr schöne Pläne, wie sie den „Zukunftsstaat" ohne überflüssigen Zentralismus, ohne Druck von oben, ausschließlich auf Grundlage kameradschaftlicher Solidarität errichten. Alles das ist sehr gut. Man soll sich aber nicht von utopischen Romanen im Geiste von Bellami hinreißen lassen. Man soll jenes furchtbaren Bürgerkrieges gedenken, der uns bevorsteht, **ehe** wir das Kapital stürzen. Unsere „linken" Freunde vergessen aber uns zu sagen, **durch welche Organisation** sie den Kapitalismus niederringen die Diktatur des Proletariats proklamieren und diese Diktatur gegen den Überfall der Feinde **verteidigen** werden — wenn sie keine zentralisierte Organisation haben? Unsere linken Freunde vergessen auf die wichtigste Frage zu antworten: auf die Frage, welche Organisationsformen die Diktatur des Proletariats in jener nächsten Übergangsperiode annehmen wird, die nicht ein einziges Jahr dauern wird und während welcher eine zentralisierte, militärische, proletarische Organisation conditio sine qua non ist.

Einem Proletarier, der einigermaßen über den möglichen Verlauf der proletarischen Revolution in einem beliebigen Lande nachgedacht hat, muß es vollkommen klar sein, daß ohne Bildung einer proletarischen roten Armee vom Sieg des Kommunismus keine Rede sein kann. Und wie kann man eine solide rote Armee anders bilden, als im Maßstabe des ganzen Landes, auf den Grundlagen des strengsten Zentralismus und eiserner Disziplin? Man kann doch wirklich nicht eine besondere rote Armee der Metallarbeiter, eine parallele, selbständige rote Armee der Textilarbeiter, der Holzarbeiter usw. bilden. Bei konsequenter Durchführung des Prinzips der J. W. W. und unserer „linken", aber unverständigen Genossen müßte man ja gerade zu einer solchen Form der Bildung der roten Armee schreiten, d. h. man müßte die proletarische Revolution im voraus dem sicheren Untergang weihen.

Zwei Welten stehen einander gegenüber. Klasse gegen Klasse! Proletariat gegen Bourgeoisie! Die geringste Zweideutigkeit kann unter solchen Verhältnissen die verderblichsten Folgen haben. Für den geringsten ideell-politischen oder organisatorischen Fehler in einer solchen Situation wird das Proletariat durch Tausende überflüssiger Opfer zu zahlen haben. Klarheit des Programms, Deutlichkeit der taktischen Linie, Genauigkeit des organisatorischen Aufbaus, straff durchgeführte Zentralisation — alles das ist für die Kommunistische Internationale wie für jede der ihr angeschlossenen Parteien absolut notwendig, wenn sie jene hehre geschichtliche Mission erfüllen wollen, die sie übernommen haben.

Die Revolte.

Von Max Barthel.

Und als der Mai vor das Zuchthaus kam,
da machte er bebend halt.
In sein Gesicht stieg rote Scham,
dann hob er sich hoch mit Gewalt.
Verbiß das Weinen, griff nach den Steinen,
die wurden grün und bewegt!
Er griff in die Erde und hat einen kleinen
blühenden Garten erregt.

Da kamen die Männer, verbissen und grau,
die Jünglinge kamen im Joch.
Ein Gärtlein blühte, ein Himmel war blau,
die Welt war strahlend und hoch.
Die alten Verächter, die kalten Verfechter,
schuldlos und die mit Schuld,
hörten ein fernes Mädchengelächter
in ihrem Grabe Geduld.

Sie wollten nicht länger in Ketten gehn,
lieber den Weg zum Schafott,
als in der steinernen Tretmühle stehn,
ohne Frühling und Gott.
Und Auserkorne wurden Verschworne,
zwölf haben den Ausbruch versucht.
Der Tod umfing sie: Erkorne, Verlorne!
Es fielen zwölf Mann auf der Flucht . . .

Die Frauen und die Internationale.

Von Bertha Braunthal.

Robespierre: „Ja, du hast gelitten, ihr alle habt gelitten, ihr armen Frauen und mit welchem Mut! Aber gib es zu: Ihr habt trotz all dieser Nöte Freuden kennen gelernt, von denen ihr früher nicht wußtet — die Freude, mitzuwirken alle im kleinsten und größten an dem erhabenen Werk: An der Freiheit der Welt."

Romain Rolland: Danton.

Es hat zu allen Zeiten Frauen gegeben, die in großen historischen Epochen den Sinn des politischen Kampfes begriffen, meist auf Seite der am energischsten Vorwärtsstürmenden gestanden und gestritten haben. Sowohl in der großen französischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts, als auch in den amerikanischen Freiheitskämpfen haben bedeutende Frauen im Dienste der Freiheit wertvolle Arbeit geleistet, die Menschheit gefördert und vorangebracht. Aber erst in der modernen Zeit ist auch die Masse der Frauen in Bewegung gekommen und hat nun gleichfalls begonnen, in die Geschicke der Menschheit einzugreifen. Die moderne Industrie, die Millionen von Frauen aus dem engen Haushalt reißt und in das wirtschaftliche und politische Kampffeld wirft, hat naturgemäß eine Umwandlung auch in den Gehirnen der Frauen hervorgebracht, ihnen den Zusammenhang zwischen ihrer erbärmlichen Wirtschaftslage und dem Weltgeschehen vor Augen geführt.

Am meisten aufrüttelnd und aufklärend hat in dieser Beziehung der Krieg gewirkt. Das furchtbar sinnlose Menschenmorden, das vor allem die den Urquellen des Lebens viel näher stehenden Mütter und Frauen als nimmer aussetzende Seelenqual empfanden, hatte ihren Rebellentrotz geweckt, sie zum Handeln und zur Tat entschlossen gemacht. Die sozialistische Internationale war bei Ausbruch des Krieges auseinander gestoben,

ihre einzelnen nationalen Sektionen sahen es sogar als ihr gutes Recht an, sich gegenseitig zu beschimpfen und Vorwürfe zu machen. Und die entsetzliche gegenseitige Zerfleischung der Arbeitsbrüder aller Länder wurde mit dem Weihwasser sozialistisch-scheinmarxistischer Redensarten gesegnet. Da griffen die Frauen ein. Es war ein unerhörter Vorgang in der so wohldisziplinierten sozialistischen Internationale, daß die Frauen über die Köpfe der Männer hinweg und gegen ihren erbitterten Widerstand, wie es in Deutschland und Österreich der Fall war, die Initiative ergriffen und, ganz auf sich gestellt, eine internationale Tagung des sozialistischen Kampfes um den Frieden veranstalteten. Genossin Klara Zetkin, die nimmermüde Agitatorin und Führerin, hatte, nur ihrem sozialistischen Gewissen und ihrer Verantwortung gegenüber dem Proletariat der Welt folgend, die Frauen aus allen Ländern im Jahre 1915 nach Bern zusammenberufen. Das Ergebnis der Konferenz war die Kennzeichnung des imperialistischen Charakters des Krieges, die Notwendigkeit des energischen Kampfes gegen bürgerliche Regierung und Sozialpatrioten aller Länder, das heilige Gelöbnis, die internationale Solidarität unverbrüchlich zu halten, für die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, d. h. der Ursachen des völkermordenden Krieges, einzutreten.

Heute stehen die proletarischen Frauen, und besonders diejenigen unserer Partei, vor einer nicht minder schweren Entscheidung. Sie sollen und müssen Stellung nehmen zur brennenden Frage, ob wir den Anschluß an die Kommunistische Dritte Internationale vollziehen sollen oder nicht. Sie, die im Krieg das klägliche Versagen der Zweiten Internationale so schmerzlich am eigenen Leibe empfunden, die sich dagegen aufbäumten, daß die Internationale nicht mit starkem Arm dem Kriegswüten und der Kriegsverhetzung Einhalt geboten, sie müssen natürlich die ersten sein, die sich für eine wirklich revolutionäre Internationale der Tat einsetzen. Die Entwicklung nach der Revolution, die immer steigende Verelendung der Massen, die Unmöglichkeit, unser zerrüttetes Wirtschaftsleben auf kapitalistischer Grundlage aufzubauen und weiterzuführen, die auf der Tagesordnung stehenden Betriebseinschränkungen, Lahmlegung ganzer Industrien und die damit im Zusammenhang stehende Arbeitslosigkeit und Lebensmittelteuerung haben den breitesten Schichten der Bevölkerung die Notwendigkeit einer radikalen Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens vor Augen geführt. Aber nur im schwersten Kampfe des Proletariats um die Eroberung der politischen Macht kann der Sozialismus verwirklicht werden.

Gerade so wie im Kriege das bitterste Leid die Frauen und Mütter trugen, so bringt auch der jetzige Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft für Frauen und Kinder die schlimmsten Gefahren mit sich. Die Unterernährung, das langsame Siechtum der Kinder des Proletariats, ihre Verwahrlosung durch ungenügende Bekleidung und Beschuhung haben einen furchtbar hohen Grad erreicht. Kindesmord und Kindersterblichkeit sind in unheimlichem Steigen begriffen. Während aber die kapitalistische Gesellschaft in allen Ländern ohnmächtig und unfähig ist, dieses Übel radikal zu beseitigen, hat die unter den schwierigsten Verhältnissen lebende Bevölkerung Sowjetrußlands, die der Angriffspunkt der gesamten Weltreaktion ist und sich gegen eine Welt von Feinden zu verteidigen hat, es fertig gebracht, einen Kinder- und Mutterschutz zu organisieren, wie er in der ganzen Welt noch nicht erreicht wurde. Alle Sorgfalt und Pflege, die beste Nahrung wird den proletarischen Kindern zugeführt, Kinderheime, Sanatorien, Waldschulen, Ferienkolonien, Versuchsschulen schießen wie Pilze hervor, das Kind ist in Sowjetrußland der Augapfel der Nation. Die schwangeren Frauen und Wöchnerinnen genießen gleichfalls den ausgiebigsten Schutz des neuen sozialistischen Staatswesens.

Die Kriegsereignisse und die Erfahrungen nach der Revolution in Räteungarn und München haben uns gezeigt, daß ein Volk allein, isoliert, den Kampf gegen die ver-

einigte Weltreaktion nicht siegreich zu Ende führen kann. Sowjetrußland, das einen gigantischen Kampf gegen die zaristische Gegenrevolution und die Ententeimperialisten zu führen hat, kann sich schon heute auf die Solidarität des Weltproletariats stützen, das auch die offene Kriegsansage der französischen und englischen Imperialisten an die russische Arbeiter- und Bauernrepublik verhindert hat.

Aber noch geschlossener und fester muß das revolutionäre Proletariat der Welt zusammenstehen, gemeinsam handeln. Wir sind durch den Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft in die Notwendigkeit versetzt, planmäßig alle Vorbereitungen für den Umsturz und den nachherigen sozialistischen Aufbau zu treffen. Und da wir uns im schärfsten, erbittertsten Kampfe mit der Bourgeoisie der Welt befinden, die ihre Vorrechte nicht gutwillig aufgeben will, so müssen wir uns einen Generalstab, ein Oberkommando schaffen, das alle Fäden der Weltpolitik in der Hand hat und zielbewußt auf eine sozialistische Weltwirtschaft hinarbeitet. Der Gedanke einer kommunistischen Weltpartei, die schon Marx und Engels 1847 anstrebten, die aber damals infolge der Zurückgebliebenheit der Proletarier der Welt noch nicht verwirklicht werden konnte, wird nunmehr in genialer Weise von den russischen Genossen wieder aufgegriffen. Der Anschluß an die Dritte Internationale bedeutet also nichts anderes, als der bewußte Wille, die Revolution auch in unserem Lande mit Unterstützung des sozialistischen Weltproletariats und mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen, uns planmäßig auf die Übernahme der Macht vorzubereiten.

Viel steht jetzt für uns Frauen auf dem Spiele. Wollen wir den entsetzlichen Leidensweg des Proletariats abkürzen, die Machtergreifung durch das Proletariat beschleunigen, dann kann es für uns kein Schwanken geben. Getreu unserer revolutionären Überlieferung, wollen wir in diesem heftigen Geisteskampf innerhalb unserer Partei uns auf die Seite derer stellen, die, mit kühnem Blick den Gang der Entwicklung überschauend, das Sturmbanner der Revolution in der Hand, voraneilen, um eine alte morsche Gesellschaft in Trümmer zu schlagen.



Bücherbesprechungen.

Karl Radek: Proletarische Diktatur und Terrorismus. Verlagsbuchhandlung Carl Hoym, Hamburg 11. 1920. (40 Seiten.)

Gegenüber dem schweren vernichtenden Artilleriegefecht, das Trotzky in seinem Anti-Kautsky gegen den Kautskyanismus führt, ist diese Broschüre nur ein frischfröhlicher Husarenritt, mit viel Hohn und Spott über das Kautskysche Geschlecht, das aufgewachsen ist in der Periode der kapitalistischen „ruhigen Entwicklung", dem aber jeder reale Sinn für das geschichtliche Werden in stürmischen, revolutionären Zeiten abgeht. Es ist ein betrübendes Zeichen für den theoretischen Sinn der revolutionären Vorhut der deutschen Arbeiterklasse, daß jenes Werk von Kautsky nicht schon längst eine Antwort aus deutscher Feder gefunden hatte.

Karl Kautsky, der Theoretiker der zweiten Internationale und damit der internationalen Konterrevolution, hat seine Schrift nicht „Terrorismus und Kapitalismus", sondern „Terrorismus und Kommunismus" genannt! Treffend widerlegt Radek die Kautskyschen Geschichtskonstruktionen von den „Musterdiktaten" der Pariser Kommune und der „Milderung der Sitten durch die Demokratie". Rücksichtslos zeigt er die Kastrierung auf, die Kautsky an dem revolutionären Marxismus vorgenommen hat. In den weiteren Kapiteln weist er die schulmeisterlichen Angriffe Kautskys gegen Sowjetrußland zurück und erörtert die sich den Bolschewiki mit Naturnotwendigkeit aufgezwungenen Maßnahmen, die einfach revolutionäre Notwendigkeiten wurden, Folgen des Bürgerkrieges, Folgen der

revolutionären Diktatur. Während Kautsky darüber zeterte und jammerte, daß die Bolschewiki ihre „Grundsätze von der Heiligkeit des Menschenlebens" aufgegeben hätten, kämpfte die russische Arbeiterklasse gegen das gesamte Weltkapital, gegen die Konterrevolution einen Kampf auf Leben und Tod. Und Kautsky fiel ihr mit seiner Schrift voller Verständnislosigkeit für revolutionäre Notwendigkeiten, mit seinem Kampf gegen die proletarische Diktatur, in den Rücken. Und Hilferding lobt dieses Buch und bekämpft den Terrorismus grundsätzlich als „absolut unsittlich"; er will die Diktatur ohne Terrorismus! Da hat Radek natürlich leichtes Spiel und als bewährter Florettfechter streckt er Kautsky wie Hilferding schnell in den Sand.

Sehr fein legt er dar, daß die Arbeiterklasse einfach keine andere Wahl hat, als die der Diktatur mit allen Mitteln. Er zeigt, wie die russischen Kommunisten zur Anwendung terroristischer Mittel gezwungen wurden.

Eine tiefere Untersuchung über das Wesen der proletarischen Diktatur wie des Terrors ist natürlich diese Broschüre nicht, will sie auch nicht sein. Da sie aber eine treffende Antwort an Kautsky ist, und da über die Fragen des Terrors auch in den Köpfen der deutschen Arbeiterklasse noch sehr viel Unklarheit herrscht — tobt doch selbst Ledebour andauernd gegen die Unsittlichkeit des bolschewistischen Terrors —, sollten alle Genossen diese Radeksche Schrift lesen. Jeder wird sie mit Gewinn aus der Hand legen. wst.

Sinowjew: Vom Werdegang unserer Partei. Verlag der kommunistischen Internationale. Petrograd. 1920. (47 Seiten.)

Wer sich über die Geschichte der russischen sozialistischen Parteibewegung und insbesondere der bolschewistischen Richtung, der jetzigen Kommunistischen Partei Rußlands, orientieren will und keine Zeit hat, die größeren hierüber orientierenden Werke durchzuarbeiten, der lese diese Broschüre, die in kurzen Zügen einen guten Überblick gibt. Leider fehlt bis heute eine tiefer schürfende, zusammenhängende Darstellung der sozialistischen Bewegung Rußlands. Das Material darüber ist verstreut in den Werken über die soziale Lage Rußlands und dessen revolutionäre Bewegung. Unsere russischen Genossen haben jetzt keine Zeit, Geschichte zu schreiben, sie — machen Geschichte. wst.

Sinowjew: Die Kommunistische Internationale. Bericht auf dem ersten Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands. Verlag der Kommunistischen Internationale. Petrograd 1919. (45 S.)

Der Vortrag Sinowjews, der kurz nach der Gründung der Kommunistischen Internationale gehalten wurde, enthält eine scharfe Kritik der zweiten Internationale und ihrer Wiederbelebungsversuche. Die Hohlheit der alten Internationale zeigt S. besonders an ihrer Stellung zur Kolonialfrage. Ausführlich bespricht er dann die Berner Konferenz mit ihren halben Wahrheiten, ihren Wilsonschen Ideen und ihrer ausweichenden Erklärung über das Kernproblem: Sowjetrußland, Diktatur oder Demokratie. Im Schlußkapitel behandelt S. das Vorgehen der russischen Kommunisten gegen die zweite Internationale und schildert die Gründung der Kommunistischen Internationale, den ersten Moskauer Kongreß. So ist diese Broschüre ein interessanter Beitrag zur Geschichte der Internationale. wst.

Dr. Alfons Goldschmidt: Moskau 1920. Tagebuchblätter. Ernst Rowohlt, Verlag, Berlin 1920. 130 Seiten. (Geb. 19,20 M.)

Ein anspruchsloses Buch, eine in gutem Sinne feuilletonistische Vorarbeit vor der von Goldschmidt geplanten großzügigen wissenschaftlichen Darstellung des Wirtschaftslebens in der russischen Räterepublik. Aber auch diese „Anekdotenaneinanderreihung" mit ihrer „Tagebuchleichtheit", wie Goldschmidt sie selbst nennt, liest sich recht interessant, da sie in lebendigem Stile geschrieben, meist in wenigen Worten den Kern der Sache trifft. Diese Skizzen erheben keinen Anspruch auf tieferen wissenschaftlichen Wert, eben weil es flüchtige „Stricheleien" und „kleine Zeichnungen" sind. Dennoch stehen sie turmhoch über den Artikeln Dittmanns, eben weil sie objektiv sind und neben manchem Trüben und Unfertigen doch auch das Große und Gewaltige in der russischen Rätediktatur sehen. Aus jeder Zeile spricht der Eifer, wirklich einzudringen in die Probleme der russischen Rätepolitik.

Bei der geistigen Einstellung Goldschmidts ist es erklärlich, daß er sich auch in diesem Tagebuch vorwiegend mit wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigt; dabei fallen leider die kulturellen, politischen und militärischen Fragen fast ganz unter den Tisch. wst.

Verantwortlich für die Redaktion: Willi Elberfeld, Charlottenburg 2, Gutenbergstr. 10 I.
Anfragen bitte an diese Adresse.

Kommunistische Rundschau

Herausgegeben von

Ernst Däumig, Curt Geyer, Walter Stoecker

Nummer 2 — 14. Oktober 1920 — Erscheint 14tägig — 1. Jahrgang

Inhalt:

Preis 1 Mark

A. Hoffmann's Verlag, G. m. b. H., Berlin O 27, Blumenstr. 22 I

Postscheckkonto: Berlin 1893 — Fernsprecher: Amt Alexander 2270



An unsere Leser!

Jede Genossin und jeder Genosse, der für die 3., die Kommunistische Internationale eintritt, hat die unbedingte Verpflichtung, seine ganze verfügbare Kraft und Zeit in den Dienst unserer Sache zu stellen.

Es gilt einen festen Abonnentenstand zu gewinnen!

Die **„Kommunistische Rundschau“** muß von allen **Funktionären** und **Betriebsobleuten** gelesen werden. **Sie muß bei jeder Gelegenheit, in allen Versammlungen verkauft werden!**

Bestellungen sind auf folgende Weise möglich:
Bei allen **Partei- oder sonstigen Buchhandlungen.** Auf **jedem Postamt** oder beim **Briefträger** (eingetragen im 14. Nachtrag der Postzeitungsliste). Bei **A. Hoffmann's Verlag, Berlin O 27, Blumenstraße 22 I.** (Dieser versendet das Heft als Drucksache unter Kreuzband. Der Preis für das Vierteljahresabonnement beträgt dann **8.75 Mark.** Dieser Betrag ist am besten gleich bei der Bestellung einzusenden, mit Zahlkarte auf Postscheckkonto Berlin Nr. 1893.)

Soeben erschienen:

Für die 3. Internationale

Die U.S.P.D. am Scheidewege

von Curt Geyer

mit Beiträgen von Walter Stoecker und Paul Hennig
:: und einem Vorwort von Ernst Däumig ::

Preis 1.50 Mark

Bestellungen sind zu richten an den

Verlag „Arbeiter-Rat“, Berlin C 25, Münzstraße 24

Kommunistische Rundschau

Nummer 2 | Berlin, 14. Oktober 1920 | 1. Jahrgang

Erscheint zunächst 14 tägig.

Bestellungen sind auf folgende Weise möglich: Bei allen Partei- oder sonstigen Buchhandlungen. Auf jedem Postamt oder beim Briefträger (eingetragen im 14. Nachtrag der Postzeitungsliste). Bei A. Hoffmann's Verlag, Berlin O 27, Blumenstraße 22 I. (Dieser versendet das Heft als Drucksache unter Kreuzband. Der Preis für das Vierteljahresabonnement beträgt dann 8,75 Mark. Dieser Betrag ist am besten gleich bei der Bestellung einzusenden, mit Zahlkarte auf Postscheckkonto Berlin Nr. 1893.)

Verantwortlich für die Redaktion: Willi Elberfeld, Charlottenburg 2, Gutenbergstraße 10 I. Alle den Inhalt betreffenden Anfragen sind an diese Adresse zu richten.



Der Parteitag in Halle.

Von Ernst Däumig.

1890. Parteitag in Halle. Die alte sozialdemokratische Partei hält nach dem Falle des Sozialistengesetzes ihre erste legale Musterung. Der zwölfjährige Ausnahmezustand hat der Partei manche organisatorische und persönliche Wunden geschlagen, aber mit dem politischen Ausgang kann die Partei zufrieden sein. 437 158 Reichstagswahlstimmen zählte sie, als das Schandgesetz in Kraft trat, 1 427 298 Wähler konnte sie mustern, als es außer Kraft gesetzt wurde. Jetzt galt es, den Kampf unter neuen Bedingungen fortzusetzen. Aber der Klassenkampf jener Tage hatte nicht die Schärfe, die er in unserer Epoche angenommen hat. Das Wort „Sozialisierung" als Ausdruck einer konkreten Kampfforderung von Millionen von Proletariern war damals noch nicht erfunden. Damals kam nur der Kampf um die vordersten Bastionen der kapitalistischen Räuberburg in Frage. Das geht klar und deutlich aus den Reden und Beschlüssen des damaligen Halleschen Parteitages hervor. Man lese nur nach, was Wilhelm Liebknecht damals über den Zukunftsstaat sagte, wie Bebel sich gegen die Angriffe Werners auf seine Militärpolitik verteidigte, wie Kloß den Boykott als Kampfmittel zur Erlangung von Versammlungslokalen empfahl, wie Singer die Arbeiterschutzgesetzgebung befürwortete und wie das Verhältnis zu einer proletarischen Internationale nur in einer Bestätigung des Maifeierbeschlusses des Pariser internationalen Kongresses von 1898 zum Ausdruck kam, wobei noch ausdrücklich die Ausnahme zugelassen wurde, daß bei unüberwindlichen Hindernissen die Maifeier am ersten Sonntag im Mai stattfinden könne.

Es liegt mir fern, die Bedeutung dieser Beschlüsse des Halleschen Parteitages für die damalige Zeit herabsetzen zu wollen. In jener Zeit waren es revolutionäre Taten, Taten, die der historischen Bedingtheit entsprachen, unter der die Partei wirken konnte. Wohl waren in den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes die Wählerstimmen gewachsen. Immerhin umfaßte die Partei aber nur einen ganz minimalen Prozentsatz des deutschen Proletariats. Die Arbeitermasse außerhalb der Partei war durchdrungen von dem Glauben an den Ewigkeitsbestand der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der kleinen, klassenbewußten

Arbeiterschar stand gegenüber ein kraftvolles Unternehmertum, in dem Großindustrielle und Großbanken mehr und mehr die Führerschaft an sich rissen. Der Konkurrenzkampf drängte über die Landesgrenzen hinaus und wurde zu einem Kampf um den Weltmarkt. Dieser ökonomische Entwicklungsprozeß fand seinen politischen Ausdruck in der Rüstungswut des Obrigkeitsstaates, der jedes Jahr neue Bataillone, neue Kreuzer und Schlachtschiffe schuf, um den ökonomischen Machtkampf mit dem ausländischen Kapital gegebenenfalls mit militärischen Mitteln zum Austrag zu bringen. Gesetzgebung und Verwaltung im Innern des Landes sorgten dafür, daß die Proletarier der herrschenden Klasse nicht gefährlich werden konnten. Angesichts einer solchen Kräfteverteilung wäre es Wahnsinn gewesen, wenn eine proletarische Partei zu einem Endkampfe mit den kapitalistischen Gewalten aufgefordert hätte. Der Kongreß einer Partei mußte sich damals darauf beschränken, die historisch gegebenen Kampfmöglichkeiten zu prüfen und die entsprechende Kampfparole auszugeben. Vor 30 Jahren hat der Parteitag in Halle unter den gegebenen ökonomischen und politischen Verhältnissen seine historische Aufgabe erfüllt.

* * *

1920. Parteitag in Halle. Wie anders ist in 30 Jahren das Weltbild geworden! Der anarchische Grundcharakter der kapitalistischen Wirtschaftsform hat sich der ganzen Menschheit mit furchtbarer Deutlichkeit offenbart. Der imperialistische Machthunger der Großstaaten führte zur Vernichtungsraserei des Weltkrieges. Unabschätzbare Milliardenwerte der Weltproduktion sind zerstört worden. Das ganze kapitalistische System ist in seinen Grundfesten erschüttert; am schwersten natürlich in den besiegten Staaten, vor allem in Deutschland. Die kapitalistische Produktionsmaschine kann nur wieder in Gang gesetzt werden um den Preis einer Verelendung von Proletariergenerationen. Das fühlen heute unzählige Proletarier beim Einkauf jedes Pfundes Brot, jedes Stücks Kohle, sie spüren es bei jeder Lohnzahlung am Steuerabzug, sie spüren es an den Mietsteigerungen; und vielen Hunderttausenden peitscht die Geisel der Arbeitslosigkeit diese Erkenntnis ein. Der Kinderglaube an den Ewigkeitsbestand der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, der vor 30 Jahren noch die Proletarierköpfe beherrschte, ist geschwunden. Der Sozialismus ist nicht mehr ein weltfernes, theoretisches Ideal. Der Wille zum Sozialismus hat in den Massen in dem Worte: Sozialisierung! seinen konkreten, zur Tat drängenden Ausdruck erhalten. Fortwährende Lohnkämpfe, Arbeitslosendemonstrationen, Proteste gegen Teurung usw. sind Wellen, die die soziale Revolution aufwirft, ehe sie sich als Sturmflut über das Land ergießt.

Der Obrigkeitsstaat hat ebenfalls ein anderes Gesicht als vor 30 Jahren. Seine monarchische Verkleidung ist verschwunden. Er hat das demokratische Kostüm angezogen. Eine ganze Reihe von Proletarierforderungen, auf die sich vor 30 Jahren der Kampf konzentrierte: Freies Wahlrecht — Republikanische Staatsform — Parlamentarische Regierung — Achtstundentag — sind formell erfüllt worden. Aber gerade von diesen „proletarischen Errungenschaften der Revolution" gilt der Satz, den Wilhelm Liebknecht auf dem Halleschen Parteitag 1890 prägte:

„Was heute Ideal, ist morgen Wirklichkeit, übermorgen Reaktion!"

Vor 30 Jahren waren Republik und freies Wahlrecht Ideal, 1918 wurden sie Wirklichkeit, 1920 sind sie Reaktion; denn im Schutze dieser demokratischen Errungenschaften sucht der Kapitalismus wieder seine Herrschaft aufzurichten, und gerade die demokratische Maskierung des staatlichen und politischen Lebens täuscht viele Proletarier über die gefährlichen Lebensregungen ihres Todfeindes. Gerade proletarische Parteien, die das demokratische Prinzip als Dogma verkünden, sind es, die am Betrug der Arbeiterklasse mitwirken. Der demokratisch frisierte Obrigkeitsstaat von heute hat allerdings keine Millionenheere mehr. Seine militärischen Machtmittel sind nicht mehr bestimmt für den Kampf mit dem äußeren Feind; desto

besser aber sind sie in Organisation, Strategie und Taktik eingestellt auf den Kampf gegen den inneren Feind. Und an Stelle der Reservisten, der Landwehr- und Landsturmleute, die man in den Massenheeren für den äußeren Großkrieg zusammenfaßte, hat sich die Bourgeoisie in Einwohnerwehren, Zeitfreiwilligen, in Orgesch- und Orka-Formationen usw. die Kampfeinheiten geschaffen, mit der sie jeden Tag den inneren, den Bürgerkrieg zu führen bereit ist.

So sieht, in ganz großen Strichen gezeichnet, die historische Bedingtheit der Epoche aus, die wir heute durchleben. Der Kleinkrieg und das Vorpostengeplänkel mit Kapital und Obrigkeitsstaat ist vorüber; an den notwendigen und unvermeidlichen Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und des proletarischen Gemeinwesens können wir jedoch noch nicht herantreten. Die Forderung der revolutionären Stunde ist: Endgültige Überwindung der kapitalistischen Herrschaft in Staat und Wirtschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die nächste Forderung ist: Erhaltung der politischen Macht und Beginn des Aufbaues der sozialistischen Welt. Angesichts solcher Forderungen und angesichts der gegebenen historischen Situation genügt es nicht mehr, wenn der Parteitag einer proletarischen, einer revolutionären Partei verkündet: Wir wollen den Sozialismus, oder: wir wollen die Diktatur des Proletariats, sondern ein solcher Parteitag hat die Frage zu lösen: Wie erkämpfe ich heute die politische Macht, wie erhalte ich sie mir für morgen und für die Zukunft, um dann neben der Behauptung der politischen Macht auch den sozialistischen Aufbau durchführen zu können. Das ist die Kardinalfrage, die der Parteitag in Halle 1920 zu lösen hat. Sie darf auf keinen Fall zu einem bloßen Richtungsstreit, zu einem Raufen um Parteiapparat und Parteizeitungen, zu einem doktrinären und persönlichen Gezänk herabgewürdigt werden.

* * *

Es entspricht durchaus dem geschichtlichen Entwicklungsprozeß und der gegebenen weltpolitischen Situation, daß die oben formulierte Kardinalfrage im engsten Zusammenhange mit der Schaffung einer internationalen Organisation des Proletariats aufgerollt wird. Dem Weltkrieg folgte die Weltrevolution. Sie mobilisierte das Weltproletariat, eine Mobilisation, die eine reale Tatsache ist, wenn sie sich auch in den einzelnen Ländern in verschiedenen Graden und in verschiedenen Organisationen abspielt. Die festgefügte Rote Armee Sowjetrußlands ist eine ebenso konkrete Erscheinungsform der Weltrevolution, wie die soziale Unruhe, die durch das schwerkapitalistische Amerika hindurchgeht. Und wenn der Dogmatismus gewisser Marxepigonen eigensinnig das Zentrum der Weltrevolution in die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder des Westens verlegen will, so hat die Weltgeschichte dank der ihr innewohnenden Gesetze zunächst Rußland zum Ausgangspunkt und ersten Kriegsschauplatz der großen, weltumspannenden sozialen Revolution gemacht. Gehirn und Nervensystem der russischen Revolution und der proletarischen Diktatur in Rußland ist aber die russische kommunistische Partei. Diese Partei ist — das können nur marxistische Splitterrichter bestreiten — geistig auf die Methoden des Marxismus eingestellt. Sie hat die Erfahrungstatsachen einer langen revolutionären Vergangenheit und eines mehrjährigen Bürgerkrieges theoretisch ausgemünzt; sie will sich nicht begnügen mit der Sympathie des Weltproletariats mit Sowjetrußland, sie will die Erfahrungen und Lehren eigenen revolutionären Erlebens den kampfbereiten Vortruppen des gesamten Weltproletariats zugute kommen lassen. Hundert politische und psychologische Gründe haben zur Zeit Sowjetrußland und damit die Kommunistische Partei Rußlands zur Vormachtstellung in der proletarischen Welt gebracht. Diese Tatsache steht fest, und keine Parteieitelkeit und kein Parteiegoismus kann sie aus der Welt schaffen. Zwei elementare Bekenntnisse sind es, die für die neue, die dritte Internationale maßgebend sein müssen: Erstens die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Einheitlichkeit in Theorie und Zielsetzung, und zum zweiten die Notwendigkeit einer straffen Zentralisation für die Erfordernisse des verschärften

Klassenkampfes! In der zweiten, nur noch als Ruine weiterlebenden Internationale bildete das demokratische Prinzip die theoretische Grundlage. Organisatorisch baute sie sich auf — soweit man bei diesem zusammenhanglosen Gebilde überhaupt von Aufbau reden kann — auf dem Prinzip der Autonomie der angeschlossenen Parteien. Eine geistig derart eingestellte und organisatorisch unzuverlässige Internationale mußte versagen. Darum stellt die dritte Internationale dem demokratischen Prinzip gegenüber die konkrete Forderung der Diktatur des Proletariats und darum verlangt sie statt der Autonomie: Zentralisation. Und jeder, der vorurteilsfrei die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts durchprüft, muß zugeben, daß das nicht das brutale „Diktat einer Moskauer Clique" ist, sondern daß sich diese Notwendigkeiten aus den Lehren der revolutionären Entwicklung ergeben. Hat man das aber als Angehöriger einer revolutionären Partei erkannt, so hat man auch die Pflicht, zu prüfen, ob die eigene Partei diesen Forderungen entspricht, und weiter dafür zu sorgen, daß alle Mängel und Hemmungen beseitigt werden, die bisher theoretisch und organisatorisch verhindert haben, daß die Partei zu einer revolutionären Elitetruppe der proletarischen Armee und zur Führerin im Kampfe der ganzen Arbeiterklasse wurde. Diese Arbeit an sich selbst berechtigt die Partei, ohne weiteres als aktives Mitglied in eine Internationale einzutreten, die nach gleichen Grundsätzen aufgebaut ist. Und je bedeutsamer die Rolle des eigenen Landes im Spiele der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Kräfte ist, um so ausschlaggebender wird die Partei dieses Landes auch innerhalb der neuen Internationale sein.

* * *

Der Novembersturz rüttelte natürlich auch an den Mauern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Eine Fülle von Aufgaben und Problemen tauchten auf, denen die Partei weder theoretisch noch organisatorisch gewachsen war. Die Erkenntnis, daß der Weltkrieg eine Scheidelinie gezogen hat zwischen revolutionärem und reformistischem Sozialismus, war leider noch in sehr wenig Köpfe gedrungen. Eine solche Erkenntnis jedoch hätte das Regierungsbündnis Haase-Ebert-Scheidemann nicht aufkommen lassen. In den ersten Tagen der Novemberumwälzung bestand staatsrechtlich und faktisch die Diktatur des Proletariats. Die Aufgabe der revolutionären Partei wäre gewesen, diese Diktatur organisatorisch zu fundieren, die noch verstreuten Kräfte zusammenzufassen, sie mit Machtmitteln auszustatten, auf Grund der Räteorganisation ein proletarisches Gemeinwesen zu schaffen und der sozialistischen Produktion durch Enteignung der Kapitalistenklasse usw. die Wege zu bahnen. Konnte die U. S. P. D. es damals nicht tun, weil sie theoretisch darauf zu wenig eingestellt und organisatorisch zu wenig stark war, so hätte sie dem Reformsozialismus Gelegenheit geben müssen, klar und unzweideutig zu beweisen, daß er mit seinen Grundsätzen revolutionäre Probleme nicht lösen kann. Und da der politische Kampfruf jener Tage lautete: Hie Nationalversammlung! — Hie Rätesystem! — das heißt Diktatur des Proletariats —, so hätte die U. S. P. D. als revolutionäre Partei klar und unzweideutig die letzte Parole für sich erwählen müssen. Der Reformsozialismus hätte sehr bald abgewirtschaftet, und die klassenbewußten Proletarier wären dann in weit größerer Anzahl und mit größerem Erfolg in den Kampf für die proletarische Diktatur eingetreten. Statt dessen fand die demokratische Parole innerhalb der U. S. P. D. bei Führern und Masse die weitestgehende Unterstützung. Deutschland wurde bürgerlich-kapitalistische Republik unter dem Schutze der Noske-Diktatur, die natürlich der sozialen Revolution nicht Herr werden konnte. Die U. S. P. D. bekam einen Massenzulauf, aber es ist ihr bis heute nicht gelungen, diese Massen so zusammenzufassen, zu schulen und zu führen, daß daraus eine aktionsfähige Kampftruppe für den sozialen Großkampf wurde. In der rein mechanischen Defensive, wie in den Kapp-Tagen, sowie in einer Fülle von territorialen Kämpfen ist zwar der revolutionäre Charakter der Partei zum Ausdruck gekommen; aber gerade aus den Erfahrungen der örtlichen Kämpfe ergibt sich heute die Notwendigkeit, daß in der

Partei Einheit in der theoretischen Auffassung und organisatorische Zentralisation geschaffen werden muß.

Der Entwicklungsgang der letzten drei Jahre hat zwar unter vielen inneren Kämpfen die Partei zur Aufgabe des demokratischen Prinzips und zum Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats gebracht. Der Gründungsparteitag in Gotha fußte auf dem Erfurter Programm. Der Märzparteitag in Berlin 1919 versuchte eine Zusammenkupplung des demokratischen Prinzips mit dem Rätesystem, d h. mit der Diktatur des Proletariats. Der Parteitag zu Leipzig sprach aus, daß die Partei die Diktatur des Proletariats wolle, der Parteitag in Halle 1920 muß die Voraussetzung schaffen, daß die Diktatur durch die Tat erkämpft wird. Dazu ist notwendig, daß restlos aufgeräumt wird mit allen demokratischen Illusionen, und daß eine scharfe Scheidelinie gezogen wird gegenüber all den Männern, die, wie Kautsky, das allein selig machende demokratische Prinzip noch verfechten und vom internationalen Proletariat noch als Fleisch vom Fleische der U. S. P. D. angesehen werden. Und darüber hinaus ist Schluß zu machen mit den sozialpazifistischen Tendenzen, die den Bürgerkrieg nicht wollen, dadurch aber die Tatsache verschleiern, daß die Gegenrevolution ihn will. Es ist Schluß zu machen mit jenen quietistischen Tendenzen, die der Arbeiterschaft vortäuschen wollen, man lebe noch in jenen geruhsamen Zeiten, in denen die Parole: Organisieren und Agitieren! das A und O der sozialistischen Bewegung war, mit jenen opportunistischen Tendenzen, die da glauben, daß in einer Periode wirtschaftlichen Zerfalls, in einer Periode des latenten Staatsbankerotts in den Parlamenten noch positive Arbeit zur Hebung der Klassenlage des Proletariats geleistet werden könnte.

Das sind die großen Richtlinien, die für den Parteitag in Halle ausschlaggebend sein sollen. Nach den Erfahrungen der letzten Wochen werden sie es nicht sein. Spaltungsgeschrei, Richtungsstreit, Parteiprestigefragen, persönliches Gezänk drohen die große, historische Aufgabe, die der Parteitag in Halle zu lösen hat, zu verwirren. Zu dieser Aufgabe werden stehen alle, die die historische Situation begriffen haben. Als starken, zuverlässigen Bundesgenossen haben sie zur Seite den unaufhaltsamen Gang der ökonomischen und politischen Entwicklung: Die Unmöglichkeit, den Proletariern im Rahmen der kapitalistischen Produktion auch nur die Lebenshaltung der Vorkriegszeit zu verschaffen, die Finanzzerrüttung des Staates und die aus ihr sich ergebende Steuerbelastung der Arbeitermassen, die immer weiter um sich greifende Enttäuschung über die Unzulänglichkeit der formaldemokratischen „revolutionären Errungenschaften". Mag der Parteitag in Halle ausgehen wie er will, er wird zu einer Schaffung einer revolutionären Kerntruppe des deutschen Proletariats beitragen, sei es nun mit, sei es ohne den offiziellen Parteiapparat der Unabhängigen Sozialdemokratie.

* * *

Und nun noch ein Wort in eigener Sache. In meinem Artikel in der ersten Nummer dieser Zeitschrift hatte ich geschrieben, daß der Kampf gegen Moskau bei vielen Führern gleichbedeutend sei mit dem Kampf um das politische Renommee und — die materielle Position. Dieser Satz hat eine entrüstete Zurückweisung der Mehrheit des Zentralkomitees der U. S. P. D. zur Folge gehabt.

Ich bedaure, daß ich mit dem Hinweis auf die materielle Position mit einem Schritte die Grenze übertreten habe, die sich zwischen dem sachlichen und persönlichen Kampffelde hinzieht. Wir Verfechter des Anschlusses an die Kommunistische Internationale haben genug sachliche Argumente, um mit ihnen auszukommen. Es ist aber eine psychologische Erfahrungstatsache, daß auch bei sachlichen Auseinandersetzungen persönliche Erwägungen — sei es bewußt oder unbewußt — bei den Kämpfenden eine Rolle spielen. Ich schrieb jenen angefochtenen Satz unter dem Eindruck von moskaugegnerischen Zeitungsartikeln, in denen uns Anhängern der dritten Internationale dem Sinne nach der Vorwurf gemacht wurde, daß der

rollende Rubel und das persönliche Interesse letzten Endes der ausschlaggebende Faktor für unsere Haltung zur Kommunistischen Internationale sei. Ich habe nicht gelesen, daß derartige Unterstellungen zum Gegenstand einer offiziellen Zurückweisung gemacht worden sind. Ich verlange es auch nicht.

Im übrigen zeigen die Begleiterscheinungen des Kampfes um die Kommunistische Internationale, wie berechtigt der Vorwurf ist, die U. S. P. D. habe noch eine Menge kleinbürgerlicher Elemente in ihren Reihen. Nicht genug, daß der Parteiegoismus den Kampf für eine weltgeschichtliche Aufgabe zu einem Auslegungsstreit um die 21 Punkte gemacht hat, nicht genug, daß das, was ein historischer Reinigungsprozeß sein sollte, gewaltsam zu einer Spaltungskampagne vergröbert wird, auch der Kampf gegen Personen geht mit Mitteln und Methoden vor sich, die zum Arsenal des kleinlichen und pharisäischen Spießertums gehören. All diese Dinge habe ich restlos vorausgesehen. Auch diese Begleiterscheinungen bestätigen meine Überzeugung, daß eine proletarische Partei auf nationaler und internationaler Grundlage geschaffen werden muß, die die Köpfe ihrer Mitglieder revolutioniert, ihre Kampfkraft organisatorisch zusammenfaßt und sie als bewußte Träger der sozialen Revolution in Aktion setzt.

Die Organisation der Partei.

Von Wilhelm Koenen.

Die Organisation ist nicht Selbstzweck, insbesondere ist für eine revolutionäre Partei die Organisationsform nur eines der Mittel, das zweckmäßig angewendet werden soll, um mit den vorhandenen Kräften den größtmöglichen Erfolg für die revolutionäre Sache zu erreichen. Es gilt für die Beurteilung der Organisationsfragen der Satz aus den Generalstatuten der I. Internationalen Arbeiterassoziation: „daß die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse das große Ziel ist, dem jede Bewegung als Mittel untergeordnet sein muß.“ Im Sinne dieser von Marx entworfenen Generalstatuten wird eine Organisation dann am wirksamsten für die Lösung des sozialen Problems wirken, wenn sie das theoretische und praktische Zusammenwirken der fortgeschrittensten Gruppen verwirklicht. Der Organisationsapparat muß in der modernen Arbeiterbewegung so gestaltet sein, daß er den Proletariern in ihren Kämpfen die Gewähr bietet, in jedem gegebenen Moment die größtmögliche Hilfe der gleich ihnen organisierten Proletariergruppen zu erhalten. In den jetzigen bewegten Zeiten des latenten Bürgerkrieges, der täglich zum offenen Ausbruch kommen kann, hält die III. Internationale die straff zentralisierte Organisation für die zweckmäßigste Form der Kampfführung zur Vernichtung des Kapitalismus und Herbeiführung des Sozialismus.

Das nächste Ziel des großen Kampfes, den das klassenbewußte Proletariat selbst auf die Gefahr des Bürgerkrieges unternehmen muß, ist die Eroberung der politischen Macht. Die auf dieses Ziel gerichtete Kampfführung muß nach einem festen Plan mit gesicherten Kräften auftreten können. Der Kampf erfordert konzentrierte Vorbereitung durch Aufklärung und werbende Agitation, durch die die ganze Aufmerksamkeit des kämpfenden Proletariats in jedem Augenblick auf das große, der gesamten Klasse gemeinsame Ziel gelenkt wird, um Abschweifungen, Irreleitungen und Umwege zu vermeiden. Eine solche zielsichere Kampfführung kann in der proletarischen Bewegung ohne einen straff zentralisierten politischen Apparat nicht durchgeführt werden.

Aber nicht nur die Kampfführung erfordert einen zentralistischen Apparat, auch die Mobilisierung der Massen und die einheitliche Regelung ihrer spontanpolitischen Kraftäußerungen und ihrer elementaren sozialen Ausbrüche erheischt

gebieterisch eine immer festere Zusammenfügung der einzelnen Strömungen und Gruppen, die sich in ihren verzettelten Bewegungen müde kämpfen und immer und immer wieder Teil für Teil niedergeworfen werden. Die einheitliche Durchdringung der breiten Massen mit dem Bewußtsein, daß sie sich alle nur noch für eine Aufgabe und für ein Ziel: die Eroberung der politischen Macht, in Bewegung setzen dürfen, kann nur erreicht werden, wenn die Partei sich als ein starkes Zentrum der sozialen Revolution konstituiert, um mit ihrem Apparat und durch ihre Mitgliedermassen in zähem Ringen die gesamte Führung des Proletariats und die tatsächliche Leitung seiner gesamten Bewegungen an sich zu reißen.

Wir haben uns zu fragen, ob unsere Partei bisher diese durch die bewegten Kampfzeiten aufgedrängte einheitliche Führung der proletarischen Kämpfe mit der bisherigen Organisation ermöglichen konnte. Dazu wird jeder zugestehen müssen, daß von einer einheitlichen Kampfführung bisher leider in Deutschland überhaupt noch nicht gesprochen werden konnte. Nur in elementaren Ausbrüchen, wie in den Novembertagen 1918 und den Märztagen 1920, erhob sich die deutsche Arbeiterklasse im Abwehrkampf zur einheitlichen Aktion. Aber es fehlte in beiden Fällen die einheitliche geistige Durchdringung, und vor allem eine zielbewußte Kampfführung. Es ist ein müßiges Geschäft, über die Mißerfolge der verfehlten Führung dieser Bewegungen nachträglich Vorwürfe zu erheben. Notwendiger ist es, aus den Mißerfolgen zu lernen, und mit allem Nachdruck die Maßnahmen praktisch durchzudrücken, die eine Besserung in der Führung zukünftiger Kämpfe sichern. Für diese Notwendigkeiten ist innerhalb unserer Partei leider nur wenig geschehen, und das Wenige geschah fast ganz heimlich, inoffiziell, ohne daß der Parteiapparat dadurch besonders geändert worden wäre. Aber eines zeigt sich ganz deutlich und öffentlich: der gute Kampfgeist in den Massen, der nach einer einheitlichen straffen zentralen Leitung der Bewegung verlangt! Dieser Drang nach schärferer Zusammenfassung, nach besserer Konzentration der Kräfte mußte die Partei zu organisatorischen Maßnahmen auch dann vorantreiben, wenn der Weltkongreß in Moskau nicht zu diesen Organisationsfragen der Zentralisation Stellung genommen hätte.

Der Grundfehler unserer Organisation in strategischer Beziehung ist ganz zweifellos der, daß wir das gute Bestimmungsrecht der Mitglieder auf föderalistischer Grundlage zum Ausdruck kommen lassen. Das ist aus der Entstehungsgeschichte unserer Partei durchaus erklärlich, da sie entstanden ist aus der Opposition der tatkräftigen Teile der Organisation gegen die Untätigkeit der verantwortlichen Leitung. Gegenüber dem Nichtstun, der Passivität, dem Burgfrieden muß allerdings der Aktive, die tätige Gruppe, der voranstürmende Organisationsteil unabhängig und selbständig auftreten. So war zu der Zeit, als wir unsere Bewegung als Opposition gegen die Partei des Burgfriedens konstituierten, der föderalistische Charakter der Bewegung durchaus historisch verständlich, und für die Aufrüttelung zu gesteigerter Tätigkeit auch zweckmäßig.

Inzwischen hat sich die Situation gründlich gewandelt. Wir sind nicht mehr die gegen eine untätige Parteileitung rebellierende Opposition einzelner Organisationsteile, sondern wir sind die Partei des aktiven klassenbewußten Proletariats. Unser Zweck ist nicht mehr, die tätigen Kämpfer aufzurufen zur selbständigen Stellungnahme gegen den Burgfrieden und die Kriegspolitik, die es zu zermürben galt, unsere Zwecke und Ziele sind jetzt, als Führerin und Bannerträgerin der sozialen Revolution den Massen mit einem festen Gefüge politisch aufgeklärter Kampfgruppen voranzugehen, um in einem großangelegten Ringen den Kapitalismus und sein System zu Fall zu bringen. Soll unsere Partei wirklich Führerin und Bannerträgerin der sozialen Revolution werden, so muß sie zunächst bei sich selbst Klarheit, Einheitlichkeit und Festigkeit schaffen. Sie muß aus ihren Organisationsgrundlagen jetzt alles Föderalistische möglichst schnell ausschalten. Sie muß aus der Opposition der Aktiven zum Zentrum der Aktion werden. Die Entwicklung, die wir vom Sozialpazifismus

zur sozialrevolutionären Klarheit, zum Kommunismus von der Gründung der Arbeitsgemeinschaft bis zum Leipziger Parteitag durchlaufen haben, muß jetzt auch ihren organisatorischen Ausdruck finden.

Wohl haben wir in Gotha in den Organisationsgrundlinien festgelegt, daß Programm und Organisation der Partei nach den im Kriege neugewonnen Erkenntnissen auszugestalten sind, was in vollem Umfange erst möglich sei, wenn die im Heeresdienst stehenden Patteimitglieder zurückgekehrt und die Grundlagen einer freien Aussprache wieder hergestellt sind. Programmatisch haben wir für diesen Beschluß durch die Schaffung des Leipziger Aktionsprogramms eine vorläufige Erfüllung gefunden. Organisatorisch ist jedoch nichts wie dauerndes Flickwerk geleistet worden. Unsere Organisation ist in ihren Gliedern ein außerordentlich buntes Durcheinander. Die Bezirke wenden bei ihrem Aufbau die verschiedensten organisatorischen Prinzipien an, ohne daß die Frage der für unseren gegenwärtigen Kampf zweckmäßigsten Organisationsform irgendwie erörtert oder geklärt worden ist. Die Satzungen der verschiedenen Bezirke bilden eine bunte Musterkarte der allerverschiedensten organisatorischen Möglichkeiten. Wohl ist das Bedürfnis nach der Schaffung einheitlicher organisatorischer Grundlinien längst anerkannt, ja es wurde sogar schon lange, bevor wir an Moskau dachten, in Beschlüssen formuliert. So setzte der Parteitag im März 1919 bereits eine Organisationskommission ein, die aus den „bewährtesten Organisatoren" der Partei gebildet wurde. Da sie aber leider die ihnen gestellte Aufgabe bis zum nächsten Parteitag nicht nur nicht erledigt, sondern überhaupt nicht in Angriff genommen hatten, so beschloß der Leipziger Parteitag erneut, einheitliche Organisationsgrundlinien niederlegen zu lassen, und setzte wiederum eine Organisationskommission, bestehend aus den „bewärtesten Organisatoren" der Partei, ein, für die aber nun angesichts des neuen Parteitages das Geständnis abgelegt werden muß, daß sie wiederum gar nichts zur Erfüllung ihres Auftrages getan haben. Es hat kaum überhaupt je eine Sitzung dieser Organisationskommission stattgefunden. Wenn nun der Weltkongreß der Internationale nach all diesem Zögern unserer „bewährten Organisatoren" die Unabhängige Sozialdemokratie genau so wie die anderen sich auf die soziale Revolution einstellenden Parteien zu den für diese Einstellung notwendigen organisatorischen Maßnahmen drängt, so haben wir wahrlich keinen Grund, darüber irgendwie zu wimmern und zu klagen. Wir sollen es begrüßen, daß die für uns schon lange dringend gewordene Frage der Schaffung einheitlicher Organisationsgrundlinien, nunmehr gleichzeitig von allen uns verwandten Parteien in gleichem Geiste und in ähnlicher Weise wie bei uns durchgeführt wird. Diese Tatsache ist der erste praktische Gewinn, den wir aus unserer Verbindung mit der III. Internationale einheimsen.

Die Kommunistische Internationale unterscheidet bei den organisatorischen Notwendigkeiten zwischen der Zeit der mehr oder weniger ruhigen politischen Bewegung und der Zeit nach der Eroberung der politischen Macht, in der es die Diktatur des Proletariats durchzusetzen und zu verteidigen gilt. Die Kommunistische Internationale erkennt, daß zwischen diesen beiden Zeiten der offene Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie liegt, was gegenüber dem Belagerungszustand und dem Zustand des verschärften Bürgerkrieges eine besondere Einstellung des organisatorischen Aufbaues erfordert. Es wird in unserer Partei wohl kaum einen Streit darüber geben, daß die Zeit der mehr oder weniger ruhigen politischen Bewegung für das deutsche Proletariat ein für allemal vorüber ist. **Wollen wir die kommenden schweren Erschütterungen und Kämpfe erfolgreich überstehen, so müssen wir unsere Organisation auf die Zeiten des Belagerungszustandes, des Bürgerkrieges und der Diktatur des Proletariats einrichten.** Der demokratische Zentralismus ist die Organisationsform, die sich für diese Kampfzeiten als die zweckmäßigste erwiesen hat.

Trotz der Kampfzeiten muß als das Hauptprinzip des demokratischen Zentralismus immer wieder die Wahl der verantwortlichen Leitung der Partei durch die Mitgliedschaften energisch in den Vordergrund gerückt werden. Nur so, getragen von dem Vertrauen der Parteimitgliedschaft und von dem vollen kameradschaftlichen Vertrauen aller Parteiorganisationen, ist die Zentralleitung der Partei in der Lage, die tatkräftige Kampfführung auszuüben, ohne die der Sieg der Arbeiterklasse unmöglich ist. In den Kampftagen unserer Zeit muß die auf demokratischer Grundlage gebildete leitende Parteizentrale als beauftragte Führung für alle Parteiglieder als Autorität anerkannt werden, bis ein neuer Parteitag entscheiden kann. Das Moskauer Exekutivkomitee gibt durchaus zu, daß ein solcher zentralisierter Parteiaufbau erst in jahrelangem Ringen erreicht wird, daß dieser Zentralismus nicht von heute auf morgen erreicht werden kann! Wir meinen jedoch, daß für das deutsche Proletariat die Umgestaltung des Parteiaufbaus, der sich bei uns bisher in vollständig ungeregelter Weise vollzogen hat, schon längst ein anerkannt dringendes Bedürfnis und jetzt direkt ein revolutionäres Gebot der Stunde geworden ist.

Jawohl! Die Parteimitgliedschaften sollen entscheiden! Ihre Versammlungen sollen die Urquelle aller organisatorischen Kraft und aller grundsätzlichen Entscheidungen sein. Aber haben die Mitgliedschaften durch den Parteitag entschieden, so soll die Entscheidung eindeutig und klar nicht nur in Worten, sondern auch in der Wahl der Persönlichkeiten, die diese Worte zur Tat werden lassen sollen, zum Ausdruck kommen. Entscheiden die Beschlüsse und der Ausgang der Wahl für Kampf und Aktion, dann kann es nichts anderes geben, als volles Zutrauen und strengste Disziplin, die sich aus der Mitarbeit in der Kampfpartei als notwendig ergibt. Haben die Mitglieder ihren Willen kundgetan, so muß dieser Wille, wenn wir zweckmäßig und zielklar kämpfen wollen, die ganze Organisation in allen ihren Gliedern und Teilen durchdringen und beherrschen. Bis zu der neuen Willenskundgebung der Gesamtpartei muß die einmal vom Parteitag bestimmte Führung des Kampfes unbeirrt durchgeführt werden, auch gegen örtliche Schwankungen und Wirren.

Die organisatorischen Maßnahmen zu treffen, die diesen für den Kampf erforderlichen zentralistischen Parteiaufbau sicherstellen, in der Form, in der das in Deutschland gegenwärtig möglich ist, das ist neben dem grundsätzlichen Anschluß an die Kommunistische Internationale die wichtigste Aufgabe des Parteitages, durch deren Erfüllung die Partei in der Tat schon ein lebendiges Glied der dritten Internationale würde.

Die Kommunisten und wir.

Von Walter Stoecker.

I.

Durch die Lösung der Frage des Anschlusses unserer Partei an die dritte kommunistische Internationale wird auch eine Frage brennend, die ohnehin bald eine Klärung erfordert hätte: Unser Verhältnis zur Kommunistischen Partei Deutschlands. Unter den skrupellosen Mitteln, mit denen die opportunistischen Gegner der dritten Internationale arbeiten, hört man auch immer wieder die falsche und irreführende Behauptung: wir müßten vor der kleinen K. P. D. abdanken, kapitulieren, unsere Partei müßte „in die K. P. D. aufgehen", wir müßten uns der Diktatur der kommunistischen Führer beugen, und dergleichen unsinnige Behauptungen mehr. Es genügt, diese Schwindeleien als solche festzustellen. Was die dritte Internationale von uns erwartet, ist eine Verständigung und Vereinigung mit der K. P. D., da die kommunistische Inter-

nationale mit Recht der Ansicht ist, daß wegen der nötigen Geschlossenheit und Einheit in jedem Lande nur eine Sektion der Internationale bestehen darf. Daß eine solche Vereinigung nicht über Nacht vor sich gehen kann, ist selbstverständlich.

Während des Krieges, seit Gotha, waren die Spartakusgenossen in unserer Partei. Sehr viele Genossen des jetzigen linken Flügels gehörten damals zu dieser Richtung, da auch sie den Pazifismus von Kautsky, Cohn, Breitscheid usw. bekämpften und die Partei in revolutionärem Sinne vorwärts drängten. Die verhängnisvolle Abtrennung erfolgte dann im Januar 1919, als es allerdings in der Partei sehr bunt aussah und die Rechte sich weigerte, zur Klärung aller strittigen Fragen sofort einen Parteitag einzuberufen. Die Linken verlangten damals von der Partei die Forderung der proletarischen Diktatur, während fast alle rechten Führer für die Nationalversammlung eintraten. Schon der erste Rätekongreß zeigte die ernsten Differenzen in der Partei über die Fragen der Demokratie und Diktatur. Damals stand die Partei in einer ernsten Krise. Sie war so krank, daß selbst Ledebour gemeinsam mit Däumig und Richard Müller mit den Spartakusgenossen ernste Verhandlungen über den Austritt aus der U. S. P. und die Gründung einer neuen revolutionären Partei führte. Wenn damals viele führende Genossen der jetzigen Linken nicht mitgingen, so erstens, weil sie den Moment einer Abtrennung für falsch hielten und zunächst den Parteitag abwarten wollten, wo sich zeigen werde, ob der Kurs der Partei nach links oder rechts gehe und ob eine Trennung nötig werde. Zweitens wegen der bedauerlichen Taktik, auf die sich der Gründungsparteitag der K. P. D. festlegte. Es wird niemand leugnen können, daß diese Tagung beherrscht war von Gefühlsrevolutionären und syndikalistischen Elementen, die allen Zureden der revolutionären Marxisten, wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Paul Levi usw. völlig unzugänglich waren. Der Phantast und Wirrkopf Rühle beherrschte den Parteitag, so daß Rosa Luxemburg mit Recht bei den Delegierten „den erforderlichen Ernst und die ruhige Überlegung" vermißte. Mit großer Mehrheit legte man sich auf die Nichtbeteiligung an parlamentarischen Wahlen fest und machte damit eine Verständigung und Einigung mit den übrigen marxistisch-revolutionären Elementen der U. S. P. unmöglich. Man lese nur in dem Protokoll dieses Gründungsparteitags der K. P. D. den Bericht über die Verhandlungen mit Däumig und seinen Freunden nach, und man erkennt sofort, daß dies der Hauptgrund der Nichtverständigung war, denn die übrigen Punkte waren meist ziemlich unbedeutender Art.

Daß die Abtrennung der Kommunisten von unserer Partei im damaligen Augenblick und zumal in der Art, wie sie vorgenommen wurde, ein schwerer Fehler war, sehen heute selbst viele Kommunisten ein. So führte Paul Levi erst kürzlich nach dem Bericht der Wiener Roten Fahne in einer Rede über „Die Entwicklung des Spartakusbundes in Deutschland" in Wien u. a. folgendes aus: „Im Dezember 1918 trat also die Frage vor uns, ob all diese losen Gruppen zu einer Partei zusammenzufassen sind oder ob man noch weiter in der U. S. P. arbeiten solle. Die Meinungen waren geteilt: Jetzt zeigt sich freilich, daß Leo Jogiches, der gegen die Gründung der K. P. schon in einem so frühen Stadium der deutschen Revolution war, den weitesten Blick besessen hat. Wir hatten keine feste Organisation hinter uns, sondern Leute, die rein gefühlsmäßig mit Liebknecht gingen und ohne jedes marxistische Denken waren. Wir sahen schon damals, daß bei dieser Zusammensetzung der Partei die Arbeit eine sehr schwierige sein werde, man hoffte aber, daß da die Autorität Liebknechts und Luxemburgs helfen werde. Nur diese Zusammensetzung der Partei machte es erklärlich, daß am Gründungsparteitag auch gegen die Ansicht

Liebknechts und Luxemburgs beschlossen wurde, sich an den Wahlen ins Parlament nicht zu beteiligen. Der Kongreß stand eben unter dem Einfluß der Straßenkämpfe und der noch zu erwartenden Ereignisse. Der Beschluß war unstreitbar falsch. Die Folge war, daß große Arbeitertrupps, die sich bereits zu uns durchgerungen hatten, den Übertritt unterließen. Der falsche Boykottbeschluß, die allzu frühe Loslösung von der U. S. P. und die Zeit schwerster Verfolgungen bestimmten die organisatorische Schwäche der K. P. D."

Trotzdem also schon damals grundsätzlich keine Meinungsverschiedenheiten mit den meisten Genossen der übrigen Linken bestanden und das von Rosa Luxemburg vorgelegte Programm: „Was will der Spartakusbund?" Wort für Wort unseren Anschauungen entsprach, machte uns doch das ganze Drum und Dran dieses Parteitages und die dort festgelegte Taktik ein Zusammengehen unmöglich. Die weitere Entwicklung der K. P. D. zeigte dann, daß es den marxistischen Elementen nicht gelang, sich durchzusetzen, so daß der Wirrwarr immer größer wurde und wir Linken in vielen Orten und Bezirken in eine ernste Kampfstellung zu den Kommunisten gedrängt wurden, die immer mehr das Sammelbecken von allen möglichen Elementen wurden, sinnlosen Putschisten, reinen Gewaltanbetern, Syndikalisten, Anarchisten unklaren Phraseuren, organisatorisch fast alles völlig ungeschulte Elemente, die durch die revolutionären aufregenden Ereignisse ins politische Leben gekommen waren. Es war im vergangenen Jahre zeitweise so schlimm, daß eine gemeinsame Aktion mit den Kommunisten einfach eine Unmöglichkeit wurde. Wir geben gern zu, daß der Verlust Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, wie auch die Illegalität der K. P. D. ihr eine ernste Aufklärungsarbeit in ihren eigenen Reihen sehr erschwert hat, aber in dem Verhältnis von Parteien zueinander fragt man meist nicht nach den Ursachen, sondern hier kommt es auf die Tatsachen an, wie sie sind. Und Tatsache ist, daß damals ein Zusammengehen, geschweige denn eine Verständigung mit der K. P. D. nahezu unmöglich war, zumal deren Zentrale völlig in der Luft hing und jeder Bezirk und jede Ortsgruppe machte, was sie wollte. Da der Gründungsparteitag im Januar 1919 wegen der starken syndikalistischen Strömung einer Entscheidung in der Frage der Gewerkschaftstaktik ausgewichen war, hatten in vielen Bezirken die sogenannten Unionisten völlig die Partei in der Hand und propagierten überall im Namen der Partei den Austritt aus den Gewerkschaften und die Betriebsorganisationen. Wir wollen nicht auf Einzelheiten eingehen, nur einen Vorgang möchten wir aus der Fülle der damaligen Ereignisse herausgreifen:

Eine am 9. September 1919 abgehaltene Versammlung der Funktionäre des Bezirks Groß-Berlin der K. P., in der ein Vertreter der Reichszentrale den marxistischen Standpunkt der Zentrale vertreten hatte, faßte mit überwältigender Mehrheit folgende Entschließung:

„In einer Situation, die die revolutionäre Entwicklung weder abgeschlossen noch unterbrochen erscheinen läßt, die durch Ausbau der Betriebsorganisation vielmehr die Festigkeit des ökonomischen Fundaments der bürgerlichen Gesellschaft erschüttert und ihren Sturz durch Sabotage der Produktion beschleunigt, gleichzeitig aber durch Ausbau eines Wirtschaftsrätesystems die Übernahme der wirtschaftlichen Macht durch das Proletariat vorbereitet, lehnt die Funktionärversammlung Groß-Berlins die Beteiligung an parlamentarischer Arbeit als ungeeignetes Mittel zur Fortführung des proletarischen Befreiungskampfes ab.

Die Funktionärversammlung hält ebenso das der Entscheidung der Nationalversammlung unterliegende Betriebsrätegesetz für ungeeignet zur Fortführung des revolutionären Kampfes und lehnt eine Beteiligung an den

Wahlen ab. Sie verweist mit Nachdruck auf die Notwendigkeit des Ausbaues der Betriebsorganisation und verwirft endgültig den Gewerkschaftsgedanken."

Die Berliner „Rote Fahne" brachte einen Leitartikel nach dem andern über den Austritt aus den Gewerkschaften, den Kampf durch Sabotagemittel und dergleichen mehr. Der Syndikalismus machte sich immer breiter, Gefühlspolitik und Phrase herrschten immer mehr, Sabotage, Föderalismus, Hetze gegen alle Führer, Unionismus, das waren die Parolen. Dazu kam der Nationalbolschewismus Laufenbergs und Wolfheims, der immer mehr die Köpfe verwirrte. All das, was Lenin in seiner Broschüre sehr gut die „Kinderkrankheit" des Kommunismus nennt.

Aus allen diesen Gründen trat eine immer stärkere Entfremdung zwischen den linken marxistischen Elementen und der K. P. D. ein, so daß kaum noch persönliche Beziehungen zwischen den leitenden Genossen der beiden Lager bestanden. So blieb die K. P. D. eine kleine Sekte, mit allen üblen Begleiterscheinungen, während unsere Partei immer mehr das Sammelbecken der revolutionären Arbeitermassen wurde. Es ist richtig, daß die Illegalität den Kommunisten eine erfolgreiche Organisationsarbeit erschwerte, aber weit mehr waren es die erwähnten politischen Gründe, die das Gros der revolutionären Arbeitermassen von ihr abhielt.

Es ist das große Verdienst der einsichtigen kommunistischen Führer, daß sie im Herbste vergangenen Jahres einsahen, daß diesem völlig unhaltbaren Zustande ein Ende gemacht werden müsse, wenn nicht ihre Partei ganz ins syndikalistische Fahrwasser gedrängt werden sollte, wozu sie damals auf dem besten Wege war. In dieser Situation trat der zweite Parteitag der K. P. D. Ende Oktober in Heidelberg zusammen. Der Kampf ging hauptsächlich um den Parlamentarismus, die Gewerkschaftsfrage und die Rolle und die Aufgaben der Partei. Die marxistische Zentrale war entschlossen, endgültig mit den syndikalistischen Elementen zu brechen. In seinem Referat über die politische Lage rechnete Paul Levi scharf mit deren Führern und ihren Fehlern ab. Folgende Sätze aus seiner Rede kennzeichnen die Lage: „Die Kommunistische Partei ist berufen, die Truppen zu führen, die die kapitalistische Burg nehmen sollen. Und wir müssen ohne Beschönigung und ohne Haß und ohne Übertreibung feststellen, inwiefern die Partei dieser Aufgabe gerecht geworden ist. Wir müssen feststellen: die Partei ist dieser Aufgabe nicht gerecht geworden. Die Partei befindet sich in einem Zustand schwerster Zerrüttung; die Partei ist von ihrem klaren Wege, den Marxistische Theorie ihr vorschreibt, abzuweichen im Begriff. Die Partei ist hineingeraten in eine schwere Krankheit, die ich bezeichne mit einem Wort Syndikalismus... Und ich sage weiter: Die Lage unserer Partei ist so geworden, daß sie, so wie sie ist, nicht weiter bleiben kann. Die Partei droht zerrüttet zu werden, sie ist lahm geworden. Die Meinungen sind verwirrt, wir haben keine Klarheit mehr in unseren Reihen, und ohne Klarheit sind wir keine Partei, sind wir ein wilder Haufen, der selbst nicht einmal geführt werden kann, geschweige denn selbst führen könnte. Und hier muß Wandel geschaffen werden. Was auch kommen mag, das schlimmste, wenn es käme, es könnte nicht schlimmer sein als das, was ist."

Die Zentrale hatte dem Parteitag so klare marxistische Leitsätze vorgelegt, daß die syndikalistischen Elemente zu einer Stellungnahme gezwungen wurden. Wie bekannt, kam es zu der erfreulichen und rücksichtslosen Ausscheidung dieser Teile der Partei, die sich dann meist in der K. A. P. D. zusammenschlossen, während einzelne, wie die Nationalbolschewisten Laufenberg und Wolfheim, später ihre besonderen Wege gingen. Die auf diesem Parteitag beschlossenen sogenannten „Heidelberger Leitsätze" bedeuten eine klare Absage an die Politik, die die K. P. D. im ersten Jahre ihres Bestehens

betrieben hatte. So heißt es in diesen Leitsätzen: „Die K. P. D. kann auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten, das der Vorbereitung dieser großen Kämpfe dient. Als solches Mittel kommt auch die Beteiligung an Wahlen in Betracht, sei es zu Parlamenten, sei es zu Gemeindevertretungen, sei es zu gesetzlich anerkannten Betriebsräten usw." „Die politische Partei ist zur Führung des revolutionären Massenkampfes berufen." „Die Herausnahme der vorgeschrittenen Elemente aus dem gewerkschaftlichen Heerhaufen des Proletariats lähmt und unterbindet die Schlagkraft der Massen." „Die wirtschaftliche Massenaktion allein kann nicht das Werk der Revolution vollenden." „Die K. P. D. verwirft die Sabotage als ein anarchistisches Mittel." Im übrigen sind die gesamten Leitsätze über „Kommunistische Grundsätze und Taktik", „Parlamentarismus", „Gewerkschaftsbewegung" so klar marxistisch, daß auch wir sie Wort für Wort unterschreiben können, stimmen sie doch im Geiste grundsätzlich völlig mit unserm Leipziger Aktionsprogramm überein. Nach diesen Leitsäden hat dann die Kommunistische Partei seit etwa einem Jahre gearbeitet. Es ist darüber zu schweren Kämpfen innerhalb der kommunistischen Reihen gekommen, die trotz mancher üblen Begleiterscheinung, die sich übrigens jetzt auch bei dem Kampf in unsern Reihen zeigen, zu einer Klärung geführt haben. Monatelang dauerte dieser Kampf um den Marxismus. Viele der sogenannten „Linken Kommunisten" haben ihre Fehler eingesehen, die übrigen sind ausgeschieden worden, so daß jetzt die K. P. D. eine klare, marxistisch revolutionäre Partei ist, von der uns nur einige kleinere taktische Fragen trennen. Manche Begleiterscheinungen der Taktik des ersten Jahres hat die K. P. D. immer noch nicht ganz überwunden. Daß ferner die Existenz von zwei verschiedenen Parteien an sich schon manche Reibungen schafft, bei denen hüben wie drüben manche Fehler gemacht werden, ist erklärlich. Daher ja auch zum Teil immer noch in einzelnen Bezirken das etwas gespannte Verhältnis zwischen der kommunistischen und unserer Seite, wobei eben unsere Genossen nie vergessen sollten, daß auch wir manche Fehler begangen haben, über die noch zu sprechen sein wird. Und daß die kommunistische Partei trotz ihrer Irrungen und Wirrungen viele der besten, ehrlichsten und opferwilligsten revolutionären Elemente enthält und ein stark vorwärtstreibender Faktor der deutschen Revolution war.

Die K. P. D. hat ihre Kinderkrankheiten überwunden, sie steht theoretisch jetzt mit festem Programm da und ist auch nach der Wahlbeteiligung in diesem Jahre im Begriff, sich organisatorisch zu befestigen. So können und dürfen wir sie heute als eine revolutionäre Bruderpartei betrachten, mit der wir eine Verständigung und Vereinigung auf Grund des gemeinsamen Bekenntnisses zur dritten kommunistischen Internationale suchen müssen.

Trotzki gegen Kautsky.

Von Curt Geyer.

I.

An Kautsky vollzieht sich ein tragisches Geschick. Das große und verdiente Ansehen, das er in der sozialistischen Welt genoß, ist in Trümmer geschlagen, und das Verdienst, das er sich erworben hat um die Theorie des Sozialismus, wird verdunkelt durch die Feldzüge, die er eröffnet hat gegen dieselbe sozialistische Theorie, deren Fundamente er mit gelegt hat. Die rasende Entwicklung der revolutionären Epoche hat die Entwicklung seines sozialistischen Bewußtseins überholt. Er hat, nachdem Marx und Engels die entscheidenden Schritte in der Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft

getan hatten, am Ausbau der sozialistischen Wissenschaft gearbeitet wie kein anderer. Er hat die Voraussetzungen geschaffen für die nächste Stufe der Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat, und hat beim Auflodern des ersten Feuers der sozialen Revolution in Europa die Perspektive der weiteren Entwicklung angedeutet. Die Ereignisse aber marschierten rascher, als seine Theorie ihnen nachkommen konnte, der Widerspruch zwischen seiner Theorie und der geschichtlichen Entwicklung wurde immer größer. Anstatt aber nun seine Theorie zu überprüfen an der Hand der historischen Erfahrung, prüfte er die Geschichte an seiner Theorie und kritisierte die Geschichte. In der Politik bedeutete das, daß er Stellung nahm gegen die Parteien, die tatsächlich die revolutionäre Entwicklung vorantrieben, so daß schließlich seine Theorie zu einer Theorie des Kampfes gegen die revolutionäre Entwicklung wurde. Kann der Historiker sine ira et studio die historische Leistung von Kautsky und ihre Begrenztheit darstellen, so muß der revolutionäre Politiker darüber hinaus den Kampf aufnehmen gegen die Forderungen, die die Kautskysche Theorie an die heutige Epoche stellt, und er muß viel mehr noch jene Kautskyschen Leistungen bekämpfen, die heute die revolutionäre Entwicklung rückwärts revidieren wollen und deshalb offen gegenrevolutionären Charakter tragen.

Dieser Kampf des revolutionären Politikers gegen Kautsky ist um so notwendiger geworden, als Kautsky den Versuch unternommen hat und immer wieder unternimmt, bestimmend und richtunggebend in die Politik der revolutionären Parteien einzugreifen, ein Versuch, der am schärfsten zutage tritt in der Veröffentlichung seines Buches „Terrorismus und Kommunismus". Das Buch hat seiner Zeit beträchtliches Aufsehen erregt. Es erschien zur selben Zeit, wo innerhalb der U. S. P. D. heftige theoretische und taktische Auseinandersetzungen zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Partei geführt wurden. Die warme Empfehlung, die der damalige Parteiführer, Genosse Haase auf der Reichskonferenz vom September 1919 dem Buche gab, indem er es bewußt gegen die Anschauungen des linken Flügels ins Feld führte, die Tatsache, daß es von der Rechten der Partei ausgelegt wurde zur Begründung ihrer Stellungnahme und zur Beförderung der demokratischen Ideologie, gab diesem Buche besondere Bedeutung und machte es zum geistigen Zentrum des rechten Flügels der Unabhängigen Sozialdemokratie. Die häufigen Versuche, die grundsätzlichen Anschauungen der Unabhängigen Sozialdemokratie zurückzuführen zur absoluten Demokratie, stützten sich immer wieder auf das Kautskysche Buch, das in der Tat den Versuch einer Grundlegung der Anschauungen des Opportunismus bildete.

In Rußland wurde Kautskys Buch ausgenutzt zur Rechtfertigung des gegenrevolutionären Kampfes gegen das Sowjetsystem. Zur selben Zeit, wo die bewaffnete Gegenrevolution die militärische Offensive gegen Sowjet-Rußland unternahm, lieferte ihr Kautsky geistiges Rüstzeug zur Verführung eines Teils des Proletariats. Die Kautskysche Theorie wurde zur konterrevolutionären Waffe gegen Sowjet-Rußland. Für die Vertreter des Sowjetsystems wurde es darum zwingende Notwendigkeit, die theoretischen Grundlagen der Kautskyschen Theorie zu vernichten, ihre Gegensätzlichkeit zu den Grundanschauungen des wissenschaftlichen Sozialismus aufzuzeigen.

Eine große theoretische Auseinandersetzung zwischen der Vorhut des revolutionären Proletariats der Welt und den Trägern der zurückgebliebenen Ideologie aus der vorrevolutionären Epoche lag im Zuge der Entwicklung. Sie durfte nicht verschoben werden auf die Zeit nach dem Abschluß der Kämpfe des Proletariats, sondern mußte erfolgen mitten im Kampfe als ein Teil des Kampfes, der nicht nur geführt wird mit Waffengewalt gegen die bewaffnete Gegenrevolution, sondern auch mit den Waffen des Geistes gegen die konterrevolutionäre Ideologie. Diese Aufgabe wird erfüllt von dem Buche des Genossen Trotzki, dem „Anti-Kautsky". (Leo Trotzki, Terrorismus und Kommunismus, Antikautsky.) War Kautskys Buch der Versuch einer Grundlegung der sozialpazifistischen Anschauung, so ist Trotzkis Buch eine glänzende kritische Auseinandersetzung mit Kautsky und dem Kautskyanismus überhaupt. Dieses Buch atmet jenen Geist, der die grundlegenden Kampfschriften von Marx und Engels erfüllt, in denen sie die Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus schufen, und auf die Füße stellten, was politische, ökonomische, historische und philosophische Wirrköpfe auf den Kopf gestellt hatten. Neben der wissenschaftlichen Gründlichkeit zeichnet sich dies Buch aus durch revolutionären Kampfesgeist. Es läßt die durch und durch revolutionäre Persönlichkeit erkennen, die hinter diesem Buche steht. Wie könnte es anders sein! Geschrieben zwischen den Schlachten und in den Schlachten der russischen Revolution gegen die internationale Gegenrevolution wird es getragen von dem lebendigen Geiste der Revolution selbst, der sich erhebt gegen die

papierne Theorie des Kautskyanismus. All die offenen und verkappten Kautskyaner, die zeternd hinter der russischen Revolution einherlaufen und ihr den Geist des wissenschaftlichen Sozialismus, den marxistischen Geist absprechen möchten, mögen sich gegenüber dieser Leistung der russischen Theorie an die Brust schlagen und sich fragen, was sie für den wissenschaftlichen Sozialismus getan haben, den sie so oft im Munde führen!

II.

Es ist unmöglich, im Rahmen einer Besprechung dieses grundlegenden Buches ein erschöpfendes Referat seiner Beweisführung zu geben. Es gehört nicht zu den Büchern, die man kennt, wenn man über sie gelesen hat, sondern es muß gelesen und studiert werden, wie die Schriften der sozialistischen Klassiker. Ebenso wie der „Anti-Dühring" von Friedrich Engels, wie die Kampfschriften der Klassiker, muß sein Inhalt zum geistigen Besitztum der deutschen revolutionären Arbeiter werden. Eine Besprechung dieses Buches kann nur seine Stellung in der sozialistischen Theorie bezeichnen, seine Leistung und seine Bedeutung würdigen. Das Buch Trotzkis ist eine große entscheidende Schlacht gegen den Kautskyanismus, die sich aus einer Reihe von Waffengängen gegen die Anschauungen Kautskys und seiner Anhänger zusammensetzt. Die Kautskyschen Darlegungen werden nach den Methoden des Marxismus kritisch nachgeprüft — politisch, historisch, ökonomisch und philosophisch —, und diese Nachprüfung wird zur vernichtenden Kritik der neuen Theorie des alten Kautsky. Sie enthüllt, wie weit sich Kautsky von dem entfernt hat, was er früher selbst mit Eifer gelehrt hat. Der Abgrund zwischen den Anschauungen des jüngeren und des alten Kautsky wird offenbart und mit unnachsichtlicher Konsequenz wird ein Glied an das andere gereiht in der Beweiskette die zum zwingenden Schluß führt, daß der ältere Kautsky herabgestürzt ist von der Höhe des wissenschaftlichen Sozialismus, die der jüngere Kautsky erobert hatte, in den Sumpf jenes Vulgär-Marxismus, jener unwissenschaftlichen Verfälschung des Marxismus, den Kautsky in seiner besten Zeit so heftig befehdete, daß bei ihm an die Stelle der klaren sozialistischen Ideologie jene verworrene, bürgerlich-demokratisch-pazifistische Ideologie getreten ist, die die sozialistische Theorie, vertreten durch Friedrich Engels, schon mit dem Erscheinen des Anti-Düring überwunden hatte. Indem so die Anschauungen Kautskys ihre Zurückweisung erfahren und der Versuch, an die Stelle der Grundanschauungen des revolutionären Sozialismus die Anschauungen des bürgerlichen Pazifismus und des Demokratismus zu setzen, abgewiesen wird, ergibt sich in diesem Buche eine neue Grundlegung der Theorie des revolutionären Sozialismus, die getragen ist von dem Geiste des Kämpfers Marx. Der Anti-Kautsky tritt dem Anti-Düring Friedrich Engels ebenbürtig zur Seite und die Leistung, die Trotzki mit seinem Buche für die sozialistische Theorie vollbracht hat, ist nicht minder bedeutend als die Leistung des Verfassers des Anti-Düring.

Jene glänzende theoretische Streitschrift Friedrich Engels bedeutete eine zerschmetternde Niederlage für Düring und seine Anhänger. Noch zerschmetternder aber ist die Niederlage, die dem Kautskyanismus durch den Anti-Kautsky beigebracht worden ist. Der Anti-Düring hat die Anschauungen des Gegners zerpflückt durch die Schärfe der theoretisch wissenschaftlichen Beweisführung, der Anti-Kautsky fügt ein weiteres Argument gegen die neuen Vulgär-Marxisten hinzu: Die Erfahrungstatsachen der sozialen Revolution, die die Nichtübereinstimmung der Kautskyschen Theorie mit der Wirklichkeit aufzeigen. Dieser Widerspruch aber, dessen volle Größe durch das Trotzkische Buch offenbart wird, erkennen wir zugleich als den Widerspruch zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratie, als den Widerspruch zwischen der Utopie, die im Gewande der Wissenschaft auftritt, und der revolutionären Wirklichkeit.

III.

Der erste Waffengang des Trotzkischen Buches richtet sich gegen jene vulgärmarxistische Anschauung, die von den Opportunisten aller Länder immer wieder zur Verteidigung ihrer revolutionären Passivität vorgetragen wird, gegen die Anschauung, daß das Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat in den Ländern Mitteleuropas wie Westeuropas revolutionäre Aktionen des Proletariats verbietet und von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt. Indem Trotzki nicht nur die Verhältnisse eines Landes, sondern die Verhältnisse der kapitalistischen Welt in seinen Gesichtskreis zieht, setzt er der beschränkten reformistischen Anschauung die Überzeugung von der Notwendigkeit der weltrevolutionären Betätigung entgegen, jener pessimistischen Auffassung des Kräfteverhältnisses zwischen Proletariat und Bourgeoisie, die grob äußerlicher Betrachtung entspringt und die von vornherein jede revolutionäre Betätigung als

aussichtslos erscheinen lassen muß, die Erkenntnis, daß von einem festen Kräfteverhältnis überhaupt nicht gesprochen werden kann, daß vielmehr die feindlichen Klassenkräfte mitten im schonungslosen Kampfe sich befinden, der ihre neuen Wechselbeziehungen erst bestimmen soll. Seine Beweisführung deckt die Kräfte auf, die in diesem Kampfe wirksam sind. Sie wird zu einer Untersuchung der Wechselwirkungen zwischen der ökonomischen Basis und ihrem ideologischen Überbau, die die durchaus nicht marxistische Annahme zerreißt, als ob die Entwicklung der Ideologie sich in gleichem Tempo gleichförmig mit der Entwicklung des ökonomischen Unterbaues vollzieht. An die Stelle einer starren mechanischen Anschauung, die sich der Kautskyanismus zu eigen gemacht hat, tritt wieder die materialistische Dialektik. Die lebendigen Kräfte der Revolution, die hinter dem Doktrinarismus Kautskys verschwunden sind, treten bei Trotzki erneut klar hervor. Diese Auseinandersetzung aber führt Trotzki sofort zu einem entscheidenden Stoß gegen die Grundlagen der demokratischen Ideologie. Die Illusion, als ob die parlamentarische Abstimmung den untrüglichen Gradmesser für die Reife der Gesellschaft für den Sozialismus darstelle, wird gründlich zerstört und festgestellt, daß nicht die blutleeren Reflexe der Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft, der zurückgebliebenen Arbeiterschaft und der zurückgebliebenen sozialdemokratischen Parteien die Politik des Proletariats bestimmen dürfen, sondern die lebendigen Kräfte der Revolution, nicht die Wahlarithmetik, sondern die internationale Situation, der tatsächliche Zusammenbruch des Kapitals der Verfall der Gesellschaft und die objektive Notwendigkeit der Herrschaft der Arbeiterklasse.

Damit ist die Auseinandersetzung mit der demokratischen Ideologie bereits voll im Gange. Nun wird scharf herausgearbeitet, daß die marxistische Theorie niemals das Prinzip der Demokratie als absolut und unwandelbar anerkannt, sondern von vornherein die Demokratie als Kategorie erkannt habe. An der Hand der historischen Entwicklung wird die Rolle und die Bedeutung der allgemeinen Demokratie für die allgemeine Entwicklung und für den Kampf des Proletariats in ihrer historischen Bedingtheit aufgezeigt, wobei die Grenzen ihrer Ausnutzbarkeit klar gezogen werden. Die Beziehungen zwischen Kleinbürgertum und Demokratie, zwischen Demokratie und Imperialismus, zwischen parlamentarischem Kräfteverhältnis und wirklichem Kräfteverhältnis werden durchleuchtet. Nachdem so die historische Beweisführung die Grundlage der neuen demokratischen Theorie zerstört hat, geht die Untersuchung dazu über, die Metaphysik der Demokratie zu enthüllen. Mit aller Prägnanz weist Trotzki nach, daß die Doktrin der formalen Demokratie nicht der wissenschaftliche Sozialismus, sondern die Theorie des Naturrechts ist. Dieser Nachweis führt zu einer überaus klaren Bestimmung der Stellung Kautskys, die nicht schärfer als mit den eigenen Worten Trotzkis wiedergegeben werden kann:

> „Das theoretische Renegatentum Kautskys besteht eben darin, daß er, das Prinzip der Demokratie als absolut und unwandelbar anerkennend, von der materialistischen Dialektik zu dem Naturrecht zurückging. Das, was vom Marxismus als Bewegmechanismus der Bourgeoisie entlarvt wurde und nur vorübergehend zwecks Vorbereitung der Revolution des Proletariats politisch ausgenutzt werden sollte, ist von Kautsky wieder als höchstes über den Klassen stehendes Grundgesetz sanktioniert worden, das alle Methoden des proletarischen Kampfes sich untertan machen müsse."

Indem so die Stellung Kautskys klar gezeichnet wird, wird gleichzeitig die Stellung Trotzkis fest bestimmt. Es ist die Stellung des Marxismus, der auf der materialistischen Dialektik fußt.

Von dieser festen Grundlage aus unternimmt nun Trotzki mit den Methoden des wissenschaftlichen Marxismus eine Untersuchung des Wesens der proletarischen Diktatur. Er geht an diese Untersuchung nicht heran wie Kautsky mit den Anschauungen des Ethikers, des Normen-Philosophen, sondern als Marxist und Revolutionär. Nicht ethische Forderungen, sondern Erfahrungstatsachen der Geschichte bilden seinen Ausgangspunkt. Er nimmt Stellung gemäß den Notwendigkeiten der sozialen Revolution, die er theoretisch als Entwicklungsnotwendigkeit erkennt. Die Erfahrungstatsachen der Geschichte — und nicht zuletzt der Geschichte der sozialen Revolution — lehren ihn, daß je tiefer die Kluft zwischen den Klasseninteressen, desto rücksichtsloser der Bürgerkrieg, daß es kein anderes Mittel gibt, um den Widerstand der feindlichen Klassen zu brechen, als die zweckmäßige und energische Anwendung der Gewalt. Angesichts der geschichtlich feststehenden Tatsache, daß das Bürgertum dem Machtkampf des Proletariats die grausamste und rücksichtsloseste Gewalt entgegensetzt, ergibt sich die Notwendigkeit des Terrors, ohne den die Niederschlagung der Gegenrevolution nicht möglich ist. Wer den Terror ablehnt, muß auf die Diktatur des Proletariats verzichten, — das ist die Schlußfolgerung, die

Trotzki aus den Erfahrungen der Revolution zieht. Den Moralisten aber, die gegen jede Gewaltanwendung zetern, setzt er folgendes entgegen:

„Der Terror ist machtlos und auch nur ‚im Endresultat', wenn er von der Reaktion gegen eine historisch aufsteigende Klasse angewandt wird. Aber gegen eine reaktionäre Klasse in Anwendung gebracht, die nicht den Schauplatz verlassen will, kann der Terror sehr wirksam sein. Die Abschreckung ist ein machtvolles Mittel der Politik, der internationalen wie der inneren. Der Krieg ist ebenso wie auch die Revolution auf Abschreckung begründet. Der allgemeinen Regel nach vernichtet der siegreiche Krieg nur einen unbedeutenden Teil der besiegten Armee, die übrigen schreckt er ab und bricht so ihren Willen. Ebenso wirkt die Revolution: sie tötet einzelne und schreckt Tausende ab. In diesem Sinne unterscheidet sich der rote Terror prinzipiell nicht vom bewaffneten Aufstand, dessen direkte Fortsetzung er ist. Den staatlichen Terror der revolutionären Klasse kann nur der ‚moralisch' verurteilen, der überhaupt jede Gewalttätigkeit — folglich auch jeden Krieg und jeden Aufstand — prinzipiell (in Worten!) ablehnt. Dazu muß man einfach ein heuchlerischer Quäker sein.

‚Aber wodurch unterscheidet sich in diesem Falle eure Taktik von der Taktik des Zarismus?' fragen uns die Pfaffen des Liberalismus und des Kautskyanertums.

Den versteht ihr nicht, Frömmler? Wir wollen euch das erklären. Der Terror des Zarismus war gegen das Proletariat gerichtet. Die zaristische Gendarmerie würgte die Arbeiter, die für die sozialistische Ordnung kämpften. Unsere außerordentlichen Kommissionen erschießen Gutsherren, Kapitalisten, Generäle, die die kapitalistische Ordnung wiederherzustellen bestrebt sind. Erfaßt ihr diese ... Nuance? Ja? Für uns Kommunisten genügt sie vollkommen!"

Nachdem so die entscheidenden theoretischen Waffengänge gegen den Kautskyanismus geführt sind, geht das Trotzkische Buch dazu über, die fundamentalen Unterschiede zwischen der Betrachtungsweise des Vulgärmarxismus des älteren Kautsky und der Betrachtungsweise des wissenschaftlichen revolutionären Sozialismus aufzuzeigen an der Untersuchung der Geschichte der Pariser Kommune. Er folgt damit dem Beispiele Kautskys, der Parallelen zieht zwischen der Kommune von 1871 und der Revolution des russischen Proletariats. Der fundamentale Unterschied aber tritt darin zutage, daß Kautsky die Hauptvorzüge in dem sieht, worin der revolutionäre wissenschaftliche Sozialismus ihr Unglück und ihre Schuld erblickt: in der demokratischen Ideologie ihrer Führer, die die Ursache ihres Zauderns, ihrer Unentschlossenheit, und damit ihrer Niederlage war. Kautsky zieht das Beispiel der Kommune an, um das Proletariat von heute zu denselben Fehlern zu verleiten, die die Führer des Proletariats von damals begangen haben. Trotzki, um dem Proletariat von heute zu zeigen, daß es die Fehler der Führer von damals vermeiden muß. Kautsky will die Geschichte mit ihren Fehlern kopieren, Trotzki zieht die Lehren aus dem Gang der Geschichte. Kautsky spielt die zurückgebliebene Ideologie der Führer von damals aus gegen die lebendigen Kräfte von heute, Trotzki schärft die treibenden Kräfte der Revolution, indem er an der Hand der Marxschen wie der eigenen Kritik der Ereignisse von damals wie der Haltung der Führer von damals die notwendigen Voraussetzungen des Erfolgs der Revolution aufzeigt.

Diese Untersuchung wird zu einer vernichtenden Kritik an dem Historiker Kautsky. Nicht nur daß der klare Nachweis geführt wird, daß Kautsky die geschichtliche Wahrheit für seine Zwecke umgebogen hat — er muß sich beweisen lassen, daß er Marx, „den wahren Marx mit der mächtigen Löwenmähne, die von den Friseuren aus der Schule Kautskys noch nicht zurechtgestutzt ist", umgefälscht hat in den Prediger der abstrakten Humanität, als ob das erfrischende Ungewitter des Bürgerkrieges in Frankreich die Schrift eines Quäkers sei.

Wie aber Marx in seinem „Bürgerkrieg in Frankreich" die wissenschaftliche Analyse mit der revolutionären Apologie verbunden hat, so auch Trotzki in seinem Anti-Kautsky. Marx verteidigte als Revolutionär die Arbeiter der Kommune gegen die plumpen Schimpfereien und die Verleumdungen der bürgerlichen Preßlakaien — Trotzki aber muß sich der Aufgabe unterziehen, das russische Proletariat und vor allem die Arbeiter Petersburgs zu verteidigen gegen Karl Kautsky, die von dem Epigonen von Karl Marx als „Egoisten, Feiglinge und elementare Anarchisten" geschildert werden. Trotzki konnte die russischen Proletarier nicht besser verteidigen, als er es getan hat. Er setzt den Verleumdungen und Beschimpfungen Kautskys die revo-

lutionären Leistungen der russischen Arbeiter entgegen, und aus der einfachen Erzählung ihrer Kämpfe gegen die Konterrevolution spricht so viel Selbstlosigkeit, so viel Aufopferung für die Revolution, so viel Heldenmut, daß der gewissenlose Verleumder beschämt sein Haupt verhüllen muß vor dem russischen Proletariat, das das Werk der Kommune fortsetzt, indem es Schlag auf Schlag führt gegen die Henker der Kommune als ihr Rächer.

An diese Verteidigung schließt sich eine Darstellung und Rechtfertigung der inneren wie der äußeren Politik der Sowjetregierung. Diese Darlegungen haben sich zu einer großen Anklage gegen Karl Kautsky gestaltet. Mit aller Eindringlichkeit weisen sie nach, daß Karl Kautsky die Schuld an dem wirtschaftlichen Elend in Rußland dem bolschewistischen Regime zugeschoben hat und die Konterrevolution, die durch ihre fortgesetzten Schläge gegen Rußland Elend und Not hervorruft, entlastet. Diese Darstellung kann sich an Straffheit der Systematik nicht messen mit jener Darstellung der wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur, die das neueste Buch von Eugen Varga gibt — gegenüber dem Kautskyschen Pamphlet aber hat sie den Vorzug der Sachlichkeit und der Wahrhaftigkeit.

Die Arbeit des Wissenschaftlers Trotzki schließt mit der Anklage des Politikers gegen den Gegenrevolutionär Kautsky. Mit der größten Wirkung stellt er gegenüber die Beschuldigungen, Beschimpfungen der Bolschewiki durch Karl Kautsky und das Schweigen desselben Kautsky über die Niedertracht und Verrätereien der russischen Bourgeoisie, über das Wüten des weißen Schreckens, über den Krieg der Gegenrevolution gegen Rußland, über die Verunglimpfungen und Vergewaltigungen, die den Bolschewisten durch die Regierung der Gegenrevolutionäre und Menschewiki vor dem Novemberumsturz zugefügt worden sind, über die Tatsache, daß die russische Arbeiterklasse nun schon fast drei Jahre lang einen heroischen Kampf gegen ihre Feinde auf einer Front von 8000 Kilometern geführt hat. Gestützt auf diese Gegenüberstellung schließt er:

> „Von allen diesen Umständen schweigt sich Kautsky in seinem Büchlein, gewidmet dem russischen Kommunismus, aus. Und sein Schweigen ist die grundlegende fundamentale Kapitallüge, freilich eine passive, aber eine verbrecherischere und garstigere als die aktive Lüge aller Gauner der internationalen bürgerlichen Presse zusammengenommen.
>
> Die Politik der Kommunistischen Partei verleumdend, sagt Kautsky nie und nirgends, was er eigentlich will und was er vorschlägt. Die Bolschewiki traten nicht allein auf dem Schauplatz der russischen Revolution auf. Wir sahen und sehen auf ihr, bald in der Macht, bald in der Opposition — Sozialrevolutionäre (nicht weniger wie fünf Gruppierungen und Strömungen), Menschewiki (nicht weniger wie drei Strömungen), Anhänger Plechanows, Maximalisten, Anarchisten ... absolut alle Schattierungen innerhalb des Sozialismus (um in der Sprache Kautskys zu reden) erprobten ihre Kräfte und zeigten, was sie wollen und was sie können. Dieser ‚Schattierungen' gibt es so viel, daß zwischen den benachbarten auch nur eine Messerschneide durchzustecken unmöglich ist. Die Entstehung dieser Schattierungen ist nicht zufällig; sie stellen sozusagen die verschiedenen Varianten der Anpassung der sozialistischen Gruppen und Parteien an die Verhältnisse der größten revolutionären Epoche dar. Es scheint, daß vor Kautsky eine genügend vollständige Tastatur liegt, um auf diejenige Taste hinzuweisen, die den richtigen marxistischen Ton in der russischen Revolution gibt. Aber Kautsky schweigt. Er verwirft die bolschewistische Melodie, die sein Gehör beleidigt, aber er sucht nicht nach einer anderen. Die Lösung ist einfach: Der alte Tanzmusikant weigert sich, überhaupt auf dem Instrumente der Revolution zu spielen."

Wir haben zum Schluß die letzten Ausführungen Trotzkis ausführlich wiedergegeben. Aber gerade in diesen Ausführungen liegt der einzige Irrtum des Trotzkischen Buches. Seine Antwort, daß Kautsky überhaupt nicht auf dem Instrumente der Revolution spielen wolle, ist nicht exakt.

Wohl mag seine Theorie schweigen über die praktisch-politischen Konsequenzen, aber die politische Wirksamkeit seiner Schule spricht deutlich genug. Die Schule des Austro-Marxismus, dessen geistiger Nährvater Kautsky ist, wird von Trotzki zum Schluß glänzend charakterisiert. Nachdem die Theorie in ihrem gegenrevolutionären Wesen enthüllt ist, werden die Personen, die diese Theorie und die daraus folgende passivistische Stellungnahme in der revolutionären Arbeitervertretung vertreten, glänzend beleuchtet. Karl Renner und Otto Bauer, Max Adler und Friedrich Adler und schließlich Rudolf Hilferding werden gezeichnet, wie sie über dem Raisonnement über die Schwierigkeiten der Revolution die Notwendigkeit der Revolution aus dem Auge

verlieren, und statt zu Führern zu Bremsern der Revolution werden. Diese Raisonneure der Revolution aber werden durch die innere Schwäche immer wieder zur Annäherung an die Rechtssozialisten geführt. Karl Kautsky aber, der in der Demokratie das Allheilmittel gegen die Schwierigkeiten der Revolution sieht, will bewußt das Bündnis zwischen Rechts-Unabhängigen und Rechtssozialisten in Deutschland, er will den Reformismus in den Grenzen der bürgerlichen Legalität. Nach russischen Parteibegriffen aber steht er rechts von den Menschewisten, die wenigstens als vorübergehend notwendige Maßnahme die Diktatur anerkennen. Gemäß dieser Stellungnahme treibt er praktische Politik — als Bundesgenosse der Gegenrevolution, und die Melodie, die seinem Ohre angenehm ist, um mit Trotzki zu reden, ist die mißtönige Melodie der Feinde Sowjetrußlands. Aber wie die Fanfarenstöße des Anti-Kautsky die falschen Töne des Vulgärmarxismus des älteren Kautsky übertönen, so wird auch die bolschewistische Melodie nicht im Kriegslärm der Gegenrevolution untergehen.

Die Frauen vor der Entscheidung.

Von Bertha Braunthal.

Auf dem Leipziger Parteitag wurde in die Bestimmungen über die Wahl der Parteitagsdelegierten auch die Bemerkung aufgenommen, daß die Frauen entsprechend ihrer Mitgliederzahl in den einzelnen Bezirken als Delegierte zum Parteitag vorgeschlagen werden sollen. Infolgedessen werden die einzelnen Bezirke diesmal zum Parteitag eine viel größere Anzahl von Frauen delegieren, denen nun eine schwere Entscheidung über das Schicksal unserer Partei und darüber hinaus der Revolution in Deutschland in die Hand gelegt wird. Leider stehen die meisten Frauen noch sehr stark unter dem geistigen Einfluß der Männer, sprechen ihre Losungen und Anschauungen aus, wenn sie zu irgendeiner theoretischen und politischen Frage Stellung nehmen. Unbedingte Notwendigkeit ist die sachliche Prüfung aller vorliegenden politischen Probleme, ihre geistige Erfassung auch durch die Frauen, damit die Entscheidung im revolutionären Sinne getroffen wird.

Heiß und erregt tobt der Kampf innerhalb unserer Reihen um den Anschluß an Moskau. Aber nicht nur um den Anschluß an die III. Internationale geht es jetzt, sondern auch darum, ob wir eine Partei der revolutionären, vorwärtsdrängenden Tat werden sollen, oder ob wir weiter in dem Fahrwasser einer demokratischen Illusionspolitik schwimmen, uns von den Wellen der Gegenrevolution treiben lassen. Große Massen von Frauen haben schon klar und deutlich ihre Entscheidung getroffen und sich auf unsere Seite gestellt. Aber viele Elemente schwanken noch und lassen sich von den Gegnern der III. Internationale ins Schlepptau nehmen. Diese wollen besonders den Frauen, die unter den entsetzlichen Folgen und Wirkungen des Weltkrieges am meisten gelitten haben, graulich machen, indem sie ihnen, wie es auch die Genossinnen Toni Breitscheid und Sender ganz ausgiebig tun, erzählen, der Anschluß an die III. Internationale bedeutet das Diktat der russischen Genossen, daß wir zu ihrer Unterstützung der Entente den Krieg erklären, bedeutet neues Massenmorden und nutzlose Opferung der deutschen Arbeiter. Es ist eine bewußte Verdrehung, wenn behauptet wird, daß die russischen Genossen unsere bewaffnete Aktion nötig haben, um sich an der Macht zu erhalten. Die Kommunistische Internationale will nicht und kann gar nicht den nationalen Krieg Deutschlands gegen Frankreich wollen, um sich von dem Druck der Ententestreitkräfte zu befreien; sondern in allen ihren Veröffentlichungen, Thesen und den Äußerungen ihrer führenden Männer kehrt immer der Grundgedanke wieder, daß die Arbeiter sich vorbereiten müßten auf den erbittertsten Kampf gegen die reaktionäre Bourgeoisie ihres Landes, daß sie das unvermeidliche Kommen des Bürgerkrieges um die Eroberung und Aufrechterhaltung der proletarischen Diktatur gerüstet finden möge.

Im Gegenteil, die weitere Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems, deren passives Ertragen uns die Gegner der III. Internationale um Breitscheid und Hilferding empfehlen möchten, bringt uns in die immer näher rückende Gefahr, in imperialistische Kriege für die Zwecke des Kapitalismus verwickelt zu werden. Es ist in proletarischen Kreisen viel zu wenig der Tatsache Beachtung geschenkt worden, daß durch die Veröffentlichung von Geheimdokumenten in der „Wiener Arbeiter-Zeitung" und im Londoner „Daily Herald" es offenkundig geworden ist, daß zwischen der französischen Regierung und dem fluchbedeckten Schreckensregime Horthy-Ungarns ein Schutz- und Trutzbündnis gegen Sowjetrußland, gegen alle demokratischen und republikanischen Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie, also gegen Deutsch-Österreich und die Tschechoslowakei, geschlossen wurde. Das reaktionäre Frankreich will mittels eines starken ungarischen Heeres, dessen Bestände entgegen dem Friedensvertrag bedeutend erhöht werden, dessen Ausrüstung die französische Regierung übernommen hat, die ungarischen Volksmassen für seine imperialistischen Zwecke gerade so ins Feuer schicken, wie es mit den polnischen Arbeiter- und Bauernmassen gemacht wurde. Diesem Ziele soll der Bestand und die republikanische Verfassung Deutsch-Österreichs und der Tschechoslowakei geopfert werden, auf deren Kosten Frankreich seinen ungarischen Bundesgenossen zu entschädigen gedenkt. Daß sich die republikanischen Nachfolgestaaten des alten Österreichs die Wiedereinführung der Habsburgischen Monarchie, die Abtrennung von wichtigen Teilen ihres Territoriums nicht gutwillig gefallen lassen werden, haben sie bereits durch den engen Zusammenschluß in der sogenannten „kleinen Entente" bewiesen, die ein Schutz und Trutzbündnis dieser bedrohten Staaten gegen die reaktionären Absichten Horthy-Ungarns und Frankreichs bilden soll.

Die unheilvolle Politik der reaktionären kapitalistischen Staaten Europas und besonders Frankreichs, das auch beim Erstarken der bayerischen Reaktion seine Hand im Spiele hat, treibt immer wieder wie im Jahre 1914 zu kriegerischen Zusammenstößen und Konflikten, die auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung ausgetragen werden, — aber niemals ihre Lösung finden können, solange das kapitalistische Ausbeutungs- und Profitsystem besteht, solange der große Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus nicht endgültig entschieden ist. Gerade unter diesen Umständen ist es eine unerbittliche Notwendigkeit, daß die Internationale der Arbeiter sich fester zusammenschließt, um der Weltreaktion wirksam entgegentreten zu können. In der „Humanité", dem Organ der französischen Sozialisten, ruft Andree Le Troquer angesichts der immer schärfer einsetzenden Reaktion Frankreichs, die Europa nicht zum Frieden kommen lassen und immer neue Hekatomben von Menschen für seine Zwecke opfern, außer Polen noch andere Länder und Völker in den Krieg gegen Sowjetrußland hineinziehen will, verzweifelt aus: „Hätten wir doch eine Arbeiter-Internationale, geschlossen und einig, die alle revolutionären Kräfte der Welt umfaßt; sie würde bald die Urheber der Kriege zur Vernunft bringen."

Diese revolutionäre Internationale kann nur die Kommunistische Internationale sein, die die Arbeiter und Arbeiterinnen der ganzen Welt aufruft, bewußt und energisch den Kampf gegen die Kapitalisten ihrer Länder und die Weltreaktion zu führen, an die Stelle der kapitalistischen Internationale der Ausbeutung die sozialistische Welträterepublik zu setzen. Wir sind uns klar darüber, daß dieser Kampf gewaltige Opfer von uns erfordert, auch entsetzliche, grausame, blutige Formen annehmen wird. Aber im Interesse unserer Zukunft, der Kinder und der kommenden Generation, denen wir in schlaflosen, angstzermarterten Nächten, in qualvoller Einsamkeit und Sehnsucht geschworen haben, dieses fluchwürdige System, die Ursache aller Kriege, beseitigen zu helfen, müssen wir Frauen, unseres Versprechens eingedenk, auch die Konsequenzen ziehen, als Glieder einer geschlossenen revolutionären Internationale den heiligen Feldzug für die Verwirklichung des Sozialismus auf der ganzen Welt führen.

Wir Frauen sollten uns der großen Aufgabe stolz bewußt sein, mitwirken zu können an dem Befreiungswerk der gesamten Menschheit von der Geißel des Kapitalismus, unsern Teil beizutragen, die soziale Revolution zu fördern und zu beschleunigen. Nehmen wir uns an den russischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen ein Beispiel, die unter unsäglichen Entbehrungen und Leiden an dem Aufbau ihres sozialistischen Staates mitarbeiten, seinen Bestand mitverteidigen und schützen. Während des letzten Vorstoßes von Denikin wurde auf einer Arbeiterinnenkonferenz in Thula einstimmig der Beschluß gefaßt, daß Denikin nur über die Leichen der Arbeiterinnen in Thula einziehen wird. Das russische Proletariat weiß eben, daß es in seiner sozialistischen Räterepublik die Möglichkeit seiner Entwicklung und Entfaltung besitzt, und es ist gewillt, diese mit seinem Herzblut zu halten. Wenn wir auch unser deutsches Volk aus dem Elend und Chaos, aus der ewigen Kriegsgefahr, hervorgerufen durch imperialistische Verwicklungen, befreien wollen, dann kann es auch für uns deutsche Proletarierinnen nur eines geben: **Hinein in die Kommunistische Internationale!**

Probleme des Bürgerkrieges.

Von **Paul Böttcher**.

„Nach Pfingstsonntag 1871 kann es keinen Frieden und keine Waffenruhe mehr geben zwischen den Arbeitern und den Aneignern ihrer Arbeitserzeugnisse.“ (Marx.)

Der Klassenkampf um den Besitz der Produktionsmittel hat sich seit diesen Worten von Marx über die Pariser Kommune, unterbrochen von ökonomisch und historisch bedingten Rückschlägen, beständig gesteigert. Der fortschreitende Verfall der kapitalistischen Wirtschaft in Zentraleuropa macht die Verwandlung der Produktionsmittel — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — aus kapitalistischem Privateigentum in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische Produktion aus einer Forderung der proletarischen Klasse zu einer Lebensfrage für die Weiterentwicklung der gesamten Menschheit. Es handelt sich bei diesen gigantischen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen also nicht um die gewaltsame Durchführung eines klassenegoistischen Prinzips, sondern um den Aufstieg oder Untergang der Gesellschaft.

Die Zertrümmerung der Throne und der Zusammenbruch des Bismarckschen Militärsystems hat die Formen des Klassenkampfes nicht unberührt gelassen. Die mit demokratischen Phrasen spärlich verhüllte Blut- und Eisenpolitik der preußischen Junkerkaste hat sich in den revolutionnären Kämpfen hüllenlos als brutale Gewaltpolitik zur Aufrechterhaltung der ökonomischen Herrschaft der besitzenden Klasse offenbart. Die geschichtliche Sendung des Reformsozialismus besteht in der Verteidigung dieser Klassenpolitik gegenüber dem Proletariat.

Der Weltkrieg hat insbesondere in Deutschland die männliche Bevölkerung vom Jünglings- bis zum Greisenalter bewaffnet. War das erste Dekret der Pariser Kommune die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk, so verfuhr die deutsche Revolution umgekehrt. Sie entwaffnete das Volk und restaurierte die kaiserliche Armee. Die kaiserliche Armee nach der Revolution ist das bewaffnete Bürgertum, es sind die Generälet Offiziere, Unteroffiziere und Berufssoldaten ohne zivile Existenz. Ihnen überträg, die Konterrevolution den „Sieg der Ordnung, Gerechtigkeit und Zivilisation“. Die beispiellose Steigerung des Kampfes um die politische Macht kommt in drastischer Weise zum Ausdruck durch die Anwendung militärischer Machtmittel gegen die Angehörigen einer Sprachgemeinschaft, eines Stammes, einer Nation.

Die Anwendung ökonomischer und politischer Waffen reicht nicht mehr aus. Der Klassenkampf ist aus der Epoche der Wahlschlachten, Massendemonstrationen, Massenstreiks eingetreten in die Phase des offenen Bürgerkrieges. Dieser Krieg der Geknechteten gegen ihre Unterdrücker wird von Marx als der einzig rechtmäßige Krieg in der Geschichte bezeichnet. Hätte die deutsche Arbeiterschaft auch nicht die Erfahrungen ihrer revolutionären Kämpfe hinter sich, so dürfte sie sich dennoch nicht durch die Bourgeoisie von der Anwendung der Gtwalt zur Eroberung der politischen Macht abschrecken lassen. Der Bourgeois wie der Feudalherr halten sich gegenüber dem Plebejer zur Anwendung jeder Waffe berechtigt, während sie jedwede Waffe in der Hand des Plebejers zum Verbrechen stempeln.

In Deutschland sind die Kämpfe zwischen Weißgardisten und Rotarmisten nicht mehr der Gegenstand theoretischer Erörterungen. Sie sind geschichtlicher Bestand des Bürgerkrieges, sie wechseln sich mit den ökonomischen und politischen Kämpfen ab, sie gewinnen entscheidende Bedeutung in der nächsten Zukunft. Organisiert das Proletariat die Parlamentswahlen, die Massenstreiks, so muß es auch den bewaffneten Anfstand organisieren, genau wie die besitzende Klasse die Orgesch, die Einwohnerwehren, die Zeitfreiwilligen und Studentenkompanien formiert. Jede neue Krisis im Klassenkampfe zwischen den Besitzern der Produktionsmittel und den Erzeugern des gesellschaftlichen Reichtums, erheischt gebieterischer die Steigerung der militärischen Fähigkeiten der Arbeiterklasse. Der Verzicht auf diese Arbeit kommt einem Verrat an den revolutionären Pflichten einer proletarischen Klassenpartei gleich. Die Bedingungen zur Aufnahme in die kommunistische Internationale sprechen deshalb im § 3 nur Selbstverständlichkeiten aus, wenn es dort heißt:

> „Fast in allen Ländern Europas und Amerikas tritt der Klassenkampf in die Phase des Bürgerkrieges ein. Unter derartigen Verhältnissen können die Kommunisten kein Vertrauen zu der bürgerlichen Legalität haben. Sie sind verpflichtet, überall einen parallelen illegalen Organisationsapparat zu schaffen, der im entscheidenden Moment der Partei behilflich sein wird, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen. In all den Ländern, wo die Kommunisten infolge des Belagerungszustandes und von Ausnahmegesetzen nicht die Möglichkeit haben, ihre gesamte Arbeit legal zu führen, ist die Kombinierung der legalen mit der illegalen Tätigkeit unbedingt notwendig."

Der Erfolg der Bolschewiki-Revolution am 7. November 1917 wurde im wesentlichen gesichert dadurch, daß die Petersburger Garnison und die bewaffneten Bauern-Soldaten an der Front gegen Kerenski aufmarschierten. Die Kommunistische Revolution in Rußland wurde durchgeführt vom bewaffneten Industrie- und Bauernproletariat. In Deutschland hat die Konterrevolution das Proletariat entwaffnet. Die militärischen Machtmittel sind also durchaus ungleichmäßig, zuungunsten der Arbeiterklasse verteilt. Neben dieser „ungesetzlichen" Bewaffnung des Bürgertums wird die bewaffnete Macht des Klassenstaates — Reichswehr, Polizeitruppen — zum Schutze der Grundlagen der bestehenden Gesellschaftsordnung aufgeboten. Militärtechnisch betrachtet ist es ein durchaus ungleicher Kampf, den die Arbeiterklasse aufzunehmen hat. Genau so, wie wir wissen, daß die herrschende Klasse nicht vor den gekreuzten Armen der Arbeiter sich ihrer Machtmittel entäußern wird, genau so erkennen wir an, daß die Eroberung der politischen Macht nicht von Generalstäblern allein durchgeführt werden kann. In den entscheidenden Phasen des Kampfes wird der Dauererfolg in erster Linie davon abhängen, inwieweit das Proletariat gelernt hat, seine ökonomische, politische und militärische Schlagkraft zu vereinigen, sie kombiniert ins Haupttreffen zu führen. Die Epoche der Behauptung der politischen Macht wird jedoch das herrschende Proletariat zur Lösung großer militärischer Aufgaben zwingen. Die Geschichte der Revolutionen spricht über diesen Punkt eine lehrreiche Sprache.

Die Skeptiker des Klassenkampfes wiederholen jeden Morgen beim Aufstehen die alte Frage: Wie wollt ihr waffenlosen Massen die bewaffnete Macht überwinden? Wir antworten, wie immer: Wir werden die notwendigen Machtmittel erobern! Die motorisch wirkende Kraft in diesem Kampfe ist die ewig begeisternde Idee des Sozialismus, es ist der hinreißende Freiheitsdrang, der in der Geschichte der Menschheit und insbesondere in der neueren Geschichte des Sozialismus bahnbrechend gewesen ist. Waren nicht diese dynamischen Kräfte am Werke im Jahre 1789, in den Revolutionskriegen, in den Barrikadenkämpfen 1848, während der Pariser Kommune, in den russischen Revolutionen 1905 und 1917? Hat nicht auch in der deutschen Revolution die Idee den Arbeitsmann aus dem Fabriksaal auf die Barrikade geführt? Sind nicht gerade die blutigen Schlachten jenseits materieller Erwägungen und gewerkschaftlicher Tagesforderungen geführt worden? Die jahrelangen heldenhaften Kämpfe der russischen Proletarier sind leuchtende Beispiele für die tiefe Kraft der sozialistischen Idee. Der Eroberung der Staatsgewalt durch die Bolschewiki folgte unmittelbar der militärische Aufstand der Bourgeoisie. Ein Teil der militärischen Gegenaktion Kerenskis bestand im Marsch der Kosaken auf Petersburg. Die militärische Verteidigung Petersburgs war infolge der Sabotage des militärtechnischen Personals stark gefährdet. Es waren keine Waffendepots angelegt, die Munition war verborgen, Genietruppen waren nicht zur Stelle. Die Gefahr stieg aufs äußerste. In dieser Situation wurden die Arbeiter Petersburgs aufgerufen. Abertausende leisteten dem Aufruf Folge und verließen die Fabriken. Die Arbeiter brachten aus den Kriegsbetrieben Geschütze mit, Munition und Pferde. Vor Petersburg standen die durch Lügen aufgepeitschten Kosaken. Ihnen war berichtet worden, die Bolschewiki seien grausam, brutal, die Garnison warte auf Befreiung, Rußland solle dem Deutschen Kaiser ausgeliefert werden. Als die passiven Truppenverbände in Petersburg den unerschrockenen Aufmarsch der Arbeiter sahen, schlossen sie sich diesen an. Sogar ein Teil ihrer Offiziere ging mit. Viele ähnliche Beispiele sind aus den revolutionären Kämpfen in Deutschland bekannt. Nicht zuletzt aus dem opferreichen Kampfe unserer rheinischen Brüder während des Kapp-Putsches. Für die Beurteilung der deutschen Verhältnisse kommt noch ein wichtiger Faktor hinzu. Auf der Seite der Arbeiter ist nicht nur die Einheit der Idee, die die stärksten genossenschaftlichen Bande schmiedet, mit den deutschen Arbeitern ist auch eine jahrelange Kriegserfahrung. Es wäre töricht, wollten wir diese nicht in unsere Rechnung stellen. Von den Entbehrungen und körperlichen Strapazen bis zur Hölle des Trommelfeuers, und zum Verzweiflungskampf in verschütteten Gräben haben Hunderttausende, die auch auf unserer Seite kämpfen, Erfahrungen gesammelt, die weder die heutigen Weißgardisten noch die Studenten-Kompanien und Freiwilligen der Bourgeoisie in diesem Umfange aufzuweisen haben.

Auf der Seite der Besitzenden kämpft die „goldene" Jugend um die Erhaltung ihrer Privilegien auf Besitz und Bildung. Die Massen der Kämpfer sind Söldlinge, deren sozialer Mutterboden das Proletariat ist. Von Begeisterung und Kampffreudigkeit um ein hohes Ziel kann bei diesen Truppen keine Rede sein. Amerikanische Fleischkonserven, französischer Wein, Schweizer Schokolade und englische Kakes sind der „Urstoff", durch den die weißen Truppen in Stimmung gehalten werden. Aus der Großindustrie und Hochfinanz fließen reichliche Mittel für konterrevolutionäre Truppen. Noch immer hat die Arbeiterschaft das Schauspiel erleben müssen, daß nach erfolgter Belagerung einer Stadt die Bürgertruppen von den Besitzenden reichlichen Judaslohn erhielten. Versiegt in diesen Lagern die Zufuhr der materiellen Begeisterungsmittel, dann bricht die Demoralisation durch, die Kampffähigkeit der Truppe wird geschwächt oder vollständig vernichtet. Anders bei den roten Truppen. Trotz mangelhafter Ausrüstung, Bekleidung und Beköstigung haben wir aus den Kämpfen zahllose Beispiele heldenhaften Verharrens der Arbeitertruppen auf schwierigsten Positionen. Die Lehren hieraus sind nicht schwer zu ziehen.

In der organisatorischen Frage hat Rußland praktische Beispiele gegeben. Zur Verteidigung der Revolution wurden in erster Linie die Mitglieder der Kommunistischen Partei herangezogen. In Deutschland kann es nicht anders sein. Die militärische Organisation der Betriebe wird zur unmittelbaren Notwendigkeit in dem Augenblick, wo das Bürgertum zum Angriff übergeht. Es ist Aufgabe einer revolutionären Partei, diese Notwendigkeiten nicht nur als Möglichkeit anzunehmen, sondern sich auf sie vorzubereiten.

Die Verschiedenheit der Kampfbedingungen der Revolution im Osten und Westen.

Von Viktor Stern.

Otto Bauer sucht in seinem neuesten Buche „Bolschewismus oder Sozialdemokratie" offensichtlich gegenüber der grundsätzlichen Frage, ob die Demokratie oder die Diktatur der richtige Weg zum Sozialismus ist, die scheinbar objektivere und jedenfalls schon ein bedeutsames Zugeständnis bildende Untersuchung darüber in den Vordergrund der Betrachtung zu stellen, wo und wann die eine oder die andere vorzuziehen und anzuwenden ist. Er kommt dabei nicht bloß zu dem Schlusse, daß der Bolschewismus in Rußland eine notwendige Übergangsstufe zum Sozialismus ist, sondern betont auch, daß sogar in West- und Mitteleuropa, wo seiner Ansicht nach nur die Demokratie zum Sozialismus führen kann, dennoch unter gewissen Umständen das Proletariat zum Mittel einer Diktatur der Minderheit greifen muß. Diese Verlegung des Schwerpunktes der Diskussion entpuppt sich zwar im Grunde schließlich doch als ein bloßes Manöver, um sich die Verteidigung des Standpunktes der Demokratie durch Konzessionen etwas leichter zu machen, indem Bauer auch für Rußland die Diktatur nur als unvermeidliche Vorstufe der parlamentarischen Demokratie gelten läßt, den von so vielen Seiten schon prophezeiten Zusammenbruch des Bolschewismus nur in eine viel fernere Zeit verlegt, in Europa aber die Diktatur gar nur als Mittel angewendet wissen will, die gewaltsam beseitigte oder bedrohte Demokratie wiederherzustellen oder zu sichern und die Konflikte aus der Welt zu schaffen, zu deren Lösung die hochgepriesene Demokratie nicht ausreicht (!). In letzter Linie führt also nach Bauer doch überall und immer nur die Demokratie zum Sozialismus, während der Diktatur nur die Rolle eines unter Umständen unvermeidlichen längeren oder kürzeren Zwischenspiels zuerkannt wird. Bauer stellt da die historischen Tatsachen ganz merkwürdig auf den Kopf. Deutlich zeigt ja die historische Entwicklung schon jetzt, daß die formale Demokratie ein bloßes Übergangsstadium ist und die Verwirklichung des Sozialismus nur dort zielbewußt begonnen wird, wo die Diktatur eingesetzt hat, und unzweideutig hat dies auch Marx vorausgesagt. Aber trotzdem sich Bauer so letzten Endes gänzlich auf den Boden der Demokratie stellt, führt seine gewundene, geschmeidige Methode der Polemik dazu, daß die Behandlung der Frage, wo und wann ist die Diktatur anzuwenden, den meisten Raum seiner Schrift in Anspruch nimmt. Reiflichstes Nachdenken verdient vor allem das, was er über den Unterschied der Kampfbedingungen in Rußland einerseits und in West- und Mitteleuropa andererseits ausführt.

Man kann ohne Übertreibung behaupten, daß Bauer so ziemlich alles zusammengetragen hat, was sich gegen eine gedankenlose Übertragung russischer Methoden auf westliche Verhältnisse ins Feld führen läßt. Soweit seine Gründe nicht ausreichen, soweit läßt sich also dieser ganze, in sozialreformerischen Kreisen so beliebte Gedankengang nicht aufrechterhalten. Andererseits aber hat es Bauer merkwürdigerweise verabsäumt, auch nur einen einzigen der Gründe zu erwähnen, die sich auch in Mittel- und Westeuropa für die Notwendigkeit der Diktatur anführen lassen. Man kann gewiß niemandem zumuten, gegen seinen eigenen Standpunkt Einwendungen zu vertreten, aber daß nicht einmal der Versuch gemacht wurde, sie zu widerlegen, läßt auf eine bemerkenswerte Schwäche des Bauerschen Standpunktes schließen. Die Betrachtungen Bauers bekommen den Charakter einer ganz außer-

ordentlichen Einseitigkeit dadurch, daß er nur die Unterschiede der wirtschaftlichen und politischen Situation im Osten und Westen berücksichtigt, die tiefgehende, wesentliche und entscheidende Gleichartigkeit und Übereinstimmung aber, die daneben besteht, ganz außer acht läßt. Sein ganzer Beweisgang läuft darauf hinaus, zu zeigen, daß der Revolution im Westen gewaltigere Schwierigkeiten im Wege stehen, wodurch er aber genau so wenig wie durch sein Ignorieren die Tatsachen aus der Welt schaffen kann, die dennoch auch hier die soziale Revolution und darum die Überwindung jener Schwierigkeiten notwendig machen. Daß er auch die Umstände, die hier der sozialen Revolution günstiger sind als in Rußland, fast niemals als solche hervorhebt, ist nach dem Gesagten selbstverständlich. Nur die Möglichkeit, soziale Unterschiede in der ländlichen Bevölkerung für die Revolution hier leichter ausnutzen zu können als in Rußland, wird zugegeben, was immerhin bemerkenswert ist, weil gerade das Gegenteil von den Gegnern der Diktatur bei uns so häufig behauptet wird.

Das Hauptgewicht legt Bauer bei seiner Argumentierung naturgemäß darauf, daß die Klassengegner des Proletariats in West- und Mitteleuropa von ganz anderer, viel gefährlicherer und schwerer zu besiegender Art sind. Hier ist vor allem das Bürgertum ungleich stärker und selbstbewußter, hier wird es durch eine viel zahlreichere kleine und mittlere Bourgeoisie vermehrt und gekräftigt, welche hier viel innigere Interessengemeinschaften an das Großkapital binden und mit ihm solidarisch fühlen lassen. In Rußland arbeitete hauptsächlich fremdes Großkapital, so daß der Mehrwert ins Ausland wanderte und dort den mitgenießenden Mittelstand dazu brachte, an dem Weiterbestand dieser Ausbeutung ein Interesse zu haben.

An all dem ist sehr viel Wahres und das ist auch eine Ursache mit davon, daß die Revolution in Mittel- und Westeuropa, insbesondere in Frankreich, so viel langsamer fortschreitet, aber alle diese Tatsachen sind auch in der Demokratie ebenso wirksame, ja noch schwerer zu überwindende Hindernisse auf dem Wege zum Sozialismus. Auf sie hinzuweisen hat also nur einen Sinn, wenn man damit den Verzicht auf den Sozialismus überhaupt begründen will, was ja Bauer nicht wollen, zum mindesten nicht zugeben wollen wird. Auch das geht nicht an, mit Rücksicht auf diese Schwierigkeiten auf den langsameren Weg der Demokratie zu vertrösten, weil diese Abhängigkeit breiter Schichten vom Kapital mit der Zeit nicht geringer, sondern weitverzweigter wird. Dies alles fällt aber noch wenig ins Gewicht neben der befremdlichen Tatsache, daß Bauer ganz blind dafür zu sein scheint, daß dieser stärkeren Bourgeoisie in Mittel- und Westeuropa doch ein weitaus massenhafteres und mächtigeres und intelligenteres, geschulteres Proletariat gegenübersteht, das in so hoch entwickelten Industriestaaten, wenn es nur halbwegs erwacht, schon infolge seiner Unentbehrlichkeit und gewaltigen Zahl eine Macht darstellt, der keine andere zu vergleichen ist. Wenn es in Rußland der aktiven Oberschicht eines im Verhältnisse zu den Massen geringen Proletariats gelang, eine Diktatur aufzurichten und zu halten, so wird dies in Deutschland ganz außerordentlich durch die gewaltige Größe des Proletariats erleichtert, welches die breite Basis einer solchen Diktatur bilden würde. Dazu kommt, daß die mit der Demokratie verbundene Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems die kleinen Rentner, Staatsgläubiger usw. infolge der steigenden Geldentwertung allmählich härter trifft, als es die Expropriation des Kapitals tun könnte. Der kleine Mann verliert bei einer solchen ein entwertetes Papier, erspart aber die in Steuerform gezahlten Zinsen für die Milliarden, die der Staat den Großkapitalisten schuldet. Die Expropriation des Kapitals wird auch vielen Kleinen gewiß wehe tun, aber das gegenwärtige System des lawinenartigen Anwachsens der Schulden ist, darüber sind sich sogar die Kapitalisten klar, auf die Dauer unhaltbar, und so lange infolge der bestehenden Wirtschaftsordnung ein Wegsteuern des Betriebskapitals unmöglich ist, ist auch ein Ausweg aus dieser Finanzsituation nicht denkbar, es sei denn, daß Bauer der Meinung ist, die kleinen Leute kämen weniger zuschaden, wenn sie ihre Mehrwerttitel infolge eines glatten Staatsbankerottes verlieren und doch die kapitalistische Ordnung bestehen bleibt, als wenn eine sozialistische Gesellschaft die Expropriation planmäßig vornimmt und dabei unbemittelte Existenzen berücksichtigen kann. Ganz merkwürdig mutet es freilich an, wenn der „Sozialist" Bauer auf die Gefahr hinweist, die bei einer Expropriation der Kapitalisten der Luxusindustrie droht, weil damit der ihre Grundlage bildende Reichtum verschwindet. Leider ist diese Gefahr lange nicht so groß, als wie sie Bauer hinstellt. Es ist leider unmöglich, die Kapitalisten so gründlich zu enteignen, daß sie nicht noch eine Zeitlang Geld für Luxus zur Verfügung haben sollten, zumal dann, wenn der Verwertung ihres Geldes als Kapital zu Ausbeutungszwecken erheblich engere Grenzen gezogen werden.

Aber eine Vernichtung der Luxusindustrie hätte in einer Periode der Diktatur für die werktätige Bevölkerung auch keineswegs die verheerenden Folgen, die Bauer ausmalt. Eine vorübergehende Arbeitslosigkeit in solchen überflüssigen Industrien wäre für die betroffenen Proletarier dann nicht gar so schlimm, weil die Arbeitslosenunterstützung natürlich anders aussehen würde als heute, die Folgen der Arbeitslosigkeit nicht von den Betroffenen allein, sondern von den breiten Schultern des ganzen Proletariats getragen werden, dabei Rohstoffe, Kohlen usw. für andere Industrien frei werden, die gesunkene Kaufkraft der Reichen auch auf anderen Gebieten preissenkend wirkt usf. An dem Weiterbestand des großen Reichtums ist auch tatsächlich nur ein ganz kleiner Teil der Bevölkerung interessiert. Überall kann man von den kleinbürgerlichen Gegnern des Sozialismus hören, daß sie für Expropriation des großen Reichtums sind. Sie bilden sich zwar ein, an der Erhaltung des heutigen Wirtschaftssystems interessiert zu sein, aber die Großkapitalisten hassen sie als Konkurrenten in der Produktion und in der Konsumtion. Nicht umsonst versprechen alle Parteien bei Wahlen, alles mögliche gegen das große Kapital unternehmen zu wollen.

Der größte Teil des kleinbürgerlichen Anhangs der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung fürchtet nur die Umwälzung, die Unruhe, den Kampf. Diese Leute wollen ruhig verdienen können, erinnern sich an die guten alten Zeiten und machen die Streiks, Unruhen, Revolten, geschwundene Autorität für ihre Not verantwortlich. Ist der Umsturz vollzogen, dann jubeln viele von ihnen dem neuen Sieger zu, um ebenso rasch abzufallen, wenn die ernsten Schwierigkeiten zutage treten, welche die neue Ordnung zu überwinden hat. Je mehr sich die neue Ordnung festigt, desto mehr werden auch sie wieder Stützen des Bestehenden.

Otto Bauer befürchtet ferner hier von der Intelligenz einen viel leidenschaftlicheren und gefährlicheren Widerstand. Die russische Intelligenz sei vor der Revolution vom Sozialismus stark beeinflußt gewesen und habe doch der Arbeiterschaft den erbittertsten Widerstand geleistet, die deutsche Intelligenz sei schon jetzt nationalistisch und imperialistisch, ihr Widerstand würde also noch viel stärker ausfallen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der Haß des größten Teiles unserer Intelligenz gegen das Proletariat grenzenlos ist und daß ihre Sabotage in einem Industriestaat noch viel gefährlicher werden kann als in Agrarstaaten, aber es dürfen auch die Momente nicht außer acht gelassen werden, die ein Gegengewicht bieten. Das deutsche Proletariat verfügt wohl nicht über solche Führerkräfte, wie Lenin und Trotzky es sind, aber es besitzt eine weitaus geschultere Arbeiterschaft, es besitzt insbesondere unter seinen qualifizierten Arbeitern zahllose Intelligenzen, die weitaus mehr leisten können, als man gewöhnlich annimmt. Das Entscheidende aber ist, daß Rußland an den nötigen leitenden Kräften furchtbaren Mangel litt, während in Deutschland die Intelligenzberufe bis auf wenige Ausnahmen überfüllt sind. Eine Sabotageaktion müßte hier also viel rascher zusammenbrechen, als es in Rußland der Fall war, auch ließen sich hier die Fehler von vornherein vermeiden, die dort zunächst, z. B. bei der Bezahlung, begangen worden sind, und schließlich darf der moralische Faktor nicht übersehen werden, der darin besteht, daß die Erfolge Rußlands in der ganzen Welt bekannt sind. Der Haß der Intelligenz gegen das Proletariat wird dadurch natürlich nicht geringer, aber ihre Siegeszuversicht wird gelähmt. Die russische Intelligenz war nach übereinstimmenden Berichten der festen Überzeugung, der Bolschewismus würde in kürzester Zeit zusammenbrechen; hier greift der Gedanke immer mehr um sich, daß der Bolschewismus ja doch kommt, und wenn er hier kommt, dann wird sich die Stimmung für ihn in der ganzen Welt so steigern, daß der Kampf gegen ihn als viel aussichtsloser empfunden wird, als es in Rußland der Fall war. Zu all dem kommt noch, daß die Bauersche Charakterisierung der Intelligenz nur dann zutrifft, wenn man diesen Begriff mit Bauer so eng faßt, daß er fast nur auf die akademisch Vorgebildeten angewendet werden kann. Im Grunde genommen, gehören zur Intelligenz auch die gewaltigen Massen der übrigen Kopfarbeiter, die gerade bei uns eine bedeutsame Rolle spielen und von einer stetig fortschreitenden Revolutionierung bereits außerordentlich stark erfaßt sind. Hier wird die Revolution in Industriestaaten zahlreiche und wertvollste Mitkämpfer finden.

Bauer verweist dann darauf, welche starke Stütze der Kapitalismus in West- und Mitteleuropa auf dem Lande in einer zahlreichen, wirtschaftlich starken, von kapitalistischem Geiste erfüllten Bauernschaft hat. Die Bauern haben hier wohl nach einer antifeudalen auch eine antikapitalistische Phase ihrer Politik durchlebt, aber diese Kampfstellung hat sie nicht zum Bundesgenossen des Proletariers, sondern zu dem des städtischen Kleinbürgertums gemacht und nur ihr politisches Interesse geweckt. Gegenwärtig prägt

sich immer mehr die antiproletarische Entwicklungsphase der Bauernpolitik aus. Der Bauer wurde Kapitalist und die Revolutionierung der Landarbeiter reizt ihn zu schärferer Feindschaft, überdies ist er im Gebrauch aller politischen Kampfmittel geschult. Der russische Bauer wurde einerseits durch die Überfülltheit des Dorfes revolutioniert, andererseits ist er politisch uninteressiert und unbeweglich. Dort konnte deshalb das Proletariat die Bauern führen und ohne Gewalt durch Verleihung eines minderwertigen Wahlrechts mediatisieren, hier müßten sie wahrscheinlich gewaltsam entrechtet werden. Und, meint Bauer:

„Die gewaltsame Entrechtung einer überaus zahlreichen Klasse, die eine lebenswichtige Funktion im gesellschaftlichen Organismus versieht, deren Arbeit der Gesellschaft unentbehrlich ist, deren passive Resistenz schon zu der gefährlichsten Stockung des gesellschaftlichen Stoffwechsels führen muß, kann schwerlich gelingen."

Bauer drückt sich da überaus vorsichtig aus. Die Entrechtung müßte wahrscheinlich gewaltsam erfolgen, sie kann schwerlich gelingen usw. Er ist also offenbar seiner Sache selbst nicht sehr sicher und erinnert sich vielleicht, daß eine noch viel zahlreichere, unentbehrlichere Klasse, die schon durch die passive Resistenz einer kleinen Gruppe das ganze Wirtschaftsleben lahmlegen kann, nämlich das Proletariat, die längste Zeit politisch entrechtet war und gewaltsam niedergehalten werden konnte, obwohl sie politisch viel geschulter und regsamer war als die Bauernklasse. In Wahrheit liegen die Dinge hier, soweit das Verhältnis von Landvolk und Stadtvolk in Frage kommt, fast in jeder Hinsicht weitaus günstiger für das Proletariat als in Rußland. Dort bilden die Bauern den allergrößten Teil des Volkes und das Proletariat muß ihnen, um die Führung zu behalten, das Wahlrecht bis zur äußersten Grenze verschlechtern. Hier sind die in der Landwirtschaft Arbeitenden beträchtlich in der Minderheit, ein großer Teil von ihnen hat überdies ausgesprochen proletarischen Charakter und Instinkt, hier wäre also außer der in der Wahlform selbst gegebenen starken Benachteiligung des Landes keine weitere Entrechtung mehr notwendig. Schon beim allgemeinen Wahlrecht fehlt dem Proletariat nicht viel zur Mehrheit. Die Wahl an der Arbeitsstelle schaltet nicht nur die Ausbeuter aus, sie läßt auch durch ihre Wahltechnik in der Industrie bürgerliche Parteien nahezu restlos verschwinden. Dazu kommen nun die Bundesgenossen auf dem Lande. Völlig industriefreie Gebiete gibt es ja hier überhaupt nicht mehr und auch von der ländlichen Bevölkerung muß Bauer selbst zugeben:

„In Gebieten dagegen, wo der landwirtschaftliche Großbetrieb überwiegt und ein zahlreiches Landproletariat in seinem Dienste steht, aber wo der großbäuerliche Betrieb vorwaltet, der in einer zahlreichen Schicht von Kleinhäuslern seine Arbeitskräfte findet, kann das industrielle Proletariat auf dem Gutshofe und im Dorfe Bundesgenossen finden."

In Wirklichkeit reicht unsere Bundesgenossenschaft auf dem Lande ganz erheblich weiter. Dem kleinen Bauern wird der Sozialismus so viele und bedeutsame Vorteile bringen, daß ein bedeutender Teil von ihnen unserer Agitation zugänglich ist und noch mehr sein wird, wenn die politische Macht in unserer Hand ist.

(Schluß folgt.)

Internationaler Sowjet der Gewerkschaften.

Die unterzeichneten Vertreter der durch das Exekutivkomitee der III. Internationale einberufenen Gewerkschaften Rußlands, Italiens, Spaniens, Frankreichs, Bulgariens und Georgiens

in der Meinung,

daß die Lage der Proletarier, die als Folge des imperialistischen Krieges geschaffen wurde, immer mehr eine unmittelbare und energische Aktion auf dem Boden des Klassenkampfes verlangt, um dadurch das kapitalistische System zu stürzen und die kommunistische Gesellschaft aufzubauen;

daß diese Aktion international zu organisieren ist und im engen Zusammenschluß sämtlicher Arbeiter geführt werden muß; die letzteren sollen nicht wie bis jetzt nach Berufen, sondern nach den Industriezweigen organisiert werden;

daß die sogenannten sozialen Reformen — Kürzung des Arbeitstages, Erhöhung des Lohnes, Regelung der Arbeitsverhältnisse usw. — den Klassenkampf abschwächen, aber unfähig sind, das soziale Problem zu lösen;

daß in den meisten kriegführenden Staaten die Mehrheit der Gewerkschaften unpolitisch waren und während der unseligen Kriegsjahre zu Sklaven des Kapitalismus entartet sind, dadurch eine unheilvolle Rolle gespielt und eine Verzögerung der gänzlichen Befreiung der Arbeiter verschuldet haben;

daß es Pflicht der Arbeiterklasse ist, sich in den Gewerkschaften zu einer starken revolutionären Klassenvereinigung zu organisieren, welche an der Seite der politischen internationalen kommunistischen Proletariatsorganisation und in engem Kontakt mit ihr eine starke Macht entfalten könnte und der sozialen Revolution und der Sowjetrepublik der Welt den Weg zum Triumph bahnen würde;

daß die besitzenden Klassen die größten Anstrengungen machen, um mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Bewegung, die sich die Befreiung der Unterdrückten zum Ziele setzt, zu erwürgen;

daß es notwendig ist, der Diktatur der Weltbourgeoisie als ein entscheidendes und provisorisches Mittel die Diktatur des Proletariats gegenüberzustellen, welche allein fähig ist, den Widerstand der Ausbeuter zu brechen, das Ergreifen der Macht durch das Proletariat zu sichern und zu festigen.

daß die internationale Vereinigung der Gewerkschaften mit dem Sitz in Amsterdam infolge ihres Programms und ihrer Taktik unfähig ist, den obenerwähnten Grundsätzen zum Triumph zu verhelfen — unfähig den Sieg der proletarischen Massen in allen Ländern zu sichern,

beschließen,

jede Taktik, welche auf das Verlassen der Gewerkschaftsreihen abzielt, abzulehnen, im Gegenteil dort einen Einfluß zu gewinnen suchen, um von der Führung der Gewerkschaften alle Opportunisten, die mit der Bourgeoisie gearbeitet haben und jetzt noch arbeiten, die den Krieg gebilligt haben, und die noch weiter den Interessen der imperialistischen Kapitalisten dienen und an der verräterischen Organisation — der Liga der Nationen — teilnehmen, fernzuhalten;

selbst im Schoße der internationalen Gewerkschaftsvereinigungen eine methodische Propagandaarbeit zu treiben, dort einen revolutionären kommunistischen Kern bilden zu suchen, dessen unermüdliche Anstrengungen schließlich unserem Programm zum Siege verhelfen würden,

einen Aktionsausschuß zu gründen, welcher im internationalen Kampfe die Gewerkschaftsbewegung im oben erwähnten Sinne zu beeinflussen hat. Dieser Ausschuß funktioniert unter dem Namen „Internationaler Sowjet der Gewerkschaften" im Einvernehmen mit dem Exekutivkomitee der III. Internationale und unter den Bedingungen, die vom Kongreß festgesetzt werden. Der Sowjet wird aus Vertretern der sämtlichen ihm angeschlossenen nationalen Arbeiterorganisationen gebildet. Ein Vertreter des internationalen Sowjets der Gewerkschaften wird zum Exekutivkomitee der III. Internationale zugelassen, deren Vertreter auch im Exekutivkomitee des internatinalen Gewerkschaftssowjets teilnehmen wird.

A. Lozowsky. Für den Zentralrat der Gewerkschaften Rußlands.
L. d'Aragona. Für die allgemeine Arbeitervereinigung Italiens.
A. Pestagna. Für die allgemeine nationale Arbeitervereinigung Spaniens.
N. Chabline. Für die Zentralvereinigung der Gewerkschaften Bulgariens.
A. Rosmer. Für die Minderheit der revolutionären Gewerkschaften Frankreichs.
J. Milkitsch. Für die allgemeine Arbeitervereinigung Jugo-Slaviens (Serbiens u. dgl.).
Mikadze. Für die kommunistische Minderheit der Gewerkschaften Georgiens.

Moskau, den 15. Juli 1920.

*

Provisorisches Statut.

I. Benennung.

Die von den Vertretern der Gewerkschaften verschiedener Länder ins Leben gerufene Vereinigung trägt den Namen „Internationaler Gewerkschaftsrat".

II. Die Ziele.

Der internationale Gewerkschaftsrat hat zum Ziele:

1. Mittels unausgesetzter Propaganda und Agitation die revolutionären Gedanken des Klassenkampfes, der sozialen Revolution, der Diktatur des Proletariats und endlich den Gedanken des revolutionären Vorgehens der Massen mit dem Ziele, das kapitalistische System und den bürgerlichen Staat zu vernichten, in die breiten Schichten des Volkes zu tragen.

2. Den Kampf gegen die zerlegende Wunde der Idee einer Zusammenarbeit der Klassen, einer Idee, welche die internationale Gewerkschaftsbewegung untergräbt; den Kampf gegen die noch nicht aufgegebene Hoffnung auf die Möglichkeit eines friedlichen Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus.

3. Die Sammlung sämtlicher revolutionären Elemente der Gewerkschaften der ganzen Welt und die Führung eines entscheidenden Kampfes gegen das internationale Arbeiterbureau der Liga der Nationen und gegen das Programm und die Taktik der Internationale der Gewerkschaften, welche in Amsterdam ihren Sitz hat.

4. Die Ergreifung der Initiative zur Organisierung eines internationalen Vorgehens in bezug auf die wichtigsten Momente des Klassenkampfes; Eröffnung der Sammlungen zum Zwecke der Unterstützung streikender Arbeiter in allen weittragenden sozialen Konflikten.

5. Sammlung sämtlicher Materialien, Statistiken, Dokumenten, welche sich auf die internationale Arbeiterbewegung beziehen, und Informierung aller dem internationalen Rat angehörenden Organisationen über die Lage in einzelnen Ländern.

6. Herausgabe von Büchern, Berichten, Broschüren über alle Fragen betreffend die internationale Arbeiterbewegung.

III. Die Zusammenstellung des Rates.

Der Rat ist gebildet aus den Vertretern der Gewerkschaften Rußlands, Italiens, Spaniens, Juglo-Slaviens, Frankreichs, Bulgariens und Georgiens aus je einem Vertreter der ganzen Nation und einem Vertreter einzelner Gewerkschaften jedes Landes. welche sich dem internationalen Gewerkschaftssowjet angeschlossen haben. Desgleichen ist zum Rat ein Vertreter des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale zugelassen. Der Rat bestimmt sein Exekutivbureau, welches aus drei Mitgliedern besteht, inklusive des Hauptsekretärs des Rates und des in die Exekutive der kommunistischen Internationale zu delegierenden Vertreters.

IV. Bulletin.

Das Exekutivbureau redigiert das in vier Sprachen unter dem Namen „Bulletin des internationalen Rates der Gewerkschaften" erscheinende Organ.

V. Konferenzen.

Zu den internationalen Konferenzen können nur solche Gewerkschaften oder deren Minderheiten zugelassen werden, die in ihrem Lande einen revolutionären Klassenkampf führen und die Forderung der Diktatur des Proletariats aufrechterhalten. In der Konferenz werden vertreten die nationalen gewerkschaftlichen Zentren, einzelne Gewerkschaften und internationale Gewerkschaftsvereinigungen unter oben angeführten Bedingungen.

Die internationale Konferenz wird auf folgende Weise gebildet: Die internationalen gewerkschaftlichen Zentren, die einzelnen Gewerkschaften oder deren Minderheiten haben das Recht, zwei Delegierte zu schicken, sobald ihre Mitgliederzahl 500 000 nicht übersteigt; diejenigen, deren Mitgliederzahl darüber ist, schicken je einen Vertreter für jede weiteren 500 000 Mitglieder.

Jede internationale Vereinigung der Gewerkschaften delegiert einen Vertreter, der aber nur eine Beratungsstimme hat. Die einzelnen Gewerkschaften werden nur in dem Falle zur Konferenz zugelassen, wenn die allgemeine Gewerkschaftsorganisation ihres Landes an der internationalen Konferenz nicht teilnimmt.

Für solche revolutionären Gewerkschaften, welche sich über die Diktatur des Proletariats noch nicht klar ausgesprochen haben, wird das Exekutivbureau vom Rat beauftragt an sie mit der Bitte heranzutreten, diese Frage auf die Tagesordnung ihrer sämtlichen Sektionen zu setzen; zugleich werden sie eingeladen, der internationalen Konferenz beizuwohnen.

VI. Sitz.

Bis zum Zusammentritt (welcher auf den 1. Januar 1921 festgesetzt ist) der internationalen Konferenz hat der internationale Rat seinen Sitz in Moskau.

Bücherbesprechungen.

Karl Kautsky: Vergangenheit und Zukunft der Internationale. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung. Wien 1920. (88 S. 6 *M*)

Ein neuer Kautsky! Wie hat man sich einst um jedes neue Werk Kautskys gerissen! Und heute? Man nimmt die Schrift nur, um wieder einmal zu konstatieren, daß Kautsky aber auch nichts aus der imperialistischen Katastrophe des Weltkrieges gelernt hat. Auch in dieser Arbeit Kautskys findet sich kaum ein neuer Gedanke, so daß die Lektüre dieser Schrift wahrlich Zeitvergeudung bedeutet.

Kautsky macht den vergeblichen Versuch, nachzuweisen, daß die Internationale in ihrem Wesen und ihrer Organisation so bleiben müsse, wie sie vor dem Kriege war. (!) In der ersten Abhandlung über das Versagen der Internationale verteidigt Kautsky seine Haltung von 1914, seinen echt Kautskyschen Rat, bei der Kriegskreditbewilligung Stimmenthaltung zu üben. Er hält „auch heute noch (!) diesen Vorschlag für erwägenswert (!), für künftige kriegerische Konflikte, wenn der Fall eintreten sollte, daß eine sozialistische Partei über den Anteil (!) ihrer Regierung am Kriege nicht klar ist. Nie sollten Kriegskredite einer Regierung bedingungslos, sondern nur dann bewilligt werden, wenn sie unzweideutige Garantien dafür gibt, daß sie den Krieg bloß als Verteidigungs-, nicht als Eroberungskrieg führt. (!)" Kein Wunder, wenn Kautsky bei solchen Illusionen feststellt, daß „der imperialistische Charakter unserer Zeit nicht die mindeste Revision unserer grundsätzlichen Stellung im Kriege bedingte". Über den Völkerbund macht er eine derartig pazifistische Äußerung, daß sie auch Scheidemann, Südekum und Heine ohne weiteres unterschreiben würden.

Nach langen geschichtlichen Untersuchungen über die erste und zweite Internationale, deren Taktik und Organisation, wobei er ausdrücklich feststellt, daß die zweite Internationale Beschlüsse faßte „ohne zwingende Kraft", daß ihr Schwergewicht „dementsprechend in ihren Kongressen und Revolutionen lag" und daß sie „nie zu einem Organ internationaler Aktion wurde", kommt Kautsky zu dem Schluß, daß „die Umwälzungen der letzten Jahre also am Wesen der Internationale wie auch am Wesen der einzelnen sozialistischen Parteien nichts zu ändern brauchen". (!) Schlimmer konnte Kautsky den Bankerott seines Pseudomarxismus wahrlich nicht dokumentieren. Man faßt sich an den Kopf und fragt sich, ist denn alles völlig spurlos an dem Geiste Kautskys vorübergegangen? Nachdem er konstatiert hat, daß das Ziel der zweiten Internationale, „ein gemeinsames Vorgehen aller sozialistischen Parlamentsfraktionen in irgendeiner bestimmten Frage" nie durchzuführen war, stellt er fest, daß „auch heute in der Internationale keine gemeinsame parlamentarische Aktion zu erwarten sei". Geschweige denn eine gemeinsame Aktion der Massen! Und so ruft denn der alte Herr schließlich aus: „Es kann keine verhängnisvollere Illusion geben, als den Traum einer Internationale der Tat." Auch nicht ein neues Problem der Internationale, z. B. der Zentralismus, noch die Frage der Autonomie der Parteien wird von Kautsky überhaupt untersucht.

So wendet er sich im Schlußkapitel gegen die Gründung einer vierten Internationale und plädiert für die zweite, in der seines Erachtens England (!) die Führung übernehmen müsse. Daß die Bolschewiki allerlei Seitenhiebe bekommen und gegen die proletarische Rätediktatur gezetert wird, ist bei Kautsky selbstverständlich. Wie wenig Verständnis er für die russische Revolution hat, zeigen folgende Worte: „Es ist die letzte der bürgerlichen Revolutionen, die da vor sich geht. Die französische Revolution hatte in einem Schreckensregiment proletarischer Elemente gegipfelt. Die jetzige russische Revolution gipfelt ebenfalls in dem Schreckensregiment einer proletarischen Minderheit." (!) Dann folgt ein Loblied auf die neuen Führer der zweiten Internationale: „Der englische Sozialismus wird ein wirklich demokratischer sein. Ohne tönende Dekrete, ohne blutige Bürgerkriege, wahrscheinlich auch ohne äußere Kriege. Ein Hosianna der englischen Demokratie!"

So geht denn durch die ganze Arbeit Kautskys der Refrain: „Es bleibt alles beim Alten! Es lebe die Demokratie! Es lebe die zweite Internationale!" Eine bessere Rechtfertigung ihrer heutigen Taktik hätten sich die Rechtssozialisten wahrlich nicht zu wünschen brauchen, so daß man auch nach diesem neuesten Produkt Kautskys wiederum die Preisfrage stellen möchte: Was trennt Karl Kautsky heute von den Rechtssozialisten?

Daß Kautsky in der weltpolitischen Lage durchaus keine neue Gefahr für die

proletarische Internationale sieht, brauchen wir kaum zu erwähnen. Vom internationalen Bürgerkriege gegen Sowjetrußland spricht er auch nicht mit einem Wort. Er sieht ihn nicht, weil er ihn nicht sehen **will**. Er jammert über die „Schreckensherrschaft der Bolschewiki" und sieht nicht den grausamen und unmenschlichen, barbarischen Krieg des Weltkapitals gegen unsere russischen Genossen. Kautsky geht eben mit jedem Jahre mehr unter die Pazifisten.

Wir aber dürfen zu diesem schwächlichen Reformismus Kautskys nicht mehr schweigen. Schonungsloser und rücksichtsloser Kampf gegen diese die Arbeiterklasse in ihrem Aufstieg verwirrenden und lähmenden Illusionen ist unsere Pflicht. Es ist tragisch, dies auszusprechen gegenüber einem Manne, dem man so viel verdankt, aber die Interessen einer revolutionären Massenpartei und die Sache der sozialen Revolution müssen uns hundertmal höher stehen, als die Rücksicht auf einen einzelnen. Deshalb gilt es auszusprechen, was ist: Kautsky ist unser Gegner, unser Feind. wst.

Curt Geyer: Für die dritte Internationale, Die U. S. P. am Scheidewege. Mit Beiträgen von Walter Stoecker, Paul Hennig und einem Vorwort von Ernst Däumig. Verlag „Der Arbeiterrat", Berlin 1920. (78 Seiten. 1,50 *M.*)

Eine Broschüre, die jeder unserer Genossen unbedingt lesen sollte, da sie den gegenwärtigen Kampf um die Internationale auf den wirklichen **sachlichen** Kern zurückführt. An Hand der geschichtlichen Entwicklung unserer Partei zeigt Genosse Geyer klar die grundsätzlichen und taktischen Gegensätze innerhalb der Partei und erörtert dabei eingehend den Kampf um die Fragen der Diktatur, des Pazifismus, die Organisationsfrage usw. Sehr fein zeigt Geyer, daß der Streit um alle diese Fragen mündet in den Kampf um die Internationale. Jedem Leser wird ersichtlich, **worum** sachlich jetzt gestritten und **worüber** die Entscheidung fallen soll. Deshalb ist die Herausgabe dieser Broschüre sehr zu begrüßen. wst.

Paul Olberg: Briefe aus Sowjet-Rußland. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H., Stuttgart. 1919. (146 Seiten.)

Ein Gefühl des Ekels überkam mich, als ich nach einmonatigem Aufenthalt in Sowjet-Rußland auf der Rückreise dieses menschewistische Büchlein las. Olberg, der sich rühmt, seit mehr als zwanzig Jahren Mitglied der russischen sozialdemokratischen Partei zu sein und der jetzt zum linken Flügel der Menschewiki gehört, hat Rußland zur selben Zeit bereist, wie die bürgerlichen Journalisten Vorst und Paquet. Es ist bezeichnend für den Menschewismus, daß die beiden bürgerlichen Schriftsteller Räterußland weit vorurteilsfreier und objektiver gegenüberstehen als der „Sozialist" Olberg. Allen niedrigen Klatsch und Tratsch hat Olberg gesammelt und im übrigen mit allen Farben die Schattenseiten der Übergangsperiode der bolschewistischen Diktatur dargestellt, ohne auch nur im geringsten die großen Lichtseiten zu zeigen, ohne auch nur den Versuch einer Darstellung der großen heroischen Kämpfe und der aufbauenden Arbeit der Kommunisten zu geben, ja selbst ohne ernstlich die Ursachen der von ihm so unendlich breit und mit wahrem Behagen geschilderten traurigen Folgen des Bürgerkrieges zu betonen. Der einzige Lichtblick, den Olberg wiederzugeben für notwendig hält, ist ein Kino, das er in Petersburg gesehen hat und dessen kulturelle Wirkung er hervorhebt. (!)

Wes Geistes Kind Olberg ist, zeigt eine Stelle seiner Schrift, wo er anläßlich eines Besuches bei einem Volkskommissar in dessen Arbeitszimmer Waffen findet. Er kann darüber nicht genug Worte des Erstaunens finden und leistet sich schließlich folgende Bemerkung: „Höhere Amtspersonen, Angestellte einer sozialistischen Republik in voller Rüstung sozusagen, in ständiger Erwartung eines Überfalles, eines Mordanschlages, eines Aufstandes usw. **Genügt es ihnen denn nicht, sich auf die Liebe und Ergebenheit des Volkes zu stützen?**" Wer mit „Liebe" Revolutionen machen, eine proletarische Diktatur behaupten und Konterrevolutionen niederschlagen will, der lasse sich schon **vor** der Revolution begraben. Olberg beweist mit dieser Humanitätsduselei nur, daß er keinen Hauch revolutionären Geistes verspürt hat. Am Schlusse seines Büchleins wird es dann ganz verständlich, wie er dazu kommt, einen solchen Mist gegen die Sowjetrepublik zusammenzutragen. Er klagt wie sein Lehrmeister Kautsky die Bolschewiki an, daß sie die „Gesetze der Demokratie" durchbrochen hätten. „**Die Nichtanerkennung der demokratischen Prinzipien** durch die Regierung, der von ihr geführte **Bürgerkrieg**, der brutale politische Kurs im Innern, die eigenartige Finanz- und Wirtschaftspolitik, alles das hat viele zu unversöhnlichen Feinden der Sowjetregierung gemacht und die Zerstörung des wirtschaftlichen Lebens im Lande vollendet." Könnte man diesen menschewistischen Satz nicht ausgezeichnet auch in Deutschland anwenden, wenn man

statt Sowjetregierung Noskeregierung sagen würde? Nur einen kleinen Haken hat die Sache. Die Bolschewiki führten einen brutalen Kurs für, Noske aber gegen den Sozialismus. Von einem Manne mit solchen illusionären Anschauungen Verständnis für die Politik der russischen Kommunisten, für die bitteren und harten Notwendigkeiten einer revolutionären Diktatur zu verlangen, hieße von einem Ochsen Verständnis für den Marxismus zu erwarten. Auf einer der letzten Seiten seiner Schrift enthüllt er sich dann völlig: „In dem rückständigen agrarischen Rußland den Sozialismus durchzuführen versuchen, heißt nichts anderes, als einen verbrecherischen Utopie nachjagen." Das also ist des Pudels Kern! Weshalb denn 146 Seiten Objektivität vortäuschen, um am Schlusse das Ganze als „verbrecherische Utopie" zu kennzeichnen. Von einem Distelstrauch kann man keine Feigen erwarten. Mit Abscheu legt man diese Schrift beiseite, um eine Erfahrung mit dem Menschewismus reicher. wst.

Bela Szanto: Klassenkämpfe und Diktatur des Proletariats in Ungarn. Herausgegeben vom Westeuropäischen Sekretariat der kommunistischen Internationale, 1920. 115 Seiten, 6,50 Mark.

Über die Diktatur des Proletariats in Ungarn sind bisher zwei Bücher erschienen, die von der größten Bedeutung für die kommunistische Bewegung sind. Das eine von Vacga, das sich mit den wirtschaftspolitischen Problemen der Diktatur befaßt, das andere von Szanto, das die Geschichte des Machtaufstiegs der ungarischen Arbeiterklasse, ihrer Herrschaft und ihres Sturzes gibt, zugleich aber auch die Ursachen ihres Sturzes untersucht. Diese Geschichte spricht eine eindringliche Sprache, und die deutschen Arbeiter sollten in der heutigen Situation besonders auf diese Sprache hören.

Ein jeder Vertuschungsversuch in der Politik rächt sich. Der Versuch, die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den ungarischen Kommunisten und den sozialdemokratischen Führern in Ungarn zu verschleiern durch die Vereinigung der sozialdemokratischen Partei und der kommunistischen Partei unter Beibehaltung der sozialdemokratischen Führer, bedeutete den Todeskeim der Diktatur des Proletariats, der ihr von Anfang an innewohnte. Genosse Bela Szanto hat in seinem Buche scharf herausgearbeitet, wie diese unüberbrückbaren Gegensätze in den 133 Tagen der Diktatur immer wieder hervorgetreten sind und immer wieder zu halben Maßregeln geführt haben, wo ganze, entschlossen durchgeführte Maßregeln nötig gewesen wären. Eine Partei, die um die Macht kämpfen soll, muß zur Wirkungslosigkeit verdammt sein, wenn in ihr zwei widerstreitende Tendenzen wohnen. Eine Partei aber, die die Macht behaupten soll, darf erst recht nicht jenen verhängnisvollen Dualismus aufweisen, der das Verderben des ungarischen Proletariats war, wenn ihre Macht nicht zusammenbrechen soll. Das ist die ernste Lehre, die aus dem Buche von Szanto spricht.

Gerade die Arbeiter der U. S. P. D. werden deshalb die Szantoschen Darlegungen mit dem größten Gewinn lesen. Die eigenen Kampferfahrungen zeigen ihnen, daß eine am inneren Dualismus krankende Partei versagt in der Epoche des Kampfes um die Macht — das Szantosche Buch aber warnt eindringlich vor jeder scheinbaren „Einigkeit" in der Epoche der Machtbehauptung, die erkauft ist um den Preis der Verschleierung unüberbrückbarer Gegensätze. Eine Partei, die die Macht erobern und behaupten will, muß grundsätzlich geschlossen sein, ihre Führung muß von einem einigen Willen beseelt sein — das ist die lapidare Lehre, die aus der Geschichte der Proletarierdiktatur in Ungarn spricht. cg.

Bericht des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an den zweiten Kongreß. Herausgegeben vom Westeuropäischen Sekretariat. 1920.

Dieser vom Genossen Sinowjew verfaßte Bericht gibt einen Einblick in das Wesen und die Arbeit der dritten Internationale. Insbesondere die Genossen, denen es immer noch schwer fällt, die Autonomie der Partei aufzugeben, sollten ihn lesen, weil daraus klar hervorgeht, daß die Kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee gar nicht daran denken, von Moskau aus zu „diktieren" oder gar Revolutionen „vorzuschreiben", wenn sie auch, wie das für jeden selbstverständlich sein sollte, bei weitem zentralisierter organisiert sein müssen. Die Tätigkeit des Exekutivkomitees, dessen Arbeitsbedingungen und Arbeitsmöglichkeiten, seine „Einmischung" in die Angelegenheiten der verschiedenen angeschlossenen Parteien, sein Kampf gegen die zweite Internationale, das Verhältnis der Kommunistischen Internationale zu den Gewerkschaften, zu der Frauen- und Jugendbewegung, die Organisierung von Hilfsbureaus in den verschiedenen Ländern, die innere Organisation der Internationale, alle diese Fragen werden in dem vorliegenden Bericht in gedrängter Kürze behandelt. wst.

Kommunistische Rundschau

Herausgegeben von

Ernst Däumig, Curt Geyer, Walter Stoecker

Nummer 3 — 1. November 1920 — 1. Jahrgang
- Erscheint 14tägig -

Inhalt:

Preis 1 Mark

A. Hoffmann's Verlag, G. m. b. H., Berlin O 27, Blumenstr. 22 I
Postscheckkonto: Berlin 1893 — Fernsprecher: Amt Alexander 2270

Kommunistische Rundschau

Nummer 3 | Berlin, 1. November 1920 | 1. Jahrgang

Nachdruck der Artikel mit Quellenangabe gestattet.

Neue Wege!

Von Ernst Däumig.

... „Von Halle datiert die erste große Niederlage der Moskauer Methode", also sprach das geistige Oberhaupt der „rechtmäßigen" U. S. P., Rudolf Hilferding, als er in einer großen Propagandarede den treu gebliebenen Funktionären Groß-Berlins das Ergebnis des Halleschen Parteitages mundgerecht zu machen suchte.

Drei Wochen sind nach der Tagung in Halle vergangen, und man müßte schon ungefähr feststellen können, wie sich die Zeichen der Niederlage bemerkbar machen. Diese zu entdecken, bleibt nur den Geistesgrößen des Austro-Marxismus vorbehalten, weil sie diese angebliche Niederlage brauchen, um ihr stark ramponiertes politisches Ansehen noch einige Zeit aufrechterhalten zu können. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß durch den Halleschen Parteitag die „Moskauer Methode" in der ganzen Welt erst recht in den Vordergrund der politischen Erörterungen getreten ist. Überall haben die Parteitagsbeschlüsse dahin gewirkt, daß die Anhänger der Kommunistischen Internationale mit verstärkter Leidenschaft den Kampf gegen die sozialpatriotischen und opportunistischen Elemente aufgenommen haben, und daß die internationalen Hilferdinge auf eine Rückzugslinie gedrängt werden, auf der sie durch Schaffung einer vierten Internationale den Moskauer Methoden ein Paroli bieten wollen. Diese Rückzugslinie wird aber — falls die opportunistische Vereinigung der internationalen Hilferdinge zustande kommen sollte —, das kann mit ziemlicher Sicherheit prophezeit werden, zurückführen in das Lager der II. Internationale; denn die Crispien, Dittmann, Hilferding usw. haben redlich dafür gesorgt, daß es zwischen ihnen und der Kommunistischen Internationale keine Brücke geben wird.

Ein Blick in die internationale Presse zeigt, daß von einer Niederlage des Kommunistischen Gedankens in Halle nicht geredet werden kann. Über den Kongreß der Scheidemann-Partei in Kassel liest man heute kein Sterbenswörtchen mehr. Diese Tagung wohltemperierter und korrekter Parteifunktionäre alten Stils mit ihrem realpolitischen Reformglauben hat außerhalb ihrer Partei überhaupt kaum Wellen geschlagen. Ebensowenig machen die Organe der öffentlichen Meinung viel Aufhebens von der politischen Zukunft der Hilferding-Partei. Destomehr aber beschäftigt sich die internationale Presse mit der Tatsache, daß durch die Beschlüsse von Halle eine Konsolidierung der revolutionären Kräfte des Weltproletariats eingesetzt hat. Diese Tatsache wird natürlich unter den verschiedensten Formen anerkannt. Die internationale kapitalistische Presse leitartikelt in allen Sprachen und in allen Variationen über das Aufsteigen

der bolschewistischen Flut und fordert die Kapitalisten der Welt auf, ihre heiligsten Güter zu wahren. Die Zeitungen der Sozialreformer aller Schattierungen zetern über die terroristischen Grundsätze der Moskauer Internationale und schlagen ihr reformerisches und sozialethisches Pfauenrad, um der Welt zu beweisen, daß ihre sozialistische Homöopathie die beste Heilmethode für die totkranke Welt darstelle. In den Zeitungen der kommunistischen und revolutionären Arbeiterschaft dagegen läßt sich — das kann kein Hilferding aus der Welt leugnen — ein verstärktes Vertrauen auf die sieghafte Kraft der Kommunistischen Internationale feststellen. Wenn das eine Niederlage sein soll, so können wir uns solche Niederlagen schon gefallen lassen.

Wenn jemand in Halle eine Niederlage erlitten hat, so ist es der Bruchteil der alten, zwiespältigen U. S. P. D., der sich um die Fahne Hilferdings geschart hat, während die aktive und vorwärtstreibende Mehrheit der Partei im Zeichen der Moskauer Methode den entscheidenden Kampf mit Kapital und Gegenrevolution aufnehmen wird. Und da das in Halle festgelegte Bekenntnis zur Kommunistischen Internationale auf der einen Seite die hemmenden opportunistischen Kräfte ausgeschaltet, auf der anderen Seite aber die Möglichkeit zu einer festen Vereinigung aller revolutionären, marxistischen Elemente herbeigeführt hat, so bedeutet das Resultat des Halleschen Parteitages keine Niederlage, keine Schwächung, keine Spaltung, sondern die Zusammenfassung der aktiven, revolutionären Kräfte des deutschen Proletariats, und damit die Anbahnung des gleichen Prozesses innerhalb des Proletariats der anderen Länder.

* * *

Wenn man zurückschauend die Auseinandersetzungen innerhalb der U. S. P. D. seit dem 23. August d. J., dem Tage der Rückkehr der U.-S.-P.-D.-Delegation aus Moskau, bis heute überblickt, und sich bemüht, die Dinge ruhig und sachlich und ohne persönliche Voreingenommenheit zu beurteilen, so drängen sich eine Unmenge von Widersprüchen in die Stellungnahme der unabhängigen Moskaugegner auf: „Die Moskauer Gewaltmenschen und Blutsäufer sind am Ende ihrer auf Brutalität gegründeten Herrlichkeit. Sie wollen daher das Proletariat Mittel- und Westeuropas wie Amerikas in den Dienst ihrer imperialistischen, militaristischen, unsozialistischen, nur auf die russischen Verhältnisse zugeschnittenen Politik stellen. Daher die Formulierung der Leitsätze und Bedingungen der III. Internationale.“ — Das ist die eine These, die in immer neuen Variationen von der opportunistischen Internationale aufgestellt wird. Hilferding, gehüllt in die von keinem Blutspritzerchen befleckte, blütenweiße, sozialethische Toga des unfehlbaren Marxisten, hat diesen teuflischen Anschlag Moskaus rechtzeitig erkannt und die Arbeiter Westeuropas als getreuer Ekkard (diese stark antiquierte Rolle wollen die Hilferdinge und Crispiene nach ihrer eigenen Aussage jetzt spielen) gewarnt. Seine Jünger und geistigen Kostgänger in Deutschland beten es ihm fleißig nach. Longuet nimmt auf Französisch diese Losung auf, Macdonald und andere J.-L.-P.-Opportunisten wiederholen sie auf Englisch und wecken das Echo jenseits des großen Teiches bei Hillquit und seinen Freunden.

In demselben Atemzuge versichern diese gebildeten und gesitteten Mittel- und Westeuropäer: das einzige Trachten der Moskauer Apostel des tatarischen

Sozialismus laufe darauf hinaus, die proletarischen Parteien der Welt zu zerreißen, zu spalten und dadurch zu schwächen. In ihrem antibolschewistischen Koller merken diese Leutchen gar nicht, wie die erste ihrer Behauptungen die zweite aufhebt; denn schließlich können die raffinierten Gewaltpolitiker in Moskau mit einem geschwächten Proletariat Westeuropas ihre angeblichen Machtpläne nicht durchführen. Entweder sie betreiben, wie man ihnen nachsagt, die Spaltung um der Spaltung willen. Dann ist es blanker Unsinn, wenn man behauptet, sie wollten das Proletariat Mitteleuropas in den offenen Kampf mit der Entente hetzen; denn so viel Klugheit werden die Hilferdinge noch den Moskauern zubilligen, daß sie wissen, daß ein geschwächtes Proletariat in Deutschland, Frankreich usw. eine sehr schlechte Hilfstruppe für den Großkampf mit der Weltreaktion darstellt. Oder aber sie treiben reine Machtpolitik, und zwar — wie Hilferding behauptet — rein opportunistische Machtpolitik, und dann hätten sie alles Interesse, alle Arbeiterparteien der Westländer für diese Politik zu gewinnen und den Kampf gegen die Reformisten und Opportunisten aufzugeben.

Aber weder die eine noch die andere Behauptung der Gegner der Kommunistischen Internationale ist richtig. Sie können sie nur aufrechterhalten dank der Unklarheit der noch zu ihnen haltenden Arbeiter und dank den Täuschungsmanövern, mit denen sie im Vertrauen auf die Urteilslosigkeit und den Parteiegoismus der noch hinter ihnen stehenden Proletarier ihren Feldzug gegen die Kommunische Internationale durchzuführen suchen. In diesem Bestreben gleiten sie, ohne daß sie es merken, immer schneller auf der schiefen Ebene herab. Sie werden zu geschätzten Materiallieferanten der antibolschewistischen Liga. Ohne den Kampf der Hilferdinge und Dittmänner gegen Moskau wäre die antibolschewistische Propaganda der deutschen Bourgeoisie schon längst im Sumpfe ihrer eigenen Verlogenheit erstickt. Jetzt erhält sie täglich neues Leben und neue Säfte aus den Versammlungsreden und Zeitungsartikeln, die die Hilferding-Partei zur Zeit massenhaft produziert. Wie einst die katholische Kirche den Glaubenseifer ihrer Schäflein durch das Zurschaustellen von Märtyrerknochen steigerte, so wird jetzt das Skelett Martows, des gepeinigten und ausgehungerten Menschewisten, zur Schau gestellt, um vor dem Eintritt in die Kommunistische Internationale abzuschrecken. Und das nennt man dann den wahren, unverfälschten Marxismus! Nebenbei sei in diesem Zusammenhange noch bemerkt, daß die Bolschewisten Martow die Ausreiseerlaubnis aus Rußland gegeben haben, obwohl sie ganz genau wußten, daß er Crispien und Dittmann zu Hilfe eilen wolle und daß er Gegner ihrer Partei ist. Aber vielleicht werden wir bald hören, daß Martow nach seiner Rückkehr nach Rußland in eine Folterkammer gesteckt und mit glühenden Zangen gezwickt worden ist. Nach den Proben, die man bisher in der deutschen Presse, von der „Kreuz-Zeitung“ bis zur „Freiheit“, bekommen hat, muß man auch darauf noch gefaßt sein.

* * *

Ein weiterer Widerspruch der Moskaugegner besteht darin, daß sie trotz ihres antibolschewistischen Gezeters immer wieder versichern, sie wollten eine Internationale haben, in der auch die Kommunistische Internationale mitinbegriffen sei. Diese Versicherung wird ausgesprochen unmittelbar nachdem man sich im Schweiße

seines Angesichts bemüht hat, nachzuweisen, daß in der Kommunistischen Internationale nicht der marxistische Geist lebendig sei, sondern der Geist Bakunins die Köpfe verwirre. Sie wird ausgesprochen, nachdem man lang und breit bewiesen hat, daß die neue Internationale nur auf marxistischer Grundlage aufgebaut werden kann. Und weiter: Wenn die Träger und Wortführer der Kommunistischen Internationale wirklich diese Dummköpfe, Gewaltmenschen, tatarische Sozialismusschänder und was weiß ich sonst noch sind, wie kann dann ein patentierter Marxist den Wunsch aussprechen, trotzdem noch mit solchem Gelichter in einer einheitlichen Internationale verbunden zu sein. Nein, die Versicherung, mit der III. Internationale zusammen ohne deren Bedingungen eine andere, geeinigte Internationale zu bilden, ist wiederum nur eine Konzession an die Urteilslosigkeit derer, die man vor der Diktatur Moskaus gruselig gemacht hat. Sie sollen die ohnmächtigen Versuche markieren, die die Opportunisten aller Länder jetzt machen, um doch noch eine Internationale ihrer Wesensart zustande zu bringen.

Bis heute haben die internationalen Hilferdinge noch nicht gesagt, wie die Internationale aussehen soll, die dem Wunsche ihres Herzens entspricht. Bis heute haben sie noch nicht die Voraussetzungen und Bedingungen formuliert, unter denen die proletarischen Parteien zu dieser Internationale zusammengefaßt werden sollen. Wie in ihrer inneren Politik, so kommen sie auch hier über allgemeine Redensarten nicht hinaus. O, sie wollen auch eine aktionsfähige Internationale haben, aber wie diese Aktionsfähigkeit geschaffen und gewährleistet werden soll, davon verraten sie nichts. Der einzige positive Vorschlag, der in dieser Richtung bis jetzt gemacht worden ist, stammt von Crispien. Er will, man höre und staune, daß in der Internationale, die er ersehnt, jedes Mitglied der einzelnen Landesparteien verpflichtet wird, eine — internationale Beitragsmarke zu kleben. Dieser Vorschlag, entsprungen dem engen Organisationshorizonte des typisch kleinbürgerlichen deutschen Sozialisten, wirkt in dieser Zeit des verschärften Klassenkampfes derart grotesk, daß man darüber nicht viel zu sagen braucht.

Aus alledem und aus manchen anderen Anzeichen, auf die einzugehen mir nicht möglich ist, geht deutlich hervor, daß die Wortführer der Hilferding-Partei mit ihren sachlichen Argumenten auf dem Trockenen sitzen und sich infolgedessen in immer größere Widersprüche verwickeln, damit aber auch immer mehr der antibolschewistischen Kampffront näher kommen. Geradezu symptomatisch dafür war vor kurzem eine kleine Episode im Reichstage. Es war an jenem Tage, als der Reichskanzler Fehrenbach seine wehleidige Programmrede hielt. Der pastorale Ton des obersten Reichsbeamten sprang sofort aus Moll in Dur über, als er den Anhängern der Kommunistischen Internationale die ganze Härte des Gesetzes androhte und die übliche Litanei über Terror, Bürgerkrieg und Blutvergießen herunterbetete. Dabei machte Ledebour einen Zwischenruf. Der Reichskanzler antwortete darauf mit unverkennbar ehrlichem Erstaunen: „Herr Ledebour, in dieser Frage glaubte ich doch mit Ihnen durchaus einer Meinung zu sein."

In dieser Hilflosigkeit der geistigen Position sucht die Hilferding-Partei krampfhaft nach Beweisen, die ihren unverfälschten, revolutionären Charakter dartun sollen. Der strategische Plan Hilferdings, die Sozialisierung des Kohlenbergbaues betreffend, ist so ein Beispiel dafür. Alle Kräfte der Arbeiter-

klasse auf diese konkrete Forderung zu konzentrieren, ist nach Hilferdings Auffassung das allein zuverlässige, revolutionäre Rezept. Abgesehen davon, daß die Sozialisierung nicht marschiert ist, als vor nahezu zwei Jahren Sozialisten die Staatsgewalt in den Händen hatten, daß sie nicht marschiert ist, als im März d. J. anläßlich des Kapp-Putsches Gelegenheit gegeben war, den Sozialisierungskarren unter dem vereinten Druck der proletarischen Massen kräftig vorwärts zu schieben, so hat auch die politische Aussprache im Reichstag in diesen Tagen gezeigt, daß mit gesetzgeberischen Kunststücken auf diesem Gebiete im günstigsten Falle ein Stück Staatskapitalismus und eine fiskalisierte Produktion geschaffen werden kann. Daneben liegen die Dinge heute auch so, daß bei der großen Fülle von Konfliktsmöglichkeiten auf allen Gebieten die proletarische Stoßkraft nicht künstlich für eine Kampfmöglichkeit in Reserve gehalten werden kann, wenn man sie nicht für andere, unversehens auftretende Konflikte lahmlegen will.

* * *

So ist der Weg der Moskaugegner kein neuer Weg. Er läuft ein paarmal im Kreise herum und verläuft dann unverkennbar nach rückwärts. Ganz anders liegen die Dinge für die Parteien, die sich auf den Boden der III. Internationale gestellt haben. Sie alle haben zunächst ein Zwischenstadium organisatorischer Unruhe durchzumachen, um den Ausschaltungs- und Loslösungsprozeß von den opportunistischen Elementen durchzuführen. Ist dieses Stadium aber überwunden, dann eröffnen sich diesen proletarischen Parteien eine Menge neuer Wege.

Das Bekenntnis zur Kommunistischen Internationale legt den angeschlossenen Parteien in den Fragen der Weltpolitik Anforderungen auf, wie sie bisher noch an keine sozialistische Partei herangetreten sind. Daraus folgt, daß die Kommunistischen Parteien das Weltbild ihrer Mitglieder durch Schulung und Aufklärung viel mehr zu erweitern haben, als das in den beschaulichen Tagen der II. Internationale nötig und möglich war. Aber nicht bloß um die Erkenntnis internationaler Zusammenhänge und Notwendigkeiten handelt es sich jetzt für die Parteien der Kommunistischen Internationale, aus ihr muß vielmehr sich ergeben die gesteigerte Aktivität auf internationalem Gebiete und die Zusammenfassung des revolutionären Weltproletariats zu internationalen Aktionen. Ich weiß, daß bei solchen Worten die neunmalweisen Redakteure der reformsozialistischen Presse beider Fakultäten sich nichts denken können. Ich weiß, daß man im gegenwärtigen Stadium nicht mit unmittelbar konkreten Beweisen für den obigen Satz antreten kann. Aber ebenso weiß ich, daß die internationale Situation sehr schnell und sehr häufig das internationale Proletariat vor Fragen stellen wird, in denen es nicht mehr genügt, mit Sympathieresolutionen den proletarischen Brüdern eines anderen Landes entgegenzukommen, sondern wo das Lebensinteresse des Proletariats eines Landes dieses zwingt, dem Proletariat eines anderen Landes, vor allem aber immer wieder dem Sowjetrußlands, Hilfe durch revolutionäre Aktionen zu bringen.

Wenn die selbstbewußten Marxisten der Kautskyanischen Schule die Nase über die angeblich opportunistische Ostpolitik der Bolschewiki rümpfen, so hat bis

jetzt noch keiner von diesen patentierten Marxinterpreten das Geheimnis verraten, wie man der Weltherrschaft des siegreichen Ententekapitalismus, vor allem der Englands, beikommen kann. Dazu gehört allerdings etwas mehr Geistesschmalz, als den blöden Zwischenruf: „Enver Pascha!" in die Welt hinein zu plärren. Tatsächlich bedeutet, weltgeschichtlich betrachtet, die Aufrüttelung der Ostvölker einen gewaltigen Wendepunkt in der Geschichte der menschlichen Kultur, und wenn dabei auch zunächst noch nationalistische Kräfte an der Oberfläche lebendig sind, so ist die Kommunistische Internationale trotzdem die einzige Kraft, die die nationalistischen Schalen von dem proletarischen Kern in den einzelnen ganz- oder halbkolonialen Ländern Asiens und dann auch Afrikas wird trennen können.

Neue Wege müssen auch beschritten werden von den Parteien auf dem parlamentarischen Kampffelde. Es wird nicht so leicht sein, die alten Traditionen der berühmten positiven Arbeit in reformistischem Sinne aus den Fraktionen heraus zu bringen, die sich bisher als die Elitetruppe des proletarischen Klassenkampfes betrachteten und in der Presse und in der Öffentlichkeit am meisten von sich reden machten. Gerade auf dem parlamentarischen Kampffelde hat sich die Bourgeoisie wieder sehr hübsch breit gemacht.

Sie verzichtet in vielen Ländern auf die Koalitionshilfe der Reformsozialisten, nachdem diese ihre Schuldigkeit getan haben, die darin bestand, ihre Vaterlandsverteidigungstheorie während des Weltkrieges nach dessen Beendigung zu einer Hilfsaktion für die Wiederbefestigung des kapitalistischen Systems umzuwandeln. Aber da die Bourgeoisie dem parlamentarischen Landfrieden nicht traut, so sucht sie ihre Machtposition zu decken sowohl durch die legalen Machtmittel des Staates wie durch eigene, mehr oder weniger illegale Selbstschutzinstitutionen, denen sie mehr Kampfkraft zutraut als den Fraktionsrednern der einzelnen bürgerlichen Parteien. Angesichts dieser Tatsache verlangt die Kommunistische Internationale von den ihr angeschlossenen Parteien eine gleiche Einschätzung der parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfnotwendigkeiten, was wiederum eine Umstellung der politischen Auffassungen und der Organisationen dieser Parteien erfordert. Durch die Beschlüsse in Halle ist in Deutschland auf diesem Wege der erste Schritt getan, und es ist unverkennbar, daß sein Beispiel auch antreibend auf die Parteien der anderen Länder wirkt.

Ein neuer Weg, ein Weg voller Hindernisse und Schwierigkeiten eröffnet sich nach Halle dem deutschen revolutionären Proletariat vor allem auf dem Gebiete der Gewerkschaftsfrage. Noch mehr als in den Reihen der Hilferding-Partei ertönt aus der Phalanx der Gewerkschaftsbureaukratie wütendes Wut- und Kampfgeheul gegen die rote Internationale. Hier werden der klassenbewußten Arbeiterschaft noch die härtesten und erbittertsten Schlachten bevorstehen. Das gilt aber nicht nur für Deutschland, sondern auch in Frankreich und in anderen Ländern hat der Parteitag von Halle, auf dem die Gewerkschaftsfrage einen so breiten Raum einnahm, die revolutionäre Arbeiterschaft mit neuem Kampfeseifer gegen die reaktionäre Gewerkschaftsführung erfüllt.

* * *

Kampf und Leben wohin wir blicken. Das ist das Resultat der Tagung in Halle. Kein ruhiges und beschauliches Dahinvegetieren, kein sich selbst Beweihräuchern kann es in den Parteien geben, die sich der Kommunistischen Internationale angeschlossen haben. Die Konzentration der revolutionären Kräfte des Proletariats bewirkt automatisch eine Konzentration der Kräfte der Gegenrevolution. Die Nöte des wirtschaftlichen und sozialen Lebens schaffen täglich neue Reibungsflächen, schaffen die Möglichkeit, daß die beiden feindlichen Heere aufeinander prallen. Die einheitliche Geschlossenheit der kommunistischen Parteien der einzelnen Länder verbürgt im Rahmen der Kommunistischen Internationale auch die Geschlossenheit der internationalen Aktion. Trotz aller Verschärfung des Klassenkampfes und trotz der Vielheit der Gegner werden die revolutionären Parteien dem Endkampfe siegessicherer entgegengehen als jemals zuvor.

Die Kommunisten und wir.

Von Walter Stoecker.

II.

Der Parteitag von Halle hat durch seinen Beschluß zur Internationale seinem festen Willen Ausdruck gegeben, in Deutschland möglichst bald eine einheitliche, geschlossene Sektion der dritten kommunistischen Internationale zu schaffen. Die Zentralleitung unserer Partei wurde beauftragt, sofort die nötigen Verhandlungen zu führen. Der Parteitag hat damit klar seine geschichtliche Aufgabe erkannt. Die Vereinigung aller wahrhaft revolutionären und marxistischen Elemente des deutschen Proletariats war immer mehr ein dringendes Gebot der Stunde geworden. Gleich nach der Rückkehr von Halle haben dann auch auf unsere Veranlassung, zum Teil noch in Gegenwart des Genossen Sinowjew, mit der Zentrale der K. P. D. zahlreiche Besprechungen über die Vereinigung stattgefunden.

Politisch war durch die in Halle vor sich gegangene Ausscheidung der Hilferdinge wie auch der Verkleisterungsgruppe Rosenfeld-Wurm die wichtigste Voraussetzung für die Vereinigung und die Schaffung einer großen Vereinigten Kommunistischen Massenpartei: Reinheit und Klarheit der Partei, gegeben. Da nahezu restlos alle schwankenden Führerelemente, an den meisten Orten die gesamte Parteibureaukratie, im Gegensatz zu den zu uns haltenden Parteimassen, mit Hilferding gingen, war bei uns klare Bahn geschaffen. So verschiedener Meinung man über die 21 Bedingungen im einzelnen sein kann, das eine muß man ihnen lassen: sie haben sich unter den Führerelementen unserer Partei als ein selten klares Scheidewasser erwiesen. Leider nicht auch unter den Massen, da es den rechtsstehenden Führern gelang, zahlreiche Arbeiter über den Sinn und die Bedeutung der Bedingungen zu verwirren. Je eher wir zu einer geschlossenen, wahrhaft revolutionären Massenpartei kommen, desto schneller wird es uns gelingen, diese proletarischen Elemente wieder zu gewinnen.

Wenn ich noch in der letzten Nummer unserer Zeitschrift vor dem Parteitag schrieb, daß uns von der K. P. D. „nur noch einige kleinere taktische Fragen

trennen", so stellte sich erfreulicherweise nach unserm Parteitag bei den Verhandlungen zwischen den beiden Zentralen heraus, daß auch diese kleineren Differenzen behoben sind und politisch überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten mehr bestehen. Eine dieser Fragen war die Propaganda der K. P. D. für die sofortige Wahl von politischen Arbeiterräten. Die führenden kommunistischen Genossen sind jetzt der Meinung, daß gegenwärtig nicht mehr die Voraussetzung für eine solche Propaganda, nämlich eine akut steigende politische Erregung der Massen, gegeben sei. Ihre Ansicht, daß dennoch die Propaganda für den Gedanken der politischen Arbeiterräte fortgesetzt werden müsse, ist von jeher von uns vertreten worden. So sagte denn auch der Vertreter der Zentrale der K. P. D., der Genosse Thalheimer, in der letzten Sitzung des Zentralausschusses der K. P. D. nach dem Bericht der „Roten Fahne":

> „Die Vorbedingung für die Neuwahl von Arbeiterräten, eine akute politische Zuspitzung, besteht heute nicht. Die Propaganda für den Gedanken der Arbeiterräte muß fortgesetzt werden. Ihre Wahl kann jederzeit bei einer Verschärfung der Lage, etwa aus wirtschaftlichen Kämpfen heraus, wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden. Wo Räte bestehen, die man nicht in Wahrheit als politische Arbeiterräte ansprechen kann, müssen sie liquidiert werden. Bestehende Arbeiterräte, die tatsächlich Vertreter des Proletariats sind, müssen bestehen bleiben."

Da auch Genosse Sinowjew derselben Ansicht Ausdruck gab, war damit diese taktische Differenz aus der Welt geschafft. Daß wir sehr bald in einer Situation stehen können, in der die Wahl politischer Arbeiterräte notwendig wird, ist klar und unterliegt auch in unseren Reihen wohl keinem Zweifel. Ähnlich verständigten wir uns auch über die Parole des Steuerboykotts, die von der kommunistischen Zentrale vor einigen Wochen herausgegeben wurde. Auch hier waren unsere kommunistischen Freunde mit uns der Ansicht, daß gegenwärtig eine solche Propaganda nicht angebracht sei. Da diese beiden Fragen die einzigsten Meinungsverschiedenheiten waren, konnten wir feststellen, daß politisch eine völlig gemeinsame Linie vorhanden war. So waren denn auch alle Verhandlungen mit der Zentrale der K. P. D. von einem einheitlichen, revolutionären Geiste getragen, die beste Gewähr für ein gutes Zusammenarbeiten nach der bevorstehenden Vereinigung.

Auch über die meisten organisatorischen Fragen kam es schnell zu einer Verständigung. Beide Zentralen sind einig darin, die völlige Verschmelzung so bald als möglich durchzuführen, um damit eine einheitliche, aktionsfähige deutsche Sektion der kommunistischen Internationale zu schaffen. Alle noch etwa auftauchenden Widerstände sollen von beiden Seiten so rasch als irgend möglich überwunden werden. Die endgültige Vereinigung soll auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus auf einem gemeinsamen Parteitage erfolgen, der wahrscheinlich Anfang Dezember stattfinden wird. Die Vertretung auf diesem Vereinigungsparteitag soll nach den Stärkeverhältnissen der Mitgliedschaften geregelt werden.

Manche unserer Genossen wünschten einen späteren Termin des Parteitages, da sie glauben, daß sich der Ablösungsprozeß von den Hilferdingen in manchen Bezirken nicht so schnell wird durchführen lassen. Das ist richtig, aber zwei wichtige Gründe sprechen für einen möglichst frühen Termin. Erstens die Wirkung dieses Vereinigungsparteitages auf die Bruderparteien in der Schweiz, in Italien und in Frankreich, die alle im Dezember ihre Parteitage abhalten, die zur III. Internationale Stellung nehmen sollen. Ferner müssen wir die Vereinigung so rasch als irgend möglich durchführen, um dem Bürgertum und der von Tag zu Tag stärker werdenden Konterrevolution sofort eine geschlossene, aktionsfähige revolutionäre Massenpartei entgegenzustellen.

Um schon jetzt politisch ein einheitliches Handeln beider Parteien herbeizuführen und die organisatorische Vereinigung vorzubereiten, bilden die beiden Zentralleitungen seit Halle eine gemeinsame provisorische Zentrale, die schon zahlreiche Sitzungen abgehalten hat, in denen sich ein sehr gutes Miteinanderarbeiten herausstellte. In dieser provisorischen Zentrale sind alle gemeinsamen politischen Aufrufe beschlossen worden. Von ihr sollen auch alle im Lande etwa auftauchenden Differenzen geschlichtet werden. Ähnlich wie in der Zentrale sollen in allen Parteiorganisationen, den Bezirken, Unterbezirken und Ortsvereinen von den Vorständen beider Parteien sofort Verbindungsorgane geschaffen werden, die gemeinsam beraten sollen, um zu allen politischen Fragen und Aktionen Stellung zu nehmen und auf diese Weise im Einvernehmen mit den Zentralen ein völlig einheitliches Vorgehen herbeizuführen.

Die provisorische Zentrale soll in den nächsten Wochen in allen Bezirken gemeinsame Sitzungen der beiderseitigen Bezirksleitungen unter Teilnahme je eines Vertreters der beiden Zentralen abhalten. Es ist selbstverständlich, daß beide Parteien gegenseitig ihre Presseorgane unterstützen. Bestehen an einem Orte zu demselben Zweck doppelte Presseorgane, so ist auf deren Verschmelzung hinzuwirken. Die Genossen der Orte, wo doppelte Zeitungen bestehen, wie Stuttgart, Mannheim und München, werden die Verschmelzung beider Organe einleiten. Wenn in Berlin neben der „Roten Fahne" jetzt noch als besonderes U.-S.-P.-Organ die „Internationale" geschaffen wurde, so geschah dies neben lokalen vor allem aus allgemeinpolitischen Gründen. Nach der Vereinigung wird selbstverständlich auch in Berlin nur ein gemeinsames großes Blatt herausgegeben werden.

Um schon jetzt auch im Lande eine völlig einheitliche politische Linie in der Tätigkeit der beiden Parteien herbeizuführen, wird sofort ein gemeinsames Propagandabureau für die Presse, für schriftliche und mündliche Propaganda errichtet. Die Herausgabe sämtlicher Literatur soll nur mit Zustimmung der provisorischen Zentrale erfolgen. So ist die bisherige Korrespondenz Geyer im Einvernehmen mit der provisorischen Zentrale jetzt zum täglichen Pressedienst für unsere Parteipresse ausgebaut worden. Wenn irgend möglich, sollen schon jetzt in den Redaktionen Genossen beider Parteien tätig sein.

Beide Parteileitungen sind einer Meinung, daß die gesamte parlamentarische Tätigkeit unserer Genossen sich in Zukunft streng der Parteipolitik unterzuordnen hat, damit der noch vielfach vorhandenen engstirnigen

Fraktions- und Kantönlipolitik in manchen Gemeinden, Kreisen und Landtagen ein Ende gemacht wird. Ferner muß der opportunistischen Politik vieler Genossen in den Gewerkschaften Einhalt geboten werden. Auch die Arbeit in den gewerkschaftlichen Organisationen muß sich in Zukunft streng an der Parteipolitik und ihren Parolen orientieren. Alle Fraktionen beider Parteien in den Parlamenten, Landtagen, Provinzen, Kreisen und Gemeinden sowie in Gewerkschaften, Betriebsräten, Genossenschaften usw. sollen deshalb der Kontrolle der Reichs-, Bezirks-, Unterbezirks- oder Ortsvorstände der Parteien unterstellt werden.

Alle Fraktionmitglieder der Parteien sollen einen Revers unterschreiben, der die Zentrale in die Lage versetzt, die Abgeordneten jederzeit zurückzuberufen. Dies soll geschehen, um endlich dem Unfug ein Ende zu machen, daß Abgeordnete, die nicht mehr das Vertrauen der Partei besitzen, dennoch ihre Mandate weiter ausüben. Durch eine der Zentrale auszuhändigende Blanko-Unterschrift, das Mandat niederzulegen, soll diese Niederlegung gegebenenfalls erzwungen werden.

Über all diese Fragen war es sehr leicht, ein Einverständnis zu erzielen. Die einzige Schwierigkeit entstand bei dem Wunsche der Kommunisten, sofort überall örtlich die Verschmelzung beider Parteiorganisationen vorzunehmen. Bei der Besprechung, die unsere Zentralleitung in Halle nach dem Parteitag mit allen Bezirken hatte, stellte sich heraus, daß, von einer Ausnahme abgesehen, alle unsere Genossen diese sofortige örtliche Verschmelzung nicht wünschten, sondern als Voraussetzung für diese eine vorherige, zentrale, gemeinsame Verständigung bedingten. Da unsere Zentrale aus den mannigfachsten Gründen in den Besprechungen mit den Kommunisten bei dieser Ansicht blieb, ist diese Frage die einzigste organisatorische Differenz, die sich bei den Verhandlungen herausstellte. Unsere Genossen waren dabei keineswegs etwa der Meinung, daß eine örtliche Verschmelzung absolut nicht durchgeführt werden dürfe. Im Gegenteil, sie ließen keinen Zweifel darüber, daß dort, wo auf beiden Seiten der Wunsch nach einer sofortigen Verschmelzung bestehe, dieser nichts in den Weg gelegt werden solle; nur solle diese Verschmelzung in der Weise vor sich gehen, daß die kleinere Gruppe in jedem Falle in der größeren aufgehe.

Der Zentralausschuß der K. P. D. nahm in seiner Tagung vom 23. Oktober zu der Verschmelzungsfrage Stellung. Er nahm einstimmig eine Resolution an, die feststellte, daß durch die Vorgänge in der U. S. P. die Voraussetzung für die Bildung einer starken kommunistischen Partei Deutschlands geschaffen sei. In dieser Resolution heißt es weiter: „Der Zentralausschuß erklärt daher, daß die Verschmelzung sofort organisch in den Mitgliedschaften vorbereitet und binnen kürzester Frist durchgeführt und daß alle organisatorischen Hemmnisse aufs schnellste überwunden werden müssen.“ Da indeß in den meisten Bezirken und Orten eine Verständigung zwischen den Genossen beider Parteien darüber erfolgt ist, daß die örtliche Verschmelzung erst nach dem gemeinsamen Parteitage vorgenommen werden soll, wird diese Differenz kaum zu erheblichen Schwierigkeiten führen.

Da noch immer in der Geschichte die Verschmelzung zweier Parteien ernste und zum Teil schwer überbrückbare Hindernisse gezeitigt hat, ist es im höchsten Grade erfreulich, daß bei der Schaffung der großen vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands ernste Schwierigkeiten bisher überhaupt nicht entstanden sind,

sondern allem Anscheine nach, von einzelnen örtlichen persönlichen Hemmnissen abgesehen, die Vereinigung sich sehr leicht vollziehen wird. Wir bringen in die neue Kampfesgemeinschaft als kostbarstes Gut mit große, revolutionäre Arbeitermassen, die K. P. D. eine kleine, aber ebenso tapfere und opferbereite, wie vor allem auch marxistisch glänzend geschulte Schar vorwärtsdrängender, revolutionärer Elemente, die in fast allen Kämpfen und Stürmen der beiden letzten Jahre mit in den ersten Reihen, in der vordersten Front gestanden haben.

In beiden Zentralen herrscht auch völlige Übereinstimmung darüber, daß wir mit allen Kräften versuchen sollen, die einsichtigeren Genossen der K. A. P. D. mit für die „Vereinigte Kommunistische Partei" zu gewinnen. Es ist sicher, daß in der K. A. P. D. neben manchen völlig verwirrten Führern zahlreiche revolutionäre proletarische Elemente vorhanden sind, die nur aus gefühlsmäßiger Erbitterung und mangelnder marxistischer Einsicht falsche Wege gegangen sind. Diese vor allem in ihrer Aktivität wertvollen Kräfte müssen wir für uns zurückgewinnen. Deshalb sollen zu dem kommenden Vereinigungsparteitage auch alle Ortsgruppen der K. A. P. D., die sich zu den Grundsätzen der Dritten Internationale bekennen, eingeladen werden.

So darf man alles in allem sagen, daß die Vereinigung der wahrhaft revolutionären Elemente der deutschen Arbeiterklasse, die bisher leider in getrennten Heerlagern marschierten, unter einem guten Stern steht: ein gewaltiger Kraftgewinn für die deutsche soziale Revolution. In Bälde wird der deutschen Reaktion im proletarischen Lager eine revolutionäre, geschlossene und festgefügte Armee, beseelt und durchdrungen von einem Geiste und einem Willen, mit einer festen Führung gegenüberstehen; eine Armee, zusammengesetzt aus den besten, ehrlichsten, klassenbewußtesten und opferbereitetsten Elementen des deutschen Proletariats.

Der Frieden von Riga.

Von Politikus.

Noch liegt kein ausführlicher Bericht über die Verhandlungen in Riga und den Friedensschluß vor, noch sind die künftigen Grenzen zwischen Rußland und Polen unklar. Dennoch besteht in Rußland allgemeine Unzufriedenheit mit diesem Frieden und vielleicht auch die Gewißheit, daß dieser Frieden kein dauernder sein kann. Vielfach ist er mit dem Brester Frieden verglichen worden. Allein er hat mit ihm fast gar keine Ähnlichkeit, es sei denn, daß er eine zweite bedeutende Niederlage Sowjetrußlands im Kampfe gegen den westeuropäischen Imperialismus bedeutet. Sonst ist die Gesamtlage sowohl im Sowjetrußland als auch in Westeuropa eine völlig andere als vor 2½ Jahren. Worin besteht aber diese Niederlage? Sicherlich nicht darin, daß Rußland große Teile nicht nur von Litauen, sondern auch von Weißrußland und von der Ukraina an Polen abtreten mußte. Für Sowjetrußland kommt es wahrhaftig nicht auf einen Streifen Bodens an. Der Umfang Sowjetrußlands und der der Ukraina ist groß genug, um eine nationale Wirtschaft aufzurichten. Von Beginn der Verhandlungen mit Polen an hat Sowjetrußland seinen Willen offen kundgegeben, Polen möglichst

weitgehende Grenzen zu gewähren. Was es aber verlangt hat, war die Möglichkeit des unmittelbaren Anschlusses an Zentral- und Westeuropa. Und das ist nun durch diesen Frieden vereitelt worden. Polen schneidet Rußland nicht nur unmittelbar von Deutschland ab, sondern verhindert auch den mittelbaren Zusammenhang mit Deutschland über Litauen. Das ist von wirtschaftlicher und vielleicht noch mehr von weltpolitischer Bedeutung.

Wirtschaftlich ist natürlich für Rußland sehr wichtig, einen unmittelbaren Zusammenschluß mit Deutschland zu haben, das ehemals der bedeutendste Lieferant von Industrieerzeugnissen für Rußland und der beste Abnehmer seiner Rohstoffe und Lebensmittel war. Der Handel mit Westeuropa wird sich nie völlig frei entwickeln können, bevor Rußland einen unmittelbaren Anschluß an diese Länder erhalten wird. Der Handel über Estland, Lettland und eventuell über Polen wird noch lange auf große Schwierigkeiten stoßen. Wichtiger ist es noch, daß Rußland jetzt nicht vor der Gefahr geschützt bleibt, von der übrigen Welt abgeschnitten zu werden, wenn es Frankreich und England wünschen und ihre Vasallen dazu zwingen. Frankreich und England können jeden Moment die Blockade über Rußland wieder verhängen, da ihnen Polen und die anderen Randstaaten sicherlich Gefolgschaft leisten werden.

Die auswärtige Politik Sowjetrußlands ging darauf aus, einen Zusammenschluß mit den revolutionären Zentren der Arbeiterbewegung zu finden. Sowjetrußland ist sich klar, daß es, isoliert von der ganzen Welt, nicht bestehen kann. Es weiß aber auch, daß wirklich freundschaftliche Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit den kapitalistischen Ländern kaum anzuknüpfen sein werden, zumal Sowjetrußland, um die Produktivkräfte aufzurichten, lange Borger sein wird, vom Ausland mehr Kapital und Waren wird bekommen müssen, als es dorthin schicken kann. Sowjetrußland weiß sehr wohl, daß die kapitalistischen Länder vielleicht auf einen gegenseitigen Warenaustausch eingehen werden, keineswegs es mit Kapital unterstützen werden, und aus Erhaltungstrieb sucht es Anschluß an die Zentren der Arbeiterbewegung, um in Zusammenarbeit mit der westeuropäischen Bewegung die Unterstützung zu erhalten, die es notwendig braucht. Aus diesem Triebe heraus erklärt sich das Streben Rußlands, zunächst die Randstaaten zu besetzen und mit einigen Ausnahmen die früheren Grenzen wieder einzunehmen. Allein die sozialen, wirtschaftlichen und vor allem die allgemein politischen Verhältnisse sowohl in Sowjetrußland als auch in den Randändern haben es dahin gebracht, daß Sowjetrußland gezwungen wurde, sich auf [illegible] onzentrieren, seine eigene Wirtschaft herzustellen und den Randländern freie Hand in der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten zu überlassen. Rußland hat mit den Randländern, mit Estland, Lettland, Litauen, dann auch mit den Kaukasusrepubliken Frieden geschlossen. Es war Rußland wohl klar, daß diese Staaten im Grunde genommen Vorposten des englischen Imperialismus auf dem Kontinent nach seiner Ostseite hin sind. Trotzdem konnte Rußland auf einen Frieden mit diesen eingehen, weil diese im großen und ganzen demokratische Staaten bildeten, die sich auf das Bauerntum stützten und keine weiteren Ziele verfolgten, als die Aufrechterhaltung eines nationalen Staates. Indes schon mit Lettland war der Friedensschluß ziemlich schwierig, da Lettland weitgehende Ansprüche auf Gebiete erhoben hat, die keineswegs mit Letten besiedelt sind, z. B. auf die Festung Dünaburg. Lettland bildet in gewissem Sinne einen Übergangsstaat zwischen dem reinen nationalen und imperialistischen Großstaat, der seine weitgehenden Ziele verfolgt. In Lettland herrscht auch der mittlere und Großgrundbesitz, der Rußland gegenüber besonders feindlich auftritt.

Viel schlimmer steht es mit Polen. Polen ist ein vom Großgrundbesitz beherrschter Staat. Polen ist durch tiefe soziale Gegensätze in der Stadt und auf dem Lande zerklüftet, die aber durch eine nationale und religiöse Ideologie

noch verkleistert sind. Es ist daher im Grunde genommen ein außerordentlich reaktionärer Staat. Die herrschende Macht kann sich nur auf den Großgrundbesitz und die Großbourgeoisie stützen, indem sie durch eine nationale Siegespolitik das Kleinbürgertum und große Teile der Arbeiterschaft vor ihren Wagen spannt. Schon aus diesem Grunde konnte und wollte Polen keinen Frieden mit Rußland schließen, zumal die wirtschaftlichen Verhältnisse Polens total verschieden von denen Rußlands sind. Eine soziale Umwälzung selbst nach dem Beispiel Rußlands würde die herrschende Klasse Polens nicht nur um ihre politische, sondern auch um ihre wirtschaftliche Macht bringen. Warum strebt beispielsweise Polen nach dem Besitz großer Teile Litauens und Wilnas? Aus dem einfachen Grunde, weil es dadurch die Herrschaft des polnischen Großgrundbesitzes in Litauen wiederherstellen könnte. Ein Frieden zwischen einem reaktionären Großgrundbesitz und einem sozialistischen Sowjetrußland, aber auch zwischen Polen und dem bäuerlichen Litauen ist kaum möglich, um so weniger, als Polen faktisch sich keineswegs mit der Aufrichtung eines nationalen Staates begnügt, sondern im Osten wie im Westen nach Ausdehnung seiner Herrschaft auf fremden Gebieten trachtet, um eine Großmacht zu werden. Polen möchte schon heute die Ostsee mit dem Schwarzen Meer unter seiner Herrschaft vereinigen. Ein ausgesprochen imperialistischer Staat wird nicht ruhen, bis er die für die polnische Industrie notwendigen Erze und Kohlen zum Teil erhalten hat oder auch sich den für die polnische Textilindustrie notwendigen russischen Markt sichert. Die polnische Großbourgeoisie dringt deswegen auf die Herstellung des alten kapitalistischen Regimes in Rußland, mit dem es Handelsbeziehungen anknüpfen könnte, während das sozialistische Rußland wohl aus dem Westen Maschinen und andere Werkzeuge beziehen will, keineswegs aber die Baumwollerzeugnisse.

Schließlich ist trotz alledem bekannt, daß Polen nichts anderes ist als der Vorposten Frankreichs in Osteuropa, oder richtiger gesagt, des französischen Bankkapitals, des geschworenen Feindes Sowjetrußlands. Ist das Industriekapital der westeuropäischen Länder noch in gewissem Maße daran interessiert, die Handelsbeziehungen mit Rußland aufzunehmen, um Rohstoffe zu erhalten und dorthin ihre Fabrikate abzusetzen, so hat das Bankkapital keine Aussichten auf gute Geschäfte mit Rußland. Es wird Rußland keinen Kredit gewähren. Die Konzessionen, die Rußland dem westeuropäischen Kapital gewähren sollte, würden unter keinen Umständen ein Objekt der Börsenspekulationen sein, folglich hat das Bankkapital nicht viel aus Rußland herauszuholen. Es möchte daher das alte Regime wiederherstellen, das Rußland in ein Eldorado der Börsenspekulation verwandeln würde, wie es heute mit Ungarn der Fall ist. Es ist darum gar kein Zweifel möglich, daß Frankreich an einen Frieden mit Rußland gar nicht denkt und natürlich auch Polen bei der nächsten Gelegenheit verleiten wird, an einem neuen Feldzug gegen Sowjetrußland teilzunehmen. Der Frieden von Riga kann darum aus allen diesen Gründen keineswegs als ein dauerhafter Frieden betrachtet werden.

Dieser Frieden hat aber auch noch eine andere Seite. Die soziale Umwälzung, die sich in Rußland vollzogen hat, sucht durch Aufbesserung der eigenen Wirtschaft sich zu festigen und sich zu konsolidieren. Rußland zieht sich in gewissem Sinne zurück, und wenn es noch vor einigen Jahren alle seine Hoffnungen auf die westeuropäische Revolution gesetzt hat, so ist es heute zu der Überzeugung gekommen, daß diese Revolution nicht so schnell vor sich gehen wird und daß es daher in erster Linie notwendig ist, die eigenen Verhältnisse zu konsolidieren. Die Erklärung Rußlands, daß es sich in die Verhältnisse der fremden Länder nicht einmischen will, ist wahr, denn die allgemeine Linie der auswärtigen Politik Rußlands zielt darauf hin, sich Ruhe zu verschaffen, um sein Wirtschaftsleben aufbauen zu können.

Der Frieden von Riga bedeutet insofern ein Schlag gegen die gesamte Arbeiterbewegung der Welt, weil er einen Riegel zwischen Rußland und die anderen Mächte schiebt. Damit ist auch für das westeuropäische Proletariat die Aufgabe gestellt, an der Aufhebung dieses Friedens mitzuwirken.

Der „Kultus der Gewalt".

Von Wolfgang Bartels.

„Die Anhänger der III. Internationale predigen den Kultus der organisierten Gewalt, der Diktatur des Proletariats, des roten Terrors."
Der Syndikalist Nr. 35.

Das Zentralorgan der Syndikalisten wird nicht müde, seinen Lesern die proletarische Diktatur als etwas Sinnloses, Furchtbares, ja für die Arbeiterklasse geradezu Verbrecherisches hinzustellen. Keine Nummer des genannten Wochenblattes kommt heraus, worin nicht in pathetischen Worten unter Berufung auf alle Schöngeister der toten und lebenden Welt der Nachweis für die Schädlichkeit der sozialistischen Diktatur und des roten Terrors die Tränendrüsen der geduldigen Leser in Tätigkeit zu setzen versucht wird. Das kindische Spiel der Kater, W. Oerter und Freunde könnte man mit einem Achselzucken abtun, wenn nicht „Der Syndikalist" als Organ der freien Arbeiter-Union den Geist revolutionärer Fahnenflucht auch in solche Arbeiterkreise trüge, die politisch in der U. S. P. und K. P. D. organisiert sind.

Die Langmut mit den bürgerlich pazifistischen Stilübungen des Syndikalist muß ein Ende haben, wenn man sieht, wie dies Organ zur Schwächung der revolutionären Einheitsfront eines kampfwilligen Proletariats immer wieder beiträgt. Allerdings, darüber sind wohl Rocker, Kater und Genossen klar: Ihrer selbstmörderischen Parole auf Gewalt- und Waffenlosigkeit im sozialischen Entscheidungskampf folgen von den zuverlässigsten syndikalistischen Gefolgsleuten keine hundert. Die brutale Wirklichkeit hat auch die idealerfüllten Anhänger des Anarchosozialismus gelehrt, daß vor der Erreichung des sozialistischen Kulturideals, der Gewaltlosigkeit und des Menschheitsfriedens, die Feinde dieses Ziels, die Nutznießer der heutigen Gesellschaftsprivilegien, uns die Waffen in die Hand drücken, daß wir Proletarier auch — leider! — mit dem „Rüstzeug der Barbaren" kämpfen müssen, wenn wir uns nicht in christlichem Anachronismus von den heutigen Inhabern der organisierten kapitalistischen Gewalt einzeln abschlachten lassen wollen.

Alle Hochachtung vor den Syndikalisten, die im Kriege ihrer antimilitaristischen Gesinnung treu blieben und dem Verbrechen der kapitalistischen Staaten den Dienst verweigerten. Diese Dienstverweigerer haben an revolutionärer Energie und vor allem an sozialistischer Erziehung mehr bewiesen, als manche blutrünstigen Phrasendrescher der Nachrevolutionszeit. Wenn jedoch die Edelkommunisten meinen, daß sie jeder organisierten Gewalt und vor allem dem roten Terror ebenso feindlich ablehnend gegenüberstehen müßten wie dem kapitalistischen Militarismus, so handeln sie inkonsequent. Insofern inkonsequent, als sie die Voraussetzungen der Lebensmöglichkeit der weißen Garden bestehen lassen. Oder bildet sich auch nur ein noch so glühender Jünger Bakunins und Kropotkins ein, das Kapital und der Imperialismus würde freiwillig, gerührt von der pazifistischen Lyrik der Syndikalistenführer, ihre ungeheuren Waffenvorräte abgeben, damit Kater und Genossen sie in aller Ruhe „einschmelzen" könnten? Ach nein, verehrte

Freunde auf der angeblich äußersten Linken, auf diese Naivität, gelinde gesagt, fällt in Deutschland kein denkender Arbeiter herein. Mit Zähnen und Klauen wird sich das besitzende Bürgertum allein gegen die Waffenabgabe wehren. Und die Arbeiter mögen nach syndikalistischem Rezept noch so viel papierne Aufrufe zur Waffenvernichtung, Verweigerung der Dienste für Mordgeräte und Munition erlassen, die Arbeiter können waffenlos, nur den „Syndikalist" in der Tasche, sämtliche Werke besetzt halten — die Maschinengewehre und Minen- und Flammenwerfer der Bourgeoisie werden abermals die Leichtgläubigkeit einer zweifellos vom Besten beseelten Arbeiterschaft blutig ausnutzen und diese aufs neue in die Ketten der Lohnsklaverei zwingen.

Die revolutionäre Entwicklung in Rußland hat gezeigt, daß das Proletariat zur Überwindung des Ausbeutertums und der von diesem immer wieder aufs neue organisierten Gegenrevolution auf die Anwendung der Gewalt nicht verzichten darf, ohne sich nicht selbst den Schlächtereien seiner Klassenfeinde auszuliefern. Es ist eigentümlich, daß die extremen Syndikalisten, deren Parole von den Mitgliedern der Freien Union in den seltensten Fällen befolgt wird, in holder Gemeinschaft mit den ehrlichen Sozialpazifisten vom Schlage Kautskys und den heuchlerischen Sozialpazifisten vom Schlage der blutbesudelten Noskeparteiler und in Verbindung mit anderen kleinbürgerlichen Friedensgesellschaften nicht sehen wollen, daß der rote Terror und der sogenannte rote Militarismus im Abwehrkampf gegen eine viel mächtigere und waffenstarrende Reaktion entstanden ist. Auch hierfür ist Sowjetrußland ein lebendiges Beispiel. Die Bolschewisten brachten Rußland den Frieden und wollten im Frieden einen kommunistischen Gesellschaftsbau beginnen — da stürzten sich die schon lediglich durch das Bestehen eines kommunistischen Staates in ihren Grundfesten erzitternden Kapitalmächte auf dieses rote Rußland und zerrten es gewaltsam in neue Kriege.

Unsere russischen Brüder haben für den sozialistischen Edelmut und für ihre Rücksichtnahme gegen das hinterlistige Bürgertum blutiges Lehrgeld zahlen müssen. Sowjetrußland ist von dem Wahn kuriert, daß beschwörende Phrasen der Liebe und anderer schöner Dinge für den Hausgebrauch die Klassenfeinde des Proletariats umstimmen könnten, den Ausgebeuteten Luft und Licht zu menschenwürdigem Leben zu geben. In seiner empfehlenswerten Broschüre „Proletarische Diktatur und Terrorismus" sagt Karl Radek in einer Polemik gegen Kautskys wissenschaftlich unhaltbare Schrift: „Kommunismus und Terrorismus" die Situation treffend:

> „Genötigt zu wählen zwischen der proletarischen Diktatur mit dem Terrorismus und dem blanken Terrorismus der weißen Diktatur flehen sie (die Gegner der Diktatur. Red.) die Proletarier an: Seid milde, hilfsbereit und gut, und versprechen ihnen, daß sie dem russischen Proletariat ein Grabmal mit der Inschrift setzen werden: „Gefallen, gemeuchelt durch den kapitalistischen Terror, weil es edel war und den Geboten der Menschlichkeit folgte, vorwiegend von Pflanzennahrung gelebt hat, die es hier und da durch kleine Tiere, Raupen, Würmer, Reptilien, eventuell auch nicht flügge kleine Vögel ergänzte. Es tötete aber kein größeres Säugetier, um es zu verzehren. Es blieb darin unseren Urahnen, den Affen gleich. Ehre seinem Andenken!"

Nicht aus Begeisterung zur Gewalt noch zum Mordhandwerk, sondern aus Zwang wird das revolutionäre Proletariat auch die Waffe des unbarmherzigen Terrors anwenden. Denn das Lebensinteresse des um Menschenrechte und Menschenwürde kämpfenden Proletariats steht höher als das Leben einiger Konterrevolutionäre und Saboteure der sozialistischen Herrschaft.

Die Gewerkschaften, die Betriebsräte und die III. Internationale.

Von Richard Müller.

2. Die Betriebsräte.

Der Rätegedanke wuchs in Deutschland mit elementarer Gewalt aus dem Novemberzusammenbruch vom Jahre 1918 heraus. Das Proletariat hatte erkannt, daß die kapitalistische Gesellschaft die Schuld an dem Zusammenbruch trug, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht in der Lage ist, das Proletariat aus dem Elend herauszuheben und daß das Proletariat sich der politischen und ökonomischen Macht bemächtigen, daß es die Produktion kontrollieren und übernehmen muß. Darum schaffte es sich Organe, schaffte es sich die Räte, die als neue Organisationsform die Kampfformationen des Proletariats verstärkten. Unklar in Wesen und Ziel, formte sich der Rätegedanke im Laufe der Entwicklung, im revolutionären Ringen des Proletariats zu einem festen Gebilde. Die Bourgeoisie und mit ihr die Scheinsozialisten und die Gewerkschaftsbureaukraten haben alles versucht, den Rätegedanken zu verfälschen und ihren Zwecken dienstbar zu machen.

Das Gesetz über Betriebsräte ist der lebendige Beweis für den Kampf der Bourgeoisie gegen den Rätegedanken wie für die Verschlagenheit der Rechtssozialisten und der Gewerkschaftsbureaukraten. Es ist der lebendige Beweis dafür, mit welchen Mitteln der Klassenkampf des Proletariats abgedrängt werden soll, und welche Wege zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsweise eingeschlagen werden.

Die revolutionären Räte, die aus der Umwälzung der Novembertage des Jahres 1918 herauswuchsen, konnten sich nicht halten. Ihnen fehlte eine klare theoretische Grundlage und eine revolutionäre Partei, die sie zusammenhielt und führte. Selbst diejenigen Parteien des Proletariats, die wie die U. S. P. D. und K. P. D. sich theoretisch zum Rätesystem bekannten, waren nicht einig über die Aufgaben der Betriebsräte und ihre Zusammenfassung. Aus diesem unhaltbaren Zustande konnten nur die Bourgeoisie und alle anderen Feinde des Proletariats, besonders die, die sich noch innerhalb des Proletariats befinden, Vorteile ziehen.

Die Leitsätze der III. Internationale schaffen die erforderliche theoretische und organisatorische Klarheit. Durch die Betriebsräte soll das Proletariat als Klasse erfaßt werden, d. h. nicht nur der revolutionäre Teil der Arbeiterschaft soll sich Betriebsräte wählen, sondern auch der indifferente Teil, auch diejenigen Teile des Proletariats, die noch im Lager der Scheinsozialisten oder die noch voll im Banne der bürgerlichen Ideologien stehen; ja selbst die, die sich organisatorisch in gelben Werkvereinen zusammenfinden. Es sollen auch nicht nur Betriebsräte gewählt werden, die auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen, sondern sie sollen gewählt werden nach den Richtungen und Strömungen, die zur Zeit noch in der Arbeiterschaft vorhanden sind.

Gegen diese Forderungen der III. Internationale macht sich ein heftiger Widerstand bemerkbar. Das ist um so auffallender, da unmittelbar nach dem Zusammenbruch vom November 1918 Arbeiter- und Betriebsräte gewählt wurden, unbekümmert ihrer politischen Überzeugung. Damals hielt es jeder als eine Selbstverständlichkeit, daß auch die noch im Lager der bürgerlichen Parteien stehenden Arbeiter und Beamten, wie auch die ehemals Gelben an der Wahl der Betriebsräte teilnahmen, und daß auch ihre Vertreter in den Versammlungen der Arbeiter- und Betriebsräte Sitz und Stimme hatten. Die Erfahrungen, die wir als Vertreter der revolutionären Arbeiter damals sammeln konnten, zeigen

Die Gewerkschaften, die Betriebsräte und die III. Internationale.

Von Richard Müller.

2. Die Betriebsräte.

Der Rätegedanke wuchs in Deutschland mit elementarer Gewalt aus dem Novemberzusammenbruch vom Jahre 1918 heraus. Das Proletariat hatte erkannt, daß die kapitalistische Gesellschaft die Schuld an dem Zusammenbruch trug, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht in der Lage ist, das Proletariat aus dem Elend herauszuheben und daß das Proletariat sich der politischen und ökonomischen Macht bemächtigen, daß es die Produktion kontrollieren und übernehmen muß. Darum schaffte es sich Organe, schaffte es sich die Räte, die als neue Organisationsform die Kampfformationen des Proletariats verstärkten. Unklar in Wesen und Ziel, formte sich der Rätegedanke im Laufe der Entwicklung, im revolutionären Ringen des Proletariats zu einem festen Gebilde. Die Bourgeoisie und mit ihr die Scheinsozialisten und die Gewerkschaftsbureaukraten haben alles versucht, den Rätegedanken zu verfälschen und ihren Zwecken dienstbar zu machen.

Das Gesetz über Betriebsräte ist der lebendige Beweis für den Kampf der Bourgeoisie gegen den Rätegedanken wie für die Verschlagenheit der Rechtssozialisten und der Gewerkschaftsbureaukraten. Es ist der lebendige Beweis dafür, mit welchen Mitteln der Klassenkampf des Proletariats abgedrängt werden soll, und welche Wege zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsweise eingeschlagen werden.

Die revolutionären Räte, die aus der Umwälzung der Novembertage des Jahres 1918 herauswuchsen, konnten sich nicht halten. Ihnen fehlte eine klare theoretische Grundlage und eine revolutionäre Partei, die sie zusammenhielt und führte. Selbst diejenigen Parteien des Proletariats, die wie die U. S. P. D. und K. P. D. sich theoretisch zum Rätesystem bekannten, waren nicht einig über die Aufgaben der Betriebsräte und ihre Zusammenfassung. Aus diesem unhaltbaren Zustande konnten nur die Bourgeoisie und alle anderen Feinde des Proletariats, besonders die, die sich noch innerhalb des Proletariats befinden, Vorteile ziehen.

Die Leitsätze der III. Internationale schaffen die erforderliche theoretische und organisatorische Klarheit. Durch die Betriebsräte soll das Proletariat als Klasse erfaßt werden, d. h. nicht nur der revolutionäre Teil der Arbeiterschaft soll sich Betriebsräte wählen, sondern auch der indifferente Teil, auch diejenigen Teile des Proletariats, die noch im Lager der Scheinsozialisten oder die noch voll im Banne der bürgerlichen Ideologien stehen; ja selbst die, die sich organisatorisch in gelben Werkvereinen zusammenfinden. Es sollen auch nicht nur Betriebsräte gewählt werden, die auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen, sondern sie sollen gewählt werden nach den Richtungen und Strömungen, die zur Zeit noch in der Arbeiterschaft vorhanden sind.

Gegen diese Forderungen der III. Internationale macht sich ein heftiger Widerstand bemerkbar. Das ist um so auffallender, da unmittelbar nach dem Zusammenbruch vom November 1918 Arbeiter- und Betriebsräte gewählt wurden, unbekümmert ihrer politischen Überzeugung. Damals hielt es jeder als eine Selbstverständlichkeit, daß auch die noch im Lager der bürgerlichen Parteien stehenden Arbeiter und Beamten, wie auch die ehemals Gelben an der Wahl der Betriebsräte teilnahmen, und daß auch ihre Vertreter in den Versammlungen der Arbeiter- und Betriebsräte Sitz und Stimme hatten. Die Erfahrungen, die wir als Vertreter der revolutionären Arbeiter damals sammeln konnten, zeigen

doch, daß durch das Heranziehen der uns fernstehenden Elemente wir diese für uns gewinnen können.

Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte bestand im Dezember 1918 zu 3/4 aus Rechtssozialisten und Demokraten; selbst einige Deutschnationale waren darunter. Durch die Propaganda der U.-S.-P.-D.-Vertreter, die nur 1/4 der Räte stellten, war es möglich, innerhalb 9 Monaten das umgekehrte Stärkeverhältnis zu schaffen, nämlich 3/4 U. S. P. D. einschließlich einiger Kommunisten und 1/4 Rechtssozialisten und Demokraten.

Der Widerstand gegen die Erfassung aller Arbeiter, auch der Christlichen, Hirsch-Dunkerschen und der Gelben, kommt von den Gewerkschaftsführern. Sie appellieren dabei an das Gefühl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter. „Ihr sollt mit Gelben zusammengehen!" so rufen entrüstet die Gegner der III. Internationale, besonders die Gewerkschaftsführer, den Arbeitern zu. Aber dieselben Leute, die es den Arbeitern als Verbrechen ankreiden, wenn sie mit ihren irregeführten Klassengenossen Fühlung suchen, sitzen mit den Führern der gelben Organisationen in der Arbeitsgemeinschaft an einem Tisch. Und nicht nur das. Der Vorstand des A. D. G. B. schloß mit den Vorständen der christlichen und Hirsch-Dunkerschen Zentralverbände ein Bündnis, durch das sie sich gegenseitig den Mitgliederbestand garantierten. Daran erkennt man am besten die widerliche Heuchelei, die von jenen Leuten im Kampfe gegen die III. Internationale, gegen die Erfassung aller Betriebsräte an den Tag gelegt wird.

Der Reichskongreß der freigewerkschaftlichen Betriebsräte wurde von den Gegnern der III. Internationale einberufen, um ihre Kampfbasis zu verstärken. Die Beschlüsse des Kongresses sollten im Kampf gegen die III. Internationale Verwendung finden. Bei diesem Versuch haben sich die Gewerschaftsbureaukraten als das gezeigt, was sie sind, als Reformisten und Opportunisten. Die Resolution Dißmann, die vom Betriebsrätekongreß angenommen wurde, enthält zwar eine ganze Anzahl revolutionärer Schlagworte; sie spricht auch von der Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte; sie stellt aber neben diese Forderung die Notwendigkeit eines „planmäßigen Aufbaues", einer „organischen Fortentwicklung", das „geistige und organisatorische Einstellen der Hand- und Kopfarbeiter" als Voraussetzung der Vergesellschaftung der Produktion. Sie lehnt sich an die Theorie der Arbeitsgemeinschaften und behauptet, nur die Gewerschaften seien die einzigen Organisationen, die dem Proletariat als Kämpfer, Wegbereiter, als Träger der proletarischen Wirtschaftsordnung dienen könnten.

Außer dieser Resolution Dißmann nahm der Kongreß noch 4 Resolutionen Nörpel an, die von der Regierung eine Novelle zum Betriebsrätegesetz fordern, ein Gesetz über Vorlegung der Betriebsbilanz und ein Gesetz über Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat. Damit setzte der Kongreß seine Hoffnungen auf das bürgerliche Parlament und auf die kapitalistische Regierung. Wenn es in der vom Kongreß angenommenen Resolution Dißmann heißt, daß die organisierte Macht des Unternehmertums über den Staatsapparat und die Machtmittel des Staates verfüge und nicht daran denke, diese Macht preiszugeben, und wenn trotz dieser Erkenntnis der Kongreß durch die Annahme der Resolutionen Nörpel all seine Hoffnungen gerade auf das Herrschaftsinstrument der kapitalistischen Klasse setzt, so kann man daran ermessen, wohin jene Leute kommen, die der Arbeiterschaft revolutionäre Reden und reformistisch-opportunistische Taten geben.

Wenn die Gewerkschaftsführer glaubten, sie könnten den Betriebsrätekongreß und seine Beschlüsse als bedeutsame Faktoren im Kampfe gegen die revolutionären Betriebsräte und gegen die III. Internationale einstellen, so haben sie sich geirrt. Sie selbst sind dabei entlarvt worden, die Beschlüsse des Kongresses werden auch dem letzten Arbeiter die Augen öffnen, sie werden sich richten gegen ihre Väter.

Die Betriebsräte sollen nicht nur Organe der Gewerkschaften sein, sie sollen nicht erweiterte Arbeiter- und Angestelltenausschüsse sein, sie sollen sich auch nicht zu Werkzeugen der Arbeitsgemeinschaften degradieren lassen, sie sollen auch nicht ihre Rechte von einem bürgerlichen Parlament erwarten, sondern sie sollen den Kampf um die Kontrolle der Produktion aufnehmen, sie sollen täglich und stündlich versuchen, in den komplizierten kapitalistischen Produktionsapparat einzudringen, sollen die Sabotage der Unternehmer aufdecken und brechen, damit der Weg frei wird zur Übernahme der Produktion durch das Proletariat.

Die Betriebsräte sollen die Arbeiterklasse auf die Ursachen der Zerrüttung der kapitalistischen Produktion aufmerksam machen und den Weg zeigen, der aus dem Elend herausführt, den Weg des revolutionären Klassenkampfes, damit auch der letzte Arbeiter, gleichviel wo er gestanden hat, Anteil am Klassenkampf nimmt und ein Glied im proletarischen Ringen wird. Nur wenn es gelingt, jene Arbeitermassen loszulösen, die immer noch im Banne der bürgerlichen Gedankengänge stehen, die noch folgen den Reformisten und Opportunisten, nur wenn es gelingt, diese Stützen der Bourgeoisie mit in den Klassenkampf zu ziehen, wird das Proletariat siegen.

Die Betriebsräte können die Gewerkschaften nicht ersetzen; sie müssen vielmehr dafür sorgen, daß die Gewerkschaften erhalten bleiben und zu revolutionären Industrieverbänden umgestaltet werden. Es wird den Betriebsräten am ehesten gelingen, die reformistischen Tendenzen innerhalb der Gewerkschaften und die opportunistischen Führer zu beseitigen, da ja in den meisten Fällen zwischen Vertrauensmann der Gewerkschaft und Betriebsrat eine Personalunion besteht. Die Gewerkschaften sind Massenorganisationen des Proletariats. Sie führen in der kapitalistischen Wirtschaft den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, während die Betriebsräte diejenigen Organe sind, die die gesamte Arbeiterklasse vertreten und den Kampf um die Kontrolle der Produktion zu führen haben.

Die Betriebsräte werden ihre Aufgabe nicht erfüllen können, wenn sie planlos und ohne organisatorischen Halt an die Arbeit gehen. Sie werden sie auch nicht erfüllen können, wenn sie sich unter die Leitung der opportunistischen Führer der Gewerkschaften stellen. Sie müssen sich organisatorisch verbinden und aus ihrer Mitte eine Leitung wählen. Eine selbständige Organisation aller Betriebsräte ist notwendig. Sie darf aber nicht Selbstzweck werden, sondern muß Mittel zum Zweck sein. Sie darf nichts Dogmatisches, Starres haben, sondern muß frei und beweglich sein und sich einstellen je nach den Notwendigkeiten des proletarischen Klassenkampfes.

Zwischen den Gewerkschaften und den Betriebsräten muß eine ständige und enge Verbindung geschaffen werden. Gegenwärtig sind ihre Aufgaben noch getrennt; sie berühren sich des öfteren und fließen hier und da auch einmal ineinander. Die Abgrenzung und Verteilung der Aufgaben kann nur das Ergebnis der Entwicklung der sozialen Revolution sein. Im Laufe dieser Entwicklung wird sich zweifellos auch ein einheitlicher Organisationstypus herauskristallisieren.

Die politische Partei des revolutionären Proletariats, die sich auf den Boden der Leitsätze der III. Internationale stellt, muß den Gewerkschaften und den Betriebsräten für ihre Tätigkeit die Richtung und das Ziel geben. Eine theoretisch klare, zielbewußte und tatbereite politische Partei muß den Gewerkschaften und den Betriebsräten zur Seite stehen. Weil bisher in Deutschland diese revolutionäre politische Massenpartei fehlte, weil sich selbst diejenigen Parteien, die auf dem Boden des Rätesystems stehen, bisher bekämpften, deshalb blieb die Gewerkschaftsbewegung in ihrer reformistischen Bahn und deshalb gelang es auch den Reformisten und Scheinsozialisten, die Betriebsräte auf eine falsche Bahn zu lenken.

Nachdem nun in Deutschland die Klärung innerhalb der politischen Parteien erfolgt ist und durch die Leitsätze der III. Internationale die theoretische und organisatorische Grundlage für ein einheitliches Vorgehen geschaffen ist, wird es auch gelingen, die Gewerkschaften und die Betriebsräte nicht nur dem proletarischen Klassenkampf zuzuführen, sondern mit Hilfe dieser drei Grundformen der Organisation der Arbeiterklasse, der Partei, den Gewerkschaften und den Räten den Kampf des Proletariats erfolgreich zum Siege zu führen.

Der Kampf um die Jugend.

Von Willi Elberfeld.

Neben der Frauenbewegung war es die Jugend, die als erste dem Burgfrieden und der nationalistischen Kriegshetze schärfsten Kampf ansagte; die viel früher als die Parteien sich wieder zu den internationalen Grundsätzen bekannte und die Spaltung mit den Verfechtern des Sozialpatriotismus in der „Arbeiterjugend" vollzog.

Unter der Führung Liebknecht-Dunker gründete sich damals die „Freie sozialistische Jugend", und es ist leicht erklärlich, daß die viel kampfesfreudigere Jugend geschlossen bis zum Frühjahr 1919 zum Spartakusprogramm stand. Dann machten sich auch hier bald die unter der erwachsenen revolutionären Arbeiterschaft vorhandenen Gegensätze bemerkbar. Ihr Organ, die „Junge Garde", führte mit den der Jugend eigenen radikalen Formen einen schroffen, rücksichtslosen Kampf gegen die U. S. P. D. So kamen viele Jugendliche in einen Konflikt mit den in der U. S. P. organisierten Eltern, und im Zentralkomitee der U. S. P. ging man daran, eine eigene Zeitschrift zu gründen (Engelbert Graf stellte sich hierfür zur Verfügung), die dann auch sehr schnell die Spaltung der Jugend zur Tatsache machte. Nur wenige linksstehende U.-S.-P.-Genossen, denen es weniger auf den Nachwuchs für die Partei, als auf die Erziehung der Jugend im revolutionär-kommunistischen Sinne ankam, traten gegen die von den Instanzen betriebene Spaltung auf.

Die neue Bewegung nannte sich „Sozialistische Proletarierjugend"; sie gab sich ein Programm, nach dem sie „unabhängig von der erwachsenen Arbeiterschaft die Zukunftsaufgaben und die Gegenwartsforderungen" erfüllen wollte. Das ist natürlich, wie jeder nüchtern Urteilende zugeben muß, eine Unmöglichkeit; denn die Jugend ist ein Teil der Arbeiterklasse, sie leidet unter der gleichen wirtschaftlichen Not wie ihre Väter. Ja noch mehr! Sie muß ihre Arbeitskraft zu viel ungleicheren Gegenwerten dem Kapitalismus zur Verfügung stellen, muß in viel stärkerem Maße unter den Folgen der Kriegsernährung leiden. Eine Neutralität gegenüber den Parteien ist deshalb ein grober Unfug, ein ausgeklügeltes Machwerk. Tatsächlich ist diese Erklärung nur eine Maske gewesen um den sich dahinter verbergenden Absichten — der U. S P. D. dienstbar zu sein — einen besseren Wirkungskreis zu sichern. Nur deshalb bekannte sich die Zentrale der S. P. J. — wenn man die Organisation kennzeichnen will, muß man schon vom eingenommenen Standpunkt der Leitung ausgehen, die von der Gesamtmitgliedschaft eingesetzt worden — nicht öffentlich und programmatisch zur politischen Partei, weil ihr dann die Jugendlichen, die zum großen Teile auf dem linken Flügel standen und nicht gewillt waren die U. S. P. als ganzes, also auch den konterrevolutionären rechten Flügel zu decken, fortgelaufen wären. In Wahrheit ist denn auch nirgends etwas davon zu merken gewesen, die „Sozialistische Proletarierjugend" war ein Glied der U. S. P. D.

Unsere arbeitende Jugend, die gut genug ist Mehrwert zu schinden, dem Militarismus als besonders geeignetes Objekt zu dienen, hat nicht nur das Recht, sondern hat

die unbedingte Verpflichtung, sich um die großen politischen Fragen zu kümmern. Sie darf nicht nur an Vergnügungen und Spielen, an Dichter- und Musikabenden teilnehmen, nein, sie muß an der Seite der erwachsenen Arbeiterschaft, ihr voran, für unser gemeinsames Ziel kämpfen. Dazu bedarf es einer intensiven Schulung und Erziehungsarbeit. — Die Frage: Ist diese Tätigkeit von der Sozialistischen Proletarierjugend, insbesondere von der Zentrale und der Zeitschrift, die bis vor kurzem in den Händen des Genossen Engelbert Graf lag, erfüllt worden? muß verneint werden. Wer die Zeitschrift verfolgt hat und die Bewegung kennt, wird das bestätigen müssen. (Der Bezirk Berlin-Brandenburg hatte es seit langem abgelehnt, die Zeitschrift unter die Mitglieder zu vertreiben.) Engelbert Graf weiß sehr viel, aber dennoch ist er ein schlechter Politiker. So wie er, war der größte Teil der Bewegung. In manchen Nummern seiner Zeitschrift findet sich nicht ein Satz über eine der vielen wichtigen politischen Fragen, die das Weltproletariat bewegen. Da wo dazu Stellung genommen worden, geschah es im Sinne der Hilferding-Kautsky. Pazifist und Reformist durch und durch, bekämpft er jeglichen Militarismus, verwirft er die Roten Garden Sowjetrußlands und wird so zum Antibolschewisten. Unsere Jugend aber braucht Pädagogen, die den Prozeß des Weltgeschehens vom marxistischen Standpunkt aus behandeln, die den Bürgerkrieg nicht verdammen und fürchten, sondern ihn wie Marx als den einzig rechtmäßigen Krieg in der Geschichte anerkennen.

Die Mehrzahl der Jugendlichen war nach der Spaltung in der „Freien sozialistischen Jugend" verblieben. Diese hat zum guten Teil dieselben Krankheiten wie die K. P. D. durchmachen müssen und jetzt, nachdem sie die K.-A.-P.-D.-Elemente abgestoßen hat, kann sie als eine einheitliche revolutionäre kommunistische Bewegung angesprochen werden. Sie ist eine Hauptträgerin der Kommunistischen Jugendinternationale.

Der beantragte Beitritt der Sozialistischen Proletarierjugend zur Kommunisten Jugendinternationale mußte von derselben abgelehnt werden, weil erstens selbstverständlich in jedem Lande nur eine Organisation angeschlossen sein kann und zweitens weil die Zentrale der S. P. J. zwei Programmforderungen und zwar die entscheidenden, die das Wesen der Kommunistischen Jugendinternationale ausmachen — über die politische Aktion der Jugend und der Anlehnung an die der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien — ablehnte. Darin liegt der Kern der Sache. Genau wie die Hilferding-U.-S.-P.-Leute nur Scheinanhänger der Diktatur des Proletariats und damit der Durchführung der Weltrevolution sind, genau so sind die Führer der bisherigen U.-S.-P.-Jugend Gegner des revolutionären Klassenkampfes. Und wenn damals die Aufnahme abgelehnt wurde, so hat das Exekutivkomitee recht gehandelt; mit solchen Leuten darf man nicht in die Kommunistische Internationale einziehen wollen, sie würden nur den stolzen Bau untergraben.

So finden wir auch in unserer Jugend dieselben Gegensätze, wie sie in der Partei vor Halle bestanden. Auf der einen Seite die große Masse der arbeitenden Jugendlichen, auf der andern einige opportunistische Führer mit ihrem irregeleiteten Anhang. Die Zeitschrift der Sozialistischen Proletarierjugend schwieg sich nach Möglichkeit über die Frage der Internationale — das heißt: die Frage der Weltrevolution, die Frage der Vereinigung der gesamten revolutionären Jugend — aus oder nahm nur in wenigen Sätzen einen ablehnenden Standpunkt ein. Ja, sie hat niemals das Programm und die Statuten der Kommunistischen Jugendinternationale abgedruckt. Die Unzufriedenheit der Jugendlichen war daher mit der Zeit so groß geworden, daß einige Ortsgruppen von dem Übertritt in die Freie sozialistische Jugend, die sich zum Teil schon den Namen „Kommunistische Jugend" zugelegt hat, nicht mehr zurückzuhalten waren In diesem Augenblick verständigten sich führende Jugend-

genossen aus den wichtigsten Bezirken und gaben ein eigenes Mitteilungsblatt heraus, in welchem sie der in der Leipziger Buchdruckerei sitzenden Zentrale den schärfsten Kampf ansagten und die Jugendlichen aufforderten, zu der am 7. bis 9. November stattfindenden Reichskonferenz nur solche Delegierte zu wählen, die auf dem Boden der Kommunistischen Jugendinternationale stehen und gewillt sind, die Vereinigung mit der Freien sozialistischen Jugend zu einer großen „Kommunistischen Jugend" durchzuführen. Diese linksstehende Opposition hat auch bereits mit dem Exekutivkomitee Fühlung genommen und aus den Verhandlungen ging hervor, daß man uns freudig begrüßen wird und uns in jeder Weise unterstützen will. Aufnahmebedingungen sind nicht gestellt. Das ist auch nicht notwendig, denn die Kommunistische Jugendinternationale ist ein Mitglied der Kommunistischen Internationale selbst, welches sich den internationalen Beschlüssen unterzuordnen hat. Damit ist die Situation klar gegeben. Es gibt nur ein Für oder Gegen. Jeglicher Kompromiß ist zum scheitern verurteilt. Die Reichskonferenz, auf der die Linke ohne Zweifel die Mehrheit sein wird, wird mit allen Illusionen aufräumen und der Vereinigung der revolutionären Jugend die Bahn ebnen.

In dem letzten Mitteilungsblatt der Linken in der S. P. J. heißt es am Schlusse eines Artikels über die Neutralitätsfrage:

> „Über unsere Stellung zu den Parteien kann nunmehr kein Zweifel aufkommen. Die ‚Neutralität' ist ein grober Unfug gewesen, wie es ein Unding war, Revolutionäre und Reformisten unter einen Hut — der U. S. P. D. — zu bringen. **Solange die kommende Vereinigte Kommunistische Partei die wirkliche revolutionäre Kampforganisation der arbeitenden Massen sein wird, so lange wollen wir in treuer Waffenbrüderschaft mit ihr gemeinsam kämpfen und siegen!**"

Genossen und Genossinnen! Ein sehr großer Teil unserer führenden Genossen und die eifrigsten Funktionäre unserer Partei sind aus der Jugendbewegung hervorgegangen. Das ist der Beweis für die Wichtigkeit, die der Erziehung unserer Jungen und Mädchen im revolutionären Sinne beigelegt werden muß. Trotz der vielen Arbeit, die ihr in der Partei und im Betriebe zu leisten habt, richten wir an euch die dringende Mahnung: **Kümmert euch um eure Jugend, unterstützt sie nach besten Kräften! Habt Verständnis für deren psychologische Bedürfnisse und Eigenarten.** Es darf nicht mehr vorkommen, daß man Jugendliche wegen der geringen Zahl ihrer Jahre für unfähig erklärt und sie so ständig zurückstößt. Die Jugend kann nicht unter die Herrschaft einer Partei gestellt werden, sie muß und wird ihre organisatorische Selbständigkeit bewahren.

Jetzt und in den bevorstehenden schweren Kämpfen werden viele Opfer fallen; da muß die Jugend in die Bresche springen. Erkennt die Situation wie Leo Trotzki, der in Jekaterinburg folgendes sagte:

„Der Kommunismus ist der Kampf für die Zukunft, für das Glück der neuen Generationen. Unsere nächste Zukunft gehört der jungen Generation. Je mächtiger und stärker die Jugendbewegung wird, um so fester ist unsere Überzeugung, daß die Gegenrevolution keinen Sieg über uns davontragen wird. Wir haben große Reserven. Die Jugend organisationen der ganzen Welt, und vor allem bei uns in Rußland, erziehen viele Tausende junger Kämpfer, von denen jeder, wenn seine Stunde schlägt, einen im Kampf gefallenen Genossen ablösen und seinen Platz in unseren Reihen nehmen wird. **Die Bewegung, die hinter sich die Arbeiterjugend hat, ist unzerstörbar!** Gegrüßt sei die Jugend, die uns Ablösung bringt!"

Die Verschiedenheit der Kampfbedingungen der Revolution im Osten und Westen.

Von Viktor Stern.

(Schluß)

Eine Schwierigkeit findet Bauer hier nur insofern, als der Großgrundbesitz, wenn seine Produktivität nicht leiden soll, nicht wie in Rußland aufgeteilt werden darf, sondern sozialisiert werden muß. Gerade das aber, was in Rußland nur teilweise gelang, ist hier weitaus leichter durchzusetzen, weil ja hier nach der siegreichen Revolution das Industrieproletariat dem Landproletariat gegenüber mit Leichtigkeit die Führung festhalten kann. Es ist ganz unerfindlich, wie die Diktaturgegner immer wieder behaupten können, im Agrarstaat Rußland sei die Proletariatsdiktatur möglich, im Industriestaat nicht, was die russischen Reformsozialisten freilich nicht hinderte, zu sagen, die westlichen Staaten seien so weit, der Agrarstaat Rußland müßte erst die kapitalistische Phase durchmachen. Es ist doch ganz klar, daß die Bedingungen für eine Herrschaft des Proletariats hier weitaus günstiger sind. Hier ist die Landwirtschaft von der Industrie im höchsten Grade abhängig. Die primitive Wirtschaft und die unmenschliche Bedürfnislosigkeit des russischen Bauern ist hier ganz unbekannt. Kohle, Düngemittel, Elektrizität, Gas, Werkzeuge, Maschinen und zahllose Bedarfsartikel kann die Landbevölkerung nicht entbehren. Die Geldwirtschaft ist hier viel weiter und tiefer eingebürgert, so daß der Bauer verkaufen und kaufen muß, der Bauernklasse fehlen hier nicht nur die dichten Zentren, über welche das Proletariat verfügt, auch ihr eigentlichstes Siedlungsgebiet ist überall durchsetzt von Industrieproletariern, sie ist kaum noch in der Abwehr fähig zu einer physischen Machtentfaltung. Dazu kommt das ungeheure zahlenmäßige Übergewicht des Proletariats, während in Rußland das Proletariat in verschwindender Minderheit war. Wohl war dort der Bauer revolutioniert, aber nur im Sinne des Landhungers und nur bis zur Befriedigung desselben. Nachher wurde er ein durch seine Masse gefährliches Hindernis der Revolution. Hier würde auch kein Mensch daran denken, dem Bauern, der sein Feld selbst bebaut, dasselbe wegzunehmen, auch die Sozialisierung der mittleren und großen Bauerngüter wird wohl kaum von heute auf morgen möglich sein. Alle diese Besitzer werden also, wenn sie sehen, daß ihr Besitz zunächst unangetastet bleibt, sich viel rascher mit dem neuen Zustand abfinden, da ihnen die Wirtschaftsform in der Industrie im Grunde genommen ganz gleichgültig ist, sie aber andererseits *ein Interesse daran* haben, *daß sich der Staat* lieber *durch* *Aneignung des ungeheuren Produktivkapitals* und *der großen Güter* an Stelle von Schulden Reichtum verschafft, *statt Steuern einzuheben.* In dieser Hinsicht sind die Industriestaaten, insbesondere Deutschland, *in entscheidender Weise besser daran als Rußland.* Dort ist der Reichtum vor allem Boden und der konnte fast gar nicht zugunsten der Gesamtheit enteignet werden, weil eben das Proletariat gegenüber der bäuerlichen Masse zu schwach war. Hier ist die Sozialisierung des Großgrundbesitzes eine Selbstverständlichkeit und hier steckt *der Reichtum* vor allem im gewaltigen *Industriekapital.* Hier gewinnt also die Gesamtheit durch die Sozialisierung, in demselben Maße, in welchem diese fortschreitet, gewaltige Werte und befreit sich dadurch von den Folgen der gegenwärtigen Defizitwirtschaft.

Neben diesen aus der Klassenschichtung sich ergebenden Unterschieden hebt Bauer noch eine ganze Reihe anderer hervor. Die russische, überwiegend aus Bauern bestehende Bevölkerung sei leichter zu ernähren, hier bedürfe es „eines ungleich komplizierteren Transport-, Verteilungs- und Austauschmechanismus“, um die Städte und Industriegebiete vor dem Hunger zu schützen. Bauer übersieht die ungeheuren Schwierigkeiten, die gerade in Rußland der Ernährung des Proletariats entgegenstanden, und *auf deren Ernährung kam es an,* da sie die Träger der Diktatur waren, ihr Hunger die Gefahr eines Ab- und Rückfalles heraufbeschwor. In Rußland müssen die Lebensmittel aus ungeheuren Entfernungen herbeigeschafft werden, Rußland hat ein unent-

wickeltes und durch den Krieg zerrüttetes Verkehrswesen und in Rußland kann das Industrievolk dem Landvolk nicht genügend Waren im Austausch bieten. Damit soll die ungeheure Bedeutung, die tatsächlich insbesondere dem Transportmechanismus zukommt, natürlich nicht geleugnet oder verkleinert werden, aber gerade beim Transportmechanismus hat das Proletariat schon oft bewiesen, daß es allein imstande ist, ihn aufrechtzuerhalten und zu beherrschen.

Bauer behauptet weiter, ein Agrarstaat wie Rußland sei vom Ausland viel weniger abhängig als ein moderner Industriestaat, in welchem daher die internationalen Wirtschaftsbeziehungen nicht durch die proletarische Revolution unterbrochen werden dürften. Auch dieses Argument würde, wenn es richtig wäre, nicht so sehr die Proletariatsdiktatur, sondern den Sozialismus überhaupt hier als unmöglich erweisen, wie überhaupt die Verteidiger der Demokratie sich überall und immer genötigt sehen, Argumente gegen die Durchführung des Sozialismus in absehbarer Zeit ins Treffen zu führen, und dadurch indirekt selbst bestätigen, wie sehr parlamentarische Demokratie und Kapitalismus einander gegenseitig bedingen. Bauer weiß offenbar selbst ganz genau, daß er hier eigentlich gegen den Sozialismus polemisiert, denn er hebt hervor, daß durch die Sprengung der kapitalistischen Formen der Güteraustausch mit den kapitalistischen Staaten, vor allem mit Amerika, unmöglich gemacht werde. In Amerika sei aber der Kapitalismus durch den Krieg gestärkt worden.

Es ist ein ganzes Sammelsurium von Irrtümern, die da Bauer unterlaufen. Schon das ist nur sehr bedingt richtig, daß Rußland vom Ausland unabhängiger ist als ein moderner Industriestaat. Rußland braucht den Güteraustausch zum Aufbau seiner Wirtschaft auf das allernötigste, und Deutschland hat jahrelang bei vollständigster Isolierung eine geradezu unerhörte Kraftentfaltung gezeigt, die ohne wirtschaftlichen Rückhalt nicht möglich gewesen wäre. Bauer berücksichtigt aber nicht, daß gerade, um den Güteraustausch zu ermöglichen, der Sozialismus und darum auch die Diktatur, die ihn erzwingt, unumgänglich notwendig ist. Gegenwärtig erhält Deutschland von außen für Milliarden Luxuswaren, kann infolge der Valuta und des Fehlens des Kredits nicht genügend Rohstoffe und Lebensmittel kaufen, verliert aber gewaltige Massen an Rohstoffen, Lebensmitteln und Produktionsmitteln im Wege der Schiebung und des Ausverkaufs. Wir brauchen die Entscheidung der Gesamtheit über den Güteraustausch, was im kapitalistischen Staat eine unerfüllbare Utopie ist, und wir brauchen Kredit, für den es heute keinen Träger gibt, obwohl reale Grundlagen da sind. Millionen von Arbeitskräften und alle technischen Voraussetzungen sind z. B. hier in Deutschland vorhanden, um gelieferte Rohstoffe zu veredeln, so daß der Kreditgeber die Sicherheit haben könnte, die Vorschüsse an Rohstoffen, Lebensmittel mit Zinsen zurückzubekommen, aber der Einzelunternehmer ist heute nicht sicher genug, und der Staat, der allein auf die realen Grundlagen des Kredits, auf die Arbeitskraft des Volkes hinweisen könnte, ist besitzlos, wahnsinnig überschuldet, also auch nicht kreditfähig. Ein Staat aber, der durch Enteignung an die Stelle von Schulden Vermögen setzte, sich in den Besitz der Produktivkräfte brächte, wäre ein unbedingt sicherer Kreditträger, dem nach vielem Sträuben auch die kapitalistischen Staaten den nötigen Kredit gewähren würden, weil das Kapital in letzter Linie nur ein Gesetz kennt, das ist sichere Verwertung und Verzinsung. Bauer vergißt ferner, daß für Mittel- und Westeuropa die Dinge in dieser Hinsicht weitaus günstiger liegen als für Rußland. Rußland war allein, als die Revolution siegte, Mittel- und Westeuropa fänden bereits einen unermeßlichen sozialistischen Agrarstaat vor. Trotz aller Kriegsgewinne wäre Amerika von einer Gemeinschaft dieser sozialistischen Staaten tausendfach abhängiger als umgekehrt. Schon jetzt fehlt es Amerika am nötigen Absatz, schon jetzt verschärft sich auch dort die Krise täglich. Darum ist es auch falsch, zu behaupten, daß der Kapitalismus in Amerika aus dem Kriege gestärkt hervorging. Amerikas Kapitalisten haben sich nur am meisten bereichert, aber im Kapitalismus bewirkt eine solche Bereicherung nur Verschärfung der Krise des Kapitalismus, da der gewachsene Reichtum auch breitere Verwertungsmöglichkeiten braucht. Amerika will seine Riesenkapitalien verwerten, produzierte massenhaft, aber die erschöpfte Menschheit kann nicht kaufen, und das überreiche Amerika erlebt auch seine Krise und damit Revolutionierung der Massen. Natürlich geht diese Revolutionierung um so langsamer vor sich, je weniger der Staat im Kriege gelitten, je größere Kapitalien zur Korrumpierung eines Teiles der Arbeiterschaft zur Verfügung stehen, aber sie ist dennoch überall ein unaufhaltsamer Prozeß.

In ganz offenbare Widersprüche verwickelt sich endlich Bauer, wenn er darauf hinweist, daß in Industriestaaten die *Umschichtung der Produktion*, die der Sozialisierung erst Wert und Bedeutung verleiht, in viel größerem Umfang nötig ist als im Agrarstaat, und daraus den Schluß zieht, daß hier der Weg der Demokratie vorzuziehen sei, denn er sagt selbst:

> „Die Diktatur wirft nicht nur alle Widerstände gewaltsam nieder, die die Bourgeoisie dem großen Umschichtungs- und Rationalisierungsprozeß bereiten kann, sie bricht auch viel leichter als der demokratische Sozialismus die Widerstände, auf die dieser Umschichtungsprozeß in der Arbeiterschaft selbst stößt.“

Dennoch bezweifelt Bauer die Möglichkeit, größere Massen intelligenter, selbstbewußter Arbeiter zwangsweise derartig zu kommandieren. Die Umschichtung müsse hier planmäßig, im Einvernehmen mit den Arbeitergruppen und durch die Lockungen günstigerer Lebensbedingungen, aus allen diesen Gründen aber viel langsamer und allmählicher erfolgen. Das alles könnte man zur Not noch gelten lassen, aber Bauer verrät mit keiner Silbe, inwiefern die Diktatur diese nach seiner Ansicht zweckmäßigere oder allein mögliche Art der Umschichtung hindert, die in Wirklichkeit durch sie auch nur begünstigt werden könnte. In seinen Betrachtungen über diese Seite der Sozialisierung *widerspricht* sich auch Bauer von Absatz zu Absatz in der auffallendsten Weise. Er nennt es zuerst zwecklos, den juristischen Akt der Expropriation mit einem Schlage diktatorisch zu vollziehen und gibt doch schon im nächsten Abschnitt zu, daß es vielleicht doch nicht anders gehen werde und möglich sei und kommt schließlich zu der ganz unsinnigen Vorstellung, es ließe sich in einer *vorübergehenden Diktatur* die rechtliche Basis schaffen und dann unter wiederhergestellter Demokratie sehr langsam die wirkliche Umgestaltung vollziehen, als ob nicht gerade diese reale Umgestaltung auf die größten, nur diktatorisch zu überwindenden Widerstände stoßen müßte, als ob die Klassen, denen man die juristische *Form* abgerungen hat, dieses Ergebnis der Diktatur in der folgenden Demokratie nun einfach widerstandslos anerkennen würden.

Bei all dem hat Bauer, wie gesagt, *nur die Unterschiede* berücksichtigt, nicht aber die wesentlichen und weitaus bedeutsameren Faktoren, die Rußland und uns gemeinsam sind, und nur den Weg der Diktatur als den einzigen möglichen erscheinen lassen. Aber selbst in dieser einseitigen Betrachtung ergibt sich bei genauerer Prüfung die Haltlosigkeit des Bauerschen Gedankengangs. Gewiß ist bei uns *die Besiegung der kapitalistischen Klassen weitaus schwieriger*, aber es stehen hier dem Proletariat auch *ungleich gewaltigere Kräfte* zur Verfügung, die freilich durch einen Teil der Führer und ihren Anhang noch eine Zeitlang geschwächt und gehemmt werden, es besteht aber auch hier *in weitaus größerem Maße*, und das ist entscheidend, *die harte Notwendigkeit der Diktatur*, weil der Industriestaat die Krise des Kapitalismus stärker erleidet, weil hier auch die zu überwindenden Widerstände viel hartnäckiger sind. Wie kann man glauben, daß die Klasse, von der Bauer meint, sie werde sich nicht fügen, wenn die Arbeiter die Staatsgewalt und die Gewehre in der Hand haben werden, einfach das Feld räumen werde, wenn ihr eine demokratische Regierungsform entscheidenden Einfluß auf allen Gebieten gewährt und sie bei ihrer Sabotage nichts zu fürchten haben. Für die Kapitalistenklasse ist jeder ernstliche Beginn der Sozialisierung *das Signal zum Bürgerkrieg*. Das Festhalten an der Demokratie ist entweder ein *bewußter Verzicht* auf den Sozialismus oder eine Folge der *Illusion*, man könnte den herrschenden Klassen die Abdankung, ohne sie zu besiegen, ablisten. Gewiß sind die Bedingungen des Kampfes in allen Staaten verschieden. Dafür aber, daß auch in den Industriestaaten, daß insbesondere auch in Deutschland die Entwicklung mit geschichtlicher Notwendigkeit dem Proletariat den Weg der Diktatur weist, ist unter anderem auch *das gewaltige Anschwellen der Massen*, die sich immer klarer und bewußter *auf den Boden der Diktatur stellen*, ein sehr eindrucksvoller Beweis. Als Marxisten können wir darin kein bloßes Resultat der „Verhetzung“ sehen, sondern nur die Form, in der sich eine ökonomische Notwendigkeit auswirkt.

An die Arbeiterorganisationen aller Länder!

Kameraden! Das Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung in allen Ländern, verursacht durch das unerhörte Elend, das infolge des Krieges über das internationale Proletariat hereingebrochen ist, fordert von den Arbeitern der ganzen Welt, daß sie ernsthaft daran gehen, einen internationalen Generalstab der Gewerkschaften ins Leben zu rufen. Die täglichen Ereignisse unseres Klassenkampfes beweisen, daß das Heil nur von einem internationalen Kampfe erwartet werden darf. Heute mehr als je zuvor bäumt sich Klasse gegen Klasse auf. Alle Kräfte der internationalen Bourgeoisie, alle ihre Mittel und Quellen sind vereinigt in einer einzigen, geschlossenen internationalen Klassenorganisation. Der Generalstab der Bourgeoisie ist die Liga der Nationen, die über den Kolossalapparat der zeitgenössischen kapitalistischen Staaten verfügt, jeden Augenblick bereit, beim Herannahen der sozialen Gefahr alle ihre Quellen, alle ihre Kräfte in den Kampf zu stürzen. An dem Beispiel Rußlands und Ungarns haben wir gesehen, in welchem Maße sich das internationale Kapital seiner Klassenstellung bewußt, wie straff es organisiert war. Sowjetungarn ist erstickt worden unter dem einstimmigen Beifallsgeheul der Exploiteure aller Länder, und wenn Sowjetrußland bis zum heutigen Tage noch nicht erstickt worden ist, so ist das nicht etwa ein Versehen des internationalen Kapitals, ganz gewiß nicht! Aber es ist sein Unglück....

Die Bourgeoisie ist stark, nicht nur, weil sie sich bewußt ist, eine einheitliche Klasse zu sein, nicht nur, weil sie organisiert ist und den internationalen Charakter des sich entwickelnden Kampfes klar begriffen hat, sondern ihre Überlegenheit beruht weit mehr und hauptsächlich darauf, daß die Proletariermassen im Rückstande sind, daß sie keine Klassenerziehung besitzen, und endlich darauf, daß gerade Arbeiterorganisationen ihr in ihrem Kampfe gegen die Arbeiter als Stützen dienen. Das ist eine Ungeheuerlichkeit, aber — es ist eine Tatsache.

Was ist denn in Wirklichkeit seitens der Gewerkschaften, sowohl der Groß- als auch der Kleinmächte, während des Krieges geschehen? Wie haben sie die große Idee von der internationalen Solidarität ihrer Klasse und der Brüderschaft aller Proletarier verwirklicht? In erdrückender Mehrheit haben die Gewerkschaften ihren Regierungen als Pfeiler der Kriegspolitik gedient. Sie handelten in Übereinstimmung mit den kapitalistisch-nationalistischen Räuberbanden ihres Landes, was bei den Arbeitern die lebhaftesten chauvinistischen Instinkte wachgerufen hat. Und daß der Krieg so lange gedauert hat, und daß Millionen unserer Brüder uns jetzt nicht Folge leisten, und daß Europa in einen ungeheuren Friedhof verwandelt worden und das Proletariat in eine verzweifelte Lage geraten ist — alles das verschulden zu einem außerordentlich großen Teil diejenigen Länder der Arbeiterbewegung, die die Massen verraten haben, und die statt der Parole: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! die neue Parole: Proletarier aller Länder, tötet euch, erdrosselt euch gegenseitig! lanciert und verbreitet haben.

Jetzt aber haben dieselben Leute, die alle diese Jahre hindurch die Lakaien ihrer Regierungen abgegeben haben, die alle ihre Energie darauf verwendet haben, die Zerstörung der Völker durch die Völker zu organisieren, — dieselben Leute haben sich unterfangen, eine Internationale der Gewerkschaften ins Leben zurückzurufen, die sich selbst zerstört, durch ihren Verrat. In Bern und in Amsterdam haben sich die in der Verteidigung der Bourgeoisie erprobten Kämpfer zusammengefunden: die Legien, die Jouhaux, die Appleton und andere Genossen, und nachdem sie sich lange genug herumgezankt und sich gegenseitig Vorwürfe an den Kopf geworfen hatten, wie dies unter Nationalisten, unter Chauvinisten üblich ist, schufen sie eine internationale Föderation

der Gewerkschaften... Und die Basis dieser Föderation? Und ihr Programm? Und was denkt diese internationale Föderation von den zu solcher Schärfe zugespitzten sozialen Konflikten, in denen wir uns befinden? Wie denkt sie aus der Sackgasse herauszukommen, in die die imperialistische Bourgeoisie die Menschheit getrieben hat? Antwort auf alle diese Fragen gibt uns die Tatsache, daß die Inspiratoren und Arbeiter der Föderation der Gewerkschaften in Amsterdam gleichzeitig die Hauptmitwirkenden des berühmten Arbeitsbureaus sind, in der Räuberhöhle, die sich die „Liga der Nationen" nennt. Denn dieses Arbeitsbureau ist zusammengesetzt aus Vertretern der organisierten Arbeitgeber, der Gewerkschaften und der „neutralen" bürgerlichen Regierungen.

Die Hauptaufgabe dieses Bureaus ist, wie man weiß, die Fortsetzung und Befestigung dessen, was allen imperialistischen Ländern als Basis ihrer Kriegspolitik gedient hat, nämlich: die Zusammenarbeit der Klassen, durch die das internationale Kapital in die Lage gesetzt wird, die Arbeiterschaft auch weiterhin ungestört auszubeuten.

Es ist also ganz deutlich zu erkennen, daß die Amsterdamer Föderation nichts weiter ist als eine spanische Wand, welche dazu dienen soll, die gelben Chefs der Gewerkschaftsbewegung zu verbergen, die in das Lager der Imperialisten übergegangen sind, und die sich noch jetzt bemühen, wie sie es auch während des Krieges getan haben, die organisatorische Macht der Gewerkschaften zum Vorteil der kapitalistischen Gesellschaft zu mißbrauchen. Es ist selbstverständlich, daß diese den Interessen der beiden Klassen, die doch entgegengesetzter Natur sind, geradezu ins Gesicht schlagende Vereinigung, eine absolute Unfruchtbarkeit, eine äußerste Unfähigkeit der beiden Organisationen im Gefolge haben mußte: Die Amsterdamer Föderation und das Internationale Arbeitsbureau sind nicht fähig, in irgendeinem wesentlichen Punkte die Interessen der Arbeiterklasse zu befriedigen, weil beide Organisationen nichts als die Interessen der Bourgeoisie im Auge haben.

Als schlagendes Beispiel für diese Unfruchtbarkeit läßt sich das Verhalten der Amsterdamer internationalen Föderation hinsichtlich Ungarns und Sowjetrußlands anführen: Die Föderation hat es ohne den allergeringsten Protest geschehen lassen, daß Ungarn erstickt worden ist, und wenn sie sich jetzt angestrengt hat, in einer sehr bescheidenen Weise, durch organisierten Boykott bessere Gefühle in der Arbeiterschaft wachzurufen, so ließ sie sich dennoch mit dem Henker Horthy, demselben, der durch seine Politik des weißen Schreckens die Idee des Zusammenarbeitens der Klassen kompromittiert hat, in einen Kompromiß herbei. Und genau so handelt die Föderation Sowjetrußland gegenüber: sie hat bis jetzt noch nicht daran gedacht, sich klar und entschlossen gegen die Intervention in Rußland auszusprechen, weil sie weiß, daß gerade eine solche Haltung der Entente besonders angenehm und gelegen ist. Diese Haltung der Amsterdamer Föderation entspringt logisch aus der Politik der nationalen Elemente, aus denen sie zusammengesetzt ist. Eine Vereinigung, an deren Spitze sich Sozialpatrioten und und Verräter an der Sache der Arbeiter verschiedener Länder befinden, kann nichts anderes sein, als eine internationale Vereinigung des Verrats.

Aber die Gewerkschaftsbewegung der Welt kann sich mit der einfachen Konstatierung dieser Tatsache nicht begnügen. Der soziale Kampf wird von Tag zu Tag erbitterter, der Bürgerkrieg hat längst die nationalen Grenzen überschritten. In diesem furchtbaren Kampfe, in dem sich zwei Welten, zwei Lebensanschauungen feindlich gegenüberstehen, können die revolutionären politischen Vereinigungen nicht anders als aktiv Stellung nehmen, und zwar an der Seite der kommunistischen Parteien ihrer Länder. Es ist offenbar, daß die Föderation der Gewerkschaften in Amsterdam, da sie eine Hilfsorganisation der Liga der Nationen darstellt, nicht als richtunggebendes Zentrum für die revolutionäre proletarische Gewerkschaftsbewegung dienen kann. Es ist vielmehr dringend erforderlich, ein

neues Zentrum zu schaffen, das dem Amsterdamer entgegengestellt wird. Es ist dringend notwendig, — und es ist geschaffen worden, nämlich am 15. Juli in Moskau, durch die Vertreter der Zentralen von Rußland, Italien, Spanien, Jugoslawien, Bulgarien und der Minoritäten von Frankreich und Georgien, unter dem Titel: Internationaler Sowjet der Gewerkschaften. Der neue große Generalstab der revolutionären Gewerkschaftsbewegung, die schon mehr als 8 Millionen Mitglieder zählt, wendet sich bei dem Eintritt in seine Tätigkeit an die Gewerkschaften der ganzen Welt und fordert sie auf, vollkommen mit all denen zu brechen, die sich einer verbrecherischen Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie schuldig machen, und sich einzuordnen unter die Fahnen derer, die einen unversöhnlichen und unerbittlichen Klassenkampf für die Emanzipation der unterdrückten Menschheit führen.

Nicht Frieden, sondern Kampf bietet der Internationale Sowjet der Gewerkschaften der Bourgeoisie aller Länder, und diese Tatsache charakterisiert im wesentlichen seine Tätigkeit. Unser Programm ist der Umsturz der Bourgeoisie durch Gewalt, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, ein Klassenkampf ohne Gnade und Barmherzigkeit, weder in der nationalen noch in der internationalen Domäne und eine enge und unauflösliche Vereinigung mit der Kommunistischen Internationale.

Diejenigen, welche glauben, daß die Arbeiterklasse die soziale Frage durch Unterhändler und durch eine Vereinigung mit der Bourgeoisie lösen könne; diejenigen, welche glauben, daß die Bourgeoisie dem Proletariat die Produktionsmittel gutwillig übergeben wird, sobald dies die Majorität im Parlament errungen haben wird; diejenigen, welche glauben, daß in einer Epoche, in der die Gesellschaft eine vollkommene Umwälzung erfahren hat, in der die Geschichte der ganzen Welt zur Entscheidung gelangt, allein die Gewerkschaften „neutral" bleiben können; diejenigen, die in unserer Epoche des grausamen Bürgerkrieges den sozialen Frieden predigen: alle diese Herren, die an die Spitze der Gewerkschaftsorganisationen gestellt sind, mögen wissen, daß wir sie als die Feinde unserer Klasse betrachten, und daß wir bereit sind, gegen sie und gegen die Organisationen, die sie ins Leben gerufen haben, einen Kampf ohne Erbarmen zu führen.

Der Internationale Sowjet der Gewerkschaften und die Amsterdamer Föderation der Gewerkschaften stehen diesseits und jenseits der Barikade: der eine kämpft für die soziale Revolution, die andere verteidigt die soziale Reaktion. Für die Arbeiter, für die wahren Revolutionäre ist es nicht schwer, ihre Wahl zu treffen.

Es lebe die proletarische Weltrevolution!
Es lebe die Diktatur des Proletariats!
Es lebe der Internationale Sowjet der Gewerkschaften!
Es lebe die 3. Kommunistische Internationale!

Moskau, den 1. August 1920.

Der Internationale Sowjet der Gewerkschaften.



Bücherbesprechungen.

Die kapitalistische Welt und die Kommunistische Internationale. Manifest des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale. 1920. Verlag der Komm. Internationale. (32 S. 1,— M.)

Dieses vom zweiten Moskauer Kongreß beschlossene Manifest an die Arbeiter aller Länder enthält in gedrängter Kürze und fesselnder Sprache — es entstammt der Feder Trotzkys — den Inhalt und das

Resultat der Kongreßverhandlungen. Nach einem treffenden Überblick über die internationalen Beziehungen des imperialistischen Staatensystems und der verzweifelten wirtschaftlichen Lage der kapitalistischen Welt zeigt es in lapidaren Sätzen den überall sich zuspitzenden Klassenkampf, die heuchlerische Lüge der „Demokratie" der Wilson, Lloyd George, Millerand und Giolitti. Wo wir hinschauen, mehr oder weniger offenen Bürgerkrieg zwischen Kapital und Arbeit. Dann folgt eine kurze Schilderung des Kampfes der russischen Sowjetrepublik, ihre militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen, worauf das Manifest schließt mit einer Darlegung des Wesens, der Methoden und der Aufgaben und Ziele der Kommunistischen Internationale. wst.

Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919. Herausgegeben von der K. P. D. (56 Seiten, 1,— *M.*)

Bericht über den zweiten Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24. Oktober 1919. Herausgegeben von der K. P. D. (68 S., 1,— *M.*)

Jeder Genosse, der sich über die K.P.D. orientieren will, insbesondere auch alle unsere Funktionäre, sollten diese beiden Parteitagsprotokolle lesen, die außerordentlich wertvoll sind zur Beurteilung der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Der erste Bericht enthält u. a. das Referat Liebknechts über die Abtrennung von der U. S. P. und zeigt ganz deutlich, wie verfehlt damals dieser Schritt war. Greifen wir nur einen Satz Liebknechts heraus: „Im Grunde ist die U. S. P. tot und in der Verwesung." Welche Verkennung der damaligen Situation! Dann folgt die Debatte über die Nationalversammlung mit dem unheilvollen Beschluß, sich nicht an den Wahlen zu beteiligen. Die Gewerkschaftsdebatte führte zu keinem Ergebnis, alle Anträge wurden einer Kommission überwiesen. Den größten Teil des Berichts nehmen das Referat Rosa Luxemburgs über das Programm des Spartakusbundes und das bekannte, von ihr verfaßte Programm ein: „Was will der Spartakusbund?" Für uns von besonderem Interesse sind die im Protokoll teilweise wiedergegebenen Verhandlungen mit den Berliner revolutionären Obleuten der U. S. P. unter der Beteiligung Däumigs, Ledebours, Richard Müllers usw. über ein gemeinsames Vorgehen bei der Gründung der neuen Partei. Diese Verhandlungen sind damals bekanntlich gescheitert. Den Schluß bildet ein kurzes Referat Dunkers über die Internationale. Seine damals vorgelegte und angenommene Entschließung läßt mit keinem Wort vermuten, daß drei Monate später die Gründung der dritten kommunistischen Internationale beschlossen werden würde.

Der Bericht über den zweiten Parteitag zeigt die schwere innere Krise der Kommunistischen Partei dreiviertel Jahre nach ihrer Gründung. Der gefühlsmäßige Syndikalismus hatte derart Oberwasser gewonnen, daß sich die von marxistischem Geist getragene Zentrale zum offenen und energischen Bruch mit all den unklaren und verworrenen Elementen hinter Rühle, Laufenberg und Wolfheim entschloß. Eine große politische Rede des Genossen Levi gegen den Syndikalismus eröffnete den Kampf, und dann kam es zu schweren Auseinandersetzungen mit den Elementen, die nach der Debatte und nach der Abstimmung über die von der Zentrale vorgelegten Leitsätze aus der Partei ausgeschieden wurden. Diese Aussprache über alle Fragen des Syndikalismus und die Bestrebungen der jetzigen K. A. P. D. sind auch für unsere Genossen sehr lehrreich. Die vom Parteitag angenommenen Leitsätze über „kommunistische Grundsätze und Taktik" entsprechen ganz unseren Anschauungen. Das gleiche muß man feststellen von den weiteren Leitsätzen, die der Parteitag nach Referaten und ausführlichen Aussprachen über den Parlamentarismus und die Gewerkschaftsfrage annahm. Fast alle Leitsätze enthalten allerdings einige agitatorische Wendungen gegen die U. S. P., die der Berechtigung zum Teil entbehren. Das große Verdienst dieses zweiten Parteitags ist die Reinigung von allen nichtmarxistischen Elementen und die Annahme von klaren marxistischen Beschlüssen. Besonders bemerkenswert in dieser Hinsicht ist die Entschließung über den Parlamentarismus.

Aus dem Bericht über die Organisation geht hervor, daß die K. P. D. im Oktober 1919, also vor der Spaltung mit den Genossen der K.-A.-P.-Richtung, 106656 Mitglieder zählte. wst.

G. Sinowjew: Die Tagesfragen der Internationalen Arbeiterbewegung. Herausgegeben vom Westeuropäischen Sekretariat der kommunistischen Internationale. 1920. (116 Seiten. 5,50 *M.*)

Diese Schrift Sinowjews enthält die von ihm dem Moskauer Kongreß vorgelegten Thesen über: „Die Rolle der Partei in der proletarischen Revolution", „Die Aufgaben

der kommunistischen Parlamentarier", „Wann und unter welchen Bedingungen dürfen Arbeiterräte geschaffen werden?", „Aufnahmebedingungen für die kommunistische Internationale". Diese Thesen sind bekanntlich vom Kongreß mit mehr oder weniger bedeutenden Änderungen angenommen und beschlossen worden. Da sie von der Parteipresse abgedruckt worden sind, bringen sie unseren Genossen nichts neues.

Neu dagegen sind in dem Büchlein zwei recht lesenswerte Arbeiten von Sinowjew. Eine über die Aufgaben des zweiten Kongresses der kommunistischen Internationale mit sehr treffenden Ausführungen über die wichtigsten vom Kongreß zu behandelnden Fragen, wie Parlamentarismus, Syndikalismus, Zentralismus, Bedeutung der Partei usw. Die zweite Arbeit behandelt die Frage: „Partei und Gewerkschaften". Von besonderem Interesse darin sind die Bemerkungen über die Politisierung der Gewerkschaften und deren Aufgaben während der Periode der proletarischen Diktatur. wst.

G. Sinowjew: Die Rolle der Kommunistischen Partei in der Proletarischen Revolution. Herausgegeben vom Westeuropäischen Sekretariat der K. J. 1920. (54 Seiten. 2,30 *M.*)

Vorliegende Broschüre gibt das Referat Sinowjews über die Bedeutung und die Aufgaben der Kommunistischen Partei wieder, das er auf dem zweiten Kongreß in Moskau gehalten hat. In dieser Rede wendet sich S. vor allem gegen die Syndikalisten und die sogenannten „Linken" Kommunisten, wie wir sie in Deutschland in der K. A. P. haben, gegen die Verneiner der politischen Partei. Seine Rede enthält auch treffende Stellen über den Zentralismus und gegen die Reformisten. Dem Referat angefügt ist die vom Kongreß beschlossene These über die Aufgaben der Kommunistischen Partei. rr.

Klara Zetkin: Der Weg nach Moskau. Verlag der Kommunistischen Internationale. Berlin 1920. (31 Seiten.)

In klarem, geistvollem Stile bespricht in dieser Broschüre Genossin Zetkin den Kampf um den Anschluß an die dritte Internationale in der U. S. P., wobei sie treffende Worte gegen Kautsky, Hilferding, Dittmann und Crispien findet. Auch das, was sie über die Bedingungen schreibt, ist sehr zutreffend. Die alte marxistische Vorkämpferin der deutschen Arbeiterklasse zeigt hier dem revolutionären Proletariat den Weg, den es um seiner selbst willen gehen muß. rr.

Tony Sender: Diktatur über das Proletariat oder Diktatur des Proletariats. Das Ergebnis von Moskau. Verlag Volkrecht, Frankfurt a. M. (16 Seiten.)

Eine der vielen Enttäuschungen in dem Kampfe gegen unsere U.-S.-P.-Menschewisten war die Lektüre dieser „Schrift" von Tony Sender. Eine solch elende Sudelei und Schmiererei — anders kann man ihre neueste „Leistung" wahrlich nicht bezeichnen — hätten wir ihr wirklich nicht zugetraut. Der Zufall wollte es, daß mir diese Broschüre gleich nach dem Lesen der so kampfesfrohen und revolutionären Arbeit Klara Zetkins in die Hände fiel. Wenn irgendwo, dann kann man bei dem Vergleich dieser beiden Schriften sagen: wie Tag und Nacht! Bei Klara Zetkin das wärmende Feuer revolutionärer Begeisterung und die klare marxistische Erkenntnis revolutionärer Notwendigkeiten, bei Tony Sender, ach, nichts von alledem, statt dessen elenden Schmutz, Entstellungen, Unwahrheiten usw., ohne auch nur den geringsten Versuch, die Thesen und Bedingungen der dritten Internationale in ihrer Bedeutung zu verstehen. Da Tony Sender noch auf der Reichskonferenz den Kampf gegen uns mit der bei ihr bisher gewohnten Sachlichkeit führte, ist es um so notwendiger, dieses Produkt, das von den Hilferdingen in Massen verbreitet wurde, zu kennzeichnen als das elendeste Machwerk des ganzen Kampfes um die Internationale. In der flachsten und plattesten Weise betet sie alle seichten und unwahren Phrasen Artur Crispiens sklavisch nach, von der angeblichen „Unehrlichkeit" der Däumig und Stoecker bis zur „Bonzendiktatur" und dem „Pfaffenkonventikel" von Moskau. Sie, die einst mit uns vereint gegen die Opportunisten in unserer Partei kämpfte, wagt es heute, in ihrer Schmähschrift mit Entrüstung von dem „angeblichen Opportunismus in der U. S. P." zu sprechen. Tony, Tony, wie tief bist du gesunken! Halte dir den Spiegel vor, so siehst du eine deutsche Menschewistin, die einst eine Bolschewistin werden wollte, so siehst du Opportunismus in Reinkultur. Sogar vor offenbaren Schwindelmanövern schreckt Tony Sender nicht mehr zurück in ihrem Kampfe für den Opportunismus der Hilferding, Dittmann, Crispien usw. Gleich auf der ersten Seite schreibt sie, die dritte Internationale bestände nur „aus Parteisplittern und den deutschen Kommunisten". Weiß Tony Sender nichts von der italienischen Partei, weiß sie nichts von der norwegischen Sozialdemokratie, weiß sie nichts von der bulgarischen, nichts von der jugoslawischen, ehemals

serbischen Partei, alles Parteien, die in ihren Ländern die führenden, sozialistischen Parteien sind und seit einem Jahre der dritten kommunistischen Internationale angehören? Artur Crispien hat das Sprüchlein ja auf der Reichskonferenz vorgebetet, dann muß es wahr sein, denkt Tony und betet es nach, in einer Broschüre, die in Massen den deutschen Arbeitern zugänglich gemacht wurde.

Aber wozu noch viele Worte. Titel wie Inhalt dieser Schrift zeigen, daß Tony Sender für den revolutionären Marxismus unwiderruflich verloren ist. Arm in Arm mit Rudolf Hilferding fordert sie heute das Jahrhundert in die Schranken. rr.



Eingegangene Schriften.

(Eine Besprechung einzelner Schriften behält sich die Redaktion vor.)

Schikowski, Dr. **John:** Sitten- und Charakterbilder aus der französischen Revolution. Verlag „Vorwärts", Berlin SW 68.

Wege zum Sozialismus: Robert Owen und der Sozialismus; ausgewählt und eingeleitet von Helene Simon. Proudhon und der Sozialismus, von Dr. Gottfr. Salomon. Lassalle und der Sozialismus, von Ed. Bernstein. Verlegt bei Paul Cassirer, Berlin W 10. Pro Band 4 *M*.

Franz Pfemfert: Die Sozialdemokratie bis zum August 1914. Verlag Die Aktion, Berlin-Wilmersdorf. Preis 3 *M*.

Emil Barth: Aus der Werkstatt der deutschen Revolution. A. Hoffmanns Verlag, Berlin O 27. Preis 8,50 *M*.

Tschitscherin: Der Friede von Versailles. Verlag Karl Hoym Nachf., Hamburg 11. Preis 75 *Pf*.

Marx—Engels: Die Diktatur des Proletariats. Aktion-Verlag, Berlin-Wilmersdorf. Preis 3 *M*.

Varga, Dr. **Eugen:** Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur. Genossenschaftsverlag „Neue Erde", Wien VII, Mariahilfer Str. 74a. Preis 12,50 *M*.

Radek, Karl: Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der Kommunistischen Partei. Verlagsbuchhandlung Karl Hoym Nachf., Hamburg 11, Admiralitätstr. 19. Preis 4,50 *M*.

Kaff, Sigmund: Die Sozialisierung der Wirtschaft durch die Genossenschaften; mit einem Anhang: Die Bilanz der Sozialisierungsaktion. Verlag „Neue Erde", Wien VII. Preis 6 *M*.

Bela Kun: Was wollen die Kommunisten? Verlag Karl Hoym Nachf., Hamburg 11 Preis 1,20 *M*.

Bucharin, N. und E. Preobraschensky: Das ABC des Kommunismus. Verlag der Arbeiterbuchhandlung, Wien VIII, Alserstr. 69.

Kaff, Sigmund: Probleme der Demokratie. Verlag „Neue Erde", Wien VII, Mariahilfer Str. 74a. Preis 5 *M*.

Kocmata, Karl F.: Dr. Victor Adler und die österreichische Arbeiterbewegung. Verlag „Neue Erde". Preis 4 *M*.

Neurath, Otto: Betriebsräteorganisation als Wirtschaftsorganisation. Verlag „Neue Erde". Preis 2 *M*.

Pogány, Josef: Der weiße Terror in Ungarn. Verlag „Neue Erde". 192 Seiten. Preis 16 *M*.

Zetkin, Clara: Der Weg nach Moskau. Verlag der Kommunistischen Internationale. Preis 1 M.

Lenin, N.: Kundgebungen. Verlag „Aktion", Berlin-Wilmersdorf. Preis 3 M.

Rühle, Otto: Das kommunistische Schulprogramm. Verlag „Aktion". Preis 6 M.

Bergmann, Smilga, Trotzky: Die russische sozialistische Rote Armee. Internationaler Verlag, Zürich. Preis 3,50 M.

A. Losowski: „Die Gewerkschaften in Sowjetrußland." Verlag A. Seehof & Co. Berlin C 54. Preis 2 M.

„Die kapitalistische Welt und die kommunistische Internationale." Manifest des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale. Verlag der Kommunistischen Internationale. Preis 1 M.

A. Losowski: „Eroberung oder Zerstörung der Gewerkschaften." Frankes Verlag G.m.b.H., Leipzig, Kreuzstr. 3b.

A. Schlapnikow: „Die russischen Gewerkschaften." Kleine Bibliothek der russischen Korrespondenz Nr. 1, Leipzig. Preis 0,50 M.

Karl Radek: „Programm des Sozialistischen Wirtschaftsaufbaues." Kleine Bibliothek der russischen Korrespondenz Nr. 2, Leipzig. Preis 0,50 M.

„Die Beschlüsse des IX. Kongresses der Kommunistischen Partei Rußlands." (Moskau 29. März bis 4. April 1920.) Kleine Bibliothek der russischen Korrespondenz Nr. 3/4. Preis 1 M.

L. Trotzki: „Sowjetrußland und das bürgerliche Polen." Verlag A. Seehof & Co., Berlin C 54. Preis 0,50 M.

Prof. N. A. Gredeskul: „Befreite Arbeit." Verlag A. Seehof & Co., Berlin C 54. Preis 0,50 M.

Goldschmidt, Dr. Alfons: Die Wirtschaftsorganisation Sowjet-Rußlands. Ernst Rowohlt Verlag, Berlin W 35. Preis 40 M, gebunden 50 M.

Radek, Karl: Deutschland und Rußland. Herausgegeben von der Redaktion der Russischen Korrespondenz.

Wendel, Hermann: Aus und über Südslawien. Verlag „Vorwärts", Berlin SW. Preis 5,40 M.

Beer, M.: Der britische Sozialismus der Gegenwart (1910 bis 1920). Verlag J. H. W. Dietz, Stuttgart. Preis 5 M.

Eltzbacher, Paul: Der Bolschewismus und die deutsche Zukunft. Verlag Eugen Diederichs, Jena. Preis 2,50 M.

Hoerschelmann, Harald von: Person und Gemeinschaft. Die Grundprobleme des Bolschewismus. Verlag Eugen Diederichs, Jena. Preis 5 M.

Horner, K.: Sozialdemokratie und Kommunismus. Verlag Karl Hoym Nachf., Hamburg 11. Preis 1,80 M.

Schmidt, Georg: Sozialdemokratie und Landwirtschaft. Verlag „Vorwärts", Berlin.

Schwantje, Magnus: Sollen wir jede ehrliche Überzeugung achten? Verlag Neues Vaterland, Berlin. Preis 2 M.

Rühle, Otto: Die Revolution ist keine Parteisache. Verlag „Aktion", Berlin-Wilmersdorf. Preis 0,80 M.

Oehme Walter: Ein Bekenntnis deutscher Schuld, Beiträge zur deutschen Kriegführung. Verlag „Neues Vaterland", Berlin. Preis 4 M.

Thiemann, Kuno: Das Auswärtige Amt und die Notwendigkeit seiner Reorganisation. Verlag „Neues Vaterland". Preis 2,50 M.

Rotten, Dr. Elisabeth: Aufgaben künftiger Völkerbund-Erziehung. Ernst Rowohlt Verlag, Berlin W 35. 23 Seiten.

Kommunistische Rundschau

Herausgegeben von

Ernst Däumig, Curt Geyer, Walter Stoecker

Nummer 4 — 25. November 1920 — 1. Jahrgang

Erscheint monatlich zweimal

Inhalt:

Preis 1 Mark

A. Hoffmann's Verlag, G. m. b. H., Berlin O 27, Blumenstr. 22 I

Postscheckkonto: Berlin 1893 — Fernsprecher: Amt Alexander 2270

Kommunistische Rundschau

Nummer 4 | Berlin, 25. November 1920 | 1. Jahrgang

Nachdruck der Artikel mit Quellenangabe gestattet.

Die Finanzierung der Konterrevolution.

Von Paul Böttcher.

Unter den Prachtexemplaren von Gottesgnadenfürsten, die durch die deutsche Geschichte gewandert sind, nehmen die biederen Landesväter, die ihre Maitressen aus dem Erlös verkaufter Menschen bei guter Laune erhielten, eine würdige Stelle ein. Die Fürsten in Württemberg sollen nach einem anerkennenden Ausspruch der jeweiligen Untertanen „immer böse Kerle gewesen sein". Dieser naive Stolz der Altschwaben scheint allerdings nicht bis in das Zeitalter der sozialen Revolution zu reichen. Schwerlich hätte sich Crispien sonst dazu verleiten lassen, dem letzten gekrönten Haupte Württembergs den „Dank des Volkes" abzustatten. Vor Jahrhunderten, als es noch keine Sozialdemokraten gab, waren die armen Teufel auf ihre Gewalthaber nicht so gut zu sprechen. Das trifft insbesondere auf den Herzog Karl Eugen zu, der im Jahre 1752 Blut und Leben seiner „Untertanen" ins Ausland verkaufte. Der verschwenderische Herzog schloß in diesem Jahre einen jener berüchtigten Subsidienverträge mit Frankreich ab, in denen auf eine Reihe von Jahren eine bestimmte Anzahl Soldaten dem französischen Hof zur Verfügung gestellt wurden. Karl Eugen bewertete damals sechstausend Mann mit 325 000 Livres jährlich. Ein großer Hof in einem kleinen Lande verschlingt viel Geld. Die italienischen und französischen Buhldirnen sowie der ganze durch die Töchter des eigenen Landes ergänzte Harem kosteten ein Heidengeld. Weitere Soldaten mußten verkauft werden. Im Oktober 1759 stand ein neues Heer marschbereit für Frankreich. Millionen hat Karl Eugen aus dem Menschenhandel gewonnen. Für die Österreicher machte es dieser durchlauchte Landesvater billiger. Für die Bagatelle von 50 000 Gulden lieferte er ihnen im Jahre 1760 11 000 Mann. So ganz einfach war es nun freilich nicht, diese Massen unter den Korporalstock zu bringen. Die Stellvertreter Gottes hatten jedoch für die „Aushebung" der Rekruten ihre Werkzeuge. In Stuttgart fand der Herzog im Hauptmann Rieger ein schwarzes Subjekt für seine gewaltsamen Masseaushebungen. Dieser herrschsüchtige Despotenknecht organisierte den Menschenraub, indem er die jungen Männer nachts aus den Betten riß oder während der Kirche überfallen und wegschleppen ließ. England und Spanien machten damals von der Offerte des württembergischen Landesvaters keinen Gebrauch, und so blieb der Hauptabnehmer Frankreich.

Die Gebeine Karl Eugens faulen längst in irgendeiner Gruft. Der Menschenhandel aber lebt. Wieder ist es Frankreich, das in Süddeutschland den Herzögen ohne Purpur und Krone, aber mit weitreichender Machtbefugnis, Gelder gibt zum Kauf von Menschenfleisch. Die Zerrüttung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse in Europa zwingt dem siegreichen Frankreich die Unterstützung der deutschen Monarchisten und Konterrevolutionäre auf. Während die Regierung der französischen Republik mit stolzer Geste ihre Ohnmacht hinter einem scheinbar unbeugsamen Starrsinn in der Frage der Revision des Versailler Friedens verbirgt, haben die bürgerlichen Interessengruppen der plutonischen Republik die Paragraphen jenes Gewaltfriedens längst durchbrochen. Die zweite Pariser Kommune soll in München ihre Bartholomäusnacht feiern, noch ehe über dem Quai d'Orsay die rote Fahne flattert. Auf der diplomatischen Bühne des Welt-

theaters agieren Lloyd George, Fehrenbach, Millerand, Simons. Das Parterre und die Logen klatschen Beifall. Hinter den Kulissen feiert das europäische Finanzkapital Orgien, Versöhnungsfeste. Bei Champagner und Trüffeln organisiert Paris den Aufstand von Orgesch und Escherich. In Bayern rollt der französische Frank. Die Propaganda der Bayrischen Königspartei wird aus denselben Quellen gespeist wie der Krieg Polens gegen Sowjetrußland.

Folgende Tatsachen liegen vor. Das Organ der Christlichsozialen Partei in Bayern „Das neue Volk" beschuldigt die Führer der Bayrischen Königspartei Mayer-Koch und Graf Bothmer, daß sie sich bei Frankreich um finanzielle Unterstützung ihrer Bestrebungen bemühen. Hierauf erklärt Graf Bothmer nach einem Bericht der Frankfurter Zeitung im „Bayrischen Königsboten" in weitschweifigen Ausführungen, er habe bis heute nicht das Vergnügen gehabt, den General de Metz kennen zu lernen. Was die Geldfrage anlange, so habe er vor dreiviertel Jahren 200 000 Mark von seinen Freunden für politische Zwecke erhalten. Davon habe er rund drei Viertel in die Wahlbewegung der Christlichen Volkpartei des Rheinlandes gesteckt, nur rund 50 000 seien nach Bayern gegangen, davon 20 000 in den Verlag des „Königsboten". Diese Erklärung scheint nicht alle Mitglieder der Bayrischen Königspartei, unter denen ja die splendiden Freunde des Grafen gesucht werden müssen, befriedigt zu haben. Drei ihrer führenden Persönlichkeiten richten folgenden offenen Brief an den Landesvorsitzenden der Bayrischen Königspartei Mayer-Koch: Die in der heutigen Nummer des „Bayrischen Königsboten" erschienene Erklärung gibt keine Klarheit über den Punkt, ob Sie jemals französisches Geld für die Bayrische Königspartei direkt oder indirekt angenommen haben. Als deutschnationale Männer und Mitglieder der Bayrischen Königspartei verlangen wir sofort eine offene und unzweideutige Erklärung darüber von Ihnen. Ackermann, Frhr. v. Halkett, Oberst a. D., v. Schleich, Major a. D." An Stelle der Leiter der Königspartei antwortet die Frankfurter Zeitung. Sie schreibt: „Wir glauben einen Beitrag zur Beantwortung dieser Frage liefern zu können. Wie wir nämlich auf Grund zuverlässiger Informationen festzustellen in der Lage sind, ist die Summe von 200 000 Mark, mit der Graf Bothmer die Christliche Volkspartei des Rheinlandes und den „Bayrischen Königsboten" unterstützt hat, aus den offenbar recht reichen Mitteln des Doktor Dorten geflossen. Bei der Prüfung der Frage, ob in Bayern „der französische Frank rollt", muß man es den um die Reinlichkeit ihrer Partei besorgten Mitgliedern der Königspartei überlassen, zu entscheiden, ob sie das Geld, das von Dorten stammt, als französisches Geld ansprechen wollen oder nicht."

Dies ist kurz der Tatbestand. Ein paar ausgediente Offiziere aus der bayrischen Königszeit haben noch nicht begriffen, daß die Restauration der Monarchie keine spezifische deutsche Angelegenheit ist. Sie sehen im Gegensatz zu Stinnes und den Seinen in Frankreich immer noch den Erbfeind. Politik ist halt immer noch die schwache Seite des deutschen Offizierkorps a. D. Die pensionierten Oberste und Majore werden beschwichtigt werden und in Zukunft wird man auf beiden Seiten bei der Abwicklung von Geldgeschäften etwas vorsichtiger sein. Die Tatsache selbst bleibt bestehen. Frankreich betreibt die Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts durch die Aufrichtung einer konterrevolutionären Hegenomie.

Frankreich ist nach dem Weltkriege zum reaktionärsten Staat Europas geworden. Die Politik Millerands ist nach wie vor eingestellt auf die kapitalistische Renaissance Rußlands. Petersburg soll an Paris die Zarenschulden zahlen, damit die Gläubiger der französischen Provinzen den Bestand der Millerand-Herrschaft nicht gefährden. Frankreich zittert vor der sozialen Revolution in Deutschland. Es schwankt noch in der Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Zustände in Deutschland. Es weiß noch nicht genau, wie weit es die Interessen des deutschen Kapitals mit den eigenen verknüpfen soll. Doch das

Gespenst eines Sowjet-Deutschlands läßt dem französischen Kapital keine ruhige Stunde. Die Besetzung des Ruhrreviers ist ein Abenteuer mit unsicherem Ausgang. Die Koalition mit der süddeutschen Konterrevolution zur Erdrosselung der industriellen Revolutionsherde ist ein etwas längerer, dafür aber scheinbar sicherer Weg. Die Loslösung des deutschen Juden von dem industriellen Mittel- und Norddeutschland zerschlägt nicht nur Deutschland als einigen Großstaat, sie schafft auch die direkte Verbindung mit der „kleinen Entente" und mit dem konterrevolutionären Randstaatengürtel, der um Sowjet-Rußland gelegt ist. Die außenpolitischen Ziele Frankreichs decken sich zunächst mit den innerpolitischen Aufgaben der süddeutschen Konterrevolutionen, hieraus erklärt sich die Finanzierung der letzteren durch die Pariser Banken. Gleichzeitig wird der deutschen Arbeiterschaft wieder einmal glänzend demonstriert, daß Vaterlandsliebe eine sehr schöne Sache für Kinderfibel und Kreditbewilliger ist.

Die französischen Gelder für die Wiederherstellung der „staatlichen Ordnung" in Deutschland beweisen noch etwas anderes. Sie erbringen den Nachweis, daß die bayerische Regierung, wenn nicht überhaupt die reichsdeutsche Regierung, durch Geheimverträge mit den Ententestaaten in der Bewaffnung des Bürgertums gedeckt sind. Die bayerische Kappregierung würde es schwerlich wagen, täglich ihre Bereitschaft zum Bürgerkrieg auf allen Märkten auszuschreien. Sie tut es mit dem sicheren Gefühl des Steinklopferhannes: Es kann mir ja nix g'scheh'n.

Engels bemerkt in seinem Vorwort zum deutschen Bauernkrieg sehr treffend, daß die Kleinbürger höchst unzuverlässig sind, „ausgenommen, wenn man gesiegt hat, dann ist ihr Geschrei in den Bierkneipen unermeßlich". Neben dieser Gesellschaftsschicht stützen sich die süddeutschen Regierungen noch auf die konservativen kleinen Acker- und Weinbauern. Sie, die infolge ihrer ökonomischen Lage die Verbündeten des Proletariats gegen den Kapitalismus sein sollten, sind gegenwärtig die Bundesgenossen der bürgerlichen Regierungen gegen die Arbeiterklasse. Sie sind die innerpolitische Stütze der Konterrevolution. Die ökonomische Verfassung Deutschlands verleiht diesen Mittelschichten mit Einschluß der reaktionären Beamten eine bedenkliche Stärke gegenüber dem auf industrielle Inseln und Städte verteilten Proletariat. Ganz Süddeutschland ist mit einem dichten Netz von Einwohnerwehren überzogen. Dazu kommt die sogenannte Verkehrswehr, die sich aus Beamten zusammensetzt und angeblich dem Schutze von Eisenbahn und Post dienen sollen. Auf den Verkehrsanstalten, Rathäusern und Oberämtern, sowie in den Gutshöfen lagern Waffen und Munition in großen Mengen. Von Bayern aus wird vornehmlich Württemberg stark bearbeitet. Die beiden Landesregierungen arbeiten Hand in Hand. Es ist gar kein Zweifel möglich: Die Gegenrevolution arbeitet nach einem großzügig angelegten Plan. Mit ungarischem und französischen Geld wird das Menschenmaterial gekauft, das eingesetzt werden muß zur Niederwerfung des Proletariats. Von Mainz bis nach Eger ist es halb so weit wie von Berlin bis nach München. Der Aufstand der süddeutschen Weißgardisten gegen den industriellen Norden würde sofort an dieser schmalen Mainlinie die Verbindungen mit dem Ausland aufnehmen. Die weitere Zernierung und Aushungerung der Großstädte, der Mittel- und norddeutschen Industriereviere mit Unterstützung des agrarischen Ostens ist dann nur eine Frage weniger Tage. Der Friede von Riga hat ein bewaffnetes Weißpolen mit imperialistischen Tendenzen zwischen Rußland und Deutschland belassen. Die polnische Bevölkerungszahl beträgt nach dem Rigaer Frieden 28 Millionen. Vier Millionen mehr wie nach dem Versailler Frieden. Der Flächeninhalt umfaßt 385 000 Quadratkilometer. Der polnische Militarismus wird von Frankreich ebenso gut finanziert wie die deutsche Orgesch. Den polnischen Truppen ist es demnach ein leichtes, einen Aufstand des schlesischen Proletariats durch dessen Abschnürung von Deutschland zwischen Glogau und Görlitz vorzunehmen und die Verbindung herzustellen mit den deutschen Weißgardisten.

Das ist die politisch-strategische Lage. Es kommt hinzu die ökonomische Position des deutschen Proletariats. Die Wirtschaftskrise greift immer weiter um sich. Das Unternehmertum hat in Gemeinschaft mit der Regierung die Offensive gegen die Arbeiterklasse aufgenommen. Sie legt die Betriebe still, läßt verkürzt arbeiten und treibt die Arbeitslosen zur Verzweiflung. Dieses menschenfreundliche Werk unterstützt sie durch Spitzel und Agenten. In den Blutbächen der Hungerrevolten versucht die Konterrevolution den geschlossenen Aufstand des Proletariats noch bevor er zur Tat wird, zu ersäufen. Die Schlächter hierzu soll der deutsche Süden liefern. „Störenfriede, Volksverderber und Volksverführer" sollen nach dem Programm des Herrn v. Kahr von urbayerischer Kraft und schwäbischer Faust zerschmettert werden. Die „unverzagten Männer" vom Isar und vom Neckar sollen im Zeichen der Himmelskönigin mit Kanonen und Maschinengewehren, mit Gummiknüppeln und Hundepeitschen die „staatliche Ordnung" wieder aufrichten. Jene Ordnung, auf deren Thron Kahr und Escherich sitzen werden. In Süddeutschland gehen die Rüstungen ihrer Vollendung entgegen. Der Ring von Budapest bis Paris wird geschlossen durch die Mainlinie der Konterrevolution. Die Arbeiter Mittel- und Norddeutschlands mögen ihre Blicke südwärts richten. Dort wird an ihrem Schicksal gehämmert.

Zur Wirtschaftspolitik der proletarischen Diktatur.

Von Curt Geyer.

I.

Das Verhältnis der sozialdemokratischen Parteien zur Wirtschaftspolitik des kapitalistischen Staates ist dem Wesen nach dasselbe wie das Verhältnis der Sozialdemokratie zur auswärtigen Politik des kapitalistischen Staates. Sucht die sozialdemokratische Außenpolitik nach den Worten Tschitscherins die gröbsten Schmutzflecke vom Gewande des Imperialismus wegzuwischen, ohne sein Wesen zu verändern, so war bisher fast alle sozialdemokratische Wirtschaftspolitik darauf gerichtet, Teilerscheinungen des kapitalistischen Systems zu mildern, oder aber den Prozeß der kapitalistischen Konzentration zu beschleunigen, den kapitalistischen Staat an die Stelle des Unternehmers zu setzen und die Unternehmer zu Staatsrentnern zu machen. Auf die Veränderung des Wesens des kapitalistischen Systems aber, auf den Aufbau einer kommunistischen Wirtschaft ist die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik bisher nicht gerichtet gewesen.

Das gilt nicht nur für die Praxis, sondern auch für die Theorie. Die volkswirtschaftliche Theorie der Sozialdemokratie hat großes geleistet in historisch-kritischen Untersuchungen, in der wissenschaftlichen Ergründung der Erscheinungen und der Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems. Aber sie hat niemals wissenschaftlich die wirtschaftspolitischen Probleme untersucht, vor denen das Proletariat nach der Ergreifung der Macht steht. Die Beschäftigung mit diesen Problemen wurde vielmehr aus dem Reiche der Wissenschaft in das Reich der Utopie verwiesen. Die konservative Ideologie, der Glaube an die Unerschütterlichkeit des kapitalistischen Systems, hatte sich in der Vorkriegszeit nicht nur der Arbeitermassen, sondern auch der sozialistischen Theoretiker bemächtigt. Die Eroberung der Macht durch das Proletariat war die Grenze für die sozialistische Theorie — für die Probleme des sozialistischen Aufbaues galt das Wort, daß sich das weitere schon finden werde, und daß es näherliegende Sorgen gäbe. Dieser

Zustand der Theorie entsprach vollkommen der politischen Praxis der Sozialdemokratie — nur auf den Tag gerichtet, opportunistisch, nicht revolutionär. In diesem Zustand befand sich die sozialdemokratische Theorie beim Ausbruch der Revolution, in diesem Zustand verharrt sie heute noch. Wenn sie Stellung nimmt zu wirtschaftspolitischen Problemen, so nur innerhalb der Grenzen, die durch das kapitalistische System jeder Wirtschaftspolitik im Rahmen des Kapitalismus gezogen werden. Von diesem Geiste zeugte Kautskys Buch über die Übergangswirtschaft, von diesem Geiste war Kautskys „Aktionsprogramm" erfüllt, und dieser Geist spricht auch heute aus der Hilferdingschen „Vollsozialisierung" der Bergwerke. Diese Theorie ist in der Tat nichts anderes als die willfährige Magd für die praktischen Bedürfnisse evolutionistischer sozialdemokratischer Politik. Zwar wird der Bankerott sozialdemokratischer Politik, und vor allem sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, immer eklatanter und in seinen Wirkungen für das Proletariat wie für den Zustand des gesamten Produktionsapparates immer schmerzlicher — aber die sozialdemokratische Theorie rechtfertigt nach wie vor diese Politik.

Die Probleme, die die Theorie der Marx-Epigonen beiseite geschoben hat, sind von der Revolution selbst gestellt worden als die brennendsten Probleme, die nach Lösung schreien. Die Revolution hat der sozialdemokratischen Politik die revolutionäre Politik der Vortruppen der Arbeiterklasse entgegengestellt, der verfaulten Theorie eine revolutionäre marxistische Theorie, die nicht zurückgeht auf die Marx-Epigonen, sondern auf Marx selbst. Diese Theorie sieht den Problemen der sozialen Revolution entschlossen ins Gesicht, um sie bewältigen zu können. Sie bleibt nicht an der Schwelle der Revolution stehen, sondern überschreitet sie kühn. Sie unterscheidet sich von der sozialdemokratischen Theorie, wie die proletarische Revolution sich unterscheidet von der Halbheit des sozialdemokratischen Opportunismus. Im „18. Brumaire des Louis Napoleon" schreibt Marx über das Wesen proletarischer Revolutionen:

> „Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des 19. Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen gemeinsam gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrollte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht . . ."

Während die Theorie der Marx-Epigonen, der Austro-Marxisten, zurückschreckt vor der Ungeheuerlichkeit der Zwecke der sozialen Revolution, während sie diskutiert über die Hemmungen und Schwierigkeiten, die sich der Machtnehmung des Proletariats entgegenstellen, erkennt die revolutionäre Theorie, daß die Situation, die jede Umkehr unmöglich macht, gegeben ist, und untersucht entschlossen die Notwendigkeiten der Revolution. Kautskys „Übergangswirtschaft", jene wirtschaftspolitische Betrachtung zum Wiederaufbau des kapitalistischen Systems auf der einen Seite, auf der anderen die prächtige Untersuchung von Eugen Varga über „Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur."*) Während die Theoretiker aus der austro-marxistischen Schule ihren Beruf darin erblicken, Waffen zu schmieden gegen die proletarische Revolution in ihrer entschlossensten

*) Dr. Eugen Varga, Univ.-Prof., gewesener Volkskommissär und Präsident des Obersten Wirtschaftsrats der ungarischen Räterepublik: Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur. Wien, 1920. Genossenschaftsverlag der „Neuen Erde". Wien VII, Mariahilferstraße 74a. Preis 12,50 M.

Gestalt, hat Varga zum ersten Male die Verwirklichung der kommunistischen Wirtschaftsweise, ihre Bedingungen und ihre Probleme wissenschaftlich untersucht, gestützt auf die Erfahrungen, die er als revolutionärer Kämpfer bei dem praktischen Versuch der Verwirklichung des Kommunismus in Ungarn gemacht hatte. Was haben die Kautsky und Hilferding demgegenüber aufzuweisen?

Das Buch von Varga ist eine revolutionäre Tat. Wohl haben wir aus Rußland Einzelberichte, Einzeldarstellungen und auch zusammenfassende Darstellungen der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der proletarischen Diktatur in Rußland, Erörterungen ihrer Bedingungen, ihrer Schwierigkeiten erhalten. Varga aber gibt zum ersten Male eine streng systematische, wissenschaftlich zusammenfassende Untersuchung über diese Probleme, die ungeheuer wertvoll ist für die kommunistische Bewegung in allen Ländern. Denn wenn auch eine solche Untersuchung keine detaillierte Gebrauchsanweisung für die Verwirklichung des Kommunismus in jedem Lande sein kann — die Probleme, die sie aufwirft und erörtert, sind in ihrem Wesen überall die gleichen. Sie kündigen sich schon vor der Eroberung der politischen Macht in der Krise des kapitalistischen Systems an und kommen klar zum Ausdruck in den stürmischen Forderungen der Arbeiter aller Länder nach der Wiederherstellung ihrer Lebenshaltung der Vorkriegszeit, nach Verbesserung ihrer Lage darüber hinaus. Der Widerspruch zwischen diesen Forderungen auf der einen Seite — der realen Verarmung, dem Produktionsrückgang, der Zerstörung des Produktionsapparats auf der anderen Seite, macht den Sturz des Kapitalismus, die kommunistische Gestaltung der Wirtschaft zu dem Problem der Gegenwart. Ausgehend von der kritischen Untersuchung des Zustandes und der Entwicklungsmöglichkeiten der kapitalistischen Wirtschaft nach dem Kriege weist Varga schlüssig und bündig die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit der sozialen Revolution in der ganzen Welt nach. Dieser Nachweis war theoretisch notwendig, seitdem Kautsky und seine Freunde den Zustand der kapitalistischen Wirtschaft verdecken, statt ihn kritisch zu durchleuchten. Es war theoretisch nötig, dem Proletariat die Perspektiven einer künftigen kapitalistischen Wirtschaft mit ihren Konsequenzen für das Proletariat zu zeigen, ihm erneut zu lehren, daß die soziale Revolution mit eherner Notwendigkeit aus der Entwicklung des kapitalistischen Systems und der Entwicklung des sozialen Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse folgt, seitdem Kautsky und seine Freunde den festen Boden des wissenschaftlichen Marxismus verlassen und vergessen haben, daß materielle Interessen und ein durch materielle Produktionsverhältnisse bedingter und bestimmter Wille der sozialrevolutionären Bewegung zugrunde liegen, seitdem für sie der Sozialismus nur ein moralisches Postulat ist.

Die soziale Revolution ist notwendig, weil allein die planmäßige Wirtschaftsweise nach den Grundsätzen des Kommunismus endlich und auf die Dauer dem Proletariat jene Erhöhung des Standards geben kann, die es stürmisch fordert, weil allein in der kommunistischen Wirtschaft jene Ergiebigkeit der Produktion erzielt werden kann, die aus der durch den Krieg herbeigeführten Verarmung herausführt zu einem kulturwürdigen Dasein der Gesamtheit. Deshalb untersucht Varga im Eingang seines Buches die Ergiebigkeit der Produktion im kapitalistischen System und im kommunistischen System. Er begnügt sich jedoch nicht nur mit der theoretischen Gegenüberstellung der Ergiebigkeit im kapitalistischen und im entwickelten kommunistischen System, sondern untersucht auch die Gestaltung der Ergiebigkeit der Arbeit für das Zwischenstadium zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Das ist das Grundproblem. Der Erörterung der Maßnahmen zur Erhöhung der Ergiebigkeit der Produktion wie der praktischen Schwierigkeiten der Übergangszeit ist sein Buch gewidmet.

Bei diesen Erörterungen werden viele Probleme beleuchtet, die wir heute schon praktisch erkannt haben, und wir sind in der Lage, unsere Erfahrungen mit den Erfahrungen der ungarischen Genossen zu vergleichen; neue Probleme, die sich

uns in voller Schärfe noch nicht aufgedrängt haben, werden kritisch erörtert, und das Gesamtbild der wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur, das Varga aufrollt, gibt uns schließlich einen Begriff von der Größe der Aufgabe, der wir uns in Deutschland zu unterziehen haben — aber auch von den gewaltigen Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen und die wir zu bewältigen haben werden. So ist das Buch von Varga — trotz seines streng wissenschaftlichen Charakters, vielleicht aber auch gerade deshalb — von der größten propagandistischen Wirkung Es zeigt nicht die Schwierigkeiten proletarischer Wirtschaftspolitik, um vor der sozialen Revolution abzuschrecken, sondern um zu zeigen, wie sie überwunden werden können, überwunden werden müssen, selbst um den Preis, daß die Diktatur des Proletariats die Zerrüttung der Wirtschaft im Anfang noch vergrößert, wenn nicht, um mit Marx zu reden, die revolutionäre Umgestaltung der ganzen Gesellschaft nicht gelingen, und damit der Klassenkampf mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen enden soll.

II.

Die Grundtatsache, aus der alle praktischen Schwierigkeiten der proletarischen Wirtschaftspolitik in der Zeit der Diktatur entspringen, ist nach Varga, daß nicht alle Produktionsmittel mit einem Schlage enteignet werden können, vor allem aber, daß eine kapitalistisch-korrumpierte, in einer habgierig-egoistischen Ideologie erzogene Arbeitergeneration in den Besitz der enteigneten Produktionsmittel gelangt. Die erste Tatsache — daß neben der neuen Gemeinwirtschaft die Reste des privatwirtschaftlichen Systems noch fortbestehen — brachte in Ungarn besondere Schwierigkeiten namentlich für die Lösung des Geldproblems, die in ähnlicher Form in großen Staaten sich schwerlich wiederholen dürften, und damit für die Güterverteilung, die zweite aber begegnet uns auf Schritt und Tritt bei jedem Teilproblem. Varga konstatiert aus seinen Erfahrungen, daß der Ideologie in revolutionären Zeitläuften eine viel größere Bedeutung zukomme, als ein großer Teil der Marxisten geglaubt habe. Deshalb mußten bei der Behandlung der wirtschaftlichen Probleme Ideologie und Politik immer als bestimmende Faktoren einbezogen werden. Es handelt sich dabei darum, die Hemmungen zu überwinden, die sich der Umwälzung der materiellen Basis in den Weg stellen, weil die Umwälzung, der ideologische Überbau der Umänderung der materiellen Basis erst langsam nachfolgt — eine Tatsache, die Varga treffend als „Remanenz der Ideologie" bezeichnet.

Die Darlegungen Vargas und seine Erfahrungen zeigen, daß trotz dieser Remanenz der Ideologie die Arbeiter sich verhältnismäßig rasch auf die veränderte Wirtschaft einstellen und sich den Notwendigkeiten der Übergangszeit unterziehen — sie lehren aber auch, wie notwendig es ist, nicht nur durch rein wirtschaftliche Maßnahmen auf die Wirtschaft einzuwirken, sondern gleichzeitig die Ideologie der Arbeiter zu beeinflussen im Sinne kommunistischer Gedankengänge. Die kommunistische Aufklärung wird in der Diktatur zu einem der wichtigsten und erfolgreichsten Mittel der Wirtschaftspolitik. Während sich die kapitalistische Politik bemühte, die Stellung des Arbeiters im Produktionsprozeß nicht zum Bewußtsein der Arbeiterschaft gelangen zu lassen, und sie im unklaren zu lassen über die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge, ist es eine der vornehmsten Aufgaben proletarischer Wirtschaftspolitik, die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge vor den Augen der Arbeiterschaft bloßzulegen, sie aufzuklären darüber, daß sie die Träger der Produktion sind und daß ihr eigenes Geschick wie das der Allgemeinheit in ihrer Hand liegt, und daß alle kommunistische Wirtschaftspolitik versagen muß, wenn sie nicht von der Arbeiterschaft selbst getragen wird. Diese Aufklärungsarbeit stellt freilich ganz andere Ansprüche als die herkömmliche sozialdemokratische Propaganda. Sie darf von Natur aus nicht flach und opportunistisch sein, aus dem einfachen Grunde, weil in der Zeit der proletarischen Diktatur, wo die gesellschaftliche Entwicklung ein unerhört rasendes Tempo annimmt, jeder

Opportunismus Gefahr läuft, am anderen Tage schon durch die realen Tatsachen als innerlich unwahrhaftig entlarvt zu werden. Sie erfordert von den Propagandisten völlige Klarheit über die wirtschaftlichen Tatsachen und größte Wahrhaftigkeit, die das Proletariat nicht im unklaren darüber läßt, daß auch die proletarische Diktatur nicht von heute auf morgen gutmachen kann, was der Kapitalismus am Proletariat gesündigt hat, sondern daß die Arbeiter selbst sich in zäher, opfervoller Arbeit selbst erst die neue Welt aufbauen müssen. Es scheint notwendig, diese Wesenszüge der Aufklärungsarbeit in der Epoche der Diktatur zu betonen gegenüber der opportunistischen verlogenen Propaganda der nur auf das Parlament und die Wahlen eingestellten sozialdemokratischen Parteien, die wahrhaftig nicht geeignet ist, die kapitalistisch-korrumpierte, habgierig-egoistische Ideologie überzuführen in eine kommunistische Ideologie.

Der große Einfluß der Ideologie auf alle wirtschaftspolitischen Probleme zeigt sich nach Varga in den großen Erfolgen, die in Ungarn die Aufklärungsarbeit wenigstens bei der Vorhut der Arbeiterschaft erzielt hat und die es ermöglichten, daß notwendige wirtschaftspolitische Maßnahmen durchgeführt werden konnten, die anfänglich an der Remanenz der Ideologie der Arbeiter gescheitert waren. Die Propaganda zeitigte ihre Wirkung selbst bei einem Teil der Landarbeiter, die begriffen, daß gerade für sie die proletarische Diktatur zuerst und vor allen anderen eine Hebung ihrer Lebenslage bedeutet, und die deshalb aufopfernd für sie gekämpft haben.

Auf Schwierigkeiten freilich stieß diese Aufklärungsarbeit in Ungarn zur Umformung der Ideologie gemäß der verminderten ökonomischen Grundlage freilich nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei den Arbeiterorganisationen, sowohl politischen als gewerkschaftlichen. Varga erwähnt an mehreren Stellen, wie notwendige wirtschaftspolitische Maßnahmen von solchen Organisationen durchkreuzt oder erschwert worden sind. Er verweist bei der Erörterung des Verteilungsproblems darauf, daß eine Aktion der Sozialdemokraten „zum Schutze der kleinen Leute" die rasche und energische Durchführung der Verteilungsorganisation verhindert habe — ein typisches Beispiel für die sozialdemokratische Politik, die nicht die überkommene kapitalistische Ideologie zu ändern sucht, sondern auf sie eingeht und dabei selbst kapitalistisch korrumpiert wird. Interessanter noch sind seine Darlegungen über die Rolle der Gewerkschaften. Die Tatsache, daß in den Resten der Privatwirtschaft die Arbeiter nach wie vor eine berechtigte Kampfstellung gegen die Unternehmer einnehmen und dadurch die Gewerkschaften als Kampforganisationen erhalten bleiben, die weitere, von Varga ganz nüchtern konstatierte Tatsache, daß die Gewerkschaftsbeamten ein Interesse daran haben, die Gewerkschaften als Kampforganisationen zu erhalten, erschwert die Umformung der Ideologie der Arbeiter ungemein. Sie bewirkt, daß die Arbeiter leicht dem Staate oder der Kommune gegenüber dieselbe Kampfstellung einnehmen wie früher dem Unternehmertum gegenüber — eine Erscheinung, die nur durch zähe Aufklärungsarbeit und steten Appell an den Gemeinsinn der Arbeiter überwunden werden kann. Die Erschwerung der proletarischen Wirtschaftspolitik durch die Gewerkschaften kann so stark werden — Varga führt als Beispiel die gewerkschaftliche Organisation der Beamten (nach deutschen Begriffen der Angestellten) an, worauf wir noch einmal zurückkommen werden —, daß als letztes Mittel nur die Auflösung der Gewerkschaft bleibt.

Zur Anklage aber wird das Buch von Varga, wenn es schildert, wie in diesen Kreisen von vornherein die Diktatur als eine vorübergehende Episode angesehen wurde, wie eine kleinbürgerliche Katzenjammerstimmung in den Kreisen herrschte, die ihr Bestes zur Durchführung der Diktatur hätten geben müssen. Es sind nur wenige Worte, die Varga über diese Erscheinung verliert, aber sie genügen, um vor uns ein deutliches Bild mit uns nur zu wohlbekannten Zügen entstehen zu lassen von jenen Führern, die aus der Angst um ihre kostbare Haut

nicht herauskommen und zu jedem Kompromiß auf Kosten der Durchführung der notwendigsten Maßnahmen bereit sind, und damit von vornherein das Ansehen und die Macht und die Festigkeit der Politik der proletarischen Staatsgewalt untergraben.

Die Festigkeit des proletarischen Regimes aber ist von der größten Bedeutung für eine Wirtschaftspolitik. Je fester die proletarische Staatsgewalt im Sattel sitzt, je mehr sich auch der nichtproletarischen Bevölkerung die Überzeugung aufdrängt, daß die proletarische Diktatur nicht eine vorübergehende Episode, sondern ein dauerndes Regime ist, um so leichter gelingt es der proletarischen Wirtschaftspolitik, die Beziehungen zwischen Stadt und Land zu regeln, den Widerstand und die Sabotage der bürgerlichen Elemente zu brechen, das Geldproblem zu lösen, kurz, ihre wirtschaftlichen Maßregeln wirklich zur Ausführung zu bringen. Auch in der Wirtschaftspolitik muß deshalb das proletarische Regime Stärke und Entschlossenheit zeigen. Diese Mahnung spricht immer wieder aus den Vargaschen Erörterungen.

Varga hat die politischen Lehren, die sich aus den Erfahrungen der ungarischen Genossen bei der Durchführung ihrer Wirtschaftspolitik ergeben, nicht ausdrücklich gezogen, um die Systematik seiner wissenschaftlichen Darlegungen nicht zu sprengen. Dem aufmerksamen Leser freilich drängen sie sich auf Schritt und Tritt bei einigem Nachdenken geradezu auf. Es ist von vornherein unheilvoll für die proletarische Diktatur, wenn dem sozialdemokratischen Opportunismus und Kompromißlertum Spielraum gegeben wird. Es ist unumgänglich nötig, daß alle notwendigen Maßnahmen mit der größten Energie und der größten Beschleunigung durchgeführt werden — und wenn sich dabei Unbilligkeiten für die Betroffenen ergeben. Es ist notwendig, daß mit aller Energie der Kampf gegen die überkommene Ideologie des kapitalistischen Systems aufgenommen wird. Zu alledem aber bedarf es der Existenz einer geschlossenen, starken, einflußreichen und aktiven kommunistischen Partei. Das Fehlen einer solchen Partei ist in Ungarn nicht nur verhängnisvoll geworden für die Durchführung mancher wirtschaftspolitischen Maßregel, wie Varga wiederholt feststellt, sondern für den Bestand der Diktatur überhaupt, und es müßte in jedem anderen Lande ähnlich verhängnisvoll werden, denn diese politischen Lehren allgemeinen Charakters gelten nicht nur für Ungarn, sondern ganz allgemein.

Auch in Deutschland ist die Arbeiterklasse noch befangen in der überkommenen korrumpierten Ideologie des Kapitalismus. Auch in Deutschland muß eine proletarische Diktatur rechnen mit Widerständen der Arbeiterorganisationen gegen ihre allgemeinen wie gegen ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Auch bei uns wuchert sozialdemokratischer Opportunismus und feiges Kompromißlertum, das von vornherein bestrebt sein wird, die proletarische Diktatur abzubauen und „breiartig" zu gestalten, und damit die Arbeit der Gegenrevolution erleichtern wird. Deshalb wird auch in Deutschland ohne eine starke kommunistische Partei die Durchführung der Diktatur nicht gelingen. Auch in Deutschland muß eine starke kommunistische Partei für die Festigkeit der proletarischen Staatsgewalt bürgen und durch ihre Aufklärungsarbeit verhüten, daß der opportunistisch gestimmte Teil der Arbeiterklasse die notwendigen Entbehrungen im Anfang der Diktatur nicht erträgt und sich durch sozialdemokratisches Kompromißlertum oder durch gegenrevolutionäre Einflüsterungen zur Stellungnahme gegen die Diktatur verführen läßt — eine Gefahr, die nicht zu unterschätzen ist angesichts der Tatsache, daß in Deutschland wie in Ungarn die Anfangszeit der Diktatur eher zu einer Senkung als zu einer Hebung des realen Standarts des städtischen Proletariats führen wird.

(Fortsetzung folgt.)

Die „Minorität“ in demokratischer und revolutionärer Beleuchtung.

Von Dr. Hermann Duncker.

Zur geistigen Erbmasse aus der Hinterlassenschaft des demokratischen Sozialismus gehört auch der Kultus der Mehrheit und die Verachtung der Minderheit in der Politik, wie sie speziell aus der parlamentarischen Praxis und der Wahlpropaganda entstanden ist: Nur die Mehrheitsentscheidung scheint da politisches Leben zu haben, die Minorität gilt für tot, bis sie zur Mehrheit erwächst. Aus sich heraus darf daher die Minorität sich auch nichts zutrauen, sie führt gewissermaßen noch ein außerpolitisches Leben und hat nur auf ein Ziel loszusteuern: sich zur Mehrheit großzupäppeln.

Und doch, wo haben wir in der Weltgeschichte jemals eine bewußte Aktion der Mehrheit gehabt? Wenn wir von den Nomadenzügen und Völkerwanderungen absehen, bei denen sich wohl die Volksgesamtheiten in Bewegung setzten, sind alle historischen Aktionen und selbst breiteste Massenbewegungen doch nur der Initiative von Minoritäten entsprungen und wurden auch nur von Minderheiten der Bevölkerung durchgeführt.

Seit der Ausbildung des klassenscheidenden Privateigentums, seit dem Aufkommen der besitzenden Herren und der nichtbesitzenden Unterworfenen waren die politischen Maßnahmen der herrschenden Klasse natürlich Aktionen einer Minderheit, denn die Herren waren stets zahlenmäßig die Minorität des Volkes. Die Gegenbewegungen der sich empörenden Masse umfaßte dagegen immer nur einen Teil derer, die doch in der gleichen ökonomischen, politischen und sozialen Verdammnis dahinlebten. Denn durch alle Zeiten und Formen des Besitzklassenstaates war es die gelungene Regierungsmaxime der „Oberen Zehntausend“, die unteren Millionen zu „teilen“, mehr oder weniger bedeutsame Schichten von ihnen entweder durch kleine Geschenke abzufangen oder durch Peitschenhiebe derart zu verblöden, durch körperliche und geistige Unterernährung derart zu lähmen, daß sie sich zu einer selbständigen Tat, zu einer offenen persönlichen aggressiven Stellungnahme nicht mehr ermannen können.

So stoßen wir denn auf den in der Geschichte so überaus wichtigen Gegensatz politisch aktiver und politisch passiver Elemente.

Während die Klassenscheidung die Gesellschaft horizontal in zwei sehr ungleiche Hauptteile zerlegt, schneidet die Vertikale der Scheidung der aktiven und passiven Naturen durch alle Klassen hindurch und stellt auf die eine Seite den ungeheuren Block der politisch passiven Zeitgenossen, auf die andere Seite dagegen die noch näher zu besprechenden Schichten der politisch Aktiven. So sehr auch das ökonomische Leben der Gesellschaft auf der Arbeit und der unermüdlichen stummen Betätigung des namenlosen Riesenheeres der politisch nur Duldenden und Geschobenen beruht, so ist doch das politische Erleben des Volkes auf der Energie, der Initiative, dem Temperament jener aktiven Minoritäten aufgebaut. Es bedarf hier nicht breiter Ausführungen darüber, daß dieser politische Auftrieb innerhalb der Masse natürlich auch stets das Produkt sozialwirtschaftlicher Faktoren ist. Vor allem ist aber nicht zu vergessen, daß die politischen Aktiven an den beiden entgegengesetzten Klassenpolen der bürgerlichen Gesellschaft — bei den Herren und Ausbeutern, wie bei den Knechten und Ausgebeuteten — die politischen Aktionen führen und im wesentlichen auch durchführen. So stehen in der Front des be-

wußten Klassenkampfes schließlich einander gegenüber: die Minorität der politisch aktiven Reaktionäre und Konservative, die den ihnen günstigen Zustand der Gesellschaft mit aller Brutalität aufrechtzuerhalten suchen, und die Minorität der politisch aktiven Revolutionäre, die den Umsturz des Ausbeuterstaates erstreben. Nur zwischen ihnen wogt der Kampf, nur ihr gegenseitiges Machtverhältnis ist letzthin entscheidend! Die Passiven folgen wie das Rudel Rehe dem glücklichen Sieger.

Durch den Wahlapparat wird dieser klare Sachverhalt total verschleiert, denn die Abgabe eines Stimmzettels, und gar eines regierungstreuen, polizeifrommen Stimmzettels unterbricht nicht die politische „Passivität". So erscheint hier die politische Arena ungeheuer erweitert und mit Scharen von reaktionären Kämpfern erfüllt, die den Sieg der Proletarierrevolution noch in weite Ferne zu rücken vermöchten, wenn sich in dem Wahlergebnis das eigentliche soziale Kräfteverhältnis offenbarte.

Versuchen wir, uns den Sachverhalt in einem Zahlenbeispiel klarer zu machen, das natürlich nicht den Anspruch auf statistische Widerspiegelung der Gegenwart erhebt, sondern nur schematisch-konstruktiv die scheinbare Mehrheits- und Minderheitsbildung und die ausschlaggebende Majoritäts- und Minoritätsgestaltung gegenüberstellen soll.

Setzen wir die Gesamtbevölkerung eines kapitalistischen Landes von bestimmter Struktur und bestimmter historischer Klassenentwickelung = 100. Ein Zehntel der Bevölkerung gehöre zur Klasse der größeren und kleineren Kapitalisten, $^{9}/_{10}$ zum Proletariat. Auch in den 10 % Bourgeois sind aktive und passive Elemente vertreten. Freilich führt das ausgeprägte Klassenbewußtsein des Bürgertums der Zahl der aktiven Reaktionäre einen relativ großen Teil zu; immerhin bleiben Reste, die politisch passiv sich mit jedem Regiment abfinden und im wohlverwahrten Keller ihrer Villa auf das Ende der Kanonade des offenen Bürgerkrieges warten, um alsdann, sei es so, sei es so, mit mehr oder weniger Sabotage sich in die neue Ordnung einzugliedern. Dazu kommt, daß die ökonomische Herrschaft nicht jeden Bourgeois persönlich besonders „kriegstüchtig" im Sinne des letzten entscheidenden Klassenkampfes macht. Setzen wir jene aktiven Reaktionäre mit 6 %, die passiven Reaktionäre mit 4 % an.

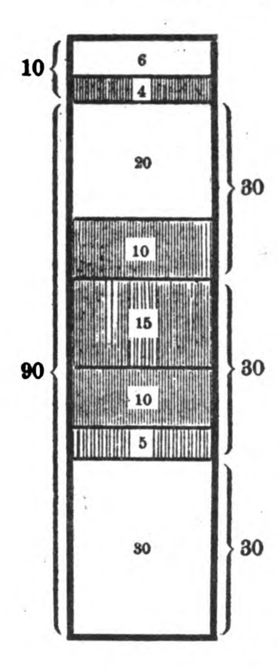
Das Riesenheer des Proletariats erfährt leider erhebliche Abstriche. 30 % mögen auf solche Personen kommen, die natürlich ökonomisch nicht als Kapitalisten zu bezeichnen sind, die aber in ihrem persönlichen Auftreten, in ihrem sozialen Selbstbewußtsein sich völlig auf die Seite der Borgeoisie stellen. Rechnen wir 20 % von ihnen zu den aktiven Reaktionären — vielleicht die gefährlichste Gruppe der Gruppe der Gegner der kommunistischen Revolution! —, 10 % mögen als passive Reaktionäre die Vorsicht für den besseren Teil der Tapferkeit erklären.

Ein zweites Drittel des Proletariats soll im eigentlichen Wortsinne als politisch inaktiv gelten. Nicht, daß sie bewußt die Reaktion zu unterstützen wünschen, sie möchten aber am liebsten ganz abseits der eigentlichen Kampfeslinie bleiben. 10 % — völlig indifferente — werden nicht einmal an eine Wahlurne zu bringen sein. 20 % nehmen schließlich die „große Tat" einer Stimmzettelabgabe noch gerade auf sich. Der übergroße Teil von ihnen — sagen wir 15 % — vermag dabei aber nicht über den kleinbürgerlichen Horizont und die Weisheit des „Generalanzeigers" oder „Vorwärts" hinaus zu schauen, sie werden reaktionär abstimmen, ohne bewußte Reaktionäre sein zu wollen, 5 % wagen sich sogar in der Geheimzelle des Wahlklosetts an einen „roten" Stimmzettel, der ja schließlich noch zu keiner weiteren Konsequenz verpflichtet. Sozialistischer Zentrumssumpf!

Die letzten 30 % Proletarier in der Bevölkerung sollen dagegen bereits als aufrechte aktive Revolutionäre auch mit ihrer Person für das kommunistische Ideal einzutreten gewillt sein.

Was würde nun das Ergebnis einer solchen politischen Schichtung der Gesellschaft sein?

Die Bevölkerungssäule würde unter diesen Umständen folgendes Bild ergeben:



Es wären also innerhalb der Gesamtbevölkerung

ökonomisch: 10 % Bourgeois, 90 % Proletarier
ideologisch: 40 % „ 60 % „
passiv reaktionär: 4 + 10 + 15 = 29 %
„ indifferent: 10 %
„ revolutionär: 5 %
aktiv reaktionär: 6 + 20 = 26 %
„ revolutionär: 30 %.

Das heißt: Es würden bei einer solchen Verteilung innerhalb der Gesellschaft neben dem Block von 44 % Passiven sich gegenüberstehen: 26 % aktive Verfechter der kapitalistischen Gesellschaft und 30 % aktive Revolutionäre.

Bei diesem Verhältnis wäre dann die proletarische Minorität doch schon die entscheidende und siegessichere Mehrheit! Der Reifegrad des Proletariats zur Eroberung der politischen Herrschaft wäre völlig erreicht. Betrachten wir aber dasselbe Verhältnis vom Standpunkt des demokratischen Wahlbarometers, so würden die 30 resp. 35 % revolutionärer „Stimmzettel“ gänzlich überdeckt erscheinen von den 55 % reaktionärer Stimmen. Die Wahlauguren von Scheidemann bis Dittmann würden mit erhobenem Zeigefinger uns in die Schranken zurückweisen: „Geduldet euch! Agitiert! Der Unverstand der Massen ist noch das gewaltige Bollwerk der Gegner! An Revolution zu denken ist Verbrechen!“

Die proletarische Revolution würde jedoch trotzdem siegreich sein können, geführt von einer Minorität des Proletariats (30 gegenüber 60), die aber gleichzeitig die Mehrheit der überhaupt bewußt Kämpfenden (30 gegenüber 26) darstellt.

> „Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl.“ (Kommunistisches Manifest.)

Wir sehen, auch die Begriffe Minorität und Majorität dürfen nicht mit jener einseitigen Starrheit aufgefaßt werden, die das Gegenteil des marxistischen Denkens ist, aber nun einmal zur Psychologie des Opportunismus gehört. Mag der antikommunistischen Bevölkerungsmehrheit der Stimmzettel bleiben, der revolutionären Minorität „im Interesse der ungeheuren Mehrzahl“ bleibt die entscheidende Tat.

Der Bergarbeiterstreik in England.

Von M. Philips Price.

Wenn die englischen Bergarbeiter in Streik treten, so ist das gewöl, ein Anzeichen, daß irgendein bedeutendes Ereignis in den inneren Verhältnissen Englands vor sich geht. Die Bergarbeiter sind schon seit Jahren die Avantgarde der britischen Arbeiterbewegung. Der sich lang hinziehende Kampf, der einige

Wochen dauerte und der nun anscheinend an dem Punkt angelangt ist, durch ein Kompromiß beendigt zu werden, ist gleichfalls ein Zeichen bedeutender Veränderungen innerhalb der britischen Arbeiterbewegung, eine allmähliche Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen den Klassen in England vor ihrem Endkampf. Revolutionäre Sozialisten des europäischen Kontinents mögen vielleicht über die geringfügigen Forderungen enttäuscht sein, um die der englische Bergarbeiterstreik einsetzte, und über das Kompromiß, mit dem er scheinbar endete. Sie haben vielleicht erwartet, daß der große Kampf der englischen Bergarbeitergewerkschaft, welcher anfangs 1916 ausbrach, um die Sozialisierung der Kohlenbergwerke zu erzwingen, nun seine Fortsetzung finden würde. Man hatte gedacht, daß die Bergarbeiterführer, die von Lloyd George überlistet worden waren, den Bericht der Sancay-Kommission als eine Grundlage für die Sozialisierung zu akzeptieren, würden nun zu gern die Gelegenheit ergriffen haben, den Kampf nochmals aufzunehmen, diesmal gedeckt durch eine starke Unterstützung der Massen. Und darüber kann kein Zweifel sein, daß große Teile der Bergarbeiterschaft vor einem Monat bereit waren, in einen Streik einzutreten und die Unterstützung ihrer Kollegen Eisenbahner und Transportarbeiter anzurufen, um zu erreichen, daß ein ernsthafter Versuch gemacht wird, den Mehrwert anzugreifen, der in die Taschen der Grubenbesitzer fließt.

Doch obwohl der größte Teil der kämpfenden organisierten Arbeitermassen in England instinktiv die Notwendigkeit einer bewußten revolutionären Taktik fühlt, so sind sie doch psychologisch zu sehr versklavt durch die Ideologie und Überlieferungen einer früheren Periode des Klassenkampfes. Der große Apparat der englischen Gewerkschaften, der in einer Epoche aufgebaut wurde, als der britische Kapitalismus eine Prosperitätsepoche der kolonialen Eroberungen durchmachte und der dazu diente, die Arbeiter mit Hilfe von Reformen zu schützen, ist noch immer die Organisation der Avantgarde des modernen industriellen Proletariats in England, und wie es sich oft in der Geschichte wiederholt, ändern sich die von den Menschen geschaffenen Einrichtungen langsamer als die zu diesen Einrichtungen gehörenden Menschen. So kommt es, daß unter den Führern der englischen Gewerkschaften und selbst unter den Bergarbeiterführern der Gedanke vorherrscht, daß die Sozialisierung der Schwerindustrie mit der Kontrolle der Arbeiter durch Betriebsräte — deren Durchführung für England nichts weniger als die soziale Revolution bedeuten würde — erreicht werden könnte durch Konferenzen zwischen Arbeiterführern und Vertretern der Kapitalisten Englands oder durch die Eroberung der parlamentarischen Maschine der kapitalistischen Regierung. Und hier liegt eine der Ursachen der langsamen Entwicklung des Klassenkampfes in England, die Schwierigkeit, in den Köpfen der Proletarier den Glauben an die Strategie und Taktik eines Zeitalters zu zerstören, in dem der Kapitalismus sich im Aufstieg und in der Entwicklung befand. Wenn diese Schwierigkeiten in Deutschland groß sind, so sind sie noch größer in England, wo das kapitalistische System nicht so augenscheinlich und hoffnungslos bankrott ist und wo der Auflösungsprozeß des Kapitalismus als eine Folge von äußeren Ursachen auftritt, als Folge der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, die auf dem europäischen Kontinent und in den kolonialen Hinterländern Asien und Afrika sich vollzieht.

Der Kampf der Bergarbeiter gegen die Bergwerksbesitzer spiegelt ausgezeichnet den Grad wieder, den der Klassenkampf jetzt in England erreicht hat. Er begann im Zeichen einer großen revolutionären Sturmwelle, die über die Industriegebiete Englands dahinfegte. Die Bergarbeiter waren mit ihren Führern vollständig einig in ihren Forderungen einer Lohnerhöhung von 2 Schilling per Schicht und einer Ermäßigung von 14½ Schilling des Verkaufspreises der Kohle für das Inland. Es war kein Geheimnis, daß diese Forderungen nicht rein ökonomischer, sondern teilweise politischer Natur waren. Sie zielten darauf hin, die 60 Millionen Pfund Sterling jährlich zu absorbieren, welche die Regierung

und die Grubenbesitzer aus den Kohlengruben herauspressen. Davon bekommen die Grubenbesitzer 26 Millionen als Profit und den Rest als Zins an den Schatzmeister, wobei die britische Regierung, d. h. das Finanzkapital, das hinter der Regierung steht, das Publikum besteuert und sich selbst vor Kapitalsteuern und anderer Art von Nachkriegserhebungen schützt. Diese Taktik, die Verfügung über die finanzielle Reserve, die in der Bergwerksindustrie durch die Arbeit der Bergarbeiter angehäuft wurde, unmöglich zu machen, war die beste Antwort auf Lloyd Georges Falschheit, im letzten Jahre den Bergarbeitern zu versprechen, die Bergwerke zu sozialisieren, wenn der Bericht der Sankey-Kommission sich zugunsten der Sozialisierung ausspricht. Und als dann die Kommission die Sozialisierung befürwortete, verleugnete er sein Versprechen. Wenn die Bergarbeiter ihre urspüglichen Forderungen aufrechterhalten und für sie gekämpft hätten, wenn sie die Unterstützung der anderen Zweige der organisierten Arbeiterschaft des Landes erhalten hätten, dann würden sie die britische Regierung in eine solche Lage gebracht haben, daß sie gezwungen gewesen wäre, offen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Gewerkschaften zu treffen. Das würde dann den Widerstand der Arbeiter hervorgerufen haben, und die Kräfte der sozialen Revolution wären dann in Bewegung gekommen.

Aber jetzt trat diejenige Tatsache ein, auf die ich oben schon hingewiesen habe. Die Gewerkschaftsführer mit ihren beschränkt reformistischen Traditionen und ihrer Gewerkschaftsbureaukratie, mit ihrem schwerfälligen Apparat, der gebildet wurde zu Zwecken, ganz verschieden von denjenigen, denen die Bergarbeiter jetzt gegenüberstanden, setzten der Bewegung von unten einen Damm entgegen. Die Bergarbeiter begannen zu unterhandeln und gaben der Regierung die Möglichkeit, große Vorräte von Kohlen anzuhäufen.

Überdies haben Regierung und die Grubenbesitzer durch die Anhäufung dieser Vorräte die Kohle, die für den Verkauf ins Ausland bestimmt war, auf den inneren Markt abgezogen. Nun wird die Exportkohle zu einem viel höheren Preis verkauft als die in England verkaufte Kohle, und in der Tat stammt der größte Teil des Profits der englischen Kohlenbarone vom Verkauf der Kohle an den armen europäischen Kontinent. Sobald dies geschehen war, fiel der Profit in den Monaten Juli—August, und so war die Regierung in der Lage, durch ihre Presselakaien einen Feldzug gegen die Arbeiter zu eröffnen, daß sie die Ursache der sinkenden Kohlenexporteinkünfte und der wachsenden Arbeitslosigkeit in den Häfen seien. Die Bergarbeiterführer, die für die Verzögerung verantwortlich waren, welche der Regierung diese Vorteile gab, fanden sich angegriffen. Die Bergwerksbesitzer zwangen die Regierung, darauf zu bestehen, daß die Bergarbeiter jede Forderung auf Einmischung in die Regulierung der Kohlenpreise fallen lassen. Sie schlugen ferner vor die sogenannte „Datum-Linie", d. h. sie bestanden auf dem Grundsatz, daß die Löhne in Zukunft von der geförderten Menge abhängig sein sollten, mit anderen Worten, sie verweigerten den Bergarbeitern nicht nur das Recht, die Reserven des Mehrwertes in der Bergwerksindustrie anzugreifen, sondern sie beschlossen den Grundsatz der Akkordarbeit aufzurichten. Angesichts der Tatsache, daß die Förderung nur von den Grubenbesitzern abhängt, würde es den letzteren möglich sein, die Förderung so zu regulieren, daß die Löhne der Bergarbeiter noch herabgesetzt werden, statt daß eine Erhöhung eintritt. So unglaublich es auch scheinen muß, so haben die meisten Bergarbeiterführer diesen Vorschlag im Prinzip angenommen und einige von ihnen rieten den Bergarbeitern ganz offen, ihn anzunehmen. Die gesunde Entrüstung der Massen der Bergarbeiter in den verschiedenen Bergwerksgebieten verhinderte jedoch durch Abstimmung, daß dieser Vorschlag angenommen wurde. Daraufhin brach der Streik aus. Sobald der Streik erklärt wurde, begannen die Bergarbeiterführer wieder mit den Unternehmern zu verhandeln, die jetzt einen anderen Vorschlag machten, der im wesentlichen derselbe war wie früher, mit dem Unterschiede, daß die Löhne der Bergarbeiter jetzt mit den Profiten der Bergwerksindustrie in Verbindung gebracht werden. Es ist nicht schwer einzusehen, daß es dasselbe

bedeutet, als wenn der Lohn von der Menge der Förderung abhängig gemacht wird. Der einzige Unterschied besteht darin, daß die Bergarbeiter jetzt ein unmittelbares Interesse an der Industrie bekommen dadurch, daß die Löhne mit den Profiten fluktuieren, mit anderen Worten, es ist den Bergwerksbesitzern gelungen, die ganze Basis des Kampfes zu verschieben und die Frage aufzuwerfen, ob die Arbeiter in eine Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern eintreten wollen oder nicht. Und die Bergarbeiterführer haben den Vorschlag angenommen unter der Bedingung, daß Anfang des nächsten Jahres die Regierung an die Errichtung eines Reichslohnministeriums geht, welches die Löhne aller Art in den verschiedenen Bergwerksdistrikten Englands festlegen soll. Es war schon lange der Wunsch der Bergarbeiter, einen allgemeinen Lohnstandart für alle Kohlendistrikte durchzusetzen, weil bis in die Gegenwart in jedem Kohlendistrikt die Lohnverhältnisse anders liegen. Aber als Gegenleistung für dieses Versprechen, des sekundären Vorteils eines Minimallohnes, sind die Bergarbeiterfürer bereit, ihren Anspruch auf den Mehrwert der Kohle und damit den Grundsatz der Sozialisierung fallen zu lassen, und sind ferner bereit, in eine tatsächliche Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern einzutreten und dies nach ihrer Erfahrung mit Lloyd George in der Angelegenheit der Sankey-Kommission. Die Niederlage der Bergarbeiter konnte nicht größer sein.

Es muß nun die Frage gestellt werden, was wird wohl jetzt geschehen? Ich glaube, es kann ohne Zweifel behauptet werden, daß aus dieser ernsthaften Niederlage (so katastrophal sie beim ersten Anblick auch zu sein scheint) nur Gutes herauskommen kann. Die Niederlage kann nur bedeuten den Anfang einer vollständigen Reinigung und Revolutionierung der britischen Gewerkschaftsbewegung und vor allem der Bergarbeiterorganisation Großbritanniens. Diese bis jetzt fortgeschrittenste Gewerkschaft Englands wird durch die unerbittliche Logik der Geschichte auf die Bahn des revolutionären Sozialismus gedrängt werden. Sie wird durch diese Erfahrung gezwungen werden, ihre ganze Taktik zu ändern, ihre ganze Maschine umzugestalten und in Wahrheit, und nicht nur zum Schein, eine revolutionäre rote Gewerkschaft zu werden. Dieser Prozeß hat auch bereits begonnen. Es wird berichtet, daß die lokale Bergarbeitergewerkschaft von Südwales den Rücktritt ihrer Hauptführer verlangt hat. In anderen Bergwerksdistrikten gehen die radikalen Gruppen daran, neue Sekretäre zu ernennen und die Parole auszugeben: keine vermehrte Förderung ohne die Kontrolle der Arbeiter. Die Arbeiter gehen an ihre Arbeit, weil sie gesehen haben, daß sie mit ihren gegenwärtigen Führern und ihrem jetzigen Gewerkschaftsapparat nichts als Niederlagen ernten können. Aber die Zeit ist jetzt gekommen, daß die Masse der Gewerkschaften sich reorganisieren wird, um eine wirklich proletarische Armee zu werden, die in der Lage ist, den revolutionären Kampf bis zum endgültigen Sturz der Macht der englischen Kohlenbarone und der Großkapitalisten, die hinter der britischen Regierung stehen, durchzukämpfen.

Die Menschewisten in Rußland.

Von Politikus.

Die Spaltung der russischen sozialdemokratischen Partei fand auf dem zweiten Kongreß der Partei im Jahre 1903 statt; aber schon vorher hatten sich Meinungsverschiedenheiten in der Partei bemerkbar gemacht. Während eine Gruppe die Arbeitermassen auf dem Boden des Kampfes für die unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen organisieren wollte, suchte eine andere Gruppe die politischen Probleme in den Vordergrund der Agitation zu stellen. Es war der Gegensatz zwischen den sogenannten „Ökonomisten“ und der Gruppe „Iskra“, an deren Spitze damals

Plechanoff, Martoff, P. Axelrod, Lenin, Trotzky, Lunatscharsky und Bogdanow standen. Im Grunde genommen drehte sich schon damals der Streit um die Frage, ob wir in Rußland unmittelbar vor einer politischen Umwälzung stehen, deren Hauptbeteiligter und sogar leitende Kraft das Proletariat bilden sollte. Diejenigen Genossen, die die Revolution in die weite Ferne schoben, wollten den Weg der langsamen Organisation von großen Massen auf dem Boden des Kampfes um die alltäglichen Bedürfnisse gehen, während die anderen die Notwendigkeit einer kleinen, aber straffen Organisation, die an der Spitze der elementaren Bewegung der Massen im Kampfe gegen die Festung des Absolutismus marschieren sollte, betonten.

Die Wahrscheinlichkeit einer baldigen politischen Revolution und die Notwendigkeit der politischen Schulung der Arbeitermassen wurde von der gesamten Gruppe der „Iskra" anerkannt. Die Meinungen gingen erst dann auseinander, als es sich um die weiteren Perspektiven der Bewegung handelte. Während die einen, mit Paul Axelrod und Martoff an der Spitze, die russische Arbeiterbewegung in die Bahnen der westeuropäischen Bewegung der vorrevolutionären Zeit lenken wollten, in erster Linie eine große Massenorganisation zu schaffen suchten und sich mit ihren Losungen dem jeweiligen Zustand des politischen Bewußtseins der Massen anpaßten, drang der andere Teil auf politische Aktionen hin, in der Erkenntnis, daß die Bewegung selbst die beste Schule der Revolution bildet und daß es vor allem darauf ankommt, die Bedingungen für die Organisation der Massen durch den Sturz des Absolutismus zu schaffen. So wurden die Bolschewiki zum treibenden Faktor der Bewegung schon vor der Revolution. Ob diese oder jene Losung im gegebenen Moment die richtige war, darüber wird die Geschichte urteilen. Tatsache ist auf jeden Fall, daß das leitende Moment der Bewegung nicht die Menschewiki, sondern die Bolschewiki waren. Und selbst dann, als sich größere Massenbewegungen entwickelten, die unter dem Einflusse der Menschewiki standen, gerieten sie allmählich unter den der Bolschewiki. So war es 1905 und so wiederholte es sich auch 1917.

War der Streit zwischen den Menschewiki und den Bolschewiki bis 1917 ein Streit innerhalb der Arbeiterbewegung, in dem beide Flügel der Sozialdemokratie im wesentlichen verschiedene Tendenzen der Entwicklung zum Ausdruck brachten, so änderte sich die Lage nach der Revolution 1917 von Grund aus. Die Revolution brachte große Massen in Fluß und hat in erster Linie eine große Änderung in der Stellung der demokratischen Intelligenz zum Staate verursacht, die für die weitere Taktik der Menschewiki verhängnisvoll wurde. Die Revolution hat die Wünsche dieser demokratischen Intelligenz, im Grunde genommen, verwirklicht, die Intelligenz hatte *ihren* Staat mit der Errichtung der Demokratie erhalten. Diese Änderung in der Stellung der Intelligenz zum Staat äußerte sich in der veränderten Stellungnahme zum Kriege. Wenn bis zur Revolution die sozialpatriotische Stimmung in Rußland immer sehr schwach war, so kam mit der Revolution ein vollständiger Umschwung in dieser Beziehung, und die Notwendigkeit den Krieg fortzusetzen, wurde von den Menschewiki, deren Reihen sich von demokratischen Intellektuellen füllten, fast ausnahmslos betont. Selbst derjenige Flügel der Menschewiki, der sich „Internationalisten" nannte, konnte sich zu einem entschiedenen Schritt in der Bekämpfung des Krieges nicht aufraffen, *verwarf prinzipiell den Separatfrieden, unterstützte also faktisch die Kriegspolitik der Koalitionsregierung.* So tragen beide Flügel der menschewistischen Partei tatsächlich die Verantwortung für die Politik der Koalitionsregierung bis zur Novemberumwälzung. Um so mehr als der linke Flügel in der Partei blieb und trotz seiner Opposition mitverantwortlich für die ganze Politik dieser Partei war. Es ist deshalb kein Zufall, daß, als der Umschwung in der Stimmung der Massen kam, der linke Flügel ebenso wie der rechte von innen getroffen wurde, daß die Arbeitermassen der gesamten menschewistischen Partei den Rücken kehrten. Die Partei wurde nunmehr die Partei der verärgerten Intellektuellen.

Mit dem Zusammenbruch des Kerensky-Systems ist auch die menschewistische Partei zusammengebrochen und von der Bühne der Weltpolitik verschwunden.

Nach der Novemberrevolution traten in der menschewistischen Partei drei Strömungen hervor: die „Aktivisten", die die Sowjetherrschaft entschieden bekämpfen wollten, das „Zentrum" und der linke Flügel. Während der linke Flügel allmählich zu den Bolschewiki überging, nahm der rechte Flügel an fast sämtlichen Aufständen gegen die Sowjetherrschaft teil. Bald alle weiße Regierungen konnten sich auf die Menschewiki stützen, und zwar auf hervorragende Mitglieder dieser Partei. Das „Zentrum" hat allerdings versucht, diese abzuschütteln, indem es erklärt hat, daß es diese Politik nicht billige, keine Verantwortung für sie übernehme, und stellenweise ist sogar mit dem Ausschluß aus der Partei gedroht worden. Und dennoch steht es fest, daß viele Mitglieder der menschewistischen Partei in der oder jener Weise in Beziehungen zu den weißen Regierungen gestanden haben und trotzdem noch immer nicht aus der Partei ausgeschlossen sind.

Wichtiger ist es, daß das „Zentrum", an dessen Spitze Martoff und Abramowitsch stehen, sich nie zu einer klaren Stellungnahme gegenüber den Bolschewiki entschlossen hat. Eine Zeitlang hielt es die Forderung der Einberufung einer Konstituante einer Nationalversammlung aufrecht, ließ dann diese Forderung fallen und erklärte sich für das Sowjetregime als Vorstufe zu einer Konstituante aus praktischen Erwägungen heraus, um schließlich die Frage der Konstituante aus der Agitation gänzlich auszuschalten. Klar und eindeutig haben sie nie zu den Fragen Demokratie und Diktatur Stellung genommen. Trotzky hat recht gehabt, als er einmal sagte, daß die Menschewiki das wiederholen, was die Bolschewiki ein halbes Jahr vorher gesagt haben. In ihrem Mißgeschick fordern sie meist das, was nun überlebt ist oder aus verschiedenen Gründen gerade in dem Moment am wenigsten praktisch ist. Heute erklären sich die Menschewiki als Anhänger des Sowjetsystems und fordern die Durchführung der Sowjetverfassung, und das gerade in den Momenten, wo das Land von den gegenrevolutionären Erhebungen durchzuckt wird. In der Praxis haben die Menschewiki gewissen Erfolg nicht dank ihrer Stellungnahme gegenüber der Sowjetmacht, sondern trotz dieser Stellungnahme. Um sie scharen sich die Gegner dieser Macht, die das Sowjetregime an und für sich bekämpfen; beim Ausbleiben jeglicher anderen Opposition mußten sie zum Mittelpunkt aller unzufriedenen und gegnerischen Elemente werden. Daraus erklärt sich auch die scharfe Stellungnahme der Sowjetmacht gegenüber den Menschewiki dort, wo sie offener gegen die Sowjetmacht auftreten.

Einige Beispiele mögen noch den Gegensatz zwischen den Menschewiki und Bolschewiki in dem jetzigen Rußland beleuchten. Die Frage der Gewerkschaften hat besonders heftige Kämpfe hervorgerufen. Während die Bolschewiki die gewerkschaftliche Organisation der Massen zur Grundlage des neuen Staatsbaues machen wollen, fordern die Menschewiki die Aufrechterhaltung der „Unabhängigkeit und Selbständigkeit" der Gewerkschaften gegenüber dem proletarischen Staate. Da ein Klassenkampf gegenüber der proletarischen Macht sinnlos oder reaktionär ist, würde dieser Standpunkt die gewerkschaftliche Organisation überhaupt überflüssig und zwecklos machen. Als es sich darum handelte, die Arbeitsdisziplin mit Hilfe der Gewerkschaften durch die Machtmittel des proletarischen Staates wiederherzustellen, traten die Menschewiki dem entgegen und suchten faktisch den wirtschaftlichen Wiederaufbau unbewußt zu verhindern. In der Wirtschaftspolitik vertreten die Menschewiki, mindestens aber einflußreiche Führer, mehr oder weniger konsequent den Standpunkt des „freien Handels". Was jetzt offiziell als Korrektur zur Wirtschaftspolitik der Bolschewiki vorgeschlagen wird, die Übergabe weniger wichtiger Betriebe dem Privatkapital, ist prinzipiell ohne Bedeutung und praktisch kaum durchführbar.

So ohne festes Programm, ohne Anhang in den Massen, führt der russische Menschewismus ein Schattendasein in der großen welthistorischen Revolution Sowjetrußlands, indem er, wo er nicht direkt gegen die Sowjetregierung Stellung nimmt, hinter der Revolution bellend herläuft.

Kein Rätekongreß.

Von Wilhelm Koenen.

Von Kongressen erhofft man sich Nachwirkungen und fühlbare Folgen, sonst lohnen sich Zeit, Mühe, Geld und Aufregung nicht. Wie sehr sie sich lohnen und wie stark die Nachwirkungen eines Kongresses sein können, sehen wir soeben an dem Beispiel des zweiten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Von dieser Moskauer Tagung wiederhallt der ganze Erdkreis; weiter als bisher schon die proletarische Bewegung reichte, wirkt der Moskauer Schlachtruf auf die Unterdrückten aller Erdteile ein. Überall formieren sich die revolutionären Kräfte; die Regierungen zetern, die Kapitalisten rüsten zu Gegenschlägen.

In aller Beicheidenheit dürfen wir einige dieser Wirkungen auch für unseren Parteitag von Halle feststellen, der nicht nur international, sondern auch historisch seine besondere Bedeutung offenbar werden läßt. Der revolutionäre Teil des deutschen Proletariats wird durch ihn geradezu leidenschaftlich aufgewühlt. Rechts und links nimmt alles Stellung zu seinen Entscheidungen, regierende Minister greifen offen in den Meinungsstreit ein, man droht und schmeichelt, und die gesamte Arbeiterbewegung Deutschlands müht sich ab mit den neuen Problemen unserer kommunistischen Taktik.

Welch anderes Bild bietet ein anderer Kongreß. Wenige Tage vor unserem Parteitag trat mit großem Aufwand der erste Betriebsrätekongreß Deutschlands in Berlin zusammen. Es trifft sich gut, daß dieser Rätekongreß erst jetzt hier zur Aburteilung kommen kann. Diese kurze Zeitspanne der Verzögerung genügt schon, um die erschreckende Hohlheit des gewerkschaftlichen Betriebsrätekongresses jedem klassenbewußten Proletarier ganz deutlich werden zu lassen. Hat der breitspurig aufgemachte Kongreß während seiner Tagungszeit nicht irgendeine Proletarierschicht erregen können, so hat sich für ihn auch nirgendwo die geringste Nachwirkung gezeigt.

Und diese Taubheit des Erfolges trat ein, obwohl der die Tagung eröffnende Vorsitzende des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes in warmer Begrüßung die Anwesenheit einer ganzen Serie höchster Vertreter der deutschen und preußischen Ministerien hervorhob. Die billige Vorfreude über die gütige Teilnahme der Staatssekretäre und Geheimräte hat sich nicht gelohnt. Aber der Vorsitzende Graßmann war in seiner Hoffnungsfreudigkeit zu einer noch kühneren Perspektive gekommen, indem er einleitend stolz erklärte: das ganze Ausland blicke mit Aufmerksamkeit auf die Arbeiten des Kongresses. — Es ist ganz anders gekommen, denn auch im Ausland kennt man ebenso wie in den deutschen Ministerien die Macher des Kongresses ganz genau. Man weiß, daß von ihnen gar nichts zu befürchten ist.

Genosse Däumig hat recht behalten, wenn er über den Kongreß bereits 14 Tage vor der Eröffnung im „Arbeiterrat" den Satz schrieb: „Ohne ein großer Prophet zu sein, kann man jetzt schon sagen, daß die Kongreßbeschlüsse der kapitalistischen Produktionsweise nicht weh tun werden."

Der tiefere Grund dafür, daß trotz aller Absichten und Bemühungen der Verlauf dieses Betriebsrätekongresses so vollkommen bedeutungslos blieb, liegt in dem

gänzlichen Fehlen einer großen leitenden Idee, durch die die Tagung hätte beherrscht werden können. Außerdem fehlten dem Kongreß jegliche eigenen inneren Triebkräfte. Er sollte kein Gewerkschaftskongreß sein; denn sowohl die Leitung, wie auch die Referenten Wissell und Hilferding bestritten in holder Gemeinschaft dem Kongreß das Recht, seine Stellung z. B. zu dem gesetzlichen Steuerabzug vom Lohn zu präzisieren oder gar gegen die korrumpierende Arbeitsgemeinschaft Anträge einzubringen, wie das von der U.-S.-P.-D.- und K.-P.-D.-Fraktion versucht wurde. Dieser kritische Arbeitsgemeinschaftsantrag wurde schon vorneweg abgewürgt. Die „Lebensnotwendigkeiten der Gewerkschaften" — so lautet die neue Begründung einer besonderen Gewerkschaftspolitik — durften nicht erörtert werden.

Der Kongreß durfte sich aber auch nicht zu einer eigentlichen Betriebsrätetagung gestalten. Die Gewerkschaftsbureaukratie verhinderte das hartnäckig und mit voller Absicht. Schon das von ihr ausgeklügelte Wahlsystem widersprach der Räteidee. Denn nicht Betriebsvertreter wurden in Industriegruppenversammlungen als Delegierte gewählt, sondern die Delegationen erfolgten von Gewerkschaftsvertretern durch Betriebsratskonferenzen der Einzelverbände, so daß selbst die Mandatsprüfungskommission des Kongresses die große Zahl der Gewerkschaftsbeamten unter den angeblichen Betriebsratsdelegierten bemängeln mußte. Außerdem waren aber noch Hunderte dieser Bureaukraten mit beratender Stimme delegiert worden, was zu offenen Auseinandersetzungen führte. Daneben war die willkürliche Verteilung der Zahl der Delegierten auf die Verbände, wobei die zahmsten Gewerkschaften die stärkste Vertretung erhielten, ein weiterer Grund, um gegen die Zusammensetzung des Kongresses zu protestieren. Es lag ganz im Sinne dieser systematischen Fälschungen, wenn die führende Gewerkschaftsbureaukratie es durchzusetzen verstand, daß die Vorsitzenden dieses „Betriebsräte"-Kongresses von ihr gestellt wurden. Man merkte es der Leitung an: sie hatte diesen ihren Kongreß nur gemacht und konstruiert, um einen wirklichen, selbständigen, allgemeinen Kongreß sämtlicher Betriebsräte Deutschlands zu verhindern, denn der hätte ja vielleicht revolutionär wirken können.

Der Kongreß sollte seinen Machern dazu dienen, eine in stürmischen Tagen entstandene neue Idee organisatorisch zu ruinieren. Die Räteidee, die von den revolutionär entstandenen Betriebsräten noch lebendig erhalten wurde, war zwar schon durch das Betriebsrätegesetz so vollständig stranguliert worden, daß wir damals im Parlament beantragten, aus dem Gesetz das Wort „Betriebsräte" zu streichen und es durch „Ausschüsse" zu ersetzen, was die Nationalversammlung aus Mangel an politischer Ehrlichkeit ablehnte. Trotz dieser restlosen gesetzlichen Fesselung der Betriebsräte war der revolutionäre Einfluß der Räteidee auf die gewählten gesetzlichen Betriebsräte immer noch ein so gefürchteter, daß die Gewerkschaftsbureaukratie noch besondere organisatorische Sicherungen für sich für erforderlich hielt. Hatte die Nationalversammlung für Arbeiter- und Angestelltenausschüsse in offenbarer Fälschungsabsicht die Bezeichnung Betriebsräte dem revolutionären Sprachschatz entlehnt, so plagiierten die Gewerkschaftsführer von der revolutionären Rätebewegung den konstruktiven Aufbau nach Industriegruppen und Wirtschaftsbezirken, obwohl sie noch wenige Monate vorher über diese Kästchenbauerei weidlich gespottet hatten. Unter Mißbrauch ihrer Terminologie und geistigem Diebstahl ihrer erarbeiteten Konstruktionen sollte die Rätebewegung in ein Werkzeug wirtschaftsfriedlicher Gewerkschaftsführer verwandelt werden. Diesem reaktionären Ziele sollte der freigewerkschaftliche Betriebsrätekongreß in entscheidender Weise dienen.

Zwei Anschauungen standen deshalb schroff miteinander im Kampfe. Die von der Kongreßleitung erstrebte nurgewerkschaftliche Zusammenfassung der Betriebsräte und deren organisatorische Unterordnung unter die Gewerkschaftsbureaukratie fand oppositionellen Widerspruch durch die von der U.-S.-P.-D.- und K.-P.-D.-

Fraktion nachdrücklichst vertretene selbständige Betriebsrätebewegung, die neben den Gewerkschaften, aber in engster Fühlung mit ihnen, arbeiten soll. Nicht nur um die Idee zu retten und sie in ihrer Klarheit und Reinheit den von Regierung und Gewerkschaft betriebenen Verfälschungen entgegenzustellen, nicht nur um ein gutes Prinzip gegen seine Verdrehung grundsätzlich zu vertreten, sondern auch weil der Kampf um die Organisationsform der Betriebsräte ein Teil des revolutionären Kampfes überhaupt ist, mußten K. P. D. und U. S. P. D. auf diesem Rätekongreß den Kampf für die Selbständigkeit der Betriebsräte aufnehmen.

Während es erfreulicherweise gelang, die beiden Fraktionen in vollster Übereinstimmung in diesen Kampf zu führen, blieb es dem bisherigen U.-S.-P.-Mann Robert Dißmann vorbehalten, als Spaltpilz aufzutreten. Er setzte alles daran, einen Teil der U.-S.-P.-D.-Delegierten von ihrer Fraktion zu trennen und den abgesplitterten Teil zur offenen Auflehnung gegen Parteibeschlüsse aufzureizen. Die Zentralleitung der U. S. P. D., deren Beirat Dißmann angehörte, hatte sich anläßlich der Wahlen zum Betriebsrätekongreß für das Prinzip der selbständigen Betriebsrätebewegung entschieden, alle Parteibeschlüsse vorher lauteten in gleichem Sinne, und die U.-S.-P.-D.-Fraktion des Betriebsrätekongresses entschied sich — ordnungsgemäß einberufen — ebenfalls mit Zweidrittelmehrheit für die selbständige Räteorganisation. Aber die Dißmänner kennen keine Parteidisziplin. Wie sie es schon in Leipzig versuchten und es in Halle als Minderheit wahr machten, so betrieben sie auch auf dem Betriebsrätekongreß rücksichtslose Spaltungspolitik, indem sie die Parteieinheit ihren gewerkschaftlichen Anschauungen opferten. Fügt sich die Partei nicht unserer Gewerkschaftspolitik, dann zerreißen wir sie, das ist die Dißmannsche Taktik schon seit Leipzig, die sowohl in Berlin als auch in Halle von den Minderheiten selbstsüchtig verwirklicht wurde. Sie retteten die Legiensche Gewerkschaftstaktik, indem sie die Partei und ihre Grundsätze preisgaben.

Ohne die Dißmann, Jaeckel, Simon, Aufhäuser, Fr. Schmidt, Sabbath u. a. sind die unsterblich blamierten Legiene, die völlig kompromittierten Bauer, Schlicke und Wissell schutz- und wehrlos. Sie wären unter den kritischen Schlägen der klassenbewußten Proletarier längst in der Versenkung verschwunden. Der aussichtsreiche Kampf gegen sie wurde gelähmt von dem Augenblick an, da die Dißmänner sie schützten. Durch die Glorie der auchrevolutionären Dißmann-Aufhäuser wurden die Sünden und Schanden der Legiene wieder verdeckt. So nahmen diese beiden „Genossen" nach der Zerreißung der Fraktionsbeschlüsse und der Parteidisziplin auch auf dem Kongreß wieder alle Prügel gegen die Legiene und Graßmann auf sich. Aufhäuser fraternisierte offen mit ihnen gegen die russische Gewerkschaftsdelegation, er vergewaltigte die Opposition der eigenen Parteigenossen, wenn es die Gewerkschaftsbureaukratie zu retten galt, und immer wieder sprang auch Dißmann dann in die Schranken, wenn den Legienen auf dem Kongreß eine ernsthafte Gefahr drohte. Brüllend und tobend reihte er Drohung an Drohung und überbot sich in Plattheiten und Grobheiten, um dadurch etwa noch Schwankende einzuschüchtern und sie auf seine Kompromißlinie mit Legien zu zwingen. Diesmal gelang es ihm noch, genügend Verwirrung zu stiften. Die Drahtzieher hatten sowohl die Kongreßleitung als auch die Parkettregie und die Reden trefflich unter sich verteilt; sie würgten sich durch, wenn auch mit Ach und Krach.

Wie die Leiter, so die Redner. Einer der Hauptschuldigen am Zusammenbruch der ersten revolutionären Arbeiterratsherrschaft, der mit Noske Volksbeauftragter wurde und Minister war, durfte auf diesem „Räte"-Kongreß das erste Referat halten. Rudolf Wissell, der in völligem Unverstand und Unwissen gerade in den Monaten, in denen noch etwas zu retten war, in den Monaten, in denen das Bürgertum noch gehorsam kuschte, der Mann, der damals die deutsche Wirtschaft durch Unfähigkeit und Schlappheit restlos in die wucherischen Hände der selbstsüchtigen Privatkapitalisten gleiten ließ, diese

Mann wagte jetzt vor Betriebsräten über den — Zusammenbruch der Wirtschaft zu klagen. Er, der die klotzige Lüge: Die Sozialisierung ist da! im März 1919 plakatieren und in die Welt schreien ließ, konnte jetzt wieder ungestört über — die Sozialisierung als einziges Hilfsmittel schwätzen.

Auch über die Sozialisierung sprach in einem zweiten Vortrag Hilferding, der nicht begreifen will, daß ein schöner Sozialisierungsplan, wie er vor dem Wissellschen Wirtschaftszusammenbruch zur Zeit einer proletarischen Herrschaft vielleicht diskutabel gewesen wäre, jetzt ein glatter Arbeiterbetrug, ein Staatskapitalismus ist, und auch als solcher noch illusionär bleibt. Immerhin: Hilferding verstand es wieder, gehörig rhetorischen Weihrauch zu machen und mit viel theoretischem Dunst seinen Sozialisierungsplan so geschickt zu servieren, daß, wie sooft nach seinen volltönenden Reden, alles gebannt dasaß, und dann in stürmischen Beifallsausbrüchen glaubte, jetzt werde es losgehen mit der Aktion für die Sozialisierung. — Ach nein, der Rausch verfliegt. Wochen, Monate gehen hin. — Wartet nur, Betriebsräte, wartet nur zu: Hilferdinge organisieren nie eine Aktion!

Daß aber selbst dieser so arg mit dem Wortgedröhn der Hilferdinge und Dißmänner regalierte Kongreß dieses Gerede noch von wirklichen Taten unterscheiden konnte, bewies er sehr energisch mit dem wiederholt gegen Graßmann und Aufhäuser durchgedrückten Beschluß, den russischen Gewerkschaftsdelegierten, Genossen Losowski, zum Wort kommen zu lassen. Damit kam ganz gegen den Willen der Macher des Kongresses die wirklich revolutionäre Praxis der Betriebsräte anschaulich zur Darstellung. Es wurde historisch festgestellt, daß nur die politische Macht in den Händen eines proletarischen Staates die Sozialisierung wahrmachen könne, daß aber vorher im Einzelkampf um die Beaufsichtigung der Produktion und Verteilung schon revolutionäre Vorarbeit durch die Betriebsräte geleistet werden muß. Die Ausführungen des Genossen Losowski waren unbestritten Höhepunkte des Kongresses. Die mit seinem Auftreten verbundenen stürmischen Kundgebungen für Sowjetrußland bewiesen, daß es auch der rücksichtslosesten Knebelung und der geschicktesten bureaukratischen Mache nicht gelingt, in den Vertrauensleuten der Arbeiterschaft das elementare Gefühl der Zuneigung zu Rußland, der Vormacht der proletarischen Revolution, zu unterdrücken.

Es war überhaupt eine der erfreulichsten Erscheinungen, daß trotz aller Maßregeln der Gewerkschaftsbureaukratie der gesunde proletarische Instinkt und das soziale Klassenbewußtsein der Delegierten verschiedentlich in hoffnungsvollster Weise zum Durchbruch kam. Nicht nur unseren russischen Genossen, sondern auch den Vertretern der Arbeitslosen wurde gegen den Willen der Leitung die Teilnahme und das Reden auf diesem Kongreß erkämpft. Nach wiederholten Vorstößen gelang es auch, trotz der energischen Gegenmaßregeln der Leitung, die oppositionellen Korreferenten gegen Dißmann, Nörpel und Brolat endgültig durchzudrücken. Sowohl die Ausführungen Richard Müllers, als insbesondere Brandlers Rede über die jetzigen Aufgaben und Arbeiten der Betriebsräte waren von erfreulich überraschender Wirksamkeit.

Diese mehr als agitatorischen, weder von uns noch von der Kongreßleitung erwarteten Erfolge sind dem planmäßigen, einheitlichen Zusammenarbeiten der K.=P.=D.=Fraktion und der gereinigten U.=S.=P.=D.=Fraktion zu verdanken. Gegen eine Fraktionsbildung dieser sehr wirksamen Art kann auch die gerissenste Leitung bureaukratischer Gewerkschaftsführer nichts ausrichten. Die kommunistische Fraktionsbildung durch einfache Arbeiter hat auf diesem Kongreß ihre Feuerprobe gut bestanden. Haben die Legiene und Dißmänner auch noch einmal ihre verwaschenen Resolutionen durchgesetzt, so ist damit nur ein hohles Werk gefügt, das weder die Arbeiterschaft noch die kapitalistischen Gewalten irgendwie bekümmern wird. Die Betriebsrätebewegung, auf revolutionärem Grunde entstanden, läßt sich durch solche Machenschaften nicht hemmen. Der Kampf

um ihre Selbständigkeit bleibt ein Teil des revolutionären Kampfes. Das lebendige Getriebe der kapitalistischen Wirtschaft drängt mit seinen sich zuspitzenden Konflikten den Betriebsräten und ihren Organisationen, unbekümmert um Gewerkschaftsbeschlüsse, ihre Aufgaben und deren Lösungen auf. Und so wird die Betriebsrätebewegung die eigenen Wege gehen, die die soziale Revolution, die kommenden Aktionen und der Kampf um den Kommunismus ihr weisen werden.

Die Resolution für den Anschluß an die III. Internationale der Linken der französischen Partei.

Die Resolution für den Anschluß an die III. Internationale wurde redigiert, beraten und gebilligt durch das Komitee der III. Internationale und die Fraktion Cachin-Frossard, die aus dem Komitee der Erneuerung der Internationale ausgetreten war. Diese Resolution ist das Resümee der Thesen des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale, angepaßt an die Situation in Frankreich. Die Unterzeichneten laden die Genossen, Sektionen und Verbände der Partei ein, für diese Resolution zu stimmen und zum Reichskongreß Delegierte zu entsenden, die zuverlässige Anhänger des unbedingten Anschlusses an die Kommunistische Internationale sind. Um zu vermeiden, daß der Wille der Masse nicht rein zum Ausdruck kommt, ist es notwendig, daß die Delegierten zum Kongreß ein gebundenes Mandat erhalten.

Nach vierjährigem Weltmassenschlachten, und zweijährigem angeblichen Frieden, während welcher Zeit die Bourgeoisie nicht aufgehört hat, einen konterrevolutionären und imperialistischen Krieg gegen das russische Volk und die unterdrückten Völker Asiens zu führen, stellt die sozialistische Partei fest, daß der Kapitalismus unfähig ist, die wirtschaftliche und soziale Umwälzung, die er hervorgerufen hat, zu überleben.

Die unersättlichen Begierden der bürgerlichen Klassen und die unvermeidliche Entwicklung des Wirtschaftslebens haben den Imperialismus geboren; und die Konkurrenz der rivalisierenden Imperialismen erhält den Krieg in Permanenz. Im Blute von Millionen von Proletariern hat die imperialistische Koalition der Alliierten die gegnerische Koalition besiegt und sich die Weltbegemonie zu sichern gewußt. Beherrscherin der Kolonien Asiens und Afrikas zwingt sie auch ihren Willen den alten neutralen Staaten auf, und verurteilt die Völker Mitteleuropas zur Sklaverei durch Verträge, die den Sieg seiner Macht und seines „Rechtes" auf Plünderung und Raub bis zum äußersten sanktionieren.

Aber das revolutionäre Rußland hat die Allmacht der siegreichen imperialistischen Koalition in Frage gestellt. Mit der Weigerung, sich den Gesetzen des Kapitalismus zu unterwerfen, hat es das bürgerliche Regime gestürzt, die Macht dem Proletariat übergeben, die Expropriateure expropriiert und den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft übernommen. Es hat siegreich dem Ansturm der internationalen Gegenrevolution standgehalten, und nach seinem Beispiel organisiert sich in allen Ländern der Widerstand gegen die Unterdrückung des Kapitals.

Zu gleicher Zeit entwickeln sich die unvermeidlichen Folgen des imperialistischen Krieges. Die Rivalität der sich bekämpfenden kapitalistischen Oligarchien reißt den Bund der alliierten Imperialismen auseinander. Der Ruin der Staaten, die Defizite in den Budgets, der verstärkte Notenumlauf, die der Zerstörung unzähliger Menschenleben und unschätzbarer Reichtümer gefolgt sind, führen die wirtschaftliche Zerrüttung auf ihren Gipfel. Die Unterbindung der internationalen Austauschmittel, der Rückgang der Produktion, das unaufhörliche Steigen der Lebensmittelpreise verschärft die Gegensätze der Klassen. Die Widersprüche, die den Kapitalismus unterminieren, bedeuten ein tötliches Gift für das alte Regime.

In dem allgemeinen Chaos, in dem die verblendete Bourgeoisie ihre Sucht nach Herrschaft und Profit fortsetzt, gewinnt das Proletariat täglich an Klarheit, wird sich seiner revolutionären Mission bewußt und beginnt den Befreiungskampf gegen seine Herren.

Während vier Jahre haben die Völker, verblendet durch ungeheure Lügen, fanatisiert durch künstlich aufgestachelten Haß, auseinandergerissen durch Täuschung und Irrtum, die die Bourgeoisie geschaffen und aufrechterhalten hat, dank der korrumpierenden Allmacht des Geldes und der Zwangsgewalt des Staates, sich gegenseitig in einem unsinnigen Bruderkrieg die Gurgeln abgeschnitten. Getäuscht durch die Führer der II. Internationale und zugleich durch die bürgerlichen Regierungen, haben die einen wie die anderen geglaubt, eine gerechte Sache zu verteidigen, das Vaterland, das Recht, die Gerechtigkeit, die Kultur, sie haben geglaubt, mit ihrem Blute den ewigen Frieden zu erkaufen und durch ihre Opfer das Heil der künftigen Generation zu sichern.

Sie ermessen erst jetzt die ungeheure Größe ihres Irrtums. Sie verstehen, daß Millionen von Menschen gestorben sind für die Interessen der Bourgeoisie. Sie bemerken weder Frieden, noch Gerechtigkeit, noch Zivilisation; sie sehen nichts als Krieg, Ausbeutung, Barbarei. Und die neue Generation erleidet dasselbe Schicksal wie diejenigen, die sie zu retten glaubten.

Jedes Proletariat versteht heute, daß sein Feind im eigenen Lande steht, und daß der einzige legitime Krieg nur derjenige der Ausgebeuteten gegen ihre Ausbeuter ist. In jedem Proletariat organisiert sich eine bewußte Elite zu einer politischen Partei, die die unterdrückte Klasse in ihrem Kampfe gegen die bevorrechtete Klasse führt. Diese sozialistischen oder kommunistischen Parteien haben sich in einer neuen Internationale gruppiert auf Anregung von vorausschauenden Sozialisten, die niemals auf den Kampf gegen das kapitalistische System verzichteten, und sich so unter den Schutz der ersten siegreichen proletarischen Revolution gestellt.

Die französische sozialistische Partei erklärt, daß diese neue Internationale, die Kommunistische Internationale, der geeignete Wortführer der Bestrebungen der ausgebeuteten Massen der ganzen Welt und der sichere erprobte Führer, die proletarische Avantgarde, ist.

Im Bewußtsein der historischen Rolle, die der Partei in dieser Stunde zufällt, wo die Geschicke des Proletariats an der Weltfront im Kampfe der Klassen auf dem Spiele stehen, **beschließt sie, in die Kommunistische Internationale einzutreten, die die Anstrengungen aller proletarischen revolutionären Organisationen vereinigt und ihren Befreiungskampf führt.**

Die Partei erklärt sich restlos solidarisch mit der Sowjetrepublik, die nicht nur für das Wohl des russischen Proletariats, sondern für die Befreiung des Weltproletariats kämpft. Sie anerkennt als die vornehmste Pflicht der Arbeiter aller Länder, mit allen Mitteln die Stärkung der sozialen Revolution, die in Rußland begonnen hat, zu sichern und gegen den Imperialismus, gegen das kapitalistische System einen unerbittlichen Krieg ohne Gnade zu führen, dessen Ausgang die vollständige Befreiung der Arbeit sein wird.

Thesen.

I. Die Eroberung der Macht durch das Proletariat und die proletarische Diktatur.

In Anbetracht der Unfähigkeit des Kapitalismus, die in Trümmern zerfallene Welt aufzubauen, muß die Partei die Bedingungen prüfen, unter denen das Proletariat sich an die Stelle der Bourgeoisie setzen und die Kommunistische Gesellschaft aufbauen kann.

Die Erfahrung der Geschichte und der noch nicht abgeschlossenen Revolutionen beweist schlüssig, daß die soziale Umwandlung sich nicht vollziehen kann im Rahmen des gegenwärtigen Regimes und innerhalb der Legalität, die durch dieses System zu seinem Schutze aufgerichtet wurde. Wenn es wahr ist, daß das Embryo eines sozialen Systems geboren wird und seine Entwicklung im Schoße des Systems beginnt, das es ersetzen soll und aus dem es seine ersten Bestandteile schöpft, so wird dieses Nebeneinanderbestehen unmöglich, sobald die keimenden sozialen Formen in ihrem Milieu einem Hindernis ihrer Entwickelung begegnen. Der Klassenkampf vollzieht sich außerhalb der zum Untergang bestimmten Legalität und zur Herausarbeitung einer neuen Gesetzlichkeit.

Die erste Phase des revolutionären Kampfes trägt einen verschiedenen Charakter, entsprechend den inneren Verhältnissen eines Landes, der Form und dem Widerstands-

grade der gegnerischen Kräfte, aber sein feststehendes Ziel muß sein die vollständige Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Alle sozialen Konflikte wie derjenige, der die italienische Regierung jetzt zwingt, die Kontrolle der Arbeiter über die Produktion anzuerkennen, sind nur Vorgefechte des für die Entwicklung der Revolution unbedingt notwendigen Aktes.

Der revolutionäre Wert dieser ersten Einschränkung der Vorrechte der Bourgeoisie findet rasch seine Grenzen in der Tatsache des Bestehens einer Bourgeoisie, die noch immer die Beherrscherin des Staates ist, die die Möglichkeit hat, den Widerstand zu organisieren, ihre korrumpierende Macht zu gebrauchen, und die berufen ist, die Maßnahmen, die ihr auferlegt werden, selbst zu legalisieren.

Nur der vollständige Besitz der politischen Macht, ohne ein Kompromiß mit den Vertretern des Kapitals und des kleinbürgerlichen Sozialismus, wird dem Proletariat erlauben, die neue soziale Ordnung auf dem Gemeineigentum, der Arbeitspflicht und der Unterdrückung der Klassen aufzurichten.

Die Ergreifung der Macht bedeutet keineswegs die Ersetzung der Kapitalisten durch Kommunisten innerhalb der Organisationen des kapitalistischen Staates, sondern die Zerstörung des bürgerlichen Staates und seine Ersetzung durch einen wesentlich verschiedenen Apparat.

Die Besitzergreifung des Staates durch das Proletariat gibt der Arbeiterklasse das Instrument der bürgerlichen Herrschaft. Sie unterdrückt nicht unmittelbar weder die Bourgeoisie, noch die Klassen, noch infolgedessen den Klassenkampf, der im Gegenteil seine schärfste Form annimmt. Das Proletariat kann den Notwendigkeiten dieses Kampfes nur begegnen und ihn siegreich zu Ende führen, indem es seine Diktatur unter der Parole ausübt: „Alle Macht den Arbeiterräten!"

Die Diktatur des Proletariats ist kein Regierungssystem, sondern ein Mittel, das einzige, das der Arbeiterklasse gestattet, den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen und die kommunistische Ordnung aufzurichten.

Der Kongreß ist einig mit der Kommunistischen Internationale in der Feststellung, daß es unmöglich ist, ohne Übergang vom bürgerlichen Staate in den Kommunismus ohne Staat zu gelangen.

Der Staat ist ein Klassenstaat im Dienste der herrschenden Klasse; er kann nur mit den Klassen selbst verschwinden. Die Aufrichtung der sozialistischen Produktion an Stelle der kapitalistischen kann nicht unmittelbar geschehen. Sie ist das Werk einer längeren Zeitspanne, in deren Verlauf die Existenz des proletarischen Staates unvermeidbar und notwendig ist. Die Diktatur des Proletariats wird während dieser Zeit ausgeübt zur Herstellung neuer sozialer Verhältnisse, die automatisch mit der Diktatur selbst die Klassen und den Staat verschwinden lassen werden, welcher während der Übergangsperiode das Instrument der Herrschaft der Arbeiterklasse ist.

II. Die Kommunistische Partei und die proletarische Revolution.

Der Kongreß verwirft in Übereinstimmung mit der III. Internationale ganz kategorisch die Auffassung, nach welcher das Proletariat seine Revolution durchführen könne, ohne eine politisch unabhängige Partei zu besitzen. Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf. Die politische Macht kann nur ergriffen, organisiert und ausgeübt werden durch eine politische Partei. Nur wenn das Proletariat zu seiner Führung eine organisierte und erfahrene Partei hat, die genau definierte Ziele und ein konkretes Aktionsprogramm der inneren und äußeren Politik besitzt, wird die Eroberung der politischen Macht etwas anderes darstellen als eine zufällige Episode und wird als Ausgangspunkt des langwierigen Aufbaues der kommunistischen Gesellschaft dienen.

Die Arbeiterklasse benötigt die sozialistische oder kommunistische Partei nicht nur zur Eroberung der Macht, sondern während der ganzen Periode der Diktatur und bis zum vollständigen Verschwinden der Klassen.

III. Der Parlamentarismus.

Die Partei betrachtet das Parlament als ein wesentlich bürgerliches Werkzeug, „eine Maschine der Unterdrückung und Unterjochung in den Händen der kapitalistischen Herrschaft", absolut unvereinbar mit dem proletarischen Regime, dessen Form die Republik der Arbeiterräte ist. Die Ergreifung der politischen Macht hat zum Ziel nicht die Erhaltung des Räderwerks des bürgerlichen Staates und sein Funktionieren unter der Führung der Kommunisten, sondern die vollständige Zerstörung des ganzen Staats-

mechanismus des Kapitalismus; das Parlament wird daher mit der Ergreifung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse verschwinden. Desgleichen müssen verschwinden alle kommunalen oder regionalen Einrichtungen der Bourgeoisie, um proletarischen Einrichtungen Platz zu machen.

Wie die III. Internationale verwirft die Partei den Parlamentarismus als Form der Diktatur des Proletariats; sie verneint die Möglichkeit, das Parlament zu erobern, um die Revolution zu verwirklichen.

Die Partei ist der Ansicht, daß unter gewissen, bestimmten Bedingungen, besonders in der vorrevolutionären Periode und zu Beginn der revolutionären Propaganda unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die erwählten Abgeordneten unter die tatsächliche Kontrolle und vollständige Abhängigkeit von der Partei gestellt werden, die Tribüne des bürgerlichen Parlaments benutzt werden kann zur revolutionären Propaganda der Partei. Die Kommunisten gehen ins Parlament, nicht um dort eine organische Arbeit zu vollbringen, sondern um dort die Feinde des Proletariats zu demaskieren, ohne Furcht, die aufgestellten Regeln zu überschreiten und gegen vorgesehene Disziplinarverordnungen zu vergehen.

Ins Parlament geschickt, um mitzuhelfen, von innen heraus das kapitalistische System zu zerstören, werden sie sich nicht beeinflussen lassen durch Vorwürfe, daß sie nur negative Arbeit leisten und der gesetzgeberischen Arbeit der Bourgeoisie nichts Konkretes entgegenzusetzen haben. Sie sind keine Gesetzgeber unter den anderen Gesetzgebern, sondern die kommunistischen Wortführer, die ins feindliche Lager geschickt werden. Sie haben in jeder Lage nur die Beschlüsse der Partei zu befolgen, die sie bei Strafe des Ausschlusses nicht übertreten dürfen.

Der Wahlkampf darf nicht geführt werden zur Erlangung der größtmöglichsten Zahl von Parlamentsmandaten, sondern zur Mobilisierung der Massen für die Parole der proletarischen Revolution.

In der Erkenntnis, daß unter solchen Bedingungen der Eintritt der Sozialisten ins Parlament notwendig ist, und indem festgestellt wird, daß die französischen Sozialisten gegenwärtig diese Taktik anwenden können, ist der Kongreß der Ansicht, daß die revolutionäre Situation eines Landes die Aktion innerhalb des Parlaments als nutzlos erscheinen lassen kann. Dieser Fall kann eintreten, wenn sich die revolutionäre Aktion außerhalb des Parlaments entwickelt bis zu dem Punkte, wo der Einfluß des Parlaments auf die Ereignisse gleich Null ist, und besonders, wenn die notwendigen Bedingungen zum unmittelbaren Übergehen zum offenen Kampf um die Macht gegeben sind.

Die III. Internationale erinnert daran, daß die Bedeutung dieser Frage des Parlaments eine relative ist und in keinem Fall ein Grund einer kommunistischen Spaltung sein darf.

IV. Die Partei und die Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftsorganisation ist für die Arbeiterklasse eine unabweisbare Notwendigkeit, sei es um die unmittelbar materiellen Interessen dieser Klasse zu schützen und dessen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, sei es in Anbetracht der Organisation der Revolution, zu deren Durchführung auch der Generalstreik notwendig ist.

Während einer Geschichtsperiode sind die Gewerkschaften reformistisch, sie suchen nach Kompromissen, die die Grundlagen des kapitalistischen Systems und die wesentlichen Vorrechte der Ausbeuter der Arbeiter intakt lassen. Aber nach und nach, je mehr sich die Ohnmacht des Reformismus erweist und das Proletariat die Unterdrückung des sozialen Apparates immer stärker fühlt, entwickeln sie sich in der Richtung revolutionärer Auffassungen.

Die französischen Gewerkschaften haben sich, nachdem sie fast während des ganzen 19. Jahrhunderts reformistisch waren, Anfang des 20. Jahrhunderts revolutionär entwickelt. Sie glaubten, ihr Ziel durch die direkte Aktion und den Generalstreik zu erreichen. Sie hatten in der Tat dasselbe Ziel wie der Sozialismus: die Beseitigung der Lohnarbeit. Aber ein Umschwung, der vor dem Kriege begann, hatte sich während desselben stärker ausgeprägt, und die Gewerkschaften haben denselben Rückschlag erlitten wie der Sozialismus.

Der Zustrom von großen Massen noch ungeschulter Arbeiter in die Gewerkschaften, die Errichtung eines ständigen Beamtenkörpers, der mehr eingestellt ist auf die Praxis der industriellen Diplomatie als auf die revolutionäre Kraft, die Tendenz der neuen Gewerkschaftler, der Verteuerung der Lebenshaltung durch Lohnerhöhungen zu begegnen,

alles dies hat dazu beigetragen, die französischen Gewerkschaften auf den Weg des Reformismus zurückzuführen.

Diese Abirrung hat sich in Akten unleugbaren Zusammenarbeitens der Klassen während des Krieges geäußert, als der Burgfrieden proklamiert wurde, ferner durch die Beteiligung an Unternehmungen, die von den kapitalistischen Staaten geleitet wurden, so an der Konferenz in Washington und an dem Arbeitsamt in Genf.

Aber die Ereignisse beschleunigen von Tag zu Tag den Zusammenbruch einer solchen Politik. Von Tag zu Tag begreifen die gewerkschaftlichen Proletarier besser, daß die besitzende Klasse unfähig ist, nach diesem Weltzusammenbruch den Produktionsapparat in Gang zu setzen; von Tag zu Tag erkennen sie besser, daß ihr Elend größer wird trotz der Erhöhungen der Löhne, die immer hinter den Preissteigerungen für Lebensmittel zurückbleiben. Von Tag zu Tag begreifen sie besser, daß sie eine Klasse bilden und daß diese Klasse sich nicht befreien kann, ohne das kapitalistische Gebäude zu erschüttern, und daß die Gewerkschaften nicht alle Bestandteile und Möglichkeiten der kommunistischen Gesellschaft in sich einschließen.

Die Gewerkschaften müssen wieder werden, was sie in Frankreich gewesen sind, ein wirklicher Faktor der Revolution. Sie werden nur dahin gelangen, wenn sie den kommunistischen Ideen immer weiter ihre Tore öffnen und wenn sie mit der sozialistischen Partei zusammenarbeiten, um die politische Macht zu erobern und den proletarischen Staat zu errichten. Durch ihren Anschluß an die Gewerkschaftsinternationale in Moskau würden die Gewerkschaften beweisen, daß sie mit der politischen Internationale zusammenarbeiten, ihre Aktion mit derjenigen der Kommunistischen Internationale in Einklang bringen, dasselbe Werk mit den Arbeitermassen vollbringen wollen, die sich in ihren Reihen rekrutieren. Indem sie in ihre Organisationen eindringen, indem sie für ihre Ideen die Arbeiter, die sich schon in den Gewerkschaften befinden, gewinnen, bereiten die Kommunisten diese notwendige und unlösliche Allianz vor.

V. Die internationale Solidarität.

Die Partei erklärt es als die vornehmste Aufgabe des Proletariats im gegenwärtigen Augenblick, die bürgerlichen Regierungen zum unverzüglichen Friedensschluß mit der Sowjetrepublik zu zwingen. Die Sabotage des seit drei Jahren gegen das revolutionäre Rußland geführten Militärunternehmens ist seine heiligste Pflicht. Mit allen Mitteln muß die Fabrikation und der Transport von Waffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen aller Art für die Feinde der Sowjetmacht unterbunden werden. Der Ungeheuerlichkeit des gegen das russische Volk begangenen Verbrechens muß die Größe der internationalen proletarischen Solidarität entsprechen, die die revolutionären Errungenschaften des russischen Proletariats, die dem Proletariat der ganzen Welt zugute kommen, zu schützen hat.

Diese Pflicht muß allen anderen vorangehen. Die Presse und die Redner der Partei müssen dieser Aufgabe in ihrer Propaganda den ersten Platz einräumen und die Agitation steigern, damit sie die Aktion der Masse zur Folge hat. Die Sozialisten müssen dafür Sorge tragen, daß diese Frage an die Spitze der Tagesordnung in jeder Gewerkschaftsversammlung gestellt wird, damit jede Arbeiterorganisation geeignete Mittel anwendet, um die konterrevolutionäre Tätigkeit der Bourgeoisie zu ersticken.

Die Propaganda zur Aufklärung des Proletariats über die unheilvollen Folgen seiner Gleichgültigkeit und über die Verantwortung, die es auf sich nimmt, indem es den gegenrevolutionären Krieg unterstützt, kann sich nicht ausschließlich an die Arbeiter der Munitions-, Waffen- und Pulverfabriken und des Verkehrswesens richten, die den Boykott gegen die Angreifer Sowjetrußlands nicht wirksam durchführen können ohne die aktive Unterstützung der Gesamtheit der organisierten Arbeiter. Es ist die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit, die, angefeuert durch das Beispiel der italienischen Arbeiterklasse, die systematische Sabotage der materiellen Unterstützung, die unsere Regierenden den Mördern des russischen Volkes angedeihen lassen, durchführen muß.

Die sozialistische Parlamentsgruppe muß von der Tribüne des Parlaments die Schrecken des Krieges und der gegenrevolutionären Blockade darlegen. Die sozialistische Presse muß durch einen Aufsehen erregenden Feldzug die Empörung und den Zorn des Publikums aufstacheln gegen das namenlose Attentat, dessen Opfer ein Volk von 180 Millionen Seelen ist. Die Sektionen und Verbände der Partei müssen eine unermüdliche Agitation führen. Alle Formen des Protestes müssen angewandt werden, um eine günstige Atmosphäre zu schaffen für die Aktionen, welche die französische Regierung,

den erbitterten Henker Rußlands, zum Verzicht auf ihre verbrecherischen Unternehmungen zwingen wird.

Zu gleicher Zeit, da alle praktischen Mittel angewandt werden, um die Fabrikation und den Transport von Kriegsmaterial zu unterbinden, soll die Partei auch andere Maßnahmen ergreifen, um den Friedenswillen der Arbeiterklasse zu manifestieren, wie z. B. die kollektive Steuerverweigerung und alle anderen Maßnahmen, welche die Umstände ergeben werden. Die Partei erklärt ihre Entschlossenheit, einen unerbittlichen Kampf gegen den Imperialismus und die Gegenrevolution zu führen, die mehr als die Hälfte Europas quält und sie zugrunde richtet.

VI. Die Agrarfrage.

Die Agrarfrage stellt sich in Frankreich unter einem besonderen Gesichtspunkt dar, als eine Tatsache der starken Zerstücklung des Grundbesitzes. Die Partei muß sie behandeln ohne dogmatischen Geist und ihr Verhalten mit Rücksicht auf die bäuerliche Bevölkerung mit dem Ziel einrichten, aus ihr für die Revolution den Teil der Enterbten zu gewinnen und den größten Teil derselben zu neutralisieren.

Die Sozialisierung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel wird nicht nach denselben Richtlinien vor sich gehen, wie die Sozialisierung der industriellen Produktonsmittel. Die Form der kollektiven Ausbeutung des Bodens kann nicht durch Zwang auferlegt werden und wird sich nur verallgemeinern lassen durch den Einfluß des Beispiels, das die Erfahrungen der kollektiven Arbeit auf den großen landwirtschaftlichen Gütern bietet.

Nur der Großgrundbesitz, ausgebeutet durch ein Personal von Technikern und Angestellten im Dienste der kapitalistischen Besitzer, wird am Morgen nach der Ergreifung der Macht durch das Proletariat expropriiert werden. Dieser Grundbesitz, wie auch die Staatsdomänen, die Güter des Fiskus und der Gemeinden wird ausgebeutet und verwaltet werden von der Allgemeinheit durch die landwirtschaftlichen Arbeiterräte. Infolge der Verbesserung der Arbeitsmethoden und Benutzung moderner vervollkommneter Maschinen, werden diese eine Produktivität erlangen, die die beste Propaganda für die Verallgemeinerung des Systems der kollektiven Bearbeitung sein wird. Der proletarische Staat wird seine Unterstützung im weitesten Maße angedeihen lassen, um alle Unternehmungen der kollektiven Bearbeitung des Bodens, der genossenschaftlichen landwirtschaftlichen Produktion und der Agrarkommunen zu ermutigen und zu unterhalten.

Die Beseitigung des mittleren Grundbesitzes, die auch einige Angestellte beschäftigen, wird allmählich vor sich gehen in dem Maße, als die kollektive Produktion sich steigern wird. Die Monopolisierung der Verteilungs- und Austauschmittel durch den proletarischen Staat, der den mittleren Grundbesitz der Möglichkeit beraubt, zu spekulieren, indem er die Preise für die Lebensmittel festsetzt, untergräbt nach und nach die Existenzmöglichkeit der mittleren Grundbesitzer, indem die Vorteile, die damit verknüpft sind, eingeschränkt werden. Die Anziehung, die die großen kollektiven Musterwirtschaften unvermeidlich auf das Landproletariat ausüben, werden allmählich die mittleren Grundbesitzer ihrer Angestellten berauben; diese werden ihren kapitalistischen Ausbeutungscharakter verlieren und ihre Existenz nur unter einer Form fortsetzen können, die sich überlebt hat.

Die kleinen Grundbesitzer, die Pächter und Meiereibesitzer, die keine Lohnarbeiter verwenden und das Landproletariat, die die unmittelbaren Nutznießer der proletarischen Revolution sind, bilden den Grundstock der ländlichen Bevölkerung, die der sozialistischen Propaganda am besten zugänglich ist. Die ersteren, die unter dem kapitalistischen System die steigenden Lasten der fiskalischen Abgaben, der immer höher wachsenden Kosten für Material- und Dung zu tragen haben, werden vom Sozialismus angezogen durch die Aussicht auf Abschaffung eines Systems der Plünderung und Konfiskation, das die Arbeiter der Früchte ihrer Arbeit beraubt, und durch die Schaffung einer neuen sozialen Ordnung, die ihnen den Genuß der Güter, die sie erzeugen, sichert. Die ländlichen Proletarier, wie diejenigen der Städte, werden zum Sozialismus kommen, um die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen, um das eherne Lohngesetz abzuschaffen, um ihrem Leben Wohlsein und Sicherheit zu garantieren.

Indem die Partei eine unermüdliche Propaganda auf Grund dieses Programms systematisch organisiert, wird sie die Bemühungen der Bourgeoisie, die bäuerliche Bevölkerung gegen die Arbeiterklasse aufzuhetzen, vereiteln. Sie verwirklicht die geistige Einheit des Proletariats der Städte mit demjenigen des Landes und garantiert dadurch den Sieg der kommunistischen Revolution.

VII. Die Organisation der Frauen und der Jugendlichen.

Die Partei muß eine besondere Aufmerksamkeit dem enterbtesten Teil des Proletariats, dem weiblichen Proletariat, widmen. Der Krieg, der diese Kategorie von Proletariern gewaltig anwachsen ließ, hat die Möglichkeit geschaffen, aus ihnen große Massen für den Sozialismus zu rekrutieren. Eine besondere Propaganda, die sich an die proletarischen Frauen wendet, muß durch geeignete Mittel unternommen werden, um den ausgebeuteten Frauen klarzumachen, daß nur der Sozialismus sie befreien wird, indem er ihre wirtschaftliche Befreiung verwirklicht; sie müssen gesammelt, organisiert und politisch erzogen werden. Der Plan für diese Propaganda und die Mittel und Wege, um sie in die Reihen der Arbeiterinnen dringen zu lassen, soll durch eine Reichskonferenz der sozialistischen Frauen, die von den Verbänden zu delegieren sind, aufgestellt werden. Das Zentralkomitee der Partei soll diese Konferenz einberufen, welche ein ständiges Organ schafft, das die sozialistische Propaganda unter den Frauen leitet und dem die Partei ihre moralische Hilfe und materielle Unterstützung angedeihen lassen muß.

Die Partei muß sich auch angelegen sein lassen, die Organisation der sozialistischen Jugend zu stärken, die eine Pflanzschule der proletarischen Kämpfer werden soll. Sie hat alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um der Jugend die wissenschaftliche Erziehung zu vermitteln, die aus ihnen Propagandisten machen wird und sie befähigt, die neuen Kaders des Proletariats zu bilden. Es sind sozialistische Schulen auf der Grundlage der fruchtbaren Erfahrungen in anderen Ländern zu errichten, damit die Jugend nicht in ihrem Studium dem Zufall überlassen bleibt und ihnen die Werke der sozialistischen Erzieher zugänglich gemacht werden.

VIII. Die Aufnahmebedingungen.

Die Partei erachtet die von der Kommunistischen Internationale gestellten Bedingungen für richtig und unumgänglich notwendig, um die Aufnahme antikommunistischer Elemente zu verhindern.

Es genügt in der Tat nicht, seine Zustimmung zu den allgemeinen Grundsätzen des marxistischen Sozialismus zu erklären, es bedarf auch der Einigkeit in der Taktik bei der tatsächlichen Anwendung dieser Grundsätze, wobei laut Artikel 16 Rücksicht genommen wird auf die Umstände der Zeit und des Landes, in dem sich die Partei befindet. Indem die III. Internationale mit der Autorität und der Erfahrung, die sich der russische Kommunismus in mehreren Jahren der revolutionären Praxis erworben hat, die wesentlichen Leitsätze dieser Taktik formuliert, hat sie klar die Grundlinien für die Vereinigung festgestellt.

Wie der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale, so ist auch die Partei der Ansicht, daß eine wahrhaft kommunistische Propaganda systematisch überall dort einsetzen muß, wo es Proletarier gibt. Die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats muß klar aus dieser Propaganda hervorgehen, die mit der gleichen Kraft das kapitalistische System und den offenen oder versteckten Reformismus zu bekämpfen hat. Die Verbreitung der kommunistischen Ideen soll mit ganz besonderer Sorgfalt auf dem Lande durchgeführt werden.

Alles was den offiziellen Stempel der Partei trägt (Zeitungen, Broschüren usw.), soll von zuverlässigen Kommunisten redigiert werden. Die Presse und die Verlage unterstehen der Kontrolle des Zentralkomitees.

Die Partei muß nach dem Grundsatz des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. Die strengste Disziplin, die von allen Mitgliedern einzuhalten ist, muß durchgeführt werden. Die leitenden Organe haben eine unbestreitbare Autorität, die sich auf das Vertrauen der Massen stützt, auszuüben. Alle Elemente, die nicht vollständig mit dem Kommunismus übereinstimmen, müssen aus diesen Organen und von allen Posten, die eine Verantwortlichkeit in sich schließen, entfernt werden.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Zusammenarbeit der Kommunisten mit den Reformisten unvereinbar mit der revolutionären Aktion ist. Mit Recht hat die Kommunistische Internationale daran erinnert, welche Opfer diese Zusammenarbeit der ungarischen Sowjetrepublik gekostet hat. Es ist keine Leitung von praktischer Wirksamkeit möglich, wenn diejenigen, die die Leitung ausüben sollen, unversöhnlich gespalten sind. Die Leitung einer Partei ist nur möglich, wenn das Vertrauen der Genossen solche Leute an die Spitze stellt, die sich in loyaler und vollständiger Übereinstimmung mit dem theoretischen und taktischen Programm der Partei befinden.

Die Zusammenarbeit von Kommunisten mit Nichtkommunisten unter irgendeiner Form der proportionellen Vertretung der Partei auferlegen zu wollen, heißt, sie von

vornherein aktionsunfähig und machtlos zu machen, heißt, aus einem Instrument des Klassenkampfes und der Revolution ein amorphes Gemisch zu machen, das mehr und mehr dem bürgerlichen Einfluß unterworfen wird. Der bittere Kampf, der sich in allen sozialistischen Parteien der Welt, zwischen Kommunisten und Reformisten abspielt, kann nicht betrachtet werden als eine Meinungsverschiedenheit sekundärer und vorübergehender Natur, die bei der Gegenüberstellung der Ideen verschwindet.

In voller Übereinstimmung mit der Kommunistischen Internationale erklärt die Partei ihre Entschlossenheit, eine ausschließlich kommunistische Politik zu machen. Sie wird diesen Entschluß sofort ausführen, indem sie die Vertreter dieser Richtung in das Zentralkomitee und in die Parteizeitungen entsendet.

Die Partei befindet sich in vollständiger Übereinstimmung mit der Kommunistischen Internationale, den Kolonialimperialismus zu entlarven und sich aktiv an die Seite der vom europäischen Kapitalismus unterjochten Völker zu stellen, um sie in ihrem Kampfe gegen die Unterdrückung in allen seinen Formen zu unterstützen.

Die Partei ist entschlossen, die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und seines Exekutivkomitees zu beachten, und sie wird für die Veröffentlichung seiner Dokumente Sorge tragen. Wenn es wahr ist, daß jede Partei in ihrem eigenen Lande am besten die innere Lage dieses Landes und die Aktionsmöglichkeiten seines Proletariats beurteilen kann, wenn es also am besten geeignet ist, das Urteil der Kommunistischen Internationale über diesen Punkt zu bilden, so ist es nicht weniger wahr, daß jede Partei nur eine der Einheiten der proletarischen Kräfte der Welt ist, die innig miteinander verbunden sind, und daß diese von der Internationale geführt werden müssen, wenn die Internationale etwas anderes sein soll als ein bloßer Regieapparat. Der Sicherheit, daß jeder Beschluß nur mit voller Kenntnis der Ursachen gefaßt wird, muß auch die Sicherheit entsprechen, daß die gefaßten Beschlüsse respektiert und ausgeführt werden.

Die Partei beschließt, ihre gewählten Vertreter in den Parlamenten des bürgerlichen Staates unter die Kontrolle ihres Zentralkomitees zu stellen. Sie schließt sich der Anregung des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale an, die dahin geht, daß jederzeit darüber gewacht werden muß, daß keine dem Kommunismus fremden Elemente in die Partei eindringen können.

Wie die Kommunistische Internationale, beschließt auch die Partei, in allen proletarischen Organisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften und sonstigen Gruppen) eine hartnäckige Propaganda zu führen, um sie für den Kommunismus zu gewinnen.

Nur aus der Vereinigung aller Kräfte der Arbeiterschaft unter der Einwirkung des Kommunismus wird die Aktion der Massen für die Machtergreifung entstehen.

So findet auch das Problem der Beziehungen der Partei zu den Gewerkschaften seine logische Lösung. Die Partei sammelt um sich die Genossen aus allen proletarischen Organisationen, die seine theoretischen Ansichten und praktischen Schlußfolgerungen akzeptieren. Seiner Kontrolle unterstellt, seiner Disziplin unterworfen, verbreiten alle ihre Ideen in den Kreisen, wo sie ihre Tätigkeit und ihren Einfluß ausüben. Und wenn die Mehrheit in diesen Organisationen für den Kommunismus gewonnen ist, so entsteht zwischen ihnen und der Partei eine Gemeinschaft der Aktion und keine Unterwerfung einer Organisation unter die andere.

Die Partei erklärt, daß die Gewerkschaftsinternationale von Amsterdam, die die Zusammenarbeit der Klassen durchführt und an dem konterrevolutionären Unternehmen des kapitalistischen Völkerbundes teilnimmt, und deren Politik mit derjenigen der II. Internationale übereinstimmt, geschichtlich zu dem gleichen Schicksal verurteilt ist wie diese. Die Kommunisten werden energisch dafür kämpfen, die revolutionären Gewerkschaften ihrem Einfluß zu entreißen, und an der Bildung der neuen Gewerkschaftsinternationale von Moskau mitzuarbeiten.

Aber gemeinsam mit dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale verwirft die Partei jeden Versuch der Gewerkschaftsspaltung. Die Zentralgewerkschaften selbst müssen nach dem Verlassen der Amsterdamer Internationale sich der Moskauer Gewerkschaftsinternationale anschließen.

Von diesem Kongreß an wird sich die Partei „Sozialistische Partei, französische Sektion der Kommunistischen Internationale" nennen. Sein Exekutivkomitee wird der Kommunistischen Internationale die Gründe geltend machen, welche für die provisorische Annahme dieser Namensbezeichnung sprechen.

Beschlüsse.

Um sich entsprechend den oben angeführten Richtlinien zu organisieren, beschließt die Partei:

1. Der Jahreskongreß der Partei erwählt ein Zentralkomitee, bestehend aus 24 Mitgliedern, die mit Stimmzettel und absoluter Majorität gewählt werden.

2. Der Kongreß erwählt die Delegierten der Partei in den Verwaltungsrat der „Humanité" mit Stimmzetteln und absoluter Majorität.

3. Das Zentralkomitee ernennt:

a) den Delegierten der Partei beim Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale,
b) einen Generalsekretär, einen internationalen Sekretär, einen Schatzmeister,
c) den Direktor der „Humanité",
d) den Direktor der „Voix Paysanne",
e) die ständigen Delegierten,
f) eine Beschwerdekommission mit Vollmachten, die über alle Disziplinvergehen oder Pflichtversäumnis gegenüber der Partei zu berichten hat, die ihr von den Sektionen oder von den Verbänden, oder vom Zentralkomitee unterbreitet werden und sie zu sanktionieren. Die Beschlüsse dieser Kommission müssen vom Zentralkomitee bestätigt werden. Die Ausgeschlossenen haben das Recht, sich an den Kongreß zu wenden, ohne daß ihr Ausschluß aufschiebende Wirkung hat.

4. Alle Vertreter der Partei, die vom Zentralkomitee einen Auftrag erhalten, sind ihm dafür verantwortlich und zu jeder Zeit abberufbar.

5. Eine besondere Kommission, bestehend aus 12 Mitgliedern, vom Kongreß ernannt, wird beauftragt, den Entwurf eines neuen Statuts der Partei zu machen und ihn in Einklang mit den neuen Beschlüssen zu bringen. Die Kommission soll vor einem Verwaltungskongreß berichten, den das Zentralkomitee alle drei Monate einberuft.

Für das Komitee der III. Internationale:

Die Sekretäre im Gefängnis: Loriot. — Boris Souvarine.
Die provisorischen Sekretäre: Jean Ribaut. René Reynaud,
Das Exekutivkomitee: Boyet, Hattenberger, Cartier, Fromentin, Humberdot, Léonin Kauffmann, O. Ker, Radi, Charles Rappoport, Treint, Antonie Coen.

Alexandre Blanc, Georges Lévy, Vailiant-Couturier, députées. Marthe Bigot, Oscar Bloch, Annette Charreau, Noél Garnier, Hardy, Bernhard Lecache, Raymond Lefebvre, Victor Méric, Fernand Morelle, Maurice Paz, Henry Torrés, Guy Tourrétte (Seine). — Verdier, Yvonne Vidalenco, Guiraud Astruc (Aveyron). — Bouthonnier, Delagrange (Dordogne). — Delourme, Descamps, Dumortrier, De Muynk, Florimond Bonte (Nord). — Lucie Colliard (Calvados). — Courage (Seine-Inférieure). — Calzan, Pierre Dumas, Métra (Rhône). — Gaillard (Bouches-du-Rhône). — Docteur Gillard (Alpes-Maritimes). — Bouêt (Maine-et-Loire). — Jules Blanc (Drôme). — Gaye, Oliver (Gironde). — Bureau, Delanoe (Seine-et-Oise). — Aktenbach, Kuhn (Haut-Rhin). — Baraille (Loire-Inférieure). — Dumollard (Savoie). — Rigault (Oise). — Mondoyl, René (Saéne-et-Loire). — Froissart, Fourment (Pas-de-Calais). — Le Flanchec, Guibau (Finistére). — Berthe Kabuck (Isére). — Gautrand (Hérault).

Für die demissionierten Mitglieder des Komitees zur Wiederaufrichtung der Internationale:

Cachin, L.-O., Frossard, Bonnaud (14. Sektion), Louise Bodin (Rennes), Bellanger (12. Sektion), Emile Brunet (Nanterre), Baptiste (12. Sektion), Cassou (Issy-les-Moulineaux), Chanfreau (20. Sektion), Amédée Dunois (5. Sektion), Dondicol (11. Sektion), Dupont (Bourg-la-Reine), Dejoin (16. Sektion), Maria Forsans (18. Sektion), Ferdinand Faure (Loire), H.-P. Gassier (Marseille), Gourdeaux, Citoyenne Gouedeaux (15. Sektion), Alix Guillain (9. Sektion), J. Henry (Vincennes), Laloyau (20. Sektion), C.-E. Labrousse (14. Sektion), Lucie Leiciague (9. Sektion), Paul Louis (9. Sektion). Martinet (Gemeindevertreter von Champigny), Marthe Pichorel (Sceaux), Quesnel et Citoyenne Quesnel (Bagnolet), Daniel Renoult (10. Sektion), Louis Sellier (Gemeindevertreter von Paris), Servantier (19. Sektion), Tommasi (12. Sektion). Trimouille (15. Sektion).

Bücherbesprechungen.

G. W. Tschitscherin: Der Friede von Versailles. Karl Hoym Nachf., Hamburg 11, 1920. (24 Seiten. M —,75.)

G. W. Tschitscherin: Zwei Jahre auswärtige Politik Sowjetrußlands. Herausgegeben von der Redaktion der Russischen Korrespondenz. 1920. (46 Seiten. M 2,—.)

G. W. Tschitscherin: Die internationale Politik zweier Internationalen. Herausgegeben vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale. 1920. (14 Seiten. M —,75.)

Drei Schriften des russischen Volkskommissars für die auswärtige Politik, die gerade für Arbeiter äußerst lesenswert sind, geben sie doch Aufschluß und Aufklärung über Wesen und Notwendigkeiten proletarischer Außenpolitik. Die drei Arbeiten des Genossen Tschitscherin zeigen auch die engen Zusammenhänge zwischen innerer und äußerer Politik, zeigen mit erfrischender Klarheit, daß man beide gar nicht voneinander trennen kann, daß die Arbeiterklasse ihr Augenmerk vor allem auf die auswärtige Politik legen muß.

Die erste Schrift gibt eine gute Charakteristik des Vertrages von Versailles und seiner Bedeutung für die Arbeiterklasse.

Die zweite bringt eine zusammenfassende Darstellung der auswärtigen Politik der russischen Räteregierung. Da sie nicht tiefer auf das Wesen und die Methoden dieser Politik eingeht, sondern sich im wesentlichen darauf beschränkt, die tatsächlichen Vorgänge und Ereignisse der russischen Außenpolitik wiederzugeben, ist sie mehr eine geschichtliche Arbeit, aber eine äußerst lehrreiche. Zeigt sie doch deutlich den schwierigen Kampf unserer russischen Genossen mit dem Weltkapital, zeigt sie die immer aufs neue wiederholten Versuche der Sowjetrepublik, in ein friedliches Verhältnis mit allen Völkern zu kommen. Anschaulich wird uns die heuchlerische Intrigenpolitik des Ententeimperialismus, wie die Brutalität des deutschen Imperialismus in den letzten Jahren seiner Machtstellung klar. Von großem Interesse ist auch das Schwanken dieser Politik, das Suchen und Tasten nach einem festen Boden gegenüber der Räteregierung, die den Ententediplomaten zuerst als ein Rätsel vorkam, bis die harte Wirklichkeit ihnen eine energische Proletarierregierung zeigte. Die Schrift Tschitscherins ist im November 1919 geschrieben, gibt also keine Aufschlüsse über die erst später einsetzende Orientpolitik der Räteregierung. Auch ist die auswärtige Politik der letzten Zeit in der Niederschrift so summarisch behandelt, daß man eigentlich nur von einer Schilderung der ersten anderthalb Jahre russischer Außenpolitik sprechen kann.

Was der zweiten Arbeit fehlt, eine Untersuchung der Methoden und des Wesens proletarischer Außenpolitik, bringt — allerdings auch nur in kurzen Zügen — die dritte Schrift über die Politik zweier Internationalen. In ihrer schroffen Gegenüberstellung der auswärtigen Politik der zweiten und der dritten Internationale arbeitet sie klar die heutigen Aufgaben revolutionärer Parteien heraus und zeigt, daß sich das Wesen proletarischer Außenpolitik durch den Weltkrieg, die Zuspitzung der revolutionären Situation und vor allem durch die Bildung eines proletarischen Staates: Sowjetrußlands, völlig geändert hat. wst.

Hermann Wendel: „Aus und über Südslawien“. Vorwärts-Verlag Berlin 1920. (111 Seiten.)

Hermann Wendel, einer der glänzendsten Publizisten der sozialdemokratischen Partei der Vorkriegszeit, hat sich, nachdem er die Kriegspolitik der Scheidemänner mitgemacht und auch bis heute noch in ihren Reihen geblieben ist, fast ganz aus dem politischen Leben zurückgezogen. Vor einem Jahre zeigte eine prächtige Arbeit über Heinrich Heine aus seiner Feder, daß er noch schaffenslustig ist. Mit der vorliegenden Schrift kehrt Wendel zu seiner alten Liebe, dem Balkan, zurück. Von seinen Arbeiten vor dem Kriege abgesehen, hat er im Jahre 1918 unter dem Titel: „Südosteuropäische Fragen“ die südslawischen Probleme behandelt, wobei er besonders auf Montenegro, Albanien und Mazedonien einging. Das vorliegende Buch, wie alle Arbeiten Wendels in frischem und lebendigem Stile, voller geistvoller Bilder geschrieben, ist dem neuen S.H.S.-Staate Jugoslawien gewidmet, in dem Serbien, Bosnien, die Herzegowina, Kroatien und Slawonien zusammengeschlossen sind. Wenn man von einer Liebe Hermann Wendels zum Balkan sprechen kann, so ist er von jeher mit einer Vorliebe zu dem serbischen Volke durchdrungen gewesen, dessen Tüchtigkeit und kulturellen Aufstieg er immer wieder mit beredten Worten zu schildern weiß. Und Wendel hat recht. Es steckt in den Südslawen eine starke Kraft und ein tiefer kultureller Drang, von denen sich die meisten Mitteleuropäer, die den Balkan

nur von Hammeldieben und Mausefallenhändlein bewohnt glauben, keine Vorstellung machen. Die neue Schrift Wendels gibt eine Reihe von Abhandlungen und Reisebriefen wieder, die er in den beiden letzten Jahren geschrieben hat. Mit tiefer Befriedigung stellt Hermann Wendel fest, daß die Serben, Kroaten und Slowenen trotz all ihres Kriegsunglücks doch wenigstens die nationale Einheit im jugoslawischen Staate durch den Verlauf des Weltkrieges erreicht haben. Im einzelnen behandelt er die Entwicklung dieses Einheitsgedankens und bespricht dann die staatlichen, politischen und sozialen Probleme des durch den Versailler Frieden geschaffenen S.H.S.-Staates, insbesondere die Agrarfrage und die Tätigkeit und Wandlung der bürgerlichen und sozialistischen Parteien. Mit einem Bedauern, das man sehr deutlich zwischen den Zeilen lesen kann, stellt er fest, daß sich die sozialistischen Parteien Serbiens, Bosniens und der Herzegowina ganz auf kommunistischen Boden gestellt haben und auch in Kroatien und Slawonien die Entwicklung in der sozialistischen Partei mächtig nach links geht. Der ehemalige Marxist Wendel bleibt nichts desto weniger bei seiner „Demokratie". Auch sonst zeigt seine ganze Arbeit, so in der Betrachtung der Agrarfrage und des Nationalitätenproblems vom marxistischen Standpunkt aus starke Schwächen. Verliert er doch z. B. in seiner ganzen Schrift nicht ein Wort über das Ziel aller bisherigen Konferenzen der Balkansozialisten: einer einheitlichen sozialistischen Balkanrepublik. Er redet nur von einem „möglichen Anschluß" der bulgarischen Südslawen an den jetzigen S.H.S.-Staat und überschätzt damit ohne Zweifel die Bedeutung der Nationalitätenfrage. Auch geht aus seiner Darstellung viel zu wenig hervor, daß wie alle Balkanstaaten so auch Jugoslawien in Wahrheit nur noch eine Kolonie des Entente-Imperialismus ist. Von den gewaltigen sozialen Erschütterungen, die den Balkan immer reifer für eine soziale Revolution machen, hört man nur andeutungsweise, da Wendel vom „Bolschewismus" nichts wissen will. Deshalb ist seine Arbeit nur mit größter kritischer Vorsicht zu lesen. Eine Bereicherung der marxistischen Literatur ist sie nicht. wst.

Landau-Aldanow: „Lenin und der Bolschewismus". Verlag Ullstein, 1920. (257 S.).

Ein politisches Ullsteinbuch. Über Lenin. Das heißt hier natürlich: Gegen ihn. Von einem „Sozialisten". Das kann in diesem Falle nur bedeuten (und das bedeutet es auch in der Tat): Von einem Demokraten, einem geschwätzigen Demibourgois, der Marx nicht begreift, und der deshalb an Stelle des Klassenkampfes Koalitionspolitik als Lösung der sozialen Frage empfiehlt. Soweit ist alles soziologisch in Ordnung. Ein demokratischer Verlag, eine antibolschewistische Schrift. Das Was des Buches ist in keiner Weise bemerkenswert.

Aber das Wie. Es gibt dumme Bücher. Und es gibt ganz dumme Bücher. Zu der ersten Sorte gehört die Ullsteinveröffentlichung nicht. Landau-Aldanow schüttet eine interessante Masse von Stoff aus: Anekdoten, Zitate. Das ganze Register des russischen Emigrantenklatsches wird mit eifrigem Bemühen gezogen. Politische Probleme (z. B Lenins Stellung 1905 zur Frage der „sozialistischen Demokratie", zur Diktatur, eine Stellung, die übrigens selbst in Landaus frisierter Aufmachung unverkennbar deutlich ist und wieder einmal beweist, wie früh Lenin sah, was heute alle Welt sieht), solche politischen Probleme scheinen für den russischen Gegenrevolutionär nur dafür da zu sein, damit man sie mißversteht und auf den Kopf stellt. An Lenins Charakter ist nichts auszusetzen, leider. Lenin scheint in der Tat von einer unangenehmen Selbstlosigkeit und Unkorruptheit zu sein. Seufzend gibt Landau das zu. Aber politisch ist dieser zweite Peter der Große völlig ohne Moral. „Für die Sache würde Lenin ein Portemonnaie stehlen" „Es gibt nichts, vor dem Lenin haltmachen würde, wenn er es für seine Sache nötig hielte."

Hier bekennt der Kleinbürger Farbe. Wer alles seiner Sache, seiner Idee unterordnet, ist ihm, wie jedem Vertreter einer grundsätzlichen Ausbeutung, ein natürliches Greuel. Zum Teufel mit dieser „Sache", dieser „Idee", vor allem, wenn sie den nötigen Respekt vor der Heiligkeit des Privateigentums vermissen läßt!

Kennzeichnend ist an dieser Schmähschrift besonders zweierlei: Erstens, daß ihr Urheber 1920 im Vorwort die kaltblütige Mitteilung macht, von positiven Leistungen des Bolschewismus sei ihm nichts bekannt: 1920!! Zweitens aber — und das ist etwas Entscheidendes —: Dieses armselige Anekdotensammelsurium ohne Ernst, Haltung und ohne eine Ahnung davon, wo denn überhaupt die politischen Fragen liegen — diese Anhäufung geistiger Ratlosigkeit und politischen Unrates wird von einem führenden (wohin führenden?) bürgerlichen Verlage als eine grundsätzliche Schrift über den Bolschewismus in das Publikum geworfen. K.A.W.

Kommunistische Rundschau

Herausgegeben von

Ernst Däumig, Curt Geyer, Walter Stoecker

Nummer 5 — 6. Dezember 1920 — 1. Jahrgang

Erscheint monatlich zweimal

Inhalt:

Preis 1 Mark

A. Hoffmann's Verlag, G. m. b. H., Berlin O 27, Blumenstr. 22 I

Postscheckkonto: Berlin 1893 — Fernsprecher: Amt Alexander 2270

Kommunistische Rundschau

Nummer 5 | Berlin, 6. Dezember 1920 | 1. Jahrgang

Nachdruck der Artikel mit Quellenangabe gestattet.

Zusammenschluß.

Von Ernst Däumig.

Anfang Dezember soll der Parteitag in Berlin vollenden, was im Oktober der Parteitag in Halle begonnen hat: den Zusammenschluß aller der proletarischen Elemente Deutschlands, die sich für den Anschluß an die Kommunistische Internationale entschlossen haben. Die vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands wird den festgefügten Rahmen bilden, in den die Mitglieder für die Erfordernisse des nationalen und internationalen Klassenkampfes eingespannt und eingesetzt werden sollen. Es handelt sich bei diesem neuen Parteigebilde nicht darum, eine neue politische Organisation nach alter Schablone zu schaffen; die große Aufgabe besteht vielmehr darin, die äußere Organisationsform zu einem lebendigen Träger und Werkzeug der Aktivität der Mitglieder zu machen, die sich zum Kommunismus bekennen. Die neue vereinigte Kommunistische Partei kann und darf ihr Ziel nicht in langen Mitgliederlisten, regelmäßig gezahlten Beiträgen, Versammlungsparaden und gelegentlicher Flugblattverbreitung erblicken; sie hat sich vielmehr so auszubauen, daß ihre Mitglieder zu allen aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen, zu allen Vorgängen auf sozialem Gebiet, kurz, zu allen das Geschick des Proletariats berührenden Ereignissen und Zuständen Stellung nehmen, all diese Dinge im Lichte des Kommunismus erfassen und begreifen, um dann hinauszugehen in die Betriebe, Werkstätten, Gewerkschaften, zu den Betriebsräten, in die Konsumvereine usw., um diese Erkenntnis dann den proletarischen Massen zu übermitteln, die außerhalb der Parteiorganisation stehen.

Wer Mitglied der neuen Kommunistischen Partei sein will, muß von vornherein darauf gefaßt sein, daß er in ihr nicht finden wird den in den anderen Parteien üblichen politischen Schlendrian. Hier darf es nicht heißen: die von uns gewählten Instanzen und Kommissionen mögen die Sache nur machen, sie können uns dann Bericht erstatten, wie die Karre läuft. Darauf lief meistens das Parteileben hinaus, das unter den Gesetzen der bureaukratischen Zentralisation erstarrt war. Das Prinzip der Zentralisation, das den Erfordernissen des revolutionären Klassenkampfes angepaßt ist, kann nur durchgeführt und wirksam gemacht werden, wenn die nach den Prinzipien der proletarischen Demokratie gewählten Instanzen die Gewißheit haben, daß das, was von ihnen als politische Notwendigkeit erkannt worden ist, auch von dem letzten Parteimitgliede erfaßt und in die Tat umgesetzt wird.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei hat die Aufgabe, alle Vorgänge des inner- und außerpolitischen Lebens aufmerksam zu verfolgen und sofort Richtlinien für das aktive Handeln der Partei festzulegen, sie den Bezirken zu übermitteln und dafür zu sorgen, daß diese Anweisungen durch die Mitglieder, bis in den kleinsten Ort hinein, befolgt und in praktische Arbeit umgesetzt werden. In den alten Parteien glaubte man schon wer weiß was an politischer Aktivität geleistet zu haben, wenn man in irgendeiner politischen Frage die parlamentarische Fraktion mobil gemacht hatte, wenn eine Interpellation oder ein Antrag formuliert war, und wenn man dann durch ein parlamentarisches Paradepferd in einer mehr oder weniger gut besuchten Versammlung über das Schicksal solch parlamentarischer

Aktion berichten ließ. Damit kann es in der Kommunistischen Partei nicht sein Bewenden haben!

Nehmen wir z. B. eine der brennendsten Fragen der Gegenwart: die Arbeitslosenfrage. Nach alter parlamentarischer Schablone hat man sich da begnügt mit sogenannten „parlamentarischen Aktionen", mit Konferenzen von Gewerkschafts- und Kommunalinstanzen, und, wenn es hoch kam, mit Arbeitslosenversammlungen. Für die Kommunistische Partei aber hängt der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zusammen mit dem Kampf gegen die kapitalistische Produktion überhaupt. In diesem Kampfe genügt nicht mehr das Parlaments- und Instanzengeplänkel, für diesen Kampf ist die große proletarische Masse mobil zu machen! Das geschieht aber nur, wenn die Kommunistische Partei ihre Mitglieder derart schult, daß in jedem Groß- und Kleinbetrieb die notwendige Aufklärungsarbeit unter den gleichgültigen oder von alten Parteiideologien befangenen Arbeitern geleistet werden kann. Das viel verlästerte Wort von der „Kommunistischen Zelle" ist nicht so zu verstehen, daß in den Betrieben, Gewerkschaften usw. die Kommunisten in einer fest abgeschlossenen und vielleicht gar noch geistig hochmütigen Sekte ein Sonderdasein führen, sie haben viemehr in engster Fühlung mit den anderen Arbeitern zu stehen und ihnen in täglicher Kleinarbeit die Zusammenhänge des wirtschaftlichen und politischen Lebens und die Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes klarzumachen. Mit Betriebs- und Volksversammlungen ist es zur Erweckung der stumpfen und unter revolutionsfeindlichen Einflüssen stehenden Massen nicht mehr allein getan. In solchen Versammlungen kann das proletarische Eisen wohl glühend gemacht werden, hart gehämmert wird es aber erst durch die tägliche Arbeit, die die Kommunisten in ihrem Wirkungskreise zu vollbringen haben. Das bedeutet, daß die Mitglieder der Kommunistischen Partei von vornherein auf diese angespannte Tätigkeit aufmerksam gemacht und für sie geschult werden müssen.

Auch diese Schulung kann nicht mehr nach den alten Bildungsmethoden erfolgen. So schön und wertvoll es ist, wenn ein Parteigenosse über die Geheimnisse der Markgenossenschaft, über die Gesetze der Naturalwirtschaft und der Manufakturperiode aufgeklärt ist, so wenig kann jetzt, wo der Endkampf gegen die kapitalistische Macht eingesetzt hat, das Hauptgewicht der Bildungsarbeit auf diese Dinge gelegt werden. Die Schulung der Mitglieder muß sich heute auf die brennendsten Tages- und Kampffragen der Gegenwart und der nächsten Zukunft erstrecken. All die vielen und schwerwiegenden Probleme, die mit der Forderung der Diktatur des Proletariats zusammenhängen, und wie sie z. B. in dem nachdenklichen, in dieser Zeitschrift von Kurt Geyer besprochenem Werke von Varga aufgedeckt sind, müssen den Angehörigen der Kommunistischen Partei näher gebracht werden. Auf all diese Notwendigkeiten muß der Parteitag sowohl was die Formulierung eines Aktionsprogramms wie auch den Aufbau des Parteistatuts anbetrifft, Rücksicht nehmen.

* * *

Die Schaffung der vereinigten Kommunistischen Partei widerlegt auch das Gerede von der Schwächung des Proletariats, wie ja auch das Gewinsel über die angebliche Moskauer Spaltungswut nicht ernst zu nehmen war. Ohne Ruhmredigkeit kann behauptet werden, daß in dieser Partei zusammengefaßt wird die klassenbewußte, revolutionäre Vorhut des Proletariats. Nicht genug damit, daß die Kommunistische Internationale und die Kommunistische Partei an ihre Mitglieder viel härtere Anforderungen stellt in bezug auf Aktivität als jede andere proletarische Partei, die Kommunisten haben sich auch damit abzufinden, daß sie weit mehr als andere den Angriffen und der Verfolgungswut ihrer Klassengegner

und ihres Klassenstaates ausgesetzt sind. Damit aber nicht genug. Auch in der eigenen Klasse haben sie so viele Widersacher, daß ihnen kein besonders ruhiges Dasein beschieden ist. Vorgänge in der letzten Zeit haben bewiesen, daß die Klassenfeinde des Proletariats sehr viel Honig aus dem Kommunistenhaß der Rechtssozialisten und Rechtsunabhängigen haben saugen können. Und daß die antibolschewistische Liga aus der antikommunistischen Haltung der Hilferding-Partei wertvolles Material geschöpft hat, ist eine Tatsache, über die nicht mehr viel geredet werden braucht. Aber trotzdem wird sich die vereinigte Kommunistische Partei durchsetzen, weil sie theoretisch auf dem Boden der revolutionären Gegenwartsentwicklung steht; sie wird sich durchsetzen, wenn sie praktisch ihre theoretische Erkenntnis durch ihre Mitglieder im praktischen Tageskampfe anzuwenden versteht. Und da die objektiven Vorgänge des zerrütteten Wirtschaftslebens, als da sind: Massenarbeitslosigkeit, Betriebsstillegungen, Lohnabbautendenzen, Attentate gegen den Achtstundentag, Lebensmittelteuerung, hohe Wohnungsmieten und so vieles andere, auf alle Proletarier, gleichviel welcher Parteirichtung sie angehören, einwirken, so muß schließlich die unausgesetzte Aufklärungsarbeit der Kommunisten in diesen Proletariermassen die Erkenntnis durchsetzen, daß nur die Beseitigung des kapitalistischen Systems einen Ausweg aus wirtschaftlichem Verfall und sozialen Nöten bringen kann. Es ist nicht Aufgabe der Kommunistischen Partei, alle Proletarier zu eingeschriebenen Mitgliedern der Partei zu machen, wohl aber ist es ihre Aufgabe, in allen Proletarierschichten die Überzeugung von der Unhaltbarkeit der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zum Durchbruch zu bringen, ihnen zu beweisen, daß weder christliche, noch nationale, noch reformsozialistische, noch scheinrevolutionäre Rezepte helfen können, sondern daß nur die Eroberung der politischen Macht und die Errichtung der Diktatur des Proletariats die Massen vor einer unvermeidlichen Dauerverelendung bewahren kann. Es ist also in erster Linie ein Kampf mit geistigen Waffen, den die Kommunistische Partei zu führen hat. Sie wird sich nicht feindlich stellen gegen die Proletarier, die nicht Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, desto schärfer aber wird sie den Kampf aufzunehmen haben gegen die Parteianschauungen und die Parteiführer, die das Proletariat unter der Flagge des Sozialismus mit Scheinreformen ködern wollen, damit die Machtposition der alten Partei- und Gewerkschaftssekretäre erhalten bleibe. Die kommunistische Aufklärungsarbeit kann nicht in bloßem Schimpfen auf Scheidemann, Legien usw. bestehen. Gerade die Radikalisierung der Massen zwingt jene Leute zu einer scheinbar radikaleren Stellung. Es ist daher notwendig, viel tiefer in die politischen und wirtschaftlichen Fragen hineinzusteigen, um die Täuschungsmanöver jener „alten und bewährten Führer" den Arbeitern in Betrieben und Werkstätten klarzumachen. So balgt sich z. B. jetzt die Scheidemannpartei im Reichstage und ihrer Presse bei jeder Gelegenheit mit den Deutschnationalen herum. Das sieht nach außen furchtbar radikal aus; in Wirklichkeit wollen die Herrschaften den Proletariern damit weißmachen, daß sie die eifrigsten Bekämpfer der Reaktion seien. Mit ihren Attacken gegen Reichswehr und Orgesch wollen sie darüber hinwegtäuschen, daß ihre Politik der letzten 1½ Jahre erst die Gegenrevolution hat emporkommen lassen, daß es ohne Noske keine Offizierkamarilla und keinen Selbstschutz der Bourgeoisie gäbe. Und da diese braven Leutchen über die Orgesch zetern und dabei in einem Atemzuge in ihrem Kommunistenkoller über kommunistische Putschtendenzen schwafeln, so liefern sie den Escherichs erst recht wieder Material, auf Grund dessen die Gegenrevolution ihre Daseinsberechtigung zu beweisen sucht. Diese und viele andere Zusammenhänge und Widersprüche ihren Mitgliedern klarzumachen, wird Aufgabe der Kommunistischen Partei sein. Die Mitglieder aber haben die Pflicht, überall da, wo sie an nichtkommunistische Proletarier herankommen, nachzuweisen, daß der Reformsozialismus letztenendes der Gegenrevolution und der kapitalistischen Ausbeutung Vorschub leistet. Es kann sich also nicht darum handeln, in den

Betrieben usw. die Proletarier, die noch das Mitgliedsbuch der Sozialdemokratischen Partei in der Tasche haben, mit Schafskopf, Verräter und anderen Schimpfworten zu regalieren, sondern jedes Kommunisten Aufgabe ist, um die Seele dieser Proletarier zu ringen und sie für den Entscheidungskampf zu gewinnen. Nur da, wo es sich um eingefleischte und verknöcherte Parteifunktionäre handelt, an deren Parteiegoismus jede Aufklärungsarbeit scheitert, müssen natürlich andere Saiten aufgezogen werden.

* *

Ein törichter Vorwurf, der gegen die Vereinigung der Kommunisten in einer großen Partei erhoben wird, ist der, daß die Kommunistische Partei den Proletariern jetzt etwas bieten müsse, und daß sie damit zu einer Putschtaktik gezwungen sei. Gerade das Gegenteil trifft zu. Die vereinigte Kommunistische Partei ist theoretisch viel zu sehr geschult, als daß sie sich zu so verbrecherischen Kindereien, wie die Ausrufung der Räterepublik in Sangerhausen, Velbert oder Buxtehude, herbeilassen würde. Ihre Schulung und ihre straffe Zentralisation werden vielmehr dafür sorgen, daß solche lokalen Extravaganzen nicht mehr vorkommen, daß es der edlen Zunft der Lockspitzel nicht mehr so leicht gemacht wird, ungeschulte Köpfe zu Liebesdiensten für die Gegenrevolution zu veranlassen. Die vereinigte Kommunistische Partei weiß nur zu gut, daß die Diktatur des Proletariats nur erkämpft werden kann, wenn die überwiegende Masse des werktätigen Volkes diese Diktatur als einzigen Ausweg aus wirtschaftlicher Not und politischer Zerfahrenheit erkennt. Sie weiß, daß das Denken weiter Proletarierschichten heute noch beeinflußt wird von bürgerlichen Vorurteilen und reformsozialistischen Illusionen. Diese Vorurteile, diese Illusionen sind zunächst der Feind, der mit allen Mitteln der Aufklärung bekämpft werden muß. Dieser Aufklärungsarbeit ist die ganze Partei dienstbar zu machen.

Da wir aber wissen, daß diese Aufklärungsarbeit nicht bis zu ihrer letzten Konsequenz durchgeführt werden kann, ohne daß die Gegenrevolution sie vorher zu stören sucht, so haben wir die Partei auch einzustellen auf die Notwendigkeit eines aktiven Kampfes mit den Mächten der Gegenrevolution; denn schließlich wird auch nach der Erringung der politischen Macht die Aufklärungsarbeit unter den Proletariermassen nicht zu Ende sein, im Gegenteil, sie wird mit verstärkter Kraft und unter neuen Gesichtspunkten geleistet werden müssen. Wie vor der Erringung der politischen Macht die Arbeit der Kommunistischen Partei sich nicht auf Versammlungsreden, Vortragskurse und Zeitungsartikel beschränken kann, sondern wie auch hier die Proletariermassen zu Demonstrationen usw. mobilisiert werden müssen, selbst bei der Gefahr zeitweiliger Mißerfolge, so wird nach der Erringung der politischen Macht der Kampf um die Behauptung dieser Macht nur gepaart sein können mit einer Erziehung der Proletarier zum Verständnis der neu zu schaffenden kommunistischen Welt.

So wird der Parteitag, der die linke U. S. P. D. mit der bisherigen K. P. D. zu einer vereinigten Kommunistischen Partei zusammenschließt, die Einleitung bilden für einen immer umfassender werdenden Zusammenschluß der Proletariermassen. Nicht die schönen und sentimentalen Predigten der Einigkeitsapostel in allen Parteilagern werden der Zersplitterung des deutschen Proletariats Einhalt gebieten, sondern die intensive, planmäßige Arbeit der nach Hunderttausenden zählenden Mitglieder der Kommunistischen Partei wird in der Lage sein, die Einheit des Fühlens, Denkens und Wollens herbeizuführen, die der kapitalistischen Welt den Todesstoß versetzt und dem Sozialismus auch in Deutschland die Bahn frei macht.

Parteiaufbau.

Von Wilhelm Koenen.

Der Hallesche Parteitag stand im Zeichen der prinzipiellen Auseinandersetzungen über die politische Taktik und die organisatorische Gestaltung der Partei. Jetzt gilt es, die organisatorischen Prinzipien, deren Zweckmäßigkeit für die Durchführung der revolutionären Taktik anerkannt worden ist, für die deutsche Praxis zu formulieren. Das Flickwerk der Organisationsrichtlinien, die bisher für die U. S. P. galten, muß durch einen festgefügten Bau ersetzt werden. Dieser Bau muß hart und aus einem Guß sein und doch der Partei in sich so viel Beweglichkeit gestatten, wie sie sie in den revolutionären Kämpfen, die uns bevorstehen, gebraucht, um entschlossen kämpfen, siegend bestehen und weiter kämpfend den Kommunismus aufbauen zu können.

Die organisatorischen Satzungen der vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands müssen zugeschnitten sein auf die wechselnden Phasen des rücksichtslosen Klassenkampfes. Sie sollen nicht nur das Gerippe der normalen, für „geordnete" Zeiten geeigneten Organisation sein, sondern auch die Sicherheit schaffen, daß in Zeiten des Belagerungszustandes des Bürgerkrieges und der Diktatur des Proletariats die Parteiarbeit fortgeführt wird. Wir fußen dabei auf den Erfahrungen, die uns die Kriegszeit mit ihren Verfolgungen und Unterdrückungen und die Revolutionszeit mit ihrem Auf und Nieder des versteckten und offenen Bürgerkrieges gebracht hat. Gleichzeitig bilden die Satzungen den Grundriß der werdenden Organisation einer Partei, die im Auftrage des Proletariats den proletarischen Staat durch die Räte verwalten und beherrschen soll.

Die Größe der Aufgaben, die uns gestellt sind, erheischt Klarheit und Festigkeit. An den einzelnen Bestimmungen der organisatorischen Satzungen darf es, wenn sie beschlossen sind, nichts zu drehen und zu wenden geben. Sie sind mehr als eine Verständigung innerhalb einer Vereinigung von Leuten, die durch eine politisch gleiche Meinung zusammengehalten werden, sie sind das zwingende Gebot klassenbewußter Proletarier, die sich auf Gedeih und Verderb zusammenschließen, um ihre einheitliche Anschauung durch einen einheitlichen Willen und mit einheitlicher Taktik kämpfend zum Siege zu führen. Die Zugehörigkeit zur Partei, die Rechte und Pflichten der Mitglieder und auch die Verantwortung der gewählten Beauftragten galt es festumrissen darzustellen. Gegenüber den Satzungen der alten Sozialdemokratischen Partei und den Organisationsrichtlinien der bisherigen U. S. P., die nie zu einem eigenen Organisationsstatut gekommen ist, ist der Entwurf der Organisationssatzungen, der dem Vereinigungsparteitag vorliegt, etwas grundstürzend Neues. Und doch knüpft er in allen seinen wesentlichen Teilen ganz unmittelbar an die bisherige Praxis der Partei, sowie an die innerhalb unserer Massenorganisation klar erkannten Erfordernisse des Kampfes und an einige inzwischen gefaßte organisatorische Beschlüsse an. Für die bisherige Kommunistische Partei, mit deren Zentrale der Entwurf gemeinsam ausgearbeitet ist, sind grundsätzliche Änderungen kaum eingetreten, jedoch bestand für sie die Notwendigkeit, ihre organisatorischen Bestimmungen dem Massencharakter, den die vereinigte Partei jetzt bekommt, anzupassen.

Der Aufbau der Partei wird die wirtschaftliche Gliederung Deutschlands zur Grundlage haben. Nicht Wahlkreise, wie sie eine bureaukratische Geometrie geschaffen hat, sondern wirtschaftliche Gebiete, die historisch, geographisch, verkehrstechnisch und kulturell eine Einheit bilden, sollen auch für unsere Partei die Organisationsgrundlage darstellen. Die Wirtschaftsgebiete werden nach der jeweiligen Struktur räumlich sehr verschiedenartig groß sein. Ländliche Gebiete mit ihrem besonderen wirtschaftlichen Charakter bedürfen einer anderen organisatorischen Bearbeitung als die Großstadt und ihre Umgebung. Daneben

werden Wirtschaftsgebiete mit gemischter Bevölkerung, aber vorwiegend proletarisch-industriellem Charakter und andere mit vorwiegend kleinstädtisch-gewerblichem und bäuerlichem Charakter gesondert bearbeitet werden müssen, um den höchsten Ertrag der Aufklärungs- und Agitationsarbeit zu sichern. Aber wesentlicher als diese Gründe ist die eine Tatsache, daß die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe *in künftigen Aktionen* auf der Grundlage der Organisation *nach Wirtschaftsgebieten eine bessere Kampfführung* ermöglichen, als sie bisher in den durch Wahlkreise und Landesgrenzen zerrissenen Organisationen durchführbar war. Die Aktionsfähigkeit der Partei erfordert einen *unbedingten Bruch* mit der bisherigen Wahlkreiseinteilung.

Sie drängt auch zu ihrer *festeren Verankerung in den Betrieben*, die immer mehr die Quelle der proletarischen Kraft und Aktivität werden. Vereine, Bezirksversammlungen, Zahlabende sind Erscheinungsformen einer Organisation, deren Höchstleistung in demokratischen Wahlerfolgen bestand. Gewiß ist auch die Zeit für solche Betätigung durchaus noch nicht vorüber, aber neben diesen Erscheinungsformen einer parlamentarisch orientierten Parteiarbeit sind durch Krieg und Revolution mit ihren gewaltigen Aktionen uns *neue Kampfmittel und Aktionsziele aufgedrängt worden.* Durch Betriebsvertrauensleute versuchten manche Bezirksorganisationen der Partei bisher schon mit Erfolg, die dauernde Verbindung mit den großen Betrieben als den Kraftzentren der sozialen Revolution aufrechtzuerhalten. Inzwischen sind unsere organisatorischen Kräfte so gewachsen und so geschult worden, daß nicht mehr einzelne Vertrauensleute der Partei den Ton in den Betrieben anzugeben versuchen müssen, sondern daß in den meisten großen Betrieben bereits feste Gruppen unserer Parteianhänger bestehen, die nunmehr *als Gesamtfraktion* in den Dienst der Partei zu treten haben. Sie sollen aber, da sie bei allen größeren Bewegungen als die Stützen und die Stärke der Partei in Betracht kommen, auch einen verstärkten Einfluß auf die Tätigkeit der Partei ausüben. Neben den Mitgliederversammlungen sollen die kommunistischen Betriebsfraktionen ihren Einfluß zur Geltung bringen können. Es ist nach den neuen Satzungen nicht nur die Pflicht der Kommunisten, sich in den Betrieben im Sinne der Grundsätze und der Taktik der Partei zu betätigen, sondern es soll auch ihr Recht sein, als Träger des Kampfes die Vorschläge für den Vertrauensmännerkörper, die verantwortlichen Leitungen der Ortsgruppen und der höheren Organe der Partei zu machen. Die Tatsache, daß in den leistungsfähigen Bezirken der Partei schon seit langem, ja fast seit Bestehen der U. S. P. keine Aktion ohne die Betriebsvertrauensleute der größeren Betriebe beschlossen und durchgeführt wurde, muß in der vereinigten Partei ihren *organisatorischen Ausdruck finden.*

Für die Arbeiterorganisationen — Gewerkschaften, Betriebsräte und Genossenschaften — war eine einheitliche statutarische Regelung der Arbeit der Kommunisten unmöglich, aber auch überflüssig, denn es ist ganz selbstverständlich, daß in diesen Arbeiterorganisationen in der Tendenz genau so wie bisher um den entscheidenden Einfluß gerungen werden muß. Wir sind in Deutschland jedoch dabei über die sogenannte Zellenbildung *schon weit hinaus.* Unsere Genossen bilden nicht nur schon längst starke Gruppen und große Fraktionen in den Arbeiterorganisationen, sondern sie sind in zahlreichen Fällen nahe daran, *den entscheidenden Einfluß zu erobern.* Es kommt nicht mehr darauf an, ihnen noch erst Zellenbildung oder Fraktionen vorzuschreiben, sondern es war nur noch das unbedingte Erfordernis festzulegen, daß *künftig einheitlich, in engster Verbindung und im Einverständnis mit den zuständigen Parteiorganisationen zu wirken.* An dieser Einheitlichkeit hat es bisher nur allzu sehr gefehlt, weil die Partei es dem einzelnen überließ, sich nach freiem Willen oppositionell oder revolutionär in den Arbeiterorganisationen zu betätigen. Dieses Gegeneinander und Durcheinander muß aber, ob in losen Gruppen oder in festen Fraktionen, ob als Minderheit oder als Mehrheit, unbedingt auf-

hören. Ein klares, festes einheitliches Auftreten im Sinne der Grundsätze und der Taktik der Partei ist eine der Voraussetzungen ihres Sieges.

Auf dem so geschaffenen verbreiteterten Unterbau der Organisation mußte ein straff zentralisierter Aufbau errichtet werden, damit die einheitliche Führung der Partei in all ihren Bewegungen unzweifelhaft gesichert ist. Die straffe Zentralisation des Oberbaues der Partei hat ihren stärksten Rückhalt und ihre eindeutigste Sicherung in einem streng demokratischen Vertretungssystem. Für die zu einem Bezirk zusammengefaßten ländlichen und städtischen Wirtschaftsgebiete ist der Bezirkstag und für die gesamte Partei der Parteitag die höchste Instanz. Auf beiden Tagungen haben nur die von den Mitgliedern gewählten Delegierten das Stimmrecht. Alle Instanzen, die irgendwie geschaffen werden, dürfen nur mit beratender Stimme auftreten. Sie sind unbedingt vom Parteitag, der höchsten Instanz der Partei, abhängig. Nur von ihm, der obersten Körperschaft aller Parteimitgliedschaften, bekommen sie ihre Aufträge, nur in seinem Sinne und nach seinen Beschlüssen haben sie zu verfahren; dem Parteitag sind sie Rechenschaft über ihre Arbeiten und Leistungen schuldig. Aber hat ein Parteitag gesprochen, hat er eine Leitung auf Grund seiner Beschlüsse eingesetzt, so übergibt er, was in den bewegten Kampfzeiten dringend geboten ist, dieser Leitung bis zu seinem nächsten Zusammentritt das Mandat der Gesamtpartei. Durch den Parteitag und für den Parteitag erhält die Zentrale den Auftrag zur politischen und organisatorischen Leitung der Partei und zur Kontrolle sämtlicher Organe und Funktionäre. Bis zum nächsten Parteitag muß der durch die Wahl der Zentrale zum Ausdruck gebrachte Willen der Partei für alle Glieder des Parteikörpers als bindend gelten. Nur so wird eine feste und einheitliche Führung in den kommenden Kämpfen ermöglicht.

Für schwierige Verhältnisse oder für den Fall, daß die gewählte Zentrale versagen sollte, soll der Parteitag durch den Zentralausschuß der Partei eine besondere Sicherung ihres Bestandes und ihrer Taktik schaffen Nach den Vorschlägen der Bezirke und im Verhältnis zu ihrer Stärke werden auf dem Parteitag Delegierte in den Zentralausschuß gewählt Ihm steht die Kontrolle der Zentrale zu und in den wichtigen taktischen Fragen, die die bewegten politischen Zeiten immer wieder an die Oberfläche bringen, wird der Zentralausschuß wertvolle Dienste für die Partei, ihre Einheit, ihre Festigkeit und ihre Zielklarheit leisten Der Zentralausschuß hat den Charakter einer dem Parteitag verantwortlichen Körperschaft und er ist doch gleichzeitig für die Dauer seiner Wahlzeit ein Spiegelbild der Verhältnisse in den verschiedenen Bezirken. Durch den Zentralausschuß vermeiden wir den mit den Grundübeln eines bureaukratischen Gebildes behafteten unverantwortlichen Parteiausschuß der alten Partei und auch die ungeregelten Instanzenvertretungen, die wir in den Reichskonferenzen der U. S. P. D. unglückselig miterleben mußten. Hat der Parteiausschuß die alte Partei verknöchern helfen und haben die Reichskonferenzen die U. S. P. D. zerrüttet, so wird der Zentralausschuß, nach Bezirksvorschlägen auf zentralistischer Grundlage durch den Parteitag gewählt, der vereinigten Kommunistischen Partei das Organ der inneren Festigung und Sicherung geben.

Ob neben dieser Sicherung noch eine besondere Vorschrift erforderlich ist, durch einen größeren Bruchteil der Mitglieder die Einberufung eines Parteitages erzwingen zu können, scheint uns, obwohl ein Parteiblatt diese Anregung macht, kaum der Diskussion wert, denn erstens wollen wir uns doch darüber nicht im unklaren sein, daß es bisher in der ganzen Parteigeschichte zur Durchführung eines solchen Experiments nicht gekommen ist und selbst, wenn man diese Statutenbestimmung aufnehmen würde, auch nie käme. Wozu soll man mit eingebildeten Rechten den Mitgliedern etwas vormachen? Ist ein kritischer Wendepunkt für die Partei eingetreten, so werden die Mitglieder schon auf ihre Vertreter im Zentral-

ausschuß den genügend starken Druck ausüben, der zur Einberufung eines Parteitages erforderlich sein sollte. Als Kuriosum sei an dieser polemischen Stelle noch die Bemerkung eingefügt, daß die rechtsunabhängige Presse, die vor und nach dem Halleschen Parteitag so unmäßig über das Moskauer Diktat, die aufgehobene Selbständigkeit der Partei und die Führerdiktatur krakeelte, jetzt sich angesichts unserer Organisationssatzungen nur ein paar Bemerkungen darüber abquälen konnte, daß die Anstellung von Bezirkssekretären, Redakteuren, Agitatoren und Geschäftsführern nur im Einverständnis mit der Zentrale erfolgen darf. Das ist das Wesentliche für die rechtsunabhängigen Redakteure und Sekretäre, von wem sie und ihresgleichen in ihrer Anstellung abhängen könnten, das ist die einzigste Sorge, die von dem ganzen Gekläff über Moskau nachgeblieben ist. Das zeigt die ganze geistige Einstellung dieser kleinen Autokraten, die um ihrer kleinen autonomen Selbstherrschaft willen die größere feste Einheit verabscheuen.

Es bedarf gegenüber dem ganzen verwirrenden Gerede der Hilferdinge nur noch des kurzen Hinweises, daß die Praxis schon jetzt durch den selbständigen Entwurf unserer Satzungen für jeden denkenden Proletarier klar erkennen läßt, daß das Geschwätz von der Moskauer Knute echt deutschnational-antibolschewistischen Geistes ist. Die deutsche Kommunistische Partei gibt sich die nach reiflichstem Überlegen aller deutschen Notwendigkeiten für sie erforderlichen Satzungen selbst, und es ist klar, daß auch die Bezirkstage und die Ortsgruppen im Rahmen der allgemeinen Parteibeschlüsse und -satzungen durchaus sich die für ihren Bezirk und ihren Ort erforderlichen Satzungen zu schaffen in der Lage sind. Daß um des einheitlichen Arbeitens und der Festigkeit der Aktionen willen eine möglichste Übereinstimmung in den wesentlichsten Bestimmungen der Bezirkssatzungen zu erreichen versucht werden muß, ist so selbstverständlich, daß wir schon von diesem Parteitag den Beschluß über ein Musterstatut für Bezirke und Ortsgruppen erwarten, durch das der vorliegende Entwurf der Organisationssatzungen für die Gesamtpartei wirksam ergänzt werden muß.

Ein Vorschlag, in der Kommunistischen Partei aktive und passive Mitglieder zu führen, hat in der Zentrale keine Zustimmung finden können. Die deutschen Parteiverhältnisse bringen es mit sich, daß, abgesehen von wenigen besonders mitgliederstarken Bezirken, die Kommunistische Partei durchweg zunächst auf den Teil der Arbeitermassen rechnen muß, der besonders zur Aktivität neigt. Durch die Parteizerklüftung ist die Scheidung zwischen passiven und aktiven politisch organisierten Proletariern schon vollzogen worden. Die passiven Elemente werden sich zumeist bei den Rechtssozialisten und Hilferdingen zusammenfinden, während die aktiven Naturen sich der Kommunistischen Partei zuwenden müssen. Innerhalb der vereinigten Kommunistischen Partei noch eine Sonderung nach diesen Gesichtspunkten vorzunehmen, wäre bei der Riesenarbeit, die zu bewältigen ist, verfehlt. Es darf kein Mitglied in die Passivität gedrängt werden. Jeder einzelne wird, sei es in der Partei direkt, sei es in den Betrieben, in den Gewerkschaften oder in sonstigen Arbeiterorganisationen, seine kommunistische Arbeit zu leisten haben. Die Partei wird mit der Zuweisung von Arbeitsmaterial an ihre Mitglieder nicht sparsam sein. Die Arbeit der Parteiorganisation wird zunächst im wesentlichen die Organisation der Arbeiten für die Partei sein.

Geben wir uns so ein festes Gerüst für eine in sich geschlossene Partei, die auf der grundsätzlichen Übereinstimmung, einer einheitlichen Taktik und einem entschlossenen Kampfeswillen beruht, so muß für sie wieder alles das gelten, was eine Partei groß, stark und leistungsfähig machen kann. Der Glaube an die Prinzipien der Partei, die Überzeugung von ihrem endlichen Sieg, das Vertrauen zu ihrer Schlagkraft und die Hingebung an ihre Arbeit müssen sich vereinigen in dem unbeirrbaren Willen, als Kommunist die Disziplin über alles zu stellen. Wir wollen nicht Kadavergehorsam; jeder soll wissen, warum er zur Partei gehört, warum er mit ihr um sein Schicksal, um das Schicksal des Proletariats ringen will. Aber wer sich der Partei anschließt, soll es wissen

und soll es wollen, daß er sich bindend an die Beschlüsse der Partei hält, daß er sie durchführt, wann und wo immer es auch sein mag. Disziplin ist ein leeres Wort, so lange eine Partei durch Burgfrieden und Untätigkeit zur Versumpfung gelangt, oder wenn eine Partei unklar in ihren Prinzipien, widerspruchsvoll in ihrer Taktik, zerrissen in ihrer Führung, zu keinen Losungen und keinen einheitlichen Handlungen kommt. Aber ist die Fahne einer Proletarierpartei auf Kampf gestellt, so kann die, die ihr folgen, nur Disziplin zum Siege führen.

Unsere Frauenreichskonferenz.

Von Berta Braunthal.

Wenn man gedacht hätte, daß unsere Frauenbewegung durch das Ausscheiden des rechten Flügels aus unserer Partei, der fast die gesamte Führerschaft mit sich riß, einen schweren Schlag erleiden würde, so ist dies durchaus nicht der Fall. Im Gegenteil, unsere Frauenbewegung ist lebendiger denn je, und es hat sich gezeigt, daß jetzt eine Reihe von jungen und begeisterten Vertrauensleuten recht wacker die verlassenen Posten der rechten Führerinnen einnehmen, durchaus nicht zum Schaden unserer Bewegung. Das ist nur zu begreiflich. Der Krieg und seine Folgen hat die Frauen aufgerüttelt, ihnen die entsetzlichen Gefahren gezeigt, in die sie und ihre lieben Angehörigen durch das kapitalistische System gestürzt werden. Die Jugend, die früh die qualvollen Sorgen um Vater und Geschwister, die Not und den Hunger kennengelernt hat, ist ernst und frühreif herangewachsen und sucht nach Mitteln und Wegen, diesem Chaos zu entrinnen. Und sie ist es auch, die der neuen vorwärtsstürmenden revolutionären Bewegung des Proletariats Gepräge und Schwungkraft gibt. Es ist kein Zufall, daß auf dem letzten Parteitag der K. P. D. das jugendliche Element so stark hervortrat. Die Jugend will sich ihr Lebensrecht schon auf dieser Welt erobern, sie will den Kampf um ihr Lebensglück mit allen Mitteln zum siegreichen Ende durchführen.

Nach dem Anschluß an Moskau tritt an uns die Notwendigkeit heran, die Frauenfrage auch vom Standpunkt unserer Gesamtpartei zu behandeln, zu ihr im Sinne der kommunistischen Theorie Stellung zu nehmen. Einem Beschlusse des kommunistischen Parteitages zufolge soll dies in einem besonderen Tagungsordnungspunkt des Verschmelzungsparteitages durch ein Referat über die Frauenfrage geschehen. Unterernährung und Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Lohndruck sind Begleiterscheinungen des Verfalls der kapitalistischen Wirtschaft, unter denen die Frauen und Kinder des Proletariats unvergleichlich schwerer zu leiden haben als die Männer. Dazu kommt die besondere Stellung der Frau in der Wirtschaft und Gesellschaft, ihre Abhängigkeit von der Familie und von dem Verdienst des Mannes, ihre Sorge um die künftige Generation, die unter den heutigen Ernährungsverhältnissen zu zwei Dritteln frühem Siechtum und vorzeitigem Tode ausgesetzt ist, ihre geistige und geschlechtliche Unterjochung von der bürgerlichen Gesellschaft. Die erschreckende Zunahme der Prostitution und der Geschlechtskrankheiten weisen gleichfalls auf furchtbare Fäulniserscheinungen unseres Gesellschaftskörpers hin, deren Opfer zum größten Teile das weibliche Proletariat stellt.

Aus diesen unhaltbaren Zuständen führt nur ein Weg hinaus zu freiem Menschentum und sonnigem Lebensglück; die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung, die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft. Aber die Frauen müssen sich diese Möglichkeit einer freien Entfaltung und Aufwärtsentwicklung ihrer Persönlichkeit erst erkämpfen.

Innerhalb der revolutionären Arbeiterbewegung, an der Seite der kämpfenden Männer ihrer Klasse ist ihr Platz, ringend mit den alten Mächten des Vorurteils und der Überlieferung, mit den Problemen, die ihr der Neuaufbau der Gesellschaft stellt, — so wachsen sie über den engen Kreis ihrer Häuslichkeit hinaus zu neuer Menschenwürde und kraftvollen Persönlichkeiten, deren Eigenart und impulsive Begeisterung eine wertvolle Bereicherung unseres Kulturlebens darstellt. Die Revolutionierung der Frauen und ihre Eingliederung in den gewaltigen Umformungsprozeß unserer ganzen Gesellschaft bedeutet nicht nur eine Beschleunigung und Erleichterung dieses Prozesses, sondern die Frauen selbst erleben eine geistige und seelische Umwandlung, die von der größten Wirkung für unser ferneres Gesellschaftsleben sein wird. Aus gequälten niedergetretenen und unwissenden Geschöpfen, die gleichgültig und stumpf allen Äußerungen unseres Staatsleben gegenüberstehen, werden kämpfende Menschen, die sich ihrer Verantwortung der Gesellschaft gegenüber, des Wertes ihrer Arbeit und ihrer Mitwirkung bewußt sind. Von den großen Zielen, die sich unsere Bewegung gestellt hat, erfaßt und entschlossen, ihnen mit allen Fasern ihres Wesens zu dienen, erhalten sie im Dienste dieser Bewegung die Feuertaufe ihrer Persönlichkeit, das beglückende Bewußtsein, durch den Kampf um ihre eigene Befreiung aus Knechtschaft und Niedrigkeit auch gleichzeitig die ganze gequälte Menschheit zu erlösen.

Die russischen Genossen haben es glänzend verstanden, diese gewaltigen Energien der revolutionären Frauenbewegung für die Stärkung und Befestigung der Sowjetmacht dienstbar zu machen. Es zeugt von ihrem Weitblick und ihrem Organisationstalent, daß es ihnen gelungen ist, die breiten Massen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen, die stumpf und dumpf dahinlebten, zu bewußten, kämpfenden Menschen zu machen, die die besten Stützen der Räterepublik darstellen, wie es Genosse Sinowjew auf einer Arbeiterinnenkonferenz ganz offen zugab. In keinem Lande der Welt wird soviel Sorgfalt und Liebe auf die Aufklärung und Organisierung der Frauen verwendet, ihre Schulung und Bildung so eifrig betrieben, ihren besonderen weiblichen und mütterlichen Empfindungen so vollständig Rechnung getragen wie in Rußland.

Diesem Vorbild unserer russischen Genossen nachzueifern, muß unsere heilige Aufgabe sein. Nicht zum wenigsten aus einem dringenden Bedürfnis der deutschen Revolution heraus müssen wir uns mehr als bisher darauf einstellen, die revolutionäre Bedeutung der Erweckung und Heranziehung der Frauen zu erkennen und alles zu tun, was in unseren Kräften steht, diesen durch die heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse bedingten Revolutionierungsprozeß zu beschleunigen.

Im Anschluß an den Verschmelzungsparteitag soll nun eine Frauenreichskonferenz zur Schulung und Zusammenfassung der uns zuströmenden jungen Kräfte für die besonderen Aufgaben der Frauenbewegung stattfinden. Im Zeichen der Wiedervereinigung mit den kommunistischen Genossinnen, die sich im Dezember 1918 von uns getrennt haben, soll er tagen, und wenn durch die Absplitterung in Halle eine Reihe wertvoller Genossinnen für unsere Bewegung verlorengegangen sind, so können wir mit Freude und Stolz konstatieren, daß neben unserer hochgeschätzten Genossin Klara Zetkin, die in den schwersten Stunden der Erniedrigung des deutschen Proletariats das Banner des revolutionären, internationalen Sozialismus hochhielt, eine Reihe von tüchtigen Vorkämpferinnen der Bewegung mit uns jetzt in einer Partei vereint sein werden.

Die Frauenreichskonferenz soll nun Mittel und Wege suchen, um die Aufklärung und Schulung unter den Frauen planmäßig zu gestalten und bis in die entferntesten Gegenden die Saat der kommunistischen Lehren auszustreuen. Die Debatte über ein Arbeitsprogramm, das als Grundlage für die Tätigkeit in den einzelnen Bezirken und

Orten zu dienen hat, wird den einzigen Verhandlungsgegenstand der Konferenz bilden. Entsprechend dem gemeinsamen Ziel, daß die Ausgebeuteten beiderlei Geschlechts miteinander vereinigt: die Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft, müssen sich auch die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen in unsere Parteiorganisation einfügen, als gleichberechtigte Mitglieder alle Verpflichtungen und Rechte aus dieser Zugehörigkeit herleitend. Aber ihrer besonderen Stellung in der Gesellschaft und Wirtschaft entsprechend, ihren besonderen Aufgaben in der Familie und im Staate gemäß und in Berücksichtigung ihrer durch die Verhältnisse gegebenen geringeren Einsicht in die politischen und gesellschaftlichen Vorgänge müssen für eine besondere Propaganda und Aufklärungsarbeit Frauenarbeitskommissionen gebildet werden, deren Vorsitzende als Mitglied des Bezirksvorstandes die Verbindung mit den Genossen aufrechterhält. Mannigfache Aufgaben sind diesen Frauenarbeitskommissionen zugewiesen: die regelmäßige Einberufung von Frauenmitgliederversammlungen und öffentlichen Frauenversammlungen, in denen zu besonderen Frauenfragen und allgemein politischen Fragen Stellung genommen wird, die Zusammenfassung und Schulung der in den Gewerkschaften oder als Betriebsräte tätigen Genossinnen, die Erziehung der in den Konsumgenossenschaften organisierten Frauen für ihre künftigen Aufgaben im sozialistischen Staate, die geistige und materielle Vorbereitung der Umwandlung des Haushalts und Übernahme seiner Funktionen durch die Gesellschaft, planmäßige Agitationsarbeit unter den Landarbeiterinnen und Bäuerinnen und Gewinnung derselben für die kommunistischen Ideen, systematische Einführung der neugewonnenen weiblichen Mitglieder in die Gedankenwelt des Kommunismus und besondere wissenschaftliche Heranbildung von Referentinnen und Agitatorinnen. Von dieser Frauenreichskonferenz erwarten wir uns neue Impulse und Anregungen, neue Antriebe zur Aufklärungsarbeit unter den Bedrücktesten und Elendesten dieser Gesellschaft. Wir erwarten von ihr die feste Verbindung mit dem Frauenreichssekretariat der neugewählten Zentralleitung, die gegenseitige Unterstützung und Förderung im Dienste unserer Sache.

Im sieghaften Glauben an unsere Sache, im stolzen Bewußtsein, einer aufsteigenden Klasse anzugehören, der die Zukunft gehört, so wollen wir uns auf unserer Frauenreichskonferenz zu fruchtbarer Arbeit im Dienste der Weltrevolution zusammenfinden.

Der Blanquismus und Bakuninismus der russischen Taktik.

Von Viktor Stern.

Der Hauptgrund, aus welchem alle Reformisten, von Crispien und Hilferding angefangen, bis zu den sogenannten „ehrlichen Demokraten" und Pazifisten vom Schlage eines Gerlach, die übrigens in mancher Hinsicht weiter links stehen als die Scheidemänner, den Kommunismus bekämpfen, ist in letzter Linie ihr Wille, den mit der proletarischen Revolution unabwendbar verbundenen Bürgerkrieg und darum auch die Revolution selbst zu vermeiden. Dazu kommt aber bei allen ohne Ausnahme, wahrscheinlich ebenfalls aus diesem Willen entsprungen, ein völliges Unvermögen, das Wesen der proletarischen Revolution und ihrer Notwendigkeiten zu begreifen. Nur so erklärt sich, soweit es nicht bewußte Verleumdung ist, die immer wiederkehrende Behauptung unserer rechtsunabhängigen Theoretiker und ihrer gedankenlosen Nachbeter, die „russische Taktik", die man auch Deutschland aufzwingen wolle, sei ein Rückfall in die längst überwundenen und von Marx seit jeher bekämpften Methoden Blanquis und Bakunins.

Es wäre nun schon an und für sich ein schlechtes Zeichen für den Wert der marxistischen Theorie, wenn die russischen Proletarier tatsächlich mit Hilfe einer von Marx für falsch erklärten Methode unter den allerschwierigsten Verhältnissen gesiegt und umgeben von lauter übermächtigen kapitalistischen Staaten ihre Macht durch drei volle Jahre aufrechterhalten und verstärkt hätten, es stünde auch in krassem Gegensatz zum Geist des Marxismus, darin bloß einen „glücklichen Zufall", das Ergebnis einer Überrumplung usw. zu sehen, welche Weisheit uns ja auch schon von „Marxisten" vorgesetzt wurde. Noch viel merkwürdiger aber ist es, daß die Vertreter dieser eigenartigen Anschauung, ohne den ungeheuerlichen Widerspruch auch nur zu merken, fast im selben Atemzuge, mit welchem sie die russische Methode als putschistisch und anarchistisch schmähen, dennoch erklären, für Rußland sei diese Methode richtig, nur für Deutschland passe sie nicht, ja, daß sogar Politiker, die noch viel weiter rechts stehen als unsere rechten USP.-Anhänger, wie z. B. der Koalitionspolitiker und offene Verteidiger der Demokratie Otto Bauer, dasselbe sagen. Die von Marx für verkehrt erklärte Methode müßte ein konsequenter Marxist auch für Rußland für verfehlt halten, und man kann sich nicht darauf berufen, daß gerade nach Marx die Theorie nicht für alle Zeiten und für alle Räume dieselbe sein kann, denn eben für das, worum es sich auch in Rußland handelte, für den Kampf des Proletariats um die politische Macht hatte Marx die Methoden Bakunins und Blanquis gleicherweise mit Recht für verderblich erklärt. Im übrigen hat auch Marx immer mehr Gewicht darauf gelegt, zu erkennen, was ist und weniger darauf, auszuspintisieren, was sein soll. Wenn sich also tatsächlich die historische Entwicklung in Rußland in anderen Formen vollzogen hätte, als es Marx voraussagte, so würde sich Marx selbst, wenn er noch lebte, als widerlegt betrachten.

In Wahrheit ist jedoch die Methode der Russen, und das ist die Methode der Kommunisten überhaupt, das vollendete Gegenteil sowohl des Blanquismus als auch des Bakuninismus; sie ist weder Putschismus, noch Anarchismus, sondern konsequentester Marxismus, dessen historische Formen, in denen er sich jetzt verwirklicht, allerdings Marx selbst ganz in Übereinstimmung mit seiner eigenen Theorie, insbesondere in bezug auf die Rolle der Räte, nicht im einzelnen voraus wissen konnte. Die Putschisten glauben durch eine kleine Schar entschlossener Männer die Massen, auch wenn sie noch nicht revolutioniert sind, mitreißen zu können, sie überschätzen die Gewalt, indem sie glauben, durch Gewalt Zustände schaffen und sichern zu können, für welche weder die politischen noch die wirtschaftlichen Verhältnisse reif sind. Im Gegensatz zu diesem Blanquismus erkennen die Kommunisten, daß die Gewalt allein nicht ausreicht, ohne freilich zu vergessen, daß sie notwendig und unentbehrlich ist. Sie begreifen, daß die Massen revolutioniert und die wirtschaftlichen Verhältnisse reif sein müssen, daß die Massen, eben weil sie zum größten Teile trotz ihrer revolutionären Reife infolge des kapitalistischen Systems noch politisch unreif sind, der Führung durch eine klare, einheitliche Partei bedürfen, die kein Schwanken kennt, die Massen aufrüttelt, ihnen den einzigen Ausweg aus der Lage zeigt, unter welcher sie leiden, für ihre Rüstung zum Kampfe sorgt, ihnen, wenn sie endlich zum Kampfe drängen, ohne sich ihrer Ziele und der tauglichen Kampfmittel klar bewußt zu sein, den richtigen Weg zur Machtergreifung klarmacht und nach dem Siege rücksichtslos die Durchsetzung alles dessen erzwingt, was notwendig ist, um die Macht dem Proletariat zu erhalten, um die tausenderlei Gefahren, die der neuen Herrschaft drohen, abzuwenden, den Neuaufbau der Wirtschaft zu sichern und zu beschleunigen. Organisation, Gewalt, Rüstung, Einheitlichkeit und Klarheit einer führenden Partei sind den Kommunisten keine Zaubermittel, die alles können, sondern nötige Kräfte, die nur dann alles können, wenn sie für das, was geschichtlich und wirtschaftlich notwendig geworden ist, eingesetzt werden, dann aber auch unentbehrlich sind, weil die Gewalt, welche die alte zur Hemmung der wirtschaftlichen Entwicklung gewordene Ordnung

stützt, nur durch Gewalt beseitigt werden kann und eine Revolution ohne gewisse Vorbedingungen nur ein Putsch bleibt. Die Kommunisten sind keine Putschisten, denn sie begreifen auch genau, daß die Revolution nur eine gewaltige Erhebung der Klasse sein kann, der gewaltigen Massen weit über den Rahmen der Partei hinaus. Immer und immer wieder betonen deshalb die Leitsätze und Bedingungen der Kommunistischen Internationale, daß die Partei selbst, um die nötige Klarheit und Einheitlichkeit zu behalten, sich wohl auf überzeugte Kommunisten beschränken muß, daß sie aber dennoch trachten muß, eine Massenpartei zu werden, um zu siegen, daß sie ferner weit über den Rahmen ihrer Mitglieder hinaus sich Sympathien verschaffen muß, daß sie, überall, wo Arbeiter sind, zu wirken hat, den Zusammenhang mit den Massen, auch mit den indifferenten, niemals verlieren darf. Das ist der tiefere Sinn der so viel geschmähten und verlästerten Forderung, in allen Arbeiterorganisationen kommunistische Zellen zu bilden und kommunistisch zu wirken, das heißt in allen Arbeiterorganisationen marxistischen revolutionären Geist und Willen zu verbreiten. Wer sich dagegen sträubt, der steht dem Blanqismus, dem Putschismus viel näher, als er selbst weiß. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind heute überreif, daran kann kein Zweifel bestehen, die politische Unreife besteht aber darin, daß noch viel zu viele Arbeiter nicht Kommunisten, sondern Reformsozialisten oder gar Gelbe sind. Diese Unreife wird aber nicht beseitigt, wenn man sich gegen die Bedingung einer intensiven kommunistischen Agitation wendet, und darauf warten zu wollen, bis alle oder auch nur der größte Teil der Arbeiter wissenschaftlich aufgeklärt sind, heißt, unter den durch den Kapitalismus geschaffenen Verhältnissen bis ans Ende der Welt warten. Uns muß die Reife genügen, die darin besteht, daß infolge der wirtschaftlichen Entwicklung, beschleunigt durch unsere intensivste Agitation, der Wille zur Revolution in den Massen lebt, die revolutionäre Reife des entscheidenden Teils der Arbeiterklasse erreicht, eine große kommunistische Massenpartei da ist und in den breitesten Schichten der Arbeitenden Vertrauen und Autorität hat. Wenn wir zugleich die Rüstung zu dem entscheidenden Kampf vervollständigen, dann haben wir das Unsrige dazu getan, um die Revolution, deren Kommen wir nur erkennen und beschleunigen, aber nicht künstlich erzeugen können, vor einem Zusammenbruch zu bewahren, ihren Sieg zu sichern. Sträuben wir uns aber gegen diese notwendigen Vorbereitungen des Sieges, wie es die Rechtsunabhängigen tun, dann sind wir Putschisten.

Daß der Kommunismus das Gegenteil von Putschismus ist, zeigt sich am klarsten in seiner Stellung zur Rätefrage. Gerade weil wir verstehen, daß die Revolution das Werk der Massen, der Klasse sein muß, und nicht das einiger entschlossener Männer, arbeiten wir mit aller Energie darauf hin, den Hebel zu schaffen, der es ermöglicht, die ganze Klasse handelnd und wirkend auftreten zu lassen und der klaren führenden, revolutionären Partei die Handhabung dieses Hebels zu ermöglichen. Deshalb wollen wir, daß eine die ganze Arbeiterklasse umfassende Räteorganisation geschaffen wird und daß sich unsere Partei in dieser Organisation die Führung sichert. Diejenigen, die das nicht wollen und zu verhindern trachten, sind die wahren Putschisten, denn ohne eine solche Organisation der Klasse kann es nur zu Putschen kommen, zu halben Revolutionen ohne Zielbewußtheit, niemals aber zu einer machtvollen Erhebung, welche die Wucht der ganzen Klasse den gegenwärtigen Machthabern entgegenwirft und eine Ausnutzung des Sieges ermöglicht.

Noch krasser zeigt sich die völlige Unwissenheit der Reformsozialisten, wenn sie dem Kommunismus bakuninistischen, also anarchistischen Charakter vorwerfen. Der Kommunismus bildet den äußersten, extremsten Gegensatz zum Anarchismus, der ja bekanntlich nichts anderes ist, als die konsequenteste Form des Individualismus, von dem der bürgerliche Liberalismus nur eine Spielart ist. Die Anarchisten wenden sich gegen jede organisierte Gewalt, vor allem gegen jede Staatsgewalt, und die Kommunisten betonen im Gegensatz dazu, daß das Proletariat,

solange der Kapitalismus nicht völlig beseitigt ist, die rücksichtsloseste Gewalt zur Niederhaltung der besiegten Kapitalisten und ihrer Helfershelfer anwenden muß, wenn es nicht alles Erkämpfte wieder verlieren will. Deshalb sind auch die anarchistischen Elemente der KAPD. so erbitterte Feinde des gegenwärtigen Zustandes in Rußland, weil sie darin mit Recht den vollendeten Gegensatz zu ihrem anarchistischen Ideal sehen. Auch hier sind es wieder die Anhänger der Crispienschen Anschauung, die in Wahrheit dem Anarchismus viel näher stehen. — Denn wenn sie sich gegen den Terror „als System" wenden, wenn sie Pressefreiheit u. dgl. auch für die Kapitalisten und Reaktionäre fordern, wenn sie sich dagegen wenden, daß die Staatsgewalt auch die Arbeiter zu dem zwingt, was im Interesse der Klasse und des Sozialismus notwendig ist, so übersehen sie eben in anarchistischer Weise die Notwendigkeit und Unentbehrlichkeit der starken Staatsgewalt während der Übergangszeit bis zur völligen Sicherung der Herrschaft des Proletariats und des Sozialismus. Nicht zufällig gebrauchen Dittmann und Crispien fast vollzählig genau dieselben Argumente gegen Moskau wie der anarchistische Rühle. Die Reformsozialisten erzählen uns immer, um die Arbeiter vor der Revolution abzuschrecken, von der furchtbaren Macht der herrschenden Klasse, welche die Arbeiterklasse noch nicht besiegen könne. Gerade weil die Macht der Kapitalistenklasse übergroß ist, weil sie zahllose Verbündete bis weit in die Reihen des Proletariats hinein hat und, solange das System nicht beseitigt ist, haben wird, ist die Zusammenfassung und restlose Ausnützung aller Machtmittel, die dem kämpfenden, klassenbewußten Proletariat zur Verfügung stehen, vor allem aber die rücksichtslose Ausnützung einer organisierten Staatsgewalt gerade noch ausreichend, um in diesem schwersten Kampf nicht zu unterliegen. Der geringste Verzicht auf diesem Gebiete, der nur aus anarchistischen Anwandlungen gegen Anwendung staatlicher Gewaltmethoden zu erklären wäre, könnte die furchtbarste Katastrophe, den Zusammenbruch der Diktatur, den weißen Schrecken zur Folge haben.

Der Kommunismus, der in den Grundsätzen der 3. Internationale den klarsten Ausdruck findet, zeigt endlich auch darin sein antiputschistisches und antianarchistisches Wesen, daß er mit dem Prinzip des internationalen Kampfes Ernst macht, und den Gedanken der Weltrevolution in den Vordergrund rückt. Diejenigen, die sich gegen den zentralistischen Charakter der 3. Internationale sträuben, dagegen wettern, daß von Moskau aus diktiert werden soll, ihre nationale Freiheit und Selbständigkeit in keiner Weise eingeschränkt wissen wollen, verraten auch dadurch, daß sie sich von anarchistischen Gedankengängen, von individualistischen Anschauungen noch nicht völlig befreit haben, ebenso wie es in letzter Linie auch eine Art Putschismus ist, nicht dafür einzutreten, daß der internationale Zusammenhang des Kampfes, soweit als es nur irgend möglich ist, vertieft wird, und lieber national isoliert zu bleiben, als einer notwendigen Einschränkung der völligen Selbständigkeit zuzustimmen. Wie sie eigenwillig in Deutschland eine überflüssige und schädliche Gruppe zwischen den Anhängern der Demokratie und den Anhängern der Diktatur um jeden Preis bilden wollen und dann noch über die Zersplitterungstendenzen der anderen schreien, so suchen sie nun auch eine Internationale Zweieinhalb zu bilden, die keine Zukunftsmöglichkeit hat, während die Dritte Internationale durch ihr unaufhaltsames Wachstum, durch das ununterbrochen steigende Ansehen und durch die tägliche zunehmende Zahl derer, die ihr Sympathien entgegenbringen und von ihr die entgültige Befreiung erhoffen, gerade für den Marxisten klar beweist, daß sie die Ideen vertritt, deren Verwirklichung historische Notwendigkeit geworden ist.

Ökonomische Reife und ideologische Reife als Faktoren im revolutionären Machtkampf.

Von H. Werner-Essen.

I.

Seit zwei Jahren hat Deutschland seine soziale Revolution. Große Hoffnungen setzte das deutsche Proletariat auf diese Revolution. Mehr als 50 Jahre hat es sich in zäher Arbeit auf diese geschichtliche Epoche vorbereitet, um sich nun von gewissen Leuten sagen lassen zu müssen, es sei noch nicht reif zu seiner geschichtlichen Aufgabe; von Leuten die sich diese Epoche entgegen aller geschichtlichen Erfahrung anders vorgestellt hatten, als sie sich nun tatsächlich vollzieht und ihre eigene Unfähigkeit wirklich revolutionär zu denken und zu handeln, ihre eigene Mutlosigkeit damit zu verhüllen, daß sie die anderen als für noch nicht reif zur Erfüllung ihrer geschichtlichen Aufgabe befinden.

Überdenkt man sich den jämmerlichen Verlauf der Revolution in Zusammenhang mit der obigen Phrase, so enthüllt sich einem erst die ungeheuerliche Schuld, die alle die Auswegsuchenden, die Wankenden und Schwankenden auf sich geladen haben. Alle, die das Proletariat während des Krieges in den Sumpf führten und in unheilvoller Zwangsläufigkeit ihren Verrat fortsetzen. Seit zwei Jahren wird von Sozialisierung geredet und geschrieben, „Pläne" gemacht und — Plakate angeklebt und daneben zugleich der weiße Schrecken angewendet zur „Beruhigung" der im gewaltigsten Kampf um diese Dinge stehenden — nicht „reifen" — Arbeitermassen. Und noch jedesmal in diesen zwei Jahren, wenn sich die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse so zugespitzt hatten, daß neue Eruptionen zu erwarten waren, wurde solche Plänemacherei — selbstverständlich zugleich immer nebenhergehend dann auch die Vorbereitung zur Gewaltaktion gegen die Arbeiter — intensiver betrieben. Wir befinden uns augenblicklich wieder in solcher Periode. Die Zerrüttung der kapitalistischen Profitwirtschaft nimmt immer tollere Formen an. Der kapitalistische „Wiederaufbau" entpuppt sich als eine Ausdehnung der chaotischen Zustände! Die Kurve der gesellschaftlichen Entwicklung ist noch immer nach abwärts gerichtet und die ungeheuerliche Verwirrung wird charakterisiert auf der einen Seite durch die ständig wachsende Pleitewirtschaft in Reich, Staat und Gemeinde, der die hilflosen Finanzkünstler nicht anders zu begegnen sich imstande fühlen, als durch ständige Vermehrung der bedruckten Papierzettel, von denen man sich einbildet, daß sie Geld darstellen, aber die Pleitewirtschaft ins Groteske steigern; ferner durch die Stillegung der Produktion in Industrie und Landwirtschaft, um die Produktionsmittel mit größerem Gewinn an das Ausland zu verkaufen — in „lebenswichtigen" Betrieben, wogegen die „sozialistischen" Minister noch keine Zuchthausverordnungen erlassen haben — oder durch Umstellung der Produktion auf profitablere Produkte, die aber für die Volkswirtschaft nur geringe Bedeutung haben. Alles nur zu dem Zweck, den privaten Reichtum der Besitzenden zu steigern unter höhnender Mißachtung der Folgen, die dieser „Aufbau" nach sich zieht, der dann auf der anderen Seite charakterisiert wird durch das fortwährende Wachsen des Massenelends infolge der wachsenden Differenz zwischen dem Einkommen der Arbeiter und Angestellten und ihren Ausgaben für den notwendigsten Lebensbedarf und ferner durch die durch alle diese Wechselbeziehungen betriebene Einschränkung der Produktion verursachte Steigerung der Arbeitslosigkeit. Der Bedarf an den notwendigsten Dingen für das tägliche Leben der großen Volksmassen, d. h. der Bedarf an Dingen, die zur Erhaltung und Erneuerung der Arbeitskraft erforderlich sind, aber wird immer größer, weil alle Reserven längst aufgebraucht sind, seine Deckung aber immer unmöglicher. Eine wahnsinnige Vernichtung der gesellschaftlichen Arbeitskraft wird unter dem Stigma „Wiederaufbau" betrieben! Und ähnlich verhält es sich mit der Erneuerung und Ersetzung der Produktionsmittel. Diese Zerrüttung und Verwirrung aber wird gekrönt dadurch, daß trotz Einschränkung der Produktion, trotz aller Klagelieder über die daniederliegende Wirtschaft, woraus man schließen sollte, daß darunter alle Menschen leiden, daß trotz aller dieser Erscheinungen aus fast allen Industriezweigen über günstige Geschäftsabschlüsse, steigenden Dividendensegen berichtet wird.

Das ist der auf die Spitze getriebene Wahnsinn der Widersprüche der kapitalistischen „Ordnung", der, wenn ihm noch lange Gelegenheit gelassen wird sich auszuwirken, noch

ganz ungeheuerliche Verheerungen für die große proletarische Volksmasse anrichten wird. Das sind die Sumpfblüten eines in Verwesung und Auflösung befindlichen Gesellschaftskörpers, der es geradezu zu einer Schicksalsfrage macht, daß er so schnell wie möglich überwunden wird!

Das sind die Erscheinungen einer Überreife des Systems; eine Form des gesellschaftlichen Zersetzungsprozesses allerdings die dem theoretischen Schema, nach welchem man in der sozialistischen Wissenschaft der Vorkriegszeit den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus annahm, widerspricht. Nach diesem Schema sollte die kapitalistische Wirtschaft unmöglich werden, indem sie gewissermaßen in ihrem eigenen Fett erstickt, das durch die infolge der fortschreitenden Konzentrierung und Zentralisierung erzeugte ununterbrochene Steigerung der Produktivität der Arbeit angesammelt worden war.

Dieses „eigene Fett", d. h. die Voraussetzungen des theoretischen Schemas sind durch den Krieg vernichtet und alle, die nun jahrelang bis zum Kriegsausbruch ihren Marxismus gepredigt hatten, stehen den neuen Umständen ratlos gegenüber; sie sehen sich von der Geschichte betrogen! Statt nun jedoch das Neue zu überwinden zu suchen mit dem Kompaß der Marxschen Dialektik, wissen die Hilflosen, die Alten und Verkalkten, wie alle Hilflosen, keinen anderen Weg, als die Geschichte zu schulmeistern und ihr zu befehlen, noch einmal von vorn anzufangen, unterdessen man den ungeduldigen Massen als marxistische Weisheit erzählt, sie seien „noch nicht reif". Kautsky und seine Gläubigen haben als neue marxistische Weisheit erdacht, daß nun erst die vernichteten Voraussetzungen wieder geschaffen werden müssen, der Kapitalismus erst wieder aufgerichtet werden muß, ehe an den Sozialismus zu denken ist. Zwar lehnen manche „Revolutionäre" diese Theorie ab; ihre praktische Politik aber kommt tatsächlich nur auf ihre Verwirklichung hinaus, nur daß sie mit revolutionären Phrasen umkleidet ist.

Zwei Jahre schon wird nun „aufgerichtet". Das Proletariat, in den ersten Revolutionsmonaten noch mutig und voller Initiative, wurde dabei durch Schläge und Enttäuschungen ermattet, es schaffte, ergab sich in das scheinbar Unvermeidliche. Die Erschütterungen des Wirtschaftslebens durch Streiks und Aufstände ließen nach, die Arbeitsleistung stieg, und dennoch ist die „aufgerichtete" kapitalistische Herrlichkeit zerrütteter als jemals! Der Friedensvertrag?! Die Kohlenlieferungen?! Jeder Arbeiter weiß, daß die Betriebseinschränkungen weit größeren Umfang angenommen haben als die Kohlenlieferungen an die Entente bedingen Der Friedensvertrag ist ohne Zweifel ein großes Hindernis für die gesellschaftliche Erneuerung. Er wird aber nicht minder von den kapitalistischen Patrioten benutzt, um sich mit seiner Hilfe vor dem Sozialismus zu retten! Daß aber nicht der Friedensvertrag allein die Ursache der Zersetzung ist, das zeigen die Verhältnisse in den „Siegerstaaten", den Nutznießern des Friedensvertrages. Befinden sie sich nicht auch im ernsthaften Zersetzungsprozeß? Selbst in England wächst die Arbeitslosigkeit! Das Festhalten am kapitalistischen System also ruft die nur immer größere Zerrüttung hervor, verdichtet die Krisenhaftigkeit des gesellschaftlichen Zustandes immer stärker zu einer furchtbaren Katastrophe, die zum Untergang der ganzen Gesellschaft führen müßte, wenn man nicht dennoch die Hoffnung haben müßte, daß das Proletariat alle Deklamationen über seine Unreife ad absurdum führen und dem wahnsinnigen Spiel ein Ende machen wird.

Trotz aller Nackenschläge, trotz allen Verrats, trotz aller Jämmerlichkeit der verflossenen zwei Jahre Revolution bürgen die Entwicklung der Verhältnisse und die Entwicklung des Denkens und Handelns des revolutionären Proletariats dafür, daß es dennoch die Revolution retten, Träger der geschichtlichen Fortentwicklung sein wird. Der fortschreitende Zersetzungsprozeß führt eine immer größere Vertiefung der Klassengegensätze herbei. Das zurückbleibende Arbeitseinkommen und die wachsende Teuerung, die steuerliche Auswucherung des arbeitenden Volkes und die Steuerentziehung der Besitzenden, die sich fortsetzende Zerrüttung der staatlichen Finanzwirtschaft, das wachsende Arbeitslosenheer, die immer unerträglicher werdende Wohnungsnot; die Vermehrung der Sterblichkeit, besonders die der Kinder usw. usw., das alles trägt zur Revolutionierung der Massen in einer Weise bei, wie es die besten „Hetzreden" nicht vermöchten! Und uns dünkt, daß die äußerst intensive Rüstungstätigkeit der Gegenrevolution besonders als Ausdruck dessen zu bewerten ist, daß sich die führende Bourgeoisie viel klarer über die unausbleiblichen Konsequenzen dieser Erscheinungen und den Gang der Dinge ist, sich keinen Täuschungen hingibt und sich ohne Illusion und Sentimentalität auf die Bedingungen einstellt, von denen allein sie noch glaubt die großen Auseinandersetzungen in ihrem Klasseninteresse entscheiden zu können.

Hilflos nur stehen den geschichtlichen Verhältnissen der Gegenwart die Verräter, die Unentschlossenen, die Reformisten, Opportunisten und Pazifisten gegenüber, mit ihrem Schema für die geschichtliche Entwicklung in den Händen, von dem ihr Glaube an den Sozialismus abhängig war, und mit dem sie nun nichts mehr anzufangen wissen. Den Kapitalismus als Vorbedingung des Sozialismus zu restaurieren, offenbart sich immer schärfer als ein unmögliches Beginnen, und aus dieser Situation ist die neue „Sozialisierungs"-Aktion eingeleitet. Man hofft damit in verschiedener Beziehung aus der Klemme zu kommen! Einmal glaubt man, das „noch nicht reife" Proletariat einseifen und den revolutionären Willen der Proletariermassen legalisieren zu können, und dann hegt man auch die Hoffnung, durch Übertragung des Ausbeutungsrechts von Privatkapitalisten auf den Staat die scharfen Widersprüche zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung zu mildern, das Proletariat zu täuschen, die „Arbeitsfreudigkeit" zu heben, um die Produktion zu steigern; um auf diesem Umwege dennoch Recht behalten zu können, der geschichtlichen Entwicklung ein Schnippchen zu schlagen und so das Ideal, durch Demokratie und Reform zum Sozialismus zu kommen, zu verwirklichen. Es wäre schön, wenn es so ginge! Aber Herr **Stinnes** arbeitet mit — sogar mit **eigenen** „Vorschlägen" — an dieser „Sozialisierung"! Selbst der „unreifste" Arbeiter weiß heute schon, welcher Betrug da zusammengebraut wird! Für alle Fälle aber hat Herr Stinnes die **Escherich, Bischoff, Lüttwitz, Roßbach, Pfeffer** usw. usw. in **Bereitschaft**, um im gegebenen Falle seinen Klasseninteressen Geltung zu verschaffen.

Eine Revolution läßt sich eben nicht mit Kompromissen eskamotieren! Wenn eine alte gesellschaftliche Ordnung abgewirtschaftet hat, so ist es lediglich eine Verlängerung der verwirrten und zerrütteten Verhältnisse, die ein Umwälzungsprozeß im Gefolge hat, wenn solche Kompromißversuche unternommen werden. Und die Berufung darauf, daß die Kriegsfolgen dazu zwingen, und zwar von Marxisten und vielen die sich so nennen, ist eine sehr bequeme Argumentation, die aber die offenbar gewordene Tatsache nicht aus der Welt schafft, daß **überhaupt nur noch durch den Sozialismus die Kriegsfolgen überwunden werden**. Auch ein gewisser Karl Marx hat einen Krieg nicht gewissermaßen als außerhalb der Geschichte sich abspielend betrachtet, während dessen Stattfindens die gesellschaftliche Entwicklung ruht — wohl auch für Burgfrieden kein Verständnis hatte — und dort wieder anknüpft, wo sie vom Krieg unterbrochen wurde; vielmehr hat er den **Krieg** immer als **revolutionären Faktor** gewertet. Dasselbe gilt auch für den Weltkrieg. Trotz des „Burgfriedens" ist die Kriegszeit kein luftleerer Raum in der gesellschaftlichen Entwicklung geblieben. Sind auch die stofflichen Voraussetzungen sozialistischen Gemeinschaftslebens, der Güterreichtum vernichtet, so nicht die ökonomisch-gesellschaftlichen, die konzentrierten und zentralisierten Produktionsmittel; der gesellschaftliche Charakter der Arbeit. Ganz im Gegenteil! Der **Krieg hat gerade diese Vorbedingungen ganz außerordentlich gefördert** und damit allerdings auch zugleich die Unmöglichkeit der kapitalistischen Ordnung mit ihrer Vermehrung und Konzentrierung des Reichtums der herrschenden Klassen trotz der alle Begriffe übersteigenden Gütervernichtung offenbart. Die Aufgabe des Proletariats als des Trägers der neuen Ordnung kann es darum niemals sein, das alte zusammengebrochene System erst zu restaurieren als Vorbedingung des Sozialismus, sondern **indem es die stofflichen Voraussetzungen sozialistischen Gemeinschaftslebens** — die Erneuerung und Vermehrung der durch den Krieg vernichteten Güter — **schafft, muß es zugleich auch die ökonomisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen, die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit verwirklichen**, wozu natürlich die erste **Voraussetzung die politische Macht in den Händen der Arbeiter, die Diktatur des Proletariats** ist.

II.

Alle, die vor dieser Konsequenz erschrecken, die mit ihrer sozialpazifistischen Ideologie nicht über die harten Tatsachen des Machtkampfes hinwegkommen können und die Hoffnung hegen und nähren, trotz aller Wirklichkeit, die ihnen von der Bourgeoisie demonstriert wird, daran vorbeikommen zu können, suchen ihre Rettung darin, daß sie das Proletariat für noch nicht reif zur Diktatur erklären. Hätte diese Auffassung Berechtigung, so läge hier ein geschichtlicher Widerspruch vor, an dem die Menschheit zugrunde gehen müßte: Die Zersetzung der kapitalistischen Ordnung hat ein Stadium erreicht, dessen einzige Alternative nur noch der Sozialismus — nicht „Sozialisierung" — ist. — Das Proletariat ist noch nicht reif, die Geschichte muß haltmachen, bis diese „Reife" erreicht ist. — Merkwürdige Geschichtsauffassung!

Eine große Rolle hat diese Argumentation auch in der Debatte um die Internationale gespielt. Große Massen des Proletariats hätten die Notwendigkeit der Beseitigung des Kapitalismus noch nicht erkannt, die Ideen des Sozialismus noch nicht begriffen und darum sei ein Machtkampf zur Niederlage verurteilt. Damit lassen sich immer bequem alle Halbheiten und opportunistischen Seitenwege begründen. Besonders wird damit gegen die Anhänger der kommunistischen Internationale operiert, verbunden mit den bekannten lächerlichen Behauptungen, daß das deutsche Proletariat von Moskau aus zu Aktionen „kommandiert" werden solle, wozu die Vorbedingungen, besonders die ideologischen Vorbedingungen noch fehlen. Natürlich haben diese Gedankengänge innere Gemeinschaft mit denen, die die Diktatur des Proletariats verwirklichen wollen, wenn sich die Gesamtheit des Proletariats mit ihr einverstanden erklärt. In allen diesen Auffassungen kommt der so lähmende und schon vieles verschuldete Fatalismus zum Ausdruck, mit dem in Halle endlich gebrochen wurde und der letztenendes nichts anderes wäre, als die Bankrotterklärung des Proletariats vor den durch die Revolution gestellten Aufgaben.

Welches Maß von „Reife" das Proletariat erreicht haben muß, um von den Auswegsuchenden für fähig für seine Aufgaben befunden zu werden, in welchen Formen der als notwendig erachtete Reifegrad sich darstellt, durch welche Voraussetzungen der imaginäre Reifegrad erzielt werden soll, — über alle diese Dinge ist allerdings noch herzlich wenig gesagt worden: Großen Massen fehlt noch die sozialistische Erkenntnis und die meisten, die sie besitzen, können noch keine Bilanzen lesen, kennen noch nicht den Mechanismus der ganzen kapitalistischen Produktions- und Gesellschaftsmaschinerie, den Verwaltungsapparat und das diffizile Austausch- und Verwaltungswesen usw.! — Ist es überhaupt unter der Herrschaft der Bourgeoisie jemals möglich, diese Voraussetzungen in solchem Grade zu schaffen, wie sie nach bürgerlicher Denkweise erforderlich sind? Solange die Bourgeoisie die Macht besitzt, wird sie alles tun — und sie hat ja nicht nur die Macht, sie hat auch alle Institutionen dazu in der Hand und sogar ihre bewußten und unbewußten Helfershelfer in den Reihen des Proletariats selbst —, um die „ideologische und intellektuelle Unreife" des Proletariats aufrechtzuerhalten, in der Hoffnung seine Klassenherrschaft vor dem Proletariat zu schützen!

Die ganze Argumentation geht eben von der falschen Voraussetzung aus, als wenn mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat die Revolution zu Ende und der Sozialismus etabliert sei. — Die Art der Kritik der „sozialistischen" Antibolschewisten an Rußland ist das beste Zeugnis für diese Behauptung. — In Wirklichkeit ist die Machteroberung nur der Kulminationspunkt der Revolution, von dem aus die positive Hälfte beginnt, d. h. der Aufbau der neuen Gesellschaftsform, deren Elemente durch die Revolution „in Freiheit gesetzt" wurden, und zwar nicht nur materiell, sondern auch geistig, indem der Bourgeoisie nicht nur die Produktionsmittel, sondern alle Möglichkeiten und Institutionen genommen werden, mit denen sie die Menschen mit der bürgerlichen Ideologie vergiftet, — und der ganze Volkserziehungsapparat vom Kinderheim bis zur Presse in den Dienst der neuen Ordnung gestellt wird, um diese auch geistig zu fundieren. Nicht nur zur Eroberung der Produktionsmittel, sondern auch zur Eroberung der Geister ist die Diktatur notwendig, und wer sie will, der muß sie eben mit allen Konsequenzen wollen, sonst allerdings wird sie zur unfehlbaren Niederlage führen. Wie in ökonomischer, so ist auch in ideologischer Beziehung die Aufgabe des Proletariats eine ungleich schwierigere als die Aufgabe revolutionärer Klassen in früheren Epochen, und jede illusionäre Vorstellung kann ihm zum Verhängnis werden. Das Gerede von der Unreife des Proletariats entspringt der lächerlichen Vorstellung, daß der Sozialismus erst möglich sei, wenn alle Arbeiter fix und fertig gedrechselte Kommunisten im Sinne der Menschen der kommunistischen Gesellschaft sind.

Wer Marx nicht nur im Munde führt, sondern wirklich marxistisch-dialektisch denkt, der weiß nicht nur, daß solche Kommunisten erst das Produkt der kommunistischen Gesellschaftsordnung sein können, sondern der begreift auch, daß die jetzige „ideologische und intellektuelle Unreife", wenn man von solcher reden will, historisch bedingt ist; tatsächlich es also eine Phrase ist, davon zu reden. Die ideologische Verfassung des Proletariats entspricht im Kern den Klassen- und Machtverhältnissen. Das Proletariat mag noch Jahrzehnte „Erziehungsarbeit" verrichten, es wird, wenn es nicht unterdessen — was ihm im Angesicht des gegebenen ökonomischen und gesellschaftlichen Auflösungsprozesses droht — degenerieren, verkommen und versklaven würde, eine ge-

schichtlich gegebene ideologische Reife besitzen, die gewissen Leuten immer als Unreife erscheinen wird, die es erst überwinden kann, in dem es selbst die gegebenen Machtverhältnisse überwindet.

Erinnern wir uns daran, was Marx im „Kapital" schreibt:

> „Mit der zunehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwälzungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Druckes, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, **aber auch die Empörung** der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst **geschulten, vereinten und organisierten** Arbeiterklasse."

Hat nun die kapitalistische Ordnung, oder besser Unordnung, einen Grad erreicht, wo ihre Beseitigung eine Lebensnotwendigkeit für die Existenz der Menschheit überhaupt ist, dann muß man als Marxist die Zuversicht haben, daß das Proletariat seine geschichtliche Aufgabe zu erfüllen imstande ist; daß es die geschichtliche Reife als logische Konsequenz der gesellschaftlichen Verhältnisse dazu besitzt, und daß es nur notwendig ist, daß die berufenen Organe des Proletariats ihm nicht das Gegenteil einreden, wie es nun tatsächlich von allen, die den Kampf scheuen, von den bewußten und unbewußten Agenten des Kapitals geschieht und dadurch nur große Arbeiterschichten an ihrer Kraft und ihrer Möglichkeit zweifeln machen, dadurch nur Zersplitterung in ihre Reihen tragen und große Schichten in ihrem Willen lähmen und hemmen, d. h. in Wirklichkeit die Entwicklung der Ideologie hindern und so die Aktionskraft des gesamten Proletariats lähmen.

Die erste und wichtigste Voraussetzung für den revolutionären Machtkampf ist der Wille, in den weitesten Schichten des Proletariats gegen das Elend und den Druck, unter denen sie leiden, anzukämpfen. Dieser Wille ist vorhanden, selbst bis in die weitesten Schichten der noch vollständig im Banne der bürgerlichen Ideologie stehenden Arbeiterkreise, wie der christlichen. Der Sozialisierungsrummel zur „Beruhigung" der Arbeiterschaft ist nichts anderes als die Anerkennung des Vorhandenseins dieses Willens. Um aber den revolutionären Machtkampf zu führen, muß dieser Wille zum Handeln zur Initiative formiert werden, um ihn als aktiven Faktor einzusetzen. Das ist die Aufgabe der Partei, und zwar einer Partei, die in allen ihren Gliedern vollständig klar, frei von allen Illusionen, durchglüht von eisernem Willen und fester Entschlossenheit; die fortgeschrittensten, intelligentesten und entschlossensten Proletarier umfaßt; die aber auch zugleich in der heutigen Zeit des Gärungs- und Umwälzungsprozesses als Sauerteig alle Proletarierschichten, vor allem aber die proletarischen Organisationen durchdringen muß, in denen der Geist der lähmenden Inaktivität gepflegt wird. Die Partei muß als Vortrupp und Führer einer gesammelten und geschlossenen Proletariermasse, die von klarer Erkenntnis der unausweichlichen Dinge und dem Geist zu kühner Aktivität getragen ist, im Kampfe um die Macht wegweisend vorangehen. So haben schon Marx und Engels sich den Gang der Dinge vorgestellt, als sie das „Kommunistische Manifest" schrieben. Und aus ihren Erfahrungen und ihrer Erkenntnis der geschichtlichen Entwicklung heraus aben sie sich auch über die Notwendigkeiten und Möglichkeiten für den Umwälzungsprozeß geäußert. Und zwar selbstverständlich auch in dem Sinne, daß dieser nicht stillsteht in dem Stadium, wo er auf des Messers Schneide balanciert, bis die Menschen der neuen Gesellschaft geformt, bis sie „reif" sind, sondern daß die Proletarier alle Fähigkeiten und ideologischen Erfordernisse, deren sie für die sich entwickelnde Gesellschaftsordnung bedürfen, in dem Umwälzungs- und revolutionären Entwicklungsprozeß entwickeln. So schreibt Marx im „Bürgerkrieg":

> „Die Arbeiterklasse weiß, daß, um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigene ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoße der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben."

Und zur Ergänzung sei auch an das bekannte Wort erinnert, für das die verflossenen zwei Jahre wieder die volle Bestätigung gebracht haben, daß die Menschen in revolutionären Epochen in ihren ideologischen Auffassungen und ihrer geistigen Entwicklung in kurzer Frist Jahrzehnte der ruhigen Entwicklung durchschreiten, also nachholen, was durch die trägere Umwälzung des gesellschaftlichen Überbaues, hinter der

schnelleren Entwicklung der Produktionsverhältnisse zurückgeblieben ist. Und dieses Nachholen kann gehemmt und gefördert werden! Wenn alle, die davon reden, daß der Sozialismus die einzige Rettung aus den heutigen Zuständen ist, auch den Mut haben mit kühner Initiative als wirkliche **Führer** und nicht als Bremsklötze der Arbeiterbewegung zu dienen, dann brauchte man nicht über „Unreife" zu lamentieren! Der „Nachhole"prozeß kann so gehemmt werden, daß er zum Verhängnis werden kann, wie uns die Erscheinungen in der Arbeiterbewegung heute lehren.

„Die Menschheit stellt sich immer nur Aufgaben, die sie lösen kann", mit diesem Satz aus dem berühmten Vorwort zur „Kritik der politischen Ökonomie", suchten, besonders während der großen Debatte über die Internationale, die Opportunisten und Reformdiktatoren ihre Impotenz und Inaktivität zu verteidigen. Marx hat sich jedenfalls nicht träumen lassen, daß einmal seine Darlegungen über seine Methoden der Geschichtsbetrachtung im Stadium der sozialen Revolution derart mißbraucht würden von Leuten, die sich mit seinem Namen zieren. Die Menschheit braucht sich heute keine „Aufgaben" zu stellen; sie sind ihr gestellt durch die Tatsache der Revolution, und die Menschheit wird die durch sie gestellten Aufgaben lösen **müssen** durch **Erfüllung** der geschichtlichen Notwendigkeit, durch den Sozialismus, und nicht durch Umgehung, wie „Sozialisierung" und ähnlichem Hokuspokus, **wenn sie nicht untergehen will!**

Die Agrarfrage und die proletarische Revolution in Ungarn.

Von **Béla Szántó.**

Die ungarische Landwirtschaft machte in den letzten 15 Jahren bedeutende Fortschritte. Ein beträchtlicher Teil der Latifundien, Kirchengüter und Großbesitzungen — die die größere Hälfte des bearbeiteten Bodens bildeten — wurde entweder an jüdische Pächter verpachtet oder gelangte in die Hände von Großbanken. So wurden sie anstatt der bisherigen extensiven Betriebsweise allmählich intensiv bewirtschaftet. Der Großgrundbesitz in Ungarn ist mit dem in Rußland kaum zu vergleichen. Er ist im allgemeinen nicht nur dem Umfange entsprechend, sondern auch der Betriebsweise nach — ein kapitalistischer Großbetrieb.

Im heutigen, mit etwa 8 Millionen Menschen bewohnten Ungarn bildet die industrielle Arbeiterschaft eine breitere Schicht als im alten Ungarn. Aber auch das Verhältnis der landwirtschaftlichen proletarischen und halbproletarischen Elemente ist günstiger geworden. Das Industrie- und Landproletariat und die kleinen Bauern bilden gegenüber der städtischen Bourgeoisie, den Großagrariern und mittleren Bauern die größere Hälfte der Gesamtbevölkerung. Obwohl während der proletarischen Diktatur die gegenwärtigen Grenzen Ungarns bereits bestanden, fehlten zur Durchführung einer revolutionären, kommunistischen Agrarpolitik mancherlei Vorbedingungen.

Das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit des industriellen und des landwirtschaftlichen Proletariats konnte in der ungarischen Arbeiterbewegung nie zum Durchbruch kommen. Die landwirtschaftlichen proletarischen und halbproletarischen Elemente waren unorganisiert, die sozialdemokratische Partei verfügte über kein Agrarprogramm und war über die Wichtigkeit und Lösung dieses Problems in völliger Unklarheit. Nicht nur die Herausarbeitung der Klassengegensätze auf dem Dorfe versäumte sie, sie bemerkte diese Gegensätze nicht einmal. Und nur so konnte es geschehen, daß sich die in den ersten Wochen der bürgerlichen Republik an Mitgliederzahl großgewordene Organisation der Landarbeiter mit der Organisation der Kleinwirte vereinigte. Die kommunistische Partei konnte vor ihrer Machtergreifung die industrielle Arbeiterschaft leicht für sich gewinnen; die Agitation unter den proletarischen und halbproletarischen Landelementen stieß jedoch am

Anfang auf solch mannigfache Hindernisse, daß es ihr nicht möglich war, die Verschmelzung der Organisation der Landarbeiter mit der der kleinen Landwirte zu verhindern. Die Landarbeiter hatten bisher für Hungerlöhne gearbeitet. Sie besaßen keine Organisationsfreiheit und fristeten ihr Leben wie Sklaven mit Brot und Wasser. Die Sozialdemokratische Partei hatte es versäumt, das durch Gendarmeriebajonette jahrzehntelang voneinander abgeschlossene Industrie- und Landproletariat miteinander vertraut zu machen, so daß die Landarbeiter, die sich mit den Errungenschaften ihrer Organisation in bezug auf Löhne und Arbeitszeit zufriedengaben, der kommunistischen Agitation zuerst sehr ablehnend gegenüberstanden. Die prinzipielle Erklärung der Kommunistischen Partei über die Agrarfrage konnte daher im Dorfe nur ein geringes Echo auslösen. Erst in den letzten Wochen der bürgerlichen Republik, als sich die Gegenrevolution zu organisieren begann und die Grundbesitzer sowohl den Lohnforderungen der Landarbeiter wie auch der Befriedigung des bodenhungrigen Bauerntums sich zu widersetzen begannen, wurde der Boden auch auf dem Dorfe für den Kommunismus reif. Eine revolutionäre Welle streifte durch das Land und die Landproletarier gingen zur Enteignung des Bodens über. Die Regierung stand ohnmächtig dieser Bewegung gegenüber. — Sie durfte ihre Heldentaten aus den ersten Tagen des Bestehens der Republik jetzt nicht wiederholen. Als nämlich am Ende des Krieges die Monarchie zusammenbrach, fing das bodenhungrige Bauerntum zu revoltieren an: ging gegen den Pfarrer und den Dorfnotar, gegen den jüdischen Pächter und Großgrundbesitzer. Eine blutige Bauernrevolution war in Entwicklung begriffen. Damals entschloß sich die republikanische Koalitionsregierung, dieser Aufstände Herr zu werden. Die Sozialdemokratische Partei — als Regierungspartei — war um die Ordnung der neuen demokratischen Republik beängstigt und durch bewaffnete industrielle Arbeiter erstickte sie die beginnende Bauernrevolution im Keime. Die Kluft zwischen Stadt und Dorf wurde so vergrößert, das Bauerntum fühlte sich durch das städtische Proletariat unterdrückt. —

Nicht nur das industrielle Proletariat war für diese Henkerarbeit jetzt nicht mehr zu haben, sondern die ganze Bewegung zeigte einen anderen Charakter als in den ersten Novembertagen. Hatten damals nur die bodenhungrigen Bauern revoltiert, so revoltierte jetzt auch das Landproletariat, das nicht die Aufteilung, sondern die revolutionäre Enteignung des Bodens anstrebte. Die Regierung versuchte das Feuer zu löschen und griff zu einer mäßigen Bodenaufteilung, wobei sie jedoch auf unerwartete Hindernisse stieß: auf vielen Großgrundbesitzungen leisteten die Landarbeiter energischen Widerstand, so z. B. im Komitat Somogy verhinderten sie mit Sensen, Hacken und Waffen aller Art der landhungrigen Bauernschaft gegenüber die Zerstückelung des Bodens. Die Klassengegensätze auf dem Dorfe spitzten sich immer mehr zu, auf den Großgrundbesitzungen schlugen sie die Linie der revolutionären Lösung ein, doch die reiche Bauernschaft blieb von dieser revolutionären Welle völlig verschont. Die landhungrigen Bauern bestürmten nur den Großgrundbesitz und anstatt der Zuspitzung der Gegensätze zwischen diesen landarmen und den reichen Bauern wurde der Kampf zwischen ersteren und Landproletariat ausgetragen. So war die Situation, als die Entente ihre berühmt gewordene Note durch den Oberstleutnant Vyx überreichen ließ, die die weitere Verstümmelung des Landes bezweckte. Da die Bourgeoisie auf die Macht verzichtete, gelangte sie in die Hände des Proletariats. Die landarmen Bauern erinnerten sich indes noch lebhaft der blutigen Unterdrückung ihrer revolutionären Bewegung vor einigen Monaten durch die von Sozialdemokraten geführte Regierung, und so fühlten sie sich vor der Proletarierdiktatur eingeschüchtert und zogen sich erbittert vom Kampffelde zurück.

Die Proletarierdiktatur befriedigte zwar die landwirtschaftlichen proletarischen und halbproletarischen Elemente, jedoch nicht das bodenhungrige Bauerntum. Dagegen blieben die reichen Bauern völlig verschont. Die Kaders für die Gegenrevolution während der Rätediktatur waren daher gegeben: die reiche und die

nach Land durstende Bauernschaft eilte vereint unter die Fahne der Gegenrevolution. Nur die proletarischen und halbproletarischen Schichten blieben der Konterrevolution unzugänglich, sie hielten treu zur Diktatur des Proletariats, und boten jene grenzenlose revolutionäre Opferwilligkeit auf. Was ihnen an revolutionärer Vorschulung fehlte, hat nach dem Sturze der Rätediktatur der weiße Terror der Bourgeoisie ersetzt.

Die gegenrevolutionäre Wühlarbeit der Sozialdemokratie während der Räteherrschaft konnte bei dem Landproletariat nicht jenen Erfolg aufweisen wie bei der industriellen Arbeiterschaft. Die Landproletarier waren nicht ohne weiteres gewillt, auf die Macht zu verzichten und in das Sklaventum zurückzukehren, sondern versuchten vielerorts Widerstand zu leisten. Sie weigerten sich, den enteigneten Boden den alten Grundherren zurückzugeben und konnten sich in die neugeschaffene Situation nicht hineinfinden. Der Unterschied zwischen proletarischer und bourgeoiser Diktatur wurde ihnen erst dann anschaulich, als der weiße Terror seine Henkersarbeit nicht nur bei den industriellen, sondern auch bei den landwirtschaftlichen Arbeitern zu verrichten begann. Nicht nur das alte Dienstverhältnis wurde wieder ins Leben gerufen, nicht nur waren sie gezwungen die verschärfte und tobende Tyrannei der wiedereingesetzten Güterbeamten zu erdulden, sondern sie wurden auch massenweise gehenkt — die Gefängnisse und Internierungslager sind heute noch mit Landproletariern gefüllt.

Und der bodenhungrige Bauer steht auch heute noch da, wie am Kriegsende: er will mehr Land, um besser leben zu können. Jedoch ist er an Erfahrung reicher geworden. Zwischen dem besitzenden und armen Bauerntum hat sich inzwischen eine scharfe Scheidelinie herausgebildet. Der weiße Terror stützt sich auf die reichen Bauern, und die Vieh- und Getreiderequirierungen, Steuern usw. treffen nur den kleinen nichts Besitzenden. Die Gegensätze verschärfen sich mehr und mehr. Nicht nur das industrielle und das Landproletariat ist heute für die Rätediktatur, sondern auch das arme Bauerntum. Die zweite Rätediktatur in Ungarn wird nicht durch die Abdankung der Bourgeoisie errichtet werden, sondern durch schwere, blutige Kämpfe wird sie erkämpft werden müssen! Zum Kampffelde dieser proletarischen Revolution wird jetzt das Dorf werden. Der Kampf wird nicht zwischen Landproletariat und bodenhungrigem Bauerntum ausgefochten, sondern ihre vereinten Kräfte werden die Großgrundbesitzer und reichen Bauern zerschmettern!



Trustbildung, Staatsbankerott und Arbeitslosenproblem.

Von Bernhard Düwell.

Der deutsche Wirtschaftsorganismus steht nicht nur seit dem Beginn des Weltkrieges in einer Produktionskrise, die sich bis heute fortdauernd verschärft hat, sondern zugleich auch im Zeichen einer gewaltigen Umbildung überhaupt. Er ist mit Riesenschritten auf den Weg der Vertrustung gedrängt worden, einer Konzentration von Kapital und Betrieben in der Verfügungsgewalt verhältnismäßig weniger Großkonzerne. Stinnes, Krupp, Funke, Stumm und Klöckner sind hauptsächlich die Träger dieser Bewegung auf dem Gebiete der Industrie, während in die Beherrschung des Geld- und Kreditmarktes sich einige wenige Berliner Großbanken teilen.

Für das Proletariat ist zunächst am wichtigsten der Konzentrationsprozeß in der Industrie, zumal deren Montanzweigs. So begrüßenswert und vorteilhaft er vom Standpunkt der wirtschaftlichen Ökonomie gesehen ist, so schwere Gefahren

birgt er in sich für die proletarische Interessensphäre. Wir wissen als Marxisten, daß der sich jetzt anbahnende Vertrustungsprozeß ein objektiver Vorgang der kapitalistischen Entwicklung ist und als solcher unaufhaltsam und notwendig im Interesse der Revolutionierung der Welt. Dennoch haben wir zunächst keinen Anlaß, Jubelhymnen zu singen, weil sich wieder einmal praktisch die Genialität des Marxschen theoretischen Aufbaues bewiesen hat. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Betriebs- und Kapitalskonzentration sich auf dem Boden des kapitalistischen Klassenstaates vollzieht und innerhalb seines Rechtsrahmens, was bedeutet, daß zunächst und allein die arbeitenden Schichten der Bevölkerung die Kosten zu tragen haben.

Die Basis der deutschen industriellen Produktion ist durch den Raubbau während des Krieges und durch die Folgen des Friedensvertrages von Versailles außerordentlich verengt worden. Wichtige Rohstoffquellen gingen verloren, so fast die ganzen Eisenerzgebiete, große Teile des Kalibergbaues, breite landwirtschaftliche Gegenden, der gesamte Verkehrsapparat zur See usw. Dazu kommt noch die Verengerung der Rohstoffbasis im Auslande, hervorgerufen zum Teil durch die allgemeine Produktionskrise als Folge des Krieges, zum Teil durch den Zusammenbruch der deutschen Mark, die die Ausschöpfung der vorhandenen Möglichkeiten nur in sehr engen Grenzen zuläßt. Alle diese Umstände bedeuten aber zusammengenommen eine solche Verengerung der Produktionsmöglichkeiten der deutschen Industrie, daß sie den ausgedehnten und vielfältig verzweigten und zersplitterten Produktionsapparat der Vorkriegszeit nicht mehr rentabel beschäftigen und aufrechterhalten kann. Das läßt sein Zweck, der kapitalistische Profit, nicht zu.

Aus dieser Situation heraus geboren nun ward der Zwang zu dem Umbildungsprozeß, den wir jetzt erleben. Die kapitalkräftigen Großbetriebe der Montanindustrie arbeiten systematisch darauf hin, den Nutzeffekt ihrer Anlagen auf Grund der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten zu erhöhen, d. h. also, trotz der verringerten Produktion die alten Profite herauszuwirtschaften. Das setzt voraus ihre technische Ausgestaltung bis zur Grenze des wissenschaftlichen Fortschrittes auf dem Gebiete der Technik, Beseitigung jeder Konkurrenz durch Aufkauf, Vereinigung der Produktion vom Rohstoff bis zur letzten fertigen Ware innerhalb der eigenen Interessensphäre, Stillegung ganzer Industrien, deren Profitrate nicht mehr den jeweils üblichen Durchschnitt erreicht: Vertrustung!

Daß die Arbeiterschaft die Leidtragende dabei sein muß, liegt auf der Hand! Sie durchlebt jetzt Zeiten gleich denen vor einem Jahrhundert, als die Maschine die Arbeit revolutionierte und mit einem Schlage gewaltige Scharen von Handarbeitern überflüssig machte. Auch heute werden durch den geschilderten Konzentrationsprozeß gewaltige Arbeitermassen als überflüssig vollständig aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet und dauernder Arbeitslosigkeit überantwortet.

Und diese Entwicklung steht erst in den, wennschon freilich weit vorgeschrittenen Anfängen. Das heißt aber mit anderen Worten: innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist das Problem der Arbeitslosigkeit völlig unlösbar geworden. Alle reformistischen Aktionen zu ihrer Milderung müssen deshalb erfolglos bleiben, weil sich ihre objektiven Ursachen, deren wichtigste heute die Vertrustung der deutschen Wirtschaft ist, auf keine Weise aus der Welt schaffen lassen. Wenigstens nicht mit den Möglichkeiten, die die kapitalistische Wirtschafts- und Rechtsordnung bietet. Von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr wird deshalb im Verlaufe der Stinnesierung unserer Wirtschaft die Arbeitslosigkeit an Umfang zunehmen, ohne daß irgendeine Hilfe dagegen möglich wäre.

Auch in diesen Zusammenhängen betrachtet, ergibt sich also, daß eine Lösung des Arbeitslosenproblems nur auf revolutionärem Wege gefunden werden kann. Der Kapitalismus ist ihrer nicht mehr fähig, weil er nicht gegen die Gesetze seiner Entwicklung verstoßen kann. Um so weniger, als auch noch aus anderem Grunde

für ihn die Konzentration von Kapital und Betrieb notwendig ist: er braucht, um seinen Zusammenbruch zu verhüten, einen Schutz gegen den drohenden Staatsbankerott. Bekanntlich wird heute von niemandem mehr bestritten, daß wir mitten im Staatsbankerott stehen. So wies erst kürzlich noch in der Deutschnationalen „Deutsche Zeitung", der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrats, Edler Freiherr von Braun, auf diese offenkundige Tatsache hin. Um aber seine natürlichen Folgen automatisch auszulösen, fehlt noch seine offizielle Erklärung, zu der es bisher aus mancherlei Gründen, die in diesem Zusammenhange nicht erörtert werden können, noch nicht gekommen ist. Aber eines Tages wird sich auch das nicht mehr vermeiden lassen: und für diesen Zeitpunkt rüsten die Stinnes und Konsorten. Sie stoßen bei der Expansion ihrer Betriebe sämtliche überflüssigen Betriebsmittel, sämtliche der Öffentlichkeit durch Hamsterung verborgenen und nicht ausgezahlten Dividenden ab, indem sie sie in realen Werten, in Fabriken und Bergwerken, anlegen. Beim offiziellen Staatsbankerott haben sie also nur wirkliche Vermögensobjekte im Besitz, die von seinen Konsequenzen: Wertloswerden der gesamten staatlichen Anleihen und des Geldes, völlig unberührt bleiben. Die Betroffenen sind dann wiederum nur die wirtschaftlich Schwachen auf allen Gebieten, außer den breiten Massen der Bevölkerung auch die kleinen und mittleren Betriebe, die deshalb um so leichter eine Beute der Trustmagnaten werden!

Auf jeden Fall: dem Proletariat drohen neue, schwere Gefahren von bisher nicht gekanntem Ausmaße. Ihre volle, schwere Bürde wird es zu tragen haben, wenn es nicht mit allen Kräften und Mitteln an seiner eigenen Revolutionierung arbeitet und damit die Diktatur des Proletariats vorbereitet, die allein ihm die Möglichkeiten gibt, den jetzigen Umbildungsprozeß in der deutschen Wirtschaft zu seinem Vorteil und damit dem der Allgemeinheit auszugestalten!

Kommunistische Kommunalpolitik.

Von Max Sievers.

Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands, die in diesen Tagen offiziell aus der Taufe gehoben wird, geht hinein in den Kampf um ihre Ziele mit einem Programm, das die zum Ziele führenden Wege klar und eindeutig weist. Es stellt nicht dar die Schöpfung irgendeines genialen Geistes, in ihm fehlt jedes Bestreben, himmelanstürmende Begeisterung durch eine in ergreifenden Tönen gehaltene Fanfare zu erwecken, es ist und will nichts weiter sein als die sachliche, nüchterne Zusammenfassung aller der Erkenntnisse, die sich das bewußt um seine Befreiung kämpfende Proletariat errungen hat in einem zweijährigen bitteren Kampfe innerhalb einer revolutionären Epoche.

Die Kommunistische Partei ist nichts weiter als das Produkt dieser Kämpfe, und ihr Programm kann nichts weiter sein als das Ergebnis der in der Revolution erworbenen Erfahrungen und nichts weiter bezwecken, als diese Erfahrungen zu benutzen, um Niederlagen des Proletariats zu vermeiden. Es ist sowohl die Geburtsurkunde für eine vollkommen neue politische und geistige Einstellung der kämpfenden Arbeiterschaft für den Kampf um die soziale Revolution, als auch gleichzeitig der Totenschein für viele im Proletariat eingewurzelte Vorurteile und Illusionen.

Eines der vielen Gebiete des politischen Kampfes, auf denen ganz besonders eine andere Methode, als sie bisher geübt worden ist, Platz greifen muß, ist die Tätigkeit einer proletarischen Partei innerhalb der kommunalen Körperschaften. Gerade auf diesem Gebiete wird die neue Einstellung ganz erhebliche Widerstände vorfinden, weil gerade hier das Unkraut alter Vorurteile und Illusionen besonders üppig wuchert. Vor dem Kriege war im allgemeinen die praktische Tätigkeit der sozialistischen Partei innerhalb des Gemeindeparlaments nicht allzu schwierig. Das Dreiklassenwahlrecht und andere reaktionäre Schranken drückten willkürlich die numerische Stärke der sozialistischen Fraktionen herab; sie blieben kleine Minderheiten, und zwischen ihnen und den bürgerlichen Parteien bestand eine scharf gezogene Trennungslinie. Diese Umstände, in Verbindung mit der gegebenen historischen Situation, bedingten, daß für die sozialistische

Fraktion im Gemeindeparlament der Vorkriegszeit die Taktik eingestellt war auf die agitatorische Wirkung nach außen.

Diese Taktik wurde schon während des Krieges fast überall durch den mit der Bourgeoisie abgeschlossenen Burgfrieden wesentlich geändert. Man koalierte sich mit den bürgerlichen Parteien, Sozialdemokraten wurden in leitende Magistratsämter gewählt, die Kommissionen konnten stärker denn bisher besetzt werden. Es braucht heute kaum noch betont zu werden, daß diese „Vorteile" erkauft wurden mit der Preisgabe sozialistischer Grundsätze, und daß nicht die Arbeiterschaft, sondern lediglich die Bourgeoisie den Nutzen davon hatte.

Vom Umsturz im November 1918 blieben die kommunalen Körperschaften fast gänzlich unberührt. Wohl werden sie einige Wochen hindurch von den Arbeiterräten in den Hintergrund gedrängt, doch gelang es ihnen sehr schnell sich dieser Bevormundung wieder zu entziehen, und sie konnten den alten Kurs dann um so leichter wieder einschlagen, als ihr Fundament unangetastet geblieben war. Reichs- und Landesparlamente hatte man auseinandergejagt, einige Dutzend Fürsten entthront, die Verfassung außer Kraft gesetzt, die Republik verkündet, aber die Städteordnung des Freiherrn von Stein aus dem Jahre 1808 hatte allen diesen Stürmen getrotzt und ist leben geblieben bis auf den heutigen Tag. Eines nur fiel: das Klassenwahlrecht, es wurde ersetzt durch das freie Wahlrecht für Männer und Frauen, das Paradestück der bürgerlichen Demokratie. Was mit ihm erreicht wurde, kann in einem Satze skizziert werden. Es schuf Hunderte von sozialistischen Mehrheiten, viele sozialistische Bürgermeister und Stadträte und beseitigte nirgends die Herrschaft der bürgerlichen Klasse, veränderte nirgends das Wesen der obrigkeitlichen Bureaukratie.

An diese Tatsache hat die kommende kommunistische Gemeindepolitik anzuknüpfen.

Sie hat rücksichtslos die Argumentation zu bekämpfen, daß der Sozialismus innerhalb der Gemeinde erst dann verwirklicht werden kann, wenn das Proletariat die politische Macht errungen hat und bis zu diesem Zeitpunkt man als Einzelgemeinde sich mit den gegebenen Tatsachen abfinden müsse. Natürlich ist die proletarische Macht Vorbedingung für die wirtschaftliche Umwälzung, aber man muß den Kampf um diese Macht auch in der Gemeinde, und gerade in der Gemeinde aufnehmen. Sich mit den gegebenen Tatsachen abfinden, heißt die Maßnahmen decken und fördern, die der kapitalistische Staat trifft, um seine Existenz zu verlängern.

Wie oft haben sozialistische Gemeindevertreter dem Gemeindeetat ihre Zustimmung gegeben, obwohl er alle Lasten auf die ärmere Bevölkerung abwälzte und sogar neue Lasten schuf. Wie oft Steuern bewilligt, die die Gemeinde erhob, in dem Glauben, wir hätten die Pflicht, den finanziellen Zusammenbruch der Gemeinde verhindern zu müssen. Diese Politik trägt aber keine andere Logik in sich als die, daß eine Partei, die auf dem Boden der Revolution zu stehen angibt, dem Staat die Mittel bewilligt, die er braucht, um sich vor dem Bankerott retten zu können. Eine revolutionäre Partei muß auch der Gemeinde alle Mittel verweigern, solange sie sich in der Minderheit befindet, und muß dort, wo sie über die Majorität verfügt, einen Etat aufstellen, der ganz einseitig die kapitalistische Bevölkerung belastet und die Lasten von den Schultern der ärmeren Bevölkerung nimmt. Sie wird diese Regelung nicht durchdrücken können, sie wird damit in Konflikt mit der Regierung geraten, sie wird erleben, daß die kapitalistischen Kreise der Gemeinde den Kredit sperren, sie selbst wird abgesetzt, die Gemeinde zwangsetatisiert werden. Doch darauf hinzuarbeiten ist die Pflicht einer revolutionären Partei. Die kapitalistische Regierung kann sich in einer Epoche, wie die, die wir durchleben, nur halten, wenn ihr der größte Teil ihrer Verantwortung von den Gemeinden abgenommen wird. Unser Bestreben muß aber sein, ihr alle Verantwortung aufzubürden, um sie unter deren Last zusammenbrechen zu lassen.

Derartige Kämpfe werden für den Aufklärungsprozeß in den Massen außerordentlich fördernde Wirkung haben. Es darf den Massen nicht gesagt werden, wir haben traurige Verhältnisse, doch sie sind im Augenblick nicht zu ändern, es muß ihnen vielmehr eingehämmert werden, daß für alle vorhandenen Umstände die Staatsmacht schuldig ist, um die Gegensätze zwischen der Staatsmacht und den proletarischen Massen zu verschärfen.

Es ist Pflicht einer revolutionären Partei, innerhalb der städtischen Körperschaften auch die sozialen Forderungen der im Dienste der Gemeinde befindlichen Arbeiter und Angestellten auf das wirksamste zu unterstützen. Hier darf nicht — wie bisher üblich — mit dem abgeschmackten Argument gespielt werden, diese Proletarierpflicht muß duldsam sein, da sie im Dienste der Allgemeinheit steht und ihre Forderungen nur die Allgemeinheit belasten würden. Es muß auch ihnen gesagt werden, daß sie Ausgebeutete des

kapitalistischen Systems sind und daher unbestreitbaren Anspruch darauf haben, um Verbesserung ihrer sozialen Lage zu kämpfen, gleichgültig, ob die Gemeinde die Mehrbelastung ertragen kann oder nicht. Pflicht unserer Partei ist es, diese Mehrbelastung auf die begüterten Schichten abzuwälzen, und die Widerstände, die ihr dabei erwachsen, dienen wiederum zur Aufklärung der Massen.

Ein besonderes Kapitel ist in der Jetztzeit für den Gemeindevertreter das Problem der Arbeitslosigkeit. Man quält sich oft damit ab, aus der mageren Gemeindekasse Notstandsarbeiten zu bestreiten, erzielt aber größtenteils nur die Wirkung, daß diese kleinen Palliativmittelchen wohl die Finanzkraft der Gemeinden erschöpfen, den Arbeitslosen nur recht wenig geholfen wird, dann setzt dem Drängen der Arbeitslosen gegenüber die Vertröstung ein, daß man alles getan habe, mehr aber beim besten Willen nicht möglich sei.

Es ist Pflicht unserer Vertreter im Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung, alles Material zu sammeln über die Ursachen der Arbeitslosigkeit, den Arbeitslosen diese Ursachen beizubringen, sie aufzufordern zum Kampf gegen Unternehmertum und Regierung, mit den Arbeitslosen konkrete Forderungen auszuarbeiten und sich selbst an die Spitze der Arbeitslosen zu stellen. Gerade wo wir im Magistrat die Mehrheit haben, haben wir als Gemeinde öffentlich der Regierung den Kampf anzusagen und in diesem Kampfe jedes Mittel anzuwenden. Wir haben der Öffentlichkeit Mitteilung zu geben von jedem, und erst recht von dem vertraulichen Schriftwechsel mit der Regierung, wenn sein Inhalt Aufklärung über ihre antiproletarischen Absichten schafft, haben der Öffentlichkeit alle Vorgänge zu unterbreiten, die uns amtlich zur Kenntnis kommen. Dasselbe gilt auch für die vertraulichen Besprechungen auf allen Gebieten, wenn sie sich für die Bestrebung der Massen eignen. Wir werden durch ein solches Verhalten Unsicherheit in die Regierungskreise hineintragen, werden durch diesen Kleinkrieg eine zersetzende Wirkung auf das bureaukratische System ausüben.

In den letzten zwei Jahren sind in vielen Gemeinden eine große Anzahl Kommunalisierungsprojekte in Angriff genommen und zum Teil verwirklicht worden. Über ihren Wert und Nutzen soll in einem zweiten Aufsatz näher eingegangen werden.

Vor dem Staatsbankerott.

Von D. Bernhard.

Die verzweifelten Versuche der deutschen Bourgeoisie, auf Kosten des Proletariats durch riesige Umsatz- und Verkehrssteuern, durch eine unerhörte Belastung des Einkommens bei gleichzeitiger weitestgehender steuerlicher Schonung der besitzenden Klassen, den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in Deutschland durchzuführen, erweisen sich als völlig fruchtlos: der Bankerott steht vor der Tür und ist durch kein Mittel finanzkapitalistischer Kunst mehr aufzuhalten. Das ist das Resümee einer Sitzung des Steuerausschusses des Reichstags, in der Reichsbankpräsident Havenstein das Bild der deutschen Finanzlage ganz im Gegensatz zu seinen Kriegsgepflogenheiten einmal in rücksichtsloser Offenheit entrollte. Insgesamt 101 Milliarden Mark Ausgaben, die der Haushaltsetat für 1920 vorsieht, stehen insgesamt 30,4 Milliarden Mark Einnahmen des Reiches gegenüber. Havenstein wies nach, daß selbst dieses ungeheuerliche Mißverhältnis zwischen Soll und Haben noch zu wenig erscheine, weil in den Etat die Kosten für die Besatzungstruppen der Entente mit nur 15 Milliarden Mark eingereiht sind, während sie nach seiner genauen Berechnung sich auf etwa 67 bis 79 Milliarden Mark belaufen werden. Das heißt also: einer Reichseinnahme von 30,4 Milliarden Mark würde für 1920 eine Ausgabe von 153 bis eventuell 165 Milliarden Mark gegenüberstehen.

Es steht im wesentlichen dem Reiche nur eine Möglichkeit zur Aufbringung dieser ungeheuren Summen zur Verfügung: nämlich die Beschleunigung des Ganges der Notenpresse. Natürlich käme dabei nichts weiter heraus als eine augenblickliche Erleichterung, die mit einer weiteren Inflation und damit Entwertung der deutschen Mark bezahlt

würde. Daß dies keine Rettung, sondern nur eine Verschlimmerung der deutschen Finanzverhältnisse bedeuten würde, liegt auf der Hand.

Unter dem Zwange dieser trostlosen Aussichten hatte die Regierung sich entschlossen, endlich an die beschleunigte Einziehung eines Teiles des Reichsnotopfers zu gehen, das seit Jahr und Tag zwar Gesetz ist, aber bisher nur auf dem Papier stand. Es sollte sofort ein solcher Betrag eingehoben werden, daß dem Reich etwa 10 Milliarden Mark zuflossen. Das wäre ein Tropfen auf den heißen Stein gewesen, der auf den Abbau der Inflation nicht die mindeste Wirkung ausüben konnte. Havenstein hat nunmehr vorgeschlagen, in Verbindung mit dem beschleunigten Notopfer eine Zwangsanleihe aufzulegen, durch welche kombinierten Maßnahmen er sofort einen Betrag von etwa 30 Milliarden flüssig machen zu können glaubt. Ganz abgesehen davon, daß eine Zwangsanleihe letzten Endes die Sabotierung des Reichsnotopfers bedeuten würde, könnte aber auch sie an der Tatsache, daß der Staatsbankerott unvermeidlich geworden, nichts mehr ändern. Selbst wenn es gelänge, den erhofften Betrag ohne Schädigung der kapitalistischen Betriebsmittel einzubekommen, also ohne Rückwirkungen auf die notwendige Kapitalsakkumulation, deren Beschneidung den Stillstand der privatwirtschaftlichen Entwicklung und damit die Lähmung und den Rückgang der kapitalistischen Produktion überhaupt bedeutete, könnte natürlich seine entlastende Wirkung nur leider vorübergehender Natur sein. Allein die etwa jetzt fälligen Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrag, die pro Jahr, abgesehen von den Besatzungskosten, sich auf 3 Milliarden Goldmark pro Jahr belaufen, verschlängen ein Mehrfaches des Ertrages der von Havenstein vorgeschlagenen Finanzoperation. Dazu kommt, daß sie ja die Wurzel des Übels, die Verminderung der deutschen Produktivkraft, gar nicht berührt, sondern lediglich die Symptome, nämlich die Inflation, abschwächen will.

Das sieht z. B. sehr klar auch die gewiß nicht bolschewistische „Kreuz-Zeitung" ein. Sie schreibt in ihrer Nr. 566 vom 2. Dezember:

> „.... Weiterhin wird man sich immer gegenwärtig halten müssen, daß der einen wie der anderen Maßnahme eine wirklich heilende Wirkung nicht zukommt. Sie verhindern die akute Gefahr, wie der Luftröhrenschnitt bei dem Kehlkopfkranken. Das eigentliche Leiden lassen sie unberührt. Dieses aber schreitet mit unheimlicher Präzision weiter, und muß uns vernichten, wenn unser Volk nicht endlich die Willenskraft findet, ihm mit durchgreifenden Mitteln zu Leibe zu gehen...."

Und dann spinnt sie den Faden in ihrer Nr. 567 wie folgt weiter:

> „.... Mag nun die Zwangsanleihe kommen oder nicht, eins steht unbedingt fest: der Staatsbankerott kommt unweigerlich, wenn nicht so schnell wie möglich die gründliche Revision des Friedensvertrages in Angriff genommen und durchgeführt wird....."

Die kapitalistischen Kreise sehen in diesen Nöten nur einen Ausweg, auf den sie wie hypnotisiert schauen und dessen sehr materielle Untergründe seine propagandistische Beharrlichkeit erklären: die Revision des Versailler Friedensvertrages. Zweifellos haben sie recht mit der Behauptung, er entziehe der deutschen Wirtschaft allmählich die Lebenskraft und mache sie sowohl nach innen wie nach außen leistungsunfähig. Das stimmt unter der Voraussetzung, daß sie zwei Herren dienen soll: einmal dem Ententekapitalismus und zum anderen dem Profitinteresse der deutschen Kapitalisten. Beide verlangen gleichviel von ihr. Unter diesen Bedingungen muß sie natürlich zusammenbrechen wie jeder Esel, der dauernd doppelte Lasten tragen soll.

Die Rechnung würde schon ganz erheblich anders aussehen, wenn die eine Bürde, die des deutschen Kapitalistenprofits, von ihr genommen würde, wenn sie also in den

Besitz der Allgemeinheit überginge und kommunistisch verwaltet würde. Diesen ersten Rettungsweg, der allein möglich, sehen natürlich die Kapitalisten nicht, vielmehr, sie wollen ihn nicht sehen, weil sein Beschreiten für sie das Leichenbegängnis wäre. So müssen sie die Dinge ihren Lauf nehmen lassen und alle ihre Hoffnung auf den siegreichen Revanchekrieg setzen.

Das deutsche Proletariat wäre in diesem Falle ebenso sehr der Leidtragende, wie es unter den jetzigen Verhältnissen gewesen ist. Den zunächst allein möglichen Rettungsweg kann es vorbereiten durch seine Revolutionierung, durch die Vorbereitung zur Diktatur, zur Ausschaltung des Unternehmerprofits und zum Ausbau der deutschen Wirtschaft nach Gesichtspunkten leichter produktiver Leistung und Bedürfnisbefriedigung. Was dann noch übrig bleibt, die Beseitigung des Versailler Vertrags, wird im wesentlichen die Aufgabe der Weltrevolution sein, die zu beschleunigen abermals das deutsche Proletariat durch das eigene revolutionäre Beispiel in der Hand hat.

Wie man dem Problem der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft auch zu Leibe gehen mag: eine revolutionäre Lösung ist unter jedem Belang unmöglich. Die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland hat das Maß ihrer Leistungsfähigkeit längst erschöpft: das revolutionäre Proletariat allein und der kommunistische Gedanke, den es vertritt, vermag den völligen und dann wahrscheinlich auf Dezennien unreparierbaren Zusammenbruch aufzuhalten!



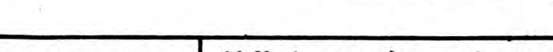
Notizen.

Kapitalistische Sanierung. In der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung" veröffentlicht Generaldirektor Heinrich Brückmann „Vorschläge zur Sanierung der deutschen Wirtschaft". Die Redaktion der Zeitschrift schickt diesen Vorschlägen folgende Bemerkung vorweg: „Mit besonderer Genugtuung veröffentlicht die Redaktion dieser Zeitschrift das folgende Wiederaufbauprogramm eines führenden Großindustriellen. Sie hofft auf breite Diskussion und nachhaltige Wirkung" Das bemerkenswerteste an diesem Wiederaufbauprogramm aus den Kreisen der Industrie ist, daß es sich nur mit den Reflexen der Zerstörung der Wirtschaft beschäftigt, aber nicht mit der Zerstörung der Wirtschaft selbst. Seine Vorschläge beziehen sich deshalb nicht auf direkte Eingriffe in die Produktion, sondern auf finanzpolitische Maßnahmen. Mit finanzpolitischen Maßnahmen soll die Staatswirtschaft in Ord ung gebracht, das Ernährungs- und das Wohnungsproblem gelöst werden. Zur Sanierung der Staatswirtschaft schlägt Brückmann die Bildung von Steuersyndikaten vor. Für die einzelnen Erwerbs- und Berufszweige sollen Selbstverwaltungskörper geschaffen werden. Aufgabe dieser Selbstverwaltungskörper soll es sein, genaue Bilanzen der Vermögensbestände und Einkommensverhältnisse der Angehörigen der Erwerbszweige aufzustellen, und die ihnen vom Staat auferlegte Steuersumme unter ihre Angehörigen zu verteilen. Umlageverfahren und Umlagequote innerhalb des Syndikats aber soll vom Syndikat selbst geregelt werden. Das Syndikat erhält also eine gewaltige Macht gegenüber den Unternehmern, den Händlern, den Angestellten, den Arbeitern, eine Macht, die mit Leichtigkeit ausgenutzt werden kann und ausgenutzt werden würde, um den Konzentrationsprozeß zu beschleunigen, und durch die Steuerverteilung die Einkommensverhältnisse namentlich der Arbeiter und Angestellten so zu gestalten, wie es die Sanierung der Industrie erfordert, das heißt durch die Auflage einer gewaltigen Steuerquote ihre Kaufkraft zu schwächen. Über die Selbstverwaltung dieser Steuersyndikate aber sagt der Vorschlag gar nichts. Er ist übrigens nicht neu. Zu Beginn des Jahres 1919 wurde er aus Industriellenkreisen und aus Kreisen der Großfinanz heraus lebhaft propagiert. Zur Zeit des zweiten Rätekongresses wurde er von Cohen und Kaliski stark vertreten. Daß es sich dabei um den Versuch handelt, auf Kosten der Arbeiter die kapitalistische Wirtschaft zu sanieren, ist ganz klar.

Daneben schlägt Brückmann eine einmalige Vermögensabgabe vor, die gezahlt werden soll in Anteilen, durch die das Reich Mitbesitzer an vielen Unternehmen werden

soll. Brückmann bildet sich ein, daß diese Maßnahme zu einer durchgreifenden Gesundung der Währung führen würde, weil dadurch das Deckungsverhältnis der Banknoten verbessert würde. Der Wert seiner Vorschläge überhaupt wird durch diese von krassem Unverständnis für die heutige finanzielle Situation und ihre Ursachen zeugende Bemerkung sinnfällig illustriert.

Noch ein Wort über die Wohnungsfrage. Brückmann will sie lösen durch eine Art verbesserter Mietsteuer und durch eine nach dem Einkommen gestaffelte Erhöhung der Mieten. Auch hier zeigt er, daß er das Problem der Krise des Kapitalismus nicht in der Zerrüttung der Produktion, im Mangel an Produktionsmitteln sieht, sondern daß er die finanziellen Reflexe dieser Krise für die Ursache hält. Eine ernsthafte Bedeutung hat die Stilübung Brückmanns nicht.





Bücherbesprechungen.

N. Lenin: Die Weltlage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale. (Verlag der Kommunistischen Internationale 1920. (29 Seiten. ℳ 1,30.)

G. Sinowjew: Die Weltrevolution und die dritte Internationale. Verlag Alfred Oelßner für das Bezirkssekretariat der U.S.P. Halle. Harz 42—44. (47 Seiten. ℳ 0,50.)

Zwei Broschüren, die wahrlich keiner besonderen Empfehlung bedürfen. Die erste gibt die Rede Lenins auf dem Kongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau wieder. Die zweite enthält das große, eindrucksvolle Referat des Genossen Sinowjew auf dem Parteitag von Halle und sein nicht gehaltenes Schlußwort. Alle Genossen sollten diese beiden materialreichen weltpolitischen Reden der Führer der dritten Internationale lesen. rr.

Engelbert Graf: „Ins Leben hinein." Verlag „Freiheit", Berlin 1920. (72 S. ℳ 8,— gebunden.)

Ein geeignetes Buch dem schulentlassenen Proletarierkinde mit auf den weiten stürmischen Weg ins Leben zu geben, ist sicherlich sehr nötig. Von der unheimlichen Menge von Jugendschriften gibt es aber nur ganz wenige, die einem jungen vierzehnjährigen Menschen mit ruhigem Gewissen in die Hand gegeben werden könnten; denn ein solches Buch soll ihnen nicht allein in einfachen anschaulichen Worten von der beginnenden Geschlechtsreife, von der neuen selbständigen Arbeit erzählen, es soll ihnen auch die Bahn des Kampfes zeigen, die sie einschlagen müssen, um mit den bereits erwachsenen Klassengenossen an der Zerschlagung der bürgerlichen Gesellschaft und dem Aufbau der neuen Welt teilzunehmen.

Das Büchlein von Engelbert Graf kann nur bedingt Anspruch auf diese Erfordernisse erheben. Außer einem Vorwort, in dem er in den Tönen eines ehemaligen Jürgen Brand sich bemüht, die Jugendlichen auf ihre Lage aufmerksam zu machen, enthält es eine Zusammenstellung von Gedichten, Erzählungen und Liedern. Die Auswahl ist nicht immer glücklich, es sind gute Sachen darunter, aber nichts Neues. Vor allem vermißt der Leser den notwendigen politischen Einschlag; es ist in dem aus Vorkriegszeiten bekannten „Jungvolk"-Kalenderstile der „Arbeiter-Jugend" gehalten — so neutral, daß es ebensogut im Verlag der rechtssozialistischen „Arbeiter-Jugend" hätte gedruckt werden können. — Ob Graf will oder nicht, er hat erneut den Beweis geliefert, daß er nicht der Pädagoge ist, wie ihn unsere Jugend braucht; er ist, wie die Zusammenstellung des Buches beweist, einer von den Jugendpflegern, die bald wieder zu ihren alten Freunden Korn und Schulz in der „Arbeiter-Jugend" stoßen werden. we.

Eingegangene Schriften.

(Eine Besprechung einzelner Schriften behält sich die Redaktion vor.)

N. Lenin: „Die große Initiative." Union-Verlag, Bern, 1920.

N. Lenin: „Der ‚Radikalismus' die Kinderkrankheit des Kommunismus." Franckes Verlag G. m. b. H., Leipzig, 1920. Preis 4 M.

N. Lenin: „Die Weltlage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale." Verlag der Kommunistischen Internationale, 1920.

L. Trotzki: „Terrorismus und Kommunismus (Anti-Kautsky)." Herausgegeben vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale.

Trotzki, Leo: „Die Arbeiterklasse und ihre Sowjetpolitik." Verlag A. Seehof & Co., Berlin C 54. Preis 1 M.

G. Sinowjew: „Die Weltrevolution und die III. Internationale." Rede auf dem Parteitag der U. S. P. D. in Halle am 14. Oktober 1920. Verlag Alfred Oelßner, Halle, Harz 42—44.

G. Sinowjew: „Bericht des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale." Herausgegeben vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale. 1920. Preis 2,10 M.

G. Sinowjew: „Die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution." Herausgegeben vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale. 1920.

G. Sinowjew: „Die Tagesfragen der internationalen Arbeiterbewegung." Herausgegeben vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale. 1920.

Radek, Karl: „Proletarische Diktatur und Terrorismus." Verlag Karl Hoym Nachf., Hamburg 11, Admiralitätsstr. 19.

Pokrowski, M., Professor: „Drei Konferenzen." (Zur Vorgeschichte des Krieges.) Herausgegeben von der Redaktion Russische Korrespondenz. 1920. Preis 2,50 M.

N. Lenin: „Die Wahlen zur konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats." Herausgegeben vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale. Preis 1,20 M.

Steklow, G.: „A. J. Herzen." Eine Biographie. A. Seehof & Co., Berlin C 54. 83 S. Preis geheftet 7 M, gebunden 10 M.

N. Lenin: „Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht." Verlag A. Seehof & Co. Berlin C 54. Preis 1 M.

„Das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki)." Mit Einführung von Karl Radek. Internationaler Verlag, Zürich, 1920.

Lenin, Ch. Rakowski, M. Pawlowitsch: „Die Probleme der Sowjet-Ukraine." Verlag A. Seehof & Co., Berlin C 54. Preis 0,50 M.

v. Rosenberg, Rittmeister: „Hinter den Kulissen der russischen Konterrevolution." Herausgegeben von der Redaktion Russische Korrespondenz. 1920.

Newski und **Rawitsch:** „Arbeiter- und Bauern-Universitäten in Sowjet-Rußland." A. Seehof & Co. 48 S. Preis 3,50 M.

Wilenski, Wl. (Sibirjakow): „Die düstere Zeit der sibirischen Reaktion." Internationaler Verlag, Zürich, 1920. Preis 3,50 M.

„**Aufrufe** des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur polnischen Frage." Herausgegeben vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale 1920. Preis 0,50 M.

Béla Szántó: „Klassenkämpfe und Diktatur des Proletariats in Ungarn." Herausgegeben vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale. 1920. Preis 6,50 M.

Halmi, Josef: Das schwarze Buch über Kecskemét. Mit einem Vorwort von Andor Gábor. Verlag „Neue Erde". Wien VII. Mariahilferstr. 74a. 64 Seiten.

„Bericht über den 4. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands am 14. und 15. April 1920. Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Radek, Karl und Thalheimer, August: „Gegen den Nationalbolschewismus!" Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Brandler, Heinrich: „Die Aktion gegen den Kapp-Putsch in Westsachsen." Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands. 1920.

„Das Exekutivkomitee der 3. Internationale an die K. A. P." Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands. 1920.

„Der zweite Weltkongreß der Kommunistischen Internationale an das französische Proletariat." Herausgegeben vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale. 1920. Preis 1,50 M.

„Churchill als Verschwörer." Golowins Memorandum an Ssasanow. Verlag A. Seehof & Co., Berlin C 54. Preis 0,50 M.

Rykow und **Trotzky:** Wirtschaft in Sowjetrußland und Westeuropa, Zusammenbruch und Wiederaufbau. A. Seehof & Co., Berlin C 54. 48 S. Preis 3 M.

Hilferding, Rud.: „Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen." Verlag „Freiheit" e. G. m. b. H. Berlin C 2, Breite Str. 8—9.

Horten, Alfons: „Sozialisierung und Wiederaufbau." Verlag Neues Vaterland, E. Berger & Co. Berlin W 62. Preis 9 M.

Korsch, Karl: „Was ist Sozialisierung?" Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Fichtenau. 46 Seiten. 1,50 M.

Spectator: „Das Sozialisierungsproblem in Deutschland." A. Seehof & Co. Verlag, Berlin C 54. 85 Seiten. 7,50 M.

Hamon, Augustin: „Der Sozialismus in Frankreich von 1914—1920." Verlag „Neue Erde", Wien VII, Mariahilfer Str. 74a. 24 Seiten.

Jefimow, M.: „Die Soziologie des Bolschewismus." Verlag „Freiheit", Berlin, 1920. 29 Seiten. 3 M.

Braun, M. J.: „Wer soll die Kriegsrechnung bezahlen?" Franckes Verlag, Leipzig. 1920.

Karski, J. Die Agrarfrage und die Weltrevolution. Verlag A. Seehof & Co., Berlin C 54. 24 S. Preis 1,50 M.

„Die Tätigkeit des Allrussischen Metallarbeiter-Verbandes in den Jahren 1917—1920." Verlag A. Seehof & Co., Berlin C 54. 1920. Preis 0,50 M.

Die **Textilarbeiter** in **Sowjetrußland.** Herausgegeben vom Internationalen Rat der Gewerkschaften und Industrieverbände. A. Seehof & Co. 19 S. Preis 1 M.

Antoschkin, D.: Die Organisation der Angestellten in Rußland. A. Seehof & Co. 30 S. Preis 1,50 M.

Losowski, A.: „Der Internationale Rat der Fach- und Industrieverbände" (Moskau gegen Amsterdam). A. Seehof & Co., Berlin C 54. 80 Seiten. 4 M.

Die Kommunistische Partei und die Gewerkschaften. Verlag Arbeiterbuchhandlung, Wien, 1920. 11 Seiten. 40 Heller.

Meurer, Josef: Die Arbeit als Zentralproblem der Aufbauwirtschaft. Verlag Aufbau-Zentrale, Berlin W 30, Nollendorfplatz 7. 71 S. Preis 8 M.

Rákos, Franz: Revolutionäre Gerichtsbarkeit. Verlag der Arbeiter-Buchhandlung, Wien VIII, Alserstr. 69. 45 S. Preis 3 M.

Rühle, Otto: „Kind und Umwelt." Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Fichtenau, 1920. 32 Seiten.

Ernst Drahn und Susanne Leonhard: „Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges." Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Fichtenau, 1920. 200 Seiten, broschiert 17,50 M, gebunden 23,50 M.

Leslin E.: Freiheit oder Gewalt? Verlag „Neue Erde", Wien VII, Mariahilferstraße 74a. 32 S. Preis 1,50 M.

A. Bogdanow: „Was ist proletarische Dichtung?" Verlag A. Seehof & Co., Berlin C 54. Preis 0,50 M.

R. R.: Über Proletarische Ethik. Das proletarische Schaffen vom Standpunkt der realistischen Philosophie (aus dem Russischen). A. Seehof & Co. 55 S. Preis 3,50 *M*.

Friedländer, Elfriede: „Sexualethik des Kommunismus." Eine prinzipielle Studie. Verlag „Neue Erde", Wien VII, Mariahilfer Str. 74a. 59 Seiten. 4 *M*.

Ernst Drahn: „Friedrich Engels", eine Biographie zu seinem 100. Geburtstage. Preis 5,20 *M*.

Friedrich Engels: Politisches Vermächtnis. Verlag Junge Garde, Berlin C 2, Stralauerstr. 12. Preis 3 *M*

„Report of the Twenty-Eighth Annual-Conference, Glasgow, April 1920." Independent Labour Party, 8 and 9, Johnsons Court Fleet Street, London, E. C. 4.

Zeitschriften.

Die Aktion. Herausgegeben von Franz Pfemfert. Preis 2 *M*. Verlag Berlin-Wilmersdorf.

Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Einzelheft 1 *M*, vierteljährlich 13 *M*. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart.

Sozialistische Monatshefte. Herausgeber Dr. J. Bloch. Verlag: Berlin W 35, Potsdamer Str. 121.

Bulletin Communiste. Organe du Comité de la Troisième Internationale. Paris. 123, rue montmartre.

„The Communist." An Organ of the Third (Communist) International. (Published by the Executive Committee of the Communist Party.) Vol. I, No. 15, London.

Russische Korrespondenz. Heft 12/13. Verlag A. Seehof & Co., Berlin C 54. Preis 7,50 *M*.

„Polnische Korrespondenz." Arbeiter-Buchhandlung, Berlin S 14, Annenstr. 1. Preis 2 *M*. Heft Nr. 6.

„Kommunistische Internationale", Nr. 12 des Organs des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. 373 Seiten. Preis 7,50 *M*.

„Kommunismus", Organ der Österreichischen K. P., Wien VIII, Alserstr. 69. Preis für das Heft 1,50 *M*.

Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung, Halbmonatsschrift. Verlag: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 6. Preis 2 *M*.

Flugschriften der Jugend-Internationale.

Nr. 1: Reißt die Grenzpfähle aus!
Nr. 2: Willy Münzenberg: Unser Programm.
Nr. 3: G. Sinowjew: Die Aufgaben der Arbeiter- und Bauern-Jugend.
Nr. 4: Die sozialistische Proletarierjugend Deutschlands und die kommunistische Jugend-Internationale.

Zu beziehen durch Buchhandlung „Junge Garde", Berlin C 2, Stralauer Str. 12. Jedes Heft 0,50 *M*.


Verantwortlich für die Redaktion: Willi Elberfeld, Berlin NW 21, Wilhelmshavener Straße 55 II
Alle den Inhalt betreffenden Zuschriften, Manuskripte, Besprechungs- und Austauschexemplare sind an diese Adresse zu richten.

Kommunistische Rundschau

Herausgegeben von

Ernst Däumig, Curt Geyer, Walter Stoecker

Nummer 6 — 31. Dezember 1920 — 1. Jahrgang

Erscheint monatlich zweimal

Inhalt:

Preis 1 Mark

A. Hoffmann's Verlag, G. m. b. H., Berlin O 27, Blumenstr. 22 I

Postscheckkonto: Berlin 1893 — Fernsprecher: Amt Alexander 2270

Kommunistische Rundschau

Nummer 6 | Berlin, 31. Dezember 1920 | 1. Jahrgang

Nachdruck der Artikel mit Quellenangabe gestattet.

An unsere Leser!

Wie die Leser aus dem ersten Artikel des Genossen Däumig ersehen werden, stellt unsere Zeitschrift unter dem Namen „Kommunistische Rundschau" mit dieser Nummer ihr Erscheinen ein.

An ihre Stelle tritt eine Wochenschrift

„Die Schmiede".

Diese wird wöchentlich im Umfange von 16 Seiten, Format des „Arbeiterrat", erscheinen und pro Nummer 50 ₰ kosten. Monatlich 2 ℳ, vierteljährlich 6 ℳ.

Bestellungen bei allen Postämtern, Parteisekretariaten und Buchhandlungen oder direkt bei **Frankes Verlag, G. m. b. H., Berlin, Blücherplatz** 2 III.

Ferner wird für die Erörterung besonderer theoretischer Probleme, die einst von Rosa Luxemburg und Franz Mehring gegründete Monatsschrift

„Die Internationale"

weiter erscheinen.

Bestellungen hierauf bei **Frankes Verlag, G.m.b.H., Berlin, Blücherplatz** 2 III.

Genossen und Genossinnen!

Wir betrachten es als Selbstverständlichkeit, daß ihr alle ohne weiteres als Abonnenten auf die neue Zeitschrift übergeht. **Gebt die Bestellungen sofort auf!**

Theoretisieren oder Handeln?

Von Ernst Däumig.

Mit dieser Nummer hört unsere Zeitschrift auf, als „Kommunistische Rundschau" zu erscheinen. Sie verschwindet nicht spurlos aus dem deutschen Blätterwald; die Aufgaben, die ihr zugewiesen waren, sollen vielmehr, auf eine breitere Basis gestellt, auf eine größere Anzahl von Organen verteilt werden. Durch die Schaffung der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Wirkungskreis des kommunistischen Gedankens ganz gewaltig erweitert worden. Damit sind auch die organisatorischen und propagandistischen Aufgaben der Partei derart gewachsen, daß überall da, wo es möglich ist, eine Art Arbeitsteilung vorgenommen werden muß, der natürlich immer die großen Grundgedanken und Forderungen des Kommunismus zugrunde liegen müssen. Darum gibt die

Vereinigte Kommunistische Partei neben ihren Tageszeitungen für den Kampf um die Revolutionierung der Gewerkschaften und für die revolutionären Kontrollaufgaben der Betriebsräte eine Wochenzeitung „Der Kommunistische Gewerkschafter“ heraus; darum sucht sie die Forderungen ihres Agrarprogramms in den Zeitungen „Der kommunistische Landarbeiter“ und „Der Pflug“ in propagandistische Münze umzuschlagen; darum soll „Die Kommunistin“ der proletarischen Frauenwelt die kommunistischen Ideen zugänglich machen. Auch die kommunalen Fragen sollen vom Standpunkte des Kommunismus aus in einer kommunalpolitischen Zeitschrift beleuchtet werden. Allen Funktionären der Partei aber soll neben dem mehr oder weniger zusammenhanglosen Material der Tagespresse in einer Wochenschrift „Die Schmiede“ eine Zusammenfassung und kritische Beleuchtung aller politischen, sozialen und wirtschaftlichen Vorgänge der vergangenen Woche geboten werden, damit sie in dem verworrenen Laufe der Ereignisse die treibenden Tendenzen erkennen und ihr kommunistisches Handeln danach einrichten können. Was sonst an Problemen noch einer theoretischen Erörterung bedarf, soll in einer wissenschaftlichen Monatsschrift behandelt werden, die unter dem Namen, den einst Rosa Luxemburg und Franz Mehring der ersten kommunistischen Zeitschrift Deutschlands gaben, „Die Internationale“, der wissenschaftlichen und theoretischen Meinungsäußerung offenstehen soll.

So treten also eine ganze Anzahl neuer Streiter an die Stelle der „Kommunistischen Rundschau“. Diese hatte in der kurzen Zeit ihres Erscheinens eine bestimmte historische Aufgabe zu erfüllen. Als mit dem 23. August d. J. innerhalb der alten Unabhängigen Partei der Kampf der Meinungen für oder gegen die kommunistische Internationale einsetzte, da lag dank des Trägheitsgesetzes, das auch proletarischen Organisationen innewohnt, der Hauptvorteil der Moskaugegner darin, daß sie neben dem Parteiapparat und der Parteipresse auch ihr wissenschaftliches Organ in den Dienst ihres antibolschewistischen Feldzuges stellen konnten. Das von Rudolf Breitscheid herausgegebene wissenschaftliche Organ „Der Sozialist“ hatte schon früher für Sowjetrußland herzlich wenig übrig gehabt; ebensowenig konnte es sich zu einem klaren Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats und zur Rätemacht durchringen. Die alte Liebe ihres Herausgebers zur Demokratie und zur sozialistisch-pazifistischen Ideologie kam fast in jeder Nummer zum Ausdruck. Es war daher nur zu natürlich, daß Herausgeber und Mitarbeiter des „Sozialist“ den 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale mit bösem Gewissen gegenübertraten, und dann, nachdem Hilferding, Crispien und Dittmann die Marschroute angegeben hatten, mit aller Macht gegen die „Moskauer Diktatur“ zu Felde zogen. Seit jener Zeit ist „Der Sozialist“ zum Tummelplatz der internationalen Menschewisten geworden. All die Elemente, denen die Kommunistische Internationale ein Greuel ist, die aber andererseits mit Rücksicht auf die hinter ihnen stehenden Proletarier nicht mehr der II. Internationale anzugehören wagen, geben sich im „Sozialist“ ein Stelldichein. Sein Hauptmitarbeiter ist jetzt der Menschewist Martow, dessen antibolschewistische Artikel den Gegnern Sowjetrußlands weit mehr Dienste leisten, als die Wühlarbeit der ausgesprochen weißgardistischen Agenten in Deutschland. Was hier in

wissenschaftlichem Gewande allwöchentlich an antibolschewistischer Hetze geleistet wurde, das fand täglich sein Echo in der rechtsunabhängigen Tagespresse, deren Chorführerin „Die Freiheit" hervorragendes an Kommunistenpsychose leistete. Diesem antibolschewistischen Treiben, das unter der trügerischen Flagge des wissenschaftlichen Sozialismus in Szene gesetzt wurde, mußte ein Gegengewicht geboten werden, und darum gaben wir Anhänger der Kommunistischen Internationale die „Kommunistische Rundschau" heraus, um der Brunnenvergiftung der Hilferding- und Breitscheidleute entgegenzuwirken und die noch auf die rechtsunabhängige Presse angewiesenen Proletarier mit der Ideenwelt der Kommunistischen Internationale bekanntzumachen. Wir können mit Genugtuung sagen, daß die „Kommunistische Rundschau" in der kurzen Zeit ihres Bestehens diese Aufgabe bei vielen Tausend geistig interessierten Genossen erfüllt hat. Es lag in der Natur der Dinge begründet, daß unsere Zeitschrift nicht den abstrakt theoretischen Charakter eines wissenschaftlichen Organs annahm, daß sie vielmehr an Aufklärungstätigkeit nur das leistete, was von der an Zahl und Umfang kleinen Tagespresse, die uns zur Verfügung stand, nicht geleistet werden konnte.

* * *

In diesem Zusammenhange sei kurz auf die Rolle hingewiesen, die in der gegenwärtigen Phase des internationalen proletarischen Klassenkampfes der Theorie zufällt. Wenn in der Geschichte des Sozialismus das Lebenswerk von Marx und Engels die Entwicklung von der Utopie zur Wissenschaft aufschloß, so bedeutet die Periode, die vom Wirken der beiden Großmeister des Sozialismus bis zum Weltkriege und zu den ersten Anfängen der Weltrevolution reicht, ein theoretisches Weiterbauen auf der Basis der marxistischen Fundamentalwerke, eine aus propagandistischen Gründen historisch notwendige Popularisierung des wissenschaftlichen Sozialismus, dann aber auch eine Verflachung der sozialistischen Ideen und eine Erstarrung der revolutionären Grundstimmung, aus der heraus die Geisteswerke von Marx und Engels entstanden waren. In jener Periode ist die Zahl der theoretischen Werke über den Sozialismus ins Riesengroße gewachsen. In Dutzenden von Bänden der „Neuen Zeit" und anderen sozialistischen Zeitschriften hatten die Theoretiker alle nur denkbaren soziologischen Probleme breitgetreten. Aber diese gewaltige Überproduktion an papierner, epigonhafter Theorie, hinter der die Sorge um die Revolutionierung der Arbeiter zu kurz kam, hat die sozialistische Arbeiterbewegung nicht davor bewahrt, mit ihren nationalen Organisationen sowohl wie als proletarische Internationale zu versagen, als die Mächte des Imperialismus den Weltbrand entfesselten. Die sozialistische Theorie der Marx-Epigonen hatte als Seitenstück eine Arbeiterbewegung, die in ihrer politischen Betätigung opportunistisch gerichtet und für den parlamentarischen Kampf eingestellt war und die den wirtschaftlichen Kampf unter dem Dogma der gewerkschaftlichen Neutralität führte, wobei es nur darauf ankam, dem Unternehmertum ein paar Lohnpfennige von ihrem eingestrichenen Mehrwert abzutrotzen oder abzulisten. So kam es, daß in der Kriegszeit sozialistische Theoretiker angesichts des Kriegssozialismus, der doch letzten Endes nichts weiter war als der um des Kriegszweckes willen unter die militärische

Fuchtel genommene Kapitalismus, jubelnd ausriefen: Sozialismus wohin man blickt! So kam es, als in den Jahren 1917—1918 in Rußland und Deutschland die ersten Sturmzeichen der Weltrevolution emporloderten, Millionen von Proletariern den Schrei nach Sozialismus ertönen ließen, daß hochgelahrte Theoretiker mit gerunzelter Stirn erklärten, daß man den Sozialismus nicht verwirklichen könne, wenn die kapitalistische Produktion aus den Fugen geraten sei, und daß man erst abwarten müsse, bis diese Produktion sich wieder erholt habe. Diese gelehrten Herren vergessen nur ganz, daß ein solches Abwarten der Kapitalistenklasse wieder so viel Machtmittel in die Hand spielt, daß sie den Proletariern alle Sozialisierungs- und Enteignungsmucken gründlich austreiben kann. Die meisten Theoretiker wollen nicht einsehen, daß der Todeskampf des Kapitalismus ähnlich furchtbare Begleiterscheinungen aufweisen muß, wie sie bei seiner Geburt anzutreffen waren. Die Erschütterung der Weltwirtschaft durch den Weltkrieg, und das aus dieser sich ergebende politische Chaos, bringen es mit sich, daß der Sozialismus als Wirtschafts- und Gesellschaftssystem nicht fein und säuberlich wie die Häuschen aus einer Spielzeugschachtel auf der Erde aufgebaut werden kann, sondern daß der Sozialismus sich Stück für Stück, in dem einen Lande schneller, in dem anderen Lande langsamer, aus der kapitalistischen Trümmerwelt emporringen muß. Das ist eine Tatsache, die aus den Erfahrungen der letzten drei Jahre nur zu sehr bestätigt wird; und es gehört schon der ganze überhebliche Stolz sozialistischer Stubengelehrten dazu, um diese Tatsache nicht zu sehen.

Aus alledem ergibt sich für uns, daß wir in eine neue Periode der sozialistischen Entwicklung getreten sind, die Periode, in der sich das erfüllen muß, was Karl Radek die Entwicklung von der Wissenschaft zur Tat nennt. Diese Tat kann sich nicht mehr in der stillen Gelehrtenstube vollziehen; sie muß lebendig werden draußen im wildwogenden Leben. Allen Einigungspredigern und Sympathieaposteln zum Trotz ist die Verschärfung des Klassenkampfes eine nicht wegzuleugnende, bitterernste Tatsache. Trotz der erklecklichen Anzahl von Friedensverträgen leben wir in einer Zeit weltpolitischer Konflikte, wie sie in gleicher Fülle und in gleichem Maßstabe niemals dagewesen sind. Überall wird das Proletariat zum aktiven Eingreifen gezwungen. Je schärfer der Klassenkampf in dem einen Lande sich zugespitzt hat, auf desto mehr Kriegsschauplätzen muß das Proletariat seine Kräfte regen. Jetzt genügt nicht mehr die Betätigung im Wahlkampfe oder im Lohnstreik; heute zwingen wirtschaftlicher Verfall, soziale Not und politische Zerfahrenheit zu dem Endkampfe um die politische und wirtschaftliche Macht, heute heißt es, die lebendigen Lehren des Marxismus von allen scheinmarxistischen Schlacken zu befreien und sie durch die revolutionierte Arbeiterbewegung anwenden zu lassen. Nicht als ob alle Probleme schon theoretisch restlos durchdacht und gelöst wären; aber die Zeiten sind vorüber, wo diese Lösung allein der Schreibtischarbeit vorbehalten bliebe. Wenn die Unabhängigen Sozialisten und ihre internationalen Bundesgenossen immer und immer wieder sich als Repräsentanten des wissenschaftlichen Sozialismus bekennen, so tun sie es, um darunter ihre Energielosigkeit zu verbergen, die sie hindert, auch praktisch die letzten Konsequenzen der Gebote des Klassenkampfes zu ziehen. Darum ihr

Paktieren mit der reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie, darum ihr Trachten nach Regierungsbeteiligung auf dem Boden des demokratisch verbrämten Obrigkeitsstaates, darum ihr Bemühen, „positive Arbeit“ auf dem Gebiete der völlig bankrotten Staats- und Kommunalwirtschaft zu leisten. Wir aber wollen uns frei machen von dem Fetischdienst der Wissenschaft und Theorie, wir wollen durch unsere Arbeit und durch unsere Zeitschriften und Zeitungen allstündlich dafür sorgen, daß der revolutionäre Geist des Marxismus in einer revolutionären Arbeiterbewegung lebendig und aktiv sei.

* * *

Ich höre jetzt schon im Geiste das Gezeter der „wissenschaftlichen“ Sozialisten und der Schüler der sozialdemokratischen Parteischule seligen Angedenkens, die nicht über den Inhalt ihrer Kollegheſte, die sie dem Schüler Wagner gleich emsig zusammengeschrieben haben, hinausdenken können. „Diese Verachtung der Theorie ist echt kommunistisch!“, werden sie in ihrem Kommunistenkoller schreien. Gemach Ihr Herren; gerade weil wir den größten Respekt vor der Theorie des Marxismus haben, wollen wir sie zu dem werden lassen, wozu sie ihre Schöpfer bestimmt haben: **zur angewandten Wissenschaft.** Angewandt werden kann sie aber ihrem Wesen und ihrem Sinne nach nur durch das Proletariat. In erster Linie durch den Teil des Proletariats, der von der Notwendigkeit dieser Anwendung überzeugt und die noch zögernden und tastenden Proletariermassen vorwärts zu treiben entschlossen ist. Jahrzehntelang haben wir den Proletariern doziert, wie der Kapitalismus entstanden ist, wie es um sein inneres Getriebe, wie es um seine Gesetze bestellt ist, wie der Mehrwert entsteht, worauf die Krisen zurückzuführen sind usw. Wir sind hineingestiegen in die Geschichte des Sozialismus, wir haben von den Utopisten, von der Arbeiterverbrüderung, von **Lassalle, Marx, Engels, Bebel,** von **Liebknecht** in unseren Kursen geredet. Das war gut und schön und war auch notwendig. Aber heute sind diese Notwendigkeiten in den Hintergrund gedrängt durch andere, von der Qual der Gegenwart bedingte Notwendigkeiten.

Heute müssen unsere Anhänger als Gewerkschaftsmitglieder nicht so sehr über das Wesen der kapitalistischen Profitwirtschaft aufgeklärt werden, als vielmehr darüber, wie diese kapitalistische Wirtschaft durch die vom Weltkrieg aufgerüttelte Arbeiterklasse kontrolliert und zur sozialistischen umgewandelt werden soll, wie die Gewerkschaften aus Unterstützungs- und Lohnkampforganisationen zu Faktoren des Produktionsprozesses umgestaltet werden. Heute kommt es nicht mehr auf spitzfindige Untersuchungen über direkte und indirekte Steuern an, sondern darauf, daß die Proletarier den völligen Bankrott des heutigen Staates erkennen und ihn durch die Rätemacht ersetzen. Heute genügt es nicht, mit akademischen und platonischen Redensarten um das Problem der Diktatur des Proletariats herumzugehen, heute zeigt sich vielmehr, daß dieses Problem seine verdammt konkreten Seiten hat, an denen es in harter Kleinarbeit anzupacken gilt, daß dieses Problem **vor** der Erringung der politischen Macht anders angefaßt werden muß, als nachher. Das erfordert eine ganz andere Einstellung der klassenbewußten Proletarier in Partei und Gewerkschaft, eine ganz andere Tätigkeit in den Parlamenten und Kommunen, eine ganz andere Rüstung der proletarischen Organisationen, als es im Zeichen

des geruhsamen „wissenschaftlichen Sozialismus" geschehen ist, dessen strategische Kunst heute darin besteht, sich von der Gegenrevolution die Gesetze seines Handelns diktieren zu lassen.

Was wir in dieser Stunde im Kampfe um den Kommunismus brauchen, sind nicht marxistische Stubenhocker und Spintisierer, nicht Schönredner, die pathetisch verkünden: „Wir wollen den Sozialismus", sondern Menschen, die die marxistische Theorie zur proletarischen Tat werden lassen. In der augenblicklichen Phase des Weltgeschehens kann die Theorie nur im allerengsten Zusammenhange mit dem Todeskampfe gepflegt werden. Ist die politische Macht errungen, werden auch der theoretischen Forschung neue Aufgaben erwachsen. Sie wird für tausend Fragen, die die Räteordnung, die sozialistische Wirtschaft, die Neugestaltung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Beziehungen aufwerfen, die Lösung zu suchen haben. Aber auch dann kann es sich nicht um weltfremde Spekulationen handeln, sondern die Früchte dieser Theorie werden im Sturmwinde des Klassenkampfes heranreifen. Selbstverständlich kann diese theoretische Arbeit nicht bloß in einem Lande zum Hausgebrauch für die Proletarier aller Länder geleistet werden. So kann Sowjetrußland als Lehrmeisterin der Diktatur des Proletariats wohl große, allgemeine Richtlinien für den Klassenkampf der anderen Länder geben; mit einer ganzen Anzahl von Fragen muß sich aber das denkende und kämpfende Proletariat der anderen Länder je nach der wirtschaftlichen und politischen Eigenart seiner Umwelt sich selbst theoretisch und politisch auseinanderzusetzen suchen.

Wir verachten die Theorie nicht, aber wir wollen sie befreien von Papierwust und Schartekenstaub, wir wollen das Tat und Wahrheit werden lassen, was den Vorkämpfern des Sozialismus vorschwebte, — das Bündnis von Wissenschaft und Arbeit. Kommunismus ist die von den Proletariern in die Tat umgesetzte sozialistische Theorie.

Der Klassenkampf in der Tschechoslowakei.

Von Alois Neurath, Reichenberg.

Zum ersten Male ist das gesamte Proletariat der Tschechoslowakei, die klassenbewußte Arbeiterschaft aller Nationen dieses Staates, in Aktion getreten. Der letzte Generalstreik bedeutete den entschlossenen Aufmarsch der proletarischen Internationale gegen die Bourgeoisie. Die Tschechoslowakei gehört zu den sogenannten Siegerstaaten. Auf der Spitze der Ententebajonette wurde den Völkern der Tschechoslowakei nach dem Zusammenbruche des Krieges die „demokratische Freiheit", der demokratische Staat überbracht. Die tschechische Bourgeoisie fühlte sich als die Herrennation oder als die herrschende Nation dieses Staates. Der größte Teil der tschechischen Arbeiter, der seit vielen Jahren im nationalen Chauvinismus erzogen wurde, kämpfte während des Krieges begeistert gegen die österreichische Monarchie, und für die Errichtung eines selbständigen tschechischen Staates. Nach dem Zusammenbruche glaubten die tschechischen Arbeiter, daß sie es fertig gebracht hätten, sich ihre, die demokratische freie Republik erkämpft zu haben, daß sie ihr Blut nicht vergebens verspritzen mußten. Eine Zeitlang marschierten die tschechischen Arbeiter geschlossen mit ihrer Bourgeoisie und verbündet mit den Bourgeoisien der Ententestaaten.

Sowie sich die tschechische Bourgeoisie für die tschechische Nation ausgab, ebenso legitimierte sich die deutsche Bourgeoisie als deutsche Nation, die sich nach

dem Zusammenbruche von den Tschechen unterdrückt fühlte. Im Kampfe gegen diese sogenannte nationale Unterdrückung gelang es der deutschen Bourgeoisie, ihre Verbrechen an dem deutschen Volke und an der deutschen Arbeiterklasse zu verschleiern. Ein Teil der deutschen Arbeiterklasse ließ sich zunächst auch verwirren und anstatt mit den deutschen Kriegshetzern und Kriegsverbrechern sofort abzurechnen, wurde diese überaus notwendige Auseinandersetzung vertagt und inzwischen der Kampf um die „nationale Autonomie" und um das „Selbstbestimmungsrecht der Nation" geführt. Das heißt, es gelang sowohl der tschechischen wie auch der deutschen Bourgeoisie, die revolutionäre Kraft des Proletariats zu schwächen, die revolutionäre Gesinnung der Arbeiterschaft zu verfälschen. Als die Arbeiterschaft dieser beiden größten Nationen der Tschechoslowakei wieder zur Besinnung kam, war jener Entwicklungsprozeß, durch den die Bourgeoisie wieder in den Sattel gehoben wurde, bereits abgeschlossen. In der Bekämpfung des Sozialismus, oder wie die Ausbeuter lieber sagen, des Kommunismus, ist sich die deutsche und tschechische Bourgeoisie vollkommen einig, d. h. die Annäherung, die Verbindung der Bourgeoisien im Klassenkampfe gegen das Proletariat ist zur vollendeten Tatsache geworden.

Am Ende eines qualvollen Entwicklungsprozesses steht nun auch die feste Vereinigung des klassenbewußten Teiles der Proletarier aller Nationen der Tschechoslowakei. Auf dem Parteitag am 26. September 1920 wurde die Spaltung der tschechischen Partei vollzogen. Unter der Führung Smerals bekannte sich die überwiegende Mehrheit des tschechischen Proletariats zu den Grundsätzen der dritten Internationale. Die Tusarpartei vollzog vor aller Öffentlichkeit den Übertritt zur Konterrevolution. Die tschechische Mehrheitspartei konnte sich aber damals noch nicht entschließen, die letzten Konsequenzen der Beschlüsse des Parteitages vom 26. September zu ziehen und im Einvernehmen mit dem linken Flügel der deutschen Arbeiter die Gründung der kommunistischen Partei in Angriff zu nehmen. Die Smeralpartei ging damals noch von dem Grundsatze aus, daß die politische Reife des tschechischen Proletariats noch nicht solche Fortschritte gemacht habe, daß man ohne Rücksicht auf das nationale Gefühlsleben großer Teile tschechischer Arbeiter den sofortigen Anschluß an die dritte Internationale vollziehen könne.

Ein ähnlicher Prozeß vollzog sich im deutschen Proletariat. Es hat allerdings nahezu zwei Jahre gedauert, bevor sich die Mehrheit des deutschen Proletariats vollkommen losmachen konnte von den nationaldemokratischen Forderungen, die in dem Rufe nach dem Selbstbestimmungsrecht der Nation und der nationalen „Autonomie" ihren beredten Ausdruck fanden. Am 9. Mai und am 11. und 12. September d. J. wurden von den Vertretern des linken Flügels der deutschen Partei in Reichenberg Konferenzen veranstaltet. Die zweite Konferenz faßte den Beschluß, vom Reichsparteitag der deutschen Sozialdemokratie den Anschluß an die dritte Internationale zu verlangen. Von diesen beiden Konferenzen ging eine ungeheure Bewegung aus. Hunderte Versammlungen und Konferenzen nahmen zu den Beschlüssen der Reichenberger Linken Stellung. Auf dem Karlsbader Parteitag vom 3. bis 6. Oktober 1920 platzten die Meinungen hart aufeinander. Es kam zu jener berüchtigten Deklaration, nach welcher die beiden Teile der Partei verpflichtet wurden, im Rahmen der Partei für ihre Anschauungen weiter zu wirken, das heißt der linke Flügel hatte die Möglichkeit, innerhalb der Partei für die Grundsätze der dritten Internationale zu werben. Zu diesem Kompromiß wäre es nicht gekommen, wenn schon damals die Smeralpartei bereit gewesen wäre, gemeinsam mit der deutschen Linken eine kommunistische Partei ins Leben zu rufen.

Im Laufe der letzten Monate entwickelte sich allmählich die Verbindung der rechten Flügel der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie mit den reaktionären Mächten der Tschechoslowakei. Die Regierung Cerny ist eine Puppe in den Händen der Tusarleute. Der rechte Flügel der deutschen Sozialdemokratie unter der glorreichen Führung der Cech, Cermak und Genossen verband sich

wieder mit den Tusarleuten und stellte so im übertragenen Wirkungskreise die Vereinigung mit der Konterrevolution her. Die Verbrüderung aller konterrevolutionären und sozialverräterischen Elemente wurde geradezu demonstrativ vor den Augen nicht nur unserer Parteiöffentlichkeit, sondern vor der gesamten Internationale vollzogen, und zwar am Tage des tschechischen rechtssozialistischen Parteitages, am 26. November 1920. Arm in Arm mit Vandervelde, Müller und Tusar trampelte der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, Dr. Heller, auf den Grundsätzen der dritten Internationale herum, indem er entzückt die Beratungen jenes Kongresses begrüßte, die in dem Anschluß an die zweite Internationale ausmündeten. Das hinderte die konsequenten und zielbewußten Rechtssozialisten unserer Partei freilich nicht, den Sekretär Karl Čermak nach Bern zu schicken, um dort zum Ausdruck zu bringen, daß weder die zweite noch die dritte Internationale etwas tauge, sondern daß man sich jetzt nur für die 2½-Internationale begeistern könne. In Karlsbad waren diese unentwegten und zielklaren Revolutionäre für die dritte Internationale aber gegen die 21 Bedingungen. Die Frage der dritten Internationale blieb dann, wie die Deklaration so schön sagt, offen. Am Tusarkongreß drückte unsere Partei der zweiten Internationale die herzlichsten Sympathien aus. In Bern wurde die zweite und die dritte Internationale, wie sich's gehört, mit Verachtung und von oben herab behandelt und die 2½-Internationale leidenschaftlich begrüßt. Es geht nichts über die Konsequenz unserer rechtssozialistischen „Marxisten".

Die tschechische Bourgeoisie bereitete im vollsten Einvernehmen mit den Tusarleuten einen gewaltigen Schlag gegen das tschechische Proletariat vor. Der Streit um das Volkshaus, der zwischen der Tusar- und Smeralpartei tobte, wurde von der Regierung zum Anlaß genommen, um das klassenbewußte tschechische Proletariat niederzuwerfen. Polizei und Militär besetzten das Volkshaus. Im Kampfe gegen die Vertrauensmänner, die das Eigentum des Proletariats nicht ohne Widerstand aufgeben wollten, wurden tschechische Arbeiter erschossen. Die tschechische Linke rief sofort das Proletariat zum heftigsten Widerstand gegen die Regierung, gegen die Bourgeoisie auf. Es ging nun nicht mehr um das Volkshaus, sondern um die viel gewaltigere Aufgabe, einen entscheidungsvollen Kampf gegen die Bourgeoisie aufzunehmen. Freitag früh erreichte uns die Nachricht von dem Überfalle der tschechischen Sozialdemokratie auf die Vertrauensmänner des tschechischen Proletariats in Prag. Noch am selben Abend wurde in Reichenberg eine Versammlung veranstaltet, die, obwohl nur wenige Stunden Zeit zur Verständigung waren, sehr stark besucht war. Das Reichenberger Proletariat erklärte sich sofort solidarisch mit der tschechischen Arbeiterschaft, es machte die Forderungen des tschechischen Proletariats zu seinen eigenen und erklärte, daß es die Weisungen der tschechischen Zentralstreikleitung als bindend anerkennen werde. Am nächsten Abend fand neuerlich eine Versammlung statt, die noch viel stärker besucht war und in der sich die Arbeiter mit der Solidaritätserklärung nicht zufrieden gaben, sondern stürmisch den Generalstreik forderten. Es versteht sich, daß wir die Gewerkschaftskommission sofort verständigten und aufforderten mitzutun. Die Gewerkschaftskommission sabotierte nicht nur die beiden Versammlungen, sondern sie lehnte es auch ab, in die Vertrauensmännerversammlung zu kommen, die am Sonntag, den 12. Dezember veranstaltet wurde. Im Parteiblatt wurden öffentlich die Sekretäre und die Mitglieder der Gewerkschaftskommission aufgefordert, vor den Vertrauensmännern zu erscheinen. Die Gewerkschaftsbureaukraten kamen nicht. Der Reichsparteivorstand wurde von uns aufgefordert, sofort eine Sitzung einzuberufen und zu den Gewalttaten der Regierung Stellung zu nehmen. Der Parteivorstand tagte am 12. Dezember. Trotz allen Bemühungen der Vertreter des linken Flügels wurde eine Resolution beschlossen, in der sich die Partei neutral erklärte. Die Situation sah also so aus:

Die Tusarleute, die mit allen Staatsschustereien und -schustereien vertraut sind, die die altösterreichische Schule genossen hatten, arbeiteten der Regierung

Cerny den Plan aus, nach welchem das tschechische Proletariat niedergeschlagen werden sollte. Im Bunde mit der Regierung Cerny marschierten die Tusar-sozialisten, die deutschen Rechtssozialisten und, was das Schändlichste ist, die deutsche Gewerkschaftskommission. Wie sagt doch **Friedrich Engels**: „Jedenfalls ist doch unser einziger Gegner am Tage der Krise, die um die reine Demokratie sich gruppierende Reaktion.“ In der Tat. Deutsche Rechtssozialisten, die deutsche Gewerkschaftsbureaukratie, die Tusarsozialisten, die Regierung Cerny, das „Prager Tagblatt“, die „Narodni listy“, das „Pravo lidu“, kurz und gut, die tschechischen und deutschen Rechtssozialisten und das gesamte reaktionäre Gesindel auf der einen Seite, der klassenbewußte Teil des Proletariats der tschechischen, der deutschen und der übrigen Nationen auf der anderen Seite. Die Arbeiter ließen sich nicht beirren. Der Generalstreik wurde im tschechischen und deutschen Gebiete wunderbar durchgeführt. Mit Ausnahme von jenen Orten, in denen der Einfluß der Rechts-sozialisten überwog, hielten die Proletarier die Fahne des Sozialismus hoch. Zum ersten Male trat das Proletariat dieses Staates in geschlossener, internationaler Front auf. Es war ein gewaltiger, die ganze Gesellschaft dieses Staates aufwühlender, rücksichtsloser Kampf. Die politische Situation dieses Staates, wie von einem Blitzlicht erhellt, wurde dem Proletariat völlig klar. Der deutsche und tschechische linke Flügel der Arbeiterbewegung, die slowakischen, magyarischen Arbeiter, das Proletariat Karpatho-Rußlands, die überwiegende Mehrheit der tschechischen Legionäre, scharten sich um das Banner der dritten Internationale.

Am Karlsbader Parteitag und am Smeralparteitag, da wollten noch so-undsoviele Arbeiter an die Spaltung nicht glauben. Noch konnten sie es nicht begreifen, daß die Tusars den Klassenkampf nicht wollen, daß die Rechts-sozialisten beider Nationen lieber mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft marschieren, bevor sie sich entschließen können, mit der Arbeiterschaft den rücksichtslosen, kompromißlosen Klassenkampf gegen die Reaktion aufzunehmen. Nunmehr fällt es den Arbeitern wie Schuppen von den Augen. Ein ungeheurer Kampf ward heraufbeschworen. Jeder noch so primitive Arbeiter erkennt, daß die Regierung diesen Kampf provoziert hat. Proletarier werden in Prag, Brüx und Brünn ermordet und der deutsche Parteivorstand erklärt sich **neutral**, die Gewerkschaften erklären, es handle sich um eine **einseitige Angelegenheit** der tschechischen Arbeiter, es gehe nicht um die Ziele des Sozialismus, sondern um den inneren Parteistreit der tschechischen Partei. Jetzt endlich erkennen die deutschen und tschechischen Arbeiter, daß diese Führer des rechten Flügels der Partei und der Gewerkschaft nichts anderes sind als **Deserteure des Klassenkampfes**.

Der linke Flügel der Partei verlangt die sofortige Einberufung eines **außerordentlichen Parteikongresses**. Der Parteitag soll sich entscheiden, entweder für den Verrat der Rechtssozialisten oder für den Klassenkampf der Opposition. Es versteht sich von selbst, daß nunmehr auch für die Smeral-partei **alle Voraussetzungen für die Schaffung der internationalen kommunistischen Partei** der Tschechoslowakei gegeben sind. Sollte es tat-sächlich auch unter den tschechischen links orientierten Arbeitermassen einen Bruchteil gegeben haben, der an „seinen Staat“, die „nase republika“ glaubte, so wurde auch diesem Teil während der letzten acht Tage die Augen gründlich geöffnet. Das gesamte Proletariat dieses Staates hat in den letzten Streiktagen praktisch die Erfahrung machen, uud sich diese Erfahrung mit seinem Blute erkaufen müssen, **daß die Bourgeoisie, und zwar die gesamte Bourgeoisie die Machtmittel der „demokratischen Republik“ genau so im Klassen-kampfe gegen das Proletariat anwendet, wie das früher die Monarchie getan hat, wie das mit einem Worte jeder kapitalistische Staat tut und von seinem Standpunkt aus mit Recht tun muß.** Daraus folgt die heilsame Lehre, daß das Proletariat einen entscheidenden Schritt zum Sozialismus nicht machen kann, solange es nicht imstande ist, den Herrschenden die politische

Macht zu entreißen, die bürgerlich demokratische Republik zu vernichten und die proletarische Demokratie zu begründen. Der Parallelismus ist gegeben. Vor dem Generalstreik konnten auch wir uns nicht entschließen, die Parole zur Gründung der kommunistischen Internationale hinauszugeben, weil wir uns sagen mußten, daß wir ohne den linken Flügel der tschechischen Arbeiterbewegung keine kommunistische Partei im Sinne der Auffassungen Sinowjews wären, sondern daß wir nichts anderes darstellen könnten als eine nationale kommunistische Sekte. Der Schlüssel lag und liegt bei der tschechischen Arbeiterbewegung. Jetzt gibt es kein Hindernis mehr weder für das tschechische noch für das deutsche Proletariat. Auf dem außerordentlichen Parteitage muß sich zeigen, ob sich seine Mehrheit für die Grundsätze des Kommunismus — für die Weltrevolution, oder für den Pazifismus der Rechtssozialisten — also für den Verrat an dem internationalen Klassenkampf entscheidet.

Die Tschechoslowakei soll von den Truppen der Konterrevolution ebenso zum Aufmarschgebiet gegen Rußland benützt werden wie die polnische Republik. Wir zweifeln heute gar nicht mehr daran, daß die Tusars auf der tschechischen und auf der deutschen Seite genau so wie jener polnische Sozialverräter Daszinsky es mit der Konterrevolution gegen Rußland halten werden. Um so notwendiger und dringender ist die Schaffung einer verläßlichen, kommunistischen Partei auf internationaler Basis innerhalb der tschechischen Republik. Hinter dieser Partei steht der entschlossene Teil des Proletariats, der es zu verhindern wissen wird, daß das Territorium der Republik als Aufmarschgebiet gegen Rußland direkt oder indirekt benützt wird.

Wir können uns nicht versagen, in diesem Zusammenhange der Prager Zentralstreikleitung den bitteren Vorwurf zu machen, daß sie sich eine Reihe sehr folgenschwerer Fehler zuschulden kommen ließ. Erstens müßten sofort im Zentralstreikkomitee die Vertreter des Proletariats der anderen Nationen Sitz und Stimme haben. Zweitens muß eine solche Zentralstreikleitung, die einen Generalstreik proklamiert, von vornherein sich völlig über seine konkreten Ziele klar sein. Die acht Forderungen der Prager Zentralleitung wurden in wenigen Stunden auf fünf reduziert. Ferner hat die Zentralstreikleitung unseres Erachtens nicht alle erforderlichen Anstrengungen gemacht, um die Föderation der Eisenbahner zu bewegen, mitzukämpfen. Es ist jedenfalls so viel sicher, daß, wenn von den Deutschen ein Delegierter mit Sitz und Stimme im Zentralstreikkomitee gesessen hätte, ganz energisch versucht worden wäre, und zwar mit Berufung auf die Bereitwilligkeit der deutschen Eisenbahner, den Generalstreik der Eisenbahner zu ermöglichen. Was man jedoch der Zentralstreikleitung absolut nicht entschuldigen kann, was der revolutionären Gesinnung, nicht allein der deutschen, sondern auch der tschechischen Arbeiterschaft direkt ins Gesicht schlägt und im direkten Widerspruch mit der jüngsten politischen Vergangenheit der tschechischen Linkssozialisten steht, das ist der vollkommen unerklärliche Beschluß, den Präsidenten der Republik, Masaryk, als Vermittler anzurufen. Masaryk hat erst vor kurzer Zeit eine ebenso dumme wie wütende Rede gegen den Kommunismus gehalten. Überdies ist sich kein Arbeiter im Zweifel darüber, daß auch Masaryk nichts anderes ist oder sein kann, als eine Puppe in den Händen der herrschenden Bourgeoisie. Eine revolutionäre Partei, die sich auf die Grundsätze der dritten Internationale beruft, die die politische Macht tatsächlich erobern will, die den intransigenten Klassenkampf auf ihre Fahnen schreibt, darf nicht zum Geschäftsführer des kapitalistischen Staates laufen und ihn um seine Vermittlung bitten, von der übrigens auch die Zentralstreikleitung wußte, daß sie zwecklos wäre. Von diesen Fehlern abgesehen, bildet dieser Generalstreik den Beginn der dauernden gemeinsamen Aktion des gesamten Proletariats dieses Staates gegen die Bourgeoisie, gegen die Reaktion, für die Weltrevolution.

Zur Wirtschaftspolitik der proletarischen Diktatur.*)

Von Curt Geyer.

III.

Die Organisation und Leitung der Produktion während der Diktatur des Proletariats ist das Problem, das den sozialdemokratischen Politikern die größten Kopfschmerzen bereitet. Hier ist der Punkt, wo ihr Mangel an Vertrauen in die Fähigkeiten des Proletariats neben ihrem blinden Glauben an die überragende Intelligenz der Bourgeoisie am klarsten in die Erscheinung tritt. Nun ist dies Problem in Deutschland nicht nur oberflächlich theoretisch erörtert worden, sondern es ist von den Verfechtern des Rätegedankens gründlich geprüft worden und hat im Mittelpunkte großer politischer Kämpfe gestanden. Hier ist deshalb der Punkt, wo sich interessante Vergleiche anstellen lassen zwischen den deutschen Anschauungen und der Darstellung, die Varga in seinem Buche über die Organisationsversuche der proletarischen Volkswirtschaft in Ungarn gibt.

Varga geht davon aus, daß neben den expropriierten Betrieben noch eine große Zahl von Kleinbetrieben fortbesteht, die nicht in Gemeineigentum übergegangen sind. Das Problem, die expropriierten Betriebe zusammenzuschließen zu organisierter Produktion, sieht er unter drei Gesichtspunkten: dem des technisch-organisatorischen Aufbaues der Wirtschaft, dem der Materialwirtschaft, und schließlich dem der Menschenwirtschaft. Schon an dieser Einteilung zeigt sich, daß die ungarische Organisation ausgegangen ist von den organisatorischen Grundlagen, die während des Krieges für die Kriegswirtschaft unter dem Gesichtspunkte größtmöglicher Kriegsleistungen geschaffen worden war. Bei der Betrachtung des organisatorisch-technischen Aufbaues bei Varga ergibt sich, daß er ausgeht von der Unternehmung als Grundlage. Die einzelnen Unternehmungen werden zusammengeschlossen zu einer einzigen, nach der Art der kapitalistischen Trusts. An die Spitze dieser Riesenunternehmung wird die Oberleitung, die Betriebszentrale gestellt. In dieser Riesenunternehmung, die alle expropriierten Betriebe eines Industriezweiges des ganzen Landes umfaßt, sind nun die Organe zu schaffen, die die Anordnungen der Zentrale in den einzelnen Betrieben ausführen und zugleich die Leiter der Produktion in den einzelnen Betrieben sind. Zu diesem Zwecke setzte das Volkskommissariat für Volkswirtschaft in Ungarn in jeden Betrieb einen Produktionskommissar, der mit der Leitung des Betriebes beauftragt war. Seine Tätigkeit wurde kontrolliert vom Betriebsrat. Der Produktionskommissar war ein Glied der Organisation der Industrie, er war der Organisationsträger. Der Betriebsrat jedoch vertrat ihm gegenüber nicht die Interessen der Industrieorganisation, sondern die der Arbeiter im Betrieb, er war nicht organisch in das Organisationsschema eingegliedert. Die ungarische Organisation, aufgebaut nach dem Vorbild der kapitalistischen Trusts unter Anlehnung an die Kriegswirtschaft, erhielt dadurch stark bureaukratischen Charakter. Nach unseren Ansichten käme für Deutschland ein so bureaukratisches System der Industrieorganisation nicht in Frage. Nicht ernannte Produktionskommissare, sondern gewählte Betriebsräte müssen nach unseren Anschauungen in Deutschland die Träger der Organisation sein. Nicht die Unternehmung, sondern die Arbeiterschaft der Unternehmung muß ihre Grundlage bilden. Dadurch wird notwendig auch das Verhältnis zwischen dem technischen Leiter der Unternehmung und dem Betriebsrat ein anderes. Nach dem ungarischen System müssen die Befugnisse des Betriebsrats gegenüber dem Produktionskommissar sehr weit eingeschränkt werden, während in Deutschland, wo sie nach unseren Anschauungen die Autorität

*) I. und II. siehe Nummer 4.

der Arbeiterleitung repräsentieren sollen, ihre Grenzen viel weiter gezogen werden müssen.

Der ungarische Produktionskommissar hatte, wie aus Varga hervorgeht, ziemlich große Bewegungsfreiheit, und die technische Organisation in Betriebszentralen muß deshalb verhältnismäßig lose gewesen sein. Ein exakter Wirtschaftsplan ist von ihnen nicht ausgegangen. Um so eher machte sich eine Einrichtung notwendig, die die Funktion des bureaukratischen Systems überwachen sollte. Entsprechend dem großen bureaukratischen Aufbau wurde diese Einrichtung geschaffen durch die Einstellung von berufsmäßigen Revisoren, die ebenso Beamte der Betriebszentrale waren, wie die Produktionskommissare Beamte waren. Die systematische Arbeiterkontrolle muß natürlich einem solchen System gegenüber zu ziemlich dekorativer Bedeutung herabsinken. Der Grund dafür, daß in Ungarn ein solches bureaukratisches System gewählt wurde, liegt einmal darin, daß die Ansätze daran in der Organisation der Kriegswirtschaft gegeben waren, daß das Beamtenheer sich äußerlich willig zeigte, vor allem aber darin, daß die ungarischen Arbeiter nicht auf die Aufgabe der Produktionskontrolle und Produktionsleitung vorbereitet waren, sondern noch durchaus im Banne sozialdemokratischer Anschauungen standen.

Nach unseren Anschauungen für die Organisation der Produktion in Deutschland muß der Arbeiterkontrolle eine größere und wesentlichere Bedeutung zukommen. Da die Betriebsräte die eigentlichen Träger der Organisation und der Produktionskontrolle sind, da sie in das Organisationsschema einbezogen sind, unterliegen die einzelnen Betriebe ständiger systematischer Kontrolle, die einzelnen Betriebsräte aber auch ständiger Kontrolle durch die Organisation sowie durch die Arbeiter selbst. Der Arbeiterschaft steht nach diesem System nicht ein neuer bureaukratischer Apparat gegenüber, auf den sie nur sehr indirekten Einfluß hat bei den allgemeinen politischen Entscheidungen, sondern eine Arbeiterorganisation, auf die die Arbeiterschaft eines jeden Betriebes direkten Einfluß ausüben kann durch die Wahl ihres Betriebsrats. Der andere Vorzug dieses Systems gegenüber dem ungarischen besteht darin, daß der Einfluß der Arbeiterschaft auf die Produktion in nicht enteigneten Betrieben geltend wird. Sobald die Arbeiter dieser Betriebe in die Organisation einbezogen sind und das Recht der Produktionskontrolle im Rahmen der von den Zentralen gegebenen Richtlinien ausüben, ist das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel in diesen Betrieben tatsächlich in die Hand der Arbeiter übergegangen, wenn auch die juristische Enteignung noch ausstehen sollte. Eine solche Organisation hat weit größere Möglichkeiten, der Beamten- und Angestelltensabotage entgegenzutreten. Vor allen Dingen aber bringt sie der Arbeiterschaft am klarsten zum Bewußtsein, daß sie in ihrem Betrieb zu stehen hat nicht als absoluter Herr und neuer Inhaber von Privateigentum, sondern als Organ eines Ganzen. Es gibt kein besseres Mittel der Aufklärung zur Verhinderung des Betriebsegoismus und Partikularismus als die Arbeiterorganisation der Produktionskontrolle, die am ehesten die Blicke auf die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge lenkt.

Die ungarische Organisation, die uns Varga schildert, war dazu nicht besonders geeignet. Ihre Trennung in Betriebszentralen und Materialämter mußte die Zusammenhänge zerreißen und dazu noch organisatorische Schwierigkeiten schaffen. Neben die Betriebszentralen traten die Materialämter, die direkt an die Einrichtungen der Kriegswirtschaft anknüpften. Die Einrichtung dieser Materialämter zeigt, wie sehr in der Wirtschaftspolitik der proletarischen Diktatur in Ungarn noch sozialdemokratische Gedankengänge lebendig gewesen sind. Die politisch unheilvolle Koalition der Sozialisten mit den Kommunisten hat hier ihren wirtschaftspolitischen Ausdruck gefunden.

In diesen Materialämtern waren neben den Beamten die Gewerkschaftsleitungen vertreten, die die in Frage kommenden Materialien verwerteten. Der Gedanke, daß die Gewerkschaftsleitungen sich an den Ämtern beteiligen sollten,

um einen Einblick in die wirtschaftliche Verwaltung zu erhalten und in ihre Leitung eingeführt zu werden — ein echt sozialdemokratischer Gedanke — wurde hier realisiert.

Diese Materialämter aber hatten die wichtigsten wirtschaftspolitischen Funktionen. Ihre Aufgabe war es, die vorhandenen Materialien aufzunehmen, sie ständig evident zu halten und sie zu dirigieren. Die Zuweisung erfolgte auf Grund einer Dringlichkeitsskala, bei der die Quoten für die lebenswichtigen Betriebe festgesetzt wurden. Es war also im wesentlichen das System der Kriegswirtschaft.

Gegen dieses System erheben sich schwere Bedenken. In Ungarn standen Betriebszentrale und Materialämter nebeneinander. Die Aufgaben der Betriebszentralen waren technisch-organisatorisch, die der Materialämter statistisch-wirtschaftspolitisch. Das Materialamt war also die eigentlich leitende Wirtschaftsbehörde. Die Materialämter bestimmten, was im Lande produziert werden sollte. Ihr Einfluß erstreckte sich also nicht nur auf einen Industriezweig, sondern auf mehrere zugleich, während jeder Industriezweig es mit einer Reihe von Materialämtern zu tun hatte. Der Verkehrsweg aber ging anscheinend nicht vom Materialamt zur Betriebszentrale und von da zum einzelnen Betrieb, sondern direkt vom Materialamt zum einzelnen Betrieb und umgekehrt — eine Praxis, die die straff zentralistische Landorganisation der Wirtschaft erschweren muß.

Aus der Nebeneinanderexistenz von Betriebszentralen und Materialämtern müssen sich Reibungen ergeben. Die Kompetenzkonflikte sind unausbleiblich, wenn die einzelnen Betriebe mit den Materialämtern verkehren, während über ihre technische Ausnutzung die Betriebszentrale zu entscheiden hat. Die Aufstellung einer Dringlichkeitsskala bedeutet noch keine planmäßige Wirtschaft und gewährleistet keineswegs die Parallelität der Maßregeln der Materialämter und der Betriebszentralen. Es ist auch nicht recht ersichtlich, wie bei diesem System die statistischen Funktionen verteilt werden sollen. Die Betriebszentrale braucht für ihre Tätigkeit eine exakte Statistik, das Materialamt nicht minder. Wenn auch beim Materialamt größerer Wert auf diese statistischen Elemente gelegt wird, bei der Betriebszentrale auf jene, so ist doch ein exaktes und fruchtbares Funktionieren beider nicht möglich ohne die Kenntnis aller Elemente der Produktionsstatistik. Eine exakte Produktionsstatistik muß also bei beiden Stellen vorliegen. Man kann schließlich eine planmäßige sozialistische Wirtschaft nicht allein auf Grund eines Überblicks über die vorhandenen Materialien aufbauen.

Varga ist auf das Problem, das sich hier ergibt, eingegangen. Er wirft die Frage auf, ob überhaupt die Trennung von Materialamt und Betriebszentrale aufrechterhalten werden dürfe angesichts der Tatsache, daß ihre Aufgaben sich durchkreuzen. Leider ist die Antwort, die er auf dies Problem gibt, nur sehr knapp begründet. Hier scheint uns angesichts der Tatsache, daß in Ungarn diese Trennung aufrechterhalten worden ist, ein sehr wesentliches organisatorisches Problem der proletarischen Wirtschaftspolitik vorzuliegen. Es scheint uns, als hätte bei längerer Fortdauer dieses Zustands in Ungarn eine sehr heftige Konkurrenz zwischen beiden Ämtern einsetzen müssen, die schließlich doch zu anderer Lösung geführt hätte. Varga meint, daß die Trennung der Ämter rätlich sei, da sie völlig verschiedene Aufgabenkreise hätten. Aber hier liegt gerade ein Fehler. Der Aufgabenkreis der Betriebszentrale und der des Materialamts greifen völlig ineinander. Sie lassen sich nicht trennen, ohne daß sich Störungen ergeben. Die technischen Gründe, die Varga anführt, erscheinen uns nicht als durchschlagend. Er verweist darauf, daß ein Eisenhüttenwerk Thomasschlacke als Nebenprodukt liefere, daß aber die Eisenzentrale sich weniger zur Verteilung der Thomasschlacke eigene, als ein Kunstdünger- oder Chemikalienamt. Für den Fall aber, daß man beide Funktionen vereinigt, würde die Verteilung dieses Nebenprodukts durch die Eisenzentrale nicht direkt an die verbrauchenden Betriebe erfolgen, sondern durch die Zentralen der verbrauchenden Industrien, denen es überwiesen wird,

gemäß den Richtlinien eines über allen stehenden Wirtschaftsrats. Der technische Vorgang der Transportierung vom Produktionsort zum Verbrauchsort unter Vermeidung von Umwegen braucht davon nicht berührt zu werden. Diese Praxis aber muß die Übersicht und die zentrale Direktion ungemein erleichtern. Diese Argumentierung Vargas erscheint uns deshalb nicht als ausschlaggebend.

Nun ist richtig, daß durch die Praxis der Materialämter die neue Gemeinwirtschaft entscheidenden Einfluß auf die Reste der Privatwirtschaft gewinnen kann. Die Praxis ähnlicher Ämter in Deutschland während des Krieges hat den Verwaltungsprozeß der handwerksmäßigen Betriebe beschleunigt. Aber in einem nichtbureaukratischen System, in dem die Zentralen durch die Betriebsräte ohnehin die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben, bedarf es dieser indirekten Methode nicht.

Innerhalb der an der Spitze eines Industriezweigs stehenden Zentrale wird es sicher praktisch sein, eine Abteilung für Materialübersicht und Verteilung zu haben — aber eine solche ressortmäßige Unterteilung ist auch noch kein zwingendes Argument für die völlige Trennung in Betriebszentralen mit technisch-organisatorischen Aufgaben und in Materialämter mit statistisch-wirtschaftspolitischen Aufgaben, wie sie Varga empfiehlt.

Für unsere deutschen Verhältnisse kommen wir zu einem anderen Schlusse als Varga. Wir sind nicht für ein bureaukratisches System in Anlehnung an die Kriegswirtschaft, sondern für ein neues organisch aufgehendes System der wirtschaftlichen Verwaltung, das sich auf die Betriebsräte der Arbeiterschaft aufbaut. In diesem System darf es keine organisatorische Trennung zwischen Betriebszentrale und Materialamt geben, ebenso keine Trennung der statistischen Funktion, sondern im Zuge dieses Systems müssen alle Funktionen vereinigt sein und sich schließlich in der obersten Instanz konzentrieren, wo das — wir wollen einmal sagen wirtschaftliche clearing sich zwischen den einzelnen Industrieleitungen vollzieht. Wir wissen freilich, daß die ungarische Praxis mit anderen Verhältnissen zu rechnen hatte als wir, und daß auch wir nicht wissen, zu welchen wirtschaftspolitischen und organisatorischen Maßnahmen uns die Umstände der Machtergreifung zwingen können.

Das schwierigste Problem bei der Organisation der proletarischen Volkswirtschaft ist sicherlich das der Menschenwirtschaft. Wir gehen hier nicht auf die Schwierigkeiten ein, die sich aus der Ideologie ergeben, aus dem Haften an der alten Arbeitsstätte oder am Wohnort, aus der Ungeeignetheit mancher Bevölkerungskategorien zu verschiedenen Arbeiten usw., sondern wir beschäftigen uns mit der organisatorischen Seite des Problems. Es handelt sich zunächst darum, die verfügbaren Arbeitskräfte — nicht um die bisher arbeitenden, sondern auch die Arbeitslosen und die nichtarbeitenden aber arbeitsfähigen Individuen aus der Bourgeoisie zu erfassen und evident zu erhalten.

Varga gibt für die ungarische Praxis an, daß man die Krankenkassen mit dieser Aufgabe betraut habe, einmal des vorhandenen Materials wegen, dann aber, um damit gleichzeitig eine Kontrolle darüber zu verhindern, daß nicht gleichzeitig Krankenunterstützung und Erwerbslosenunterstützung bezogen werde. Auch diese Praxis paßt sich in den Rahmen des ungarischen bureaukratischen Systems ein. Aber sie liefert nicht mehr als eine ganz rohe Unterlage, die noch mannigfaltiger Gliederung bedarf, um sie für die Zwecke einer planmäßigen sozialistischen Wirtschaft brauchbar zu machen. Man muß in der allgemeinen Produktionsstatistik nicht nur die Arbeitskräfte der Zahl nach erfassen, sondern auch nach ihrer Ausbildung und nach ihren Verwendungsmöglichkeiten. Die personelle Seite der Produktionsstatistik muß als Unterlage der Arbeitsvermittlung dienen. Es muß also dafür gesorgt werden, daß das statistische Material bereits unter diesem Gesichtspunkt gegliedert anfällt. In Deutschland kann eine Arbeiterstatistik sich stützen auf das Material der Krankenkassen, der Angestelltenversicherung, der Erwerbslosenämter und den Gewerkschaften. Aber keine dieser Stellen füllt das

statistische Material so an, wie es für die Zwecke der allgemeinen Wirtschaftsleitung gebraucht wird. Dieses Material ist außerordentlich wertvoll für die erstmalige Aufnahme des Bestandes und die Schaffung der ersten Grundlage, aber für die fortlaufende Bewegungsstatistik und für die Evidenthaltung ist es notwendig, daß innerhalb der Organisation der Produktion die Organe für diese Statistik geschaffen werden. In Ungarn ist es dazu nicht mehr gekommen, und Varga beschränkt sich auf ganz generelle Andeutungen, aus denen sich aber erkennen läßt, daß neben Betriebszentralen auch Materialämter als dritte selbständige Organe die Krankenkassen treten sollten. Aus dieser Einteilung, die für die innere Organisation des einheitlichen wirtschaftlichen Verwaltungsapparats ein brauchbarer Gesichtspunkt ist, nun schließlich ein überaus schwerfälliger bureaukratischer Apparat resultieren. Auch hier treten die Vorzüge des auf die Betriebsräte aufgebauten einheitlichen Systems gegenüber diesem bureaukratischen System sichtlich hervor. In einem solchen System sind die Betriebsräte Träger der Produktionsstatistik, damit auch der Statistik der Arbeitskräfte. Bei allen Stellen dieser Organisation bis zur höchsten füllt unmittelbar das statistische Material an, das sie für ihre Funktion brauchen, und zwar in der Gliederung, in der sie es verarbeiten müssen. Fassen wir innerhalb dieses Systems die Tätigkeit der Arbeitsvermittlung an der Stelle ins Auge die die Leitung einer Industriegruppe innerhalb eines Wirtschaftsbezirks innehat (Bezirksgruppenrat). Diese Stelle hat infolge der Angaben der Betriebsräte einen exakten Überblick über die in ihrer Gruppe beschäftigten Arbeitskräfte, unterschieden nach den verschiedenen Kategorien der Tätigkeit. Sie kann erstmalig Überblick über die außerhalb der Beschäftigung stehenden erhalten auf Grund des Materials von Gewerkschaften und Erwerbslosenunterstützungsämtern, auf die Dauer durch die Angliederung der Erwerbslosenstatistik an die Betriebsräteorganisationen. Auf Grund dieses Überblicks kann sie disponieren und ihre Erfordernisse oder Überschüsse nach oben weiterleiten. Das ist ein relativ einfacher Vorgang. Demgegenüber scheint uns die Methode der Arbeitsvermittlung auf die von Varga angegebenen Grundlage von einer wirklich planmäßigen Menschenwirschaft ebensoweit entfernt zu sein wie die Tätigkeit der Materialämter von einer wirklich planmäßigen Produktionsleitung im Sinne der Bedarfsdeckungswirtschaft, ein Abbild der Organisation des „Hilfsdienstes" während des Krieges.

Nun gibt Varga über die Arbeitsvermittlung nur prinzipielle Richtlinien, da dieser Zweig der Organisationen in Ungarn am weitesten zurück war, und der Ausbau durch den Sturz der Diktatur unterbunden wurde. Schaffung produktiver Arbeit zur Förderung der Ergiebigkeit, selbst wenn die Arbeitslosen das Produkt überholt, Dirigierung von Arbeitskräften in die Agrikultur, Durchbrechung aller gewerkschaftlichen Schranken, die der Umdirigierung entgegenstehen —, das sind die allgemeinen Gesichtspunkte, die er gibt.

Die Organisation dafür war in Ungarn nicht vorbereitet, es war lediglich eine Sektion des Obersten Volkswirtschaftsrats dafür gebildet worden. Das konnte natürlich nicht genügen, man hätte beim Fortbestand der Diktatur sich besondere Organe schaffen müssen. Dabei aber hätte sich ein neues wesentliches Moment gegen die Nebeneinanderexistenz von Betriebsvertretern und Materialämtern ergeben. Gerade auf dem Gebiet der Beschäftigung der Arbeitskräfte und der Arbeitsvermittlung liegt die Gefahr der Kreuzung der Anordnungen der Betriebszentralen und Materialämter am nächsten, und wenn nun zu beiden noch das Organ für die Vermittlung der Arbeitskräfte tritt, so wird die Lieferfrist unvermeidbar, daß schwerste Divergenzen auftreten.

Es geht überhaupt nicht an, so glauben wir, daß in der Verwaltung der proletarischen Volkswirtschaft verschiedene selbständige Verwaltungsressorts nebeneinander herlaufen, die nur dadurch verbunden sind, daß sie alle in derselben Zentralinstanz ressortieren. Die wirtschaftliche Verwaltung muß eine Einheit darstellen, wie auch alle ihre Teilprobleme einen entbehrlichen Bogenkomplex bilden. Die Umstellung der Produktion auf die Bedarfsdeckungswirtschaft erfordert ein-

schneidender Maßregeln auf technisch-organisatorischem Gebiete, auf dem Gebiete der Materialwirtschaft wie auf dem der Menschenwirtschaft. Aber alle diese Maßnahmen müssen im Einklang stehen nicht nur der allgemeinen Tendenz nach, sondern auch ihrem zahlenmäßig erfaßbaren Ausmaß nach. Diese Übereinstimmung kann nicht gewährleistet werden durch eine Zentralinstanz, wenn die unteren Verwaltungsorgane nach diesen drei Einleitungsgesichtspunkten selbständig und unabhängig voneinander sind. Dieses Ziel kann nur erreicht werden von einem Verwaltungssystem, in dem alle Organe die Elemente von allen drei Fragengruppen im Rahmen ihrer Reichweite überblicken und davon ausgehend die Maßnahmen auf allen drei Gebieten einheitlich und übereinstimmend anordnen. Wir glauben, daß ein System der Betriebsräteorganisation, dessen größtes Gerippe in unserer Propaganda in Deutschland eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hat, diese Aufgabe erfüllen kann. Damit aber wurde es bedeutend leichter, eins der brennendsten Probleme der Arbeitsvermittlung, zu lösen: die Erwerbslosenfrage. Ein System, wie es Varga vor Augen gehabt hat, muß noch an den Mängeln des heutigen Systems der Erwerbslosenunterstützung kranken. Für ihn ist deshalb die Frage der Höhe der Erwerbslosenunterstützung gegenüber dem Arbeitslohn noch Problem. Das Problem verschwindet, wenn durch einheitliche Wirtschaftsorganisation die Eingliederung der Arbeitslosen in die Betriebe erleichtert wird.

Das ganze der wirtschaftlichen Verwaltung in Ungarn zeigt sich uns nach dem Vargaschen Buch schließlich so: an der Spitze der oberste Volkswirtschaftsrat, der in Präsidium und Ausschuß gegliedert war. Das Präsidium bestand aus vier Volkskommissaren, von denen jeder Sektionsleiter war. Der Ausschuß setzte sich zusammen aus den Sektionsleitern, Vertretern der Gewerkschaften, der lokalen Wirtschaftsräte, der Konsumgenossenschaften und der Agrarzentrale. In den Provinzzentren bestanden lokale Wirtschaftsräte, bestehend aus Delegierten des lokalen politischen Rates, der Gewerkschaften, der Vertreter großer Betriebe, der Konsumentenorganisationen. Betriebszentralen und Materialämter waren die eigentlichen verwaltenden Organe. Es war der Versuch einer zentralistischen Organisation der Wirtschaft. Diese Organisation hatte stark bureaukratischen Charakter. Der Anteil der Arbeiter an der Organisation und dem Aufbau der Wirtschaft war dementsprechend relativ sehr gering. Daraus aber ergaben sich Funktionsschwierigkeiten. Es herrschte Beamtenmangel. Die Gewerkschaftsbeamten blieben lieber in ihren Gewerkschaftsstellen — in der Arbeiterschaft aber fehlte der Sinn für die organisatorischen Aufgaben, weil es keine kommunistische Partei gab, die ihn geweckt hätte.

Varga vergleicht die ungarische Organisation mit der russischen. In Rußland große räumliche Entfernungen und Dezentralisation, in Ungarn kleines Territorium und Zentralisation. In Rußland eine starke kommunistische Partei, heftiger Widerstand der Bourgeoisie — also Arbeiterkontrolle, in Ungarn keine kommunistische Partei, Resignation der Bourgeoisie — also bureaukratisches System. Wir möchten diesen Vergleich fortsetzen und Deutschland in ihn einbeziehen. Uns echeinen in Deutschland noch viel mehr als in Ungarn alle Vorbedingungen für dine straff zentralisierte Wirtschaftsleitung gegeben: stärkste Industriekonzentration, dichtes Verkehrsnetz. Wie sich die deutsche Bourgeoisie bei der Verwirklichung eer Diktatur verhalten wird, wissen wir nicht. Aber wir haben in Deutschland ine kommunistische Partei. Wir haben ein Proletariat, das auf seine Funktion als Umgestalter der Produktion ideologisch vorbereitet ist. Wir stellen uns demnach die straff zentralisierte Wirtschaftsleitung nicht nach einem bureaukratischen System vor, sondern nach einem System, aufgebaut auf der Entscheidung der Arbeiter, bei denen jedes Organ getragen ist vom Vertrauen der Arbeiter. In diesem System, dem Betriebsrätesystem, sehen wir eine Organisationsform, die die Eingliederung und Beschäftigung von Spezialisten, die Niederringung gewerkschaftlicher Widerstände, die Durchbrechung des Beamtenwiderstandes sehr erleichtert dem bureaukratischen System gegenüber, und obendrein den ideologischen Einfluß

auf die Arbeiter zur Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin und Arbeitsintensität gewaltig verstärkt. Wir wissen freilich auch, daß sich nicht eine für alle Länder allgemein gültige Organisationsform aufstellen läßt, und daß das, was wir in Deutschland für möglich halten, Anfang 1919 in Ungarn nicht möglich gewesen wäre. Diese Organisationsfragen lassen sich nicht nach reinen Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten entscheiden. In Deutschland aber halten wir die ideologischen Voraussetzungen für das Betriebsrätesystem als Wirtschaftsorganisation für gegeben. Nicht umsonst haben wir seit nunmehr zwei Jahren den Gedanken der Räteorganisation in der deutschen Arbeiterschaft propagiert, in Wort und Schrift und im Kampfe. Die Betriebsräte sind heute in Deutschland Arbeiterorgane, die zum festen Eigentum der großen Klasse geworden sind, und die aktive Vorhut ist erfüllt von der Idee der Wirtschaftsleitung durch die Betriebsräte. Die besten Notwendigkeiten der Revolution, des Bürgerkriegs freilich können wir nicht voraussehen, und auch nicht, wie weit sie auf die Organisation einwirken werden — aber der ideologische Bestand der deutschen Arbeiterklasse macht es uns gewiß, daß die Wirtschaftspolitik der proletarischen Diktatur in Deutschland ein noch geschlosseneres und vollkommeneres Bild bieten wird als in Ungarn. Die deutschen revolutionären Arbeiter aber werden nie vergessen, daß sie aufbauen auf den Erfahrungen, die neben den russischen die ungarischen Proletarier in der Periode der Diktatur gesammelt haben.

Bildungsarbeit in der Revolution.

Von **Paul Böttcher**.

Die größten positiven Leistungen hat die russische Revolution neben der militärischen Abwehr der inneren und äußeren Konterrevolution zweifellos auf kulturellem Gebiete vollbacht. Die bürgerlich-proletarische Revolution des Jahres 1905 hatte das Bewußtsein der Industriearbeiter gewaltig radikalisiert. Sie brachte jedoch keine Umwälzung der Machtverhältnisse. Der zaristische Absolutismus erhielt nach wie vor die breiten Bauernmassen in Unwissenheit. Die proletarische Revolution im Jahre 1917 mußte in Rußland erst beginnen, was in Westeuropa die bürgerlichen Revolutionen bereits gelöst hatten. Die Bolschewikirevolution muß die Arbeiter und Bauern lesen und schreiben lehren. In einem Aufsatz über die Erziehungsarbeit in Sowjetrußland teilt N. **Krupskaja** mit: „In Rußland sind wir gezwungen, unsere Aufmerksamkeit solchen Arten der Bildungsarbeit zuzuwenden, die im anderen Europa nicht mehr vonnöten sind. Wir erbten vom Zarismus Millionen Analphabeten. So sind in der Provinz **Saratow** zwei Millionen Analphabeten zu verzeichnen; ebenso in der Provinz Wjarka zwei Millionen, 1 500 000 in der Provinz Homel, 1 200 000 in der Provinz Rjasan, 300 000 in Pensa, 500 000 in Walogda, 870 000 in Pskow, 500 000 in Kasan, 440 000 in Nischmi-Nowgorod und 62 000 in der Stadt **Petersburg**. Das Analphabetentum ist im Osten besonders groß. Die Bevölkerung der Uralprovinzen besteht zu 75 % aus Analphabeten, im Atai gibt es 78 %, in Simbirsk 80 % und in Tjumen und Astrachan je 93 % Analphabeten.“ Es besteht jetzt in Sowjetrußland eine außerordentliche Kommission für die „Ausrottung des Analphabetentums“, die eine sehr umfangreiche Tätigkeit entfaltet. Es sind Schulen errichtet, die von der gesamten erwachsenen männlichen Bevölkerung besucht werden. Petersburg ist in 500 Schulbezirke eingeteilt, in denen je 1 oder 2 Schulen vorhanden sind. Für die Bevölkerung werden **Fibeln** in den verschiedensten Sprachen gedruckt. Es ist bekannt, daß sich Maxim **Gorki** besonders an der geistigen Befreiung des russischen Proletariats beteiligte. Nach

den Mitteilungen Krupskajas wenden verschiedene Sowjets Zwangsmittel an zur Bekämpfung des Analphabetentums. Im Gouvernement Kasan werden z. B. diejenigen, die sich weigern, die Analphabetenschulen zu besuchen, zu 5000 Rubel Geldstrafe oder drei Monaten Zwangsarbeit verurteilt, außerdem werden ihnen die Lebensmittelkarten entzogen. In Petersburg werden diejenigen, welche die Analphabetenschulen nicht besuchen wollen, in eine niedrigere Lebensmittelkategorie eingeteilt, vor dem Volksgericht einer Prüfung unterworfen und aus ihrer Gewerkschaft ausgeschlossen. Andere Sowjets gewähren den Besuchern der Analphabetenschulen Privilegien, um sie zu fleißigem Lernen anzureizen. Der Rat der Volkskommissare hat ein Budget von 4½ Billionen Rubel bewilligt, um die Ausgaben der Außerordentlichen Kommission zur Ausrottung des Analphabetentums zu decken. Das Kommissariat für Außenhandel hat Bleistifte, Federn und Papier für 6½ Millionen Menschen bestellt, die während des Jahres 1920 die Analphabetenschulen besuchten. Aus diesen kurzen Angaben ist ersichtlich, welche enormen Leistungen die russische Revolution auf geistigem Gebiete zu vollbringen hat. Das Analphabetentum der Bauernschaft erschwert naturgemäß die Aufklärungsarbeit der Sowjets. Aus ihm ist auch die außerordentlich verbreitete Plakatpropaganda erklärlich. Ebenso z. T. die rasche Ausbreitung des Theaterspiels. Dort, wo die Sowjets des Lesens und Schreibens kundige Arbeiter und Bauern vorfinden, setzen sie sofort mit einer umfassenden Lehrtätigkeit im Sinne des Kommunismus ein, um den Hörern die Zusammenhänge des gesellschaftlichen Geschehens nahezubringen. Neben den Schulen für Analphabeten wurden noch Schulen für des Lesens und Schreibens Kundige geschaffen. In den Programmen dieser Schulen wird der Mathematik, den Naturwissenschaften, der Wirtschaftsgeographie, wirtschaftlichen Plänen für staatlichen Aufbau und der Arbeitsgeschichte besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Es bestehen aber auch noch Schulen für Partei- und Sowjetarbeit, die für den Aufbau der kommunistischen Wirtschaft von großer Bedeutung sind, ebenso wie die Swerdlow-Universität in Moskau, deren Partei und Sowjetkurse von Tausenden junger Arbeiter besucht werden. Das im stetigen Ausbau begriffene Bibliothekwesen bildet die notwendige Ergänzung zu diesen Bildungsmitteln. Es sei noch darauf hingewiesen, daß in Rußland die Autodidaktenzirkel ein nicht zu unterschätzender Kulturfaktor sind.

In Deutschland findet die proletarische Revolution völlig andere geistige Voraussetzungen. Die industrielle Revolution brauchte eine intellektuell hochstehende Arbeiterschaft, die fähig war, den komplizierten Mechanismus der maschinellen Produktion zu regieren. Die herrschende Klasse schuf aus diesem Grunde Zuchtanstalten, wo das Proletariat neben den notwendigsten mechanischen Kenntnissen den Glauben an Gott und die Allgewalt und Unfehlbarkeit der Obrigkeit eingebläut bekam. In Deutschland laufen die Arbeiter mit einer ungeheuren Menge religiösem und geschichtlichem Ballast einher, den die kommunistische Revolution erst beseitigen muß. Diese Müllkutscherrolle ist der russischen Revolution im wesentlichen erspart geblieben, wenn auch sie natürlich gegen religiöse und abergläubische Wahnvorstellungen anzukämpfen hat. Die kommunistische Revolution in Deutschland hat aber nicht nur gegen die Überlieferungen von Staat und Kirche anzukämpfen. Sie hat einen gleich heftigen und nicht minder notwendigen Kampf zu führen gegen die reformistischen Illusionen einer traditionellen Führerhierarchie und gegen die konterrevolutionäre Geistesverfassung ganzer Proletarierdynastien. . Um so schärfer muß das Schwert der kommunistischen Partei sein, das den Dornbusch kapitalistischer Denkart zerhackt und die Gasse schlägt zur einheitlichen geistigen Orientierung der Arbeiterklasse.

Es ist die geschichtliche Aufgabe der Vereinigten Kommunistischen Partei, das revolutionäre Proletariat in Deutschland unter seine einheitliche theoretische und praktische Führung zu bringen. Dies muß kämpfend und bildend geschehen. Der

Kommunist kennt keine abstrakte Bildungsarbeit. Sie steht bei ihm in innigster Wechselwirkung mit dem Kampf. In der Schule des Kampfes wächst der Kommunist beständig über sich selbst hinaus und erwirbt die Fähigkeit zur Erfüllung fortgesetzt sich steigernder Ansprüche an seine Aufgaben als Kämpfer. Die Vereinigte Kommunistische Partei stellt an den einzelnen höchste Anforderungen in bezug auf seine Klassensolidarität. Sie verlangt von ihren Anhängern jedoch ebenso strengste Anspannnung aller geistigen Kräfte im Dienste des Kommunismus.

Der Arbeiter durchläuft in seiner Entwicklung zum Kommunismus gewöhnlich zwei Phasen: in der ersten können wir ihn den unbewußten und in der zweiten den bewußten Klassenkämpfer nennen. Der aktive regsame Teil des Proletariats durchläuft die erste Phase verhältnismäßig rasch. In proletarischen Verhältnissen geboren, findet der junge Arbeiter heute schnell den Weg zur Organisation. Er kennt nicht die Hindernisse der voraufgegangenen Generation, die zum Teil proletarisiertes Kleinbürger- und Kleinbauerntum ist. Die langsam denkenden unpolitisch veranlagten Naturen bleiben in vielen Fällen, trotz ihrer Zugehörigkeit zu einer Organisation, in der ersten Phase der Entwicklung stecken. Sie sind wohl mit ihrer Klassenlage vertraut, haben sich aber noch nicht zu bewußten Kämpfern durchgerungen.

An die breiten Schichten der Massen, die die erste Phase ihrer Entwicklung durchlaufen, muß sich die kommunistische Bildungsarbeit vor allem wenden. Das bereits gewonnene Neuland muß planmäßig und intensiv bearbeitet werden. In diesem Augenblick tritt an die kommunistische Bildungsarbeit die konkrete Frage: Welches Bildungsziel hast du? Für wen willst du deine Arbeit verrichten? Die Antwort kann nur lauten: Das Ziel unserer Bildungsarbeit ist das Ziel der Kommunistischen Partei. Es ist das Klassenziel des Proletariats: die kommunistische Gesellschaft. Die kommunistische Bildungsarbeit muß also in erster Linie den Riß zwischen dem Arbeiter und dem bürgerlichen Staat vergrößern. Sie hat einen geistigen Abgrund auszuschaufeln zwischen dem Arbeiter und den Aneignern seiner Arbeitskraft. Sie hat die völlige Aussichtslosigkeit der proletarischen Existenz aufzudecken. Nach Verrichtung dieser negativen Aufgabe, nach dem Abbruch der Quadermauern der bürgerlichen Ideologie folgen die positiven Aufgaben: der Aufbau der kommunistischen Ideologie. Die kommunistische Bildungsarbeit darf keine Aristokratenschicht von eingebildeten Bildungsphilistern schaffen innerhalb der Arbeiterklasse. Sie muß sich davor hüten, eine geistige Arbeiteraristokratie zu züchten, die unter dem spöttelnden Hinweis auf die „Unreife" der Proletarier zwischen sich und der bestehenden Ordnung ein Kompromiß schließen. Diese modernen Philister der Vortragssäle und Theater sind nicht das Ideal der kommunistischen Bildungsarbeit. Ebensowenig wie die egoistische gewerbliche Fachstreberei in den gewerkschaftlichen Fachklubs. Die kommunistische Bildungsarbeit hat anzustreben die möglichst weitgehende Verbreitung des Wissens über die Gesellschaft im Proletariat. Bei dieser Arbeit muß die kommunistische Partei so verfahren, daß das erworbene Wissen auf jeden Fall angewendet werden kann im Kampfe um die Eroberung der politischen Macht.

So verhältnismäßig jung die Bildungsarbeit in der proletarischen Bewegung ist, soviel üble Traditionen hat sie schon gezüchtet. Die Kommunistische Partei darf an diese Traditionen nicht anknüpfen. Ihre erste Aufgabe ist es, den Arbeitern die Grenzen der Bildungsarbeit innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsform aufzuzeigen. Die Kommunistische Partei muß den Wissens- und Bildungsdrang in denjenigen Schichten des Proletariats, die die erste Phase jener oben angedeuteten Entwicklung durchlaufen, planmäßig steigern, um den Arbeitern an einem bestimmten Punkte zu erklären: „Jetzt versagen unsere Bildungsmittel. Wir stoßen uns an die ökonomische

Mauer der Profitwirtschaft. Wir können nur weiter, wenn wir diese Mauer niederreißen." Es ergibt sich hieraus, daß die Kommunisten auch die Frage der Arbeiterbildung zuspitzen müssen auf die **Machtfrage**. Damit wird auch die Bildungsarbeit am Proletariat zu einem politischen Kampfobjekt. Diese grundsätzliche Feststellung führt uns zu der Erkenntnis, daß die Bildungsfrage ebenso eine Teilfrage im Kampfe um die kommunistische Gesellschaft ist, wie die Arbeitslosen- oder Frauenfrage. Die Beseitigung des Klassenvorrechts auf Wissen und gute Schule ist nur zu erreichen durch die Aufhebung der Klassen.

Die außerschulmäßig auf freiwilliger Beteiligung beruhende Bildungsarbeit an den Erwachsenen, von der hier die Rede ist, wird gegenwärtig mit erhöhtem Eifer von der besitzenden Klasse betrieben. Der Volkshochschulrummel ist ein sprechender Beweis für das Bestreben der Bourgeoisie, dem Arbeiter die liberalen Theorien der individualistischen Wirtschaft schmackhaft zu machen. Es ist die Aufgabe der Lakaien der herrschenden Klasse, in die Reihen der Arbeiter mit Hilfe der „Wissenschaft" Verwirrung hineinzutragen. Obwohl die wirtschaftlichen Kämpfe gegenüber diesen Tendenzen ein Korrektiv darstellen, so sind die Kommunisten nicht imstande, umfassend dieser kapitalistischen Zersetzungsarbeit entgegenzutreten. Die Verbildungsmittel des bürgerlichen Staates sind sehr ausgedehnt und beständig im Wachsen. (Es sei hier nur an die Gründung der Hochschule für Politik erinnert.) Das Bürgertum erstrebt nicht die Wiederbelebung oder gar Fortführung allgemein-menschlicher Kulturwerke. Es ist dazu außerstande, vielmehr versucht es — mit gutem Erfolg — das Proletariat in den Strudel seiner Verfallskultur hinabzureißen (Kino, Operette, Schundliteratur, Schundmusik). Die Unsicherheit und Inhaltlosigkeit der proletarischen Existenz ist der eigentliche Nährboden für dieses Kulturgift. Wenn das Proletariat in seinem ernsthaften Kampfe um die Prägung einer eigenen Kultur zunächst noch oft in tölpelhafter Weise die Verfallskultur der gesellschaftlichen Oberschicht für echtes Gold nimmt, so ist das nur der Ausdruck für seine ökonomische Unfreiheit, die es in kulturellen Dingen nur zu oft zum Nachahmer der Bourgeoisie macht.

Der gesamten Arbeiterklasse harrt in der Erziehung der Analphabeten der Wirtschaft und Politik eine Riesenaufgabe. Das Erziehungs- und Bildungswesen des bürgerlichen Staates hat dieses Analphabetentum mit Vorbedacht gezüchtet. Der Lohnarbeiter durfte sich seiner wichtigen unentbehrlichen Rolle im Produktionsprozeß nicht bewußt werden. Der Arbeit„geber" mußte ihm als Wohltäter der Menschheit erscheinen, ohne dessen vorsorgliche Güte er erbarmungslos dem Hungertode preisgegeben sein würde. Die Kenntnis des Lesens und Schreibens wurde ausschließlich dieser Tendenz unterstellt. Wenn in neuerer Zeit irgendwo im Proletariat sich der Wille zum geistigen Eindringen in diese gesellschaftliche Entwicklung bemerkbar machte, unterstellte der kapitalistische Staat dieses Streben nach Erkenntnis sofort seinem Einfluß. Die regere Anteilnahme der Arbeiterklasse am öffentlichen Leben und die Bedrohung der Staatsautorität durch die Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie führten vor dem Kriege zur Einrichtung der sogenannten „Staatsbürgerkunde" als obligatorisches Schulfach. Diese Staatsbürgerkunde ist im Grunde nichts anderes als monarchistischer Gesinnungsunterricht. Als nach der Revolution die Massen in verhundertfachtem Umfange unter den Einfluß der marxistischen Theorien gerieten und im Bürgertum selbst Zweifel am Bestand der bisherigen Eigentumsverhältnisse auftauchten, da setzte eine lebhafte Bewegung ein zur geistigen Verbürgerlichung der arbeitenden Klasse. Die „neutrale" Volksbildungsbewegung ist ein Teil jener neuzeitlichen Bestrebungen, die Köpfe der Proletarier mit kapitalistischem Dunst zu erfüllen. Großindustrielle werfen gewaltige Summen aus für diese Zwecke. Die Beherrschung der Produktivkräfte ist die unüberwindliche Stärke der Arbeiterklasse. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!" Dieses Leitmotiv muß täglich in

die Herzen und Hirne der Massen Eingang finden. Erkennt die Arbeiterklasse ihre überragende Bedeutung im Produktionsprozeß, dann erkennt sie ihre Macht. Die kommunistische Bildungsarbeit wird zum unmittelbarsten Klassenkampf, wenn sie ihre vornehmste Aufgabe in dieser Richtung löst. Sie wirkt damit vor der Eroberung der politischen Macht für den Sturz der Bourgeoisie und bereitet gleichzeitig das Proletariat auf seine gigantischen Aufgaben nach der Besitzergreifung der öffentlichen Gewalt vor. Die Epoche des kommunistischen Aufbaus wird die Bildungsarbeit der Partei ablösen durch die Erziehungsarbeit des Proletarierstaates.

Der ökonomischen Umwälzung des Klassenstaates folgt die geistige Neuorientierung eines Volkes nur träge. Die monarchistische Staatsform ist in Deutschland abgelöst. Nach Republikanern außerhalb des organisierten Teils der Arbeiterklasse muß man jedoch mit der Laterne suchen. Wie viel schwerer ist es erst, dem Menschen die neuen Eigentumsbegriffe der kommunistischen Produktionsweise zur Gewohnheit zu machen, ihm beizubringen, daß er nicht von „seinen" Kindern oder von „seinem" Haus reden kann. Das aus dem Privateigentum geborene egoistische Denken des Bürgers muß dem aus dem gesellschaftlichen Eigentum herauswachsenden Altruismus des kommunistischen Menschen weichen. Die gegebenen Voraussetzungen in Deutschland zwingen die Kommunisten mit ihrer Bildungsarbeit auf einer höheren Stufe einzusetzen wie die russischen Sowjets. Diese Bildungsarbeit muß schon unter dem kapitalistischen System zu geistigen Konflikten führen zwischen dem Arbeiter und seiner Maschine. Die völlige Unzulänglichkeit und kapitalistische Einstellung der staatlichen Bildungsmittel für die Arbeiter zwingt die kommunistische Partei, wie wir gesehen haben, an jeden ihrer Mitkämpfer die höchsten Anforderungen zu stellen. Der Kommunist muß auf dem schnellsten Wege vom Glied in der Masse zur Persönlichkeit in der Masse wachsen. Seine Kenntnisse von der Gesellschaft müssen ihn befähigen, unter seinen Klassengenossen zum Agitator zu werden und die ersten kommunistischen Zellen in ihr bürgerliches Bewußtsein zu pflanzen. Die Kommunistische Partei muß die höchsten Anforderungen an die Selbstbildung und Selbsterziehung ihrer Mitglieder stellen. Das verpflichtet wiederum die Partei zur Bereitstellung ergiebiger Bildungsmittel. Die Schaffung einer Zeitschrift, die für das nötige theoretische Rüstzeug unter Hinweis auf die Quellenliteratur sorgt, ist unbedingt notwendig. Für die Arbeit in der kommunistischen Jugend ist sie unentbehrlich. Diese Vortragsdispositionen für Kurse und theoretische Vorträge sind die unumgängliche Ergänzung des übrigen Rednermaterials.

Die große Lehrmeisterin, die russische Revolution, ist für das Proletariat der anderen Länder zum nie versiegenden Born praktischer Erfahrungen geworden. Nicht weniger ergiebig ist jedoch die reiche theoretische Ausbeute der russischen Revolution. Eine große Anzahl wichtiger Schriften verdankt die deutsche Arbeiterklasse den russischen Führern. Aus jeder Zeile dieser Schriften sprechen zu uns die Erfahrungen der russischen Revolution. Die deutsche Arbeiterklasse kann sich zumindest einen Teil dieser Erfahrungen sparen, wenn sie lernen will.

Die russischen Bolschewiki mußten in ihrer Propaganda auf dem Lande infolge des Analphabetentums auf scheinbar unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Eingangs des Aufsatzes wird gezeigt wie sie versuchen, dieser Widerstände Herr zu werden. Die Sowjetrepublik sah ihre dringendste Aufgabe mit Recht darin, sofort die bäuerlichen Massen mit den Grundsätzen des Kommunismus vertraut zu machen. Doch stand sie plötzlich vor dem Mangel an geeigneten Lehrbüchern. Es gab wohl Katechismen für die Evangelischen und Katholischen, für Juden und Mohammedaner, nicht aber für Kommunisten. Diese Lücke in der Literatur mußte ausgefüllt werden. Mitten im Kampfgetümmel mit den Konterrevolutionären schufen die Genossen Bucharin und

Preobraschensky ein Elementarlehrbuch des kommunistischen Wissens.*) Dieses Lehrbuch ist erfreulicherweise recht bald in einer deutschen Ausgabe zu uns gelangt und füllt damit auch in der deutschen kommunistischen Literatur eine recht fühlbare Lücke aus. Sowohl unseren Agitatoren, wie auch denjenigen Genossen, die in sich den ernsten Willen zum Selbststudium haben, fehlte es an einem geeigneten Lehrbuch, das auch die praktischen Erfahrungen des Krieges und der Revolution theoretisch verarbeitet. Was bisher als Leitfaden angesprochen werden konnte, war unvollkommen, unzulänglich oder mit der theoretischen Auffassung der Kommunisten unvereinbar. Es sei nur zum Vergleich an die Gespräche zur Einführung in die Grundbegriffe des wissenschaftlichen Sozialismus erinnert, die der verstorbene Gustav Eckstein vor dem Kriege in der „Arbeiter-Jugend" veröffentlicht hat und die in diesem Jahre unter dem Titel „Kapitalismus und Sozialismus" im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung in Buchform erschienen sind. Karl Kautsky hat das Vorwort geschrieben. Diese Gespräche berücksichtigen weder die Umwälzungen, die Krieg und Revolution hervorgebracht haben, noch sind sie pädagogisch mit dem „ABC" zu vergleichen. Eine andere Arbeit, von Julian Borchardt verfaßt und im Jahre 1919 erschienen, „Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus", stellt sich ebenfalls als Elementarlehrbuch für Rekruten des Kommunismus vor. Wenn auch das Borchardtsche Werk die verflossene Revolution andeutet, so bringt es nach eigenem Geständnis des Verfassers nichts als die Vorträge und Gedankengänge, die der Verfasser etwa 15 Jahre lang vor dem Weltkriege im Auftrage des damaligen Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie als Inbegriff der sozialistischen Lehre und des Erfurter Programms in den Bildungsanstalten der Partei vorgetragen hat. Das Werk würde durch eine Umarbeitung unter Berücksichtigung neueren Zahlenmaterials und des Kampfes um Demokratie und Diktatur gewinnen. Einzelne Kapitel sind durch ihre gründlichere geschichtliche Behandlung des Stoffes zweifellos besser als bei Bucharin. Doch vergleiche man beispielsweise das erste Kapitel bei Bucharin und das dritte Kapitel bei Borchardt. Bei letzterem wird man eine fast einseitige historische Darstellung finden, während Bucharin historisch und ökonomisch die kapitalistische Gesellschaftsordnung glänzend behandelt. Die Darstellungen über den Kreislauf des Kapitals, über die Mehrwerterzeugung, über den kapitalistischen Staat sind so einfach, daß sie von dem bescheidensten Arbeiter begriffen werden. Ohne sich vom Boden der Wissenschaft zu entfernen, schreiben die Verfasser des „ABC" dennoch so leichtverständlich und dabei eindringlich überzeugend, daß die beiden Bände des „ABC" nicht nur als Lehrbücher, sondern auch als Propagandaschriften bezeichnet werden müssen. Der zweite Band des „ABC" behandelt eingehend die Diktatur des Proletariats und den kommunistischen Aufbau. Die Verfasser schrecken vor der Behandlung der schwierigsten Finanzfragen nicht zurück. Dieser zweite Band ist die zuverlässigste Quelle über die Wirtschaft in Sowjetrußland. Gleichzeitig ist dieses Werk eine unerschöpfliche Fundgrube für den Tagespolitiker, der sich in ihm orientieren kann über Gerichtsbarkeit, Schule, Religion, Industrie, Landwirtschaft, Banken und Finanzen, über Wohnungsfragen, Arbeiterschutz, soziale Fürsorge und Volksgesundheit.

Der alten in Kämpfen und Siegen gestählten Parteigarde und den jungen Sprößlingen der Partei ist das Buch gewidmet. Die große Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands möge es hinnehmen als einen Ansporn zu zäher, unermüdlicher, lichtbringender Arbeit am Proletariat.

---

*) N. Bucharin und E. Preobraschensky: Das ABC des Kommunismus. Populäre Erläuterung des Programms der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki). 2 Bände. Wien 1920. Verlag Arbeiter-Buchhandlung. Preis zusammen 10 Mark.

Brüssel und das Proletariat!

Von Bernhard Düwell.

Mitte Dezember 1920 haben in Brüssel die Tagungen der Wiedergutmachungskommission auf Grund des Versailler Friedensvertrages begonnen, die die Höhe der deutschen Wiedergutmachungsschuld oder besser gesagt, Kriegsentschädigung, nicht nur fixieren, sondern zugleich auch den Modus ihrer Abtragung bestimmen soll. Der erste Teil dieser Beratungen ist vorbei: die deutschen Vertreter haben in langen und ausführlichen Darlegungen die Lage der deutschen Wirtschaft und Finanzkraft geschildert. Was sie sagten und wie sie es sagten, die Nutzanwendungen, die sie zogen, und die Vorschläge, die sie der Entente zu machen hatten, verdienen die allerschärfste Aufmerksamkeit zumal des deutschen Proletariats. Mit aller Klarheit wiesen die deutschen Delegierten nach, daß die Zahlung nennenswerter Kriegsentschädigungen in bar durch Deutschland unmöglich sei und anderer nur dann, wenn die Arbeitskraft des deutschen Proletariats als Mittel ihrer Aufbringung diene, daß vom deutschen Besitz nichts zu erhoffen und überhaupt auch der Versuch einer Wiedergutmachung in bar völlig außer dem Bereiche der Möglichkeit läge. Sie ließen keinen Zweifel daran, daß Deutschland vor dem Bankerott stünde und die Entente nur dann irgend etwas von ihm erwarten könnte, wenn sie sich entschlösse, erst einmal gehörige Mittel ins Geschäft zu stecken. Und das Fazit ihrer Exposées war die Forderung nach der Revision der wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages. Sie konnte von ihnen in aller Ruhe und Breite vorgetragen und begründet werden, ohne daß die Ententevertreter es wagten — wie bei früheren Gelegenheiten — die Unversehrtheit der Versailler Bestimmungen als conditio sine qua non zu proklamieren.

Dieser Vorgang ist zweifellos zunächst das hervorstechendste Charakteristikum der begonnenen Wiedergutmachungsverhandlungen. Sie beweisen nämlich zur Evidenz, daß die deutsche Bourgeoisie nicht allein im Innern Deutschlands, sondern auch über die deutschen Grenzen hinaus ihre Stellung seit dem Kriegszusammenbruche außerordentlich verstärken konnte. Der Bankerott Deutschlands gibt ihr die Kraft, den ehemaligen Kriegsgegnern offensiv gegenübertreten zu können: weil diese auf ihre Mithilfe angewiesen sind, wenn sie auch nur einen Bruchteil ihrer erhofften Revenuen aus Deutschland beziehen wollen. Grund dafür ist die Tatsache der sich immer mehr ausbreitenden und verschärfenden Weltwirtschaftskrise.

Nur ein paar Daten hierzu. Der schon vor dem Kriege nahezu vollendete Prozeß der Ausweitung aller Volkswirtschaften zur Weltwirtschaft, die unlösliche Verflechtung und Einfügung der Volkswirtschaften in den Weltwirtschaftsmarkt, dessen Bedürfnisse ihre Entwicklung bestimmt, ist während des Krieges nicht aufgehalten worden. Die kriegführenden Länder, soweit sie ihre Verbindungen mit dem Weltwirtschaftsmarkt aufrechterhalten konnten, wurden mehr als je zuvor von ihm abhängig und dieser natürlich von ihnen. Dieses Verhältnis störte auf das empfindlichste der Friedensschluß. Die Produktion aller kriegführenden Länder wurde auf den Friedensbedarf zurückgestellt und trat wieder als Weltwirtschaftskonkurrent auf. Das Angebot auf dem internationalen Markte verstärkte sich gewaltig, während auf der Abnehmerseite ein immer stärkerer Rückgang sich anbahnte. Insbesondere schieden die im Weltkriege besiegten zentraleuropäischen Staaten, vor allem Deutschland, in gewaltigem Ausmaße als Käufer aus, weil ihre Valuta zusammenbrach, was natürlich die Möglichkeit der Befriedigung ihrer Weltwirtschaftsbedürfnisse auf das äußerste einschränkte. Aber auch die meisten Siegerstaaten, vor allem Frankreich und Italien, deren Valuta gleichfalls mangels einer kräftigen nationalen Produktion für den Weltmarkt stark litt, blieben von diesem Schicksale nicht verschont. So bildete sich der Zustand heraus,

daß zwar die Produktion für den Weltmarkt — besonders in den amerikanischen Staaten und in Australien — die vorkriegsmäßige blieb, zum Teil sogar gesteigert war, während die Abnahme immer mehr litt. Der Effekt war die Produktions- und Handelskrise auf allen Seiten. In den Ländern kräftiger Valuta — wie den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Argentinien, Brasilien, Australien, Japan, England usw. — ergaben sich Absatzstockungen gewaltigen Umfanges, verbunden mit riesigen Preisstürzen. So fiel amerikanische Rohbaumwolle von etwa 40 Cents für ein amerikanisches Pfund Anfang August des Jahres 1920 auf 12 bis 15 Cents Anfang Dezember, amerikanischer Weizen von 240 Cents pro Bushel auf 160 bis 170 Cents im gleichen Zeitraum. Und das, obwohl die amerikanische Regierung bis Anfang Oktober rund 1200 Millionen Dollars für Interventionszwecke ausgegeben hatte! Die Folgen davon waren natürlich gewaltige Produktionseinschränkungen, Arbeiterentlassungen, Lohnherabsetzungen usw. Genau die gleichen also wie in Deutschland, Österreich, Italien und anderen Ländern, wo sie hauptsächlich aus der Unmöglichkeit entsprangen, wegen des Valutasturzes die notwendigen Rohstoffe zur Verbreiterung der Produktion bis zu vorkriegsmäßigem Umfange einzukaufen.

Wir stehen dabei erst am Anfange dieser Entwicklung, die immerhin bereits solche Fortschritte machte, daß jetzt schon selbst in England rund eine Million Arbeitsloser auf der Straße liegen, von den Zuständen in Deutschland ganz abgesehen! Die Weltwirtschaftskrise muß sich trotz aller Hemmungsversuche immer mehr verschärfen, weil die Voraussetzungen ihrer Beseitigung, vor allem der Übergang von einer Produktion mit der Zweckbestimmung des kapitalistischen Profites zu einer kommunistischen Produktion der Bedürfnisbefriedigung, nicht vorhanden. Einstweilen sind die hauptsächlich in Betracht kommenden Staaten immer noch kapitalistisch organisiert, weshalb alle kapitalistischen Sanierungsversuche, die eben nur in einer Einschränkung der Produktion und damit parallelen verschärften Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft bestehen können, das Übel für die proletarischen Klassen noch verbreitern und vertiefen. Da überdies bei der internationalen Verflechtung der einzelnen Volkswirtschaften der Zustand der einen ausschlaggebend ist auch für den Zustand der anderen, müssen diese kapitalistischen Sanierungsversuche notwendig auf internationaler Basis vorgenommen werden, wenn sie überhaupt einen, wenn auch nur temporären Erfolg zeitigen sollen. Und diese wirtschaftliche Tatsache bedeutet die außerordentliche Stärke Deutschlands in Brüssel und damit eine außerordentliche Gefahr zumal für das deutsche Proletariat. Diese Gefahr liegt in der als Zwang der Verhältnisse notwendigen Anbahnung einer Interessengemeinschaft zwischen der deutschen und der Ententebourgeoisie, wobei es die letztere ist, die Konzessionen über Konzessionen zu machen hat!

Die deutsche Bourgeoisie ist sich dieser Tatsache und ihrer daraus resultierenden Stärke durchaus bewußt. Das zeigt eben ihr ganzes Verhalten nach innen und außen in den letzten Monaten. Insbesondere die Haltung der deutschen Regierung zur Entwaffnungsfrage, ihre strikte Ablehnung der wiederholt geforderten Entwaffnung der konterrevolutionären weißgardistischen Formationen, erhellt, daß die deutsche Bourgeoisie davon überzeugt ist, ihren Willen bei der Entente durchzusetzen mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, Zwangsmittel in der Hand haben zu müssen, um die Durchführung des Versailler Vertrages auf Kosten des deutschen Proletariats zugunsten des Ententeimperialismus erzwingen zu können. Und diesen Wink mit dem Zaunpfahl wird die Entente schon im Interesse ihrer herrschenden Klassen sehr bald verstehen und beherzigen. Die Wahl kann ihr nicht schwer fallen. Brüssel hat sie vor die Alternative gestellt: entweder völliger Verzicht auf die Ausbeutung Deutschlands nach den Versailler Vorschriften oder aber: Stärkung der deutschen Bourgeoisie mit allen Mitteln, angefangen von der Befreiung der deutschen besitzenden Klassen von der Wiedergutmachungspflicht bis zur Bestätigung der Orgesch und sonstiger

Machtmittel gegen die deutschen Arbeiter, gegen die deutsche Revolution, damit die deutsche Bourgeoisie als getreue Sachwalterin der Entente aus der Arbeit des deutschen Proletariats nicht nur den eigenen gewohnten Profit, sondern auch noch die Renten für den Ententekapitalismus erzwingen kann.

Einen anderen Weg zur Erfüllung des Versailler Friedensvertrages gibt es nicht! Und es ist klar, daß, sobald die Ententebourgeoisie das erst einmal restlos eingesehen, sobald sie die hin und wieder aufflackernden Regungen des reinen Chauvinismus in ihren Reihen von jedem Einfluß auf ihre Entscheidungen ausgeschaltet hat, sie ihn im eigensten Interesse gehen wird. Sie muß ihn beschreiten, nicht nur, um wenigstens einen Teil der erhofften Kriegsentschädigungen zur Entlastung der eigenen Budgets aus Deutschland herauspressen zu können, sondern mehr noch, um der Auswirkung der als Folge der Weltwirtschaftskrise auch in ihrem Lager sich immer mehr zuspitzenden Klassengegensätze vorzubeugen durch eine Erleichterung der materiellen Lage des Ententeproletariats auf Kosten des deutschen!

Und auf diese Beweisführung waren auch die konkreten Darlegungen der deutschen Delegierten in Brüssel zugespitzt, war der Tenor der vielen Denkschriften zur wirtschaftlichen und materiellen Lage Deutschlands eingestellt, die der Konferenz von der deutschen Regierung übermittelt worden waren. Ihr Fazit hieß stets: nur durch eine vermehrte Ausbeutung der Arbeitskraft des deutschen Proletariats ist es möglich, Wiedergutmachungsleistungen zu machen! Die Lage der Reichsfinanzen, die steuerliche Belastung, die Inflation, das Mißverhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr, die gewaltige Verschuldung Deutschlands aus seinem Nachkriegshandel an das Ausland: alle diese Momente wurden nur herausgestellt, um auf das eine Thema zugespitzt zu werden. Und die Art wie das geschah, ist außerordentlich kennzeichnend sowohl für die Brutalität der herrschenden Klassen in Deutschland wie für die Stärke der ihnen innewohnenden Empfindung, in der Ententebourgeoisie nicht mehr den Gegner und schärfsten Konkurrenten, sondern vor allem den Klassenfreund erblicken zu dürfen. Ganz klar wurde z. B. von dem Vertreter des deutschen Reichsfinanzministeriums die Unmöglichkeit herausgestellt, den deutschen Besitz noch stärker zu belasten, als das bisher schon geschehen sein soll. Brachte er es doch an der Hand einer Denkschrift des Reichsfinanzministeriums über den Anteil der direkten und indirekten Steuern an der steuerlichen Belastung in Deutschland fertig, rund 71 % des gesamten Steueraufkommens in Deutschland als aus direkten, also hauptsächlich Besitz- und Vermögenssteuern herrührend, zu erklären, was natürlich den gewünschten Eindruck auf die klassenverwandten Seelen im andern Lager nicht verfehlte. Dagegen stellte er in Aussicht, daß eine Anzahl der schäbigsten deutschen Konsumsteuern, so die Warenumsatzsteuer, Tabaksteuer, Zuckersteuer, die Monopolbelastung des Branntweins usw. noch weiter erhöht werden könnte. Aus den nachstehend im Auszuge wiedergegebenen Ausführungen des Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium Schröder und des Reichsbankpräsidenten Havenstein ergibt sich übrigens noch eindeutiger die offizielle Bankerotterklärung Deutschlands in Brüssel zum Zwecke des Hinweises an die Entente, daß ihre Entschädigungsansprüche nur auf Kosten der deutschen Arbeiter verwirklicht werden könnten. Staatssekretär Schröder sprach eingehend über die Lage der deutschen Reichsfinanzen und gab dabei folgende Übersicht:

„Die deutsche schwebende Schuld hat von April 1919 bis Ende November 1920 in ständiger Progression sich gesteigert, ja mehr als verdoppelt, und betrug Ende November 147 Milliarden, die sich bis zum April 1921 noch um weitere 25 Milliarden vermehren werden. Nach den Berechnungen kommt die Steigerung allein in den Monaten seit Ende April dem Zehnfachen der gesamten deutschen Schuld vor dem Kriege gleich. Daneben ist der Papiergeldumlauf, der im November vorigen Jahres 76,5 Milliarden betrug, im letzten Jahre allein um 26,5 Milliarden, das heißt um fünfmal so viel

gestiegen als der gesamte Umlauf von Metall- und Papiergeld vor dem Kriege. Unter Anerkennung des sich daraus ergebenden Ernstes der Lage gab Staatssekretär Schröder der Ansicht Ausdruck, daß unter bestimmten Voraussetzungen der Verfall Deutschlands in völlige Assignatenwirtschaft und damit der praktische Bankerott vermieden werden könne. Als Mittel bezeichnete er vor allem Arbeit und Sparsamkeit nicht nur in Staats-, sondern auch in Privathaushaltung, daneben Organisationsverbesserung und Rücksichtnahme auf die Lage Deutschlands bei Bemessung der Kriegsentschädigung entsprechend der Zusicherung des Friedensvertrages. Staatssekretär Schröder teilte in seinen weiteren Ausführungen eine ganze Reihe von Einzelheiten über die deutsche Finanzlage mit. Die Steuereingänge seien erheblich befriedigender geworden. Namentlich die Einkommensteuer hat sich seit Einführung des Abzuges von 10 Prozent von allen Arbeitseinkommen vervielfacht, sie betrug im Oktober über eine Milliarde gegenüber 396 Millionen im Juli.

Nach einem vom Staatssekretär Schröder ausgeführten Beispiel sind bei der äußerst gespannten deutschen Besteuerung unter Umständen frühere Millionäre, ohne daß sie sonstige Vermögensverluste erlitten haben, nicht mehr in der Lage, mit ihren durch Abgaben bis weit unter die Hälfte gesunkenen Einkommen ihren früheren standard of life aufrechtzuerhalten, selbst wenn man das Sinken der Kaufkraft des Geldes außer acht läßt. Durch diese scharfe Anspannung ist aber nach Staatssekretär Schröders Ansicht immerhin einige Hoffnung gegeben, daß der ordentliche Etat trotz der namentlich infolge Wachsens der Schulden zu erwartenden weiteren Mehrbelastung in diesem Etatsjahr wieder balanciert.

Das Defizit der Eisenbahnen und Post mit 20 Milliarden erklärte Staatssekretär Schröder vor allem mit den ungeheuren Kosten der Erneuerung des im Kriege abgenutzten Materials und der erheblichen Erhöhung aller laufenden Sachkosten, daneben mit der Steigerung der Gehälter und Löhne. Für 1922 rechnete er mit einer Verminderung des Defizits, so daß er die Hoffnung hat, daß in nicht allzu ferner Zeit die Betriebsverwaltungen ihre Ausgaben aus laufenden Einnahmen decken werden.

Dagegen ist Deutschland bisher für die Bezahlung der privaten Lieferanten für aus dem Friedensvertrag zu tätigende Leistungen auf die Notenpresse angewiesen, ein Zustand, der nach Staatssekretär Schröders Ansicht sobald als irgendmöglich beseitigt werden muß, aber nur mit Hilfe der Alliierten beseitigt werden kann. Gerade diese Zahlungen beweisen, daß für die Sachleistungen die Fähigkeit Deutschlands durch die Möglichkeiten des Budgets begrenzt ist....."

Reichsbankpräsident Havenstein, einer der Hauptschuldigen neben Helfferich an diesem trostlosen Stande der deutschen Finanzen — es ist gewiß, nebenbei bemerkt, typisch für die „republikanische" Geistesverfassung Deutschlands, daß der Mann immer noch als sein Vertreter bei wichtigsten Anlässen fungieren darf! — legte die Auswirkungen dieser finanziellen Misere auf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben dar. Es heißt in dem Bericht des W. T. B. über seine Rede:

„Er schilderte die Rückwirkung des progressiven Wachstums der schwebenden Schuld auf die Kaufkraft des Geldes nach dem Stande der Valuta. Ein weiteres Sinken der Valuta werde die Kaufkraft unseres Geldes im Inlande immer mehr seiner Weltmarktkaufkraft anpassen. Damit sei die Gefahr eines noch weiteren Sinkens herbeigeführt. Rußland, Österreich und Polen seien die Wegweiser auf abschüssiger Bahn, und Österreich sei Deutschland in diesem Sinne nur immer eineinhalb Jahre vorausgewesen. Die Stillegung der Notenpresse sei, wie die internationale Finanzkonferenz in Brüssel anerkannt habe, die erste Voraussetzung der Besserung. Vorläufig sei aber das ständige Wachsen der schwebenden Schuld das Barometer des Auslandes, das als ständiger Druck wirke, und vor allem sei die deutsche Zahlungsbilanz, die infolge des Verlustes aller Stützpunkte des Außenhandels und der Handelsflotte, sowie infolge der Beschlagnahme des deutschen Vermögens mit der schon im Frieden einen Einfuhrüberschuß von 700 Millionen Mark aufweisenden Handelsbilanz identisch geworden sei, in höchstem Maße passiv. Die Handels-

bilanz der Monate Januar bis Juni 1920 weise, entgegen der bisherigen ungenügenden deutschen Handelsstatistik, welche der Internationalen Finanzkonferenz in Brüssel vor einigen Wochen vorgelegt wurde, ein Passivsaldo zu Lasten Deutschlands von nicht weniger als 37 Milliarden Mark am 1. Juli d. J. auf, der sich voraussichtlich in den folgenden Monaten wohl noch um weitere je sechs Milliarden steigern werde, und schon im ersten Halbjahr 1920 hätten wir das Gesamtsaldo der deutschen Schuld an das Ausland auf mehr als 50 Milliarden setzen müssen. Die deutsche Mark sei auf dem Weltmarkt äußerst empfindlich geworden. Im Mai habe man nur 33 ℳ für einen Dollar bezahlt, im Juli 42, jetzt 75 (am 12. November waren es sogar 87 ℳ). Diese Verschlechterung der Mark sei im wesentlichen die Folge davon gewesen, daß seit August infolge der schlechten Ernte für die Einfuhr von Lebensmitteln und Fleisch und gleichzeitig für die bare Abdeckung des Clearingsaldos große und wachsende Mengen von Zahlungsmitteln erforderlich wurden. Die sinkende Valuta rege zudem noch künstlich zum Export an und bringe damit Deutschland zu Unrecht in den Vorwurf des Dumping. Das Traurigste und Ernsteste sei aber, daß die Einfuhr der notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe bereits eingeschränkt werden müsse. Es könne noch so kommen, daß die Einfuhr nach Deutschland nur noch im Wege des Tauschhandels möglich sein werde. Dann werde aber das wirtschaftliche Schicksal Deutschlands entschieden sein. —"

Entsprechend diesen Darlegungen, die ihren Eindruck auf die Vertreter der Entente nicht verfehlten, machten die deutschen Delegierten eine Anzahl von Vorschlägen zur Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschafts- und Finanzkraft, wobei sie abermals sehr entschieden die Interessen der deutschen Kapitalistenklasse mit denen der Kapitalisten der Entente zu identifizieren wußten. Sie erklärten: Soll die deutsche Produktion, die jetzt dauernd zurückgeht und schon längst nicht mehr den Bedarf in Deutschland selbst decken kann, wieder gekräftigt und auf eine Höhe gebracht werden, die Leistungen für die Entente ermöglicht, so braucht sie gewaltige Auslandskredite und eine längere Schonzeit zum Wiederaufbau, muß das im Auslande beschlagnahmte deutsche Vermögen freigegeben, ein großer Teil der deutschen Handelsflotte zurückgegeben und das bisher übliche monatliche Schuldenausgleichsverfahren Deutschlands mit der Entente durch Barzahlung beseitigt werden bis zur späteren Regelung der gesamten Wiedergutmachungsfrage. Über diese Forderungen hinaus, welche einzig und allein den Zweck haben, die Mittel für die Restauration des Kapitalismus in Deutschland zu schaffen, also die Herrschaft der besitzenden Klassen auf weitere unabsehbare Zeiten zu sichern, kommen dann noch weitere, die bereits einmal auf der internationalen Finanzkonferenz im Herbst dieses Jahres in Brüssel von den Ententevertretern unter sich ausgeknobelt wurden: Balancierung der Budgets, Deckung aller ordentlichen Ausgaben durch ordentliche Einnahmen, Verwandlung der schwebenden in fundierte Schulden zum Abbau der Inflation, strengste Sparsamkeit in allen privaten wie öffentlichen Ausgaben, Einstellung der Staatszuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel, zur Arbeitslosenfürsorge usw. und endlich Schaffung neuer Steuern, und zwar unbarmherzig so lange, bis durch Einnahmen der volle Ausgabenbetrag gedeckt werden kann!

Natürlich sind alle diese Sanierungsvorschläge nur dann durchführbar, wenn die Ausbeutung der menschlichen Arbeit aufs höchste potenziert wird, also durch ein Herabdrücken der Lebenshaltung der breiten Massen des Volkes. Und sie können nur dann zu dem erhofften Erfolge, nämlich der internationalen Gesundung der kapitalistischen, jetzt unter schwersten Zuckungen leidenden Profitwirtschaft führen, wenn sie international durchgeführt werden. Diese Schlußfolgerung hat bereits die Brüsseler Finanzkonferenz gezogen und damit den deutschen Wiedergutmachungsdelegierten ein Argument in die Hand gegeben, welches sie jetzt abermals auf das kräftigste unterstreichen konnten.

Es wäre gewiß verfrüht, schon jetzt voraussagen zu wollen, welches Ergebnis die Brüsseler Wiedergutmachungskonferenz, die sich einstweilen nach Entgegen-

nahme der deutschen Berichte bis zum 10. Januar 1921 vertagt hat, zeitigen wird. Soviel aber ist schon klar zu erkennen: wie auch die Modalitäten der deutschen Wiedergutmachung beschaffen sein werden, ihre volle Last wird restlos das deutsche Proletariat zu tragen haben! Und die goldene Internationale wird um ihrer selbst willen alles daransetzen müssen, um es ins Joch zu zwingen. Sie wird der deutschen Bourgeoisie die Mittel geben, die sie braucht, um als ihre getreue Sachwalterin in Deutschland zu fungieren. Und daß dazu nicht nur rein finanzielle Hilfe gehört, versteht sich am Rande. Jede freiheitliche Regung des deutschen Proletariats muß ihr gefährlich werden: und deshalb wird jede Aktion des Proletariats, jeder seiner Versuche, sich der für Jahrzehnte drohenden Schuldsklaverei zu entziehen, auf den geschlossenen Widerstand der internationalen Reaktionäre aller Sorten stoßen. Das immer unbekümmertere Auftreten der deutschen Reaktion, auch der Entente gegenüber, redet in dieser Hinsicht eine nicht mißverständliche Sprache. Orgesch als der hauptsächlichste Handlanger der Entente in dem Kampf um die Unterdrückung der deutschen Arbeiterschaft darf sicher sein, Gnade zu finden vor den Augen der Imperialisten im anderen Lager. Und deshalb können die Orgescheriche schon jetzt ihrer Entwaffnung und den Drohungen der Entente gelassen trotzen! Sie wissen, daß sie für sie unersetzbar sein werden!

Nicht nur das deutsche Proletariat hat Folgerungen aus der Verwirklichung des Bündnisses zwischen Ententebourgeoisie und deutscher Kapitalistenklasse zu ziehen. Gelingt der Plan, dann werden die Proletarier der Entente sehr bald nach einer Periode vorübergehender Erleichterung ihrer Klassenlage die bitteren Folgen zu spüren bekommen. Es ist ganz klar: nicht ihnen zum Nutzen gründet sich zu Brüssel die neue heilige Alliance der Kapitalisten aller Welt. Die Stellung des deutschen Kapitalismus und damit der besitzenden Klassen in Deutschland, also die deutsche Reaktion, wird von den Kapitalisten der Entente gestärkt, um ihre eigene Position durch die Gegenleistungen stabilisieren zu können. Auch dem Proletariat der Entente beginnt die Weltkrise furchtbare Wunden zu schlagen, Wunden, die zu seiner immer stärkeren Radikalisierung führen und damit die Wucht und Gefahr seines Angriffes gegen die Ententebourgeoisie verstärken. Diese Gefahr auszuschalten, ist das Bestreben der Ententevertreter in Brüssel. Die erhofften Wiedergutmachungsleistungen Deutschlands haben den Zweck, den Ausbeutern der Entente vorübergehende Konzessionen an das Ententeproletariat zu ermöglichen. Es soll glauben, daß der siegreiche Weltkrieg ihm eine Verbesserung seiner Klassenlage gebracht habe, seine revolutionäre Ideologie soll auf diese Weise verfälscht werden, damit es weiterhin geduldig vor dem Wagen der kapitalistischen Ausbeutung trotte und sein Dasein ganz erträglich finde. Diesem Zwecke dient die verschärfte Ausbeutung des deutschen Proletariats: und daß beispielsweise die reformistischen Ententegewerkschaftler, welche die Erfüllung des Versailler Vertrages von den deutschen Genossen fordern, ihn nicht durchschauten, beweist trefflich ihre völlige Unfähigkeit zur revolutionären Führung des Proletariats, zur Vertretung seiner Interessen gegenüber dem Kapitalismus ihrer Länder. Sie haben es nicht nur national, sondern auch international verraten! Doch dies nebenbei: das Endresultat dieser Entwicklung soll nichts weiter sein als die Sabotierung des revolutionären Gedankens in der Entente, und wird es sein, wenn die Ententearbeiter nicht auch beizeiten ihren Ausbeutern gehörig auf die Finger klopfen. Wollen sie der ihnen drohenden Gefahr entgehen, so bleibt ihnen letzten Endes kein anderes Mittel als den deutschen Arbeitern: der Sturz der kapitalistischen Zwangsherrschaft in aller Welt und die Aufrichtung der kommunistischen Gesellschaft, die keine Wiedergutmachungen gebraucht, weil sie nicht aus Klassenrücksichten in erschöpfenden Kriegen Milliardenwerte periodisch zu zertrümmern gezwungen ist!

Kommunistische Kommunalpolitik.

Von Max Sievers.

II.

Durchgeführte Kommunalisierungsprojekte werden in ihrer politischen Bedeutung allzu häufig überschätzt. Sie werden oft ganz falsch bewertet als politische Erfolge, die sozialistische Majoritäten der widerstrebenden Bourgeoisie abgetrotzt haben, werden betrachtet als ein Stück Sozialismus in welchem der kapitalistische Einfluß völlig ausgeschaltet sei. Dieser Irrtum, der schon viel Verwirrung angerichtet hat und geflissentlich von den Reformsozialisten aller Schattierungen genährt wird, muß durch die kommunistische Politik in der Gemeinde gründlich ausgerottet werden. Wie dieser Irrtum verbreitet, und oftmals die Arbeiter durch ihn dazu gebracht werden eine schädliche Reformpolitik zu unterstützen, war so recht ersichtlich, als kürzlich in einer Mitgliederversammlung ein rechtsunabhängiger Stadtrat die Behauptung riskieren durfte, in der betreffenden Gemeinde wäre das Leipziger Programm fast völlig durchgeführt (!), ohne damit einem ernsten Widerspruch zu begegnen.

Die Gründe, aus denen heraus bestimmte Produktionsgebiete durch eine Gemeinde übernommen und von dieser selbständig betrieben werden, können sehr verschiedenartiger Natur sein und brauchen durchaus nicht immer sozialistische Bestrebungen als Grundlage zu haben.

Nehmen wir als Beispiel hierfür zunächst einmal G a s , W a s s e r u n d E l e k t r i z i t ä t s w e r k e. Ihre Übernahme durch die Gemeinde wird oft auch von bürgerlichen Parteien erstrebt; fiskalische Interessen laufen hier eng zusammen mit den Interessen der Hausbesitzer und größeren Gewerbetreibenden.

Gerade diese Werke bieten der Gemeinde die Möglichkeit einer erheblichen Einnahmequelle. Sie kann mit der Festsetzung der Preise regulierend auf ihren Etat einwirken, ohne bei Erhöhungen der Preise Zugeständnisse an den privaten Eigentümer derartiger Werke machen zu müssen, wozu sie durch einen solchen auch trotz langfristiger und gut durchdachter Verträge leicht gezwungen werden kann, da ein Privatunternehmen in solchen Werken selten im Umkreis der Stadt eine Konkurrenz besitzt und dadurch einen erheblichen Druck auf die Gemeinde auszuüben in der Lage ist.

Eine Gemeinde arbeitet aber in derartigen Werken nicht nur dadurch billiger, daß sie viele Spesen erspart, die ein Privatunternehmen hat, daß ihr als Gemeinde die Profitrate aus den Werken selbst zufällt, ihr die Nutzbarmachung vieler Möglichkeiten für die Betriebsführung gegeben sind, die hier im einzelnen nicht aufgezählt werden können, einem Privatbesitzer aber jedenfalls nicht offenstehen, sondern sie kann auch in ihr gehörenden Betrieben — zum Schaden der Arbeiter allerdings — eine höhere Stabilität der Lohnverhältnisse durchsetzen.

Man müßte eigentlich annehmen, daß in Betrieben, die mit Hilfe sozialistischer Einflüsse in den Besitz der Stadt übergehen, dieser sozialistische Einfluß nun auch dazu beitragen würde, daß die Arbeiter jener Betriebe materiell und ideell ein Arbeitsverhältnis erhalten, das den Privatbetrieben gegenüber als mustergültig gelten könnte. Wir sehen aber fast überall das direkte Gegenteil.

Schon immer sind Gemeinden als Lohndrücker aufgetreten und hieran hat sich auch heute nichts geändert. Nur die Methoden sind andere geworden. Früher sorgten bürgerliche Mehrheiten in Gemeinschaft mit der Bureaukratie dafür, daß im Dienste der Stadt möglichst indifferente Arbeiter gelangten und erstickten durch Zwang sozialistische Einflüsse. Heute appellieren sozialistische Mehrheiten in Gemeinschaft mit der Bureaukratie an das sozialistische Gefühl der städtischen Arbeiter, auf oktroyieren ihnen den Glauben, Arbeiter sozialistischer Betriebe zu sein, daß sie im Dienste der Allgemeinheit stehend, ihre Forderungen zurückschrauben müssen, um mit diesen Forderungen nicht die ärmere Bevölkerung zu belasten.

Die Bourgeoisie hat gar kein Interesse daran, sich der kommunalen Bewirtschaftung dieser Betriebe zu widersetzen. Eine Konkurrenz, die geschädigt werden könnte, ist hierbei nicht vorhanden, die Belieferung und die Festsetzung der Preise geschieht sowieso durch die Stadt, und oftmals gewinnt der kapitalistische Einfluß auf die Stadt gerade durch die Kommunalisierung einen stärkeren Einfluß, als er bis dahin hatte, wenn auch in anderer Form.

Nicht nur der Bau oder der Ankauf dieser Werke durch eine Gemeinde bringt die Notwendigkeit einer Anleihe mit sich, sondern auch spätere Erweiterungsbauten oder Modernisierungen.

Durch diese Anleihen, die erhoben werden müssen größtenteils bei privatkapitalistischen Instituten, werden aber auch die kommunalisierten Betriebe dem Kapitalismus tributpflichtig. Kapitalisten zeigen für diese Anleihen stets eine starke Neigung, da hier eine risikolose und doch einträgliche Kapitalsanlage gegeben ist und sie auch dadurch auf die Gemeinde einen nicht unerheblichen Einfluß erlangen.

Dieser Einfluß wird für die Kapitalisten besonders wertvoll, wenn, wie in der Jetztzeit, schwere wirtschaftliche Krisen auch die Gemeinden in eine harte Notlage bringen, sie aus dieser Notlage heraus immer häufiger zu Anleihen ihre Zuflucht nehmen müssen, parallel mit diesen Erscheinungen aber naturgemäß eine stetige Radikalisierung der Bevölkerung läuft, und diese sich auch ausdrückt in der Besetzung der Stadtleitung.

In solchen Zeiten werden die Geldgeber der Gemeinde plötzlich knickrig, machen Ausflüchte, schrauben ihre Bedingungen immer höher, und drohen schließlich offen mit der völligen Kreditverweigerung, um auf die ihnen unbequeme Majorität im Rathause einen Druck auszuüben, verlorengegangenen politischen Einfluß auf anderen Wegen wieder zu erlangen. Wir wissen — größtenteils auch mit Erfolg.

Natürlich sind es die Gesamtverpflichtungen einer Gemeinde, durch die sie in diese Abhängigkeit hineingerät, aber feststeht, daß auch die kommunalisierten Betriebe Frohndienste leisten müssen für den Kapitalismus.

Die grassierende Arbeitslosigkeit hat viele Gemeinden veranlaßt, Notstandsarbeiten größeren Stiles zur Ausführung bringen zu lassen, Bahn-, Straßen-, Häuserbauten usw., und hier wird vielfach auch dazu geschritten, diese Arbeiten vollständig in eigene Regie zu übernehmen und sich vollends von den Unternehmern zu emanzipieren. Also auch ein Stück Kommunalisierungspolitik, aber eine solche, die für die Gemeinde ein oft zweischneidiges Schwert darstellt.

Wohl ist der Gedanke der Übernahme aller derartigen Werke in eigene Regie gesund und unanfechtbar, aber zu verwerfen ist diese Methode zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Gerade wenn eine Gemeinde eine starke proletarische Bevölkerung hat, wird sie unter der wirtschaftlichen Krise besonders leiden, werden die Verpflichtungen nicht mehr in Einklang zu bringen sein mit den Einnahmen, wird die Zahl der Arbeitslosen in ihren Mauern eine sehr beträchtliche sein, werden also die Notstandsarbeiten, um Wirkung auszuüben, einen erheblichen Umfang annehmen müssen und somit derart enorme Anforderungen an die Finanzkraft der Gemeinde stellen, daß diese unter der Last zusammenbrechen muß.

Mit einer solchen Politik der Arbeitslosenbekämpfung entlastet die Gemeinde Unternehmertum und Staat, der das Unternehmertum mit allen seinen Maßnahmen schützt. Wohl soll die Gemeinde im möglichst großen Umfang alle Arbeiten, die wirklich produktiven Charakter tragen, übernehmen, aber die Mittel hierfür hat zu tragen die besitzende Klasse, sie muß hierzu herangezogen werden durch Staat und Gemeinde oder letztere hat, wenn ihre Forderungen durch den Staat nicht erfüllt werden, diesem die Verantwortung für die Zustände zu überlassen und die Bevölkerung gegen ihn aufzurufen.

Die jetzt betriebene Politik bildet nichts weiter denn eine Rückendeckung für Staat und besitzende Klasse durch die Gemeinde und eine Auferlegung der Kosten für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf die Schultern der größtenteils unter dem Existenzminimum lebenden Bevölkerung.

Besonders stolz ist man in sozialdemokratischen Kreisen hinsichtlich der Kommunalisierungen, die in den letzten Jahren hier und dort durchgeführt worden sind, indem man den Verkauf von Lebensmitteln, Bekleidungsstücken usw. durch die Stadt übernahm, auch eigene Werkstätten, wie Tischlereien, Reparaturwerkstätten für Schuhe und Bekleidungsstücke einrichtete. Wer die verschiedenen Gemeindevertreterkonferenzen der Unabhängigen Partei im letzten Jahre besucht hatte, hörte die Berichte von vielen derart durchgeführten Projekten, und die hohen Erwartungen, die man hieran knüpfte und welche Bedeutung man ihnen beimaß, ging durch die Reden aller Berichterstatter durch. Fast durchweg wurden diese Einrichtungen als revolutionäre Errungenschaften bezeichnet. Es wäre ungerecht, wollte man allen Gemeindevertretern, die solche Tendenzen vertreten, Demagogie vorwerfen, viele sind selbst der Ansicht, daß sich in den durchgeführten Kommunalisierungen sozialistische Macht verkörpert, und sie haben diesen Einrichtungen selbst viele mühevolle Arbeit gewidmet.

Es ist aber stets gefährlich, sich eine Macht vorzutäuschen, über die man gar nicht verfügt, und die Nützlichkeit, die die kommunale Bewirtschaftung in den erwähnten Gebieten für sich hat, wird stark beeinträchtigt durch die Trugschlüsse, die man aus ihnen

zieht und durch die dann oft die ganze Gemeindepolitik in ein falsches Fahrwasser gelenkt wird.

Was heute auf den Gebieten der Ernährung, der Bekleidung und des Möbelkonsums in die Selbstverwaltung einer Gemeinde übergeht, sind Resultate nicht des Machtkampfes zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum, sondern schlechthin Ergebnisse der durch den Krieg hervorgerufenen Wirtschaftslage. Wurde schon durch die Lebensmittelrationierung an sich die Gemeinde während des Krieges Lebensmittellieferantin, so war es nur eine natürliche, beinahe zwangläufige Entwicklung, daß der hierfür aufgerichtete Apparat sich erweiterte und auch sich ausdehnte auf Waren, für die die amtliche Verteilung nicht vorgesehen war. Als dann viele Artikel wieder dem freien Handel übergeben wurden, zur selben Zeit, als die wachsende Verelendung der arbeitenden Massen deren Konsum unerträgliche Einschränkungen auferlegte, hatte die Gemeinde oft gar keine andere Wahl, als den Vertrieb lebensnotwendiger Dinge selbst zu betreiben, um nicht in ihren Mauern Revolten ausbrechen zu lassen.

Trotzdem haben auch diese Kommunalisierungsbestrebungen der arbeitenden Bevölkerung wenig mehr denn gar keine Erleichterungen in der Lebensführung gebracht. Sie wirkten größtenteils nur als äußerliches Beruhigungsmittel auf die erregte Bevölkerung, als Attrappen für das Schaufenster der sozialistischen Mehrheiten, mit denen diese ihre eigentliche Ohnmacht zu bemänteln versuchten. Man nenne mir eine Gemeinde, die in ihren eigenen Verkaufsstellen wesentlich billiger verkauft, die dort, wo sie wesentlich billiger ist, die hierdurch geschaffenen Erleichterungen einseitig der ärmeren Bevölkerung zugute kommen läßt, und die, durch alle diese Einrichtungen nicht in immer stärkere Abhängigkeit vom Finanzkapital gerät.

Betrachtet man aber von diesen Gesichtspunkten aus die unter den heutigen Verhältnissen durchgeführten Kommunalisierungsprojekte, so ergibt sich aus dieser Betrachtung ganz von selbst die Taktik, wie auch die prinzipielle Stellungnahme, die eine kommunistische Fraktion ihnen gegenüber einzunehmen hat.

Wir haben diese Kommunalisierungen überall nicht nur zu unterstützen, sondern sie selbst anzuregen und für ihre Durchführung zu kämpfen. Aber wir haben gleichzeitig auch die Pflicht, zu sagen, *wie wir sie durchgeführt haben wollen und was wir mit ihnen bezwecken.*

Ein kommunalisierter Betrieb in *unserem* Sinne muß befreit sein von jedem, auch jedem indirekten kapitalistischen Einfluß, und er muß für alle Dinge, die er dem Konsum übergibt, einen Verteilungsmodus anwenden, der einseitig die besitzlose Klasse bevorzugt und scharf belastet die Klasse der Besitzenden.

Nirgends kann besser als in der Gemeinde die Anwendung der proletarischen Diktatur den Arbeitern plausibel gemacht werden.

Kommunalisierungen, in diesem Sinne durchgeführt, werden nicht nur die gesamte Bourgeoisie zur Abwehr bereit finden, sondern werden auch die Gemeinden in Konflikt bringen mit der Gesetzgebung und mit den regierenden Gewalten. Kommunalisierungen, in diesem Sinne propagiert, werden die Gegnerschaft finden auch der Reformsozialisten aller Schattierungen. Der Kampf in dieser Richtung ist ein revolutionärer Kampf. Er wird entweder zur Folge haben, daß die Gemeinden in Konflikt mit der kapitalistischen Regierung und somit dieser gegenüber in eine Oppositionsstellung gebracht werden, was bedeuten würde daß aus dem Staatsbau, der ohnehin brüchig ist, Stützbalken entfernt werden, deren Fehlen den Zusammenbruch beschleunigen muß. Oder: Staatliche und kommunale Bureaukratie, in Gemeinschaft mit sozialdemokratischen Majoritäten in der Gemeindeverwaltung widersetzen sich erfolgreich diesen Bestrebungen und damit würde dann nicht nur die Scheidelinie zwischen sozialistischer bourgeoiser Politik *dort* gezogen, wo sie in Wirklichkeit gezogen werden muß, würde nicht nur das Verhalten der Parteien — zwangsweise vor eine wahrhaft prinzipielle Entscheidung gestellt — aufklärend auf die Massen wirken, sondern würde damit auch gleichzeitig enthüllt werden der wahre Charakter der bereits jetzt durchgeführten Kommunalisierungen, wie sie eingangs dieser Ausführungen gebildet worden sind.

Kommunalisierungen, wie sie jetzt hier und dort durchgeführt sind, haben einen gewissen Wert insofern, als sie — und auch hier ist noch eine sehr vorsichtige Beurteilung am Platze — *organisatorische Anfänge* darstellen für das, was nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat geschaffen werden muß. Vorbereitende Etappen, die das Übergangsstadium mal erleichtern könnten, aber sie sind jetzt weder in ihrer Struktur, noch in ihren Auswirkungen sozialistische Einrichtungen. Sie sind nützlich nur dann, wenn über ihren Charakter in der Arbeiterschaft Klarheit herrscht, ihr Vorhandensein kann schädlich wirken, wenn damit den Arbeitern Sand in die Augen

gestreut wird, um sie vom Klassenkampf abzuhalten. Dann wirken sie genau so verwirrend auf die Massen, wie das allgemeine Wahlrecht und andere schöne Errungenschaften der demokratischen Republik.

Es ist auch selbstverständlich, daß bei der Beratung des Gemeindeetats die Kommunisten einen Gegenetat aufzustellen haben, der die Lasten auf die besitzenden Schultern legt und der Gemeinde vor Augen führt, wie sie im kommunistischen Gewande aussehen würde. Dieselbe Taktik gilt auch für alle Steuerfragen. Endgültig muß der Glaube zerstört werden, daß eine sozialistische Mehrheit Opportunitätspolitik treiben müsse, weil den Kompetenzen einer Gemeinde gesetzliche Schranken gesteckt sind. Wir wollen und suchen den Konflikt mit dem Staat, weil wir ihn stürzen wollen, wir können ihn nicht stürzen, wenn wir seine Gesetze respektieren. Respektieren wir seine Gesetze, verlängern wir sein Leben. Jede Gemeindeverwaltung, auch die kleinste, ist ein Glied des Staatskörpers und nicht das unwichtigste. Nur wenn wir diese dazu bringen, ihrem bisherigen Besitzer den Dienst zu versagen und diesen Gliedern Leben in unserem Geiste einhauchen, bewirken wir die große Umwälzung, ist unsere Tätigkeit praktische Arbeit für die proletarische Revolution.

Weißgardistische Anweisungen zum Bürgerkrieg.

Ein kürzlich erschienenes militärisches Handbuch der „Taktik",*) das auf Grund dienstlicher Anweisungen zusammengestellt ist und dessen Inhalt somit als offiziell gelten kann, behandelt in einem besonderen Kapitel „Orts- und Straßenkämpfe bei innerpolitischen Unruhen". Einige Abschnitte daraus seien hier wiedergegeben. Sie kennzeichnen die ganze Brutalität der weißgardistischen Kriegführung gegen das Proletariat, die deutlich als ihren Hauptzweck verrät, jeden Zusammenprall zwischen Zivilbevölkerung und Militär künstlich zu einem ernsten Kampfe zu steigern, um schließlich die von den Weißgardisten geleistete Aufgabe als ganz besondere Leistung hinstellen zu können. Nicht anders kann z. B. die Anweisung gedeutet werden, bei der „Säuberung" von Straßen und Plätzen die oberen Stockwerke und Dächer der umliegenden Häuser mit Schützen zu besetzen, um von dort aus auf die „Hetzer" zu schießen. Eine solche Praxis, die auf beiden Seiten die Verwirrung steigern und den Weißgardisten selbst jede Orientierungsmöglichkeit nehmen muß, soll den Weißgardisten nur durch den berühmten „ersten Schuß", dessen Herkunft verborgen bleibt, das Signal zum Abschlachten unbewaffneter Arbeiterhaufen geben, und ihnen die Möglichkeit schaffen, nach dem Ende des Kampfes in Häusern und auf Dächern eine Suche nach imaginären „Spartakistennestern" zu inszenieren, die so häufig in der Phantasie der Regierungstruppen und in ihren Kriegsberichten eine große Rolle gespielt haben.

Niemand kann wissen, wie bald schon die Arbeiterschaft gezwungen sein wird, sich in einem neuen Angriff der weißgardistischen bewaffneten Banden ihrer Haut zu wehren. Die Richtlinien der Weißgardisten für diesen Angriff lassen, wenigstens in großen Umrissen, die Hauptfehler erkennen, die bei früheren Kämpfen von den Arbeitern gemacht worden sind. Ihre Veröffentlichung soll dazu beitragen, daß solche Fehler in Zukunft nach Möglichkeit vermieden werden.

* * *

„Vor Einsatz muß entschieden werden, wie stark die Truppe sein soll, wie sie zusammengesetzt wird und wie sie ihr Ziel erreicht. Grundsätzlich kann die Truppe

*) Taktik, Ein Handbuch auf Grund der Erfahrungen im Weltkriege. Berlin 1919. Verlag E. S. Mittler & Sohn.

nicht stark genug sein. Ihre Begrenzung findet die Truppenstärke während der Jahreszeit, in der nicht biwakiert werden kann, vor allem in der Unterbringungsmöglichkeit, besonders für die Pferde. Für die Zusammensetzung der Truppe sind aber besonders taktische Erwägungen maßgebend. In großen Städten wird man vor allem viel Infanterie mit zahlreichen M. G. (Maschinengewehr) und M. W. (Minenwerfer) brauchen. Artillerie und Kavallerie werden zwar in der Stadt nicht so leicht eine wirkliche Gefechtsverwendung finden, aber doch vermöge der Bedrohlichkeit ihres Anblicks eine einschüchternde Wirkung auf die aufrührerischen Elemente ausüben; sie spielen eine größere Rolle, wenn die Truppe in ländliche Bezirke mit zerstreut liegenden Arbeiterzentren (Fabriken, Gruben) geführt wird, besonders, wenn der Zustand der Straßen nicht ausgiebigste Verwendung von Lastkraftwagen zur Truppenbeförderung gestattet. Die Sicherung eines Eisenbahnknotenpunktes oder einer längeren Eisenbahnstrecke erfordert Beigabe eines Panzerzuges.

Stets ist die Verwendung von kleineren Abteilungen aller Waffen angezeigt. Eine Infanteriekompagnie mit einem Zuge S. M. G., einem M. W.-Trupp und einem Zuge Artillerie ist den meisten Aufgaben des Straßenkampfes oder Bandenkrieges gewachsen. Von großem Nutzen sind Panzerkraftwagen, weil sie, selbst fast unverwundbar, es mit jeder Masse aufnehmen können, auf die sie große moralische Wirkung ausüben und weil sie starken Menscheneinsatz ersparen.*)

Ist die Stärke und Gliederung der Truppe festgesetzt, so muß die Art des Eisenbahntransportes geklärt werden. Vor allem muß erkundet werden, ob man die Truppen auf einer Linie heranführen muß, oder ob mehrere Strecken und damit mehrere Ausladebahnhöfe benutzt werden können. Der Antransport auf einer Linie erleichtert die Befehlserteilung. Beim Transport auf mehreren Strecken kann gleichzeitiges Ausladen mehrerer Angriffskolonnen stattfinden, das Eingreifen der Truppen kann gleichzeitig und konzentrisch von mehreren Punkten aus erfolgen.

Bei überraschendem Eintreffen der Truppe ist es zweckmäßig, mit allen Truppen so gleichzeitig, als die bahntechnische Lage irgend zuläßt, an Ort und Stelle zu erscheinen, den Hauptbahnhof fest in die Hand zu nehmen und rasch die wichtigsten nächsten Objekte mit starken Kräften zu besetzen. Dies überraschende Auftreten der Truppen dicht an oder in der Stadt und das Zusammenhalten aller Kräfte vermindert die Möglichkeit einer Berührung der Truppen mit der regierungsfeindlichen Bevölkerung. Wichtig ist es, daß die Truppe sich beim ersten Auftreten vor Zersplitterung der Kräfte hütet. Oft wird, um überraschend auftreten zu können, das Eintreffen und Anrücken in den frühesten Morgenstunden erfolgen müssen.

Beim Vormarsch durch gedrängte Menschenmassen oder wenn die Truppe sich einer andrängenden, feindlich gesinnten Menge zu erwehren hat, entsteht leicht die Gefahr, daß sie eingekeilt wird, daß der Waffengebrauch unmöglich wird und die Masse der umklammerten Truppe die Waffen entringt. Die Truppe muß sich also soviel Ellenbogenfreiheit verschaffen, daß sie auch bei offensivem Verhalten der Bevölkerung ihre Waffen gebrauchen kann und daß nicht einzelne Teile von ihr abgedrängt und entwaffnet werden können. Der Truppenführer hat nach einem Signal die Menge aufzufordern, die Straße zu räumen und mit Waffengewalt zu drohen. Nach zweimaliger Aufforderung ist mit Nachdruck zu verkünden, daß sofort die Waffe gebraucht wird, wenn die Menge diesem dritten und letzten Befehl nicht gehorcht.

Gehorcht die Menge nicht, was meist der Fall ist, so hat der Führer auf Grund seines pflichtmäßigen Urteils den Gebrauch der blanken Waffe oder Schußwaffe zu befehlen. Es wird sich im allgemeinen vorerst empfehlen, daß die Truppe das Seitengewehr aufpflanzt, daß hinter der Spitze auf Befehl des vordersten Kompagnieführers einige Schüsse in die Luft abgegeben werden, und daß dann die Spitze vordrängt, vorerst den Kolben, bei Widerstand das Bajonett, bei tätlichem Angriff sofort die Schußwaffe gebrauchend.

Kommt die Menge der Aufforderung nach, so rückt die Truppe vor, die Aufforderung andauernd wiederholend vor allem dort, wo für die Menge die Möglichkeit besteht, in Seitenstraßen abzubiegen.

*) Tatsächlich ist, wie der Verfasser des „Handbuchs" an anderer Stelle ausführt, die wirkliche Kampfkraft der Panzerkraftwagen außerordentlich gering, weil bei den dauernden starken Schwankungen nur ein ganz ungenaues Schießen möglich ist. Der Tank ist nur ein Schreckmittel für nervenschwache Personen, aber wegen seiner geringen Kampfkraft zu verachten.

Ist zu erkennen, daß die vor der Truppe befindlichen Menschen zurückweichen möchten, aber durch die hinter ihnen Stehenden daran behindert werden, so bleibt nichts übrig, als Handgranaten oder leichte Minen unter die von hinten Drängenden zu werfen. Dies wird meist von Erfolg begleitet sein, da sich die Führer und Hetzer aufrührerischer Massen gewöhnlich hinten befinden. Auch kann es sich empfehlen, Schützen in die oberen Stockwerke der in Höhe der Spitze befindlichen Häuser zu senden, die von dort aus auf die Hetzer schießen.

Die Marschordnung wird sich vor allem nach der Straßenbreite richten; als Grundsatz ist zu beachten, daß alle Fahrzeuge in die Mitte der Truppe gehören. Folgende Marschordnung hat sich als zweckmäßig erwiesen:

Die Vorhut besteht aus einer Spitze, die mit Handgranaten und Maschinenpistolen ausgerüstet ist und in Schützenlinie vorgeht. Nach 25 bis 30 m folgt eine leichte M. G.-Gruppe, dieser im gleichen Abstand der Kompagnieführer der vordersten Kompagnie mit einem Stoßtrupp, dann die Masse der Truppen, in welche die M. G., M. W., Geschütze und Troßwagen eingegliedert werden. Wenn es darauf ankommt, die Marschkolonne zu verkürzen, können die Fahrzeuge auch geschlossen in der Mitte marschieren und auf beiden Seiten von Infanterie begleitet werden. Diese muß scharf die Häuser der gegenüberliegenden Straßenseite beobachten.

Von der Spitze bis zum Anfang der Hauptmacht gehen Schützen in der Kolonne zu Einem auf beiden Straßenseiten dicht an den Häusern entlang. Auch sie sollen die Fenster und Dächer der gegenüberliegenden Seite im Auge haben, die Spitze bei Bedarf unterstützen und Seitenstraßen abriegeln.

Ebenso wichtig wie die Sicherung nach vorn ist die nach rückwärts. Die Gliederung der Nachhut ist etwa die gleiche wie die der Vorhut. Unmittelbar vor der Nachspitze fährt ein M. G.-Wagen mit schußfertigem M. G. oder ein Geschütz.

Von besonderer Wichtigkeit ist die sofortige ausreichende Abriegelung der Seitenstraßen, um der Gefahr vorzubeugen, daß die von ihnen aus vordringende Menge die Truppe auseinanderreißt. Die Sperrposten schließen sich rechtzeitig der Nachhut wieder an.

Als Sperren empfehlen sich besonders Drahthindernisse einfachster Art, die durch Posten gesichert werden. Diese werden von den Sperren nicht mehr als 25 bis 30 cm entfernt und möglichst in der Nähe von Haustüren oder Toreingängen aufgestellt, damit sie im Bedarfsfalle rasch das Schußfeld freimachen können. Das Überschreiten der Sperre muß stets durch ein gut sichtbares Plakat verboten werden. Da es in Großstädten oft schwierig ist, Stacheldraht zu erhalten, empfiehlt es sich, daß grundsätzlich jedes Fahrzeug eine Rolle Stacheldraht mitführt. Auch Schnelldrahthindernisse sind gut verwendbar.

Säuberung eines Platzes.

Beim Anmarsch gegen den Platz kommt es darauf an, der Menschenmenge die Möglichkeit zu geben, in recht viele Straßen auszuweichen. Man wird deshalb guttun, in nicht zuviel Kolonnen gegen eine Schmalseite des Platzes vorzurücken. Die Anmarschstraßen werden zweckmäßig von Passanten ganz geräumt und freigehalten unter Unterständen mit Stacheldraht und Posten gesperrt, um der Truppe unter allen Umständen den Rücken freizuhalten.

Sobald die Truppe in die Nähe des Platzes gekommen ist, sind M. G. und Scharfschützen, sowie Leuchtpistolenschützen in die oberen Stockwerke und auf die Dächer solcher Häuser zu senden, von denen aus der Platz beherrscht werden kann, während in der Straße selbst M. W. zum Schutz der vorgehenden Truppen in Stellung gebracht werden. Die Truppe drückt die Menge nach ergangener dreimaliger Aufforderung, den Platz zu räumen, zurück. Besondere Abteilungen müssen vorher bestimmt worden sein, die Menge in die einzelnen, vom Platz abführenden Straßen folgen und diese in genügend weiter Entfernung vom Platze absperren. Sobald die Truppe auf dem Platze selbst Bewegungsfreiheit hat, werden Geschütze in Stellung gebracht, so daß sie nach mehreren Richtungen feuern können, während M. G. in den oberen Stockwerken der an den Platz grenzenden Häuser aufgestellt werden. Aufstellung von M. G. in den Toreingängen an der Schmalseite des Platzes kann zweckmäßig sein. Es ist stets erforderlich für die Verteidigung eines Platzes eine Persönlichkeit verantwortlich zu machen.

Angriff auf ein Gebäude.

Jedem Angriff muß eine eingehende örtliche Erkundung vorangehen und ein genauer Angriffsplan zugrunde liegen. Dieser hat vor allem festzustellen, wie der Verkehr der Verteidiger nach außen zu unterbinden ist, wie die Verteidiger während des Vorgehens der Sturmabteilungen niederzuhalten sind, wie das Haus sturmreif zu machen ist, welche Aufgaben den einzelnen Sturmabteilungen zufallen und wie die Flucht der Verteidiger zu verhindern ist.

Die Erkundung wird sich vor allem darauf zu erstrecken haben, welches die besten Annäherungsmöglichkeiten sind, wie bei größeren Häusergruppen die Höfe gelegen sind und wo M. G. und M. W. stehen. Die umliegenden Häuser bilden die Angriffsbasis. Sie müssen daraufhin erkundet werden. Katasterkarten und Fliegeraufnahmen können wertvolle Dienste leisten.

Vor dem Angriff hat eine Einschließung und völlige Absperrung des Gebäudes in so weitem Umfange stattzufinden, daß der angreifenden Truppe unter allen Umständen der Rücken gedeckt ist. Um den Angriff möglichst wenig verlustreich zu gestalten, kommt es darauf an, den Verteidiger während desselben niederzuhalten. Vorerst müssen Flankierungsanlagen (Balkone, Erker, Türme u. dgl.) gesäubert, Fenster- und Dachschützen durch M. G., die in Häusern und Dächern der gegenüberliegenden Straßenseite einzubauen sind, bekämpft werden. Hat man es mit einem zähen Verteidiger in starkem Stützpunkt zu tun, so bleibt nichts übrig, als das Haus sturmreif zu schießen. Nebelminen aus den gegenüberliegenden Häusern in die Fenster geschossen (Flachbahnlafette) werden stets gut wirken, ebenso Minen, die in die Höfe geworfen werden. Artillerie wird verwendet, um Tore einzuschießen.

Besondere Sorgfalt ist dem Einsatz der Sturmabteilungen zuzuwenden. Die einzelnen Gruppen sind aus wenigen beherzten Leuten zusammenzusetzen. Eine Reserve, um den Stoßtrupps den Rücken zu decken oder ihnen Hilfe zu leisten, muß stets ausgeschieden sein. Jedem Sturmtrupp muß seine Aufgabe genau vorgeschrieben werden, da sich die einzelnen Trupps sonst gegenseitig stören.

Um die Kraft des Verteidigers zu zersplittern und um Gelegenheitserfolge zu erzielen, wird es immer zweckmäßig sein, den Angriff von möglichst vielen Seiten gleichzeitig zu führen, von der Straße aus, über Nachbargrundstücke, über die Dächer der Nebenhäuser, von oberen Stockwerken der Nebenhäuser, durch Durchschlagen der Brandmauern usw. Sturmtrupps, die in Straßen vorgehen, müssen den toten Winkel ausnutzen. Sie pirschen sich, in Reihen zu Einem, dicht an der Häuserseite entlang, an der das Gebäude liegt. Zum Sprengen verschlossener Tore sind geballte Ladungen mitzuführen, sowie Handgranaten gegen Kellerschützen und zur Erzwingung des Eintritts. Im Hausinnern werden Pistole, Handgranate und das Seitengewehr verwendet.

Verteidigung eines Gebäudes.

Öffentliche Gebäude, die eines Schutzes bedürfen, sind meist massive, einen guten Umblick gewährende Bauten, die leicht dazu verleiten, die Verteidigung in das Gebäude selbst zu verlegen. Das ist selten richtig. Der Angreifer vermutet im Gebäude die Hauptkraft des Verteidigers; er kann ihn einschließen, kann wirksame Angriffsmittel (Geschütze, M. W.) dagegen einsetzen und mit geringen Kräften einen Erfolg erzielen. So wird ein solcher Stützpunkt leicht zur Falle. Deshalb ist es meist richtiger, wenn der Führer mit einer nur kleinen Besatzung das Gebäude sebst verteidigt, sich aber ein weites Vorfeld schafft, um die Kraft des Angreifers zu zersplittern, ihm die Erkundigung zu erschweren, indem er selbst aber die Verteidigung möglichst beweglich, angriffsweise und außerhalb des Gebäudes führt.

Zur Schaffung des Vorfeldes gehört: Absperrung der Straßen, Besetzung der an den nächsten Straßenecken gelegenen Häuser mit Wachen, Besetzung der benachbarten Dächer und der die Hauseingänge beherrschenden Häuser, Verbindung mit wichtigen Außenposten durch Fernsprecher, Blinker usw.

Die aktive Verteidigung wird erreicht durch Ausscheiden einer möglichst starken, mit Handgranaten und Mauserpistolen ausgerüsteten Stoßtruppe. Ihre Verwendung muß durch sorgfältige Erkundung aller vorhandenen Ausfallmöglichkeiten sichergestellt sein (über Dächer, benachbarte Grundstücke).

Die passive Verteidigung wird durch möglichst wenige Menschen mit Maschinenwaffen geführt. Unwichtige Ausgänge sind so zu verbarrikadieren, daß die

Barrikaden schnell beseitigt werden können, um den Ausgang zu einem Ausfall zu benutzen. Die anderen Ausgänge sind mit Posten (1 Führer, 2 Mann) zu besetzen, die hinter dem Tore stehen. Lauer=M.=G. sind so aufzustellen, daß sie den Ausgang sperren können. Die Ausgänge sind ferner durch Mannschaften zu sperren, die aus den über den Ausgängen gelegenen Fenstern Handgranaten werfen. Balkone sind zur Aufstellung von M. G. zu benutzen zur Bestreichung der Straßen. Fenster im Erdgeschoß sind mit Sandsackpackungen zu versehen. Annäherungshindernisse (Mauern, Gitter, Gewässer) sind auf ihren Wert zu prüfen Weitläufige Gebäudegruppen sind zur abschnittsweisen Verteidigung herzurichten. Dachposten mit Fernrohrbüchsen sind gut zu verwenden. Geschütze und M. W. sind zur Häuserverteidigung wenig zu gebrauchen, Geschütze höchstens zur Sperrung von Toreinfahrten.

Art und Stärke der Besatzung, Vorfeldbesatzung, Aufstellung der S. M. G. müssen dem Gegner möglichst lange verborgen bleiben. Rascheste Alarmierung muß geübt werden. Jedes Gebäude muß einen verantwortlichen Kommandanten haben."

Bücherbesprechungen.

Emil Unger: Politische Köpfe des sozialistischen Deutschlands. Verlag Quelle und Meyer. Leipzig 1920. (131 S.) 18 *M.*

Vier Worte würden als Besprechung und Kennzeichnung genügen: „Schlechtes Feuilleton eines Sozialpazifisten." Wohl um einem „dringenden Bedürfnis zu genügen", hat der Rechtssozialist Unger diese „Köpfe" geschrieben, die noch weniger Wert besitzen, als die bekannten Bilder von Fischer=Dombrowsky. Sie sind so flach und seicht geschrieben, daß man sich bei der Lektion fast langweilt, obwohl Unger auch „Köpfe" von Liebknecht, Luxemburg, Zetkin, Adolf Hoffmann und Ernst Däumig liefert. Wie diese Bilder aussehen, kann man sich vorstellen, wenn man im Vorwort liest, daß sich Unger mit Stolz einen Sozialisten nennt, der sich „zu einer weitherzigen, undoktrinären Auffassung durchgerungen" hat. Also „weitherzig", nicht kalt noch warm, nicht Fisch noch Fleisch, umfaßt er alle mit derselben Menschenliebe: Konterrevolutionäre wie Noske und Winnig, blaßrote Reformsozialisten und brennend rote Kommunisten. Resultat: allgemeiner Rührbrei, ohne den geringsten Versuch einer scharfumrissenen Charakteristik der einzelnen Persönlichkeiten.

Eine Stilübung aus dem „Bild" von Däumig: „Und so blicken nun die Vielen, all zu Vielen wie hypnotisiert auf das Räteideal, und von Zeit zu Zeit erscheint der Hohepriester Däumig und hält wie Parzifal den heiligen Gral in die Höhe, und erschauernd sinkt die Masse in die Knie und betet zu ihrem neuen Ideal." In diesem Stile geht es über hunderte Seiten lang. Das ertrage, wer will! Auch seine rechtssozialistischen Parteifreunde begießt er zum guten Teil mit derselben kraftlosen Sauce. Wes Geistes Kind Unger ist, zeigen die Schlußsätze des „Kopfes" von Paul Göhre. „Gewiß, sein Sozialismus am Erfurter Programm gewogen, wird wahrscheinlich als zu leicht befunden werden, aber wenn Sozialismus allumfassende Menschenliebe ist und verständnisvolles Eingehen auf die Psyche Andersdenkender in sich schließt, dann ist Göhre ein Sozialist durch und durch. Und die starrgläubigen Dogmatiker und Weltbeglücker sollten bedenken, daß mehr als ein Weg nach Rom führt und ein guter Mensch in seinem dunklen Drange sich des rechten Weges stets bewußt ist."

Worauf man sich fragt, weshalb Unger mit seiner „allumfassenden Menschenliebe"

nicht auch Wilhelm II., Ludendorff, Bauer und Kessel mit in seine Reihe sozialistischer Köpfe aufgenommen hat.

Ungers revolutionärer Marxismus sieht folgendermaßen aus: „Noch schüttelt sich Europa in Zuckungen und der Brandhauch Werke verzehrender Kultur, vernichtender Revolutionen lagert unheilschwer über dem Osten — die apokalyptischen Reiter jagen am düsterroten Horizont hin und unter den Hufen ihrer Rosse windet sich die leidende Menschheit in qualvoller Pein." An anderer Stelle zetert er über die „Untiefen des ‚asiatischen' Sozialismus"!

Für einen solch wertlosen Kitsch sollten unsere Arbeiter nicht einen Pfennig ausgeben. wst.

Augustin Hamon: Der Sozialismus in Frankreich von 1914—1920. Verlagsgenossenschaft „Neue Erde". Wien 1920. (24 S. 10,— Kronen.)

Bei der durch den Weltkrieg und seine Folgen entstandenen Unkenntnis der sozialistischen Bewegung in andern Ländern kann man diese kleine Schrift trotz mancher ihr anhaftender Schwächen begrüßen. Es ist der erste Versuch einer Darstellung der sozialistischen Bewegung Frankreichs seit 1914, die in deutscher Sprache erscheint. Die Mängel dieser Arbeit erklären sich aus dem Standpunkt des Verfassers, der, noch heute Professor an der Universität Brüssel, Sozialist mit pazifistisch-anarchistischem Einschlag ist.

Dennoch ist seine Darstellung im allgemeinen durchaus richtig, vor allem, was er über das Wesen und die Organisation der Partei sagt. Bei einer so knappen Darstellung muß natürlich manches zu kurz kommen. Zu flüchtig wird z. B. die nationalistische Zeit während der ersten Kriegsjahre geschildert, während die allgemeine Entwicklung trotz der Kürze treffend charakterisiert wird. Leider geht der Verfasser fast gar nicht auf die für Frankreich besonders wichtige Gewerkschaftsbewegung, ihre Entwicklung und ihr Verhältnis zum Sozialismus und zur sozialistischen Partei ein. Von besonderem Interesse ist die Kennzeichnung der einzelnen Führer. Ohne ihre spätere Rolle und Stellungnahme zu kennen — die Schrift ist Ende 1919 geschrieben — greift er besonders Cachin und Frossard heraus, die beiden Führer des jetzt zu den Kommunisten gestoßenen linken Flügels. Longuet kommt in dieser Charakteristik übrigens schlecht davon. Hamon meint, daß Longuet seine Stellung vor allem seiner Eigenschaft als Enkel von Karl Marx verdankt!

Im letzten Abschnitt über die Zukunft der sozialistischen Partei sagt H. das Anwachsen des kommunistischen Flügels und die Spaltung der Partei klar voraus, ebenso auch das Steigen der sozialistischen Bewegung überhaupt. In Frankreich dauerte eben die Überwindung der nationalistischen Siegesstimmung länger als in den meisten andern „Siegerstaaten". Die sozialistischen Erfolge der letzten Parlamentswahlen aber berechtigen zu großen Hoffnungen. Die Wirtschaftskrise rebelliert jetzt auch in Frankreich immer mehr alle proletarischen und halbproletarischen Elemente.

Der Parteitag in Tours wird volle Klärung auch in die sozialistische Bewegung Frankreichs bringen: die wichtigste Voraussetzung einer günstigen Ausnutzung der jetzigen Situation.

Wenn Hamon zum Schlusse sagt, der Weltkrieg habe „unter einem gewissen Gesichtswinkel betrachtet" einen Kampf zwischen zwei sozialistischen Weltanschauungen bedeutet: dem durch die deutsche Sozialdemokratie vertretenen Staatssozialismus und dem föderalistischen und kommunistischen Sozialismus repräsentiert durch die franko-belgischen Genossen, und wenn er weiter meint, dieser Kampf habe mit einer Vernichtung der germanischen Autokratie und deren Zentralismus, mit einem Triumph des föderalistischen Sozialismus geendet, so ist dies allerdings ein Ausfluß seiner anarchistischen Einstellung. Da diese Bemerkung die einzige Entgleisung dieser Art ist, ist die Arbeit Hamons als Ganzes genommen doch mit Nutzen zu lesen.

Wer sich mit der allgemeinen Geschichte des Sozialismus in Frankreich vertraut machen will, der lese die beiden Bände der alten „Internationalen Bibliothek" bei Dietz-Stuttgart, in denen Paul Louis die Geschichte der sozialistischen Bewegung in politischer und gewerkschaftlicher Hinsicht behandelt. Besonders lehrreich hierin ist auch heute noch die ausführliche Einleitung von Gustav Eckstein zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. wst.

Karl Radek: Die Masken sind gefallen. Eine Antwort an Crispien, Dittmann und Hilferding. Verlag der Kommunistischen Internationale. 1920. (36 S. 1,50 *M.*)

Die Schriften Radeks bedürfen keiner besonderen Empfehlung. Nur einige hinweisende Worte seien gestattet. Es ist eine glänzende Stäupung unserer deutschen Hilferdinge, von der man nur bedauern muß, daß sie so spät erschienen ist und nicht mehr vor Halle aus der Presse kam. Wenn nun auch Halle und Berlin hinter uns liegen, so ist die Arbeit Radeks keineswegs veraltet. Sie liefert auch heute noch eine Fülle an geistigen Waffen gegen die Rechtsunabhängigen. Besonders erwähnenswert ist der erste Abschnitt: „Dittmanns Lügenfeldzug gegen Sowjetrußland." Dann bringt Radek eine so treffliche Zeichnung der Hilferdinge, ihres feigen und konterrevolutionären Verhaltens, insbesondere ihre Stellungnahme zur Kommunistischen Internationale, daß man nur wünschen kann, alle Genossen würden diese Schrift lesen. rr.



Eingegangene Schriften.

(Eine Besprechung einzelner Schriften behält sich die Redaktion vor.)

Gorter, Hermann: Offener Brief an den Genossen Lenin. Verlag der K. A. P. D., Berlin SW 48, Wilhelmstr. 28. 88 Seiten 2,50 *M.*

Programm der K. A. P. D. Preis 50 *Pf.*

Karl Marx: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programms von Gotha. (Der Gothaer Programmbrief.) Herausgegeben und mit einem Vorwort versehen von Karl Kreibich. Verlag: Volksbuchhandlung Runge & Co. Reichenberg. Preis 6,40 *M.*

Spartakusbriefe (Neudruck). Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund). Preis 5 *M.*

Kodex der Arbeit der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik. Herausgegeben von der Redaktion Russische Korrespondenz.

Bericht über den vierten Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 14. und 15. April 1920. Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Internationale Jugendbibliothek:
Bericht über die erste Sitzung des Bureaus der Kommunistischen Jugendinternationale.
Das schwarze Buch des weißen Ungarn. Verlag „Junge Garde", Berlin C 2, Stralauer Str. 12.

U. S. P. D.-Protokoll der Reichskonferenz vom 1.—3. September 1920 zu Berlin. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", Berlin.

Dr. Felix Feldmann: Gesammelte Aufsätze. Aus der politischen Vergangenheit der Hansestadt Bremen. Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmalfeldt & Co.

Karl Marchionini: Revolutionen. Ein Gang durch die Geschichte der großen Klassenkämpfe und Staatsumwälzungen. Verlag A. Hoffmann G. m. b. H., Berlin O 27, Blumenstr. 22. Preis 1 M.

Paul Böttcher: Der Klassenkampf in Rußland. Verlag der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft in Leipzig. Preis 50 Pf.

S. A. Kataja: Der Terror der Bourgeoisie in Finnland. Verlag Bef. Amsterdam 1920. Preis 1,50 M.

Leo Trotzky: Der Krieg und die Internationale. Verlag Lichtstrahlen, Julian Borchardt, Berlin-Lichterfelde, Hedwigstr. 1. Preis 1,50 M.

Karl Liebknecht: Klassenkampf gegen den Krieg.
Anhang: 1. Betrachtungen und Erinnerungen aus „großer Zeit", geschrieben von Karl Liebknecht im Berliner Untersuchungsgefängnis.
2. Karl Liebknecht zum Gedächtnis von Karl Radek.
Verlag A. Hoffmann, Berlin O 27. Preis 3 M.

P. Werner: Die Bayrische Räterepublik. Frankes Verlag, Leipzig. Preis 1,50 M.

Dr. Max Hirschberg: Bolschewismus. Eine kritische Untersuchung über die amtlichen Veröffentlichungen der Sowjetrepublik. Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig. Preis 3,85 M.

The J. L. P. and the 3rd International. Nationale Labour Press. LTD, 8 and 9. Johnsons Court, Fleet Street. London; 30, Blakfriars Street, Manchester.

N. Lenin: Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky. Vulkanverlag, Leipzig 1919.

Syndikalismus und Kommunismus. Ein Vortrag von F. Brandt. Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund). Preis 50 Pf.

Paul Fröhlich: Die syndikalistische Krankheit. Verlag und Redaktion: Georg Schumann. Preis 20 Pf.

Will-Erich Peukert: Russische Pädagogik. Verlag von Julius Beltz in Langensalza. Preis 1,50 M.

Karl Kautsky: Die Sozialisierung der Landwirtschaft, mit einem Anhange: Der Bauer als Erzieher von A. Hofer. Verlegt bei Paul Cassierer, Berlin.

Karl Marchionini: Ein Plan zur Sozialisierung der Landwirtschaft. Mit einem Vorwort von Luise Zietz. Verlag der Leipziger Buchdruckerei A.-G. in Leipzig.

Eberhard Fink: Die Agrarkommune. Buchverlag „Rätebund", Berlin NW 6.

Ulrich Rauscher: Paris-Moskau in Deutschlands Außenpolitik. Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin W 35.

Schönlank, Bruno: „Erlösung", Weihespiel — „Brennende Zeit", Tragödie in 3 Aufzügen. Verlag A. Seehof & Co., Berlin C 54. Preis je 3 M.

2. **Bücherverzeichnis** der Arbeiter-Buchhandlung. Wien VIII, Alserstr. 69.

Lagerverzeichnis der Buchhandelsabteilung des Verlags „Junge Garde". Berlin C 2, Stralauer Str. 12.

Zeitschriften.

Die Internationale. Eine Zeitschrift für Praxis und Theorien des Marxismus. Heft Nr. 26. Frankes Verlag G. m. b. H., Berlin, Blücherplatz 2 III. Preis 3 M.

Proletarier. Monatsschrift für Kommunismus. Heft 1 und 2, Preis je 1,50 M. Herausgegeben von der Allgemeinen Arbeiter-Union, Berlin-Steglitz, Altmarktstr. 12a.

Internationale Jugendkorrespondenz. Herausgegeben vom Exekutivkomitee der Jugendinternationale. Erscheint alle 10 Tage. Einzelnummer 30 Pf. Halbjahresabonnement 4,50 M. Internationaler Jugendverlag, Berlin C 2, Stralauer Str. 12.

„Der junge Genosse". Internationale Zeitung für Arbeiterkinder. Erscheint 14 tägig. Preis 30 Pf Bestellungen durch den Verlag „Junge Garde".

Flugschriften der Jugend-Internationale.

Nr. 5: V. Ziegler: Was lehrt uns die russische Arbeiterjugend?

Nr. 6: Der Verband der soz. Arbeiterjugend Österreichs und die kommunistische Jugendinternationale.

Nr. 7: Ein Jahr Kommunistische Jugendinternationale.

Nr. 8: W. Dunajewski, Moskau: Die Frage der sozialistischen Reorganisation der Arbeit.

Nr. 9: Willy Münzenberg: Der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale und die Kommunistische Jugendinternationale.

Nr. 10: Lenin: Die Aufgabe der Kommunistischen Jugendorganisation.

Zu beziehen durch Buchhandlung „Junge Garde", Berlin C 2, Stralauer Str. 12, und Internationaler Jugendverlag, Berlin-Schöneberg, Feurigstr. 63.

(Jedes Heft 50 Pf)



Alle Bezieher der „Kommunistischen Rundschau", die den Abonnementsbetrag noch nicht gezahlt oder mit A. Hoffmanns Verlag noch nicht abgerechnet haben, werden hiermit gebeten, **die Abrechnung nunmehr schleunigst vorzunehmen**. Die Buchhandlungen und Organisationen wollen die restierenden Exemplare bis spätestens 15. Januar bei dem Verlag anmelden. Die Restabrechnung muß noch in diesem Monat erfolgen.

Verantwortlich für die Redaktion: Willi Elberfeld, Berlin NW 21, Wilhelmshavener Straße 55 II. Alle den Inhalt betreffenden Zuschriften, Manuskripte, Besprechungs- und Austauschexemplare sind an diese Adresse zu richten.

Die Schmiede

Wochenschrift für Funktionäre

Herausgegeben von der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands

(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nr. 1	Bezugspreis: Einzelexemplar 50 Pfg., durch die Post bezogen monatl. 2 M. vierteljährl. 6 M.	Berlin, 14. Januar 1921	Verleger: Frankes Verlag G. m. b. H., Berlin, Blücherplatz 2III.	Jahrg. 1

Januar 1921.

Die Januartage der letzten Jahre waren erfüllt von großen Kämpfen von Proletariern gegen die bürgerliche Herrschaft. Diese Kämpfe bezeichnen den Weg des Proletariats in der Revolution, sein Ringen nicht nur mit dem Klassenfeind, sondern auch mit den eigenen Illusionen um die rücksichtslose Klarheit und die revolutionäre Erfahrung, ohne die der Endsieg unmöglich ist. Der Januarstreik des Jahres 1918 war der Auftakt. Der Kampf um den Frieden führte die verschiedensten Arbeiterkategorien zusammen, ohne daß sie einheitlicher Wille für die Klassen- über die Grenzen der sozialistischen Parteien hinaus. Sie kam langsam in Bewegung. Das Ingangkommen der Masse zeigte nicht das Bild eines glanzvoll stürmischen Anlaufs, wie die bürgerlichen Revolutionen ihn zu zeigen pflegen. Noch wirkte die Trägheit der Massen aus den Sommer- und Herbsttagen von 1919 nach. Die Zielsetzung aber war nicht einheitlich und die Front mannigfach gebrochen. Wieder waren es nur Vortruppen, die dies Teilproblem in seiner ganzen Bedeutung erfaßten, und die Januarmetzelei und das Betriebsrätegesetz konnten die ansteigende Bewegung wieder zum Abflauen bringen. Schon zeigte sich aber der Fortschritt gegen 1919 — das Erwachen

ziele des Proletariats erfüllte.

Die blutigen Kämpfe im Januar 1919 in Berlin waren die nächste Etappe. Die Masse des Proletariats schwebte in rosigen Illusionen. Die Novemberrevolution hatte den Krieg tatsächlich beendet. Der Masse war Friede, Freiheit und Brot versprochen. Friede — die Novemberrevolution, Freiheit — die Nationalversammlung und die demokratische Republik, Brot — die Illusion, daß die Arbeit allein das Proletariat retten könnte. Unklare Ideen, daß das faktische Kriegsende Oeffnung der Grenzen, bessere Ernährungsverhältnisse nach sich ziehen würde, bestimmten die Massen. In dieser Situation verführte der Mangel an revolutionärer Erfahrung, die Leichtigkeit der Novemberumwälzung, dazu eine falsche Einschätzung des allgemeinen ideologischen Zustandes der Arbeiterklasse und ihres Schwergewichts die Vorhut zum Aufstand. Nur die Vorhut des Proletariats stand im Kampfe, — aber die Klasse in ihrer großen Mehrheit schreckte vor dem Kampf um die Macht zurück. Die Ziele der Kommunisten in den Januarkämpfen waren nicht ihre Ziele, die Kampfparolen brachten die Massen nicht in Bewegung. Der Ausgang des Kampfes zeigte den Zustand der proletarischen Klasse mit aller Klarheit — aber er kostete den revolutionären Elementen die großen Führer — Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Der Januar 1920 zeigte eine Massenbewegung, die jene Kämpfe des vorjährigen Januar an Umfang bei weitem übertraf. Nun war es nicht nur mehr eine kleine Vorhut, die bei allen Illusionen den Weg der Befreiung durch die soziale Revolution vor sich sah. Die Scheinkonjunktur der ersten Monate von 1919 war im Weichen.

Die Verschlechterung der Lage immer weiterer Arbeiterkreise, die unaufhörlichen Vorstöße der Gegenrevolution auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete öffnete vielen die Augen. Eine Stellung hatten die Arbeiter nach dem November gegen die Unternehmer erkämpft: die revolutionären Betriebsräte. Nun bedrohte die stetig wachsende Macht der Bourgeoisie auch diese Stellung. Der Kampf um die Betriebsräte ergriff die Arbeiterklasse der Massen und die Erfahrungen der führenden Vortruppen.

Zum Januar 1921!

Eine Massenbewegung größten Stils kündigt sich an. Diesmal sind es nicht Teilprobleme, die das Proletariat bewegen, sondern das allgemeine Elend der Arbeiter selbst. Niemand ist mehr in der Arbeiterklasse, der nicht von der allgemeinen Not direkt bewegt wird. Kein Zweifel, daß jetzt die gesamte Arbeiterklasse in Bewegung kommt. Bitter und dornenvoll ist der Weg, den sie gehen mußte, ehe sie zu der Erkenntnis gelangte, daß sie kämpfen muß, wenn sie der Not entrinnen will.

Die Illusionen von 1919 sind verflogen. Was ist der Friede heute für die Arbeiterklasse? Die unklaren Hoffnungen, die sich an ihn knüpften, sind zerstört. Für die Leiden der Proletarier ist nicht Friede. Mangel und Entbehrung sind beseitigt für die Bourgeoisie, aber nicht für das Proletariat. Wo ist das Brot, das den Proletariern versprochen war? Wo ist die Hebung der Ernährungsverhältnisse? Schlimmer noch drückt heute die Lebensmittelnot auf die Arbeiterklasse denn je; denn die Proletarier sind heute ärmer, als sie jemals gewesen sind. Die Sorge um die vom Tod umdrohten Väter und Männer an der Front ist gewichen — aber an ihre Stelle ist die Sorge um die Kinder des Proletariats getreten, die verzehrende, aufreibende Sorge um Brot für die junge Generation. Wo ist die Erlösung, die das Proletariat 1919 erhoffte? Aermer und elender denn je zuvor hungert das Proletariat in der Nachkriegszeit dahin.

Auf der anderen Seite aber sind für die Bourgeoisie alle Schranken gefallen. Alles was ist, dient ihr und ihrem Genusse. Da sind keine Entbehrungen, keine Not, keine Sorge um die junge Generation, da ist nicht die bange Frage, ob der kommende Tag auch Brot für den Hunger der Kinder haben wird — da ist nur die Sorge, an jedem Tage eine neue Form des Genusses, eine neue Erscheinung des Luxus zu finden.

Für beides aber, für den Hunger der Armen, wie für den Genuß der Reichen ist — so paradox es klingen mag — die Arbeit der Proletarier die Grundlage. „Nur die Arbeit kann uns retten“ — so hieß 1919 die Parole der Bourgeoisie und ihrer Helfer für die Arbeiterklasse, die ihr damals noch folgte. Der soziale Burgfriede sollte das kapitalistische System vor dem Zusammenbruch bewahren. Die große Mehrheit der Arbeiterklasse hat damals an diese Parole geglaubt und ihr nachgeeifert. Sie hat zwei Jahre gearbeitet, und nun? Zwei Jahre sind für die Bourgeoisie gerettet, aber diese zwei Jahre haben das Proletariat in unerträgliches Elend gestürzt. Zwei Jahre lang hat die Bourgeoisie zusammengerafft und ihre Macht verstärkt, zwei Jahre lang sind die Arbeiter von Stufe zu Stufe gesunken in unerträgliches Elend. „Nur die Arbeit kann uns retten“ — wo ist da die Rettung für das Proletariat? Je länger es sich dieser Parole fügt, je stärker es die Bourgeoisie macht, um so schwächer wird es selbst. Die Arbeit des Proletariats hat in diesen zwei Jahren die Ueberproduktionskrise erzeugt, deren ganze Wucht auf seine Schultern fällt.

Immer enger wird der Kreis der Produktion in Deutschland, immer weniger Gebrauchsgüter für den Massenbedarf wurden erzeugt, immer mehr schwindet mit der wirtschaftlichen die physische Kraft des Proletariats dahin. „Nur die Arbeit kann uns retten“ — aber immer weniger Arbeiter werden angewendet im kapitalistischen Produktionsprozeß, immer größer wird die Zahl und das Elend der Erwerbslosen und der Kurzarbeiter. „Nur die Arbeit kann uns retten“, war 1919 und 1920 die Parole der Bourgeoisie für die Arbeiter — aber heute rufen Hunderttausende nach Arbeit und Brot. Das ist der Erfolg des sozialen Burgfriedens. „Nur die Arbeit kann uns retten“ — aber die Arbeit des Weltproletariats hat die Weltkrise nicht nur nicht verhindert, sondern herbeigeführt wird. Aus allen Proletarierkreisen kommt heute dieser Schrei. Die Arbeiter und Angestellten, die Eisenbahner und die Beamten leiden dieselbe Not und sind einig im Schrei nach mehr Brot. Die Arbeitslosen, die Witwen und Waisen vereinigen sich mit ihnen in dieser Forderung. Mehr Brot, Sicherstellung der Existenz! Das ist der Ruf, der sich an Unternehmertum und Staat richtet. Je weniger aber dieser Ruf gehört wird, um so mehr wird er zum Kampfruf gegen die bürgerliche Gesellschaft und den bürgerlichen Staat.

Noch stehen wir am Anfang der Bewegung. Noch wird die Bildung der geschlossenen Front des Proletariats gehemmt durch jene sozialistischen Parteien, die entweder vor dem Kampf zurückschrecken, oder die Existenz des bürgerlichen Staates unter die Existenz der Proletarier stellen. Aber an allen Ecken und Enden leuchten die Signale kommender Kämpfe auf, und immer stärker wird die Kampffront gegen das Bürgertum. Nun gilt es, die Kräfte der gesamten Arbeiterklasse zu vereinigen zum gemeinsamen Ansturm, nun gilt es, die Erfahrungen von 1919 und 1920 in die Tat umzusetzen, nun gilt es, den Kampf so zu führen, daß in jedem Stadium die Arbeiterklasse seine Ziele billigt.

Trübe sind die Perspektiven der kommenden Tage für die Bourgeoisie, trübe auch für das Proletariat, wenn es sich nicht eint zum Kampfe. Aber die Feuerzeichen auflodernder Kämpfe verheißen neue Hoffnungen. Aus dem ungeheuren Druck des Elends erwächst der Schrei nach Erlösung, dem der Wille zum Handeln folgt. Die soziale Revolution ist nicht tot, sie ist notwendiger und unvermeidlicher denn je zuvor, und der Tag naht heran, wo das Proletariat, geeint in dem Willen, seine Befreiung zu erkämpfen, der Bourgeoisie entgegenruft: Nun ist's genug! Genug der Leiden, genug des Elends! Nun nehmen wir unser Schicksal in unsere eigenen Hände, denn wir wissen:

geführt, jene Weltkrise, die den Proletariern aller Länder ungeheures Elend auferlegt und die Arbeitslosigkeit zu einer internationalen Erscheinung gemacht hat.

Wer kann da in der Arbeiterschaft noch glauben, daß dies einfache Rezept der Bourgeoisie für die Arbeiter aus dem Elend herausführe! Genügen nicht die Erfahrungen von zwei Jahren, um auch dem letzten Arbeiter erkennen zu lassen, daß der Sturz des bürgerlichen Systems allein den Ausweg eröffnet!

Immer stärker werden die Reihen des Proletariats an Zahl. Immer zahlreichere Schichten, die sich bisher noch zum Bürgertum, zum Mittelstand rechneten, fühlen, daß sie zum Proletariat gehören. Die Not weckt ihre Erkenntnis. Die bürgerlichen Mittelschichten, die durch die Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Macht der Großbourgeoisie dem Untergange geweiht werden, sind erschüttert. Ihr Interesse an dem heutigen Regime flaut ab. Gleichzeitig aber formiert sich das Proletariat zum Angriff. Immer stärker wird seine Unruhe, immer größer die Erregung. Trübe sehen die bürgerlichen Beurteiler der wirtschaftlichen Lage in die Zukunft — ihre trüben Perspektiven aber bedeuten schwärzestes Elend für die Arbeiter. In dieser Situation gilt es die nackte Existenz des Proletariats. Immer lauter erhebt sich daher der Schrei: „Wir wollen leben! Wir wollen Brot für uns und unsere Kinder! Wir wollen sicher sein, daß uns nicht neben Not und Hunger der Schrecken der Konterrevolution bedroht!"

Je mehr die Trägheit der Massen unter der Peitsche der Not verschwindet, je mehr gemeinsames Elend die Proletarier aller Schichten zu einer homogenen Masse zusammenschweißt, je mehr die letzten Illusionen im proletarischen Lager dahinschmelzen, um so günstiger werden die Kampfbedingungen für das Proletariat.

Es ist kein Proletarier, der nicht empfindet, daß dies seine Parole ist. Das ist der Schrei, der das Proletariat eint und der zur Bildung einer festgeschlossenen Front führt; unser Sieg, eure Niederlage erst eröffnet uns den Erlösungsweg.

Spaltung und Einigung in der Aktion.

I.

Die Einheit der deutschen Arbeiterklasse ist das Problem der deutschen Revolution. Wäre die deutsche Arbeiterklasse einig, so würde sie dank ihrer Rolle in der Produktion ihrer Zusammenballung leicht aller Widerstände Herr. Sie würde die Macht übernehmen. Dies liegt auf der Handfläche. Wer aber von dieser einfachen Einsicht ausgehend, Klagelieder über die Zerrissenheit der deutschen Arbeiterklasse anstimmt, für den bleibt die Geschichte der deutschen Revolution ein verschlossenes Buch, wie sie z. B. für Ströbel geblieben ist, dessen „Geschichte" der deutschen Revolution in die tiefe Erkenntnis ausläuft, daß es sehr schlecht ist, daß die deutsche Arbeiterklasse nicht einig ist. Aber Tatsache bleibt Tatsache, ob man sie für schlecht oder gut hält, und die Erkenntnis beginnt erst dort, wo man die Quellen einer Erscheinung erkennt, wo man statt zu moralisieren, zu beschwören und anzuklagen, aus der Erkenntnis der Ursachen einer Erscheinung die Mittel ihrer Ueberwindung erkennt.

Die Ursachen der Zerrissenheit der deutschen Arbeiterklasse liegen darin, daß dank der hohen Entwicklung des Kapitalismus es in Deutschland keine einheitliche Arbeiterklasse gab, sondern eine mannigfach gegliederte. Nicht nur der ostelbische Landarbeiter oder der oberschlesische Bergarbeiter unterschieden sich von dem hoch qualifizierten Berliner Monteur, der nicht im Schnaps, sondern in der Volksbühne seine Erholung suchte. Sogar das großstädtische Proletariat war abgestuft nach seiner Lage, seinem Kulturniveau. Das Proletariat bestand nur als

ökonomischer Begriff, als Begriff aller für Lohn an der Produktion teilnehmenden Menschen. Als einheitliche Klasse mit einheitlichen politischen Begriffen und Zielen bestand die Arbeiterklasse nicht. Schon die Tatsache, daß Millionen Arbeiter den bürgerlichen Parteien nachliefen, Hunderttausende den christlichen und liberalen Gewerkschaften angehörten, Millionen abseits jeglichen politischen Lebens standen, zeigte die Spaltung der Arbeiterklasse. Während des Krieges kam zum Vorschein, daß die Spaltung tiefer geht, als man vor dem Kriege annahm. Indem ein großer Teil der deutschen Arbeiterklasse die Politik des 4. August als die seinige ansah, indem er sie nach dem Zusammenbruch des deutschen Imperialismus in die Politik der Arbeitsgemeinschaft verwandelte, bewies er allen Sehenden, daß diese Politik keine vorübergehende Verirrung, kein Kriegsrausch war, sondern, daß es sich hier um eine sozial bestimmte Politik einer Arbeiterschicht handelte, die hoffte, durch das Zusammengehen mit dem Bürgertum weiter fahren zu können, als durch den Kampf gegen die bürgerliche Welt. Es handelte sich kurz gesprochen um die Politik der Arbeiteraristokratie. Wenn dies erkannt wird, so ist damit auch der Weg der Ueberwindung der Spaltung der Arbeiterklasse gezeigt. In dem Maße, wie die wirtschaftliche und politische Entwicklung den Glauben in der bisherigen Arbeiteraristokratie untergräbt, sie könne durch Abkommen mit der Bourgeoisie ihre Lage sichern und heben, in dem Maße kehrt auch diese Arbeiterschicht auf den Boden des Klassenkampfes zurück. Sie vereinigt sich mit den aufwachenden und aufbegehrenden niedrigeren Schichten des Proletariats.

Dieser Prozeß wird aber beschleunigt durch einen entgegengesetzten: durch den Prozeß der geistigen Emanzipierung der rechten Teile der Arbeiterklasse viel schneller vor sich. Die Etablierung der rein bürgerlichen Herrschaft ist gleichzeitig Resultat des Erstarkens der Bourgeoisie und hat zur Folge, daß diese immer offener, immer brutaler die Kosten des kapitalistischen Wiederaufbaues den Arbeitermassen aufzubürden sucht. Die objektiven verelenden Tendenzen des Kapitalismus werden somit von der kapitalistischen Regierung bewußt zu ihrer Politik gemacht, und sie bedrohen mit jedem Tage offener, rücksichtsloser die Lebenshaltung der gesamten Arbeiterklasse. Damit aber wird die Arbeiteraristokratie immer mehr vor die Tatsache gestellt, daß ihre Hoffnung auf eine gehobene gesicherte Stellung innerhalb des kapitalistischen Staates verschwindet. Die Möglichkeit der Besserung ihrer Lage durch die Politik der Arbeitsgemeinschaft zeigt sich immer mehr als nicht vorhanden. Und die Arbeiteraristokratie muß Kampfpositionen beziehen an der Seite der niedriger stehenden Arbeiterschichten, wodurch der Weg zur Ueberwindung der proletarischen Spaltung und des Kapitalismus geöffnet wird.

Und wie durch ihre objektiven Folgen, so wirkt die Spaltung der Arbeiterklasse auch durch ihre geistigen Folgeerscheinungen. Die niedrigeren Arbeiterschichten können sich befreien, nur indem sie die Fahne der Befreiung der gesamten Arbeiterklasse, ja aller unterdrückten Volksteile hissen, indem sie sich gegen die Politik des Reformismus wenden, der eine Politik der Spaltung der Arbeiterklasse ist, weil er die unteren Schichten des Proletariats der Bourgeoisie ausliefert. Die unteren proletarischen Schichten kehren den Rücken allen Illusionen des Klassenfriedens zu. Sie schauen klar und bestimmt in das Antlitz der Wirklichkeit. Sie entziffern ihre Zukunft, wie schwer sie auch sein mag. Sie bereiten sich auf die kommenden Kämpfe kurz und gut, sie wenden

pation, der niedrigen Schichten des Proletariats von den Einflüssen der Arbeiteraristokratie, die nichts anderes sind als die Hineintragung in die Reihen des Proletariats der bürgerlichen Ideologie, kurz durch den Prozeß der Spaltung des Proletariats, die die Vorbedingung seiner starken Vereinigung bildet. Als während des Krieges und der Revolution die Schichten des Proletariats, auf die sich die Lasten des imperialistischen und des zusammengebrochenen Kapitalismus mit unerhörter Schwere legten, sich zum Kampfe ermannten, als sie wild auffuhren, um das fluchbedeckte kapitalistische System über den Haufen zu rennen, war die Spaltung da. Was für Folgen zog sie nach sich? Sie machte vorerst die reformistische Politik der Arbeiteraristokratie unmöglich, und diese sah darin den Beweis der Schädlichkeit der Spaltung: aber der Gegensatz ist wahr. Die Regierung der Mehrheitssozialisten, die die Politik der Arbeiteraristokratie darstellte, hatte solange eine gewisse selbständige Macht der Bourgeoisie gegenüber, solange sie ihr als Garantie der Ruhe der Arbeiterklasse erschien. In dem Moment, wo sie der Hilfe der weißen Offiziere gegen die Arbeiterklasse benötigte, war es um sie geschehen. Die Spaltung der Arbeiterklasse, die die Sozialdemokratie aus dem Sattel hob und ein rein bürgerliches Regime herbeiführte, schien somit eine Ursache der Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse zu sein. Aber dies ist ein oberflächlicher Eindruck. Nicht nur darum, weil die Noskes nicht mehr rücksichtsvoll mit dem Proletariat umsprangen, als es die Seeckt tun oder tun könnten, sondern in erster Linie darum, daß das sozialdemokratische Regime, das nichts anderes war als das Regime der Bourgeoisie, die Tatsache der Herrschaft der Bourgeoisie verdeckte, in der Arbeiteraristokratie die Illusionen der eigenen Herrschaft, uns damit die Spaltung der Arbeiterklasse verlängerte. In dem Moment, wo der Mantel der sozialdemokratischen Regierung, der die Herrschaft der Bourgeoisie verdeckt, fällt, geht der Prozeß der Ernüchterung sich dem Kommunismus zu, der ihnen die Wahrheit sagt über die wirkliche Lage und den Ausweg aus ihr zeigt. Im ersten Moment wirkt der Kommunismus also auch als Spaltungsmittel, denn durch seine brutale, scharfe Formulierung dessen was ist und dessen was kommen wird, stößt er die Schichten zurück, die sich noch mit Illusionen beruhigen und einzulullen suchen. Aber in dem Moment, wo auch die früher gehobenen Schichten der Arbeiterklasse aus ihrem Traum von dem friedlichen Emporsteigen aufwachen, in diesem Moment empfinden sie das scharfe Licht des Kommunismus nicht mehr als eine blendende Lichtwelle, vor der man sich schützen muß, indem man die Augen schließt, sondern als einen Lichtwerfer, der das Kampfgelände beleuchtet. Ob sie wollen oder nicht, sie sehen Teile des Geländes beleuchtet durch diesen Scheinwerfer, und sie bewegen sich auf diesem beleuchteten Gelände. So beginnt der Kommunismus den Boden zu bilden, auf dem sich die Arbeitermassen sammeln.

Als die Kommunistische Partei Deutschlands entstand, sammelte sie um sich eine kleine Gruppe von Arbeitern, und sie war von den Arbeitermassen als ein Störenfried empfunden, der durch Extravaganzen, Ueberspanntheiten die Bourgeoisie unnötigerweise reizt. Heute schreibt ein sozialdemokratischer Arbeiter im „Vorwärts“: „In Betriebs- und Branchenversammlungen ist der Kommunist rasenden Beifall sicher, spricht dagegen ein Genosse der SPD. und USPD., so wird er entweder heruntergebrüllt, oder ihm das Reden aufs äußerste erschwierigt.“ Die Kommunistische Partei, die aus der Spaltung der Arbeiterklasse entstand, vereinigt in ihren Reihen ihren kampfeslustigsten Teil, und sie übt einen großen Einfluß auf die Taktik der noch ihr fernstehenden Arbeitergruppen. Schon im März zeigte es sich während des Kapp-Putsches, daß in Deutschland entgegen dem offen bekundeten Willen der Arbeiterklasse keine bürgerliche Regie-

rung mehr möglich ist. Nach dem Kapp-Putsche, bei den Verhandlungen über die Bildung einer Arbeiterregierung, zeigte die Sorge der rechten USPD. um die Haltung der linken USPD. und der Kommunisten, daß entgegen dem Willen der Kommunisten eine sogenannte Arbeiterregierung unmöglich ist. Die SPD. und USPD.-Presse findet manchmal ein Gefallen darin, sich so zu stellen, als ob sie die Kommunistische Partei Deutschlands als Macht nicht ernst nähme. In Wirklichkeit weiß sie sehr gut, und der Artikel des sozialdemokratischen Betriebsrates, der im „Vorwärts" vom 28. erschien, zeigt es kraß, daß es den sozialdemokratischen Führern klar ist, daß die Kommunisten die Achse der Arbeiterbewegung bilden.

Die Kommunistische Partei entstand aus der Spaltung der Arbeiterklasse in kompromißsuchende Arbeitsgemeinschaftler der Arbeiteraristokratie und revolutionäre Klassenkämpfer der niedrigeren Schichten des Proletariats. Wie wir offen das Banner des Bürgerkrieges gegen die Bourgeoisie erhoben haben, so haben wir auch offen die Trennung von den Kompromißlern gepredigt. Es sind erst ein paar Monate zurück, als es uns gelang, durch die Zerschlagung der USPD. große Massen der Arbeiter dem Einfluß der Hilferdinge, Dittmann und Dißmann zu entziehen, die nur eine zweite Auflage der Ebert und Scheidemann sind. Und wie wir für keinen Augenblick uns die Einsicht verdunkeln lassen dürfen, daß, wenn sogar das Proletariat durch einen Zufall der Geschichte ohne Bürgerkrieg zur Macht gelangen würde, es nur im Bürgerkrieg und durch den Bürgerkrieg sie behaupten kann, ebensosehr müssen wir an dem Gedanken festhalten, daß nur durch die Trennung von der Sozialdemokratie beider Couleurs, nur die Einigung der entschiedenen Massen des samen Aktionen um unmittelbare Forderungen zusammenzufassen. Sie hat die Januarkämpfe 1919, die Märzkämpfe, die Münchener Kämpfe zusammen mit den USPD.-Arbeitern geführt. In den Märzkämpfen 1920 suchte sie sogar zusammen mit den SPD.-Arbeitern vorzugehen, ja sich sogar mit den Legiens zu verständigen. Die Aktion gegen die Gefahr der Benutzung Deutschlands als Aufmarschgebiet gegen Sowjetrußland hat die KPD. während des Polenkrieges durch eine offene Koalition nicht nur mit der USPD., sondern mit der SPD. begonnen. Sie tat dies in der festen Ueberzeugung, daß, wenn sich die Arbeiterschaft in einen Kampf begibt, so wird sie bei der Entwicklung des Kampfes, mit wie bescheidenen Losungen er auch beginnen mag, auf dem Boden der kommunistischen Kampfesweise gelangen, denn der Kommunismus allein erlaubt dem Proletariat folgerichtig seinen Kampf zu führen. In all diesen Kämpfen, wo wir versucht haben, zusammen mit den sozialdemokratischen Parteien, deren prinzipielle Bekämpfung wir für keinen Augenblick aufgaben, eine Aktion durchzuführen, haben diese Parteien immer wieder versagt. Sie schreckten zurück vor den Konsequenzen des Kampfes, und ließen die Arbeiterklasse im Stiche. Aber dadurch eben haben sie immer größeren Teilen der Arbeiterklasse praktisch bewiesen, wie richtig wir sie eingeschätzt haben, wie recht wir hatten, als wir vor ihnen warnten, und als wir die Kommunistische Partei als den einzigen Hort des kämpfenden Proletariats darstellten. Das, was wir heute sind, eine große proletarische Partei, das verdanken wir nicht nur unserer Propaganda und Agitation, sondern auch zum großen Teil den ge-

Proletariats auf dem Boden der Kommunistischen Partei die Basis einer dauerproletarischen Regierung in Deutschland gesichert werden kann. Der Gedanke des Bürgerkrieges und der Gedanke der Trennung von der Sozialdemokratie sind die tragenden Pfeiler der Kommunistischen Politik. Und sie sind der Weg der sieghaften Einigung des Proletariats. Aber damit ist nicht gesagt, auf welchem Wege diese Einigung stattfindet, damit ist nicht gesagt, ob dieser Weg in jedem Stadium hauptsächlich durch direkten Kampf mit den beiden sozialdemokratischen Parteien vor sich geht, wie auch den Gedanken des Bürgerkrieges nicht dadurch gedient wird, daß man in jeder Situation mit einer Unheil verkündenden Baßstimme „Bürgerkrieg, Bürgerkrieg" wiederholt: Wenn man z. B. in einer gewissen Situation Teile des Proletariats bewaffnen kann, eben dadurch, daß man eine Zeitlang vom Bürgerkrieg schweigt, so ist damit dem Bürgerkrieg im revolutionären Sinne ganz gewiß mehr gedient als durch die revolutionäre Grammophonmethode. Auf dem Wege zur endgültigen Einigung des Proletariats um die Fahne des Kommunismus, können die Perioden der Spaltung d nichtkommunistischen Parteien mit solchen wechseln, in denen es Pflicht ist, alles zu tun, um alle proletarischen Parteien zu gemeinsamen Aktionen zusammenzufassen.

II.

Die Kommunistische Partei hat auch in ihrer Vergangenheit trotz ihrer scharfen Propaganda gegen die sozialdemokratischen Parteien versucht, wo es nur möglich war, die geistig getrennte und zersplitterte Arbeiterklasse, oder wenigstens ihre revolutionären Teile zu gemeinsamen Aktionen mit den sozialdemokratischen Parteien.

Die Entwicklung der letzten Monate hat dazu geführt, daß die Verelendung der Arbeiterklasse, die mit jedem Tage wächst, eine ungeheure Erbitterung in der Arbeiterklasse schafft. „So geht es nicht weiter!" — Mit diesen Worten charakterisiert im „Vorwärts" der SPD.-Betriebsrat die Stimmung der Arbeiterklasse. In der Arbeiterklasse reifen neuen Aktionen heran. Nicht Aktionen kleiner Minderheiten des Proletariats, sondern großer entscheidender Schichten. Es gärt im Kohlenrevier Mitteldeutschlands; die Eisenbahner, die die Arterien des Volkswirtschaftslebens -unterbinden können, sind an den Punkt gelangt, wo sie im allgemeinen Streik den einzigen Ausweg sehen. Gleichzeitig hört man das Grollen der Arbeitslosenmassen, die in die Bewegung den Schwung, die Kraft ihrer Verzweiflung hineinbringen würden. Und wenn somit die Bewegung den Charakter einer großen proletarischen Aktion tragen würde, so würde auf der Gegenseite keine geschlossene Front des Bürgertums ihr entgegentreten. Die wachsende Unzufriedenheit der Beamten mag sich noch nicht in großen Massenaktionen entladen. Mag es dem kapitalistischen Staate noch gelingen, die oberen Beamtenschichten für eine Zeitlang zu gewinnen, die unteren einzuschüchtern. Eins ist sicher, hungrige, murrende Sklaven, die man nur durch die Peitsche von der Rebellion zurückhält, sie können keine sichere Schutzgarde der Regierung und des Bürgertums bilden. Diese Schichten bildeten aber neben den Bauern die Hauptstütze der Orgesch, und ihre Meinung bildet einen sehr wichtigen Teil der öffentlichen Meinung, die oft ein ausschlaggebender Faktor in großen sozialen Auseinandersetzungen ist. Somit kündigen sich Massenaktionen von der größten Vehemenz in einer günstigen Konstellation an. Gelingt es, in dieser Lage die Arbeiterklasse zusammenzufassen, auf ein-

heitliche Forderungen zu einigen, so würde die Bewegung sehr große Aussichten haben, das Proletariat einen Schritt weiterzuführen. Die Kommunistische Partei darf nichts unterlassen, um diese **Vereinheitlichung** der proletarischen Front herbeizuführen, selbst wenn er sich nicht zum siegreichen Kampf um die Macht auswachsen sollte.

Sie ist sich bewußt, daß, wenn sie sich nicht damit begnügen will, in dem Kampf nur mit einer Minderheit der Arbeiterklasse — wenn auch einer bedeutenden — zu ziehen, **so werden es nicht die Endziele des Kommunismus sein, um die der Kampf beginnen wird.** Die Kommunistische Partei macht sich keine Illusionen darüber. Die deutsche Arbeiterklasse als Ganzes ist heute noch nicht gewillt, in den Kampf zu ziehen, um die Räteherrschaft, um die Niederringung des Kapitalismus. Aber von der Not getrieben, des zum Leben notwendigsten entblößt, will diese Masse um das nackte Leben kämpfen. Sie will kämpfen gegen das nicht endende Steigen der Preise, sie will kämpfen gegen die sie bedrohende Arbeitslosigkeit, sie will kämpfen für die Entwaffnung der weißen Garden, sie will kämpfen für eine Politik des Friedens. Weder machen wir uns, noch wollen wir uns der Arbeiterklasse die Illusion machen, als könnte man auf dem Boden des zerfallenden Kapitalismus für die Arbeiterklasse ein Existenzminimum, Frieden und Sicherheit erlangen. Die Kommunistische Partei muß diese Illusionen bekämpfen, aber **nicht nur propagandistisch** bekämpfen. Sie bekämpft sie am besten, indem sie der Arbeiterklasse sagt: Ihr wollt vom Kapitalismus die Sicherung einer kleinbürgerlichen Existenz erreichen, Ihr wollt von ihm erreichen, daß er Euer Leben nicht mehr mit den Krallen der Arbeitslosigkeit und mit den Kolben der Orgesch bedrohe. Ihr wollt den Frieden mit allen Völkern und diesen Kämpfen nicht ferne stehen, sie darf sich nicht mit Propaganda, revolutionärer Forderungen, als die die Masse im gegebenen Moment aufstellt. Sie hat bewußt dahin zu streben, die Arbeitermassen in diesen Kämpfen zusammenzuhalten. Da in Deutschland wir nicht mit einer amorphen Masse, sondern mit einer Masse, die gewerkschaftlich wie politisch in ihrer Mehrheit unter nichtkommunistischem Einflusse steht, so muß die Kommunistische Partei damit rechnen, daß, bis den Massen der revolutionäre Sinn ihrer Kämpfe bewußt wird, sie noch geneigt sein werden, ihren bisherigen Parteien und Organisationen zu folgen. Diese werden also die Möglichkeit haben, Verwirrung in die Masse hineinzutragen, auf Kompromisse zu drängen usw. Demgegenüber genügt es nicht, die Masse vor diesen Parteien zu warnen. Es gilt zu versuchen, diese Parteien, wenn auch nur für eine Uebergangszeit, zu binden, indem man sie beim Worte nimmt. haben bisher den Kommunisten den Vorwurf der Spaltung gemacht, und das war ihr gröbstes Geschütz, von dem sie sich Wirkung auf die Massen versrpechen konnten. Nun, hier haben sie Gelegenheit, zu zeigen, ob sie bereit sind, gemeinsam zu kämpfen. Sie haben immerfort den Kommunisten vorgeworfen, daß diese dem Proletariat Ziele aus dem Wolkenkuckucksheim stecken. Nun, in den bevorstehenden Kämpfen handelt es sich um die einfachsten Dinge, um Brot und Arbeit. Das Mundspitzen hilft hier nichts. Hier werden die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften Farbe bekennen müssen. Lehnen sie, was wahrscheinlich ist, die Koalition zur Durchführung der bevorstehenden ökonomischen Aktionen ab, dann ist die Sache damit nicht beendet. Weil die Notwendigkeit einer einheitlichen Front bei den bevorstehenden Aktionen so groß ist, so wird die Verantwortung für die Zersplitterung zentnerschwer auf die Zersplitterer lasten. Vielerorts wird

mit Rußland in erster Linie. Ihr glaubt dies alles auf dem Boden der Demokratie und des Kapitalismus erlangen zu können, wenn Ihr Euch nur zur Wehr setzt und Eure Arme kreuzt. Wir glauben nicht daran, aber wir wollen Euch unterstützen, damit Ihr, die Ihr unsern Worten nicht glaubt, den Taten der Feinde Glauben schenkt. Ihr wollt kämpfen um die nächsten Forderungen, um die Sicherung Eures Lebens, nicht um die Rätediktatur, die Ihr als einen Luxus anseht. Nun, wohlan, wir wollen Euch in Eurem Kampfe um diese Forderungen unterstützen, und Ihr werdet sehen, daß Euch das Kapital, obwohl Ihr vollkommen friedlich und ruhig auftreten werdet, mit allen Machtmitteln der kapitalistischen Diktatur entgegentreten wird. Dann aber werdet Ihr zu wählen haben, ob Ihr Euch als Sklaven unterwerfen wollt, oder ob der Kampf über die unmittelbaren Ziele hinaus sich neue Ziele stecken muß. Beginnen wir mit den kleinen Zielen und wir versprechen Euch, nichts über die Köpfe der Arbeiterklasse zu unternehmen, deren Herrschaft wir aufrichten wollen. Sollten aber die Kapitalisten angesichts des imposanten Aufmarsches der Arbeiterbataillone Zugeständnisse den Arbeitern machen, die die sofortigen Erweiterung des Kampfes unmöglich machen würden, nun, so werden keine paar Monate vergehen und die durch den Sieg in ihrem Kraftbewußtsein gestärkte Arbeiterklasse würde sich von neuem vor dieselbe Frage gestellt sehen: ihre Lage würde von neuem durch die Zerrüttung des Kapitalismus verschlechtert worden sein; es hieße von neuem zu kämpfen, aber ärmer an Illusionen, klarer die Wirklichkeit verstehen.

Die Lage drängt das Proletariat zu gemeinsamen Aktionen um Forderungen, die von der Bourgeoisie auf die Länge hin nicht erfüllbar sind und teilweise erfüllt, bald durch die Entwicklung überholt, von neuem Kämpfe entfesseln. **Die Vereinigte Kommunistische Partei darf** die Parole lokal, die Bewegung zu vereinheitlichen. Und im letzten Ende wird der Kampf um sie die Kommunistische Partei praktisch dazu machen, was sie geistig schon heute ist, die einzige Partei der Vereinigung des Proletariats. Sollten aber die sozialdemokratischen Parteien jetzt oder in einem späteren Stadium der Aktion unter dem Druck des Echos, das unsere Agitation und Propaganda hervorrufen wird, in die gemeinsame Aktion eintreten, so unterliegt es keinem Zweifel, daß sie im Kampfe nicht durchhalten, daß sie aus ihm sich zurückzuziehen suchen werden in dem Moment, wo dieser Kampf durch seinen Umfang und Breite zum revolutionären Kampfe wird. Aber wenn die Masse sich schon in Bewegung befindet, dann erkennt sie den Verrat viel leichter als in dem Moment der Stagnation. Der Kampf erzeugt in ihr eigene Bewegungsgesetze, die stärker sind als der Einfluß der Führer. Somit würde die gemeinsame Front der Ueberwindung des Verrats der sozialdemokratischen Führer nur erleichtern, sie würde den Moment beschleunigen, wo die Arbeitermasse, dieses Verrats gewahr, sich von ihnen abwendet.

Die Interessen der Kommunistischen Partei sind identisch mit den Interessen der kämpfenden Arbeiterklasse. Wenn wir die gemeinsame Front des Proletariats in der Aktion erstreben, so dienen wir dadurch nicht nur den momentanen Interessen des Proletariats, sondern auch seinen dauernden Interessen seiner revolutionären Entwicklung, d. h., das Streben nach einer gemeinsamen Front im wirklichen Kampfe erfordert von uns Kommunisten keine Parteiopfer, sondern umgekehrt, indem es unsere Sache mit der Sache des Proletariats einigt, uns zum Träger seines Kampfes macht, bereiten wir auch den Sieg der Kommunistischen Partei vor. Die Spaltung legte die Grundlagen einer Kommunistischen Partei, die durch den geistigen Kampf um ihre Parolen einen festen Kern bewußter Arbeiter ausbildete. Mit diesem kampffähigen Stoßtrupp begibt sie sich in die Massen der nichtkommuni-

stischen Arbeiter, die jedoch genötigt sind zu kämpfen. In ihren Kämpfen sucht sie der Sammelpunkt zu sein, die einigende Kraft der Masse. In dem Maße, wie sie es wirklich wird, verwirklicht sie die Einigung der Masse unter dem Banner des Kommunismus. R. Fuchs.

Die oberschlesische Frage und das deutsche Proletariat.

Je mehr der Termin der Abstimmung in Oberschlesien naherückt, desto stiller wird die deutsche Oeffentlichkeit in der Frage Oberschlesiens. Das hängt wahrscheinlich damit zusammen, daß in London Verhandlungen über eine Teilung Oberschlesiens zwischen Polen und Deutschland im geheimen stattfinden. Aber schon die Tatsache, daß gleichzeitig Polen wie Deutschland mit allem Eifer Truppen und weißgardistische Formationen an der oberschlesischen Grenze zusammenziehen, zeigt, wie unsicher die Frage von dem Schicksal Oberschlesiens ist, das einstweilen durch einen diplomatischen Schacher, ein Plebiszit oder einen Waffengang entschieden werden soll. Und eben, weil es durch diese Mittel nur einstweilen entschieden werden kann, ist es notwendig, die oberschlesische Frage nicht nur als die Frage der Plebiszit-Parole, sondern als eine der Fragen der Entwicklung der Weltrevolution zu behandeln.

Nach dem Sieg der Arbeiterklasse in Polen, Deutschland und der Tschechoslowakei wird die oberschlesische Frage wie alle territorialen Fragen nicht vom nationalen, sondern vom Produktionsstandpunkt zu behandeln sein. Wenn die Arbeitermassen Mitteleuropas sich unter dem Banner der Räte-Diktatur sammeln, wenn von ihnen das Gespenst der nationalen Unterdrückung verschwindet, und sie in erster Linie an den kommunistischen **gierung oder der deutschen unterliegt.** Der Aufbau beginnt erst am Tage nach dem Siege des Proletariats, und siegt das deutsche Proletariat schneller als das polnische, so wird ihm Oberschlesien zufallen, auch wenn es jetzt zehnmal an Polen fällt. Es wird ihm zufallen auf Grund der Anziehungskraft, die das proletarische Deutschland auf die Proletarier Oberschlesiens, ja ganz Polens ausüben wird. Der Sieg der deutschen Revolution wird den Sieg der polnischen bedeuten. Denn zwischen das Feuer der russischen und der deutschen Revolution genommen, wird das polnische Bürgertum zusammenbrechen.

Die oberschlesische Frage ist somit die Frage von dem Verhältnis des oberschlesischen Proletariats zur proletarischen Revolution. Als solche ist sie von der größten Wichtigkeit nicht nur für die zukünftige wirtschaftliche Aufbau-Arbeit der Revolution. Sie ist von der größten Bedeutung auch für den Durchbruch der proletarischen Revolution vom Osten nach dem Westen oder umgekehrt. Falls einmal die Politik der Entente Sowjet-Rußland nötigt, das Weiße Polen mit den Waffen in der Hand niederzuwerfen, und die deutschen Proletarier vor der Frage stehen werden, sich mit den russischen zu vereinigen, so wird den Vereinigungspunkt nicht Tauroggen, sondern Kattowitz bilden. Ostpreußen und das Posensche sind Domänen des Junkertums, des preußischen wie des polnischen, das einen Wall zwischen der russischen und der deutschen Arbeiterklasse bilden wird, der vielleicht erst in dem weiteren Stadium der revolutionären Entwicklung zerstört wird. Jedenfalls werden diese Gebiete die Vendee des Räte-Deutschlands und Räte-Polens bilden. Sozial wird der Weg der Revolution durch Oberschlesien führen. Dasselbe wird der Fall sein, falls das siegreiche Räte-Deutschland

Wirtschaftsaufbau, an die Verscheuchung des Gespenstes des Hungers und der Kälte denken werden, so werden sie die Territorien, die der proletarischen Diktatur unterstehen, nach Produktionszweigen zusammenfassen. Sie werden sich fragen, wie gewinnen wir am leichtesten Kohle und Brot. Und dann wird die Frage nicht so stehen, ob Oberschlesien Polen oder Deutschland gehören soll, sondern wie man aus dem oberschlesischen, dem Dombrowaer und dem Teschener Kohlenbezirk *eine Kraftquelle für das proletarische Mitteleuropa* schafft. Das bürgerliche Mitteleuropa, das auf Konkurrenz der national organisierten kapitalistischen Gruppen beruht, kann nur an das Auseinanderreißen der Produktionsquellen denken, um jeder kapitalistischen Sondergruppe ihre Sonderprofite zu sichern. Wenn die kapitalistische Presse Deutschlands erklärt, das deutsche Volk könne ohne die oberschlesischen Gruben nicht leben, so ist das natürlich eine faustdicke Lüge. Denn das deutsche Volk lebt ohne die oberschlesischen Kohlenbergwerke. Sie gehören nicht ihm, es muß für ihren Gebrauch Tribute an die Henckel-Donnersmark bezahlen. Und wenn Herr Ledebour mit unterdrückten Tränen in seiner Stimme die oberschlesischen Bergarbeiter beschwört, doch bei Deutschland zu bleiben, um es lebensfähig zu machen, und sich den Aufstieg unter günstigeren Bedingungen zu sichern, als es der Fall im Polen Pilsudskis ist, so macht sich Herr Ledebour schuldig der unentgeltlichen Teilnahme an dem Propagandafeldzug der deutschen Kohlenbarone, die fürchten, die fremde polnische Regierung würde sie rücksichtsloser schröpfen, als die zartfühlende eigene Regierung. Die Bergarbeiter Oberschlesiens litten aber unter der Herrschaft Noskes und leiden unter der Herrschaft von Seeckt und Stinnes nicht weniger, als ihre Arbeitskollegen im Dombrowaer Kohlenbecken. **Für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mittel-Europas ist es gleichgültig, ob Oberschlesien der zerrüttenden Tätigkeit der polnischen kapitalistischen Re-**

sich den Weg nach Räte-Rußland zu bahnen haben wird. Das erhöht die Bedeutung der oberschlesischen Frage. Sie lautet einstweilen nicht: wie gewinnen wir die *oberschlesische Kohle*, sondern, *wie gewinnen wir am besten die oberschlesischen Arbeitermassen?*

Diese Arbeitermassen sind in ihrer Mehrheit polnisch, obwohl seit vielen Jahrhunderten das Land dem polnischen Staate nicht angehörte. Durch den Aufschwung des oberschlesischen Kapitalismus in den Städten, in den Kohlenbergwerken und Eisenwerken zusammengedrängt, standen sie nicht nur unter der Fuchtel des deutschen Kohlenbarons, sondern auch des deutschen Polizisten, des deutschen Schulmeisters. Mit der ökonomischen Ausbeutung vereinigte sich die nationale Unterdrückung, die diesen Massen immer fühlbarer wurde, je mehr sie in ihrem sozialen Aufstieg ihrer Nationalität bewußt wurden. Die erste Form ihres sozialen Aufwachens war national, und der Kampf gegen die polnische nationalistische Agitation, der 1903 zu dem großen Königshütter Prozeß geführt hat, war gleichzeitig Kampf gegen diese Massen als proletarische und als polnische Massen. Die Schwierigkeiten der sozialistischen Bewegung in Oberschlesien bis zum heutigen Tag bestanden eben darin, daß diese Masse in den Ausbeutern Fremde sah, und sich gegen sie national wie sozial in der Form des polnischen Nationalismus wehrte. Darum war die wichtigste Aufgabe des Sozialismus, diese Massen zu überzeugen, daß der Sozialismus sie nicht nur von den ökonomischen, sondern auch von den nationalen Ketten befreien wird. Die alte deutsche Sozialdemokratie konnte schon vor dem Kriege den oberschlesischen, polnischen Arbeitermassen diesen Glauben nicht beibringen. Vom Opportunismus zerfressen, konnte sie dem polnischen Nationalismus nur den deutschen Nationalismus entgegensetzen. Wenn Hörsing Binischkewitsch bekämpfte, so bekämpfte er ihn nicht im Namen der Internationale, sondern im Namen

des deutschen Nationalismus, der mit dem polnischen nicht in einer Partei leben konnte. Und die Rolle, die die Hörsinge nach dem Kriege in Oberschlesien spielten, konnte die polnischen Arbeitermassen nur auf den Gedanken bringen, daß die polnischen Nationalisten Recht hatten, wenn sie behaupteten, die deutschen Sozialdemokraten seien nur eine andere Form des deutschen Hakatismus.

Wenn so die Dinge liegen, so bestand und besteht die erste Aufgabe des deutschen Kommunismus in Oberschlesien durch die schärfsten Formen des Kampfes gegen die deutsche Bourgeoisie und die deutsche Regierung für das Selbstbestimmungsrecht der oberschlesischen Arbeitermassen in sozialer und nationaler Hinsicht, diesen Massen zu zeigen, daß der deutsche Kommunismus ihre soziale und nationale Befreiung bedeutet. Nun stellt die Entente durch den Versailler Vertrag diesen Massen die Selbstbestimmung durch Plebiszit in Aussicht. Diese Selbstbestimmung ist trügerischer Schein. Nicht nur, weil die Abstimmung unter dem Druck teils der Entente, teils Deutschland stattfindet, die auf die Massen alle Mittel der direkten und indirekten Beeinflussung loslassen, sondern in erster Linie darum, weil weder die eine noch die andere Partei die Volksmassen von der sozialen Unterdrückung befreien will. Keine von ihnen denkt daran, den Bergarbeitern die Kohlenwerke zu geben. Es ist nun die Frage, wie bringt die Kommunistische Partei dies den oberschlesischen Arbeitern am klarsten zum Bewußtsein, die unsere Genossen in Oberschlesien bewegt.

Es ist klar, daß die Kommunistische Partei ein Interesse hätte, überhaupt die Komödie des Plebiszits in Oberschlesien zu verhindern, wodurch gezeigt würde, daß die vom sozialen Joche ausgedrückt wäre. Wenn aber diese Losung als der schärfste Ausdruck der Desinteressierung der V.K.P.D. in der Frage der nationalen Unterdrückung der oberschlesischen Massen taktisch zulässig wäre, so widerspricht sie nach der Meinung der polnischen Kommunisten ihren taktischen Interessen. Denn während die deutsche Kommunistische Partei auf ihrem Wege zu den Massen in Oberschlesien als größtes Hindernis für ihre Gewinnung das nationale Mißtrauen zu Deutschland fand, so bildet für die polnischen Kommunisten das größte Hindernis das nationale Vertrauen der oberschlesischen Massen zur polnischen Bourgeoisie und Regierung. Während darum die erste Arbeit des deutschen Kommunismus in der Beweisführung besteht, daß die Kommunistische Partei garnicht daran denke, die oberschlesischen Massen an Deutschland zu ketten, so haben die polnischen Kommunisten den polnischen Massen zuerst zu sagen: verbindet Eure Hoffnungen mit der Zugehörigkeit zum polnischen kapitalistischen Staate nicht, diese Hoffnungen sind trügerisch. In dieser Situation der verschiedenen taktischen Ausgangspunkte der beiden Parteien, die dasselbe wollen, und für dasselbe streiten, bleibt als taktische Lösung das, was den Kern der Frage, die prinzipielle Lösung bildet: das Bekenntnis zum Kommunismus, zur Sowjet-Republik, zur sozialen Revolution, für die die territorialen Fragen als nationale Fragen nicht existieren werden.

Die Differenzen in der Frage der Haltung der Kommunistischen Partei zu dem oberschlesischen Plebiszit berühren nur die Formulierung des gemeinsamen Standpunktes. Es ist nur die Frage, wie drücken wir am besten den Gedanken aus, daß nur der sozialrevolutionäre Kampf

Arbeitermassen Oberschlesiens aus der Hand der Pariser Völkerschacherer keine „Selbstbestimmung“ annehmen. Dieser aktive Boykott setzt aber voraus. in großem Maßstabe durchgeführt, das, was gerade in Oberschlesien fehlt, einen sehr hohen Grad des revolutionären Bewußtseins. Somit ist zu entscheiden, auf welchem Wege, durch welche Parolen dieses Bewußtsein gesteigert werden kann für die Zukunft, wo die Massen selbst die Entscheidung der oberschlesischen Frage als eines Teiles der proletarischen Revolution in die Hand nehmen werden. Die polnischen Kommunisten schlagen die Wahlenthaltung vor als besten Ausdruck dafür, daß die Kommunistische Partei nicht durch Abstimmen unter dem Protektorat sich gegenseitig bekämpfender kapitalistischer Regierungen die oberschlesische Frage zu lösen gedenkt. Die deutsche Kommunistische Partei lehnte diese Formulierung des gemeinsamen Standpunktes ab. Sie hielt es für ihre Aufgabe, vorerst den polnischen Massen in Oberschlesien zu zeigen, daß ihre Politik in keinem Falle die Weiterführung der bürgerlichen oder der sozialdemokratischen deutschen Politik sein darf. In dem Moment, wo die deutsche Regierung anstrengt, um den letzten Mann an die Urne zu bringen, fordert die Kommunistische Partei Deutschlands die deutschen Arbeiter wie die polnischen offen auf: stimmt nicht für das Verbleiben bei Deutschland. Damit tritt eine deutsche Partei zum erstenmal offen vor die Massen der Bergarbeiter als eine, die es nicht versucht, sie an die alten Slavenhändler zu ketten. Kann aber die Kommunistische Partei Deutschlands den polnischen Arbeitermassen sagen, in der Angliederung an das bürgerliche Polen liege die Befreiung? Sie kann es selbstverständlich nicht. Wofür sollen sie also stimmen? Die Kommunistische Partei Deutschlands könnte sie auffordern, in ihrer Stimmenabgabe zu bekunden. daß sie zu Sowjet-Polen angehören wollen, worin die Befreiung vom nationalen wie die oberschlesische Frage lösen kann. Und weil es so ist, so kommt es in letzter Linie auf die Stärkung, Ausbreitung, Vertiefung dieses Kampfes an. Wir haben vorher gesagt, daß der aktive Boykott, der die beste Lösung der Sachlage darstellen würde, jetzt leider angesichts des Kräfteverhältnisses in Oberschlesien unmöglich sei. Dies muß natürlich bedingt aufgefaßt werden. Er ist momentan unmöglich, was nicht ausschließt, daß unter gewissen Umständen bei der Verschärfung des Kampfes zwischen der deutschen und polnischen Regierung eine Situation entstehen kann, in der die Arbeiterklasse imstande sein wird, der Selbstbestimmungskomödie ein Ende zu bereiten. Je mehr die beiden Kommunistischen Parteien ihre Politik nicht auf das Abstimmen oder Nichtabstimmen einstellen, sondern je mehr sie bemüht sein werden, die Aktivität der oberschlesischen Massen durch Demonstrationen gegen die Gewaltakte seitens der deutschen wie polnischen Bourgeoisie aufzubieten, desto größer wird ihre Macht im Momente der Entscheidungen sein. Und sie wird desto größer sein, je einheitlicher prinzipiell, je brüderlicher das Vorgehen der deutschen und der polnischen Kommunisten in Oberschlesien sein wird. Nicht nur muß alles vermieden werden, was den Eindruck erwecken könnte, als seien auch die Kommunisten nicht imstande, in ihren Reihen die nationalen Gegensätze auszuschalten, sondern es muß alles getan werden, um den Massen der Arbeiterschaft zu zeigen, daß der Kommunismus der nationale Friede in Oberschlesien und der Krieg um die soziale Befreiung ist. Diese Ueberzeugung ist notwendig, wenn Oberschlesien in der Revolution die Rolle spielen soll, die ihm durch seinen sozialen Charakter und die geographische Lage vorgeschrieben ist.

J. Porembski.

Die Lage Rußlands.

Das dritte Jahr der Sowjet-Republik endete mit einer vollkommenen Niederlage Wrangels, der auf dem Fuße die Zertrümmerung der Banden Petljuras, Balachowitsch und Sawinkows folgte. Mit dem Fall Wrangels wurde einstweilen die letzte Karte des französischen Imperialismus geschlagen. Das Aufräumen der Petljura- und Balachowitsch-Truppen durchkreuzte das Spiel des weißen Polen, das die Taktik General Hoffmanns nachahmen zu können glaubte und nach Abschluß des Friedens mit Sowjet-Rußland einen weiteren Krieg vermittels bezahlter Söldner-Heere zu führen gedachte. Die ausländische Presse der Bourgeoisie ist voll von Nachrichten über neue Kriegspläne der Sowjet-Regierung. Das sind zum Teil bewußte Lügen, die dem Bürgertum helfen sollen, seine Herrschaft des Terrors und des Militarismus als Abwehrmaßregel gegen die Gefahr des kriegerischen Vorgehens der Sowjet-Republik darzustellen, zum Teil drückt sich in diesen Nachrichten die Tatsache aus, daß die Welt-Bourgeoisie sich nicht entschließen kann zu einer entschiedenen Friedenspolitik Sowjet-Rußland gegenüber. Weil das Weltkapital sich neue Feldzüge gegen Sowjet-Rußland vorbehält, sucht es das Land der russischen Arbeiter als Kriegsherd darzustellen.

Die Siege über Wrangel und seine Hilfsformationen haben dem Weltkapital bewiesen, daß die Niederlage im Polenkrieg auf strategische Fehler zurückzuführen ist, nicht auf die Haltung der russischen Volksmassen. Wenn die Sowjet-Regierung die Folgen der Niederlagen an der Weichsel ohne größere Erschütterung aushalt, dann sind ihre Fundamente sehr stark, — schrieb seiner Zeit „Daily News“, und es unterliegt keinem Zweifel, daß jede weniger in den Volksmassen verankerte Regierung geoisie nur unter dem größten Druck entscheiden kann. Wahrscheinlich wird sie darum das für sie Gefährlichste tun. Sie wird die Politik der Zerfahrenheit weiter führen, die einerseits den Handel mit Rußland teilweise aufnimmt, andererseits aber an immer neuen Punkten das Feuer des Krieges ansteckt. **Sowjet-Rußland wird somit nicht vollkommen demobilisieren können, aber es wird den Zustand zwischen Krieg und Frieden als eine Atempause ausnützen, in der es durch die Verzehnfachung seiner friedlichen wirtschaftlichen Aufbau-Arbeit sich auch für die Kriegsmöglichkeiten vorbereitet.**

Wie im Frühjahr 1920, so wendet sich Sowjet-Rußland auch jetzt im Dezember 1920 den großen Fragen des wirtschaftlichen Aufbaues zu. Die durch den Polenkrieg zwar nicht unterbrochenen, aber eingeengten Bemühungen der Belebung der Produktion, sie werden jetzt auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens wieder aufgenommen. Und obwohl der Krieg eine Unmasse an Gütern zerstört hat, geht Rußland an die Wirtschaftsarbeit unter viel besseren Bedingungen, als es im Frühjahr der Fall war. Die Niederwerfung der Musavatisten-Regierung in Baku, die Aufräumung mit den Ueberresten der Denikin-Truppen im ganzen Kaukasus, eröffnete Sowjet-Rußland die Lebensmittelspeicher der Kuban- und Terek-Gegend, und was noch wichtiger ist, die Naphthaquellen Bakus. Das Donez-Kohlenbecken begann sich im letzten Jahre zu erholen. Die Kohlengruben im Moskauer Gouvernement wurden in diesem Jahre sehr ausgebaut. Im Ural ist das Aufräumen der Trümmer, die Koltschak zurückgelassen hat, beendet und die Aufbauarbeiten haben schon begonnen. Neben dem Nordkaukasus kommt jetzt Sibirien als Brotspeicher zur Geltung. Die wirtschaftliche Organisation des Staates ist trotz der scharfen Kritik, die wir selbst an ihr üben, um ihre durch den Krieg gesteigerten Mängel aus

durch eine solche Niederlage sehr schwer erschüttert worden wäre. Die Arbeiter und Bauern Rußlands sahen aber in dieser Niederlage nur einen Beweis, daß die Sowjetregierung vor neue Gefahren gestellt worden wäre, wenn die durch die Niederlage der Roten Armee in ihren Hoffnungen gestärkten Weißen Garden Wrangels, Sawinkows, Balachowitsch und Petljuras Zeit gewonnen haben würden, sich zum gemeinsamen Ansturm zu vereinigen. Und trotz des beginnenden Winters, trotz des Mangels an warmen Mänteln, stürmten die von der West- nach der Südfront gebrachten Roten Armeekorps mit einem Elan auf die Wrangel-Truppen, der alle Erwartungen überstieg. Die Sowjet-Regierung rechnete mit einer Winterkampagne. Gegen die ausgezeichnet ausgebauten, von einer Flankierung durch das Meer geschützten Stellungen am Perikop mußten die Roten Truppen mit sehr schwacher Artillerie-Deckung vorgehen, denn der Zustand der Wege erschwerte die Heranführung schwerer Geschütze ganz außerordentlich. Und trotzdem haben sie die Positionen des Feindes durchbrochen, und ihn auf der Flucht bis zur Vernichtung verfolgt. Die Kämpfe am Perikop waren die schwersten, die die Rote Armee jemals geführt hat. Sie kosteten die größten Opfer, und sie bildeten einen unwiderlegbaren Beweis, daß die Arbeitermassen und die armen Bauern Rußlands unerschüttert treu zum Sowjet-Banner stehen. Das müßte die Entente-Regierungen, deren Niederlage die Niederlage der Weißen ist, schließlich von der Unausführbarkeit aller Pläne auf militärische Niederwerfung der Sowjet-Regierung überzeugen. Aber trotzdem darf die Sowjet-Regierung nicht sicher sein, daß die Vernunft in den Kabinetten der Entente siegen wird, denn sie befinden sich in der Lage, wo sie eben auf eine Politik der Unvernunft, der Abenteuer angewiesen sind. Der Friede mit Sowjet-Rußland würde die Aufnahme des ersten Proletarierstaates in das kapitalistische Staatensystem bedeuten, einen Schritt, zu dem sich die Weltbaurder Welt zu schaffen, erstarkt, was in erster Linie der Lebensmittelversorgung zu Gute kommt, die ungeachtet der schlechten Ernte in diesem Jahre besser als in dem Vorjahre sein wird. Gelingt es, große kapitalistische Gruppen des Auslandes zu bewegen, an den reichen Grenzmarken Rußlands Kapital zur Ausbeute von Naturschätzen anzulegen, die Sowjet-Rußland mit seinen eigenen technischen Kräften in absehbarer Zeit nicht imstande ist, zu heben, so wird dies zwar diesen Kapitalistengruppen große Profite abwerfen, aber in hohem Maße auch dem sozialistischen Aufbau in Zentralrußland zu Gute kommen.

Vor den Fragen des Wirtschaftsaufbaues stehend, mußte die Kommunistische Partei Rußlands ihre **Regierungsmethoden** einer Ueberprüfung unterwerfen. Dies geschah noch vor der endgültigen Niederlage Wrangels in den Novembersitzungen des Zentral-Komitees, das wie immer die Initiative in den Händen behaltend, auf der Gewerkschaftskonferenz den Kurs seiner Politik den verantwortlichen Leitern der proletarischen Organisationen vorlegte, der von diesen akzeptiert, in den Debatten der Partei- und Gewerkschaftspresse scharf beleuchtet, auf dem Sowjet-Kongreß wie auf dem Parteikongreß mit voller Energie durchgeführt wird. Worin besteht die Kursänderung, — wenn man so sagen will, — oder richtiger, die **Anpassung der Politik an die neuen Aufgaben**? Er besteht eben in der Erfassung der **Unterschiede zwischen den Aufgaben der Waffe und des Hammers, des Krieges und der Wirtschaft**. Der Krieg erfordert die Unterordnung, die Disziplin, in einem Ausmaß, wie es nur unter dem feindlichen Feuer ertragbar ist. Natürlich erfordert auch die wirtschaftliche, organisierte Arbeit Unterordnung, zentrale Leitung und Disziplin. Aber sie erfordert in viel höherem Grade Selbsttätigkeit und eigenes Denken der Massen, und damit ist gesagt, daß der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Organisationsarbeit des proletarischen Staates in

den Organisationen liegt, die die Volksmasse nach ihrer Produktionsart zusammenfassen: das heißt, in den Gewerkschaften, oder wie man es jetzt in Rußland sagt, in den Produktionsverbänden. Indem die Geschichte Sowjet-Rußland vor die neuen Aufgaben stellt, gibt sie ihm auch die Mittel ihrer Lösung.

Man sprach viel in der europäischen Presse — auch in der Arbeiterpresse — von dem Verfall der Arbeiterräte, die aus Regierungsorganen vielerorts zu Propaganda- und Agitationsorganen wurden, während sich die wirkliche staatliche Organisationsarbeit in den Händen der revolutionären Bürokratie konzentrierte. Dies war die Folge einer sehr einfachen Tatsache, der Tatsache nämlich, daß zweimal Hunderttausend der energischsten, erfahrensten kommunistischen Arbeiter sich im Heere befanden. Die Sowjets, d. h. eben diese energischsten Arbeiter, rollten mit den Rotarmisten-Transporten von einem Ende Rußlands ins andere. Sie lagen im Schützengraben, und es ist klar, daß unter diesen Umständen die Organe der Arbeiter-Demokratie, die Sowjets, zusammenschrumpften, ihre Macht kleineren Kollegien abgaben. An die Stelle der Sowjets traten die Exekutiv-Komitees der Arbeiterräte, und mit Arbeit überladen konnten sie natürlich dem Wachstum der parasitären Bürokratie nicht genügend scharf entgegentreten. Jetzt kehren Zehntausende und aber Zehntausende unserer besten Arbeiter vom Felde zurück, bereichert um die Erfahrungen einer immensen organisatorischen Arbeit, die sie im Kriege geleistet haben, gestärkt durch die militärische Disziplin, geübt im Befehlsausteilen und Befehlsausüben. Zerstreut auf alle Werkstätten unserer Arbeit, werden sie die Sowjets und die Gewerkschaften zur neuen Blüte bringen als Organe des Wirtschaftsaufbaues und der staatlichen Verwaltung. Und hunderttausende Bauern, die in die Rote Armee getreten

Gründung der kommunistischen Partei Frankreichs.

Die Spaltung der französischen sozialistischen Partei in Tours beendet einstweilen den Kampf, der innerhalb der französischen Sozialdemokratie seit dem zweiten Kriegsjahre einsetzte. Die französische Sozialdemokratie zog in den Krieg mit derselben sozialpatriotischen Fahne, wie die deutsche Sozialdemokratie. Wenn Rudolf Hilferding in der „Freiheit“ zu ihrer Entschuldigung erklärt, sie habe von demokratischen Illusionen irregeführt sich an die Seite der französischen Bourgeoisie gestellt, während die deutsche Sozialdemokratie für eine offen auftretende kapitalistische Oligarchie gekämpft hat, so fällt dieser Erklärungs- und Verteidigungsversuch glatt ins Wasser, wenn man sich erinnert, daß die französischen Sozialpatrioten im Bunde mit dem Zarismus gekämpft haben, der ihnen ganz gewiß keine demokratischen Illusionen wecken konnte. Die französische Sozialdemokratie stellte sich an die Seite des Bürgertums aus denselben Gründen, wie die deutsche. Sie war vom Opportunismus zerfressen, und sogar in ihren besten Teilen vom Nationalismus beseelt. Gegen den Verrat der französischen Sozialdemokratie setzte eine Opposition ein, die die Vorläuferin der heutigen kommunistischen Partei ist: in der Partei begann sich um Loriot eine kleine Gruppe von Genossen zu sammeln, die die Vaterlandsverteidigung ablehnte, für den revolutionären Kampf gegen den Krieg eintraten, und sich in nahen Beziehungen zu der Auslandsgruppe der russischen Bolschewiki befanden. Gleichzeitig begann unter den Syndikalisten sich die internationalistische revolutionäre Richtung um Monac und Rosmere zu sammeln. Leo Trotzki, der in dieser Zeit in Paris lebte und sich durch die syndikalistischen Vorurteile dieser Gruppe gegen die

sind, ohne klare politische Idee, werden vom Felde zurückkehren mit der Erfahrung der großen Bedeutung der proletarischen Leitung, mit der Idee vom Staate, der den Hammer mit der Sichel vereinigt und sie beide durch das proletarische Schwert verteidigt.

Natürlich erfordert die Inanspruchnahme neuer Aufgaben einen Rückblick auf den Weg, der hinter uns liegt, ein sorgfältiges Studium der Lage, Zählung der Wunden, der Schäden. Diese Inventuraufnahme wird mit der Gründlichkeit, Rücksichtslosigkeit, Unerschrockenheit vorgenommen, die immer die Kommunistische Partei Rußlands charakterisiert hat und der Sowjet-Rußland seine Existenz verdankt. Ich kann mir vorstellen, wie die Crispiens, Dittmanns, Hilferdings triumphieren, wenn sie die Reden Trotzkis, Rykows und anderer unserer Genossen lesen, die rücksichtslos auf jede Wunde hinweisen, die geheilt werden muß, wenn der Körper Sowjetrußlands aufblühen soll. Die Menschewisten aller Länder sollen nur zusammen mit der Bourgeoisie ihre Triumphgeschreie anstimmen. Wir hören sie mit erprobter Ruhe an, denn wir wissen, daß wir durch unsere Offenheit nur gewinnen. Ein Staat, dessen Regierung an der Spitze der „Enthüller“ marschiert, er zeigt für jeden denkenden Menschen durch diese bloße Tatsache, wie stark seine Grundlagen sind!

Sowjet-Rußland beginnt sein viertes Existenzjahr als der einzige sich nach dem Kriege konsolidierende Staat, und die Kommunistische Partei Rußlands ist der einzige Stern, der den Massen des Weltproletariats den sicheren Weg aus dem Chaos zeigt. Wahrscheinlich werden wir noch genötigt sein, zu den Waffen zu greifen. Aber wir können ruhig sagen, die bürgerliche Welt, die durch diese Waffen genötigt worden ist, uns eine neue Atempause zu gewähren, sie wird unsere Wehr stärker und geschärfter finden, wenn sie uns noch einmal nötigt, das Kriegsfeld zu betreten. **Karl Radek.**

Baku, am 20. Dezember 1920.

Bildung der politischen Parteien des Proletariats nicht abschrecken ließ, hatte auf sie einen starken Einfluß ausgeübt. Erst später, als der Krieg immer länger dauerte, und immer größere Opfer erforderte, begann eine Reihe von Abgeordneten mit Pressemane, Longuet und Mistral an der Spitze, das Zentrum der französischen Sozialdemokratie zu bilden. Sie erkannten vollkommen die Pflicht der Verteidigung des kapitalistischen Frankreichs an, und stimmten bis zu Ende des Krieges unentwegt für die Kriegskredite. Was sie von den Renaudels unterschied, war nur die Sehnsucht nach dem Frieden, aus der heraus sie von der französischen Regierung forderten, sie möge jede Gelegenheit zur Verständigung mit Deutschland ergreifen. Als Wilson mit seinem pazifistischen Programm auftrat, machte diese Gruppe den Wilsonismus zu ihrem Banner. Mit der steigenden Müdigkeit der Massen wuchs ihr ein Einfluß in der Partei so, daß sie beim Schluß des Krieges eine gute Hälfte der Partei ausmachte, während die kommunistische Linke und die Rechte je ein Viertel der Parteimitglieder um sich sammelten. Wenn dieses Zentrum der französischen Sozialdemokratie während des Krieges eine verschlechterte Auflage der deutschen Unabhängigen bildete, so erweckte es nach dem Kriege den Eindruck, als sei es revolutionärer und entschiedener als diese. Diesen guten Ruf verdankten Longuet und die Seinen zwei Tatsachen. Erstens erlaubte das Fehlen großer revolutionärer Massenbewegungen ihm, der Probe auf das Exempel zu entgehen. Seine Phrasen hatten die praktische Probe der Tat nicht zu bestehen. Zweitens machte sich Longuet eben in solchen Phrasen zum Exponenten der Sympathien des französischen Proletariats für die russische Revolution, als deren Verteidiger er im Parlament und in der Presse auftrat. In dem Lande, in dem die Traditionen der französischen Revolution des Terrors, des Konventes, lebten, mußten die Arbeitermassen instinktiv und viel lebendiger die Bedeutung der russischen Revolution ver-

stehen, als in den Ländern ohne revolutionäre Traditionen. Und da die französische Bourgeoisie an der Spitze der Gegner Sowjet-Rußlands marschierte, da sie die Leiterin der russischen Konterrevolution war, so fühlten sich die Arbeitermassen Frankreichs besonders verpflichtet, die russische Revolution zu verteidigen. Longuet, in dem dieselben Traditionen nachschwingen, konnte desto leichter den Gefühlen der Masse Ausdruck verleihen, als das eben erwähnte Fehlen der Massenbewegungen ihn nicht zu Taten verpflichtete, die so sehr seiner opportunistischen Natur widersprechen.

Je mehr in den Massen unter dem Eindruck des Versailler Friedens, der wachsenden Teuerung, der Erstarkung der rücksichtslosen Reaktion im Lande die demokratischen und pazifistischen Illusionen verflogen, desto schneller wurde in diesen Massen der Einfluß Longuets und des Zentrums durch den Einfluß der Kommunisten verdrängt. Im Lande der bürgerlichen Demokratie stellte der Bankrott dieser Demokratie die Masse von vornherein vor die Frage des Kommunismus als des einzig möglichen Schrittes über die bürgerliche Demokratie hinaus. Es war klar, daß, wenn die Arbeitermassen durch den bürgerlichen Parlamentarismus enttäuscht wurden und auf Grund der Erfahrungen der russischen Revolution die Notwendigkeit einer zentralen Gewalt in der Revolution einsehen mußten, so machte der demokratische Aberglauben nicht dem syndikalistischen Platz, wie es früher in Frankreich der Fall war, sondern der Losung der Arbeiterräte. Die Idee der Diktatur stützte sich auf alte lebendige Traditionen des Konventes. Auch Longuet machte diesen Tendenzen Konzessionen, aber in seiner zaghaften Art, die wie die programmatische Erklärung der französischen Sozialdemokratie vom Jahre 1919 zeigt, in vielen Punkten bewußte Zweideutigkeiten beging. Andere Longuetisten traten offen dagegen auf: Sinowjew in Berlin Daniel Renoult gegenüber aus, später, wie gesagt, das Exekutiv-Komitee. Die Unabhängige deutsche Presse nahm dies zum Anlaß, um die Kommunistische Internationale zu beschuldigen, sie habe keine Prinzipien, denn in derselben Zeit, wo sie die rechten deutschen Unabhängigen ausschließe, treibe sie ein Doppelspiel mit Longuet. Jetzt, wo auch die Longuetisten aus der Partei ausgeschlossen sind, nachdem das Exekutiv-Komitee der Internationale in einem Telegramm an den Kongreß in Tours den Ausschluß von Longuet forderte, vergießt Herr Hilferding Tränen in der „Freiheit“ und spricht von der dümmsten aller Spaltungen, die durch die „russische Knute“ herbeigeführt worden ist. Zwischen dem Doppelspiel und der Knute liegt aber die einfache Tatsache, daß Longuet sich solidarisch mit den Reformisten erklärt hat, daß er sich in schärfster Form gegen den Ausschluß Renaudels, Thomas und Companie wandte. Wenn man Longuet bisher wenigstens den subjektiven guten Glauben eines Revolutionärs zutrauen konnte, so trat er offen als Agent der Bourgeoisie auf in dem Moment, wo er sich als Schutzpatron der schmutzigsten Reformisten aufwarf. Hier war jedes Kompromiß ausgeschlossen, wenn die Bildung der Kommunistischen Partei nicht eine Komödie sein sollte.

Die Kommunistische Partei Frankreichs ist entstanden. Natürlich wird sie mit einem Tage die Eierschalen ihrer Entwicklung nicht abwerfen können, und sie wird sich nicht mit einem Sprung über die Machtverhältnisse, die in Frankreich bestehen, hinwegsetzen können. Aber damit die reformistischen Ueberreste in der Ideologie des Proletariats ausgemerzt werden und so die Einigung mit den revolutionären Elementen des Syndikalismus herbeigeführt werden konnte, mußte die Partei zu einem organisatorisch einheitlichen Körper werden. Und wenn ihre

guetisten wie Frossard, der ausgezeichnetste Organisator der französischen Partei, oder wie Cachin, der Redakteur der „Humanité und einer der ausgezeichnetsten französischen Parlamentarier und Agitatoren, gingen über diese Zweideutigkeiten hinweg. Frossard dank seinem unmittelbaren Verhältnis zur Arbeiterklasse, das er sich als früherer Metallarbeiter bewahrte; Cachin dank seinem ausgesprochenen Kämpfer-Charakter. Die Reise nach Rußland hatte ihre Entwicklung vollendet dank den großen Eindrücken der russischen Revolution und der offenen scharfen Kritik ihrer Vergangenheit, die sie aus dem Munde der russischen kommunistischen Führer zu hören bekamen.

Die französische Sozialdemokratie hat eine kommunistische Mehrheit, und es war klar, daß diese kommunistische Mehrheit in ihren Reihen Leute nicht dulden konnte, die nicht nur im Kriege offene Sozialpatrioten waren, wie Renaudel, Sembat, Bracke, Albert Thomas, der frühere französische Munitionsminister, sondern die heute unentwegt und offen auf dem sozialpatriotischen reformistischen Standpunkt stehen und wie Thomas sogar die Stirn besitzen, gleichzeitig das Arbeitsbüro der Völkerraub-Liga zu leiten. Der Ausschluß der Reformisten war desto notwendiger, da sie in der Parlamentsfraktion starken Einfluß hatten, und so die Möglichkeit besaßen, die Agitation der Partei zu verfälschen, ihre Aktionen zu durchkreuzen. Die Frage war nur, ob mit den Reformisten auch die Zentrumsleute mit Longuet an der Spitze ausgeschlossen werden sollten. In Anbetracht dessen daß sich Longuet auf keine breite Schicht stützt, daß er wie seine Anhänger Pressemanne, Minstral, Paul Fabres keine geschlossene Theorie darstellen, war das Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale wie ein Teil der französischen Kommunisten der Meinung, man solle sich vorerst von den offenen Reformisten trennen, und abwarten, ob die Longuetisten sich durch die Partei nicht assimilieren lassen. In diesem Sinne sprach sich zuerst Genosse Entstehung nicht auf einmal die Kraft der französischen Reaktion brechen kann, so war sie notwendig, damit diese Macht in der Zukunft gebrochen werde. Hilferding weist auf den kleinbürgerlichen Charakter Frankreichs, auf die verhältnismäßige Schwäche des Proletariats hin, und schließt daraus, die Spaltung sei in diesen Verhältnissen ein Verbrechen. Ueber diese Theorie wäre es notwendig, sich länger auseinanderzusetzen, wenn dieser mit Respekt zu sagen Theoretiker nicht gleichzeitig die Theorie verfechten würde, daß die Spaltung in dem hochkapitalistischen Deutschland ein ebensolches Verbrechen sei. Das zeigt nur, daß es sich bei den Tiraden der Hilferdinge nicht um irgendwelche Analyse der konkreten Bedingungen der Entwicklung der Revolution in einzelnen Ländern handelt, sondern um die einfache Tatsache, daß, wer de facto Gegner der Revolution ist, auch sehr gut mit Sozialpatrioten und Reformisten in einer Partei leben kann: denn wer für die Revolution nicht kämpft, dem bleibt nur die Möglichkeit offen, sich klar oder versteckt mit der Bourgeoisie in Händel einzulassen, wozu offene Reformisten als Vermittler sehr gut zu gebrauchen sind. Die französische Arbeiterklasse wird ihre revolutionären Kämpfe nicht bis zu der Zeit verschieben können, wo Frankreich sich aus einem kleinbürgerlichen Lande in ein großkapitalistisches entwickeln wird. Die Erneuerung des Kapitalismus ist in Frankreich ebenso wenig möglich wie in Deutschland. Den Bankrott der französischen Bourgeoisie verdeckt der Versailler unbezahlbare Wechsel nur vor blöden Augen. Ist es aber so, dann wird die französische Arbeiterklasse, so schwach oder so stark sie ist, den Kampf als Teil des europäischen Proletariats auszufechten haben. Und da ist es für jeden klar, daß sie in diesem Kampf stärker sein wird, wenn sie aus ihren Reihen die offenen Reformisten und die schwankenden Elemente ausgeschlossen hat, weil sie auf diese Weise die Elemente der Verwirrung und der Schwächung los wurde.

Die Kommunistische Partei Frankreichs wird ganz gewiß nicht aus dem Stegreife eine Revolution machen können. Wenn sie aber ihre Agitation und ihre Propaganda auf die Revolutionierung der Vorderreihen der Arbeiterklasse einstellt, wenn sie durch ihre revolutionäre Neuorientierung die Vereinigung mit den revolutionären syndikalistischen Arbeitern herbeiführt, wenn sie mit diesem so gebildeten Vortrupp jede Aktion des französischen Proletariats verschärft und vertieft, so hat sie damit die Pflichten erfüllt, die einer Kommunistischen Partei obliegen in einem Lande, wo die objektive Situation die Entwicklung die Massen zu revolutionären Aktionen noch nicht getrieben hat. Nichts anderes als die Umschreibung dieser Pflichten bezweckten die 21 Bedingungen des Moskauer Kongresses.

Wir begrüßen in der Kommunistischen Partei Frankreichs die neue Abteilung des internationalen Kommunismus, und sehen es als gutes Omen an, daß es unserer Genossin Klara Zetkin gelungen ist, trotz der ihr von der französischen Regierung gestellten Hindernisse bei der Geburt unserer französischen Bruderpartei anwesend zu sein. Wir hoffen, daß die Bande, die die französische Kommunistische Partei mit der V.K.P.D. verbinden werden, immer engere werden, daß die beiden Parteien Hand in Hand gehen werden, in allen Kämpfen, die da kommen werden. Die Siege des französischen Proletariats werden die Siege der deutschen Revolution sein und ihr Vormarsch wird der Vormarsch der französischen Arbeiterbataillone sein. Paul Bremer.

Die Neuordnung der Welt.

Der Weltkrieg hat eine neue Weltkonstellation geschaffen, die immer festere Formen annimmt. Der Schwerfaktor. Alle kapitalistischen Regierungen müssen heute bei der Führung ihrer Außenpolitik mit den Bewegungen der Arbeiterschaft ihrer Länder rechnen. Mit der neuen weltpolitischen Konstellation aber tritt ihnen als aktiver weltpolitischer Faktor Sowjet-Rußland und seine staatliche Außenpolitik entgegen: Das Ziel der staatlichen Außenpolitik Sowjet-Rußlands ist nicht nur beschränkt auf die Sicherung der Stellung Sowjet-Rußlands und seiner Grenzen, sondern darüber hinaus ebenfalls eine Neuordnung der Welt. In diesem Ziele sind die fortgeschrittensten und revolutionärsten Proletarier aller kapitalistischen Staaten mit Sowjet-Rußland einig. Während so sich ein neues Zentrum der Kräfte der kapitalistischen Weltwirtschaft herausgebildet hat, um das sich die Probleme der imperialistischen Weltpolitik gruppieren, hat sich andererseits ein Zentrum der weltpolitischen Kräfte des Proletariats gebildet. Auf der einen Seite der Bourgeoisie strebt man nach der Errichtung einer neuen kapitalistischen Weltordnung, auf der Seite des Proletariats zu einer Neuordnung der Welt im kommunistischen Sinne. Während die Politik der Bourgeoisie die Arbeiterschaft nur als Material betrachtet und ihre Interessen rücksichtslos preisgibt, geht die proletarische Politik aus von den Lebensinteressen der Proletarier, die die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung der kapitalistischen Staaten bilden. Zwischen beiden Zielsetzungen kann es nur schärfsten Kampf geben. Aber dieser Kampf geht nicht aus von einem Zentrum, er wird nicht von diesem Zentrum aus hineingetragen in alle kapitalistischen Länder und durch Propaganda hervorgerufen, er wächst vielmehr in allen kapitalistischen Ländern hervor aus den gewaltigen Erschütterungen, die die Zerstörung der bisherigen kapitalistischen Weltordnung mit sich bringt und aus dem ungeheuren Druck, den die Versuche zur Schaffung einer

punkt der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Kräfte ist von Europa weggewandert nach Amerika zu. Europa ist heute nicht mehr das Land der stärksten weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Kräfte. Die Zerstörung der industriellen Produktion in Mittel- und Osteuropa hat die bisherigen weltwirtschaftlichen Zusammenhänge erschüttert. Das System des labilen Gleichgewichtes der Weltwirtschaft, das vor dem Kriege bestand, ist zerstört.

Das Ziel der Politik der imperialistischen Mächte ist heute, sich einzurichten auf diese neue Konstellation, die Weltwirtschaft auf der Grundlage dieser Konstellation wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Von diesem Gesichtspunkte aus haben die mittel- und osteuropäischen Probleme der Weltpolitik für die imperialistischen Mächte nur sekundäre Bedeutung. Diese Politik geht aus von Notwendigkeiten und Bedürfnissen des internationalen Großkapitals. Wie im Innern der kapitalistischen Länder die gesamte Wirtschaft, die Produktion eingestellt wird auf die Bedürfnisse der Bourgeoisie unter rücksichtsloser Preisgabe der Interessen der Arbeiterschaft, soll die kapitalistische Ordnung im Weltmaßstabe wieder hergestellt werden, ohne daß dabei Rücksicht genommen wird auf die arbeitenden Klassen der Welt. Die Arbeiterschaft aller Länder ist für diese Politik nur Material, das für die Bedürfnisse dieser Politik rücksichtslos geopfert wird.

Aber diese Politik der imperialistischen Mächte in der neuen Situation weckt von sich aus die Kräfte, die dieser Politik entgegenwirken und den Wiederaufbau einer kapitalistischen Weltordnung unter veränderten Bedingungen in veränderter Gestalt unmöglich machen. Das Proletariat ist heute in allen kapitalistischen Ländern ein überaus starker innerpolitischer Faktor, der nicht nur der inneren Politik der Regierungen der imperialistischen Staaten entgegentritt, sondern der sie in der Führung ihrer äußeren Politik fesselt. Das Proletariat wird immer mehr zu einem ausschlaggebenden weltpolitischen neuen kapitalistischen Weltordnung für die Arbeiterschaft aller Länder nach sich ziehen.

Eine gewaltige Weltkrise bezeichnet heute die Geburtswehen der neuen kapitalistischen Weltordnung. Diese Krise führt in allen kapitalistischen Ländern der Erde zu gewaltigem Druck auf die Arbeiterschaft. Ueberall Stilllegungen von Fabriken und Werkstätten, überall Lohndruck, überall Arbeitslosigkeit, überall rasendes Sinken der Lebenshaltung der Massen; überall aber auch daraus hervorwachsend Steigerung des Klassenkampfes, direkter Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie. In Mittel- und Osteuropa haben diese sozialen Kämpfe teils zum Siege geführt wie in Rußland, teils sind sie in das Stadium der Entscheidung getreten, wie in Deutschland, in Oesterreich, in Italien und in den russischen Randstaaten.

In Frankreich ist dem Jubel über den Sieg sehr rasch die Ernüchterung gefolgt. Die Krise wird nicht nur von den Arbeitern hart empfunden, sondern auch von den Bauern und kleinen Pächtern, die heute ihresteils schwer an den Lasten des Krieges mittragen müssen. Die Arbeitslosigkeit steigert die revolutionäre Stimmung unter den Arbeitern; die kommende Steuerpolitik weckt Unzufriedenheit und Erregung in den agrarischen Kreisen.

In England hat die Krise heute über eine Million Arbeiter aufs Pflaster geworfen. Neue Betriebsstilllegungen stehen bevor. Ein Teil der Arbeiter ist nur noch stundenweise beschäftigt.

In den Vereinigten Staaten sind heute 2¾ Millionen Proletarier arbeitslos und der bittersten Not preisgegeben.

In den neutralen Ländern machen sich schwere Krisenzeichen bemerkbar. In Skandinavien, in der Schweiz, in Spanien, überall Stockung und Krise, überall Arbeitslosigkeit, Lohndruck, Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterschaft.

In der ganzen Welt schreitet heute der Verelendungsprozeß der Arbeiterschaft rasend schnell vorwärts. Die Arbeiter in England, in Frankreich, in den neutralen Staaten, in Amerika müssen heute erkennen, daß ihre Lebenshaltung von der bisher inne gehabten Höhe herunter stürzt. Dieser Rückgang der Lebenshaltung der Arbeiter dieser Länder wirkt auf sie ungemein revolutionierend. Der politische Ausdruck dafür ist, daß immer mehr sich die klassenbewußtesten und revolutionärsten Arbeiter dieser Länder abwenden von der Politik des Burgfriedens, wie sie von den Gompers und Genossen im internationalen Maßstabe gepredigt wurde, und sich immer mehr zu den Ideen der III. Internationale bekennen. In allen kapitalistischen Ländern werden so die Kräfte lebendig, die dem Versuche der Schaffung einer neuen, gefestigten kapitalistischen Weltordnung entgegentreten.

Diese Kräfte aber erhalten einerseits Ziel durch die Ideen der III. Internationale, und sie werden andererseits zu aktiven Faktoren der Weltpolitik durch das Eingreifen Sowjetrußlands in die weltpolitischen Probleme. Die internationale Bourgeoisie wird sich immer mehr klar darüber, welche Gefahr für sie in diesem Zusammenhange die staatliche Politik Sowjet-Rußlands bildet, und daß die Zersetzung des Sowjetregimes in Rußland eine der Voraussetzungen der kapitalistischen Neuordnung der Welt ist. Die Isolierung Sowjet-Rußlands, die Zerstörung der Zusammenhänge zwischen Sowjet-Rußland und der Arbeiterbewegung aller Länder ist deshalb eines ihrer vornehmsten Ziele. Diese Zusammenhänge kommen zum Ausdruck in folgenden Ausführungen, die wir in der Wochenschrift: „Das neue Europa" finden:

„Das Kernproblem ist hier Rußland. So lange Rußland Sphinx bleibt, ist an einen politischen Frieden in Europa nicht zu denken. Es war an dieser Stelle gesagt, schieht, wenn Polen einen zweiten Ansturm der Sowjetheere nicht überlebt? Was geschieht, wenn ein Sieg über Polen eine Arbeiterschaft bei uns antrifft, die der Kampf um die Sozialisierung in Erregung hält? Wird es dann möglich sein, militärische Aktionen nach den Plänen Churchills in Gang zu bringen? Das ist nicht anzunehmen. Wir haben nicht das geringste Interesse, die Dinge soweit treiben zu lassen. Die englische Politik kann warten, wir können es nicht. Wir stehen den russischen Dingen räumlich und auch psychisch näher. Und weil wir es nicht können, kann Europa es nicht. Nur durch den Friedensschluß kann den unangenehmen Eventualitäten vorgebeugt werden, mit denen sonst zu rechnen ist. Das erst ist das Mittel, den Zersetzungsprozeß der Sowjetherrschaft zu entbinden. Deutschland allein kann nichts tun. Isolierte Schritte würden nicht die gewünschte Wirkung haben, sondern uns nur Verdächtigungen einbringen. Und von keinem Parteistandpunkt wäre diese Belastung unseres schmalen Vertrauenskontos zu rechtfertigen. Aber in Verbindung mit der Wiedergutmachungsfrage, in der planmäßige Leistungen am russischen Wiederaufbau eine große Rolle spielen könnten, könnte die deutsche Politik den allgemeinen Friedensschluß mit Sowjetrußland dringend empfehlen und seine praktischen Vorteile im einzelnen nachweisen. Es ist alles ein Kreislauf. Gut würde es sein, wenn die deutsche Politik ihn während der Brüsseler Verhandlungen aufzeigte."

Solange aber in Rußland das Sowjetregime sich behauptet, solange es sich militärisch, wirtschaftlich und kulturell festigt, solange wird auch sein Beispiel mächtig auf die Arbeiter aller Länder einwirken und wird die revolutionären Elemente in der ganzen Welt beeinflussen. Gerade der Friedensschluß mit Rußland, der dem Sowjetregime die Möglichkeit der Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse gibt, wird die Beispielswirkung Rußlands verstärken. Je mehr die Weltkrise des Kapitalismus

daß nur der Friedensschluß mit Sowjetrußland klare Verhältnisse schaffen könne, in erster Linie, weil mit ihm die Zersetzung des Bolschewismus ursächlich verbunden sei. Ist dieses selbe Ziel mit der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu erreichen? Die Frage muß verneint werden. Wird die Lösung des Problems nach dieser Methode versucht, bleibt also die Führung der englischen Politik überlassen, dann ist mit folgenden Eventualitäten zu rechnen. Die Sowjetregierung wird die ihr gegebene Atempause benutzen, um aus den ihr zur Verfügung stehenden internationalen Hilfsquellen ihre materiellen Energien neu zu speisen. Sie wird alles kaufen, was sie braucht, und Konzessionen vergeben, soviel immer verlangt werden. Sie wird alle Möglichkeiten haben, sich zu reorganisieren, und sie wird das auch militärisch tun, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein, deren Gegebenheit sie selbst bestimmen kann. Sie hat volle Aktionsfreiheit, denn sie ist politisch nicht gebunden. Handelsbeziehungen ohne den rechtsverbindlichen Vertragspakt des Friedensschlusses, der die Anerkennung der Sowjetregierung in sich schließen würde, sind keine Bindung. Die Folge dieser Aktionsfreiheit würde sein, daß die Sowjetregierung einmal in ihrer Innenpolitik die Methoden des Terrors fortsetzen könnte, die Absperrung nach außen durch schärfste Kontrolle der Zuwanderung und der Nachrichtenübermittlung ganz nach den besonderen Zwecken ihrer Herrschaftssicherung regeln könnte, daß sie zweitens in dem „Vorwärtstreiben der Weltrevolution" ganz nach Belieben die propagandistischen und die militärischen Mittel anwenden könnte, und daß sie drittens alle Argumente in der Hand behielte, mit denen sie der internationalen Arbeiterschaft die Notwendigkeit von Unterstützungsaktionen suggerieren könnte. Denn ohne die politische Anerkennung bleibt sie der Paria, so abgestempelt von den „bourgeoisen Regierungen des Weltkapitalismus", und diese Erkennungsmarke kann sie jederzeit aus der Tasche ziehen, wenn es ihren Zwecken gut scheint. Der Kampf zwischen Rußland und Polen ist durchaus noch nicht entschieden. Die roten Truppen sammeln sich bereits gegen Polen. Was gegen auf der einen Seite das Elend des Proletariats vermehrt, je mehr auf der anderen Seite in Rußland sich der Aufstieg der Massen zeigen wird, umso enger wird die Verbindung der revolutionären Kräfte in der Welt mit Sowjet-Rußland werden, umso stärker wird die Rebellion der Arbeiter aller Länder gegen das kapitalistische Joch.

Die durch die Weltkrise geschaffene Situation führt zu gewaltigen Kämpfen zwischen den Bestrebungen, die auf eine kapitalistische Neuordnung der Welt gerichtet sind, und den Bestrebungen zur Herbeiführung einer proletarischen Weltordnung. Schon zeigen sich in allen Ländern nicht nur die Kräfte, die überall zur Verschärfung des Klassenkampfes führen müssen, sondern zugleich auch die Sympthome kommender Kämpfe. In diesen kommenden Kämpfen aber wird die deutsche Arbeiterschaft eine ausschlaggebende Rolle haben. Ihre Aufgabe ist es, der sozialen Revolution den Weg nach dem Westen zu öffnen; und während die Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft zur Schaffung eines neuen Schwerpunktes der imperialistischen, wirtschaftlichen und weltpolitischen Kräfte zwischen dem Atlantischen und Stillen Ozean geführt hat, Europa zum Schwerpunkt der Kräfte der proletarischen Weltrevolution zu machen, von dem aus die proletarische Neuordnung der Welt sich über alle Länder der Erde ausdehnen wird.

Eine Bilanz des deutschen Kapitalismus.

Von E. Ludwig.

I.

Mit zerrütteten Kräften ist die kapitalistische Wirtschaft Deutschlands in das Jahr 1920 eingetreten, mit zerrütteten Kräften verläßt sie es. Am Anfang des Jahres, ihm den Stempel aufdrückend, steht der Kampf der Arbeiterschaft um das Betriebsrätegesetz mit seinem blu-

tigen 13. Januar vor dem Reichstag. Ueber 50 Arbeiter mußten tot oder verwundet fallen, um das Proletariat von der Straße wieder in die Betriebe zu treiben, um die Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit im Betriebsrätegesetz zu sanktionieren und damit dem Unternehmertum die Bahn zur schrankenlosen kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter zu öffnen. Die gewaltige bewaffnete Erhebung der Arbeiterschaft an der Ruhr, in Thüringen, und in Sachsen, die der Kapp-Putsch auslöste, scheiterte am Verrat der Gewerkschaftsbürokratie und der Hilferdinge. Statt einer Bewaffnung des Proletariats brachte sie seine Entwaffnung, statt einer Machterweiterung der Arbeiterschaft brachte sie die bürgerliche Regierung unter dem Diktat von Escherich und H u g o S t i n n e s, gab sie noch einmal die volle politische und wirtschaftliche Macht in die Hände der Bourgeoisie und des Unternehmertums.

Trotz alledem ist die kapitalistische Wirtschaft Deutschlands nicht gesund geworden. Wohl ist der Profit der Kapitalisten mehr und mehr gestiegen, wie auch die Ausbeutung des Proletariats ins Unermeßliche gesteigert worden ist. Der Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft äußert sich nicht darin, daß der Profit versiegt, daß die Ausbeutung sich lockert. Er zeigt sich darin, daß die Produktion verkümmert, und daß die zunehmende Verkümmerung der Produktion zur Quelle steigenden Profites, zur Ursache der brutalsten Lohnsklaverei wird. Diese Ausmünzung des kapitalistischen Bankrotts durch den Kapitalismus selbst enthüllt, krasser als je eine der früheren Entwicklungsstufen der kapitalistischen Wirtschaft es tat, die Widersprüche, die die kapitalistische Produktionsweise in sich birgt, und spitzt sie zur vollkommenen Sinnlosigkeit zu. Wachsender Profit bei zurückbleibender und stillstehender Produktivität der Arbeit; wachsende Ausbeutung bei wachsender Arbeitslosigkeit, zunehmende Schließung lebenden deutschen Kapitalismus Jahre der Vernichtung seiner besten lebendigen Arbeitskräfte; sie waren Jahre der planmäßigen Zerstörung der sachlichen Produktivkräfte, des unerhörten Raubbaues an ihnen. Ob Bergwerke, ob Eisenbahnen, ob Maschinen- oder Fabrikgebäude: sie alle, das ganze fixe Kapital, wurden aufs äußerste ausgenutzt, ohne ersetzt, ausgebessert oder erneuert zu werden. Die Rohstoffe wurden bis zum letzten verbraucht. Das Hilfsdienstgesetz, das Hindenburgprogramm, die die Menschen- und Maschinenkraft auf das äußerste zusammenfassen sollten, um durch diese Zusammenraffung aller Kräfte den schon verlorenen Krieg zu wenden und damit das Sprungbrett zu werden für einen neuen, größeren des siegreichen Imperialismus, haben in Wahrheit den Raubbau an der Arbeiterschaft und an den Produktionsmitteln in ein System gebracht und dadurch die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland vollkommen ruiniert.

So stand der Kapitalismus in Deutschland schon am Ende des Krieges vor der Aufgabe, die heute noch als ein ungelöstes Sphinx-Rätsel vor ihm steht: die Produktion wieder in Gang zu bringen, den Stand der Produktivität vor dem Kriege zu erreichen und weiter sie auf eine höhere Stufenleiter zu steigern. Diese Aufgabe kann im Rahmen der kapitalistisch-imperialistischen Wirtschaft nur kapitalistisch-imperialistisch gelöst werden. Aber eben zu dieser Lösung fehlen dem deutschen Kapitalismus die ökonomischen Voraussetzungen. Er hat aufgehört das zu sein, was er bis 1914 war: ein selbständiger imperialistischer Faktor unter den imperialistischen Weltmächten. Die nicht kapitalistischen Rohstoffgebiete, die nichtkapitalistischen Absatzmärkte hat der Frieden von Versailles der deutschen Bourgeoisie genommen und ihr damit die Möglichkeit abgeschnitten, die zerstörten Produktionsmittel und verbrauchten Rohstoffe zu erneuern, neue

benswichtiger Betriebsstätten bei zunehmender Not an lebensnotwendigen Gütern in den breiten Massen: diese Unsinnigkeiten, die nur das logische unvermeidliche Ergebnis des sich selbst zerstörenden, sich selbst ad absurdum führenden Kapitalismus sind, geben dem Jahr 1920 sein Gepräge.

II.

Die ökonomischen und politischen Ursachen der Verkümmerung der kapitalistischen Produktion in Deutschland wurden durch den Weltkrieg gesetzt. Dieser Zusammenstoß der imperialistischen Raubstaaten ist selbst nur eine Erscheinungsform der aufs höchste gesteigerten ökonomischen Krise, die die ungeheure Entfaltung der Produktivkräfte des zum Imperialismus gewordenen Kapitalismus in seinem Drang, die Welt sich zu unterjochen, aus sich herausgeboren hat. Die Erde war zu eng geworden für ein Nebeneinanderbestehen der imperialistischen Mächte, die um den Weltmarkt konkurrierten. Die kapitalistische Wirtschaftsform enthüllte sich als Schranke für die Entfaltung der Produktivkräfte für die Gesellschaft. Den Ausweg, das Mittel zur Ueberwindung dieser Schranke, sahen die imperialistischen Staaten im Kriege. Die ungeheure Vernichtung der menschlichen und sachlichen Produktionselemente sollte neuen Raum für neue Waren, neuen Platz auf dem Markte öffnen, neue Rohstoffquellen dem besiegten Konkurrenten abjagen und dem Sieger unterjochen. Dieser Ausweg des Weltkrieges aber wurde zum Wege, auf dem die Weltrevolution des Kommunismus schritt. Er zerstörte, statt dem Kapitalismus neue Bahnen zu öffnen, die Grundlage der kapitalistischen Produktion und ließ den verelendenden werktätigen Massen nur e i n Mittel zum Wiederaufbau der Wirtschaft, zur Erhaltung der menschlichen Gesellschaft überhaupt: den Aufbau im Kommunismus.

In fast sieben Jahren der Kriegs- und Nachkriegszeit ist Deutschlands Wirtschaft von der übrigen Welt abgeschnitten gewesen. Die Jahre des Weltkrieges waren für bessere Maschinen zur Steigerung der Produktivität der Arbeit, größere Rohstoffmengen sich zu verschaffen, ihre Waren abzusetzen und die Kolonialbevölkerung der kapitalistischen Ausbeutung zu unterwerfen.

Wenn am Jahresschluß die deutsche Bourgeoisie über die Härte des Versailles-Friedens genau so sich beschwert wie am ersten Tage, wenn sie in Neujahrsbetrachtungen klagt, daß er „dem deutschen Volk", d. h. dem deutschen Unternehmertum, die Früchte der „gesteigerten Arbeitsfreudigkeit des Volkes", d. h. der Arbeiterschaft, nehme, so ist dieser Aufschrei der gequälten Kreatur nichts anderes als die Sehnsucht des deutschen Bürgertums nach dem verlorenen Paradiese des deutschen Imperialismus. Er war 1914 ausgezogen, die Welt seiner Ausbeutung zu unterwerfen; mit zerbrochenen Gliedern ist er zurückgekehrt. Der welterobernde deutsche Kapitalismus ist mehr und mehr verkümmert und in seiner Verkümmerung abhängig geworden vom Imperialismus der Weltmächte.

III.

Ein paar Beispiele und Zahlen jedoch zeigen, wie es in Wahrheit um ihn steht.

Im Bergbau,

dem Produktionszweig, der noch die letzte Hoffnung des deutschen Unternehmertums bildet, das Rückgrat seiner Produktionspolitik, in dem, bei der durch besondere Liebesgaben bis zu Ueberstunden gesteigerten „Arbeitsfreudigkeit" der Bergleute, die Erzeugung am meisten gestiegen ist, steht die Produktivität der Arbeit noch weit hinter der des Jahres 1913 zurück:

> Nach den bisher für das Jahr 1920 vorliegenden Ziffern wird die gesamte Kohlenförderung der Zechen des Ruhrbezirks in diesem Jahre auf ungefähr 88 019 513 Tonnen belaufen, gegen 70 946 099 Tonnen im Jahre 1919, 95 977 294 Tonnen im Jahre 1918 und 114 550 153 Tonnen im Jahre 1913. Gegen das letzte Friedensjahr bleibt die Kohlenförderung noch immer um

rund 26,5 Millionen Tonnen zurück, obwohl die Gesamtbelegschaft jetzt etwa 530 000 Köpfe zählt, gegen 456 000 im Jahre 1913.

Also trotz aller Mittel der Bestechung und des Zwanges, die die Grubenbarone im Bündnis mit den Ententekapitalisten gegen die Bergleute anwenden, trotz der nach dem Abkommen von Spaa zu zahlenden Geldprämie von 5 Goldmark auf die Tonne Kohlen zum Ankauf von Lebensmitteln, von denen allerdings die Bergleute nicht viel erhalten, trotz erhöhter Löhne ist die Produktivität der Arbeit im Bergbau gegenüber dem letzten Friedensjahr stark gesunken. Sie bleibt gegen die Förderung des letzten Kriegsjahres um 8 Millionen, gegen des letzten Friedensjahres um 26,5 Millionen Tonnen zurück.

Noch charakteristischer ist ein Vergleich des Förderungsergebnisses vom November 1913 und November 1920.

Die Ruhrkohlenförderung betrug im November 1920 8 031 711 Tonnen (Oktober 8 117 178 Tonnen), oder arbeitstäglich bei 24½ bis 24¼ (26) Arbeitstagen 231 205 Tonnen (Oktober 311 199 Tonnen).

Im November 1919 betrug die Förderung 8 832 276 Tonnen oder arbeitstäglich 386 261 Tonnen. Die arbeitstägliche Förderung ist im November 1920 gegen den Vormonat 1920 um 19 000 Tonnen gestiegen, und zwar durch Vermehrung der Bergarbeiterzahl und das Ueberstundenabkommen. Obwohl gegen 1913 70 000 Bergarbeiter mehr beschäftigt werden, bleibt eine Minderförderung gegen 1913 von 55 000 Tonnen.

Ist somit die Fördermenge des Jahres 1920 verglichen mit der des Jahres 1919 absolut gestiegen, so ist dennoch die Produktivität der Arbeit, verglichen mit dem letzten Normalfriedensjahr, gefallen. Infolge des Raubbaues an den Bergwerken und der verminderten physischen Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter hat die Ergiebigkeit des Bergbaues, berechnet auf den Kopf des Bergarbeiters und die Arbeitsstunde, abgenommen. Es sind mehr Menschen notwendig, es bedarf eines verlängerten Arbeitsderleistung für den Arbeiter und den Arbeitstag: Die Förderung ist gegenüber der Friedenszeit um fast die Hälfte zurückgegangen.

Von den

verarbeitenden Industrien,

die den Massenbedarf decken sollen, ist das Baugewerbe tot, die Möbelindustrie stockt, die Textilindustrie von einer schweren Krisis ergriffen, die sich erst am Ende des Jahres unter dem Einfluß der sinkenden Valuta und des daraus sich ergebenden Exports ein wenig abgeschwächt hat.

Wie in der Industrie, ist auch in der

Landwirtschaft

die Produktion gesunken:

	Weizen	Roggen	Sommergerste	Hafer	Kartoffeln	Zuckerrüben	Wiesenheu
1920	2,25	4,97	1,80	4 87	28,25	7,96	23,65
1919	2,17	6,10	1,67	4,49	21,48	5,72	20,55
1913	4,65	12,22	3,67	9,71	54,12	—	29,18
1923	4,36	11,60	3,48	8,52	50,209	—	27,68

Gleich deutlich kommt der Rückgang der deutschen Landwirtschaft zum Ausdruck in der Feststellung, daß die Erzeugung von Milch im Deutschen Reiche neuen Umfangs im letzten Friedensjahre etwa 24½ Milliarden Liter betrug, während sie heute auf höchstens 8,5 bis 9 Milliarden Liter geschätzt werden kann.

Ueber den Zuckerrübenbau sagt ein Magdeburger Bericht von Ende Dezember:

Die Umfrage für Dezember hat wider Erwarten ein von der Novemberumfrage abweichendes ungünstigeres Bild gegeben, denn sie läßt uns eine Rübenverarbeitung auf Zucker von nur etwa 66 Mill. Doppelzentner, d. h. 8 Mill. weniger als im November erkennen, und man kommt auf nur 10¾ Millionen Doppelzentner gegen damals 11½ Mill. Doppelztr. Es müssen somit die 8 Mill. zu Saftbereitung, Trocknung, Fütterung u. dgl. verwendet sein, wo sie sich besser rentierten als bei den durch die Zwangswirtschaft festgesetzten Preisen. Leider ergibt

zeit, mehr Anwendung von Maschinerie, um ein Förderergebnis hervorzubringen, daß immer noch erheblich hinter dem vom Jahre 1913 zurückbleibt. Das bedeutet, daß im Kohlenbergbau das Produkt einer Arbeitsstunde von 1913 ein Mehrfaches an Wert dargestellt hat, gegenüber dem Produkt einer Arbeitsstunde von 1920.

Drastischer noch als im Bergbau zeigt sich der Verfall der Produktion auf einem anderen früheren Hauptgebiet der deutschen Industrie, der

Eisenerz-Erzeugung.

Hier hat der Versailler Frieden entscheidend eingegriffen, indem er das Hauptgebiet des Eisenerzvorkommens, die großen Minettelager in Lothringen, von Deutschland lostrennte und Frankreich gab.

> Deutschlands Vorräte an Eisenerzen betrug vor dem Kriege etwa 3,92 Milliarden Tonnen, wovon nach Fortfall der Minettelager Luxemburgs und Lothringens mit zusammen 2,63 Milliarden Tonnen etwa 1 Milliarde Tonnen bleiben.
>
> Gefördert wurden an deutschen Eisenerzen im Jahre 1913 insgesamt 21 136 Millionen Tonnen. An dieser Summe ist Lothringen mit 58,81 Proz., Luxemburg mit 20,4 Proz. und Oberschlesien mit 0,38 Prozent beteiligt.
>
> Der Schwerpunkt dieser Erzbasis liegt also heute außerhalb der Reichsgrenze.

Trotz dieses Verlustes der hauptsächlichsten Erzgebiete ist die Erzförderung in dem Gebiet, das vor allem der Erzindustrie noch verbleibt, im Siegerland, nicht gestiegen.

> Die gesamte Förderung von Eisenerzen betrug 1919 1 771 967 Tonnen, die tägliche Arbeitsleistung 5808 To. bei einer Arbeiterzahl von 12 316. Im letzten Friedensjahre betrug die Förderung 2 630 000 Tonnen, arbeitstäglich 8620 Tonnen bei einer Arbeiterzahl von 11 056. 1920 ist die Förderung gegenüber 1919 noch weiter gesunken. Im Oktober 1920 betrug sie 133 160 Tonnen gegen 152 342 Tonnen im Jahre 1919, arbeitstäglich 5121 Tonnen gegen 5641 Tonnen.

Es ergibt sich also dasselbe Bild wie bei der Kohlenförderung: trotz Vermehrung der Arbeiterzahl eine Minderung unserer Erzeugung gegen die früheren Annahmen von ungefähr 1 Mill. Zentner.

Die Anbauflächen sind zurückgegangen. Die „Deutsche Allgem. Zeitung“ vom 11. Januar sagt darüber:

> Die Anbaufläche für Getreide, Rüben, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Heu und Klee belief sich im Jahre 1913 in dem damaligen Reiche auf 28,1 Millionen Hektar. Sie war bis zum Jahre 1919 für die gleichen Kulturarten gesunken auf 22,1 Millionen Hektar, also um die enorme Fläche von 6 Millionen Hektar oder fast um ein Fünftel. Auf die uns nach dem Friedensvertrage entrissenen Gebiete fallen hiervon 3,3 Millionen Hektar, so daß 2,7 Millionen Hektar anderen Kulturen zugefallen sind, die nach Lage der Sache nur zu einem geringen Prozentsatz den Gemüse-, Gespinst- und Oelpflanzen in ihrer überwiegenden Menge aber extensiveren Kulturen zugefallen sein müssen. Es kann nach diesen statistischen Feststellungen leider keinem Zweifel mehr unterliegen, daß bereits jetzt eine nicht unbeträchtliche Extensivierung des landwirtschaftlichen Betriebes eingetreten ist, und es gilt, alles zu tun, um die weitere Extensivierung zu unterbinden.

Die Ernte geht zurück, weil infolge des Krieges der Boden nicht mehr intensiv genug bearbeitet worden ist, weil es an Düngemitteln fehlt. Auch hier rächt sich der Raubbau genau so wie in der Industrie. Soweit wirklich Nahrungsmittel erzeugt werden, werden sie der menschlichen Ernährung entzogen, wie es das Beispiel der Zuckerrüben zeigt; sie werden als Viehfutter benutzt, weil die Fleischbewirtschaftung aufgehoben, die Fleischpreise ungeheuerlich gestiegen und die Viehzucht dadurch rentabel geworden ist. Den Junker kümmert es nicht, ob der Proletarier hungert, wenn er nur seinen Profit macht. Den Profit macht er aber heute vor allem durch die Viehzucht, und darum verwandelt er rücksichtslos Ackerland in Viehweide, verfüttert er ebenso rücksichtslos Getreide und Rüben und entzieht sie so den breiten Massen.

Das

Transportwesen

schließlich ist ebenso zerrüttet wie alle übrigen Teile der kapitalistischen Wirtschaft. Die Seeschiffahrt, einst

der Stolz des aufblühenden deutschen Imperialismus, existiert nicht mehr; der größte Teil der deutschen Schiffe ist in den Besitz des Ententeimperialismus übergegangen. Die deutschen großen Schiffahrtgesellschaften sind heute Filialen des amerikanischen Schiffahrtstrusts.

Die Eisenbahnen, die einst das Rückgrat des Staatshaushalts bildeten, deren Ueberschüsse das Budget Preußens und der übrigen deutschen Länder ins Gleichgewicht brachten, sind bankrott. Auch sie hat der Raubbau des Krieges ruiniert. Unterbau und Wagenmaterial sind aufs äußerste abgenutzt, ohne daß auch nur annähernd die Abnutzungen hätten wiederhergestellt werden können. Die Geschwindigkeit der Züge ist vermindert; die Leistungsfähigkeit der deutschen Bahnen beträgt kaum mehr als die Hälfte des letzten Friedensjahres. Defizit häuft sich auf Defizit, ohne daf die maßlose Erhöhung aller Tarife es auch nur annäherrn decken könnte.

IV.

Das ist der Stand der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland Ende 1920 an einzelnen Beispielen aufgezeigt. Er bietet ein Bild trostlosen Zerfalls. Aber trotzdem machen die Kapitalisten Profit — auf Kosten einer immer größeren Verelendung der deutschen Arbeiterschaft.

Verwirklicht wird dieser Profit der zerfallenen kapitalistischen Wirtschaft durch die Markentwertung. Diese ist nicht, wie es den Vulgär-Oekonomen der Börsenblätter erscheint, die Ursache des Niedergangs der Wirtschaft, sie ist das Mittel, durch das der deutsche Kapitalismus seinen eigenen Bankrott ausmünzt, und das dann rückwirkend den Zerfall des Kapitalismus noch verstärkt.

Die Ursache der Markentwertung ist das Sinken der Produktivität der Arbeit in Deutschland, verglichen mit der Produktivität der Arbeit in den noch voll funktionierenden kapitalistischen Ländern, also z. B. den Vereinigten fähig, aber nicht mehr infolge ihrer Stärke, ihrer bis aufs höchste gesteigerten Produktivität, sondern infolge ihrer Schwäche, ihrer sinkenden Produktivität. Die Valutadifferenz ermöglichte und ermöglicht es den Kapitalisten der Welt, in Deutschland billiger als auf dem Weltmarkt zu kaufen, während gleichzeitig die deutsche Industrie infolge eben dieser Differenz der Valuta einen Extraprofit gegenüber den auf dem Inlandmarkt zu erzielenden Preisen einsacken kann. So verwirklicht die Markentwertung das kaufmännische Ideal: das billigere Einkaufen mit dem teueren Verkaufen zu vereinigen, das Ideal, das bisher nur in den Kolonien und in den vom Imperialismus ägyptisierten Ländern verwirklicht worden ist. Die deutsche Wirtschaft wird ägyptisiert, ausgeplündert durch das Weltkapital, auf Kosten der deutschen werktätigen Bevölkerung.

Denn einmal bewirkt der Valutafall die Umstellung der deutschen Industrie auf die Ausfuhr, auf die Herstellung von Luxusprodukten und entzieht so der Herstellung von Massenbedarfsartikeln, an denen die breiten Schichten der Bevölkerung die bitterste Not leiden, die notwendigen Arbeitskräfte. Aber darüber hinaus steigert die Markentwertung, die selbst eine Folge des kapitalistischen Zerfalls ist, noch diesen Zerfall: Der lockende Extraprofit, die Ueberpreise, die die auswärtigen Käufer bieten, verwandeln im deutschen Ausverkauf Kapitalbestandteile, die zur Herstellung von Waren bestimmt waren, Maschinen und Rohstoffe, in Waren. Fabriken werden geschlossen, ihre Maschinen ins Ausland verkauft, Rohstoffe zu Wucherpreisen verschoben. Erst vor wenigen Tagen wurden auf der Elbe bei Dresden mit Kohlen beladene Kähne beschlagnahmt, die ins Ausland verschoben werden sollten. Aus den Verhandlungen von Brüssel wurde bekannt, daß von den zwei Millionen Tonnen Kohlen, die Deutsch-

Staaten von Amerika.

„Es sei beispielsweise ein Dollar gesetzt = 100 M., so bedeutet das, daß das Wertprodukt einer durchschnittlichen Arbeitsstunde in den Vereinigten Staaten gleichgesetzt wird dem Wertprodukt von mehreren durchschnittlichen Arbeitsstunden in Deutschland.“ (Thalheimer: „Der Charakter der Weltwirtschaftskrise“, „Internationale“, Jahrgang 2, Heft 27, Seite 46.)

Die Illustration für diesen Satz geben die oben angeführten Ziffern aus dem Kohlen- und Eisenbergbau. Sie haben gezeigt, wie das Produkt einer Arbeitsstunde von 1920 an Wert zurückbleibt hinter dem Produkt einer Arbeitsstunde von 1913. Eine gleiche Differenz besteht zwischen der Produktivität einer Arbeitsstunde des auf der vollen Höhe der Produktivkraft und der Intensität der Arbeit stehenden amerikanischen Bergbaues.

So wird der Fall der Valuta, wie ihr Schwanken zum Gradanzeiger der zerfallenden deutschen kapitalistischen Produktion, verglichen mit der Produktion derjenigen kapitalistischen Länder, die noch die gesellschaftlichen Durchschnittsbedingungen der kapitalistischen Produktion aufweisen. Vor dem Kriege wurden 100 deutsche Mark mit etwa 123,50 Schweizer Franken bezahlt, entsprachen 100 holländische Gulden 172 deutscher Mark, und es wurde ein amerikanischer Dollar 4,25 Mark gleichgesetzt. Welchen Schwankungen die deutsche Valuta im Jahre 1920 ausgesetzt war, ergibt die folgende Tabelle:

	31. Dez.	15. Nov.	15. Okt.	27. Jan.	2. Jan.
Amsterdam . .	2289,70	2495	2162,80	4196	1878½
Schweiz . . .	73 29½	83,91	70,18	100	—

Die Wirkung dieser Markentwertung ist, daß die deutsche Wirtschaft mehr und mehr zum Ramschbasar des fremden Kapitals geworden ist. „Je mehr ein kapitalistisches Land kapitalistischer Kooperation bedarf (Rohstoffe, Lebensmittel, Produktionsmittel), um so mehr wird es international ausgeraubt.“ (Thalheimer a. a. O.) Die deutsche Industrie blieb auf dem Weltmarkte konkurrenzland nach dem Abkommen von Spa jeden Monat an Frankreich zu liefern hat, 250 000 Tonnen monatlich auf der Fahrt bis zur Grenze verschwinden. Auch sie fallen in die Hände von Schiebern. Das geschieht zu einer Zeit, wo die Agenten des deutschen Unternehmertums den Zerfall der Wirtschaft auf den durch das Abkommen von Spa in Deutschland verursachten Kohlenmangel zurückführen wollen.

Diesem Ausverkauf, diesem Abbruch der deutschen Produktion steht kein Aequivalent in Gestalt von Einfuhr an neuen Produktionsmitteln, neuen Rohstoffen zum Ersatz der verbrauchten und verkauften gegenüber. Die Valutadifferenz, die den Einfall des fremden Kapitals nach Deutschland begünstigt, wirkt wie eine Sperrmauer auf den Kauf ausländischer Waren. Obwohl infolge der Weltkrisis die Vereinigten Staaten in Baumwollvorräten ersticken, kommt nach Deutschland kaum Baumwolle, da ihre längst schon auf dem Weltmarkt gefallenen Preise immer noch zu hoch für Deutschland sind. Wie mit der Baumwolle, ist es mit allen anderen Rohstoffen. So dient der Export, der Ausverkauf der deutschen Industrie, nicht der Erneuerung ihrer Produktionsgrundlagen. Das deutsche Kapital verwandelt sich immer mehr in Handels- und Wucherkapital, das aus Schiebungen ungeheure Profite einsackt.

Mehr und mehr gerät mit diesem fortschreitenden Zerfall seiner Produktionsgrundlagen der deutsche Kapitalismus in die Abhängigkeit des fremden Kapitals. Dieselben Erscheinungen, die den Ausverkauf der deutschen Produktion hervorrufen, bringen die großen kapitalistischen Unternehmungen Deutschlands unter die Kontrolle des auswärtigen Kapitals. Vergeblich versuchen die Aktiengesellschaften durch Ausgabe von Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht diese „Ueberfremdungsgefahr“ zu bannen. Schon stehen große deutsche Gesellschaften unter

fremdem Einfluß; so wird seit kurzem das große Hüttenwerk Phönix vom holländischen Kapital kontrolliert, deutsche Schiffahrtsgesellschaften sind längst von ihnen verschluckt, bei Orenstein & Koppel ist es eingedrungen, Sarotti, die Schokoladenfabrik, ist in schwedischem Besitz.

Dem deutschen Proletariat wird mit dem Abbruch der Produktion nicht nur die Grundlage seiner materiellen Existenz genommen, es verliert mit ihm auch die Möglichkeit des Aufbaues der kommunistischen Wirtschaft es kommt in die Gefahr, mehr und mehr zu verelenden, mit dem deutschen Kapitalismus zu verfaulen, ohne noch einen Weg, der aus dem Zerfall herausführt, zu finden. Gleichzeitig gerät es mit der zunehmenden Abhängigkeit des deutschen Kapitals vom Imperialismus des Westens unter die zwiefache Fuchtel der heimischen und der fremden Ausbeuter. (Schluß folgt.)

Wer ruiniert die Landwirtschaft?

Seit Wochen wimmelt die Junkerpresse von **Berechnungen** darüber, wie ungeheuerlich der Schaden sei, den die Landarbeiterstreiks der Volksernährung zugefügt hätten. Und im Anschluß an diese Feststellung folgt dann natürlich die Forderung nach einem **Streikverbot für Landarbeiter**.

Es heißt die Dinge auf den Kopf stellen, wenn versucht wird, in dieser unverschämten Weise die Schuld am Zusammenbruch der deutschen Landwirtschaft vom Junkertum auf die Arbeiterschaft zu wälzen. Dabei soll gar nicht geredet werden von den ungeheuren Verschiebungen, von Kartoffeln und Getreide ins Ausland, von den Lieferstreiks und anderen Verbrechen der Großagrarier, oder landwirtschaftliche Maschinen und Geräte arbeitet hauptsächlich für Klein- und Mittelbetriebe oder fürs Ausland. So werden, wie die Frankfurter Frühjahrs- und Herbstmesse zeigte, nur noch Handsäemaschinen, kleine Düngerstreuer, leichte Rübenschneidemaschinen für den kleinen und mittleren Betrieb hergestellt, alle anderen schweren Maschinen aber lediglich fürs Ausland. Zum Teil liegt diese Industrie auch still. Sie weiß, daß Maschinen bei den deutschen Junkern keinen Absatz mehr finden.

Mit der Düngemittelindustrie steht es ähnlich. Obwohl der Boden heute nachweislich ganz düngerarm ist, finden Kalkstickstoff, Kali und Phosphate nur ganz geringen Absatz. Etwa 50 Prozent des produzierten Stickstoffes findet keinen Abnehmer, desgleichen 130 000 To. Rohphosphate, die kürzlich für zweihundert Millionen M. eingeführt wurden.

Das Junkertum hat die Anbaufläche für Getreide und Kartoffeln zurückgehen lassen, stat dessen wird der Boden mit Futterpflanzen bebaut, größtenteils aber in Brache verwandelt, oder zur Viehweide gemacht.

Nach der Denkschrift des rechtssozialistischen Landwirtschaftsministers Braun wurden angebaut in 1000 ha:

	1913	1919	Rückgang
Brotgetreide	72,91	5941	18,5 %
Futtergetreide	5400	4726	12,5
Kartoffeln	2849	2181	23,5
Zuckerrüben	468	301	35,7

Es wurden geerntet in Millionen Tonnen:

	1913	1919	Rückgang
Brotgetreide	13,3	8,6	35,3 %
Futtergetreide	10,7	7,1	33,6
Kartoffeln	40,2	21,4	46,7
Zuckerrüben	14,3	5,8	59,4

von den Schäden, die infolge von Nachlässigkeit oder Unwissenheit der Junker dadurch entstanden sind, daß zu spät gesät wurde, daß Tausende von Morgen Kartoffeln und Rüben erfroren sind. Immerhin übertreffen auch diese Vergehen an der Volksernährung schon ums Vielfache die „Schädigung durch die Landarbeiterstreiks". Viel ungeheuerlicher ist vielmehr die systematische Produktionssabotage durch die Junker, die schon bestand, als noch kein Landarbeiter streikte, und die heute die Ernährungswirtschaft an den Abgrund geführt hat. Nicht die Landarbeiterstreiks, sondern die Extensivierung der Landwirtschaft durch die Junker ist die Ursache der Hungersnot. Diese Extensivierung zeigt sich in der verschiedensten Weise: Erstens, die Junker kaufen keine landwirtschaftlichen Maschinen mehr. Die Industrie für

Diese Ruinierung der Landwirtschaft durch das Junkertum ist offensichtlich so riesenhaft, daß schon die ganze kapitalistische Schamlosigkeit dazu gehört, von einer Schädigung der Landwirtschaft durch Landarbeiterstreiks überhaupt ein Wort zu verlieren. Wer es ehrlich meint mit der Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion, der weiß ganz genau, daß noch mancher Streik notwendig sein wird, bis da Landproletariat die Produktionskontrolle an sich gerissen und die Gesellschaft von dem Krebsschaden aller Ernährungswirtschaft, nämlich von dem Junkertum, befreit haben wird.

Frankes Verlag Leipzig. — Verantwortlich für die Redaktion Kurt Geyer. — Druck: Buchdruckerei Felix Wolf G. m. b. H. Berlin S. 14 Dresdener Str. 43.


32101 068785797



